

**Beteiligungen des Kreises Euskirchen an
Unternehmen und Einrichtungen
in der Rechtsform des privaten Rechts,
einer Anstalt des öffentlichen Rechts
sowie Mitgliedschaften in Zweckverbänden**



Beteiligungsbericht 2015

Zugleich: Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden nach § 1 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Inhaltsverzeichnis

Teil A – Grundlagen	5
1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes.....	5
2. Rechtliche Grundlagen	5
3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes.....	7
4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten	7
5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2015.....	10
Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften.....	12
1. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG).....	12
2. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VkA)	14
3. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT).....	15
4. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE)	18
5. Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH (EUGEBAU).....	20
6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM).....	22
6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	22
6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	25
a) Geriatisches Zentrum Zülpich GmbH	27
aa) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH	27
ab) Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG	27
b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH.....	27
c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	27
d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH.....	27
e) KKM Servicegesellschaft mbH.....	28
ea) KKM Gebäudedienste GmbH	28
f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen - gGmbH.....	28
7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG	29
8. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH	31
9. vogelsang ip gGmbH.....	33
10. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	35
11. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	37
11.1. Unmittelbare Beteiligungen des Kreises.....	39
a) Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb).....	39
b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)	39
c) Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)	39
d) KEV Energie GmbH.....	40
e) Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	40
11.2. Mittelbare Beteiligungen des Kreises	40
zu 11.1 b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)	40
a) Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG.....	40
b) eegon – Eifel Energie Genossenschaft eG	40
c) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH.....	40
d) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	40
e) Green Gecco Verwaltungs GmbH	41
f) Green Gecco GmbH & Co. KG.....	41

fa)	An Suidhe Wind Farm Limited	41
fb)	WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH	41
fc)	WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH	41
fd)	RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH.....	41
fe)	RWE Innogy Windpark GmbH	41
zu 11.1 d)	KEV Energie GmbH.....	41
a)	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB) .	41
b)	Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	42
c)	Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	42
d)	Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG.....	42
e)	BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH.....	42
f)	BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	42
12. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG) und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH).....		45
a)	Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)	45
b)	Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG).....	45
13. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH).....		47
14. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR		49
15. „LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts		51
16. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR).....		53
17. Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH)		55
Teil C – Jahresabschlüsse zum 31.12.2015.....		57
Teil D – Auswertungen und Übersichten.....		319
1.	Auswertung der Jahresabschlüsse.....	319
2.	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	348
3.	Personalbestand.....	349
4.	Leistungen und Kennzahlen	350
Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 01.09.2016		351
1.	Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen.....	351
2.	Beteiligungsverhältnisse – Übersicht	351
Teil F – Mitgliedschaft in Zweckverbänden.....		353
1.	Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE).....	354
2.	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur.....	377
3.	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH).....	401
4.	Zweckverband Kronenburger See.....	428
5.	Zweckverband Naturpark Rheinland.....	429
6.	Zweckverband Region Aachen	431
7.	Erftverband	464
8.	Wasserverband Eifel-Rur (WVER)	465
9.	AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung	466

Teil A – Grundlagen

1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Die Beteiligungen an den Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts sind durch nicht unerhebliche Vermögenswerte und Finanzströme mit dem Kreis Euskirchen verbunden, so dass der Kreis einerseits aus der Verantwortung für diese Vermögenswerte, andererseits durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf den Kreishaushalt zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen berechtigt und verpflichtet ist. Um die Steuerungs- und Kontrollaufgaben zwischen Kreistag, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und die Öffentlichkeit zu unterrichten, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

So hat der Kreis gem. § 117 der Gemeindeordnung (GO) NRW i.V.m. § 53 KrO einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem seine wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabchluss beizufügen.

Gem. § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) NRW sind im Beteiligungsbericht gesondert anzugeben und zu erläutern

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Im Bericht sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Die Darstellung kann bei den Bilanzen auf die in § 266 des Handelsgesetzbuches in den Absätzen 2 und 3 mit Buchstaben und römischen Zahlen bezeichneten Posten in der vorgeschriebenen Reihenfolge beschränkt werden. Bei den Gewinn- und Verlustrechnungen können Erleichterungen nach § 276 des Handelsgesetzbuches unabhängig von der Einhaltung der dort beschriebenen Größenklassen in Anspruch genommen werden. Werden bei den Beteiligungen für die Jahresabschlussanalyse Strukturbilanzen erstellt, können diese die vollständigen Bilanzen ersetzen. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

Der Beteiligungsbericht ist dem Kreistag und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Der Kreis hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen. Der Kreis hält den Bericht zu diesem Zweck zur Einsichtnahme vor. Der Beteiligungsbericht 2015 wird mit dem Haushaltsplan 2017 veröffentlicht. Weiterhin ist er auf der Homepage des Kreises Euskirchen unter „<http://www.kreis-euskirchen.de/>“ abrufbar.

2. Rechtliche Grundlagen

2.1 Begriffsdefinitionen „Unternehmen“, „Einrichtung“

Nach § 53 der Kreisordnung NW (KrO NW) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises, soweit in der KrO NW keine andere Regelung getroffen ist, die Vorschriften der Gemeindeordnung (§§ 75 bis 118 GO) und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

Der Gesetzgeber verwendet für die wirtschaftliche Betätigung den Begriff „Unternehmen“ und für die nichtwirtschaftliche Betätigung den Begriff „Einrichtung“.

Gem. § 107 Abs. 1 Satz 3 GO NW ist als „wirtschaftliche Betätigung“ der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Im Absatz 2 des § 107 GO NW ist im Einzelnen aufgeführt, was als „nichtwirtschaftliche Betätigung“ gilt. Dazu zählen insbesondere:

- Einrichtungen, zu denen der Kreis gesetzlich verpflichtet ist,
- öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Krankenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen,
- Einrichtungen, die der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
- Einrichtungen des Umweltschutzes (z. B. Abfallentsorgung),
- Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs des Kreises dienen.

2.2 Zulässigkeit und Anforderungen bei Beteiligungen des Kreises

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung sowie die Gründung oder Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts ist in den §§ 107 bis 108b der Gemeindeordnung geregelt, auf die an dieser Stelle verwiesen wird. Unternehmen und Einrichtungen unterliegen weiteren Regeln, die in der GO NW dargelegt sind:

- Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird (§ 109 Abs. 1 GO).
- Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt des Kreises abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Sie sollen neben den notwendigen Rücklagen eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaften (§ 109 GO NW).
- Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, unterliegen dem Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung (§ 110 GO NW).
- Unternehmen, Einrichtungen oder Beteiligungen an einer Gesellschaft dürfen nur dann teilweise oder vollständig veräußert werden, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben des Kreises nicht beeinträchtigt wird (§ 111 GO NW).
- Die Beteiligung oder Veräußerung von Beteiligungen an Gesellschaften sowie die anderen in § 115 GO aufgeführten Tatbestände sind vor deren Vollzug gegenüber der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

2.3 Vertretung des Kreises in den Organen der Gesellschaften

Von Bedeutung sind hier insbesondere die Vorschriften des § 26 KrO sowie ergänzend § 113 GO. Hieraus ergibt sich u.a., dass

- die kommunalen Vertreter durch den Kreistag bestellt und abberufen werden sowie dessen Weisungen unterliegen,
- die erstmalige Beteiligung und die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft sowie weitere in § 26 Abs. 1 KrO aufgeführte Angelegenheiten der Zustimmung des Kreistages bedürfen,
- die Vertreter die Interessen des Kreises zu vertreten haben und an die Beschlüsse des Kreistags gebunden sind,
- der Kreistag bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten ist.

2.4 Einführung des NKF

Der Kreis Euskirchen hat zum 01.01.2009 das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) eingeführt. Nach den gesetzlichen Regelungen (insb. §§ 116, 117 GO, §§ 49-52 GemHVO) ergeben sich im Bereich der Beteiligungen die folgenden Änderungen:

- Bewertung und Bilanzierung der Beteiligungen in der Eröffnungsbilanz des Kreises zum 01.01.2009,
- Konsolidierung von verbundenen Unternehmen und assoziierten Bereichen im Gesamtabschluss, Stichtag spätestens 31.12.2010,
- Erhöhung der Anforderungen an den Beteiligungsbericht,
- Einbeziehung von Anstalten des öffentlichen Rechts und Zweckverbänden in die Bilanzierung und Konsolidierung.

3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes

Die Bestandteile nach § 52 GemHVO finden sich im Beteiligungsbericht wie folgt wieder:

1. Ziele der Beteiligung	Teil B
2. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	Teil B
3. die Beteiligungsverhältnisse	Übersicht in Teil A.4, einzeln in Teil B
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage	Teil D.1
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen	Teil D.4
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis	Teil B, Zahlungen in Teil D.2
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen	Teil B
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.	Teil D.3

Bei den mittelbaren Beteiligungen wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben. Dies ist z.Zt. nur bei den verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG der Fall. Von der Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- Regio-Bus-Rheinland GmbH, Köln (RBR)
- Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL)
- Gesellschaft zur Vorbereitung und Umsetzung des Rhein-Rur-Express (RRX) im Kooperationsraum Rheinland mbH
- Technologie-Park Herzogenrath GmbH
- Meß- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH
- EBC Eurode Business Center GmbH & Co. KG, Herzogenrath
- Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH
- HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH
- Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung (DLZ) Stolberg GmbH
- Technologiezentrum Jülich GmbH
- TPG Technologiezentrum Jülich Projektgesellschaft mbH
- Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG
- eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
- Green Gecco Verwaltungs GmbH
- Green Gecco GmbH & Co. KG
- An Suidhe Wind Farm Ltd.
- WINKRA Süderdeich Windparkbetriebs GmbH
- WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
- RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH
- RWE Innogy Windpark GmbH

In den Beteiligungsbericht wurden auch die Zweckverbände aufgenommen, in denen der Kreis Euskirchen Mitglied ist, s. Teil F.

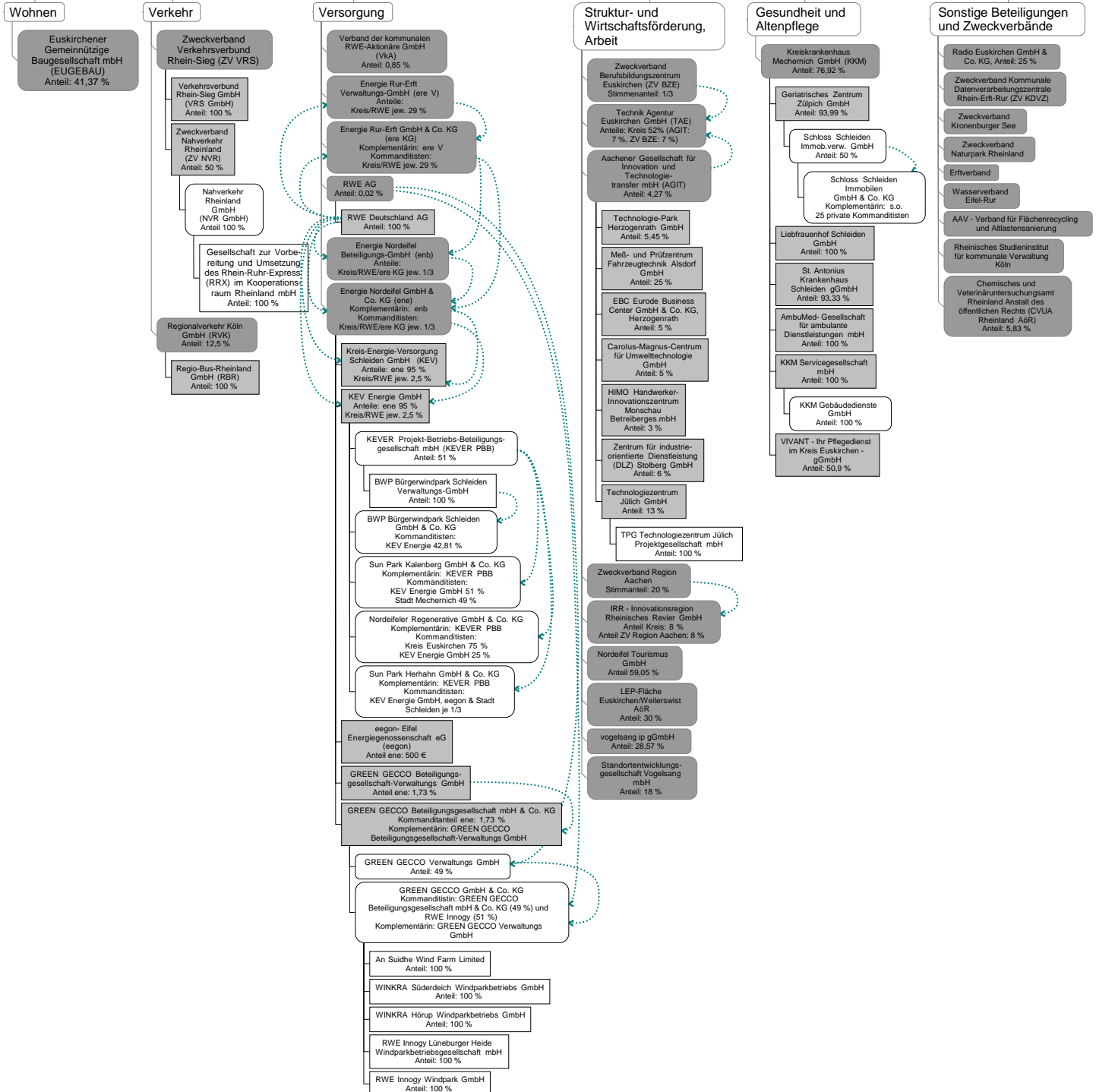
Um die gesetzlich geforderte jährliche Berichterstattung zu gewährleisten, befinden sich alle Teile des Berichtes - mit Ausnahme des Teils E - auf dem Stand 31.12.2015. Damit eine größtmögliche Aktualität erreicht werden kann, sind in Teil E alle bis zum 01.09.2016 aufgetretenen Änderungen und eine aktuelle Übersicht angegeben.

4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten

Auf den folgenden Seiten sind dargestellt:

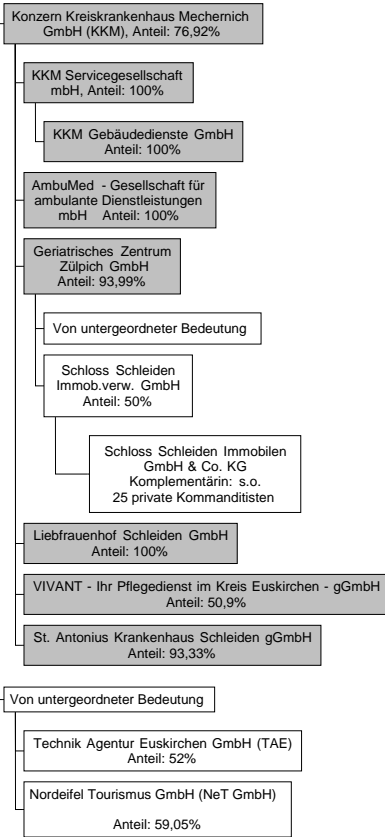
- Seite 9: Graphische Übersicht über die Beteiligungen und Zweckverbände des Kreises Euskirchen, Stand 31.12.2015
- Seite 10: Übersicht unter Konsolidierungsgesichtspunkten (§ 116 GO, § 50 GemHVO)

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 31.12.2015

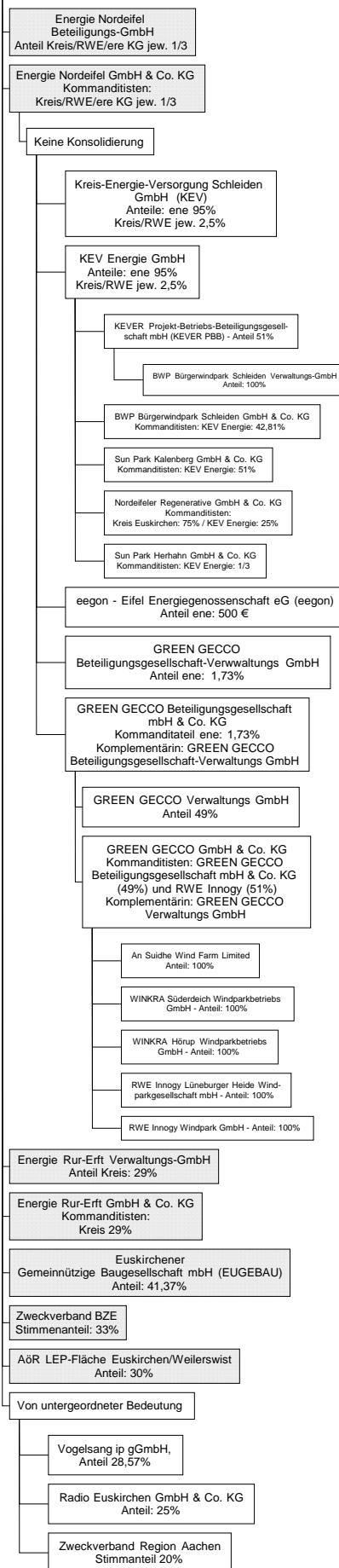


Festlegung Konsolidierungskreis Kreis Euskirchen Stand 31.12.2015

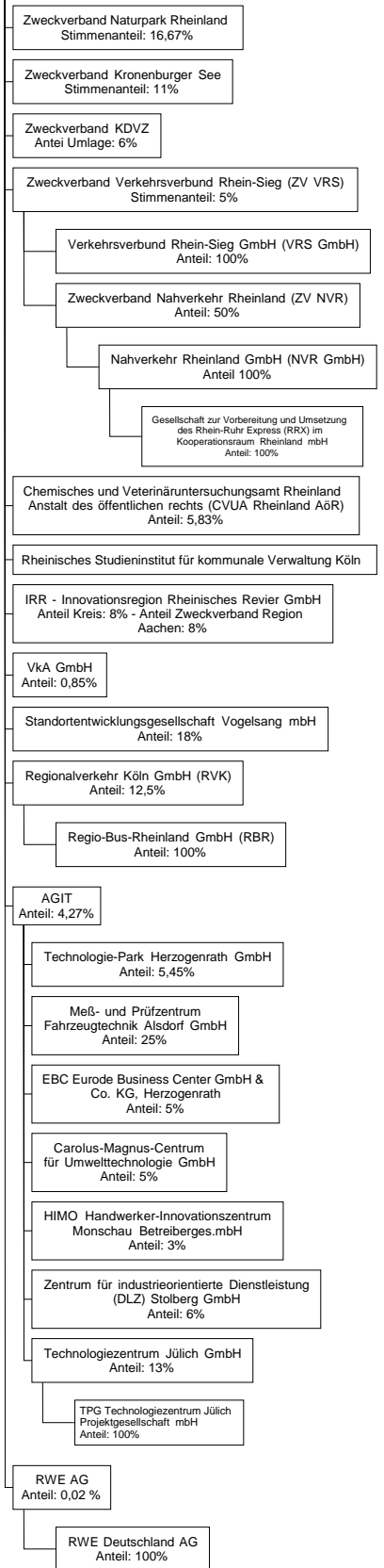
Vollkonsolidierung



At Equity - Konsolidierung



Keine Konsolidierung



5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2015

5.1 Beschlüsse des Kreistages vom 25.03.2015

- Der Kreistag hat den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der **RVK GmbH** unter dem Vorbehalt, dass bei den vorhandenen Betrauungen sichergestellt ist, dass keine Bezugnahme zwischen dem Höchstbetrag der von den Gesellschaftern bzw. den Aufgabenträgern zu zahlenden Betriebskostenzuschüsse und anderen Zahlungen auf die Höchstbeträge des § 19 (Ergebniskonsolidierung und -verteilung) vorhanden ist, zugestimmt (V 94/2015).
- Der Kreistag hat den von der Gesellschafterversammlung der **RVK GmbH** gefassten Beschluss, den bisherigen Geschäftsanteil an der **Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH** (VBL) in Höhe von 25 % an die Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG) zu einem Kaufpreis von 50.000,00 € zuzüglich Erwerbsnebenkosten zu verkaufen und abzutreten, genehmigt (V 100/2015).
- Der Kreistag hat gem. V 101/2015 den von der Gesellschafterversammlung der **RVK GmbH** gefassten Beschluss, wonach der bisher von der Oberbergischen Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG) in Gummersbach – vormals Oberbergische Verkehrsgesellschaft Aktiengesellschaft – gehaltene Geschäftsanteil Nr. 4 im Nennbetrag von EUR 447.400 in zwei Geschäftsanteile aufgeteilt wird, nämlich Nr.10 im Nennbetrag von EUR 357.920 und Nr. 9 im Nennbetrag von EUR 89.480, genehmigt. Der Kreistag hat ferner dem Kauf des neuen Geschäftsanteils Nr. 10 im Nennbetrag von EUR 357.920 von der OVAG in Gummersbach zum Kaufpreis von EUR 2.045.167,52 durch die Gesellschaft selbst (Erwerb eigener Geschäftsanteile gemäß § 33 GmbHG) sowie der Abtretung dieses Geschäftsanteils Nr. 10 an die Gesellschaft selbst zugestimmt. Darüber hinaus wurde der Abtretung des neuen Geschäftsanteils Nr. 9 im Nennbetrag von EUR 89.480 von der OVAG in Gummersbach an den Oberbergischen Kreis zugestimmt.
- Der Kreistag hat der Gründung der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises Euskirchen, der **Projektgesellschaft TZJ GmbH**, zugestimmt (V 105/2015). Am Stammkapital dieser Gesellschaft (25.000 €) beteiligt sich die **Technologiezentrum Jülich GmbH** (TZJ) mit 100 %.

5.2 Beschlüsse des Kreistages vom 24.06.2015

- Der Kreistag hat gem. V 128/2015 beschlossen, über den bereits beschlossenen Rahmen von 3 Mio. € (D 8/2014 vom 17.12.2014) hinaus eine Ausfallbürgschaft zugunsten der **Vogelsang ip gGmbH** zur Besicherung der zur Finanzierung der Mehrkosten erforderlich werdenden Kreditaufnahmen in Höhe von gegebenenfalls bis zu einem Gesamtbetrag von 5 Mio. € zu übernehmen. Der Höchstbetrag für die zu übernehmende Ausfallbürgschaft beträgt 1.818.182 €. Für die Gewährung der Bürgschaft wird ein einmaliges Entgelt in Höhe von 9.092 € erhoben, zahlbar binnen eines Monats nach Unterzeichnung der Bürgschaftsurkunde.
- Die Verwaltungsleitung wurde durch Beschluss des Kreistages (A 73/2015) beauftragt, umgehend mit den Mitgesellschaftern und den auf regionaler Ebene an Umsetzungsprojekten arbeitenden Gremien - insbesondere dem **Zweckverband Region Aachen** und der **IRR-Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH** - in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, eine Projektteilnahme zur Entwicklung/Aktivierung der „LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist – Prime Site Rhine Region“ im Rahmen des Projektauftrags Regio.NRW zu initiieren. Die Vertreter des Kreises Euskirchen im Verwaltungsrat und Projektbeirat des Kommunalunternehmens „**LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist**“ **Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)** wurden beauftragt, in den genannten Gremien zu beantragen, dass sich die Geschäftsführung der LEP-AöR umgehend mit der IRR GmbH in Verbindung setzt, um gemeinsam die im Integrierten Handlungskonzept befindliche „Inwertsetzung der Prime Site Rhine Region“ als konkretes Umsetzungsprojekt zu benennen und entsprechend vorzubereiten. Eine Projektskizze sollte in Grundzügen bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates der IRR GmbH vorgelegt werden.
- Der Kreistag hat auf Antrag (A 74/2015) beschlossen, den Landrat als Vertreter des Kreises Euskirchen im Aufsichtsrat der **Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)** zu beauftragen, sich gegen eine derzeitige Neubesetzung der Stelle des Geschäftsführers auszusprechen und zu beantragen, dass das derzeit laufende Ausschreibungsverfahren für beendet erklärt wird. Der Kreistag Euskirchen sieht es als primäre Aufgabe der verantwortlichen Gremien zunächst auf der Basis einer intensiven Aufgabenkritik die künftige Rolle der AGIT in der Schnittstelle zum Zweckverband Region Aachen zu definieren und erst danach eine abschließende Beratung und Beschlussfassung über die Frage zu treffen, ob es eine Neubesetzung dieser Stelle gibt und ggf. Synergieeffekte erzielt werden können oder ob es andere Lösungsmöglichkeiten gibt.

5.3 Beschlüsse des Kreistages vom 21.10.2015

- Der Kreistag hat zum einen beschlossen, Mittel für einen jährlichen Gesellschafterzuschuss an die **Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) GmbH** gem. § 20 Abs. 2 Gesellschaftsvertrag (Geschäftsbereich 1 „Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle“) in Höhe von max. 12.000 €/Jahr über das Jahr 2017 hinaus auch in 2018 bereitzustellen, und zum anderen, dass

anteilige Projektfinanzierungen im Sinne des Geschäftsbereiches 2 „Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“ (§ 20 Abs. 3 Gesellschaftsvertrag) darüber hinaus einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag bedürfen (V 158/2015).

- Im Hinblick auf die Veräußerung der von der **Energie Nordeifel GmbH & Co. KG** gehaltenen Kommanditanteile an der **Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG** hat der Kreistag beschlossen, dass die Vertreter des Kreises in den Gremien der **Energie Nordeifel GmbH & Co. KG** und der **Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG** zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt werden (V 159/2015).
- Der Kreistag hat dem Antrag der SPD-Fraktion (A 76/2015) zugestimmt und folgende Umbesetzung in den nachstehenden Gremien der **LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR** (Verwaltungs- und Projektbeirat), der **Zweckverbände Naturpark Rheinland** und **Region Aachen** (Verbandsversammlungen), der **IRR – Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH** (Gesellschafterversammlung) und der **Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mbH** (Gesellschafterversammlung) beschlossen: - bisheriger Vertreter des Kreises: Stefan Schmitz (SPD) - neuer Vertreter des Kreises: Michael Höllmann (SPD). Gleichzeitig wurde beschlossen, der **Verbandsversammlung des Zweckverbandes Naturpark Rheinland** vorzuschlagen, Herrn Michael Höllmann als Stellvertreter für Frau Gerdemann in den **Verbandsausschuss** zu wählen. Ferner wurde die Umbesetzung in der **Verbandsversammlung des Zweckverbandes Region Aachen** wie folgt beschlossen: - ordentliches Mitglied bisher: Hans Schmitz (SPD), stellvertretendes Mitglied bisher: Emmanuel Kunz (SPD) - ordentliches Mitglied neu: Emmanuel Kunz (SPD), stellvertretendes Mitglied neu: Hans Schmitz (SPD).

5.4 Beschlüsse des Kreistages vom 16.12.2015

- Der Kreistag hat der Umlageerhebung des **Zweckverbandes Berufsbildungszentrum (BZE)** bis zu einem Gesamtbetrag von 100 T€ p.a. (Anteil des Kreises Euskirchen: max. 67 T€ p.a.) zugestimmt. Die Leistung einer höheren Verbandsumlage bedarf einer erneuten Beratung und Beschlussfassung (V 168/2015).
- Der Kreistag hat beschlossen, die über die Deckelungsbeträge der kommunalen Gesellschafter der **Nordeifel Tourismus GmbH** (20.000 €) hinaus gehenden Beträge der Wirtschafts- und Finanzplanung 2016 ff. durch den Gesellschafter Kreis Euskirchen im Rahmen seines Deckelungsbetrages (260.000 €) abzudecken (V 171/2015).
- Zur Beteiligung des Kreises am Projekt „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion der **IRR – Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH**“ hat der Kreistag der Durchführung des Projektes einschließlich der anteiligen Finanzierung zugestimmt (V 177/2015).
- Der Kreistag hat die beabsichtigte Darlehensaufnahme durch die **Vogelsang IP gGmbH** zur Finanzierung der 5 Mio. € übersteigenden Mehrkosten bis zu weiteren 5 Mio. € zur Kenntnis genommen und seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, im Rahmen dieser Darlehensaufnahme ein Gesellschafterdarlehen bereitzustellen, sofern ein anteiliger Betrag vom Landschaftsverband Rheinland verbürgt wird. Für den Fall, dass die Darlehensaufnahme nicht beim Kreis Euskirchen erfolgt, hat der Kreistag die Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der **Vogelsang IP gGmbH** zur Besicherung der zur Finanzierung der Mehrkosten erforderlich werden den Kreditaufnahmen bis zu einem Gesamtbetrag von 5 Mio. € beschlossen. Der Höchstbetrag für die dann zu übernehmende Ausfallbürgschaft beträgt 1.818.182 €. Für die ggf. erforderliche Gewährung der Bürgschaft wird ein einmaliges Entgelt in Höhe von 9.092 € erhoben, zahlbar binnen eines Monats nach Unterzeichnung der Bürgschaftsurkunde (D 16/2015).

Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften

1. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)

45030 Essen

Internet: <http://www.rwe.com/web/cms/de/8/rwe/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf den Geschäftsfeldern Erzeugung und Beschaffung von Energie einschließlich erneuerbarer Energien, Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen, Versorgung und Handel mit Energie, Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie, Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser und der Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen tätig sind. Insbesondere mit ihrem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgung leistet die RWE AG einen Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Die RWE AG erfüllt damit einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit § 107a Abs. 1 GO NW.

Nach Übernahme der RWE Dea (Segment Upstream Gas & Öl) zum 01.01.2014 durch die Investmentgesellschaft LetterOne ist der RWE-Konzern seit 2014 in 7 Segmente, welche auch als „Unternehmensbereiche“ bezeichnet werden, untergliedert. Die Aufgabenerfüllung erfolgt durch die in Klammern dargestellten Gesellschaften.

- | | |
|---------------------------------------|------------------------|
| • Konventionelle Stromerzeugung | (RWE Generation) |
| • Vertrieb / Verteilnetze Deutschland | (RWE Deutschland) |
| • Vertrieb Niederlande / Belgien | (Essent) |
| • Vertrieb Großbritannien | (RWE npower) |
| • Zentralost- / Südosteuropa | (RWE East) |
| • Erneuerbare Energien | (RWE Innogy) |
| • Trading / Gas Midstream | (RWE Supply & Trading) |

Ende 2015 wurde beschlossen, die Geschäftsfelder Erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb in einer neuen Tochtergesellschaft zusammenzuführen und an die Börse zu bringen. Mit dem neuen Unternehmen soll eine Wachstumsplattform geschaffen werden, die sich direkt am Kapitalmarkt refinanzieren soll. Im ersten Schritt soll das Kapital der neuen Gesellschaft durch Ausgabe neuer Aktien um rund zehn Prozent erhöht und mit den Erlösen unter anderem der Ausbau der erneuerbaren Energien voran getrieben werden. Die Geschäftsbereiche „konventionelle Stromerzeugung“ und „Energiehandel“ verbleiben im Alleineigentum der RWE AG, sollen aber ebenfalls von der Neuorganisation profitieren, indem Anteile an der neuen Gesellschaft veräußert werden können und die RWE AG die Optionen hat, die genannten Bereiche finanziell zu stärken.

nachrichtlich:

Die neue Tochtergesellschaft der RWE AG (RWE International SE) wurde zum 01.04.2016 gegründet. Die formale Umfirmierung (innogy) erfolgte in Deutschland zum 01.09.2016.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Grundversorgung der Kreisbevölkerung kann angesichts des liberalisierten Marktes auch anderweitig sichergestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden? siehe Ziffer 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden? Ja.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

Die Veräußerung der verbleibenden RWE-Aktien ist grundsätzlich möglich. Soweit eine Veräußerung erfolgen soll, ist der richtige Zeitpunkt über einen zu erzielenden Mindestpreis festzulegen. Bei der Abwägung über einen etwaigen Verkauf ist zu berücksichtigen, dass die RWE Partner des Kreises (bzw. der KVE) als Gesellschafterin der KEV sowie der Energie Nordeifel ist. Insofern sprechen durchaus strategische Erwägungen für das Halten der Aktien, da der Kreis nicht nur als Partner, sondern auch

gleichzeitig als Aktionär auftritt. Zwischen diesen strategischen Überlegungen und der Veräußerungsmöglichkeit ist abzuwägen.“

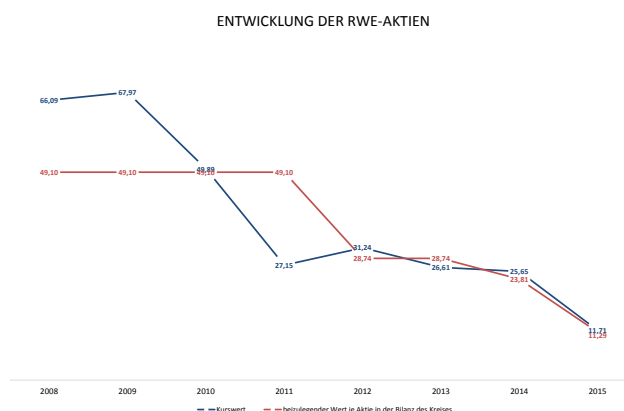
C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter bzw. Aktionär	Anzahl der Aktien	Gezeichnetes Kapital	Anteil
Kreis Euskirchen	93.850	892.632 €	0,02 %
übrige Aktionäre	614.651.150	5.846.107.368 €	99,98 %
Summe Stammaktien	614.745.000	5.847.000.000 €	100,00 %

Im Dezember 2011 wurden durch die RWE AG 52,3 Mio. neue und 28,1 Mio. im Eigenbestand gehaltenen RWE-Stammaktien am Kapitalmarkt platziert. Bei einem Ausgabekurs von 26 € je Aktie wurde ein Bruttoemissionserlös in Höhe von rd. 2,1 Mrd. € erzielt. Für die im Eigenbestand gehaltenen Aktien wurden Bezugsrechte ausgegeben. Der Kreis Euskirchen hat von seinem Bezugsrecht für 4.939 Aktien gem. Kreistagsbeschluss (D 45/2011) keinen Gebrauch gemacht.

In der Eröffnungsbilanz des Kreises Euskirchen wurde der Wert der RWE-Aktien gem. § 55 Abs. 6 S. 1 i.V.m. § 55 Abs. 7 GemHVO mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend von Bilanzstichtag (49,10 €) angesetzt. Der zum 01.01.2009 ausgewiesene Bilanzwert beträgt 4.608.035 €

Zum 31.12.2012 erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung gem. § 35 Abs. 5 GemHVO auf einen Kurswert von 28,74 € je Aktie, da eine voraussichtlich dauernde Wertminderung angenommen wurde. Mit dieser Abwertung wurden die sich im Besitz des Kreises Euskirchen befindlichen RWE-Aktien in der Bilanz mit dem niedrigeren beizulegenden Wert in Höhe von 2.697.249 € angesetzt. Im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 erfolgte eine weitere außerplanmäßige Abschreibung gem. § 35 Abs. 5 Satz 2 GemHVO auf einen Kurswert von 23,81 € je Aktie, so dass in der Bilanz des Kreises der beizulegende Wert in Höhe von 2.234.850 € angesetzt wurde. Zum 31.12.2015 wurde aufgrund einer weiteren, als dauerhaft eingestuften Wertminderung eine weitere außerplanmäßige Abschreibung auf den Kurswert von 11,285 € je Aktie vorgenommen. Der niedrigere beizulegende Wert spiegelt sich in der Bilanz des Kreises mit 1.059.097,25 € wider.



D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates. Der Jahresabschluss der RWE AG ist in Teil C nur auszugsweise dargestellt. Der vollständige Geschäftsbericht ist auf der Homepage der RWE dargestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Hauptversammlung
- b) Aufsichtsrat
- c) Vorstand

Vertreter des Kreises in der Hauptversammlung der RWE AG:

Dirk Jahr, CDU

Der Kreis ist im Aufsichtsrat und Vorstand der RWE AG nicht vertreten. Deren Zusammensetzung ist im Internet abrufbar.

nachrichtlich:

Vertreter des Kreises im Beirat des RWE Konzerns und im Kommunalbeirat Eifel Rur der RWE Deutschland AG

Landrat Günter Rosenke

2. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen

Internet: <http://www.vka-rwe.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Die Beteiligung an der VKA ist so lange erforderlich wie Aktien an der RWE AG gehalten werden. Im Falle einer Veräußerung der verbleibenden RWE-Aktien kann die VKA-Beteiligung eingestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?
siehe Ziffer 1

3. Kann die Beteiligung veräußert werden? siehe Ziffer 1

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? siehe Ziffer 1

Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? siehe Ziffer 1

5. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

Die Beteiligung an der VKA steht in direktem Zusammenhang mit der Beteiligung an der RWE AG. Sofern eine Veräußerung der RWE-Aktien bejaht wird, entfällt auch der Anknüpfungspunkt zu einer Beteiligung an der VKA.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.083,94 €	0,85 %
24 Städte/Gemeinden		
30 Kreise		
3 kommunale Verbände		
27 weitere Gesellschafter	126.739,03 €	99,15 %
Summe	127.822.97 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafter sind nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der laufenden Aufgaben der Gesellschaft Nachschüsse in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse richten sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile (§ 26 Abs. 2, 3 GmbHG).

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Verwaltungsrat
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Landrat Günter Rosenke

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis ist im Verwaltungsrat nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen

Landrat a.D. Roger Graef, Bollendorf

nachrichtlich

Zum 01.05.2016 wurde Herr Landrat a.D. Peter Ottmann, Nettetal, zum Geschäftsführer bestellt. Herr Landrat a.D. Roger Graef wurde gleichzeitig als Geschäftsführer abberufen.

3. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Dennewartstraße 25 - 27
52068 Aachen

Internet: <http://www.agit.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielpunkte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU.

Die Struktur- und Wirtschaftsförderung dient der wirtschaftlichen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 Abs. 1 KrO, es handelt sich um eine Einrichtung der Wirtschaftsförderung nach § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO. Demnach besteht ein wichtiges Interesse des Kreises im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO NW i.V.m. § 53 KrO.

Der Kreistag hat am 16.04.2012 gem. Vorlage V 257/2012 im Hinblick auf eine regionale Strukturreform (AGIT mbH / REGIO Aachen e.V.) beschlossen, dass die strukturpolitisch relevanten Aufgaben der AGIT durch den neu gegründeten Zweckverband Region Aachen übernommen werden. Die kommunalen Vertreter in den Gremien der AGIT mbH wurden beauftragt, deren strategische und organisatorische Neuaufstellung unter Einbeziehung externen Sachverständigen aktiv voran zu treiben. Dabei sollte sich der künftige Aufgabenkanon der AGIT mbH an direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit Unternehmen ausrichten. Die Fortführung dieses Reformprozesses wurde durch den Kreistag am 31.10.2012 (V 314/2012) nochmals bestätigt.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Zum einen stellt der Kreis Euskirchen durch seine Beteiligung an der AGIT die überregionale Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Kreis Euskirchen als Teil der Region Aachen im In- und Ausland sicher. Zum anderen partizipiert der Kreis Euskirchen an technologieorientierten Projekten (z. B. Zentrum für Automobile Innovation und Ansiedlung von Entwicklungslaboren von Automobilherstellern und Zulieferern), für die allerdings in aller Regel zusätzliche Finanzmittel aufzubringen sind. Bei der Vermarktung durch die AGIT – und dies lässt der Gesellschaftsname unterstellen – wird die in seinem Zentrum hochschulgeprägte Region Aachen durch Innovationspotenzial und Technologietransfer profiliert, wobei die positiven Standortfaktoren des Kreises Euskirchen nicht in entsprechendem Maße zur Geltung kommen können. Auch ist das Potenzial an ansiedlungs- und umsiedlungswilligen Betrieben nachweislich bundesweit zurückgegangen, sodass der AGIT erfolgreiche Neuansiedlungen im Kreis Euskirchen bislang nicht zugeschrieben werden können. Mit der Beteiligung an der AGIT hat sich der Kreis Euskirchen seinerzeit (1992) zur Wirtschaftsregion Aachen bekannt. Die regional bedeutsame Funktion der AGIT wird nunmehr durch die Einrichtung der „Regionalagentur für die Region Aachen“ (GbR) gestärkt. Ein Austritt aus der AGIT würde den Kreis in der Wirtschaftsregion Aachen isolieren, es sei denn, dass alle regional bedeutsamen Funktionen in einer anderen, regional getragenen Organisation konzentriert würden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Die AGIT hat die Vermarktung der Region Aachen in In- und Ausland zur Aufgabe und betreibt entsprechende Geschäftskontakte. Eine Aufgabenreduzierung wäre hinsichtlich der Profilierung des Wirtschaftsstandortes Kreis Euskirchen und Akquisitionsbemühungen kontraproduktiv und nur durch Aktivitäten der Wirtschaftsförderung des Kreises und ggf. der TAE GmbH aufzufangen.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Nein. Verwaltungsseitig ist an der AGIT-Mitgliedschaft festzuhalten. Gemäß § 13 bedürfen Abtretung und Veräußerung von Gesellschaftsanteilen der Zustimmung aller Gesellschafter und sind nur zum Ende eines Geschäftsjahres zulässig. Eine Verpflichtung der übrigen Gesellschafter, den Gesellschaftsanteil zu erwerben, besteht nicht. Beim Ausscheiden eines Gesellschafters wird der Geschäftsanteil des ausscheidenden Gesellschafters von der Gesellschaft eingezogen. Der ausscheidende Gesellschafter erhält als Vergütung die § 3 geleistete Stammeinlage. Die Vergütung ist nicht auszuzahlen, sondern als zinsloses Darlehen in der Gesellschaft zu belassen.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein, dies ist nicht ersichtlich.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Nein. Die Erfüllungsdefizite der Vergangenheit wurden durch eine Neuausrichtung der AGIT (Schnittstellenminimierung, Konzentration auf Kompetenzfelder) aufgehoben, an der insbesondere die Kreise der Region mitgewirkt haben.“

In der Sitzung des Kreistages vom 07.09.2005 wurde der Antrag A 30/2005, die AGIT zum baldmöglichsten Zeitpunkt zu verlassen, abgelehnt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	138.934,00 €	4,27%
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	421.242,00 €	12,95%
Handwerkskammer Aachen	138.934,00 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450,00 €	29,87%
StädteRegion Aachen	500.378,00 €	15,38%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die StädteRegion Aachen	52.000,00 €	1,60%
Kreis Düren	277.867,00 €	8,54%
Kreis Heinsberg	138.934,00 €	4,27%
Sparkasse Aachen	467.815,00 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296,00 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000,00 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg	39.075,00 €	1,20%
Fachhochschule Aachen	3.075,00 €	0,09 %
Summe	3.253.000,00 €	100,00%

Die Beteiligungen der AGIT sind in der Übersicht in Teil A Nr. 4 dargestellt. Wegen der relativ geringen Bedeutung dieser Beteiligungen für den Kreis Euskirchen wird hier auf eine eingehende Berichterstattung verzichtet (s. Teil A Nr. 3).

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für Aufgaben der internationalen Ansiedlungswerbung, des Regionalmarketings und der Beratung technologieorientierter Gründer stellen die kommunalen Gesellschafter sowie die Kammern finanzielle Zuschüsse bzw. Dienst- und Sachleistungen der AGIT zur Verfügung.

Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums Aachen (TZA) und des Medizinisch-Technischen Zentrums (MTZ) wurden bis zum Geschäftsjahr 2012 wie nachstehend beschrieben getragen:

- Für den 1. Bauabschnitt TZA durch die kommunalen Gesellschafter und die Kammern
- Für den 2. Bauabschnitt TZA durch die Stadt Aachen (64%) und die StädteRegion Aachen (36%)
- Für das MTZ durch die Stadt Aachen.

Ab 2008 waren zusätzlich die folgenden Zuschüsse zu leisten (s. V 436/2008):

- für die Regionalagentur Aachen zu gleichen Anteilen durch die kommunalen Gesellschafter (Kreis Euskirchen 20%)
- für die Regionalentwicklung entsprechend dem zugrunde gelegten Finanzierungsschlüssel (Kreis Euskirchen: 6,74% des kommunal zu tragenden Aufwandes)

In 2013 wurde im Rahmen der beschlossenen Neuausrichtung der Gesellschaft die interne Trennung der AGIT-Geschäftsbereiche „Technologiezentrumsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ vorgenommen. Mit dieser Trennung stellt sich die Finanzierung dieser Bereiche unterschiedlich dar. Die Finanzierung des Technologiezentrumsmanagements wird bis zu einer bestimmten Höhe in die alleinige Verantwortung der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen gestellt.

Für Aufgaben der Wirtschaftsförderung (internationale Ansiedlungswerbung, Regionalmarketing, Technologietransfer und Beratung technologieorientierter Gründer) werden nach Gesellschafteranteilen, entsprechend einer jährlich zu beschließenden Zuschussregelung, finanzielle Mittel durch die kommunalen Gesellschafter sowie durch die Kammern zur Verfügung gestellt.

Sonderaufgaben im Bereich der Regionalentwicklung, des Regionalmarketing und die damit im Zusammenhang stehenden Aufgabenfelder werden entsprechend eines Zuschussschlüssels von 20 % je Gebietskörperschaft finanziert.

Die vorstehenden Regelungen wurden durch den Abschluss einer entsprechenden Gesellschaftervereinbarung, welche mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages verbunden war, getroffen (Beschluss des Kreistages vom 09.10.2013, V 59/2013).

Die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages und der Vereinbarung der AGIT-Gesellschafter erfolgte am 29.11.2013. Die Regelungen der Gesellschaftervereinbarung gelten vom 01.01.2013 zunächst bis zum 30.06.2019.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung: je 1 € Kapitalbeteiligung 1 Stimme
- b) Aufsichtsrat: Insgesamt 17 Sitze (Stimmen), davon 1 Kreis Euskirchen
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Ordentliches stimmberechtigtes Mitglied:</u>	<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung):</u>
Franz Cremer (SPD)	Hans Peter Wasems (CDU)

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Landrat Günter Rosenke	Stellvertreter: Franz Cremer (SPD)
(Aufsichtsratsvorsitzender vom 01.11.2015 bis 30.06.2016)	

c) Geschäftsführung

Dr. Helmut Greif

nachrichtlich:

Zum 01.07.2016 wurde Herr Dr. Lothar Mahnke, Aachen, zum Geschäftsführer bestellt. Herr Dr. Helmut Greif wurde gleichzeitig als Geschäftsführer abberufen.

4. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE)

In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Internet: <http://www.tae-gmbh.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Mit der Rechtsform einer GmbH soll die TAE das Leistungsangebot des öffentlich-rechtlich organisierten BZE, der Wirtschaftsförderung des Kreises und der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer sinnvoll ergänzen. Die TAE ist originär technisch bzw. technologisch ausgerichtet. So zählt zu den Schwerpunkten der Beratungen der Technologietransfer (Informationen zu neuen Technologien und Fördermitteln, Vermittlung von Technologieexperten, Entwicklung und Einführung von Neuerungen), die Vermittlung von Verbundprojekten und das Durchführen von Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zu firmenspezifischer Qualifizierung.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Auf Grund der engen organisatorischen Verbindung zwischen BZE und TAE GmbH sind die Aufgabeninhalte beider Einrichtungen in gegenseitiger Abgrenzung und in Abgrenzung zu anderen Dienstleistern zu überprüfen und es ist festzustellen, ob die Einrichtungen mit ihrem Dienstleistungsangebot in dem beabsichtigten Maß angenommen werden (Siehe auch Ausführungen zur Mitgliedschaft BZE).

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Gemäß § 6 des TAE Gesellschaftsvertrags vom 19.09.1994 kann der Kreis Euskirchen seit dem 31.12.2004 mit halbjährlicher Frist zum Schluss eines Geschäftsjahres seinen Austritt erklären. Der Geschäftsanteil des Kreises Euskirchen kann von der Gesellschaft unter Beachtung der Bestimmungen des GmbHG erworben oder eingezogen werden. Der ausscheidende Gesellschafter erhält als Vergütung den Buchwert seiner Einlage, maximal jedoch den Nennwert seiner geleisteten Stammeinlage. Im Übrigen sind weitere Regelungen des Gesellschaftsvertrages zu beachten. Gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrages bedarf diese Abtretung zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung aller Gesellschafter.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mittelrheinische Treuhand (Koblenz) hat in ihrer Stellungnahme vom Juli 2004 herausgearbeitet, dass die Organisationsform des Zweckverbandes für die Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben und in Abgrenzung zu den Aufgaben und der Rechtsform der TAE GmbH sinnvoll ist. Dabei stellt die Mittelrheinische Treuhand (Koblenz) insbesondere darauf ab, dass sich die Angebote von BZE und TAE GmbH sinnvoll ergänzen und, da die Geschäftsführung für beide Organisationsformen in einer Hand liegt, das Angebot je nach Qualifizierungsart, -inhalt, -zielrichtung und -förderung von der einen oder der anderen Organisationsform vorgehalten werden kann.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

TAE GmbH und das BZE sind organisatorisch eng verbunden. Auf Grund der Tatsache, dass nunmehr auch private Qualifizierungsträger Angebote zur Berufsbildung erstellen, sollte in einer Prüfung festgestellt werden, ob das Angebot der TAE GmbH weiterhin aufrecht erhalten werden muss. Ggf. ist in Verbindung mit dem BZE auch für die TAE GmbH eine Entwicklungsstrategie auszuarbeiten, die die Position der Einrichtung transparent und nachvollziehbar aufzeigt und deren wirtschaftliche Zukunft beleuchtet.“

Der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung ist in Teil C beigelegt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	13.293,59 €	52,00 %
Kreissparkasse Euskirchen	5.112,92 €	20,00 %
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Handwerkskammer Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen	1.789,52 €	7,00 %
Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) mbH	1.789,52 €	7,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt lt. Gesellschaftsvertrag durch die Gesellschafter nach den Anteilen der Stammkapitaleinlagen. Die sich aus dem Wirtschaftsplan ergebenden Finanzierungsanteile werden im Voraus an die Gesellschaft gezahlt. Etwaig verbleibende Fehlbeträge sind bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen. Eventuell zu viel gezahlte Beträge verbleiben in der Gesellschaft. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich Verlustübernahme wird auf den jährlichen Betrag von insgesamt 85.500 € begrenzt (V 45/2014).

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (11 Mitglieder, je 255,65 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Der Kreis wird gem. § 8 (5) des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) und vier weitere Mitglieder vertreten:

ordentliche Mitglieder:

- | | |
|--|-----|
| 1. Hans-Erhard Schneider (Stimmführer) | CDU |
| 2. Karsten Stickeler | CDU |
| 3. Heinrich Hettmer (stv. Stimmführer) | SPD |
| 4. Dirk van Meenen | FDP |

Stellvertreter/innen:

- | | |
|--------------------|-----|
| Clas Kohlheyer | CDU |
| Franz-Josef Nießen | CDU |
| Stefanie Seidler | SPD |
| Hans Reiff | FDP |

b) Geschäftsführung

Zum 30.06.2015 wurde Herr Michael Franssen als Interimsgeschäftsführer abberufen und Herr Jochen Kupp ab 01.07.2015 zum Geschäftsführer bestellt.

5. Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)

Kirchstr. 5
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.eugebau.de/>

nachrichtlich:

Die Firmierung der Gesellschaft wurde gem. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 12.11.2015 am 28.01.2016 im Handelsregister des Amtsgerichtes Bonn geändert und lautet nun „**Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)**“.

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Einrichtung ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die EUGEBAU errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages. Damit liegt kommunalrechtlich ein öffentlicher Zweck im Sinne des § 107 Abs. 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 8 Abs. 1 GO vor.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Aufgabe der Wohnungsversorgung muss nicht über eine Beteiligung sichergestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden? Ja.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Die Geschäftsanteile an der EGB können mit Zustimmung des Aufsichtsrates veräußert bzw. abgetreten werden (§ 4 des Gesellschaftsvertrages). Es kann unterstellt werden, dass der Aufsichtsrat immer dann seine erforderliche Zustimmung erteilt, wenn die Interessen der Gesellschaft durch die Übertragung des Geschäftsanteils in hinreichendem Umfang gewahrt bleiben, d. h. wenn der potenzielle Erwerber der Geschäftsanteile den im Gesellschaftsvertrag festgelegten Gesellschaftszweck genauso gut verwirklichen könnte wie der Kreis Euskirchen.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? entfällt

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? entfällt

Abschlussbewertung:

Die Anteile des Kreises an der Euskirchener Gemeinnützigen Baugesellschaft mbH (EGB) können generell veräußert bzw. abgetreten werden. Über die Veräußerungsmöglichkeiten hat der Kreistag bereits in seiner Sitzung am 02.04.2003 (Haushaltsplanberatung) sowie anschließend in nichtöffentlichen Sitzungen (siehe V 224/2003, Sitzungen des Kreistages vom 08.10.2003 und 23.06.2004) beraten. Das Thema ist anlässlich der Haushaltsplanberatungen 2005 erneut aufzugreifen (Beschluss des Kreistages vom 23.06.2004).“

Der Kreistag hat in der Sitzung vom 18.12.2006 zu A100/2006 folgende Beschlüsse gefasst:

„1. Die durch die Verwaltung vorgesehene Heranziehung von angenommenen Erlösen aus dem Verkauf der Anteile des Kreises an der Euskirchener gemeinnützigen Baugesellschaft zum Ausgleich des Haushaltsentwurfes 2007 wird gestrichen.

2. Die vom Kreistag entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates der EUGEBAU werden beauftragt, ein ergebnisoffenes externes Organisationsgutachten hinsichtlich der künftigen Unternehmensausrichtung der Gesellschaft in Auftrag zu geben. Dabei ist unter anderem die Frage zu untersuchen, welchen höheren unmittelbaren und mittelbaren Nutzen der Kreis aus einer Weiterführung einer Beteiligung erzielen kann. Diese Untersuchung soll zeitlich so angelegt werden, dass der Kreistag in die Lage versetzt wird, einen fundierten Beschluss über die weitere Beteiligung an der EugeBau in der zweiten Jahreshälfte 2007 herbeiführen zu können.“

Zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks nimmt die Geschäftsführung im Lagebericht (Teil C) Stellung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.079.850,00 €	41,37 %
Kreisstadt Euskirchen	1.507.420,00 €	57,74 %
Stadt Mechernich	2.070,00 €	0,08 %
Stadt Zulpich	6.210,00 €	0,24 %
Gemeinde Weilerswist	2.070,00 €	0,08 %
Bauinnung des Kreises Euskirchen	5.290,00 €	0,20 %
Volksbank Euskirchen	2.530,00 €	0,10 %
Eigene Anteile	2.760,00 €	0,11 %
5 private Gesellschafter	2.300,00 €	0,08 %
Summe	2.610.500,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages ist bei der Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10% des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses entscheidet der Aufsichtsrat nach Beratung mit der Geschäftsführung über die Bildung einer Bauerneuerungsrücklage und beschließt über Einstellung und Entnahme. Der Bilanzgewinn kann unter die Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt, zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der ausgeschüttete Gewinnanteil soll in der Regel 4% der Einzahlungen der Gesellschafter auf die Stammeinlage nicht übersteigen (für den Kreis Euskirchen 43.194 €). Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustabdeckung zu beschließen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (je 10 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- b) Aufsichtsrat (12 Mitglieder)
- c) Geschäftsführer

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

Stefan Schmitz (bis 20.10.2015) SPD
Michael Höllmann (ab 21.10.2015) SPD

Stellvertreter:

Hans-Erhard Schneider CDU

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Geborenes Mitglied

Landrat Günter Rosenke
Stellvertreter: AV Manfred Poth

Ordentliche Mitglieder:

- 1. Hans-Josef Engels CDU
- 2. Bernd Kolvenbach CDU
- 3. Norbert Häger SPD
- 4. Ellen Mende B 90/Grüne

c) Geschäftsführer

Oliver Knuth

6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

St. Elisabeth-Straße 2 – 6
53894 Mechernich

Internet: <http://www.kkhm.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der KKM ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Somit liegt der öffentliche Zweck in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO, sodass ein wichtiges Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 in Verbindung mit § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO gegeben ist.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nicht erforderlich, aber sinnvoll. Die Vorhaltung mindestens eines Krankenhauses im Kreisgebiet ist im Interesse der Einwohner erforderlich, allerdings ist diese Vorhaltung nicht zwingend über ein eigenes Krankenhaus (bzw. die Mehrheitsbeteiligung an einer entsprechenden Gesellschaft) sicherzustellen. Nach § 1 Abs. 2 Krankenhausgesetz NRW (KHG NRW) ist die Sicherstellung der Krankenversorgung in Krankenhäusern eine öffentliche Aufgabe des Landes. Gemeinden und Gemeindeverbände wirken nach Maßgabe des Krankenhausgesetzes NRW dabei mit. Krankenhausträger sind nach § 1 Abs. 3 KHG NRW in der Regel freie gemeinnützige, kommunale, private Träger und das Land. Falls sich kein anderer geeigneter Träger findet, sind Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, Krankenhäuser zu errichten und zu betreiben. Die stationäre Krankenversorgung ist im Kreisgebiet sichergestellt, die gegenwärtige Struktur mit 3 Krankenhäusern ist als bedarfsgerecht anzusehen. Dies ist zuletzt durch die weitgehend abgeschlossene Krankenhausplanung bestätigt worden. Letzten Endes ist im Kreis Euskirchen eine Trägerpluralität, die auch unter Wettbewerbsgesichtspunkten durchaus Vorteile bietet, realisiert: Neben den kirchlichen Krankenhäusern in Schleiden und Euskirchen wird die mit kommunalen Gesellschaftern strukturierte Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) vorgehalten. Über die (Mit-)Trägerschaft eines eigenen Krankenhauses hat der Kreis Euskirchen unmittelbar die Möglichkeit, die für die medizinische Versorgung der Bevölkerung notwendigen Strukturen und Leistungsangebote im medizinischen Bereich vorzuhalten. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass in der jüngeren Vergangenheit immer wieder private oder auch freigemeinnützige Krankenhausträger ihren Betrieb einstellen mussten. Bei Gebietskörperschaften, die mit derartigen Betriebsaufgaben konfrontiert werden, kann durchaus eine nicht unerhebliche Reduzierung des Leistungsangebotes für die eigene Bevölkerung verbunden sein. Darüber hinaus ist der Kreis Euskirchen über die KKM in der Lage, auch bei nicht von vorneherein rentablen Aufgabenerfüllungen Leistungsangebote in entsprechenden Regionen des Kreises Euskirchen zu schaffen. Dies betrifft vor allem die Versorgung älterer Menschen in und am Schloss Schleiden, die neue Struktur des St. Antonius Krankenhauses Schleiden, aber auch die Schaffung des Geriatrischen Zentrums sowie des ambulanten OP-Zentrums Zülpich.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Die Vorhaltung eines Krankenhauses im Kreisgebiet in kommunaler Trägerschaft ist im Interesse der Einwohner erforderlich. Als Folge der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts ist mit einer wachsenden Nachfrage nach medizinischen Leistungen zu rechnen. Ansonsten siehe Antwort zur Frage 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Ja. Eine Übertragung des Gesellschaftsanteils wäre allerdings nur an den verbleibenden Gesellschafter (Stadt Zülpich) und nur mit dessen Zustimmung (§ 6 des Gesellschaftsvertrages) möglich. Eine entsprechende Realisierungsmöglichkeit erscheint zweifelhaft.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein. Die Organisationsform einer GmbH ist für diese Aufgabenstellung gut gewählt.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Nein. Wie den Prüfungsberichten für das Jahr 2003 zu entnehmen ist, ist die KKM GmbH sowohl unter Beachtung leistungsmäßiger Kriterien als auch unter Zugrundelegung von wirtschaftlichen Anforderungen als gesundes und stabiles Gesundheitsunternehmen zu bezeichnen. Trotz der nicht zuletzt auf Anlaufsituationen zurückzuführenden Verluste bei verschiedenen Tochtergesellschaften ist auch das Konzernergebnis im Jahre 2003 - wie in den Vorjahren - positiv.

Wie im Lagebericht des Konzern ausgeführt, werden die Einrichtungen des Liebfrauenhofes Schleiden auch im Jahre 2004 ein negatives Ergebnis nicht vermeiden können. Ergebnisbelastend wirkt sich zum

einen aus, dass die bis längstens 30. Juni 2005 vereinbarten Investitionskostenentgelte keine volle Finanzierung der entsprechenden Kosten ermöglichen. Neben der Deckungslücke bei den Investitionskosten ist die Situation, dass im Haus St. Josef aufgrund der vorgegebenen Betriebsgröße kein betriebswirtschaftlich adäquates Ergebnis zu erreichen ist, zu berücksichtigen. Mit der Neustrukturierung der Wohnbereiche unter Berücksichtigung des Ersatzneubaus auf dem Sportplatzgelände werden spätestens nach Fertigstellung des Neubaus alle Verlustquellen beseitigt werden können.

Bei der Ambulantes OP-Zentrum Zülpich GmbH wird in diesem Jahr die Inanspruchnahme schon auf über 1.000 Patienten steigen. Ein ausgeglichenes Ergebnis wird aber erst bei über 2.000 Patienten zu erreichen sein. Um dieses Ziel zu erreichen, wird seitens der Geschäftsführung ein Zeitraum von 2-3 Jahren veranschlagt.

Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH ist eine Gesellschaft, die sich aufgrund der geringen Größe der einzelnen Leistungsangebote immer im Bereich +/- Null bewegen wird. Für das Jahr 2004 ist festzuhalten, dass aufgrund einer positiven Entwicklung in den Monaten ab März 2003 im Hauptumsatzbereich „Geriatriische Rehabilitation“ das erste Halbjahr 2004 mit einem ausgeglichenen Ergebnis abgeschlossen hat. Sofern diese Entwicklung anhält, ist für das Jahr 2004 zumindest mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen.

Den vorstehenden Ausführungen Rechnung tragend, ist davon auszugehen, dass bei den genannten Tochtergesellschaften auch auf Dauer keine größeren Ergebnisbeiträge zu erwarten sind. Allerdings werden ausgeglichene Ergebnisse angestrebt und auch als realistisch angesehen. Die Leistungsangebote der Tochtergesellschaften sind wichtig für die Attraktivität des Gesamtverbundes KKM GmbH. Auf mittlere Sicht werden Gesundheitsunternehmen nur dann erfolgreich agieren können, wenn sie umfassende Leistungsangebote in der akuten Krankenhausversorgung, in der Rehabilitation, in der Altenpflege und im ambulanten Sektor darstellen können und sie damit als regionales Dienstleistungsunternehmen wahrgenommen werden. Der Aufbau der Leistungsketten ermöglicht es, den Patienten ein umfassendes Leistungsangebot zu bieten.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar?

Ja. Die Vergütung der Krankenhausbehandlung erfolgt seit dem 01.01.2003 komplett über so genannte DRG-Fallpauschalen. In den Prüfungsberichten kommt zum Ausdruck, dass die KKM GmbH gut für diese Anforderungen gewappnet ist. Darüber hinaus sind die Kompetenzen und die Managementstrukturen im Gesamtverbund so ausgestaltet, dass den sicherlich nicht einfachen Veränderungen in den Rahmenbedingungen erfolgreich begegnet werden kann.

Abschlussbewertung:

Für die stationäre Krankenhausversorgung ist die Vorhaltung eines eigenen Krankenhauses bzw. die Beteiligung an der KKM GmbH nicht zwingend vorgeschrieben. Ob überhaupt eine Veräußerung realisiert werden kann, ist derzeit zu bezweifeln. Bei der Beurteilung etwaiger Veräußerungsüberlegungen sind die unter Frage 1 aufgeführten Argumente in die Abwägung einzubeziehen.“

Der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung ist in Teil C beigelegt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie nachstehend dar:

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	511.500,00 €	76,92 %
Stadt Zülpich	153.500,00 €	23,08 %
Summe	665.000,00 €	100,00 %

Beteiligungen und verbundene Unternehmen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH s. Nr. 6.2.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Seit der Änderung des Gesellschaftsvertrages am 15.07.2010 sind die Gesellschafter nicht mehr verpflichtet, Jahresfehlbeträge bis zu einer bestimmten Höhe oder unbegrenzt auszugleichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (13 Mitglieder, davon 10 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- b) Verwaltungsrat (11 Mitglieder, davon 8 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

1. Günter Rosenke	Landrat
2. Rita Gerdemann	CDU
3. Rudi Mießeler	CDU
4. Hans-Peter Wasems (Stimmführer)	CDU
5. Leo Wolter	CDU
6. Heinrich Hettmer	SPD
7. Hans Schmitz (stv. Stimmführer)	SPD
8. Dr. Manfred Wolter	skB/FDP
9. Nathalie Konias	B 90/Grüne
10. Dr. Klaus-Peter Jeck	skB/fraktionslos

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter/innen (gebundene Vertretung)</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Josef Reidt (Vorsitzender)	CDU	Dirk Jahr	CDU
3. Günther Schulz	CDU	Ursula Beul	CDU
4. Ute Stolz	CDU	Dr. Sabine Dirhold	CDU
5. Karl Vermöhlen	SPD	Heinrich Hettmer	SPD
6. Wolfgang Heller	SPD	Andreas Schulte	SPD
7. Hans Reiff	FDP	Frederik Schorn	FDP
8. Nathalie Konias	B 90/Grüne	Angela Kalnins	B 90/Grüne

c) Geschäftsführung

Dr. Hans Rossels, Hauptgeschäftsführer † 23.09.2015
Dipl. Kfm. Manfred Herrmann, Geschäftsführer Verwaltung & Logistik
Dipl. Kfm. Hermann Gemke, Geschäftsführer Finanzen

Der Hauptgeschäftsführer der KKM GmbH, Herr Dr. Hans Rossels, vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Er muss lt. Beschluss des Verwaltungsrates dabei im Innenverhältnis dessen Zustimmung einholen. Nach dessen Tod am 23.09.2015 wurde diese Funktion von den beiden verbleibenden Geschäftsführern gemeinschaftlich wahrgenommen.

nachrichtlich:

In der Sitzung des Verwaltungsrates am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die Zweiergeschäftsführung beschlossen. Aufgrund dessen nimmt der Geschäftsführer „Finanzen“ mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates.

6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

Die KKM GmbH und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden. Die Berichterstattung erfolgt hier zusammengefasst für alle Gesellschaften innerhalb des Konzerns.

Die Unternehmensgruppe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH bietet ein breites Spektrum an stationären und ambulanten Versorgungs- und Behandlungsformen für die Menschen im Kreis Euskirchen und der Eifel. Das Leistungsangebot reicht von Prävention, Beratung, stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung im akuten Krankheitsfall, Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen bis hin zur Unterbringung in den verschiedenen Wohn- und Pflegeformen innerhalb der Konzerngesellschaften.

Folgende Konzerngesellschaften sind unter Mehrheitsbeteiligung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in das Leistungsspektrum des Konzerns eingebunden:

A) Ziele der Beteiligungen

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Betrieb einer geriatrischen Rehabilitation unterhalb der Akutgeriatrie sowie einer Kurzzeitpflege und Vermietung betreuter Altenwohnungen. Betrieb und Unterhaltung der Altenpflegeeinrichtung Barbarahof Mechernich und des MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich.

AmbuMed GmbH

Betrieb eines Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen in Zülpich sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Träger des MVZ an der Olefmündung in Gemünd.

VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der ambulanten Pflege innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Liebfrauenhof Schleiden GmbH

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens sowie Förderung der Wohlfahrtspflege. Betrieb und Unterhaltung von Einrichtungen der Altenpflege auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen.

Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der Krankenversorgung innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

KKM Servicegesellschaft mbH

Erbringung von Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen; Serviceleistungen in dem Sinne sind Übernahme von Verwaltungsaufgaben, EDV, Einkauf, Speisenversorgung und Gebäudereinigung.

KKM Gebäudedienste GmbH

Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen.

Zum 01.01.2014 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH durch die Übernahme von 44,33 % der Geschäftsanteile der Caritas Trägergesellschaft West gGmbH (CTW) ihre Beteiligung an der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** von bisher 49 % auf 93,33 % erhöht. Nach Umsetzung der Betriebsstättenlösung sollen bis spätestens 31.12.2015 auch die bei der CTW verbleibenden Geschäftsanteile von 6,67 % durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übernommen werden (Beschluss des Kreistages vom 09.10.2013, V 62/2013). Die vollständige Übernahme ist bis zum 31.12.2015 noch nicht erfolgt. Nach dem Vertrag über den Kauf und die Abtretung von Geschäftsanteilen der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH vom 30.10.2013 muss das Angebot zum Kauf und zur Abtretung der verbleibenden GmbH-Geschäftsanteile bis spätestens zum 31.12.2016 in notarieller Form angenommen werden.

Zum 01.01.2015 erhöht sich durch die Übernahme der Geschäftsanteile der Familienpflege der Franziskusschwestern e.V. Essen der Geschäftsanteil der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH an der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** von bislang 51 % auf 100 % (Beschluss des Kreistages vom 01.10.2014, V 44/2014).

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Ergebnis der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003 ist bei der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in Teil B 6.1 dargestellt.

C) Beteiligungsverhältnisse**a) Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	5.361.000,00 €	93,99 %
Eifelhöhen-Klinik AG Nettersheim-Marmagen	343.000,00 €	6,01 %
Summe	5.704.000,00 €	100,00 %

zu a) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	13.804,87 €	50,00 %
3 private Gesellschafter	13.804,89 €	50,00 %
Summe	27.609,76 €	100,00 %

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Komplementärin: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Kommanditkapital*	Anteil
24 private Kommanditisten, insgesamt:	1.382.759,08 €	100,00 %
Summe	1.382.759,08 €	100,00 %

*Bilanzwert 31.12.2015

b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH

Gesellschafter 01.01.2015	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	100.000,00 €	100,00 %
Summe	100.000,00 €	100,00 %

c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	28.000,00 €	93,33 %
Caritas-Trägersgesellschaft West gGmbH	2.000,00 €	6,67 %
Summe	30.000,00 €	100,00 %

d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

e) KKM Servicegesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

zu e) KKM Gebäudedienste GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KKM Servicegesellschaft mbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen – gGmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	12.750,00 €	50,90 %
Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft-Euskirchen e.V.	6.150,00 €	24,55 %
Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Euskirchen e.V.	6.150,00 €	24,55 %
Summe	25.050,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und ggf. nach Genehmigung des Beirats bzw. Aufsichtsrates durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Bei **Liebfrauenhof Schleiden GmbH, St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** und **VIVANT gGmbH**: Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Personalgestellung, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen (Teil C) und Auswertungen (Teil D.1) dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Der Hauptgeschäftsführer der KKM GmbH, Herr Dr. Hans Rossels († 23.09.2015), vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Er muss dabei lt. geltender Beschlusslage im Innenverhältnis die Zustimmung des Verwaltungsrates einholen. Nach dessen Tod am 23.09.2015 wurde diese Funktion von den beiden verbleibenden Geschäftsführern gemeinschaftlich wahrgenommen. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Beirat (6 Sitze, davon 5 von KKM besetzt)
- Geschäftsführung: Dr. Hans Rossels († 23.09.2015)
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Vertreter der KKM im Beirat (gem. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages):

- | | |
|--|---|
| 1. Vorsitzender Verwaltungsrates KKM: | Josef Reidt |
| 2. Erster stv. Vorsitzender Verwaltungsrates KKM: | BM Albert Bergmann bis 21.10.2015
BM Ulf Hürtgen ab 21.10.2015 |
| 3. Zweite stv. Vorsitzende Verwaltungsrates KKM: | Ute Stolz |
| 4. Landrat des Kreises Euskirchen: | LR Günter Rosenke |
| 5. weiteres vom Verwaltungsrat KKM benanntes Mitglied: | André Heinrichs |

aa) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

- Gesellschafterversammlung (Vertretung der GZZ durch Geschäftsführer der KKM GmbH)
- Geschäftsführung: Dipl. Ing. Joachim Stiller, Hermann Gemke

ab) Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung: Dr. Hans Rossels († 23.09.2015)
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung: Dr. Hans Rossels († 23.09.2015)
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung: Dr. Hans Rossels († 23.09.2015)
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

e) KKM Servicegesellschaft mbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung: Manfred Herrmann
Hermann Gemke (bis 31.01.2015)
Lothar Jentges (ab 01.02.2015)

ea) KKM Gebäudedienste GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung:
Manfred Herrmann

f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen - gGmbH

- Gesellschafterversammlung (Vertretung der KKM GmbH durch ihren Geschäftsführer)
- Aufsichtsrat (3 von 5 Mitgliedern werden von der KKM GmbH benannt)
- Geschäftsführung: Dr. Hans Rossels († 23.09.2015)
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Vertreter der KKM im Aufsichtsrat der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt
3. Karl Vermöhlen

7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG

Rheinstraße 55
53881 Euskirchen

Internet: <http://www.radioeuskirchen.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Nach § 53 des Landesmediengesetzes NW ist der lokale Rundfunk dem Gemeinwohl verpflichtet. Lokale Programme müssen das öffentliche Geschehen im Verbreitungsgebiet darstellen und wesentliche Anteile an Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung enthalten. Die Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Kreis Euskirchen obliegt der „Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.“, der gem. § 62 des Landesmediengesetzes u.a. der Kreis angehört. Die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben werden aufgrund des bestehenden Dienstleistungsvertrages von der Hörfunk Service GmbH Köln (HSG) wahrgenommen. Die Radio Euskirchen GmbH & Co. KG ist ein mittelbares Tochterunternehmen der M. DuMont Schauberg Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, Köln (MDS), und damit mit allen Tochterunternehmen von MDS verbunden. Sie wird in den Konzernabschluss der MDS einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Sinn der Beteiligung ist aus Sicht des Kreises vor allem die kommunalpolitische Einbindung des Kreises Euskirchen in den Lokalfunk.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Beteiligung an einer Radiogesellschaft gehört zu den freiwilligen Aufgaben.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Siehe Frage 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Ja. Ob sich allerdings Interessenten für die Kommanditanteile finden lassen, dürfte fraglich sein.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?
entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Ja. Die finanzielle Lage der Einheitsgesellschaft zeigt, dass die Verluste nur durch Zuschüsse des Mitgliedschafters gedeckt werden können.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar?

Nein.

Abschlussbewertung:

Da es sich bei der Beteiligung an der Radiogesellschaft um eine freiwillige Aufgabe des Kreises handelt, wäre eine Veräußerung der Anteile generell denkbar. Ob sich allerdings Interessenten für die Kommanditanteile finden lassen, dürfte fraglich sein.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Kommanditisten	Einlage	Anteil
Kreis Euskirchen	127.822,97 €	25,00 %
RRB Rheinische Rundfunkbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RRB), Köln	383.468,91 €	75,00 %
Summe	511.291,88 €	100,00 %

Die Radio Euskirchen GmbH ist Komplementärin bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG. Gleichzeitig werden die Anteile an der Radio Euskirchen GmbH von der KG gehalten. Es liegt somit eine sog. „Einheitsgesellschaft“ vor.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Haftung des Kreises Euskirchen ist auf die Höhe des Kommanditanteils beschränkt. Verluste sind gemäß Gesellschaftsvertrag auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragskonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen. Es besteht keine Nachschusspflicht.

Der Kreistag hat am 11.06.2008 (V 419/2008) der Zuführung der auf den Kreis Euskirchen entfallenden Gewinnanteile der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG der Geschäftsjahre 2006 und 2007 von insgesamt 102.041,99 € zur Kapitalrücklage zugestimmt. Künftige Gewinne sollen entnommen werden, wenn die Summe aus Kapitalanteil und Rücklage des Kreises Euskirchen mehr als 250.000 € beträgt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Dominik Schmitz (CDU) Stellvertreter: Emmanuel Kunz (SPD)

b) Geschäftsführung

durch die Komplementärin (Radio Euskirchen GmbH)

Geschäftsführer: Dietmar Henkel, Leichlingen

Vertreter des Kreises in der Veranstaltergemeinschaft

- | | |
|---------------------|-----------------------------|
| 1. Manfred Poth | Allgem. Vertr. d. Landrates |
| 2. Stefanie Seidler | SPD |

nachrichtlich:

Ab 21.04.2016 wird der Kreis in der Veranstaltergemeinschaft durch Herrn Wolfgang Andres (Stabsstelle 12) und Frau Stefanie Seidler (SPD) vertreten.

8. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel, der Nationalparkregion und insbesondere der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

1. Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Gesamtkoordination aller Infrastrukturmaßnahmen
 - Erstellung, Fortschreibung Investitionsplanung, Controlling
 - Steuerung der Planungs- und Baumaßnahmen
2. Projektentwicklung Kernnutzungen
 - Mitwirkung, Beratung, Koordination der Kernnutzungen
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
3. Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden 90 ha
 - Betreuung Markterkundungsverfahren
 - Nutzer- und Investorenakquisition
 - Erstellung Marketingkonzept und Koordination Maßnahmen
 - Verkaufs- / Vertragsverhandlungen
 - Kundenbetreuung in Planungs-, Genehmigungs- und Bauphase
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
4. Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Aufstellung Pflege- und Unterhaltskonzept
 - Entwicklung Kosten-Umlagemodell
 - Management der Dienstleistungen
5. Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie
 - Erstellung eines Parkmanagementkonzeptes einschl. Finanzierungsplan
 - Abstimmung mit Nutzern und Eigentümern
 - Vorbereitung der künftigen Betreiberstruktur

Die unter den Punkten 1. und 4. angesprochene Dienstleistungsvereinbarung wurde am 10.03. / 30.03.2009 abgeschlossen.

Die Dauer der Gesellschaft ist befristet. Sie endet mit Ablauf des 31.12.2016. Die Verlängerung der Dauer der Gesellschaft bedarf der Zustimmung von $\frac{3}{4}$ der Stimmen der Gesellschafter. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres, erstmals zum 31.12.2016, seinen Austritt aus der Gesellschaft zu erklären.

Der Kreistag hat am 09.10.2013 den Beschluss gem. V 68/2013 zur weiteren Beteiligung des Kreises Euskirchen nach dem 31.12.2013 als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH um bis zu fünf weitere Jahre beschlossen. Die Beschlussfassung erfolgte vorbehaltlich der weiteren Beteiligung des Landes NRW, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) und der übrigen kommunalen Gebietskörperschaften als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH. Nachdem die übrigen Gesellschafter der Fortführung der Gesellschaft, wenn auch teilweise nur für zwei Jahre, zugestimmt haben, erfolgte die Änderung des Gesellschaftsvertrages am 03.12.2014.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck besteht in der Strukturentwicklung im Rahmen der Konversion der ehem. NS-Ordensburg „Vogelsang“, die bis zur Gründung der Gesellschaft als Truppenübungsplatz der belgischen Streitkräfte genutzt wurde. Die Beteiligung hat aus Sicht des Kreises Euskirchen vor allem eine strategische Bedeutung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000,00 €	33,33%
Land NRW, vertreten durch: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV)	12.000,00 €	33,33%
Kreis Euskirchen	6.480,00 €	18,00%
StädteRegion Aachen	2.160,00 €	6,00%
Kreis Düren	2.160,00 €	6,00%
Stadt Schleiden	1.200,00 €	3,33%
Zusammen	36.000,00 €	100,00%

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreistag hat am 03.04.2008 beschlossen, für die Zeit vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2013 jährlich einen finanziellen Beitrag des Kreises Euskirchen zum operativen Geschäft der „Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH“ in Höhe von 81.000 € zu leisten (V 407/2008). Ferner hat der Kreistag am 09.10.2013 für bis zu fünf weiteren Jahren die Bereitstellung eines jährlichen Finanzierungsanteils in Höhe von 81.000 € beschlossen (V 68/2013).

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (13 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	Günter Rosenke	Landrat
2. Frank Weimbs (Stimmführer)	CDU	Dominik Schmitz	CDU
3. Franz Cremer (stv. Stimmführer)	SPD	Markus Ramers	SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

1. Josef Reidt	CDU	Ute Stolz	CDU
2. Manfred Poth	Allg. Vertreter	Günter Rosenke	Landrat
3. Franz Cremer	SPD	Markus Ramers	SPD

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Thomas Fischer-Reinbach

9. vogelsang ip gGmbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, internationaler Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur, Völkerverständigung, Umwelt- und Landschaftsschutz, Denkmalschutz, regionaler Identität sowie demokratischen Gesellschaftsstrukturen. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang, die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die hiermit in Zusammenhang stehen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises ist in diesem Zusammenhang nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Landschaftsverband Rheinland	13.650,00 €	50,00 %
Kreis Euskirchen	7.800,00 €	28,57 %
StädteRegion Aachen	1.950,00 €	7,15 %
Kreis Düren	1.300,00 €	4,76 %
Kreis Heinsberg	650,00 €	2,38 %
Stadt Schleiden	1.300,00 €	4,76 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	650,00 €	2,38 %
Gesamtsumme	27.300,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter ist auf einen Gesamtbetrag von 0,5 Mio. € jährlich begrenzt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (15 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	Günter Rosenke	Landrat
2. Johannes Mertens (Stimmführer)	CDU	Urban-Josef Jülich	CDU
3. Emmanuel Kunz (stv. Stimmführer)	SPD	Markus Ramers	SPD

Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt, wobei der stellvertretende Vorsitzende vom anderen Gesellschafter gestellt wird.

In 2015 wurde der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschafterversammlung, Herr Manfred Poth, vom Gesellschafter Kreis Euskirchen gestellt.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Josef Reidt	CDU	Ute Stolz	CDU
2. Manfred Poth	Allg. Vertreter	Günter Rosenke	Landrat
3. Markus Ramers	SPD	Emmanuel Kunz	SPD

Der Vorsitz des Aufsichtsrats wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter des Kreises Euskirchen geführt - analog der Gesellschafterversammlung, jedoch durch den jeweils anderen Gesellschafter. Der stellvertretende Vorsitzende wird vom anderen Gesellschafter gestellt.

In 2015 wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Manfred Poth, vom Gesellschafter Kreis Euskirchen gestellt.

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Albert Moritz
Ulrich Hammes (ab 24.11.2015)

nachrichtlich:

Zum 31.07.2016 wurde Herr Ulrich Hammes als weiterer Geschäftsführer abbestellt.

10. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)

Theodor-Heuss-Ring 19 - 21
50668 Köln

Internet: <http://www.rvk.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Die RVK ist ein Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Leistungserstellung erfolgt sowohl auf eigenen Linien als auch im Auftrag für andere Verkehrsunternehmen. Alle das Hauptgeschäft unterstützenden Funktionen werden durch die RVK selbst erbracht bzw. können auch für andere Unternehmen erbracht werden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter 01.01.2015	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	447.400,00 €	12,50 %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB)	447.400,00 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400,00 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	447.400,00 €	12,50 %
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH (LVG)	447.400,00 €	12,50 %
Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG)	447.400,00 €	12,50 %
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH (REVG)	447.400,00 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400,00 €	12,50 %
Summe	3.579.200,00 €	100,00 %

In der Gesellschafterversammlung am 25.06.2015 wurde der Beschluss zur Teilung des Geschäftsanteils der Oberbergischen Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG) gefasst. Der neue Geschäftsanteil (10 %) im Nennbetrag von 357.920 € wurde durch die Gesellschaft selbst erworben und der Geschäftsanteil im Nennbetrag von 89.480 € (2,5 %) wurde von der OVAG an den Oberbergischen Kreis abgetreten (V 101/2015). Die notarielle Beurkundung fand am 22.07.2015 statt. Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich anschließend wie folgt dar:

Gesellschafter 22.07.2015	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	447.400,00 €	12,50 %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB)	447.400,00 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400,00 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	447.400,00 €	12,50 %
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH (LVG)	447.400,00 €	12,50 %
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH (REVG)	447.400,00 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400,00 €	12,50 %
Oberbergischer Kreis	89.480,00 €	2,50 %
Eigene Anteile	357.920,00 €	10,00 %
Summe	3.579.200,00 €	100,00 %

nachrichtlich:

Im August 2016 wurde der Gesellschafter für den Rhein-Sieg-Kreis, die Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH (VLG), mit seinem gesamten Geschäftsanteil von 12,5 % auf die Kreisholding Rhein-Sieg GMBH (RSK) verschmolzen.

Die RVK ist beteiligt an:

- **RBR Regio-Bus-Rheinland GmbH**, Köln, Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital i.H.v. 200.000 €,
- **Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH**, Gummersbach, (**VBL**), mit 25 % am Stammkapital von 200.000
Der 25 %-ige Geschäftsanteil der RVK an der VBL wurde zum **22.07.2015** an den bisherigen Mehrheitsgesellschafter (75 %), die Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH, veräußert.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages sind auf die Gesellschafter entfallende negative Ergebnisse der Gesellschaft durch Einlagen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage auszugleichen (beschränkte Nachschusspflicht). Überzahlungen, soweit sie nicht erforderlich sind, um auszugleichende Verluste vorangegangener Geschäftsjahre zu decken, sind zurück zu erstatten oder auf die Abschlagszahlungen des folgenden Geschäftsjahres anzurechnen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 14.12.2011 seine Zustimmung zur Anhebung der jährlichen Höchstbeträge für die auszugleichenden negative Ergebnisse von bisher 2,5 Mio. € auf 5,5 Mio. € erteilt (V219/2011).

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 25.03.2015 einer Änderung des Gesellschaftsvertrages zugestimmt (V 94/2015). Hiernach sind negative Ergebnisse der Gesellschaft durch die Gesellschafter jährlich bis zur Höhe von 0,5 Mio. € (Ausnahme: SWBV bis zu 1 Mio. €) auszugleichen. Diese Höchstbeträge sind nicht auf die Finanzierungspflicht der einzelnen Gesellschafter aus öffentlichen Dienstleistungsaufträgen anwendbar. Die notarielle Beurkundung der Änderung des Gesellschaftsvertrages erfolgte am 21.08.2015.

E) Zusammensetzung der Organe

- Vertreter des Kreises Euskirchen in der **Gesellschafterversammlung**:
Hans Schmitz (SPD)
- **Aufsichtsrat** (12 Mitglieder, davon je 1 Vertreter der Gesellschafter und 4 Arbeitnehmervertreter):
Landrat Günter Rosenke (Vorsitzender)
- **Geschäftsführung**: Eugen Puderbach, Köln

11. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.ene-eifel.de/>

Innerhalb der Konzernstruktur bestehen die folgenden Gesellschaften

Mutterunternehmen: Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Komplementärin der ene: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Tochterunternehmen:

- Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)
- KEV Energie GmbH
 - KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)
 - BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH
 - Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG
 - Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (NER)
 - Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG
 - BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG
- Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG
- eegon – Eifel-Energiegesellschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
 - Green Gecco Verwaltungs GmbH
 - Green Gecco GmbH & Co. KG
 - An Suidhe Wind Farm Ltd.
 - WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - RWE Innogy Windpark GmbH

Abweichend von seiner Beschlussfassung vom 09.10.2013 (V 61/2013) hat der Kreistag der Beteiligung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH an der „Projektentwicklung Eifel Energien GmbH“ (PEE GmbH) unter Übernahme eines Geschäftsanteils von 12.500 € (50%) gemeinsam mit der C4 Planung und Betreuungs-GmbH (50 %) zugestimmt und die Vertreter des Kreises Euskirchen in den entsprechenden Gremien des ene-Konzerns zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt (V 53/2014). Die Gesellschaftsgründung ist bislang noch nicht erfolgt (Stand: 01.09.2016).

Im Hinblick auf die Veräußerung der von der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG gehaltenen Kommanditanteile an der Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG hat der Kreistag am 21.10.2015 beschlossen, dass die Vertreter des Kreises in den Gremien der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt werden (V 159/2015). Die Veräußerung der Anteile erfolgte zum 31.12.2015.

nachrichtlich:

Am 06.07.2016 hat der Kreistag der Beteiligung der ene an dem Windparkprojekt in der rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinde Obere Kyll zugestimmt. Beabsichtigt ist die Beteiligung als Kommanditistin an der „EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG“ mit einem Kommanditanteil von bis zu 1,5 Mio. € und der Beteiligung an deren Komplementärin, der „EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH“, mit bis zu 100 % (V 210/2016). Die Gesellschaften wurden am 01.07.2016 durch die PE Becker GmbH gegründet. Eine Beteiligung der ene ist bislang (Stand: 01.09.2016) noch nicht erfolgt.

A) Ziele der Beteiligung

ene: Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und –versorgung (insbesondere mit Strom, Gas und Wärme) auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, Engagement in neue Technologien, das Energiecontracting sowie Energielieferungen; das Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Wasserversorgung auf dem Gebiet der kommunalen Gesellschafter und das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbeson-

dere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und der KEV Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und die Verwaltung der Beteiligungen.

enb: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der *ene*.

KEV GmbH: Versorgung mit Energie, sowie Planung, Bau und Betrieb von Energiefortleitungsanlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

KEV Energie GmbH: Versorgung, Vertrieb und Handel mit Energie und verbundenen Dienstleistungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

KEVER PBB: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an einer oder mehreren Projekt- und /oder Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG. Gegenstand der vorgenannten Kommanditgesellschaft(en) sind sämtliche Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Entwicklung, die Planung, der Bau und/oder der Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung sowie Entwicklung, Planung, Bau und Dienstleistung / Andienung von Effizienz-Themen.

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse, voraussichtlich mit Wirkung zum 31. Dezember 2031.

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung der aus den Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz, die Erbringung von Versorgungsleistungen im Energiebereich und die mit diesem Bereich unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Anlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH: Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an der BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG mit Sitz in Schleiden.

BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder Anlagen zur mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Erzeugungsanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse auf dem Gebiet der Stadt Schleiden.

Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG: Errichtung und Betrieb eines Steinkohlekraftwerkes.

eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG: Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen, sowie Errichtung und Betrieb von KWK-Anlagen. Weiterhin die Verteilung und Vertrieb der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme, Unterstützung und Beratung der regenerativen Energiegewinnung und Energieeffizienz sowie gemeinsamen Einkauf von Anlagen und Betriebsstoffen zur Energieerzeugung.

Green Gecco: Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland und weiteren EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Planung, Errichtung und/oder Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung. Für jedes Einzelprojekt zur regenerativen Energieerzeugung soll eine separate Projektgesellschaft als Zweckgesellschaft gegründet oder erworben werden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO NW.

C) Beteiligungsverhältnisse

11.1. Unmittelbare Beteiligungen des Kreises

a) Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Gesellschafter (Stand 01.01.2015)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit dem Eintritt der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG als weitere Gesellschafterin in die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH zugestimmt (D 62/2012). Die Gründung der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG erfolgte am 18.12.2014. Mit Vollzug des Vertrages (06.01.2015) zur Einbringung von Kommanditanteilen an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und Geschäftsanteilen an der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH in die Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG wurde diese neue Kommanditistin der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und zugleich neue Gesellschafterin der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH.

Gesellschafter (Stand 07.01.2015)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	8.350,00 €	33,40 %
RWE Deutschland AG	8.350,00 €	33,40 %
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	8.300,00 €	33,20 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

Komplementärin: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten (Stand: 01.01.2015)	Festkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit dem Eintritt der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG als weitere Gesellschafterin in die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH zugestimmt (D 62/2012). Die Gründung der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG erfolgte am 18.12.2014. Mit Vollzug des Vertrages (06.01.2015) zur Einbringung von Kommanditanteilen an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und Geschäftsanteilen an der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH in die Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG wurde diese neue Kommanditistin der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und zugleich neue Gesellschafterin der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH.

Gesellschafter (Stand 07.01.2015)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	8.350,00 €	33,40 %
RWE Deutschland AG	8.350,00 €	33,40 %
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	8.300,00 €	33,20 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

c) Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	77.550,00 €	2,50 %
RWE Deutschland AG	77.550,00 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	2.944.900,00 €	95,00 %
Summe	3.100.000,00 €	100,00 %

d) KEV Energie GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	7.500,00 €	2,50 %
RWE Deutschland AG	7.500,00 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	285.000,00 €	95,00 %
Summe	300.000,00 €	100,00 %

e) Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

Komplementärin: KEVER PBB (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	150.000,00 €	75,00 %
KEV Energie GmbH	50.000,00 €	25,00 %
Summe	200.000,00 €	100,00 %

11.2. Mittelbare Beteiligungen des Kreises

zu 11.1 b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

a) Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG

Komplementärin: Steinkohledoppelblock VerwaltungsGmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
ene	163.398,69 €	0,33 %
RWE AG	38.562.091,50 €	77,12 %
GEKKO Vorschaltgesellschaft GmbH & Co. KG	2.679.738,57 €	5,36 %
Andere Versorgungsunternehmen	8.594.771,24 €	17,19 %
Summe	50.000.000,00 €	100,00 %

Die vollständige Veräußerung der Kommanditanteile an der Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG erfolgte durch die ene am 03.11.2015 mit Wirkung zum 31.12.2015 (V 159/2015).

b) eegon – Eifel Energie Genossenschaft eG

Die ene hat einen Genossenschaftsanteil in Höhe von 500,00 € erworben. Zum 31.12.2015 umfasste die Mitgliederliste der Genossenschaft 498 Mitglieder, die zusammen 1.940 Genossenschaftsanteile halten.

c) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	525,00 €	1,73 %
28 weitere Versorgungsunternehmen	29.895,00 €	98,27 %
Summe	30.420,00 €	100,00 %

d) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG

Komplementärin: Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	2.227.176,00 €	1,73 %
28 weitere Versorgungsunternehmen	126.821.764,80 €	98,27 %
Summe	129.048.940,80 €	100,00 %

e) **Green Gecco Verwaltungs GmbH**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	12.250,00 €	49,00 %
RWE Innogy	12.750,00 €	51,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

f) **Green Gecco GmbH & Co. KG**

Komplementärin: Green Gecco Verwaltungs GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	490.000,00 €	49,00 %
RWE Innogy	510.000,00 €	51,00 %
Summe	1.000.000,00 €	100,00 %

fa) **An Suidhe Wind Farm Limited**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	1,00 £	100,00 %
Summe	1,00 £	100,00 %

fb) **WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.564,59 €	100,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

fc) **WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.564,59 €	100,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

fd) **RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

fe) **RWE Innogy Windpark GmbH**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

zu 11.1 d) **KEV Energie GmbH**

a) **KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)**

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	12.750,00 €	51,00 %
PE Becker GmbH	12.250,00 €	49,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

b) Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG

Komplementärin: KEVER PBB (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	158.100,00 €	51,00 %
Stadt Mechernich	151.900,00 €	49,00 %
Summe	310.000,00 €	100,00 %

c) Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

siehe auch C 11.1 – Unmittelbare Beteiligungen – Buchstabe e).

d) Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG

Komplementärin: KEVER PBB (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	120.000,00 €	33,33 %
eegon-Eifel-Energiegenossenschaft	120.000,00 €	33,33 %
Stadt Schleiden	120.000,00 €	33,33 %
Summe	360.000,00 €	100,00 %

e) BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

f) BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG

Komplementärin: BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten (Stand: 01.01.2015)	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	2.606.200,00 €	46,37 %
PE Becker GmbH	2.493.800,00 €	44,37 %
eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG	520.000,00 €	9,26 %
Summe	5.620.000,00 €	100,00 %

Mit Wirkung zum 31.12.2015 hat die Stadt Schleiden einen Anteil von 7,12 % zu gleichen Teilen von den Kommanditisten KEV Energie GmbH und PE Becker GmbH erworben.

Kommanditisten (Stand: 31.12.2015)	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	2.406.200,00 €	42,81 %
PE Becker GmbH	2.293.800,00 €	40,81 %
eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG	520.000,00 €	9,26 %
Stadt Schleiden	400.000,00 €	7,12 %
Summe	5.620.000,00 €	100,00 %

nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 06.07.2016 (V 210/2016) zur Beteiligung an dem Windparkprojekt in der Verbandsgemeinde Obere Kyll der Beteiligung der ene an der „Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“ [Arbeitstitel] als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 1.500.000 € zugestimmt. In einer ersten Beteiligungsstufe wird sich die ene an der „Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“ als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von 49.000 € (49 %) beteiligen. Das Eigenkapital der „Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“ soll vor Baubeginn auf bis zu 11,0 Mio. € erhöht werden. Die ene wird hierbei ihre Kommanditeinlage auf bis zu 1.500.000 € erhöhen. Die prozentuale Beteiligung wird sich im Zuge der Kapitalerhöhung durch den Beitritt der weiteren Kommanditisten zur „Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“ reduzieren. Weiterhin wurde der Beteiligung der ene an der persönlich haftenden Gesellschafterin der „Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“, der „Windpark Obere Kyll Verwaltungs GmbH“ [Arbeitstitel], mit einem Stammkapital von bis zu 25.000 € (bis zu 100 %) zugestimmt. Die Ge-

sellschaften „EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG“ und „EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH“ wurden am 01.07.2016 durch die PE Becker GmbH alleine gegründet. Eine Beteiligung der ene ist bislang (Stand: 01.09.2016) noch nicht erfolgt.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Schleiden GmbH (Organgesellschaft) wurde am 08.12.2003 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV GmbH verpflichtet, ab dem Geschäftsjahr 2004 ihren ganzen Gewinn an die ene abzuführen. Am Gewinn oder Verlust der ene nehmen deren Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil, bis zum 07.01.2015 also Kreis Euskirchen und RWE Deutschland AG jeweils zur Hälfte und anschließend auch die Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG zu jeweils einem Drittel. Über die Ergebnisverwendung beschließt die Gesellschafterversammlung der ene. Die Höhe der Zuflüsse an den Kreis ist in Teil D Nr. 2 dargestellt.

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Energie GmbH (Organgesellschaft) wurde am 23.08.2011 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV Energie GmbH verpflichtet, ihren ganzen Gewinn dem Organträger abzuführen. Abzuführen ist - vorbehaltlich einer Bildung oder Auflösung von Rücklagen - der ohne die Gewinnabführung entstehende Jahresüberschuss vermindert um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und einen etwaigen ausschüttungsgesperren Betrag. Die ene hat sich verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen Beträge entnommen werden, die während der Vertragsdauer eingestellt worden sind.

Mit Vereinbarungen vom 10.12.2013 wurden die Bestimmungen zur Verlustübernahme (jeweils § 2 der v.g. Gewinnabführungsverträge) aufgehoben und vollständig neu gefasst. Hiernach ist die ene bei der KEV GmbH verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen Beträge entnommen werden, die während der Vertragsdauer in sie eingestellt worden sind. Die Organgesellschaft ist in entsprechender Anwendung von § 302 Abs. 3 AktG verpflichtet, auf den Anspruch auf Ausgleich nicht vor Ablauf von drei Jahren nach dem Tage, an dem die Eintragung der Beendigung des Vertrags in das Handelsregister nach § 10 HGB als bekannt gemacht gilt, zu verzichten oder sich über ihn vergleichen. Bei der KEV Energie GmbH ist die ene verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen Beträge entnommen werden, die während der Vertragsdauer in sie eingestellt worden sind. Die Vorschriften des § 302 AktG sind ihrer jeweils gültigen Fassung entsprechend anzuwenden.

Hinweis:

Neben den Gewinnabführungsverträgen und den Verlustausgleichsverpflichtungen besteht im Konzern Energie Nordeifel eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen (Teil C) und Auswertungen (Teil D.1) dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Gesellschaft	Organ	ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH	Gesellschafterversammlung	Johannes Mertens CDU	Thilo Waasem SPD
	Geschäftsführer	Markus Böhm	
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	LR Günter Rosenke	AV Manfred Poth
		Josef Reidt CDU	Ute Stolz CDU
		Frank Weimbs CDU	Johannes Mertens CDU
		Hans Peter Wasems CDU	Franz-Josef Nießen CDU
		Gerhard Stentrup SPD	Heinrich Hettmer SPD
		Angela Kalnins B90/Grüne	Jörg Grutke B90/Grüne
		Markus Herbrand FDP	Hans Reiff FDP
	Aufsichtsrat	LR Günter Rosenke	
		Johannes Esser CDU	
		Thilo Waasem SPD	
	Geschäftsführung	Energie Nordeifel Beteiligungs-	

Gesellschaft	Organ	ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
		GmbH*1	
Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
eeon – Eifel-Energiegenossenschaft	Genossenschaftsversammlung	GF Markus Böhm	
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH	Gesellschafterversammlung	Franz-Josef Nießen CDU	Franz Cremer SPD
	Geschäftsführer	Helmut Kläßen	
KEV Energie GmbH	Gesellschafterversammlung	Thilo Waasem SPD	Dominik Schmitz CDU
	Geschäftsführer	Markus Böhm	
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	Markus Mertgens	
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH*2	
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	Hans Peter Wasems CDU GF Markus Böhm	Franz Cremer SPD
	Geschäftsführung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH *2	
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH *2	
BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	
	Geschäftsführung	GF Markus Mertgens	
BWP-Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH *2	

*1 Lt. Gesellschaftsvertrag der ene ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet.

*2 Lt. Gesellschaftsverträgen der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG, der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG, der Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG und der BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet.

Hinweise:

- Die Ausübung der der ene aus ihren Beteiligungen an der KEV GmbH und der KEV Energie GmbH zustehenden Rechte bedarf der vorherigen Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat der ene.
- Die Geschäftsführung der KEV Energie GmbH ist verpflichtet, vor Ausübung ihres Stimmrechts in der Gesellschafterversammlung einer Beteiligungsgesellschaft bei wesentlichen Angelegenheiten die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen, z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses Entlastung des Geschäftsführers.

12. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG) und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

A) Ziele der Beteiligung

ere KG: Halten einer Beteiligung an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) und Halten einer Beteiligung an der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb).

ere V-GmbH: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der ere KG.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO NW.

C) Beteiligungsverhältnisse

a) Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

Gesellschafter (Stand: 01.01.2015)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (D 62/2012) der Veräußerung von Geschäfts- und Kommanditanteilen an der ere V-GmbH und der ere KG an die in der Anlage 3 zum Konsortialvertrag vom 18.12.2014 genannten Städte und Gemeinden zugestimmt. Die Veräußerungen an die Gemeinden Blankenheim, Hellenthal und Kall fand im Rahmen einer notariellen Beurkundung am 22.06.2015 statt.

Gesellschafter (Stand: 31.08.2015)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	7.250,00 €	29,00 %
RWE Deutschland AG	7.250,00 €	29,00 %
Gemeinde Blankenheim	3.500,00 €	14,00 %
Gemeinde Hellenthal	3.500,00 €	14,00 %
Gemeinde Kall	3.500,00 €	14,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

b) Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG)

Komplementärin: Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten (Stand: 01.01.2015)	Festkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (D 62/2012) der Veräußerung von Geschäfts- und Kommanditanteilen an der ere V-GmbH und der ere KG an die in der Anlage 3 zum Konsortialvertrag vom 18.12.2014 genannten Städte und Gemeinden zugestimmt. Die Veräußerungen an die Gemeinden Blankenheim, Hellenthal und Kall fand im Rahmen einer notariellen Beurkundung am 22.06.2015 statt.

Gesellschafter (Stand: 31.08.2015)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	7.250,00 €	29,00 %
RWE Deutschland AG	7.250,00 €	29,00 %
Gemeinde Blankenheim	3.500,00 €	14,00 %
Gemeinde Hellenthal	3.500,00 €	14,00 %
Gemeinde Kall	3.500,00 €	14,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

An einem Gewinn sowie an einem Verlust nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil. Über die Ergebnisverwendungen beschließen die Gesellschafterversammlungen der ere KG und der ere V-GmbH.

E) Zusammensetzung der Organe

1.) Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ingo Hessenius, Kreiskämmerer

Stellvertreter: Johannes Adams, GBL I

b) Geschäftsführung

Herbert Radermacher, Bürgermeister Gemeinde Kall
Jens van der Crabben, RWE Deutschland AG

2.) Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG)

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ingo Hessenius, Kreiskämmerer

Stellvertreter: Johannes Adams, GBL I

b) Geschäftsführung

Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH ^{1*}

^{1*} Lt. Gesellschaftsvertrag der ere KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

13. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Bahnhofstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.nordeifel-tourismus.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Ziele sind die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene, die Attraktivierung der Angebote, die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Fremdenverkehrsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	15.600 €	59,05 %
Gemeinde Hellenthal	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Kall	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Weilerswist	1.200 €	4,55 %
Kreisstadt Euskirchen	1.200 €	4,55 %
Stadt Mechernich	1.200 €	4,55 %
Stadt Schleiden	1.200 €	4,55 %
Stadt Zulpich	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Blankenheim	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Nettersheim	1.200 €	4,55 %
Gesamtsumme	26.400 €	100,00 %

nachrichtlich:

Der Kreistag hat aufgrund der Vorlage V 201/2016 am 20.04.2016 die Veräußerung eigener Anteile an der Nordeifel Tourismus GmbH in Höhe von 1.200 € an die Stadt Bad Münstereifel beschlossen. Ein entsprechender Beschluss wurde durch den Rat der Stadt Bad Münstereifel am 15.03.2016 gefasst. Die Veräußerung und Abtretung erfolgte im Rahmen einer notariellen Beurkundung am 25.05.2016 mit Wirkung zum 01.06.2016.

Gesellschafter (Stand: 01.06.2016)	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	14.400,00 €	54,50 %
Gemeinde Hellenthal	1.200,00 €	4,55 %
Gemeinde Kall	1.200,00 €	4,55 %
Gemeinde Weilerswist	1.200,00 €	4,55 %
Kreisstadt Euskirchen	1.200,00 €	4,55 %
Stadt Mechernich	1.200,00 €	4,55 %
Stadt Schleiden	1.200,00 €	4,55 %
Stadt Zulpich	1.200,00 €	4,55 %
Gemeinde Blankenheim	1.200,00 €	4,55 %
Gemeinde Nettersheim	1.200,00 €	4,55 %
Stadt Bad Münstereifel	1.200,00 €	4,55 %
Gesamtsumme	26.400,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die sich aus dem Wirtschaftsplan ergebenden Finanzierungsanteile werden als Abschlag jeweils zum 1. eines Quartals im Voraus an die Gesellschaft gezahlt.

Ein etwaig verbleibender Fehlbetrag aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen, soweit die Gesellschafterversammlung nicht etwas anderes beschließt. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter wird jährlich für den Kreis Euskirchen auf den Betrag von 260.000 € und für die übrigen Gesellschafter auf jeweils 20.000 € begrenzt.

Aufgrund der Vorlage V 171/2015 hat der Kreistag beschlossen, die über die Deckungsbeträge der kommunalen Gesellschafter (20.000 €) hinaus gehenden Beträge der Wirtschafts- und Finanzplanung 2016 ff. durch den Gesellschafter Kreis Euskirchen im Rahmen seines Deckungsbetrages (260.000 €) abzudecken.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. LR Günter Rosenke		Ingo Hessenius	Kreiskämmerer
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Leo Wolter	CDU
3. Thilo Waasem (stv. Stimmführer)	SPD	Gerhard Stentrup	SPD

nachrichtlich:

In der Sitzung des Kreistages am 20.04.2016 wurde Herr Gerhard Stentrup zum ordentlichen Mitglied und Thilo Waasem zum stellvertretenden Mitglied der Gesellschafterversammlung benannt (A 109/2016).

b) Geschäftsführung

Geschäftsführerin: Iris Poth

14. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR

Konrad-Adenauer-Straße 13
50966 Köln

Internet: <http://www.rheinstud.de>

A) Ziele der Beteiligung

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 5 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

In die GbR wurden seitens der Gesellschafter keine Kapitalanteile eingebracht.

Die Gesellschafterversammlung hat am 31.10.2008 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 einstimmig beschlossen und die Eigenkapitalanteile für 5 Jahre festgelegt.

Gesellschafter	Eigenkapitalanteil	Anteil
Kreis Euskirchen	59.223,72 €	5,4515 %
Rhein-Erft-Kreis	157.177,24 €	14,4680 %
Landschaftsverband Rheinland	174.40,43 €	16,0539 %
Oberbergischer Kreis	98.932,30 €	9,1066 %
Rheinisch Bergischer Kreis	90.219,03 €	8,3045 %
Rhein-Sieg-Kreis	207.321,95 €	19,0837 %
Stadt Bonn	118.193,35 €	10,8795 %
Stadt Köln	180.907,19 €	16,6523 %
Gesamtsumme	1.086.381,21 €	100,0000 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch andere Einnahmen der Gesellschaft gedeckt werden, werden von den Gesellschaftern Umlagen erhoben. Den Schlüssel für die Errechnung der Umlagen setzt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter fest.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Institutsausschuss
- c) Institutsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>	
LR Günter Rosenke	Manfred Poth	Allg. Vertreter

b) Institutsausschuss

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Johannes Adams	GBL I	Ingo Hessenius	Kreiskämmerer
2. Hans Peter Wasems	CDU	Emmanuel Kunz	SPD

c) Institutsvorsteher

Stadtdirektor der Stadt Bonn, Herr Wolfgang Fuchs, vertreten durch Frau Patricia Florack

15. „LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)

Kölner Straße 75
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.primesite-rhineregion.eu/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen, die Grundstücke zur Baureife entwickeln und die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bei dem gemeinsamen Kommunalunternehmen handelt sich um eine wirtschaftsfördernde Einrichtung nach § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	3.000,00 €	30,00 %
Kreisstadt Euskirchen	5.000,00 €	50,00 %
Gemeinde Weilerswist	2.000,00 €	20,00 %
Gesamtsumme	10.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung des Vorhabens wurde zwischen den beteiligten Kommunen, der LEP-AöR und dem Land Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist geschlossen. Die Finanzierung des Grunderwerbs einschließlich der fälligen Zinszahlungen sowie der vorbereitenden und durchzuführenden Dienstleistungen und laufenden Verwaltungskosten der AöR erfolgt durch aufzunehmende endfällige Darlehen bei Bank oder Sparkassen. Die Laufzeit der Darlehen korrespondiert mit der maximalen Laufzeit des Vorhabens.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.07.2011 der Abgabe einer Gewährträgerhaftungserklärung gem. § 87 GO NRW zu Gunsten der LEP-AöR gegenüber eines Darlehensgebers zugestimmt (V 179/2011). Eine entsprechende Erklärung wurde ebenfalls von der Stadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist angegeben. Durch diese Erklärung bestätigen die Träger der AöR, dass sie bei Zahlungsausfall der LEP-AöR in Abänderung der gesetzlichen Gewährträgerhaftung gem. § 114 a GO NRW bereits vor Befriedigung aus dem Vermögen der LEP-AöR für deren Verbindlichkeiten entsprechend ihrer Anteile am Stammkapital der LEP-AöR bis zur Höhe von 18,4 Mio. € haften werden.

Nach § 14 Abs. 2 Kommunalunternehmensverordnung (KUV) ist ein etwaiger Jahresverlust, soweit er nicht aus Haushaltsmitteln der Gemeinde ausgeglichen wird, auf neue Rechnung vorzutragen, wenn hierdurch die erforderliche Eigenkapitalausstattung des Kommunalunternehmens nicht gefährdet wird. Eine Verbesserung der Ertragslage ist anzustreben. Ein nach Ablauf von fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag soll durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden, wenn dies die Eigenkapitalausstattung zulässt; ist dies nicht der Fall, so ist der Verlust aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag der LEP-AöR betrug zum 31.12.2014 785.390,53 €. Da die Finanzierung des Vorhabens insgesamt durch die v. g. endfälligen Darlehen sichergestellt ist, wurde bislang die Auffassung vertreten, dass die Kapitalausstattung des Kommunalunternehmens nicht gefährdet ist. Die Bestimmungen des § 14 Abs. 2 KUV sind identisch mit den Regelungen des § 10 Abs. 6 Eigenbetriebsverordnung. Hierzu vertritt die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen die Auffassung (Stand März 2016), dass die Eigenkapitalausstattung bei Ausweis eines nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages gefährdet ist und weitere Verlustvorträge gemäß § 10 Abs. 6 S. 1 EigVO NRW nicht mehr zulässig sind, so dass im Rahmen des LEP AöR-Jahresabschlusses 2015 bei entsprechender Auslegung des § 14 Abs. 2 KUV eine Forderung gegen die Trägerkommunen in Höhe von 985.531,14 € (Anteil Kreis Euskirchen: 235.617,16 €) eingebucht. Diese Forderung wird zunächst als kurzfristige Forderung ausgewiesen.

Da die Liquidität des Kommunalunternehmens während der Projektlaufzeit (bis 30.06.2020) über die Darlehensfinanzierung des Gesamtprojektes sichergestellt ist, wird die Fälligkeit dieser Forderung und in zukünftigen Jahren aus gleichem Grund entstehenden Forderungen bis zum Ende der Projektlaufzeit hinaus geschoben (gestundet).

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand
- c) Projektbeirat

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. LR Günter Rosenke		Manfred Poth	Allg. Vertreter
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Karsten Stickeler	CDU
3. Stefan Schmitz (stv. Stimmführer) bis 20.10.2015	SPD	Norbert Häger	SPD
Michael Höllmann	ab 21.10.2015 SPD		

b) Vorstand

Josef Forstner
Johannes Adams (Vorsitzender)
Oliver Knaup

c) Vertreter des Kreises im Projektbeirat

Der Projektbeirat ist kein unmittelbares Organ entsprechend der Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens. Durch die am 25.06.2009 getroffene Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist wird ihm jedoch die wichtige Aufgabe der Steuerung der Entwicklung und der Vermarktung der LEP-Fläche übertragen. Neben Vertretern der jeweiligen Trägerkommune gehören dem Projektbeirat auch Vertreter des Landes an. Die Träger der AöR und das Land wirken so gestaltend an der Entwicklung des Projektes mit und nehmen ihre das Projekt betreffende Belange in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des Projektbeirates wahr.

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. LR Günter Rosenke		Manfred Poth	Allg. Vertreter
2. Karsten Stickeler (Stimmführer)	CDU	Günter Weber	CDU
3. Stefan Schmitz (stv. Stimmführer) bis 20.10.2015	SPD	Norbert Häger	SPD
Michael Höllmann	ab 21.10.2015 SPD		

16. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)

Winterstraße 19
50354 Hürth

Internet: <http://www.cvua-rheinland.de/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Durchführung der in § 4 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) aufgeführten Aufgaben. Hiernach führt die Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Um der integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Köln eine vollständige Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, wird sie sich zur Durchführung des Chemischen- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA RRW) bedienen. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Wahrnehmung hoheitlicher Untersuchungsaufgaben wurde abgeschlossen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW).

Nach § 2 IUAG NRW können in den Regierungsbezirken die staatlichen Veterinäruntersuchungsämter oder das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt und kommunale Untersuchungsämter sowie kommunale Untersuchungsämter miteinander als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts zu integrierten Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalten) zusammengeführt werden.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	17.500,00 €	5,83 %
Land NRW	90.000,00 €	30,00 %
StädteRegion Aachen	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Aachen	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Bonn	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Köln	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Leverkusen	17.500,00 €	5,83 %
Kreis Düren	17.500,00 €	5,83 %
Kreis Heinsberg	17.500,00 €	5,83 %
Oberbergischer Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rhein-Erft-Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rhein-Sieg-Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Summe	300.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der CVUA AöR erfolgt auf der Grundlage der am 05.01.2011 beschlossenen Finanzsatzung. Soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind, erhebt die Anstalt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten vom Land und den kommunalen Trägern Entgelte. Über die Höhe der Entgeltzahlungen hat der Verwaltungsrat der Anstalt eine jährliche

Entgeltordnung zu erlassen. Die Bestimmung der Entgelte der kommunalen Träger erfolgt dabei einwohnerbezogen auf Basis der Einwohnerzahlen zu 30.06. des jeweiligen Vorjahres.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Heinz Rosell	GBL II	Dr. Jochen Weins	Abt.-Leiter 39

b) Vorstand

Herr Dr. Löhr, Vorstandsvorsitzender
Frau Pauly-Mundegar

17. Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH)

Karl-Heinz-Beckurts-Str. 13
52428 Jülich

Internet: <http://www.rheinisches-revier.de>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier. Das Unternehmen unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	2.000,00 €	8,00 %
Rhein-Erft-Kreis	2.500,00 €	10,00 %
Rhein-Kreis Neuss	2.500,00 €	10,00 %
Kreis Heinsberg	2.000,00 €	8,00 %
Kreis Düren	2.000,00 €	8,00 %
StädteRegion Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Zweckverband Region Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Industriegewerkschaft Bergbau und Energie	1.000,00 €	4,00 %
IHK Aachen	9.000,00 €	36,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Gesellschaft ergibt sich aus § 20 des Gesellschaftsvertrages. Die Gesellschaft teilt ihre Tätigkeit in die Geschäftsbereiche "Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle" und "Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung" auf. Die Gesellschafter leisten für den Geschäftsbereich "Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle" einen jährlichen Zuschuss, der den notwendigen Eigenanteil zum Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die nicht-förderfähigen Ausgaben in Höhe von maximal 25.000 Euro deckt. Ein höherer Betrag kommt nur in Betracht, wenn er im Wirtschaftsplan beschlossen wurde. Gesellschafter, die der Beitragserhöhung nicht zugestimmt haben, leisten keinen Zuschuss zum beschlossenen Erhöhungsbetrag. Den dann offenen Anteil des Erhöhungsbetrages tragen die übrigen Gesellschafter im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile. Der Verteilungsschlüssel richtet sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile. Weitere Zuschusspflichten bestehen nicht. Der Eigenanteil für die "Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung", einschließlich des entstehenden projektbezogenen zusätzlichen Aufwands für die Geschäftsstelle, wird ausschließlich von den Gesellschaftern aufgebracht, die in der Gesellschafterversammlung für die Durchführung gestimmt haben. Der Eigenanteil jedes Gesellschafters wird im Teilbudget festgelegt. Über den festgelegten Betrag hinaus bestehen keine Zuschusspflichten. Der Eigenanteil kann bei entsprechendem Beschluss der Gesellschafterversammlung durch Personalgestaltung, entsprechend dem im Teilbudget festgelegten Personalaufwand, erfolgen.

Der Kreistag hat am 21.10.2015 zum einen beschlossen, Mittel für einen jährlichen Gesellschafterzuschuss gem. § 20 Abs. 2 Gesellschaftsvertrag (Geschäftsbereich 1 "Netzwerkaktivitäten/ Betrieb der Geschäftsstelle") in Höhe von max. 12.000 €/Jahr über das Jahr 2017 hinaus auch in 2018 bereitzustellen, und zum anderen, dass anteilige Projektfinanzierungen im Sinne des Geschäftsbereiches 2 „Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“ (§ 20 Abs. 3 Gesellschaftsvertrag) darüber hinaus einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag bedürfen (V 158/2015).

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (15 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- b) Aufsichtsrat
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied		Stellvertreter	
1. LR Günter Rosenke		Manfred Poth	Allg. Vertreter
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Urban-Josef Jülich	CDU
3. Stefan Schmitz (stv. Stimmführer) bis 20.10.2015	SPD	Heinrich Hettmer	SPD
Michael Höllmann	ab 21.10.2015 SPD		

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Der Kreis Euskirchen wird gem. § 12 Abs. 1 Nr. 5 des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) vertreten.

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Joachim Diehl

Teil C – Jahresabschlüsse zum 31.12.2015

Auf den folgenden Seiten werden die Bilanzen, die Gewinn- und Verlustrechnungen und die Lageberichte zum 31.12.2015 abgebildet. Bei der KKM GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und RVK ist der Konzernlagebericht enthalten. Aus Datenschutzgründen wurden personenbezogene Angaben unkenntlich gemacht.

Gesellschaft	ab Seite
1. RWE AG *1	59
2. Vka – Stand 30.06.2015	61
3. AGIT	69
4. TAE *2	84
5. EuGeBau *3	
• Jahresabschluss zum 31.12.2014	93
• Jahresabschluss zum 31.12.2015 *3	
6. Kreiskrankenhaus Mechernich	
• KKM Konzern *2	103
• KKM GmbH	128
• Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	130
• Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH	132
• Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG	134
• St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	136
• Liebfrauenhof Schleiden GmbH	138
• AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH	140
• KKM Servicegesellschaft mbH	142
• KKM Gebäudedienste GmbH	144
• VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	146
7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG und Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.	148
8. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH	155
9. Vogelsang ip gGmbH	166
10.RVK	
• RVK Konzern	177
• RVK GmbH	205
11.Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	
• Konzern	207
• Energie Nordeifel GmbH & Co KG	236
• Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH	238
• KEV Schleiden GmbH	240
• KEV Energie GmbH	242
• KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	244
• Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	246
• Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	248
• Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG	250
• BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	252
• BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH	254

Gesellschaft	ab Seite
12.Energie Rur-Erft	
• Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	256
• Energie Rur-Erft Verwaltungs GmbH - Jahresabschluss zum 31.12.2014	258
• Energie Rur-Erft Verwaltungs GmbH - Jahresabschluss zum 31.12.2015	260
13.Nordeifel Tourismus GmbH *2	262
14.Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	
• Jahresabschluss zum 31.12.2014	284
• Jahresabschluss zum 31.12.2015 *3	
15.LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR	286
16.Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts	295
17.Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH	
• Jahresabschluss zum 31.12.2014	306
• Jahresabschluss zum 31.12.2015	312

*1 Wegen des geringen Beteiligungsanteils wird bei der RWE AG auf die Wiedergabe des Lageberichts verzichtet.

*2 Bei Beteiligungen über 50% (KKM, TAE und NeT) sind die Berichte über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung beigelegt.

*3 Der Jahresabschluss für 2015 lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Aktiva in Mio. €	(s. Anhang)	31.12.15	31.12.14
Anlagevermögen	(1)		
Finanzanlagen		36.482	39.264
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(2)		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		4.397	5.206
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			0
Sonstige Vermögensgegenstände		385	481
Wertpapiere	(3)	210	1.784
Flüssige Mittel	(4)	1.612	2.149
		6.604	9.620
Rechnungsabgrenzungsposten	(5)	326	385
Aktive latente Steuern	(6)	451	2.091
		43.863	51.360

0 = Betrag in geringer Höhe

Passiva in Mio. €	(s. Anhang)	31.12.15	31.12.14
Eigenkapital	(7)		
Gezeichnetes Kapital			
Stammaktien		1.474	1.474
Vorzugsaktien		100	100
		1.574	1.574
Kapitalrücklage		2.385	2.385
Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen		1.739	4.994
Bilanzgewinn		5	615
		5.703	9.568
Rückstellungen	(8)		
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1.014	1.120
Steuerrückstellungen		1.409	1.774
Sonstige Rückstellungen		579	803
		3.002	3.697
Verbindlichkeiten	(9)		
Anleihen		4.876	5.399
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		1.499	1.114
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		8	28
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		28.386	31.272
Sonstige Verbindlichkeiten		381	260
		35.150	38.073
Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	8	22
		43.863	51.360

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

in Mio. €	(s. Anhang)	2015	2014
Ergebnis aus Finanzanlagen	(14)	-74	1.533
Zinsergebnis	(15)	-1.038	-852
Sonstige betriebliche Erträge	(16)	237	602
Personalaufwand	(17)	-67	-67
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(18)	-602	-420
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-1.544	796
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(19)	-1.706	-146
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss		-3.250	650
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		0	0
Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen/Einstellung in andere Gewinnrücklagen		3.255	-35
Bilanzgewinn		5	615

0 = Betrag in geringer Höhe

Bilanz zum 30. Juni 2015

[illegible]

Passiva

	30.06.2015	30.06.2014
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97
Eigene Anteile	-12.296,57	-2.556,45
Eingefordertes Kapital	115.526,40	125.266,52
II. Kapitalrücklage	1.354.771,68	1.181.449,68
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	12.296,57	2.556,45
Ausgleichsrücklage	400.000,00	400.000,00
	412.296,57	402.556,45
IV. Bilanzverlust	-1.493.286,26	-1.338.887,06
	389.308,39	370.385,59
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	35.434,45	22.584,45
C. Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten	4.209,66	8.749,47
(davon aus Steuern € 3.002,66; 30.6.2014 € 6.307,27)		
(davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
€ 4.209,66; 30.6.2014 € 8.749,47)		
	4.209,66	8.749,47
	428.952,50	401.719,51

**Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Essen**

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Juli 2014 bis 30. Juni 2015**

	2014/15	2013/14
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	120.469,23	813,40
2. Personalaufwand		
a) Gehälter	-188.126,79	-167.304,99
b) Soziale Abgaben	-11.645,38	-11.992,11
	-199.772,17	-179.297,10
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	-944,22	-683,66
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-79.907,04	-89.350,93
5. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	15.070,00	19.610,00
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	425,12	1.514,80
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-144.659,08	-247.393,49
8. Jahresfehlbetrag	-144.659,08	-247.393,49
9. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-1.338.887,06	-1.091.493,57
10. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	-9.740,12	0,00
11. Bilanzverlust	-1.493.286,26	-1.338.887,06

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014/2015

1. Geschäftsentwicklung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Mit der Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft sind laufende Aufwendungen verbunden, die nicht durch entsprechende Erträge gedeckt werden können. Eigene Umsätze sowie sonstige wesentliche Erträge werden in der Regel nicht erzielt. Dementsprechend führt die Geschäftstätigkeit regelmäßig zu Jahresverlusten, die das Eigenkapital mindern. Die Fehlbeträge werden zu einem wesentlichen Teil durch Nachschüsse der Gesellschafter, die unmittelbar in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt werden, ausgeglichen. Allerdings haben die Nachschüsse in den vergangenen Jahren nicht ausgereicht, um die Fehlbeträge jeweils vollständig auszugleichen. Ohne die Ergreifung weiterer Maßnahmen führt dies in der Folge zu einer sukzessiven Verminderung des Eigenkapitals und zu einer Belastung der Liquidität der Gesellschaft. Um etwaige negative Konsequenzen zu vermeiden, bedarf es deshalb entweder einer Erhöhung der durch die Gesellschafter zu leistenden Nachschüsse oder einer Verwertung des vorhandenen Vermögens. Wesentlicher Vermögensgegenstand sind die 3.700 im Finanzanlagevermögen erfassten Aktien einer deutschen Versicherungsgesellschaft. In der Gesellschafterversammlung vom 22. April 2015 wurden die vorstehend genannten Handlungsoptionen diskutiert und schließlich zur Sicherung der Liquidität der Beschluss gefasst, aus dem bisherigen Bestand an vorhandenen Aktien 1.500 Stück zu veräußern.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2014/15 weitere eigene Anteile in Höhe von € 9.740,12 von einem bisherigen Gesellschafter zurück erworben. Der Rückerwerb erfolgte zum Nominalwert der Anteile. Die Gewinnrücklagen wurden in entsprechender Höhe dotiert.

2. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Durch den Verkauf von 1.500 Aktien einer deutschen Versicherungsgesellschaft verminderte sich der Buchwert der Wertpapiere um € 110.865,00 auf € 162.602,00. Gleichzeitig stieg der Bestand an Guthaben bei Kreditinstituten zum 30. Juni 2015 im Vergleich zum Vorjahresstichtag um € 134.955,37 auf € 250.596,63. Die Bilanzsumme erhöhte sich um € 27.232,99 € auf € 428.952,50.

Das Eigenkapital beläuft sich zum 30. Juni 2015 auf € 389.308,39 (30. Juni 2014 € 370.385,59). Es wurde durch eine Zuzahlung der Gesellschafter in Höhe von € 173.322,00 (Einstellung in die Kapitalrücklage) gestärkt und entspricht 90,8% (30. Juni 2014 92,2%) der Bilanzsumme. Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2014/2015 ein Jahresfehlbetrag von € 144.659,08, der das Eigenkapital entsprechend gemindert hat.

Aus dem Verkauf von 1.500 Aktien einer Versicherungsgesellschaft wurde nach Abzug entsprechender Gebühren und unter Berücksichtigung der historischen Anschaffungskosten von € 110.865,00 ein Veräußerungsgewinn von € 119.837,23 erzielt, der in den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst wird. Weitere Erträge (€ 15.070,00; 2013/14 € 19.610,00) resultierten aus der Dividendenzahlung der Versicherungsgesellschaft, von der die Aktien gehalten werden, sowie in geringem Umfang aus Zinserträgen.

Diesen Erträgen stehen vor allem um € 20.475,07 auf € 199.772,17 erhöhte Personalaufwendungen gegenüber. Dagegen konnten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um € 9.443,89 auf € 79.907,04 vermindert werden.

Da die Erträge aus der Veräußerung der Wertpapiere des Anlagevermögens den Kostenanstieg bei den Personalaufwendungen deutlich übertrafen, konnte der Jahresfehlbetrag im Vergleich zum Vorjahr um € 102.734,41 auf € 144.659,08 reduziert werden.

3. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement

Das interne Kontrollsystem umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Aufgrund der einfachen und übersichtlichen Strukturen der Gesellschaft werden sämtliche Aufgaben im Rahmen des internen Kontroll- und Überwachungssystems von der Geschäftsführung wahrgenommen. Es gilt durchgängig ein striktes Vier-Augen-Prinzip. Sämtliche Genehmigungen und Freigaben erfolgen entweder durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen.

Ein formelles Risikomanagement besteht nicht, aber Chancen und Risiken werden regelmäßig durch die Geschäftsführung identifiziert, analysiert und bewertet. Bei Bedarf greift die Geschäftsführung zudem auf externe Fachleute zurück, die die Gesellschaft bei Entscheidungen unterstützen.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Gesellschaft wird auch weiterhin im Interesse ihrer Gesellschafter tätig sein. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung stehen deshalb in einem engen Zusammenhang mit dem Verhältnis der Gesellschaft zu ihren Gesellschaftern.

Die Gesellschafter befinden sich gegenwärtig mehrheitlich in einer schwierigen und komplexen Situation, in der es gilt, sich sowohl kurzfristig als auch in langfristiger Hinsicht zu positionieren. Dabei sind sowohl gesetzliche Anforderungen als auch kurz- und langfristige finanzwirtschaftliche Aspekte in die Überlegungen einzubeziehen. So müssen die kommunalen Anteilseigner des RWE-Konzerns jenseits ökonomischer Aspekte sicherstellen, dass sie ihren gesetzlichen Auftrag zur Energieversorgung innerhalb ihrer Kommunen auch weiterhin sicherstellen können. Gleichzeitig belasten nahezu sämtliche beteiligten Kommunen Sparzwänge, die die ökonomischen Handlungsspielräume stark einschränken. Hier spielt die Optimierung der Dividendenpolitik des RWE-Konzerns in ihrem Sinne als eine wichtige Einnahmequelle eine wesentliche Rolle. Dabei ist abzuwägen zwischen den Extremen von kurzfristig möglichst hohen Ausschüttungen oder einem zumindest vorübergehenden Verzicht auf Ausschüttungen als Beitrag zur Gesundung des RWE-Konzerns. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation und der erwarteten Perspektiven des RWE-Konzerns stehen die einzelnen Kommunen zudem vor der schwierigen Entscheidung, ob sie ihre Anteile auch weiter halten wollen oder diese kurzfristig veräußern.

Obwohl der Gründungsgedanke der Anteilseigner des VKA unverändert die gemeinsame und gebündelte Interessenvertretung ist, haben sich in den vergangenen Jahren mehrere Gesellschafter entschlossen, ihre Anteile an die Gesellschaft zurück zu verkaufen. Auch wenn die Kosten der Beteiligung für den einzelnen Gesellschafter am VKA bei absoluter Betrachtung vergleichsweise gering ausfallen, so mögen trotzdem auch diese Beträge im Ein-

zelfall als beachtlich betrachtet worden sein und bei Abwägung mit dem Nutzen aus der gemeinsamen Interessenvertretung zu der Entscheidung des Austritts unter Kostengesichtspunkten geführt haben.

Deshalb stuft die Geschäftsführung es als potentielles Risiko ein, dass Gesellschafter, die weiterhin im Besitz von RWE-Aktien sind, beabsichtigen, ihre Anteile am VKA vor allem aufgrund wirtschaftlicher Sparzwänge an diesen zurückzugeben. Durch das Ausscheiden weiterer Gesellschafter würden sich die Finanzierungsmöglichkeiten der Gesellschaft entsprechend verschlechtern. Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 22. April 2015 einen entsprechenden Antrag auf Übernahme von Gesellschafteranteilen durch den VKA abgelehnt. Eine Verpflichtung zur Rücknahme von Gesellschaftsanteilen sieht der Gesellschaftsvertrag grundsätzlich nicht vor. Dennoch geht die Geschäftsführung davon aus, dass sich die Diskussionen zu diesem Thema weiter fortsetzen werden und der Austritt weiterer Gesellschaftern nicht ausgeschlossen werden kann.

Chancen werden darin gesehen, dass die Geschäftsführung des VKA die Interessen der kommunalen RWE-Aktionäre auch zukünftig bestmöglich vertritt und unterstützt. Die Geschäftsführung möchte dabei auch weiterhin den Weg des offenen Dialogs fortsetzen und dabei ihre Verbandsarbeit weiter stärken. Über regelmäßige Meetings sowie über eine eigene Homepage werden die Gesellschafter regelmäßig über alle wichtigen Diskussionsergebnisse mit Vertretern des RWE-Konzerns informiert.

Weitere Chancen werden in dem gemeinsamen Eckpunktepapier zur weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Schwestergesellschaft VKA RWE Westfalen gesehen. Ursprünglich war dabei sogar eine Fusion beider Gesellschaften vorgesehen. Aufgrund der unterschiedlichen Strukturen beider Gesellschaften erscheint dieses Ziel jedoch derzeit nicht realisierbar.

Grundsätzlich wird der Fortbestand der Gesellschaft auch in Zukunft davon abhängen, dass der Bestand an Gesellschaftern weitgehend bestehen bleibt und die Finanzierung der Gesellschaft auch zukünftig durch die Gesellschafter erfolgt. Darüber hinaus werden von der Geschäftsführung keine weiteren wesentlichen Chancen und Risiken gesehen, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen.

5. Ausblick

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der

Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter bzw. Erlöse aus der Veräußerung von Vermögen ausgeglichen werden.

Auch für das Geschäftsjahr 2015/16 erwartet die Geschäftsführung einen Jahresfehlbetrag, der ohne weitere Maßnahmen leicht unter dem Niveau des Geschäftsjahres 2013/14 liegen wird. Wesentliche Erträge sind nicht zu erwarten. Die Kosten des Geschäftsapparates werden gegenüber dem Geschäftsjahr wieder sinken, da insbesondere durch Auslaufen von Übergangsregelungen über die Vergütung der Geschäftsführung und geringere sonstige Personalkosten der Personalaufwand geringer ausfallen wird. Wesentliche Erträge können nur durch die weitere Verwertung des vorhandenen Vermögens erzielt werden. Hierüber sind ebenso wie über mögliche Anpassungen der Nachschüsse der Gesellschafter zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2014/15 keine Gesellschafterbeschlüsse gefasst worden.

4. Nachtragsbericht

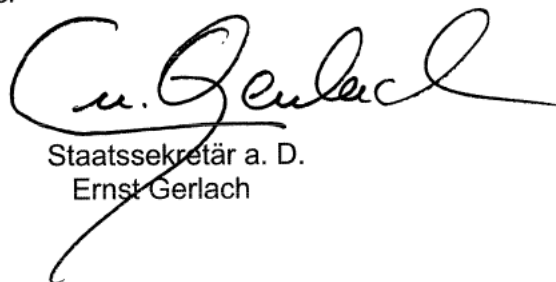
Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem 30. Juni 2015 eingetreten sind, sind der Geschäftsführung der Gesellschaft nicht bekannt.

Essen, den 18. September 2015

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Geschäftsführer


Landrat a. D.
Roger Graef


Staatssekretär a. D.
Ernst Gerlach

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH Aachen

Bilanz zum 31. Dezember 2015

AKTIVA			PASSIVA		
	EUR	Vorjahr EUR		EUR	Vorjahr EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENKAPITAL		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	3.253.000,00	3.253.000,00
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	28.226,00	8.921,00	II. Verlustvortrag	-2.091.536,99	-2.093.075,38
II. Sachanlagen			III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-228.775,81	1.538,39
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.262.861,40	6.083.630,40		932.687,20	1.161.463,01
2. Technische Anlagen und Maschinen	0,00	7.127,00	B. SONDERPOSTEN FÜR ZUSCHÜSSE UND ZULAGEN		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	115.503,24	62.653,26		1.609.963,50	2.256.386,35
III. Finanzanlagen					
1. Beteiligungen	48.996,38	48.996,38	C. RÜCKSTELLUNGEN		
		48.996,38	1. Sonstige Rückstellungen	105.200,00	92.700,00
B. UMLAUFVERMÖGEN					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	249.244,24	14.430,46	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.726.144,68	2.904.196,24
2. Forderungen gegen Gesellschafter	1.600,52	154.580,15	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	277.434,86	243.118,85
3. Sonstige Vermögensgegenstände	362.125,03	708.304,57	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	123.759,03	139.314,01
		877.315,18	4. Sonstige Verbindlichkeiten	522.341,69	629.987,42
			- davon aus Steuern:		
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	227.364,28	338.354,66	31.12.2015: EUR 41.560,26		
	840.334,07	1.215.669,84	31.12.2014: EUR 175.719,13		
			- davon im Rahmen sozialer Sicherheiten:		
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			31.12.2015: EUR 4.807,54		
	1.609,87	168,00	31.12.2014: EUR 10.675,67		
				3.649.680,26	3.916.616,52

**AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH
Aachen**

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
1. Umsatzerlöse		3.341.320,56	3.534.699,60
4. Sonstige betriebliche Erträge		1.793.338,44	2.412.523,08
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-1.213.601,23		-1.281.874,56
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-327.083,63		-340.999,15
- davon für Altersversorgung: EUR 95.055,66 (i.V. EUR 98.104,59)			
		<u>-1.540.684,86</u>	<u>-1.622.873,71</u>
7. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-913.515,69	-900.408,23
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-2.697.512,56	-3.081.450,73
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		38,81	470,19
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-93.900,59	-113.305,58
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-110.915,89	229.654,62
19. Sonstige Steuern		-117.859,92	-228.116,23
20. Jahresfehlbetrag/-überschuss		<u>-228.775,81</u>	<u>1.538,39</u>

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

Vorbemerkung zum Jahr 2015

Das Jahr 2015 war das Jahr 3 der AGIT nach dem Restrukturierungsprozess der Region Aachen. Die AGIT hat sich von einem Teil ihrer Aufgaben getrennt und sich ihrem Auftrag gemäß neu aufgestellt. Die nach den Prinzipien des Profit Center zu führenden Geschäftsbereiche „Technologiezentrummanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ haben zu einer Veränderung der finanziellen Bewertung beider Bereiche geführt. Bei der Darstellung der AGIT-Leistungen wird auf diese Aufteilung so weit wie möglich Bezug genommen.

Durch diesen Restrukturierungsprozess war das Jahr 2013 geprägt durch diese Aufgabenverteilung zwischen Zweckverband (ZV) der Region Aachen und der AGIT neu bzw. AGIT 2.0. Mitarbeiter wurden vom ZV übernommen oder haben das Unternehmen verlassen; Aufgaben und Projekte wurden übergeben oder aufgrund vertraglicher Vereinbarungen weitergeführt. 2014 wurde dieser Prozess weitgehend abgeschlossen und 2015 wurde eine neue ERP-Software (TOPIX) eingeführt, um die Abläufe noch effizienter zu gestalten.

Mit dieser neuen Aufgabenteilung zwischen ZV und AGIT hat sich auch die AGIT einer strategischen Neuausrichtung unterworfen. Die sogenannte „AGIT 2.0“ hat ihre Linie einer verstärkten Konzentration auf ihre klassischen Aufgaben konsequent weitergeführt und weiterentwickelt und den weltweit in Bewegung geratenen Umfeldbedingungen angepasst: der technologieorientierten Beratung, der Betreuung von Ansiedlungen, der Innovationsförderung und dem Business Development Support, aber auch dem klassischen Technologietransfer sowohl im regionalen als auch im überregionalen, grenzüberschreitenden Kontext einen großen Platz eingeräumt. Durch diese Arbeitsteilung mit dem ZV und der Fokussierung auf ihre Kernkompetenzen hat die AGIT ihr Personal deutlich in 2013 gegenüber 2012 reduziert; in 2014 konnte das 2013er Mitarbeiterniveau beibehalten werden, jedoch wurde in 2015 Personal mit Zeitverträgen abgebaut, da fast alle Projekte in 2015 wegen des Ablaufs der alten Förderperiode ausgelaufen sind und neue Projekte erst ab 2016 akquiriert werden konnten.

Entsprechend diesem neuen Aufgabenprofil hat sich die AGIT in 2013 eine neue Organisationsstruktur mit den Geschäftsbereichen „Technologiezentrummanagement“ und „technologieorientierte Wirtschaftsförderung“ gegeben, die in 2014 stabilisiert und 2015 weiter standardisiert wurde. Beide Bereiche arbeiten finanziell streng getrennt als Profit Center. Der vorliegende Bericht nimmt deswegen weitgehend Bezug auf diese Geschäftsbereichsaufteilung.

Gleichzeitig konnte im Rahmen dieser Neuausrichtung in 2013 die FH Aachen als neuer Gesellschafter hinzugewonnen werden, so dass damit die regionalen Hochschulen erstmals als Gesellschafter in der AGIT vertreten sind. Dies bedeutet einen neuen Meilenstein in der Entwicklung der AGIT und eine verstärkte Hinwendung zu den klassischen Aufgaben der AGIT, dem Technologie- und Wissenstransfer sowie der Innovationsförderung. Die FH Aachen verfügt über einen Sitz im Aufsichtsrat. Die Anzahl der Aufsichtsratssitze wurde damit wieder auf den ursprünglichen Stand von 17 heraufgesetzt. In 2015 gab es im Gesellschafterkreis und im Aufsichtsrat keine Veränderung. Bei den Beteiligungen gab es eine Veränderung, denn die Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH wurde verkauft; die aus dem Verkauf erzielte Einnahme (Rückerstattung des Gesellschafteranteils sowie weitere Zahlungen) wird als Sonderertrag jedoch erst 2016 (und nicht wie im Lagebericht 2014 ausgesagt) bilanziell wirksam werden.

Betonen sollte man nochmals, dass sowohl inhaltliche als auch finanzielle Vergleiche zum Jahr 2012 wg. der neuen Aufgabenteilung zwischen AGIT und dem Zweckverband Region Aachen (ZV) ab dem Jahre 2013 nur mit Einschränkungen möglich sind. Ebenso sollte erwähnt werden, dass das MTZ zum 31.12.2014 verkauft wurde und die AGIT als Dienstleister in 2015 nur noch Abwicklungsarbeiten für das MTZ vorgenommen hat; ein Vergleich mit dem Jahr 2014 ist somit auch hier nur bedingt gegeben.

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist eine Agentur für Innovation und Technologietransfer, die eine technologieorientierte Wirtschaftsförderung betreibt. Gegenstand des Unternehmens sind laut Satzung die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen bzw. andere Firmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Entsprechend diesem Aufgabenprofil hat die AGIT ab 2013 zwei finanziell streng voneinander geteilte Geschäftsbereiche:

- Der Geschäftsbereich „Technologiezentrenmanagement“ betreibt das TZA BA I, das sich im Eigentum der AGIT befindet, und das TZA BA II, das nach Auslauf des Leasingvertrages 7/2019 von der AGIT erworben wird. Das MTZ und das ZBMT werden von der AGIT als DL-Auftrag für die Stadt Aachen betrieben, wobei das MTZ zum 31.12.2014 vom Eigentümer GEGRA verkauft wurde.
- Der Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung“ ist unterteilt in die Geschäftsfelder „Beratung technologieorientierter Unternehmen“ (BTOU), „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & I) sowie „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS).

2. Forschung und Entwicklung

Die AGIT hat keine eigene F+E-Abteilung. Neue Dienstleistungen werden in Abstimmung mit der Region Aachen und den Stake- und Shareholdern der AGIT in Form von Pilotprojekten erarbeitet, die meist öffentlich gefördert und durch Eigenanteile der Gesellschafter hinterlegt sind. Nach dieser Pilot- und Testphase wird über die Einführung dieser Dienstleistung durch die AGIT und die Finanzierung der Dienstleistung entschieden. Auch in 2014 wurden neue Produkte und Dienstleistungen im Rahmen von Projekten entwickelt (z. B. TeTRRA B, Locator), die bereits als neue Dienstleistungen seitens der AGIT unseren Kunden angeboten werden.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Natürlich wirken sich die europäische Wirtschaftskrise und die Weltwirtschaftskrise auf das Nachfrageverhalten bei Ansiedlungen aus, in den letzten Jahren aber deutlich weniger als in der Phase nach dem 11. September 2001. Genau genommen ist sogar ein gegenläufiger Trend zu beobachten, denn Deutschland ist wirtschaftlich erstaunlich robust und damit für Investoren interessanter als andere vergleichbare europäische Länder.

Die gute Konjunktur in Deutschland und die hervorragenden beruflichen Chancen für Absolventen der ingenieurwissenschaftlichen und technischen Disziplinen führen in ganz Deutschland zu einem Rückgang von innovativen und technologieorientierten Gründungen. Auch hier bildet die Region Aachen, zumindest was die Gründungsfirmen angeht, die die AGIT betreut, eine Ausnahme, denn die Gründungszahlen liegen weiterhin auf sehr hohem Niveau.

Im Bereich der Dienstleistungsaufträge konnte die AGIT ihre Position in 2015 weitgehend stabil halten. In der öffentlichen Projektförderung ergaben sich in 2015 jedoch deutliche Einschränkungen, denn die alte Programmperiode ist 2013 ausgelaufen und damit alle Förderprojekte. el-2-Programme und Interreg-Programme liefen in 2015 endgültig aus. Es wurden nur noch die laufenden Projekte abgeschlossen. Die neue Programmperiode begann zwar offiziell in 2014, jedoch sind die Durchführungsbestimmungen nur für das EFRE-Programm bekannt, jedoch noch nicht für die neue Interreg-Periode. Projektneuanträge wurden in 2015 gestellt, aber im Berichtsjahr nicht bewilligt. Erfreulich ist, dass die Gesellschafter – wenn auch in geringem Maße - Eigenleistungsanteile für diese Projekte ab zur Verfügung stellen.

2. Geschäftsverlauf

Die zwei Geschäftsbereiche der AGIT „Technologiezentrumsmanagement“ und „technologieorientierte Wirtschaftsförderung“ werden in ihrem Geschäftsverlauf beschrieben. Die konkreten Projekte und Aufträge werden inhaltlich nur summarisch dargestellt. Sie sind im Jahresbericht aufgeführt und können auch auf der Internetseite der AGIT eingesehen werden.

Das Jahr 2015 war weiterhin geprägt von der Neuorientierung der AGIT und den Maßnahmen, die für diese Entwicklung notwendig waren. Da zum 31.12.2012 viele Projekte ausgelaufen sind bzw. Projekte an den ZV überführt wurden, hat sich die Mitarbeiterzahl von ca. 40 Personen in 2012 auf ca. 24 Personen in 2015 reduziert. Dieser niedrigste Bestand seit 2008 ergibt sich aus der Tatsache, dass alle Projekte der letzten Förderperiode endgültig ausgelaufen und die neuen Projektanträge noch nicht genehmigt bzw. erst in 2016 angelaufen sind.

Geschäftsbereich I: Technologiezentrumsmanagement (TZM)

Die große Nachfrage von jungen Unternehmen und Technologieunternehmen nach Mietflächen setzte sich erfreulicherweise auch in 2015 in den zwei von der AGIT betriebenen und betreuten Technologiezentren TZA und ZBMT fort. Das MTZ wurde zum 31.12.2014 an das UKA verkauft, so dass hier nur noch Restarbeiten (NK) in 2015 von der AGIT durchgeführt wurden.

Die Auslastung des Technologiezentrums am Europaplatz (TZA) konnte bezogen auf das gesamte Jahr 2015 wieder auf einem hohen Niveau von fast 100 % beibehalten werden. Die Nachfrage in 2015 war größer als das Flächenangebot und konnte somit nicht mehr befriedigt werden. Da diese hohe Auslastung seit 2008 besteht, sollte über eine bauliche Erweiterung des TZA konkret nachgedacht werden. Entsprechende Vorplanungen wurden deshalb von der GF angeregt. Die Erlöse konnten in 2015 im TZA nochmals leicht um 14 T€ gegenüber 2014 gesteigert werden.

Das MTZ wurde in 2014 verkauft. In 2015 wurden nur noch Restarbeiten (NK) seitens der AGIT als Dienstleister durchgeführt. Es erzielte deshalb nur geringe Erlöse und hat sowohl vor und auch nach Umlage der zentralen Dienste ein leicht positives Ergebnis.

Erfreulicherweise konnte auch das im Sommer 2011 in Betrieb genommene ZBMT in 2015 am Ende des Jahres Vollausslastung vermelden. Hier muss jedoch angemerkt werden, dass wegen erheblicher technischer Mängel am Gebäude Mietminderungen in den Jahren 2012 bis 2014 entstanden sind. Diese Mietminderungen konnten auf den Eigentümer bzw. den Verursacher umgelegt und in 2015 durch eine Minderung der Miete im Aufwand in der Bilanz berücksichtigt werden. Diese Gebäudemängel führten dazu, dass die NK 2013 erstmalig in 2015 berechnet werden konnten. Dies gilt auch für die Grundsteuer 2012, die auch erst in 2015 den Firmen in Rechnung gestellt werden konnte. Weiter wurden Nebenkosten (NK) in 2014 als Forderungen gebucht und in 2015 bezahlt. Diese Ereignisse und Maßnahmen zusammen genommen, ergeben immer noch das beste Ergebnis für das ZBMT seit seinem Bestehen. Es ist um über 130 T€ besser als 2014, so dass der Verlustausgleich durch die Stadt Aachen in 2015 mit -2,6 T€ erfreulicherweise sehr gering ausfällt.

Mehr als erfreulich entwickelte sich wiederum der Bereich Seminarraum- und Kongressraumvermietung im TZA. Mit fast 46.000 Personen in 2015 wurde das sehr gute Ergebnis von 2014 sogar leicht übertroffen.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a. Beratung technologieorientierter Unternehmen (Geschäftsfeld I)

Die betriebswirtschaftliche Unterstützung für technologieorientierte Gründer und Unternehmen von der Ideenphase bis hin zur Etablierung am Markt seitens der AGIT lag in 2015 qualitativ und quantitativ auf dem sehr hohen Niveau des Rekordvorjahres. Die 45 (Vorjahr 47) neu gegründeten Unternehmen werden laut Businessplan im ersten Jahr nach der Gründung 134 Arbeitsplätze (Vorjahr 121) schaffen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 33,0 Mio. € (Vorjahr 15,5 Mio. €). Die Region Aachen bleibt damit bei den technologieorientierten Gründungen auf hohem Niveau stabil, wogegen deutschlandweit ein deutlicher Rückgang der Gründer zu verzeichnen ist.

Im Auftrag der Stadt Aachen, der StädteRegion Aachen und der Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg wurde in 2015 zum zweiten Mal das neue Konzept des **Innovationspreis Region Aachen** in Kooperation mit den AC²-Gründungs- und Wachstumswettbewerben durchgeführt.

b. Investorenberatung (Geschäftsfeld II)

Im Jahr 2015 betreute die AGIT 55 potenzielle Investoren (Vorjahr 68). Insgesamt 5 Unternehmen (Vorjahr 5), die von der AGIT oder den regionalen Partnern begleitet wurden, entschieden sich für eine Investition in der Technologieregion Aachen.

Die Technologieregion Aachen beteiligt sich seit 2011 an der Marketingkampagne des Landes NRW, die von NRW.INVEST verantwortet wird und die mit dem Slogan "Germany at its best" wirbt. In Kooperation mit NRW.INVEST wurden Investorenseminare in Russland, der Türkei und in China sowie Korea durchgeführt. 2015 wurden 18 Delegationen (Vorjahr 17) aus dem In- und Ausland, die die Region Aachen besuchten, von der AGIT betreut.

c. Technologietransfer & Business Development Support (Geschäftsfeld III)

Neben der Gründung und Ansiedlung neuer Unternehmen in der Region Aachen stellt die Betreuung der bereits hier ansässigen, insbesondere technologieorientierten, kleinen und mittleren Unternehmen für die AGIT eine wichtige Aufgabe dar. Dabei geht es einerseits um die Förderung der Zusammenarbeit zwischen regionaler Hochschul- bzw. Forschungslandschaft und Wirtschaft (Science to Business – S2B), andererseits um die Förderung der Kooperation von Unternehmen untereinander (Business to Business – B2B).

Im Bereich S2B stehen Aktivitäten des Technologietransfers im Vordergrund. Im Jahr 2015 sind hier insbesondere die zahlreichen Unterstützungsleistungen im Rahmen des Projektes TeTRRA B hervorzuheben, dass die Zusammenarbeit zwischen mittelständischem Gewerbe und Hochschulen intensiv in der gesamten Region Aachen unterstützt. Ebenfalls zu nennen sind die Aktivitäten in Wegberg-Wildenrath (GALILEO), die demselben Ziel dienen und die Chancen für die Region Heinsberg und die gesamte Region Aachen, die durch das europäische Satellitensystem möglich werden, in den Vordergrund der Aktivitäten rücken.

Nachdem die AGIT in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche Business-Netzwerke in den technologischen Stärkefeldern der Region Aachen mit gegründet und unterstützt hat, die nunmehr eigene Strukturen und Aktivitäten entfalten, konzentrieren wir uns nunmehr im Bereich B2B vor allem auf die neuen Herausforderungen, die sich im erweiterten grenzüberschreitenden Umfeld (EUREGO) stellen. Die mit der südlimburgischen Industriebank LIOF (NL) in 2013 geschlossene strategische Partnerschaft wurde auch in 2015 konkretisiert; sie stärkt insbesondere die euregionale Zusammenarbeit deutlich.

Diese Aufgaben werden in wesentlichen Teilen mittels Dienstleistungsauftrag oder über Projekte durchgeführt. Dabei greift die AGIT auf die nordrhein-westfälisch-europäische Strukturfondsförderung und hierbei vor allem das NRW-EU Ziel-2-Programm 2007-2013 (EFRE) bzw. auf die Inter-

reg-Förderung zu, die von NRW kofinanziert wird. Die fehlende Implementierung dieser für die AGIT so wichtigen Förderprogramme, die beide ab 2014 in Kraft treten sollten aber auch in 2015 nicht in Kraft getreten sind, haben in 2015 zu einem starken Rückgang der Projektaktivitäten geführt und dazu, dass viele befristete Verträge nicht verlängert werden konnten, was den Personalarückgang in 2015 erklärt.

Unternehmenskommunikation

Im Rahmen der AGIT-Unternehmenskommunikation wurde wegen der regionalen Strukturreform das Magazin **Region Aachen 46** letztmalig 2013 mit dem neuen ZV der Region Aachen herausgegeben. Der im Mai 2012 **neu gestaltete Internetauftritt** wurde in 2013 auf die neue AGIT angepasst. Um den Standort Region Aachen sowie die Dienstleistungen der AGIT in den Medien bekannter zu machen, wurden im Jahr 2015 im Rahmen der **Pressearbeit** insgesamt 34 (Vorjahr 40) Pressemitteilungen, redaktionelle Artikel und Fernseh- und Radioberichte verbreitet und lanciert. Hieraus entstanden 212 (Vorjahr 144) Veröffentlichungen. In Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderern der Region Aachen konnten bis 2015 insgesamt 61 Firmen für die Standortwerbekampagne „**Wussten Sie schon, dass...?**“ gewonnen werden, davon 8 in 2015 (Vorjahr 12). Für diese Kampagne wurde die AGIT in 2013 – wie bereits im letzten Lagebericht berichtet – mit dem zweiten „Platz des Aachener Marketingpreises“ ausgezeichnet.

3. Lage

a) Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2015 brachte wiederum wie in 2014 eine deutliche Reduzierung des Projektvolumens, was sowohl mit der Strukturreform zusammenhängt, aber auch auf das Auslaufen der alten Förderperiode zurückgeführt werden muss. Die AGIT hat wesentliche Aufgabenbereiche an den ZV abgegeben. Hierdurch ergaben sich natürlich entsprechend reduzierte Projekteinnahmen ab 2013, die durch das Auslaufen vieler Projekte in 2014 nochmals erheblich rückläufig waren. In 2015 wurden fast alle Projekte abgeschlossen, jedoch wurden keine neuen Projekte für den Zeitraum 2015 sondern erst für 2016 eingeworben (STRIKE 3, CAMPUS-Network).

Die Umsatzerlöse werden insbesondere im Bereich des Technologiezentrumsmanagement erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse nahmen gegenüber 2014 mit einem Wert von -194 T€ (Vorjahr -162 T€) auf jetzt 3.341 T€ (Vorjahr 3.535 T€) zwar deutlich ab, was jedoch primär mit dem Wegfall des MTZ (264 T€ „Erlöse Mieten“ in 2014) zusammenhängt. Wenn dieser Sonderfall unberücksichtigt bleibt, sind die Erlöse in den beiden Technologiezentren real gegenüber 2014 gestiegen. Für das ZBMT war 2015 das vierte volle Geschäftsjahr und die Auslastung stieg auf 100 % an. Die Umsatzerlöse im ZBMT stiegen leicht um 17 T€ gegenüber dem Jahr 2014 auf jetzt 579 T€ an. Das Ergebnis für das TZM gesamt liegt bei 109 T€ (Vorjahr 107 T€), das nachrichtlich in die Instandhaltungsrücklage überführt wird. Dieser Wert liegt damit auf demselben hohen Niveau wie in 2014, obwohl die Leasingrate für den II. Bauabschnitt um 13 T€ auf jetzt 528 T€ gestiegen ist. Die geplanten Instandhaltungsaufwendungen in 2015 wurden plangemäß durchgeführt.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich deutlich um 619 T€ auf nunmehr 1.793 T€ (Vorjahr 2.412 T€). Sie setzen sich im Wesentlichen aus Zuschüssen der Gesellschafter in Höhe von 889 T€ (Vorjahr 1.056 T€), Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen in Höhe von 646 T€ (Vorjahr 647 T€) sowie Zuschüssen aus dem Bundes- und Landeshaushalt bzw. sonstige Erträge in Höhe von 171 T€ (Vorjahr 668 T€) zusammen. Die Gesellschafterzuschüsse in der Grundfinanzierung der AGIT in 2015 konnten somit gegenüber 2014 deutlich reduziert werden. Der deutliche Rückgang der Projekte, die mit öffentlichen Zuschüssen durchgeführt werden, begründet wesentlich das negative Ergebnis, da das Personal nicht zeitgleich parallel zu der Einnahmeseite abgebaut werden konnte. Die „Nachlaufzeiten und damit Nachlaufkosten“ bei Projektende sind wegen der vielen kostenneutralen Verlängerungen der Projekte von bis zu einem halben Jahr und mehr erheblich. Da die AGIT in der Regel auch LEAD-Partner ist, muss sie die Projekte zu Ende führen. Gesellschafterzuschüsse und Projekterlöse werden primär im Geschäftsbereich „Wirtschaftsförderung“ verausgabt.

Das Gesamtergebnis 2015 muss betrachtet werden unter der Prämisse der strikten Trennung der Geschäftsbereiche „TZM“ und „Wirtschaftsförderung“, die als jeweils eigene „Profit Center“ fungieren. In dem GuV-Ergebnis von - 229 T€ (Vorjahr 2 T€) hat die AGIT ihr Wirtschaftsziel in 2015 nicht erreicht. Natürlich spielt das negative Ergebnis des zweiten Bauabschnitts des TZA in Höhe von -216 T€ (Vorjahr -191 T€) hierbei auch eine Rolle. Hingewiesen werden sollte aber in dem Zusammenhang auf die Tatsache, dass die jährlich steigende Leasingrate mit ihrem hohen Tilgungsanteil von 378 T€ (Vorjahr 344 T€) erheblich zur Reduzierung der Darlehensschuld des TZA BA II beiträgt, so dass 2019 der Rückkaufswert von 1.800 T€ erreicht werden kann. Das Ergebnis hätte deutlich besser ausfallen können, wenn in 2015 nicht eine Verkettung vieler Einzelfälle aufgetreten wäre. So führten Projektprüfungen seitens der Bezirksregierung zum Beispiel für die die Regionalagentur (RA) für die Jahre 2009 bis 2012 (damals noch AGIT) zu Rückzahlungsforderungen von ca. 50 T€, alte vertragliche Verpflichtungen mit der Gründerregion, die im Gegensatz zu 2013 und 2014 wegen fehlender Projekte in 2015 nicht kompensiert werden konnten, belasten die AGIT mit ca. 32 T€. Zudem fanden nach Ablauf der Förderperiode und damit der Beendigung aller AGIT-Projekte sogenannte – für den Zuwendungsgeber - „kostenneutrale“ Verlängerungen sowie Projektprüfungen statt, die eine temporäre Weiterbeschäftigung projektgebundener Mitarbeiter mit Zeitverträgen notwendig machte, da die AGIT als LEAD-Partner und Abwicklungsorganisation die Projekt weiterführen und zum Abschluss bringen musste. Diese „Nachlaufkosten“ treten immer am Ende einer Förderperiode auf, insbesondere wenn die neue Förderperiode noch nicht „operativ“ angelaufen ist. Ein wesentlicher Teil des negativen Ergebnisses ist auf die Aktivitäten in Wegberg-Wildenrath zurückzuführen, wo ein Verlust in 2015 von knapp 150 T€ entstanden ist, denn auch hier sind die Projekte weitgehend in 2015 ausgelaufen und neue Projekte wurden erst in 2016 gestartet; deshalb wurden die Aktivitäten vor Ort in Wegberg-Wildenrath ab 2016 deutlich reduziert.

Nach Berücksichtigung der laufenden Zuschüsse der Gesellschafter für wirtschaftsfördernde Maßnahmen verbleibt damit für die Gesellschaft ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -229 T€ (Vorjahr Überschuss 210 T€). Dieser Wert liegt deutlich unterhalb der Planwerte, was durch mehrere, nicht vorhersehbare Ereignisse in 2015 dann zu diesem kumulierten Ergebnis geführt hat. Abschließend sollte noch erwähnt werden, dass sich natürlich auch das „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls gegenüber 2014 (230 T€) mit einem Wert von -111 T€ deutlich verschlechtert hat.

GB „Technologiezentrummanagement“ (TZM)

Trotz der hohen Instandhaltungsaufwendungen und des Auszugs des größten AGIT-Mieters im TZA BA II in 2013 sowie der Neuregelungen im Profit-Center-Bereich „TZM“ mit der Verrechnung des negativen Ergebnisses vom TZA BA II mit dem Überschuss aus dem TZA BA I sowie konnte ein Überschuss von insgesamt 109 T€ (Vorjahr 107 T€) erzielt werden; dieser Überschuss wird vertragsgemäß nachrichtlich in eine außerbilanzielle Instandhaltungsrücklage überführt. Das Geschäftsbereichsergebnis ist umso erfreulicher, als mit der jährlich steigenden Leasingrate (13 T€) im TZA BA II eine nicht unwesentliche und jährlich steigende finanzielle Belastung vorliegt. Durch eine nochmalige leichtere Steigerung der Seminarraum- und Kongressraumvermietung in 2015 kam dieses solide Ergebnis zustande. Die notwendigen und geplanten Instandhaltungsmaßnahmen wurden alle durchgeführt, wobei die geschätzten Planungskosten mit den üblichen Abweichungen nach oben und unten eingehalten wurden.

Die Gesellschaft hat unter Berücksichtigung der Personalkosten und der Umlage der „Zentralen Dienste“ für das TZA BA I einen Überschuss in Höhe von 326 T€ (Vorjahr 299 T€) erzielt und liegt damit über dem Wert von 2014. In 2015 wurden die geplanten Instandhaltungsmaßnahmen (Kälteanlage, Brandmeldezentrale, etc.) alle durchgeführt. Im ersten Bauabschnitt des TZA sind die Instandhaltungskosten um ca. 13 T€ und im zweiten um ca. 38 T€ gegenüber 2014 gestiegen. Im TZA BA II entstand, trotz leichtem Anstieg der Erlöse, ein Verlust von rund -216 T€ (Vorjahr -191 T€), der fast ausschließlich auf die höhere Leasingrate bzw. auf höhere Instandhaltungsaufwendungen zurückzuführen ist. Durch die neue, seit 2013 in Kraft getretene Ergebnisverrechnung von TZA BA I und TZA BA II (Risikoübernahmeregelung durch die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen), ergibt sich hier ein positives Ergebnis von 109 T€ (Vorjahr 107 T€), das für die Instandhaltungsrücklage verwendet werden soll. Hierbei sollte zumindest erwähnt werden, dass der Tilgungsanteil der Leasingrate in 2015 immerhin 378 T€ (Vorjahr 344 T€) für das TZA BA II betrug.

Im MTZ, das mit Stichtag 31.12.2014 vom Eigentümer verkauft worden ist, wurden nur noch Restarbeiten (Nebenkostenabrechnung) seitens der AGIT durchgeführt. Erfreulich für die Stadt Aachen, die den Fehlbetrag wegen der Vereinbarung über eine Verlustabdeckung ausgleicht, ist das Ergebnis von ca. -1 T€ in 2015 (Vorjahr 21 T€). Dieser Betrag wird der Stadt Aachen zurückerstattet.

In 2011 wurde das ZBMT sukzessiv ab Juli in Betrieb genommen. Durch zahlreiche Baumängel (Heizung, Lüftung, Aufzug) konnte eine Vermietung nicht entlang der vorgesehenen Zeitachse erfolgen; zudem mussten den ZBMT-Mietern erhebliche Mietminderungen zugestanden werden. In 2015 konnten alle diese Mängel beseitigt werden, so dass die Mietstreitigkeiten mit einigen Mietern des ZBMT weitgehend beigelegt werden konnten. Diese zugestandenen Mietminderungen wurden vom Eigentümer des ZBMT als berechtigt anerkannt und der AGIT in Form einer reduzierten Miete für 2015 gutgeschrieben. Sie haben das Ergebnis sehr positiv beeinflusst. Bei einem säumigen Mieter, mit dem die AGIT wg. der Nebenkostenabrechnungen 2012 bis 2015 in Rechtsstreit liegt, haben sich Forderungen Ende 2015 von ca. 118 T€ angehäuft, wobei hierin mögliche Rückerstattungen wg. der NK enthalten sind und den tatsächlichen Forderungsbetrag deshalb reduzieren. Hier konnte jetzt eine außergerichtliche Einigung erzielt werden, die zu Forderungsverlusten von bis zu 43 T€ geführt hat. Das Ergebnis von knapp -3 T€ vor Verlustübernahme durch die Stadt Aachen (Vorjahr -133 T€) ist aber sehr erfreulich, auch weil ein leichtes Umsatzplus gegenüber 2014 in Höhe von 17 T€ dazu beigetragen hat. Der Verlust wird von der Stadt Aachen (Verlustabdeckungsvereinbarung) ausgeglichen wird. Erfreulich ist weiterhin die Tatsache, dass ab 2013 im ZBMT der Vermietungsstand bei 100 % liegt.

GB „Wirtschaftsförderung“

Der Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“ konnte kein ausgeglichenes Ergebnis vorweisen, also ein Ergebnis, das dem Planergebnis entspricht. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Projekte aus den Vorjahren zwar erfolgreich durchgeführt und die Zuwendungen fast vollständig realisiert werden konnten, jedoch oft verlängert werden mussten, was die Frage des Eigenanteils aufwirft. In 2014 und 2015 haben die Gesellschafter nicht mehr den Eigenanteil für die Projekte - wie noch in 2013 T€- übernommen. Die Projekte, die oft zeitlich verlängert werden, müssen aber aufgrund vertraglicher Bindungen zu Ende gebracht werden. Projektprüfungen haben in 2015 zu größeren Rückzahlungen und damit zu Verlusten in Höhe von insgesamt ca. -70 T€ geführt. Für die Regionalagentur (RA) und Projekte der RA wurden für die Jahre 2009 bis 2012 seitens der Bezirksregierung Düsseldorf bzw. Köln Projektprüfungen durchgeführt, die zu Rückerstattungen in Höhe von -50 T€ geführt haben. 2015 haben die Gesellschafter nur noch die finanzielle Grundausstattung der AGIT in Höhe von 887 T€ (Vorjahr 866 T€) getragen, jedoch nicht die laut Zuwendungsbescheid aufzubringenden Eigenanteile für die auslaufen Projekte. Die AGIT musste in 2015 – wie auch in 2014 - diesen Anteil selbst aufbringen, was nicht gelang. Bei einem Gesamtkostenblock für den Bereich „Wirtschaftsförderung“, einschließlich der durchgeführten Projekte, in Höhe von 1.371 T€ (Vorjahr 1.569 T€), wären höhere Gesellschafterzuschüsse für den zu leistenden Eigenanteil erforderlich gewesen. Laut Gesellschaftervertrag sind diese Mittel von den Gesellschaftern aufzubringen. Weitere vertragliche Verpflichtungen mit der Gründerregion, die in 2015 nicht kompensiert werden konnten, haben das Ergebnis mit ca. 32 T€ in 2015 belastet. Insgesamt zeigt sich, dass die von den Gesellschaftern bereitgestellten Mittel für die definierten „Kernaufgaben“ der AGIT weitgehend auskömmlich waren, jedoch nicht für die Projektaufgaben (Eigenanteile), die vertraglich zu Ende geführt werden mussten. Die hohen Rückzahlungen für Projekte aus den Jahren 2009 bis 2012 und fehlende Gesellschafterzuschüsse für den Eigenanteil in den öffentlich geförderten Projekten sowie erhöhte Personalkostenaufwendungen für verlängerte Projekte, haben zu diesem negativen Ergebnis geführt. Dies schließt auch die Aktivitäten von ARIC in Wegberg-Wildenrath ein.

b) Finanzlage

Trotz des Rückgangs der Projekte und der Projektförderung, die in der Vergangenheit zu hohen bis sehr hohen Außenständen geführt haben, hat sich keine deutliche Verbesserung der Liquiditätssituation für die AGIT ergeben. Sie liegt mit 400 T€ permanenter Inanspruchnahme des Kontokorrentkredites weiterhin auf dem Niveau von 2014. Hierzu tragen die hohen Mietaußenstände im

ZBMT wegen der Nebenkosten bei, die aber Anfang 2016 weitgehend bereinigt werden konnten. Somit ist erst in 2016 mit einer Reduzierung des Kredites (maximal 850 T€ vereinbart) zu rechnen. Wenn man berücksichtigt, dass die Forderungen aus Projekten zum Stichtag 31.12.2015 noch immer 306 T€ betrugen, so ist die Liquidität der AGIT für ihre Kernaufgaben ausgesprochen gut. Die daraus resultierende Zinsbelastung in 2015 war mit ca. 5 T€ (Vorjahr 10 T€) jedoch auf Grund des niedrigen Zinsniveaus überschaubar.

GB „Technologiezentrumsmanagement“ (TZM)

Liquiditätsmäßig ergeben sich im TZA keinerlei Probleme. Lediglich machen sich die baulichen Mängel im ZBMT noch negativ bemerkbar. Die NK-Abrechnungen für 2013 und 2014 wurden vollständig abgeschlossen. Bezüglich der NK-Forderungen aus 2012 sind die Verhandlungen bis auf einen Mieter abgeschlossen. In 2016 werden sie die Liquidität der Gesellschaft nicht mehr belasten. Im Umfang von 178 T€ (Vorjahr 156 T€) wurden Darlehen für das TZA BA I zurückgezahlt.

GB „Wirtschaftsförderung“

Im Bereich der Wirtschaftsförderung führt die AGIT öffentlich geförderte Projekte durch, meist mit Mitarbeitern, die über Zeitverträge vertraglich gebunden sind. Durch die späte und verzögerte Auszahlung der Zuwendungen in dem geförderten Projektbereich wurde die Liquiditätssituation der AGIT in 2015 immer noch stark belastet. Die Forderungen im Projektbereich haben sich gegenüber 2013 und 2014 durch den Rückgang der Projekte jedoch deutlich entspannt; sie liegen zum Stichtag 31.12.2015 aber immer noch bei 306 T€ (Vorjahr 581 T€, Vorvorjahr 973 T€).

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (Anlagevermögen / Gesamtvermögen) von 86 % (Vorjahr 84 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen durch die Abschreibung des Gebäudes rückläufig.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich von 14 T€ in 2014 auf 249 T€ in 2015. Hauptursache sind die oben angeführten Probleme im ZBMT. Zum einen die Auseinandersetzung mit einem Mieter des ZBMT, die aber in einer außergerichtlichen Vereinbarung geregelt wurde und zum anderen die NK-Abrechnung 2013. Die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen sonstigen Forderungen aus Projektförderungen verringerten sich deutlich bei den noch nicht ausgezahlten Fördermitteln auf 306 T€ (Vorjahr 581 T€).

Das negative Ergebnis 2015 laut GuV hat zur Konsequenz, dass auf der Passivseite das Eigenkapital weiter aufgebraucht wird. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) beträgt 14,9 % (Vorjahr 15,6 %). Unter Berücksichtigung des Sonderpostens ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 40,4 % (Vorjahr 46 %). Der Sonderposten wird entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände aufgelöst. In 2015 ist der Sonderposten um 646 T€ gesunken.

Die „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ in Höhe von 2.726 T€ in 2015 haben sich um 178 T€ gegenüber 2014 reduziert; auch die „Sonstigen Verbindlichkeiten“ haben sich um 108 T€ auf den Wert von 522 T€ reduziert; hingegen erhöht haben sich die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ um 34 T€ (der Wert in 2015 betrug 277 T€).

Unter strategischen Gesichtspunkten hält die AGIT acht Beteiligungen an Betreibergesellschaften für TGZ (Technologie- und Gründerzentren) und Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Weitere wesentliche Sachverhalte zu diesen Beteiligungen als die beiden unten angeführten gibt es nicht zu berichten.

- Bei der Beteiligung an der TAE GmbH - Technik Agentur Euskirchen, Euskirchen, ist die AGIT nachschusspflichtig. Aufgrund der negativen Geschäftsentwicklung hat die Gesellschafterversammlung der TAE GmbH die Abdeckung des Verlustes durch zu leistende Nachschüsse beschlossen. Die AGIT hat im abgelaufenen Jahr daher einen Nachschuss zur Verlustabdeckung von rd. 6,4 T€ (Vorjahr 3,7 T€) geleistet.

- Die Mess- und Prüfzentrum Kraftfahrzeugtechnik Alsdorf GmbH in Alsdorf wurde in 2014 verkauft. Die AGIT erhält ihre Einlage vollständig zurück, jedoch wird der Zufluss dieses Sonderertrags erst nach Feststellung der Liquidationsbilanz 2015 und somit in 2016 wirksam.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die AGIT arbeitet in jedem Geschäftsfeld mit Leistungsindikatoren, die anforderungsgerecht monatlich, vierteljährlich oder halbjährlich erhoben und bewertet werden. Nach unserem QM-System steht der jeweilige „Kunde“ und Auftraggeber (AG) und dessen Zufriedenheit mit dem Ergebnis im Vordergrund. Folgende Kennzahlen werden, für jeden Geschäftsbereich (GB) spezifiziert, verwandt.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Als finanzieller Leistungsindikator für den GB „TZA“ wird das Ergebnis herangezogen. Ein „positives Ergebnis“ wird unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Maßnahmen für die Werterhaltung des TZA durchgeführt werden, als Zielerreichung akzeptiert. In 2015 wurde dieses Ziel unter Berücksichtigung von Gesellschafterzuschüssen (Stadt Aachen) in Höhe von 2,6 T€ (Vorjahr 154 T€) erreicht. Das TZA erwirtschaftete einen Überschuss von 109 T€ (Vorjahr 107 T€), der in die Instandhaltungsrücklage nachrichtlich überführt wurde. Weiter wird die Anlagenintensität zur finanziellen Bewertung der AGIT hinzugezogen. Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität 86 % (Vorjahr 84 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen korrespondierend zur AfA des Gebäudes rückläufig.

Für den GB „Wirtschaftsförderung“ wird als finanzieller Leistungsindikator die Budgeteinhaltung bzw. Kostendeckung als Kriterium festgelegt. Dies wird auf die einzelnen Aufgabenfelder (BTOU, A&I, TT & BDS) heruntergebrochen. Hier wurde in 2015 das Ziel der Budgeteinhaltung für die Bereiche A&I sowie BTOU weitgehend erreicht, jedoch nicht für die durchgeführten Projekte, die im Bereich TT & BDS angesiedelt sind.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

GB „Technologiezentramsmanagement“ (TZA)

Nach den Leistungsindikatoren „Auslastung“ sowie „Einzüge/Auszüge“ erfüllt die AGIT ihr Soll, denn alle Zentren sind mit 100 % vollständig ausgelastet (95 % gilt als „Vollauslastung“). Der Einzug von 7 neuen Firmen (Vorjahr 12 Einzüge) bei einem durchschnittlichen Jahresbestand von über 85 Firmen und knapp 900 Beschäftigten liegt nicht ganz im Soll (> 12,5 % pro Jahr). Dies hängt aber mit der hohen Auslastung des TZA und ZMBT zusammen, denn die Nachfrage war deutlich höher. Da die Auslastung seit Jahren nahe dem 100%-Wert liegt und die Nachfrage nicht mehr befriedigt werden kann, bietet sich eine planungsrechtlich zulässige Erweiterung des TZA an.

GB „Wirtschaftsförderung“

Nach dem Leistungsindikator „Gründung“ von Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Beratung technologieorientierter Unternehmen“ (BTOU) liegt die AGIT mit 45 technologieorientierten Gründungen in 2015 deutlich über dem Durchschnitt und Soll der letzten Jahre und auf dem Rekordniveau von 2014.

Nach dem Leistungsindikator „Angesiedelte Unternehmen“ (Anzahl) im Geschäftsfeld „Ansiedlungswerbung und Investorenberatung“ (A & I) ist die Anzahl in 2015 erwartungsgemäß gegenüber dem Rekordjahr 2013 zurückgegangen. Bezogen auf die geschaffenen Arbeitsplätze war 2015 wie auch 2014 ein Durchschnittsjahr.

Im Geschäftsfeld „Technologie-Transfer & Business Development Support“ (TT & BDS) werden insbesondere Aufträge und Projekte bearbeitet. Inhaltlich wird die „Zufriedenheit“ der Auftraggeber (AG) bzw. Zuwendungsgeber als Indikator verwendet. Je nach Auftrag und Projekt wird dies unter-

schiedlich ermittelt. In 2015 wurde dieses Ziel, bis auf kleine Schwankungen im Projektbereich, erreicht. Dass hier eine hohe Qualität vorliegt zeigt die Tatsache, dass das von der AGIT koordinierte „Projekt GCS“ den europäischen Preis für eine vorbildliche europäische Zusammenarbeit (Sail of Papenburg) bekommen hat.

Weitere Parameter bzw. Indikatoren, die systematisch beobachtet werden, sind:

- Forecast: Projekte und Aufträge (vierteljährliche Erfassung)
- Liquiditätsplan (monatlich)
- Forderungsmanagement (Forderung aus Projekten / monatlich).

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Erwähnt werden sollte lediglich, dass ab Juli 2016 ein neuer Geschäftsführer eingestellt wird, da der jetzige Geschäftsführer aus Altersgründen ausscheidet.

IV. Prognosebericht

Liquidität

Wie bereits ausgeführt, wird sich ab etwa Mitte 2016 die Liquidität der AGIT nochmals verbessern, da mit der weiteren Auszahlung von Projektgeldern zu rechnen ist und die Mietstreitigkeiten im ZBMT beigelegt werden konnten. Ab Mitte 2016 dürften sich somit keinerlei Liquiditätsprobleme mehr für die AGIT ergeben, natürlich unter der Voraussetzung einer stabilen Wirtschaftslage.

GB „Technologiezentrummanagement“ (TZM)

Die vom Gutachten ermittelten Instandhaltungsaufwände von ca. 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre sind aus heutiger Sicht realistisch, da sich immer wieder neue Problemlagen auftun. Wenn gemäß dieses Gutachtens die vorgesehenen Maßnahmen durchgeführt und keine unvorhergesehenen größeren Maßnahmen erforderlich sind, sowie die hohe Auslastung von 100 % im TZA in 2016 gehalten werden kann, kann auch in 2016 mit einem positiven Ergebnis im TZA gerechnet werden. Dies gilt bei stabiler Wirtschaftslage auch für die nächsten Jahre. Auch wenn die Leasingrate im TZA BA II jährlich deutlich ansteigt, kann für die Jahre 2017 bis 6/2019 bei einer hohen Auslastung durchaus ein positives Ergebnis für das gesamte TZA erreicht werden.

Mittels DL-Vertrag betreut das TZM der AGIT auch das ZBMT. Über eine Verlustausgleichregelung mit der Stadt Aachen reduzieren sich die Risiken für die AGIT. Die NK wurden in 2015 verbrauchergerichter aufgeschlüsselt und NK-Abrechnungen konnten im Dezember 2015 für 2014 und 2013 erstellt werden. Mitte 2016 dürften alle Probleme, die sich aus der Nebenkostenabrechnung ergeben haben, geklärt sein. Aufgrund der hohen Kostenstruktur des ZBMT und geförderter Mieten von Gründern ist auch nach der Beseitigung der besonderen Probleme der letzten Jahre - auch bei einer 100%-Auslastung - nicht mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen.

Obwohl in 2015 wiederum 7 neue Mieter (Vorjahr 12), davon 4 Gründerfirmen, in das TZA eingezogen sind, können wir die Nachfrage von Gründern nicht mehr alle befriedigen, da alle Aachener Zentren zu 100 % ausgelastet sind. Hier sollten perspektivisch Erweiterungsmöglichkeiten für technologieorientierte Gründer und Firmen, ggf. in der Nähe des CAMPUS-Geländes, geprüft werden.

GB „Wirtschaftsförderung“

Das im Jahre 2011 entwickelte Reformkonzept, das zu neuen und verbesserten Strukturen in der Region führen soll, wurde ab dem 1.1.2013 mit der Gründung des Zweckverbandes Region Aachen (ZV) und der „AGITneu“ umgesetzt. Die AGIT konzentriert sich im Bereich der technologieorientierten Wirtschaftsförderung auf ihre Kernaufgaben und führt deutlich weniger Projekte als bisher durch bzw. ausschließlich Projekte, die in ihr Kernportfolio passen und die zu 100 % finan-

ziert sind. In 2014 betrug das Auftrags- und Projektvolumen sowie die Sonstigen Erträge für die AGIT 668 T€ und in 2015 ist der Ist-Wert auf 171 T€ gesunken. Auch für diese Projekte wurden seitens der Gesellschafter keine Eigenanteile zusätzlich geleistet. Neue beantragte Projekte, auch für die Folgejahre, die von den Gesellschaftern mit Eigenanteilen hinterlegt sein müssen, sind erst für das Jahr 2016 zugesagt. Einige Projekte wurden zwischenzeitlich auf voraussichtlich 7/2016 verschoben. Im Haushaltsjahr 2016 sind die erforderlichen Projekteigenanteile gelistet und von den Gesellschaftern im Dezember 2015 beschlossen worden. Für den Standort in Wegberg-Wildenrath (ARIC), wo der Projektstand sehr stark zurückgegangen ist und erst ab Mitte 2016 neue Projekte und Aufträge zugesagt sind, wurden entsprechende Kostendämpfungsmaßnahmen durchgeführt. Das Büro vor Ort wurde auf einen Raum verkleinert und ist nur noch temporär besetzt. Wie bereits im letzten Jahresbericht angesprochen, ist eine Schließung des Standortes nicht mehr auszuschließen, da bisher mit den Gesellschaftern keine Sonder- bzw. Übergangslösung gefunden werden konnte.

Wie im Lagebericht ausgeführt, wurden in 2015 viele Projekte auch aus früheren Jahren von den Zuwendungsgebern geprüft. Hieraus sind Lehren zu ziehen, denn die hohen Rückzahlungen an den Zuwendungsgeber sollten in Zukunft vermieden werden. Zudem mussten Projekte aufgrund von Verträgen über den ursprünglichen Zeitraum hinaus weitergeführt werden, die nicht durch Eigenanteile hinterlegt sind und die zu dem negativen Ergebnis geführt haben. Deshalb hat sich der Personalbestand in 2015 erst gegen Ende des Jahres deutlich reduziert. Für 2016 wird wieder mit einem leicht erhöhten Personalbestand gerechnet, sofern die beantragten Projekte genehmigt werden. Damit wird der personelle Substanzverlust der AGIT gegenüber früheren Jahren geringer ausfallen als befürchtet. Auch wenn die von den Gesellschaftern finanzierten Kernaufgaben der AGIT auf sehr hohem Niveau fortgeführt werden, sollte darauf hingewiesen werden, dass gerade mittels der Projekte die AGIT in der Vergangenheit wichtige Impulse für die regionale Wirtschaft und Industrie leisten konnte.

Für 2016 laufen die Kernaufgaben der AGIT stabil. Die Ergebnisse im Arbeitsfeld BTOU lassen ähnlich hohe Gründerraten erkennen wie in 2015. Das Ansiedlungsgeschäft im ersten Halbjahr 2016 pendelt sich auf dem mittleren Niveau von 2015 ein, was oft der Fall ist nach einem sehr guten Jahr wie in 2013. Die vorhandenen Aufträge und neuen Projekte, die auch mit Eigenmitteln hinterlegt sind, werden in 2016 vertraglich durchgeführt. Neue Projekte werden zudem beantragt. Das Auftrags- und Projektvolumen kann aus heutiger Sicht planmäßig abgearbeitet werden. Für 2016 lässt sich zurzeit die Prognose stellen, dass die geplanten Ziele und Ergebnisse des Wirtschafts- und Stellenplanes 2016 erreicht werden können.

Gesamtergebnis 2016

Laut Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2016 aus heutiger Sicht mit einem insgesamt ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet. Nachdem das erste Quartalsergebnis vorliegt, kann diese Einschätzung bestätigt werden.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

In 2015 wurde ein Plan-Auftrags-/Projektvolumen von 415 T€ (Vorjahr 876 T€) bearbeitet und damit das Niveau von 2014 – wie geplant – deutlich unterschritten. Das Projektvolumen wurde seitens der AGIT-Gesellschafter durch entsprechende Eigenanteile zwar in 2013 hinterlegt, jedoch nicht in 2014 und 2015. Hier entstehen somit Risiken, sofern die AGIT diese Eigenanteile nicht kompensieren kann, was sich ja deutlich in 2015 gezeigt hat. Weiter entstehen Risiken durch nicht anerkannte Projektkosten auch aus lange zurück liegenden Jahren, was sich auch in 2015 für die Jahre 2009 bis 2012 deutlich gezeigt hat. Risiken aus Arbeitsverträgen ergaben sich normalerweise nicht, da Arbeitsverträge befristet sind und eine kontinuierliche Anpassung des Personalbestands an den Umfang der Projektarbeiten damit ermöglicht wird. Jedoch hat sich auch in 2015 gezeigt, dass bei Projektverlängerungen oder nach Beendigung von Projekten weitere Abschlussarbeiten für 3-6 Monate notwendig sind, die einen Einsatz der Projektmitarbeiter erforderlich machen. Hieraus sind entsprechende Lehren für eine „realistische“ Projektfinanzierung zu ziehen.

In 2016 liegt das Plan-Projektvolumen in der AGIT mit etwas knapp unter 800 T€ deutlich über dem Niveau von 2015. Hierbei wurden mit dem Beschluss der Gesellschafter und des Aufsichtsrates im November 2015 auch die Eigenanteile durch Zuschüsse der Gesellschafter beschlossen. Dies reduziert deutlich etwaige Liquiditätsprobleme, da das Vorfinanzierungsvolumen geringer ausfällt. Natürlich können auch in 2016 – wie das Jahr 2015 deutlich gezeigt hat – deutliche Forderungsverluste – insbesondere auch aus früheren Projekten – entstehen. Schon heute zeigt sich, dass das Plan-Projektvolumen nicht mehr erreicht werden wird, da ein Teil der beantragten Projekte noch nicht genehmigt wurden, die zum 1. Januar 2016 starten sollten. Da für diese Projekte bisher noch keine Mitarbeiter eingestellt wurden, ergeben sich hieraus auch keine Risiken.

Durch die in der Sitzung im Februar 2013 beschlossene weitergehende Neuregelung der Verlustabdeckung für TZA BA II im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen auf der einen Seite sowie den anderen Gesellschaftern auf der anderen Seite, ergeben sich bis 6/2019 (Dauer des Vertrages / Auslauf des Leasingvertrages) unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen keine Risiken für die AGIT. Die vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich des TZA BA I und BA II wurden in 2015 und werden in 2016 weitergeführt. Durch diese systematische Instandsetzung des Gebäudes können bei einem evt. Rückgang der Erträge vorgesehene Instandhaltungen auch gestreckt oder verschoben werden, so dass hier ein flexibles Instrument vorliegt.

Zur Verbesserung ihrer Prozessabläufe hat die AGIT im Rahmen der Neuausrichtung in 2013 ein Qualitätsmanagementsystem (QM-System) entwickelt, das nach einem Testjahr (2014) eingeführt werden sollte. In 2015 wurde ein neues ERP/CRM-System eingeführt, das das QM-System in seiner Prozessstabilität unterstützt. Teil des QM-Systems ist ein Risikomanagementsystem (RM-System), das wesentliche Kennzahlen periodisch verfolgt. Die Einführung des ERP/CRM-Systems geht etwas langsamer vonstatten als geplant, so dass die Einführung des QM-Systems und Integration in das ERP/CRM-System erst in 2016 erfolgen kann.

Im Bereich der Personalkosten (PK) werden sich nur Veränderungen auf Grund der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ergeben. Im Planbudget sind entsprechende Erhöhungen von 2,5 % berücksichtigt, die in der Vergangenheit den bisherigen Verhandlungsergebnissen in etwa entsprachen. Die aktuellen Forderungen seitens der Tarifparteien lassen noch keinen konkreten Rückschluss zu, von AN-Seite liegen die aktuellen Forderungen jedoch deutlich über dem AGIT-Planbudget. Zudem wurde von Seiten der AGIT-Gesellschafter in der letzten Gesellschafterversammlung in 2015 eine Reduzierung der „Anpassungskennzahl“ gefordert. Die Geschäftsführung der AGIT soll einen entsprechenden Vorschlag in 2016 unterbreiten, der ab dem Jahr 2017 wirksam werden soll. Diese Forderung kann dazu führen, dass die AGIT sich ein eigenes Tarifsysteem geben muss bzw. perspektivisch Personalreduzierungen notwendig werden. Um weitere finanzielle Risiken zu vermeiden, werden auf Seiten der AGIT alle Arbeitsverträge der Projektmitarbeiter den Projektlaufzeiten angepasst.

2. Chancenbericht

Auf Grund der vorgesehenen finanziellen Trennung von „Technologiezentrumsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ ergab sich die Notwendigkeit vollständig neuer Wirtschafts- und Stellenpläne ab 2013. Die damaligen Aufgabendefinition und Aufgabenstruktur hat sich aus heutiger Sicht bewährt, denn die AGIT hat wieder deutlich an Profil gewonnen und ist schlagkräftiger geworden.

Nach der Prüfung der Spartengewinnermittlung ab 2013 durch die Wirtschaftsprüfer für das TZA I / II ZBMT zeigt sich, dass bei gleich bleibender hoher Auslastung von fast 100 % nur unwesentliche Veränderungen in den Einnahmen zu erwarten sind, dass umgekehrt die Werte aber auch gehalten werden können. Die geplanten und durchgeführten Maßnahmen zur Werterhaltung des TZA zeigen sich in einer weiterhin hohen Akzeptanz der Firmen im TZA und der hohen Nachfrage. Ein Ankauf des TZA BA II ab 7/2019 durch die AGIT kann auch aus heutiger Sicht planmäßig erfolgen. Die seit 2008 hohe Auslastung des TZA sollte zum Anlass genommen werden, über einen Ausbau des TZA nachzudenken, ggf. mit einem Fokus auf die internationalen Ansiedlungen, wie dass in

anderen Städten bereits erfolgt ist (Z.B. Zürich). Günstige Zinsen und ein vorhandenes Grundstück lassen das Risiko gegenüber den Chancen überschaubar erscheinen.

Weitere Chancen ergeben sich zurzeit aus der Kooperation mit der RWTH-Aachen, die in die gleiche Richtung wie der oben angeführte Anbau gehen. Für den Betrieb eines „International House of Innovation“ wurde die AGIT als Betreiber für das Technologiezentrumsmanagement angefragt.

Die Ausgliederung des AIC in eine neue Gesellschaft (ARIC), die bereits für Ende 2009 geplant war, musste aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, verzögerter Projektzuwendungen und der Klärung wichtiger Detailfragen in 2011 in der geplanten Form aufgegeben werden. In der Folgezeit wurden eine Kooperationsvereinbarung mit der RWTH Aachen und ein Zuwendungsvertrag mit dem Kreis Heinsberg für 2013 und 2014 ausgehandelt. In 2015 wurden somit nur noch die laufenden Projekte und Aufträge bearbeitet. Aufgrund dieser Situation wurde mit Beginn 2016 das Büro vor Ort in Wegberg-Wildenrath auf einen Raum zurückgefahren, um die Kosten zu senken und trotzdem die bereits für Ende 2016 und für 2017 beauftragten Projekte und Dienstleistungen weiterhin vor Ort durchführen zu können. Auch für ARIC und damit die AGIT ergeben sich weitere Chancen aus dem RAIL-Center, deren zeitnahe Realisierung jedoch nur schwer einzuschätzen ist.

3. Gesamtaussage

Mit der Förderung von technologieorientierten Gründungen, der Unterstützung von Wachstumsfirmen, der Förderung von Innovation und Technologietransfer, der Ansiedlungswerbung und Investorenberatung sowie der Unterstützung des Business Development Supports in der Region Aachen steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten Aufgaben. Die weltweite Arbeitsteilung und die Wirtschaftskrise in Europa, die sich in Ansiedlungsveränderungen niederschlagen, und die hohe weltweite Innovationsdynamik, die eine rein regionale Innovationspolitik immer schwieriger macht, führen zu immer anspruchsvolleren Aufgabenstellungen, denen die AGIT begegnen muss. Der Lösungsraum für die Anforderungen wird immer komplexer.

Die Bewältigung dieser Aufgaben ist durch die Neuaufstellung der AGIT in 2013 und die Fokussierung der AGIT auf diese Schwerpunkte deutlich erleichtert und verbessert worden. Das neue Finanzierungsmodell der AGIT ab 2013, das eine konsequente finanzielle Trennung von „Technologiezentrumsmanagement“ (das quasi als Profit Center arbeitet) und technologieorientierter „Wirtschaftsförderung“ (die rein durch Zuwendungen der Gesellschafter getragen wird) vorsieht, hat sich als richtige Entscheidung und Perspektive für die AGIT herausgestellt. Diese Aussage gilt nicht nur für die finanzielle Situation, sondern auch für die inhaltliche Ausrichtung der Fokussierung auf die Kernkompetenzen der AGIT.

Die Risiken im Bereich technologieorientierte „Wirtschaftsförderung“ schienen überschaubar. In 2015 hat sich jedoch kumulativ gezeigt, dass Projektprüfungen durch die Zuwendungsgeber zu Rückzahlungen in beträchtlicher Höhe führen können oder bei kostenneutralen Verlängerungen der Projekte zusätzliche Kosten weit über den Eigenanteil hinaus entstehen. Hier muss sich die AGIT organisatorisch entsprechend neu aufstellen. Aufgrund der hohen Auslastung und der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland sowie der vertraglich vereinbarten Verlustübernahmeregelungen ergeben sich für den Zeitraum bis Mitte 2019 im GB „Technologiezentrumsmanagement“ aus heutiger Sicht keine wesentlichen finanziellen Risiken für die AGIT. Durch eine flexible Instandsetzungsstrategie können zudem geringe Ertragsschwankungen ausgeglichen werden.

Für 2016 kann aus heutiger Sicht deshalb gesagt werden, dass die Gesellschaft das Plan-Ergebnis erreichen kann, sofern keine gravierenden Sondereffekte wie in 2015 eintreten. Die strategische Ausrichtung der „AGIT 2.0“ ist deshalb auf einem guten Weg.

Aachen, im April 2016

Dr. Helmut Greif

Geschäftsführer

BILANZ zum 31. Dezember 2015

Technik Agentur Euskirchen, Euskirchen

AKTIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1,00	1,00
II. Sachanlagen			
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		89,00	286,00
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	61.139,74		44.305,59
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>0,00</u>	61.139,74	281,95
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		0,00	4.093,82
		<u>61.229,74</u>	<u>48.968,36</u>

BILANZ zum 31. Dezember 2015

Technik Agentur Euskirchen, Euskirchen

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		25.564,59	25.564,59
II. Kapitalrücklage		89.242,77	67.107,90
III. Jahresfehlbetrag		85.998,03-	63.365,12-
B. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		10.650,00	10.810,50
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.142,17		0,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 13.142,17 (EUR 0,00)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.728,70		7.577,76
- davon gegenüber Gesellschaftern EUR 0,00 (EUR 5.062,24)			
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 6.728,70 (EUR 7.577,76)			
3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>1.899,54</u>	21.770,41	1.272,73
- davon aus Steuern EUR 801,55 (EUR 675,63)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 732,19 (EUR 0,00)			
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.899,54 (EUR 1.272,73)			
		<hr/>	<hr/>
		61.229,74	48.968,36
		<hr/>	<hr/>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

Technik Agentur Euskirchen, Euskirchen

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		<u>71.263,02</u>	<u>61.237,29</u>
2. Gesamtleistung		71.263,02	61.237,29
3. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	4.251,80		265,28
b) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>0,06</u>	4.251,86	0,00
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4.650,21		2.417,52
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>216,88</u>	4.867,09	0,00
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	87.260,64		62.553,33
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>17.129,79</u>	104.390,43	12.265,48
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		197,00	1.420,28
7. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen			
aa) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	1.276,30		1.441,40
ab) Reparaturen und Instandhaltungen	190,32		0,00
ac) Werbe- und Reisekosten	6.475,68		3.763,04
ad) Kosten der Warenabgabe	20.810,18		13.453,24
ae) verschiedene betriebliche Kosten	<u>23.195,89</u>	51.948,37	25.736,97
Übertrag		<u>85.888,01-</u>	<u>61.548,69-</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

Technik Agentur Euskirchen, Euskirchen

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag		85.888,01-	61.548,69-
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>110,02</u>	<u>1.816,43</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>85.998,03-</u>	<u>63.365,12-</u>
10. Jahresfehlbetrag		<u><u>85.998,03</u></u>	<u><u>63.365,12</u></u>

Vorbemerkung

Das bisher laufende Projekt TeTRRA B ist zum 30. Juni 2015 ausgelaufen.

Der Start der Projekte wurde aufgrund fehlender Voraussetzungen auf Seiten des genehmigenden Büros in den Niederlanden mehrfach verschoben. Mittlerweile liegen für beide Projekte ein „Go“ seitens des Interreg-Komitees vor, die letzte offizielle Genehmigung soll Ende Juni 2016 erfolgen. Der offizielle Start der Projekte soll nun der 1. Juni 2016 sein.

Positiv ist, dass nach bisheriger Kenntnislage die NRW-Förderung nicht nur 20%, sondern doch 30% beträgt. Das entlastet den Haushalt der TAE GmbH deutlich, da 1/3 weniger Projektmittel aufgebracht werden müssen.

Geschäftsfeld Projekte

Nachfolgeprojekt TeTRRA B (Technology Transfer and Recruiting in Rural Areas)

Das Interreg-Projekt TeTRRA B hat am 01.10.2014 begonnen. Ziel dieses Projektes war die Förderung des grenzüberschreitenden Technologietransfers und die erfolgreiche Rekrutierung von Fachkräften in der Euregio Maas-Rhein. Die Gesamtförderquote von TeTRRA betrug 80 %, wovon 50 % aus Mitteln des ESF (Europäischer Sozialfonds) stammten und 30 % durch das Land NRW kofinanziert waren.

Das **Nachfolgeprojekt TeTRRA B** hat dieselben Ziele und Förderbedingungen wie TeTRRA und dient dem Abschluss der begonnenen Tätigkeiten.

Die TAE hat innerhalb des Projektes unter anderem die Aufgabe, Fachseminare und branchenspezifische Netzwerktreffen sowie weitere Veranstaltungen zur Förderung des Technologietransfers zu konzipieren und durchzuführen. Die Entwicklung und Durchführung neuer Veranstaltungsformate zur Rekrutierung von Fachkräften ist ein weiterer Schwerpunkt. Als Beispiele für die vielfältigen Aktivitäten der TAE innerhalb des Projektes TeTRRA B sind zu nennen:

- 15 Unternehmen wurden zum Teil intensiv direkt unterstützt; 2 grenzüberschreitende Kooperationen erfolgten
- Leitung der TeTRRA-Arbeitsgruppe Technologietransfer, aktive Mitarbeit in den anderen TeTRRA-Arbeitsgruppen, Mitarbeit in weiteren Arbeitsgruppen
- Aktive / Passive Teilnahme an vielen Veranstaltungen mit Unternehmenskontakten
- Planung, Organisation und Durchführung der Veranstaltung Industrie 4.0 am 27.01.2015 in Kooperation mit dem Fraunhofer INT beim INT in Euskirchen mit ca. 54 Teilnehmern

Darauf aufbauend:

- Besuch der Demonstrationsfabrik Aachen (DFA) mit 15 Teilnehmern.
Ergebnis: Kontakte und Kooperationen mit Unternehmen aus der Region (z. B. Albis Plastic GmbH)
Gewinnung eines neuen Kunden für die TAE-FKS-Seminare sowie Inhouse-Workshops
- Strategieseminar für Führungskräfte mit Frau Prof. Seeger, 11 Teilnehmer

- Planung, Organisation und Durchführung des Netzwerktreffens „Wirtschaft trifft Wissenschaft“ am 2. Juni 2015 in Kooperation mit der FH Aachen bei Isola GmbH in Düren mit 30 Teilnehmern.
- Besuch des Fab-Busses (3D-Druck) im BZE, mehr als 100 Besucher des Busses
- Speziell für Handwerksbetriebe: Besuch der FH Aachen mit der Kreishandwerkerschaft am 8. Mai 2015 mit 11 Teilnehmern
Ergebnisse: Bachelorarbeit in einem Handwerksbetrieb aus Züllich
- Beteiligung an der Abschlussveranstaltung am 17. Juni 2015

Neue Projekte für die TAE GmbH

In der bisherigen Arbeit hat sich gezeigt, dass es auch für KMU aus der Region Kontakte zu Unternehmen aus der Euregio lohnend sein können. So konnten KMU aus dem Kreis Euskirchen von den Kompetenzen der Niederländischen SGS, vergleichbar mit dem TÜV, bei der Zertifizierung von Produkten profitieren.

Um die Euregionale Zusammenarbeit weiter zu fördern, hat sich die TAE GmbH in zwei Projekten engagiert:

EarlyTech: Hier geht es um Kontakte und Kooperationen in einem frühen Stadium neuer Produkte zu Hochschulen und anderen Knowhow-Trägern. Gerade dazu hat sich in der Vergangenheit großes Interesse bei den im Kreis Euskirchen ansässigen Unternehmen gezeigt. Das betrifft sowohl Gründer als auch eingeseessenen Unternehmen.

Innovation2Market: Dieses Projekt zielt auf Kooperationen zwischen Unternehmen, um neue Produkte gemeinsam zu verwirklichen, die bereits eine große Nähe zum Markt haben. Auch dies ist für KMU interessant: So hat z. B. ein Unternehmen aus Stolberg mit einer länderübergreifenden Kooperation ein Produkt realisieren können, mit dem es sich jetzt um einen Innovationspreis bewirbt. Insgesamt sind im Vorläuferprojekt TTC dutzende solcher Kooperationen zwischen KMU entstanden, die Feedbacks der Unternehmen sind überwiegend positiv. Diese Erfahrungen sollen nun auf den ländlichen Raum ausgedehnt werden.

Bei der Evaluation des Interregprojektes GCS wurde aufgezeigt, dass der Return of Invest (ROI) der Fördermittel innerhalb von weniger als 1,5 Jahren einstellte.

Geschäftsfeld Technologiescout

Kooperation mit den Wirtschaftsakteuren AGIT, Gründerregion Aachen, HWK, IHK, Kreishandwerkerschaft, Wirtschaftsförderung Kreis Euskirchen, etc.

Information der Unternehmen

Big Data, Industrie 4.0 und Energieeffizienz waren die Themen im Berichtszeitraum.

Insbesondere im Bereich Energie wurden verschiedene Veranstaltungen besucht und ansässige Unternehmen darüber unterrichtet, z. B.

- Thermoelektrische Generatoren (TEG)
- Brennstoffzellen

Diese Verfahren stehen an der Schwelle zur Wirtschaftlichkeit, sind aber nur in speziellen Sonderfällen sinnvoll einsetzbar.

Im Aufruf „Klimaschutzwettbewerb“ wurden mehrere Unternehmen in der Region angesprochen. Als Ergebnis steht die Teilnahme von aktiven und assoziierten Partnern aus Euskirchen in dem Projekt „Virtuelle Kraftwerke“ mit dem Titel: „KRFT Kundenorientiert Flexibilisierungspotenziale erschließen“ Projektvolumen: ca. 1,8 Millionen Euro

Leadpartner: BET (Aachen), weitere Partner: Soptim AG, FH Aachen, Lokisa GmbH (Mecher-nich)

Assoziierte Partner aus dem Kreis Euskirchen: Auto Heinen GmbH, ENE GmbH, KSK Euskir-chen

Der Auto Heinen GmbH konnte davon unabhängig angeboten werden, in ein Projekt zu Big Data einzusteigen. Fördersumme: ca. 266.000 Euro. Die Abstimmungen laufen zurzeit.

Unterstützung von Gründungen:

Größtes Projekt: Sandrecycling, Investitionsvolumen ca. 20 Millionen Euro

- In Abstimmung mit der Wirtschaftsförderung: Angebot von Grundstücken (The Locator)
- Treffen mit Prof. Feuerriegel, Angebot zur Kooperation zwecks Auslegung von Anlageteilen
- Unterstützung bei AC-Quadrat-Bewerbung
- Businessplan ist unter den 10 Nominierten

Geschäftsfeld Seminare

Die Seminarreihe zum Führungskräfte-Training wurde auch im Jahr 2015 fortgeführt. Die Teilnehmerzahl hat sich im Vergleich zum Vorjahr wieder konsolidiert. Mit dem Referenten – Herrn Peterson – wurde eine neue Vergütungsregelung vereinbart, so dass auch bei geringerer Anzahl von Seminarteilnehmern kein Verlust für das TAE mehr entsteht.

Ende 2015 konnten wir zwei weitere Kunden akquirieren, so dass die Umsatzerlöse im Jahre 2016 deutlich steigen werden. Zusätzlich wird bei einem Unternehmen auch noch eine umfangreiche Beratung durchgeführt, die entsprechend verrechnet wird.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse der letzten drei Jahre stellen sich wie folgt dar:

	2013	2014	2015
Umsatzerlöse	93,8 T€	61,2 T€	71,3 T€
Projekte	41,8 T€	38,6 T€	29,9 T€
Sachkosten	18,8 T€	6,4 T€	9,2 T€
Seminare	45,6 T€	19,0 T€	32,7 T€

Vermögen

Das Vermögen entwickelte sich im Berichtszeitraum wie folgt:

	2013	2014	2015
Forderungen per 31.12	52,3 T€	44,6 T€	61,1 T€
Rücklagen per 31.12	41,1 T€	67,1 T€	89,2 T€
Gez. Kapital per 31.12	25,6 T€	25,6 T€	25,6 T€

Personal

Im Berichtszeitraum waren bei der TAE folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Michael Franssen	-	Technologiescout	-	Vollzeit
Dagmar Grömping	-	Projektmitarbeiterin	-	Halbtags
Jochen Kupp	-	Geschäftsführer		

Herr Michael Franssen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Technologiescout. Er hat die Interimsgeschäftsführung bis zum 30. Juni 2015 ausgeführt. Ab 1. Juli 2015 wurde Herr Jochen Kupp zum Geschäftsführer bestellt.

Frau Dagmar Grömping hat das Team ab dem 1. Januar 2015 verstärkt. Sie unterstützt bei der Projektarbeit und organisiert die Führungskräfte-seminare.

Chancen / Risiken / Ausblick

Vom 1. Juli 2015 bis zum 31. Mai 2016 sind keine Projekte vorhanden gewesen. Dadurch ist die Ertragslage deutlich gesenkt worden, da ein Großteil der Erträge aus den Projekten generiert werden. Der Jahresfehlbetrag im Jahr 2015 lag daher mit 86,0 T€ leicht über der in Satzung verankerten Deckelung in Höhe von 85,5 T€. Dies ist auch daher bedingt, da Rückstellungen für die Steuerberatung und Prüfung aufgrund einer Steuerprüfung gebildet werden mussten. Das endgültige Ergebnis der Steuerprüfung steht noch aus. Es wird geprüft, ob die getätigten Einlagen (Ausgleich Jahresfehlbeträge aus den Jahren 2012-2014) der Kapitalertragssteuer unterliegen.

Die Steuernachzahlungen würden dann alle Gesellschafter (außer dem BZE wg. der Gemeinnützigkeit) betreffen. Die Summe einer eventuellen Steuernachzahlung beläuft sich auf ca. 20 T€

Die beiden neuen Projekte Innovation2Market und EarlyTec werden aller Voraussicht nach am 1. Juni 2016 starten. Die Laufzeit beträgt dann 3 Jahre. Dadurch ist im Bereich der Projekte eine gewisse Planungssicherung gegeben.

Die Seminartätigkeit hat sich sehr positiv entwickelt. Für das Jahr 2016 wird eine deutliche Umsatzsteigerung in diesem Bereich erwartet.

Von Seiten des Mehrheitsgesellschafters – des Kreises Euskirchen – werden derzeit die Schnittstellen zwischen der TAE, dem BZE und der Wirtschaftsförderung des Kreises EU untersucht. Im Rahmen der Aufgabekritik des Kreishaushaltes wird analysiert wie wir uns bei der TAE zukünftig aufstellen. Ein Ergebnis wird zum Herbst 2016 erwartet.

Euskirchen, 23. Mai 2016

gez. Jochen Kupp
Geschäftsführer

Bericht
über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung der TAE-GmbH
Technik-Agentur Euskirchen im Geschäftsjahr 2015

Zu den Zielen und der Ausrichtung der Gesellschaft beinhaltet der Gesellschaftsvertrag der TAE-GmbH Technik-Agentur Euskirchen folgende Bestimmungen:

§ 2
Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen.

Hiermit erklären wir, dass die Betätigung der TAE-GmbH Technik-Agentur Euskirchen im Geschäftsjahr 2015 den Bestimmungen des § 2 des Gesellschaftsvertrages entsprochen hat.

Euskirchen, 2. August 2016

TAE-GmbH Technik-Agentur Euskirchen

Jochen Kupp
Geschäftsführer



Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), Euskirchen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	2014 EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		
a) aus der Hausbewirtschaftung	7.896.394,69	7.702.071,51
b) aus dem Verkauf von Grundstücken	1.649.052,00	186.840,00
c) aus Betreuungstätigkeit	164.289,65	201.539,29
2. Verminderung (Vorjahr: Erhöhung) des Bestands an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	1.090.631,88	528.275,30
3. Sonstige betriebliche Erträge	118.488,60	159.410,82
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	3.566.156,34	3.836.521,03
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	410.155,29	662.719,01
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	60.525,81	2.476,63
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	913.912,06	988.039,07
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 61.646,18 (Vorjahr: EUR 61.415,86)	252.697,48	259.132,68
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.332.220,50	1.151.320,82
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	368.456,78	414.576,00
8. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	10,53	10,28
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.397,19	23.340,86
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	915.179,63	926.754,11
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	934.696,89	559.948,71
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	166.954,07	-64.394,11
13. Sonstige Steuern	218.789,49	218.547,44
14. Jahresüberschuss	548.953,33	405.795,38

BERICHT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

1. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

Rahmenbedingungen

Allgemeine Angaben

Die Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mbH wurde am 28. April 1907 gegründet. Sie wurde beim Amtsgericht Euskirchen am 5. Juli 1907 unter HRB 18 eingetragen. Seit dem 1. Dezember 2002 wird sie beim Amtsgericht Bonn unter HRB 10808 geführt. Der Sitz der Gesellschaft ist Euskirchen. Die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse regelt der Gesellschaftsvertrag. Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 5. Dezember 2008 durch die Gesellschafterversammlung geändert.

Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese mittelbar oder unmittelbar dem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Berichterstattung über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Es wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihren vorrangigen Aufgaben - der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung - nachgekommen ist.

Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des GmbH-Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages sowie der Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung den Aufsichtsrat geführt.

Gesamtwirtschaftliche Grundlagen

Im Herbst 2014 expandierte die Weltproduktion weiterhin in mäßigem Tempo. Die geldpolitische Ausrichtung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften hat sich entsprechend den unterschiedlichen Konjunkturverläufen im Jahr 2014 zu differenzieren begonnen.

Die konjunkturelle Grunddynamik im Euroraum ist weiterhin gering, die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm im ersten Halbjahr merklich schwächer zu als erwartet. Dies ging zu einem guten Teil auf die größeren Länder des Euroraums zurück. In Frankreich stagnierte die Wirtschaftsleistung und Italien fiel im Frühjahr neuerlich in eine Rezession. Die Prognosen für 2015 gehen jedoch von einer etwas höheren Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts aus.

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen: Um 1,5 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2 %. Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,1 %, die des Staates um 1,0 %. Auch die Investitionen legten zu: Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 3,7 % mehr in Ausrüstungen als ein Jahr zuvor. Die preisbereinigten Bauinvestitionen erzielten ebenfalls ein kräftiges Plus von 3,4 %. Die Sonstigen Anlagen lagen um 1,2 % über dem Vorjahresniveau. Der deutsche Außenhandel gewann im Jahresdurchschnitt 2014 trotz eines weiterhin schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds etwas an Dynamik: Deutschland exportierte preisbereinigt 3,7 % mehr Waren und Dienstleistungen als im Jahr 2013. Die Importe legten aber fast genauso stark zu (+3,3 %). Die Differenz zwischen Exporten und Importen - der Außenbeitrag - leistete dadurch einen vergleichsweise geringen Beitrag von +0,4 Prozentpunkten zum BIP-Wachstum 2014.

Branchenspezifische Entwicklung

Im Kreis Euskirchen wurden in 2014 rund 661 Wohnungen erstellt, insgesamt 7 % mehr als in 2013. Hingegen wurden in 2014 nur 490 Baugenehmigungen für zu erstellende Wohnungen beantragt (Vorjahr 673). Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Abnahme von 27,2 %. (Quelle Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)). Die Rahmenbedingungen für Investoren hat der Gesetzgeber deutlich verschlechtert.

Die demografische Entwicklung im Kreis, aber vor allen Dingen in der Stadt Euskirchen, wird nach allen Prognosen in den kommenden zehn Jahren keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft haben. Die stabile Bevölkerungsentwicklung wird den Bedarf an guten und preiswerten Wohnungen sichern. (Siehe hierzu: Statistische Berichte des Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen "Vorausberechnung" der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen NRW 2008 bis 2030)

Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt der Stadt Euskirchen ist ein "Vermietermarkt". Die Vermietungssituation der Gesellschaft ist nach wie vor zufriedenstellend.

Mietwohnungsbau

Der in 2013 begonnene Bau eines Mehrfamilienhauses mit elf Wohnungen in der Thüringer Str.11 in Euskirchen wurde Mitte 2014 fertiggestellt und vermietet. Außerdem wurden in 2014 mit dem Bau eines Miethauses mit 14 Wohnungen in der Frauenberger Straße 91, Euskirchen begonnen und fertiggestellt. Hier erfolgte die Vermietung zum 1. Januar 2015.

Instandhaltung/ Instandsetzung

Die Kosten der Instandhaltung für den eigenen Hausbestand in 2014 betrugen einschließlich der Aufwendungen für die Modernisierungen TEUR 1.828. Eigene Verwaltungsleistungen wurden hierbei nicht berücksichtigt.

Modernisierung

Das Quartier Hubert-Salentin-Straße/Appelsgarten in Euskirchen mit elf Häusern wird zurzeit modernisiert. Die in 2013 begonnene Modernisierung und Instandhaltung der Liegenschaft Hubert-Salentin-Str.36 in Euskirchen wurde in 2014 abgeschlossen. Mit der Modernisierung des Hauses Appelsgarten 10 wurde in 2014 begonnen. Außerdem wird das im Sanierungsgebiet "Viehplätzchen" liegende Gebäude "Bischofstr.12" instand gesetzt.

Bei dem Mietobjekt Charleviller Platz 3 in Euskirchen wurden außerdem in 2014 notwendige Strangsanierungen und damit verbundene Badmodernisierungen vorgenommen.

Trägerbau

Für den Bau eines Mehrfamilienhauses mit elf Eigentumswohnungen in der Thüringer Str. 11a, Euskirchen wurden in 2012 erste bauvorbereitende Maßnahmen getroffen. Mit dem Bau wurde im März 2013 begonnen. Die Übergabe an die Eigentümer erfolgte Mitte 2014.

Entwicklung des Wohnungsbestandes

Die Gesellschaft bewirtschaftete in 2014 insgesamt 1.353 Wohnungen, 9 gewerbliche Einheiten und 373 Garagen. Von den Wohnungen waren 696 freifinanziert, die anderen unterlagen öffentlich-rechtlicher Zweckbindung.

Zum Wohnungsbestand der Gesellschaft kamen in 2014 durch die oben genannten Neubauten 25 Wohnungen hinzu. Außerdem erwarb die Gesellschaft ein Haus mit zwei Wohnungen und ein Haus mit einer gewerblichen Einheit. Im Gegenzug veräußerte die Gesellschaft ein Einfamilienhaus. Die in 2010 erworbene ehemalige Kreisnebenstelle Blankenheimer Str. 2-4 in Schleiden und das in 2011 erworbene Gewerbeobjekt Wilhelmstr.43 in Euskirchen wurden in 2014 zurückgebaut.

Fremdverwaltung

Ende 2014 wurden von der Gesellschaft Gebäude mit 371 Wohnungen, fünf gewerblichen Einheiten, 92 Garagen für Dritte verwaltet.

Verwaltung nach WEG

Weiterhin war die Gesellschaft bis Ende 2014 für 13 Wohnungseigentümergeinschaften mit 211 Wohnungen und 114 Garagen als Verwalter nach dem Wohnungseigentumsgesetz bestellt. Ab dem Jahr 2015 ist die Gesellschaft nur noch Verwalterin der Liegenschaften Charleviller Platz 1 und Thüringer Straße 11a.

Unbebaute Grundstücke

Die Gesellschaft verfügte zum Berichtszeitpunkt über fünf baureife Grundstücke mit 3.497 qm, drei Grundstücke im Zustand der Erschließung mit 18.964 qm, zwei Ackerlandflächen mit 28.272 qm, zwei Waldgrundstücke mit 27.532 qm, eine Parzelle von 4.507 qm, die zurzeit von der Stadt Euskirchen erschlossen wird und im Flächennutzungsplan als gewerbliche Baufläche ausgewiesen ist, sowie zwei Gartenparzellen von 663 qm.

Ertragslage

Es wird für das Geschäftsjahr 2014 ein Jahresüberschuss von 549 TEUR (Vorjahr: 406 TEUR) ausgewiesen.

In der folgenden Übersicht ist die Zusammensetzung der Jahresergebnisse des Berichtsjahres und des Vorjahres dargestellt:

	2014 TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Deckungsbeiträge aus			
- Hausbewirtschaftung	2.038	1.672	366
- Bauträgertätigkeit	193	35	158
- Betreuungstätigkeit	164	200	-36
- Sonstigem	-13	16	-29
	2.382	1.923	459
Nicht direkt zurechenbare Aufwendungen	1.548	1.658	-110
Betriebsergebnis	834	265	569
Ergebnis der Finanzrechnung	16	23	-7
Ergebnis der neutralen Rechnung	-134	54	-188
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	167	-64	231
Jahresergebnis	549	406	143

Die Mietausfälle von TEUR 219 betrugen 2,7 % (Vorjahr: 2,3 %) der Sollmieten und Umlagen. Die Leerstandsquote belief sich auf 2,1 % (Vorjahr: 1,9 %) des Wohnungsbestandes per 31. Dezember 2014.

Die künftige Geschäftstätigkeit wird auch weiterhin neben der Bewirtschaftung und Modernisierung des eigenen Hausbesitzes durch den Erwerb oder den Neubau von Mietwohnungen und der Bauträgertätigkeit geprägt sein. Entsprechend dem Wirtschaftsplan ist die Ertragslage der Gesellschaft für das Jahr 2015 gesichert.

**Vermögens- und
Finanzlage**

Die in der Bilanz ausgewiesenen langfristigen Vermögenswerte, hauptsächlich Sachanlagen, sind fristgerecht durch Eigenkapital und langfristige Fremdmittel finanziert. Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2014 um TEUR 1.525 auf TEUR 54.495 erhöht.

Es wurde für die durchgeführten Modernisierungen und Neubautätigkeiten in erheblichem Maß Eigenmittel eingesetzt. Die Vermögensstruktur wird zu 90,5 % (Vorjahr: 89,6 %) durch das Anlagevermögen geprägt. Nach den Bilanzzahlen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) 25,8 % (Vorjahr: 26,1 %).

Die Finanzlage ist gesichert. Die Gesellschaft konnte im Berichtsjahr ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen.

Finanzielle Leistungsindikatoren sind das Jahresergebnis mit TEUR 549, die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) mit 25,8 %, die Gesamtkapitalrentabilität mit 2,99 %, der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit TEUR 2.306, die Fluktuationsquote mit 10,1 % und die Leerstandsquote mit 2,1 %.

**Gesamtaussage zur
Wirtschaftlichen
Lage**

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet. Die Prämisse der Unternehmensfortführung ist weiterhin gegeben.

**Besondere Ereignis-
se im Geschäfts-
jahr**

Besondere Ereignisse sind im Geschäftsjahr 2014 nicht eingetreten.

**Nichtfinanzielle
Leistungsindikato-
ren nach § 289
Abs. 3 HGB**

Betriebswirtschaftlich werden die Geschäftsprozesse mittels des ERP-Systems "Immotion" der GAPmbH weiterhin automatisiert. Auch in 2015 sollen Optimierungen durchgeführt werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft nehmen auch in 2015 verstärkt an Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen teil.

**Ergänzende Anga-
ben nach § 289
Abs. 2 Nr. 1 HGB**

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31. Dezember 2014 nicht eingetreten.

**Risikobericht und
Risikomanagement/
Chancen und Risiken
der künftigen
Entwicklung**

Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft haben, sind nicht erkennbar.

Nach dem Gesetz zu Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sind geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein angemessenes Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden.

Die Angemessenheit beurteilt sich nach der Größe eines Unternehmens, nach Art, Umfang und Komplexität seiner Aufgaben und dem Maß der Diversifikation seiner Struktur. Dabei muss das Risikomanagement dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen.

Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft sind in erster Linie die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes, danach die Bauträgertätigkeit. Daraus ergeben sich die maßgeblichen Risiken: Hauptrisiken sind die Unvermietbarkeit der Wohnungen, die Unverkäuflichkeit fertig gestellter Häuser, die Unverwertbarkeit erworbener Grundstücke sowie die Gewährleistungspflichten aus dem Bauträgergeschäft.

Diesen Risiken wird durch kontinuierliche intensive und vorausschauende Beobachtung des Marktes sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Das Instrumentarium, Risikopotentiale rechtzeitig zu erkennen und Steuerungsmaßnahmen auszulösen, ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut.

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse werden in ihren Zusammenkünften über alle wichtigen Entwicklungen und bestehenden Geschäftsrisiken mündlich und schriftlich informiert.

Für die Entwicklung der Gesellschaft ist vorgesehen, den bestehenden Hausbestand energetisch und qualitativ stetig zu verbessern und außerdem die geplanten Neubauprojekte unter der Berücksichtigung des demografischen Wandels barrierearm und seniorengerecht zu erstellen.

Die eigenen innerstädtischen Grundstücke werden zukünftig einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt und nachfragegerecht bebaut. Hierzu gehören die Grundstücke der Quartiere Wilhelmstraße und Frauenberger Straße.

Die Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand der Gesellschaft werden auch weiterhin zu einer stetigen und nachhaltigen Steigerung der Wertschöpfung der Gesellschaft führen.

Die Anforderungen der Basel II – Ratingprozesse müssen weiterhin beachtet werden.

Prognosebericht

Nach dem aktuellen Wirtschaftsplan wird mit einem Ergebnis für 2015 von ca. TEUR 562 gerechnet. Es wird erwartet, dass andere Leistungsindikatoren wie Gesamtkapitalrentabilität, Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Fluktuationsquote und Leerstandsquote dem Niveau des Jahres 2014 entsprechen. Die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) aus 2014 in Höhe von 25,8 % (Vorjahr: 26,1 %) wird in 2015 voraussichtlich sinken. Grund hierfür wird die Investitionstätigkeit in den Bereichen Neubau und Modernisierung sein. Diese Planung ist § 21 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages gemäß der Änderung in 2008 geschuldet. § 21 Abs. 5 musste in den Gesellschaftsvertrag im Zug der Umsetzung des § 108 Abs. 3 Gemeindeordnung NRW von den Gesellschaftern vereinbart werden. Der Wirtschaftsplan wurde deshalb in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften aufgestellt.

Euskirchen, den 31. März 2015

Die Geschäftsführung

(Knuth)

Aktiva		31.12.2015		31.12.2014		Passiva	
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen							
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Lizenzen		394.660,96	425.546,78			665.000,00	665.000,00
2. Geschäfts- oder Firmenwert		137.675,00	198.603,66			3.782.695,79	3.782.695,79
		532.335,96	624.150,44			4.305.450,62	4.305.450,62
II. Sachanlagen						17.918.667,75	16.218.052,25
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		57.306.193,60	54.895.623,69			1.835.432,57	1.362.671,66
2. technische Anlagen und Maschinen		2.497.389,94	2.024.462,35			1.269.181,12	1.687.713,71
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		6.860.689,22	6.420.832,84			1.239.291,26	1.700.615,50
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		69.296.571,69	66.770.348,14			31.015.719,11	29.722.199,53
III. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen		13.804,88	13.804,88				
2. sonstige Ausleihungen		5.000,00	5.000,00				
		18.804,88	18.804,88				
		69.847.712,53	67.413.303,46			19.361.441,20	20.395.011,61
B. Umlaufvermögen							
I. Vorräte							
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		1.158.409,56	1.094.199,32			206.908,78	3.473,54
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		1.302.472,00	1.294.593,00			11.011.634,46	11.180.111,53
		2.460.881,56	2.388.792,32			11.218.543,24	11.183.585,07
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		12.027.643,48	10.115.051,85				
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht		545.101,00	366.011,00				
3. sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 622.438,96; 31.12.2014: EUR 855.691,10)		1.316.400,48	1.728.960,11			4.078.991,93	2.936.146,01
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten							
		13.889.144,96	12.210.022,96				
		8.559.209,71	11.077.631,93				
		24.909.236,23	25.676.447,21				
C. Ausgleichsposten nach dem KHG							
I. Ausgleichsposten für die Eigenmittelförderung							
		3.656.637,66	3.656.637,66				
D. Rechnungsabgrenzungsposten							
		455.366,06	508.119,94				
						2.625.219,17	2.826.651,28
E. Ausgleichsposten aus Darlehnsförderung							
F. Rechnungsabgrenzungsposten							
		98.868.952,48	97.254.508,27			36.425.432,23	35.090.764,99
						761.860,00	823.203,00
						85.956,70	39.744,07
						98.868.952,48	97.254.508,27

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015

	2015 EUR	2014 EUR
1. Erlöse aus Altenpflege, Altenpfliegewohnungen und geriatrischer Rehabilitation	18.090.228,42	17.417.472,46
2. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	75.767.948,83	72.423.775,27
3. Erlöse aus Wahlleistungen	2.528.425,36	2.295.800,68
4. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.741.185,01	2.928.085,40
5. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.941.011,23	1.950.054,30
6. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen/unfertigen Leistungen	7.879,00	-19.087,00
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	2.187.277,09	1.944.414,53
8. Umsatzerlöse	634.713,00	697.518,68
9. sonstige betriebliche Erträge	5.563.447,96	6.050.227,59
	109.462.115,90	105.688.261,91
10. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-54.935.524,42	-52.685.710,33
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: EUR 3.737.050,09; 2014: EUR 3.681.259,54)	-13.148.662,20	-12.733.172,78
11. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-12.290.811,03	-11.954.346,99
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-11.821.136,08	-11.144.802,28
	-92.196.133,73	-88.518.032,38
Zwischenergebnis	17.265.982,17	17.170.229,53
12. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	2.471.367,02	2.321.141,34
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.500.417,71	3.452.384,30
14. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehnsförderung	61.343,00	61.343,00
15. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-2.611.216,85	-2.490.259,70
16. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	-189.092,22	-215.674,28
	3.232.818,66	3.128.934,66
17. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-5.882.095,46	-5.517.939,08
18. sonstige betriebliche Aufwendungen	-12.026.112,20	-11.772.215,03
	-17.908.207,66	-17.290.154,11
Zwischenergebnis	2.590.593,17	3.009.010,08
19. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 0,00; 2014: EUR 4.777,00)	40.416,47	138.023,61
20. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon Aufwand aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 6.003,00; 2014: EUR 2.208,53)	-1.069.290,23	-1.106.597,48
	1.561.719,41	2.040.436,21
21. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.561.719,41	2.040.436,21
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-165.666,63	-13.142,77
23. sonstige Steuern	-53.533,20	-32.442,57
24. Konzern-Jahresüberschuss	1.342.519,58	1.994.850,87
25. auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	-103.228,32	-294.235,37
26. Konzerngewinn	1.239.291,26	1.700.615,50

Zusammengefasster Lagebericht zum Jahresabschluss der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH per 31. Dezember 2015 und des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH für das Geschäftsjahr 2015

Vorbemerkung: Die Geschäftsführung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hat von der Regelung des § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht und den Lagebericht der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH zusammengefasst.

1. Grundlagen des Unternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns

Zweck der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist Mutterunternehmen des gleichnamigen Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich, mit den im Folgenden dargestellten Konzerngesellschaften. Sie ist zugleich Trägergesellschaft für das Kreiskrankenhaus Mechernich, das im Jahr 2015 durchgängig mit 413 Betten / Plätzen im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen geführt wurde.

Im Rahmen einer regionalen Planungskonferenz am 19. Februar 2015 wurde zur Umsetzung des Krankenhausplans 2015 des Landes Nordrhein-Westfalen für die Krankenhäuser des Kreises Euskirchen ein geeinigtes Konzept zwischen den Landesverbänden der Krankenkassen und dem Verband der Ersatzkassen in Nordrhein auf der einen Seite und den Krankenhäusern auf der anderen Seite abgestimmt. Die Bettenzahl für das Kreiskrankenhaus Mechernich wurde dabei – entgegen dem landesweiten Trend zur Reduzierung von Krankenhausbetten – von 413 auf 418 Betten erhöht. Zwischenzeitlich wurde die geänderte Struktur durch Feststellungs-Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 04. Februar 2016 mit Wirkung ab dem 01.01.2016 in das Betten-Soll und das Betten-Ist des Landeskrankenhausplans umgesetzt.

An der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH war die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit 01. Januar 2004 bis zum 31. Dezember 2013 mit 49 % am Stammkapital in Höhe von TEUR 30 beteiligt (Anteil: TEUR 14,7). Die übrigen Geschäftsanteile in Höhe von 51 % hielt die Caritas-Trägergesellschaft West gGmbH. Durch notariellen Vertrag vom 30. Oktober 2013 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit Wirkung 01. Januar 2014 ihren Anteil am Stammkapital der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH von 49 %

auf 93,33 % erhöht; die übrigen 6,67 % sind bei dem vorherigen Mehrheitsgesellschafter Caritas-Trägergesellschaft West gGmbH verblieben. Mit vorgenanntem Notarvertrag wurde zudem vereinbart, den Krankenhausbetrieb der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH mit allen Aktiva und Passiva in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH zu integrieren.

Diese Integration ist mit Wirkung ab dem 01.01.2016 umgesetzt worden. Grundlage hierfür war u. a. ein Notarvertrag vom 05. November 2015, mit dem die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH die Übertragung des Krankenhausbetriebs mit allen Aktiva und Passiva auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH vereinbart haben. Die Übertragung und der damit verbundene Rechtsträgerwechsel für das St. Antonius Krankenhaus Schleiden wurde mit Bescheid vom 04. Februar 2016 durch die Bezirksregierung Köln genehmigt. Mit Wirkung ab dem 01.01.2016 wird das Krankenhaus Schleiden damit als Betriebsstätte der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH fortgeführt. Die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH verbleibt damit lediglich als GmbH-Hülle ohne Geschäftsbetrieb.

Durch die Zusammenführung der beiden Krankenhausstandorte innerhalb der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und das Entstehen eines Gesamtkrankenhauses soll insbesondere den Vorgaben des Krankenhausplans NRW 2015 gefolgt werden. Darüber hinaus wird erwartet, dass durch das Entstehen größerer Einheiten die negativen Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems für kleinere Krankenhäuser zumindest teilweise aufgehoben werden können.

Die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH war zuletzt durch Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 30. September 2015 mit 105 Betten in den Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen. Im Rahmen der Planungskonferenz am 19. Februar 2015 wurde auch für das St. Antonius Krankenhaus in Schleiden die Bettenstruktur neu festgelegt. Unter Beibehaltung der Gesamtbettenzahl von 105 ist insbesondere der Ausweis von 15 geriatrischen Betten erreicht worden. Die 15 geriatrischen Betten werden im Rahmen einer Dependancelösung von der Klinik für Akutgeriatrie des Kreiskrankenhauses Mechernich mit betrieben. Die Inbetriebnahme der geriatrischen Betten erfolgte zeitgleich mit der Übertragung des Krankenhausbetriebs des Krankenhaus Schleiden auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit Wirkung zum 01.01.2016.

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hält an der Geriatriisches Zentrum Zülrich GmbH einen Anteil am Stammkapital in Höhe von 93,99 %; dies entspricht einem Betrag von 5.361 TEUR. Die verbleibenden 6,01 % oder 343 TEUR des Stammkapitals der Geriatriisches Zentrum Zülrich GmbH hält die Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn. Die Geriatriisches Zentrum Zülrich GmbH bietet im Bereich der Pflege, Versorgung und Betreuung von alten Menschen Leistungen der Geriatriischen Rehabilitation, der Dauer- und Kurzzeitpflege sowie des betreuten Wohnens (an den Standorten Mechernich und Zülrich) an. Seit April 2008 betreibt die Gesellschaft zudem das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) am Kreiskrankenhaus Mechernich mit den Fachdisziplinen Innere Medizin, Dermatologie und Chirurgie. Im Rahmen von Erweiterungen des Medizinischen Ver-

sorgungszentrums sind zwischenzeitlich ein orthopädischer und ein gynäkologischer Versorgungsbereich in das MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich integriert worden.

Die Geriatriisches Zentrum Zülrich GmbH hält ihrerseits eine Beteiligung von 50 % an der Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH. Deren Stammkapital beträgt 27,6 TEUR. Die Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementärin der Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co KG. Diese ist Eigentümerin des Schlosses Schleiden und der in Verbindung zum Schloss Schleiden Ende 2002 fertiggestellten Remise. Die Räumlichkeiten werden von der Liebfrauenhof Schleiden GmbH für den Betrieb eines Altenpflegeheimes genutzt.

Mit Wirkung 31. Dezember 2014 ist Herr Dr. Hans Rossels als Geschäftsführer der Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH abberufen worden; zum 01. Januar 2015 ist Herr Hermann Gemke neben Herrn Joachim Stiller zum weiteren einzelvertretungsberechtigten Geschäftsführer der Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH bestellt worden.

An der Liebfrauenhof Schleiden GmbH hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit 01. Januar 2004 am Stammkapital von 100 TEUR einen Geschäftsanteil von 51 % (51 TEUR). Mit notariellem Vertrag vom 22. Dezember 2014 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH den bis dahin von dem Familienpflege der Franziskusschwestern e. V., Essen, gehaltenen Geschäftsanteil in Höhe der verbleibenden 49 % (49 TEUR) mit Wirkung 01. Januar 2015 übernommen. Ab diesem Zeitpunkt ist das Stammkapital damit zu 100 % bei der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH angesiedelt. Infolge der Übernahme des gesamten Stammkapitals durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hat die Liebfrauenhof Schleiden GmbH mit Wirkung ab dem 01. Januar 2015 ihre „Kirchlichkeit“ verloren. Ab diesem Zeitpunkt ist die Gesellschaft nunmehr ein kommunales Unternehmen. Die Liebfrauenhof Schleiden GmbH betreibt zwei Altenpflegeheime, den Liebfrauenhof im und am Schloss Schleiden mit 102 Plätzen sowie das Brabenderstift in den Räumlichkeiten des Geriatriischen Zentrums in Zülrich mit 61 Plätzen. Durch notariellen Vertrag vom 09. Dezember 2003 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Zusammenhang mit der Übernahme des Geschäftsanteils der St. Antonius Betreibergesellschaft Schleiden mbH an der Liebfrauenhof Schleiden GmbH auch deren Verlustausgleichsverpflichtung übernommen. Diese besagt, dass die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verpflichtet ist, die Verluste der Liebfrauenhof Schleiden GmbH, soweit diese nicht auf neue Rechnung vorgetragen und aus Gewinnen der nächsten drei Jahre ausgeglichen werden können, bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 250 TEUR auszugleichen.

An dem Stammkapital der im Jahre 2005 gegründeten VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH von 25,05 TEUR hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH einen Geschäftsanteil von 50,9 % (12,75 TEUR). Der Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft & Euskirchen e. V. und der Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Euskirchen e. V. halten die übrigen Geschäftsanteile in einer Größenordnung von jeweils 6,15 TEUR. Die VIVANT gGmbH betreibt Sozialstationen an den Standorten Mechernich, Zülrich, Weilerswist und Schleiden sowie Tagespflegeeinrichtungen in Verbindung zum Barbarahof

in Mechernich (seit 2010), in Verbindung zum Liebfrauenhof in Schleiden (seit 2012) und auf dem Gelände des Geriatrischen Zentrums in Zülrich (seit 2013).

Bei der im Jahre 2008 neu strukturierten AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH nach der Neuordnung das Stammkapital von 25 TEUR zu 100 % in ihrem Besitz. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Wohlfahrtspflege. Dieser Zweck wird durch den Betrieb eines Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen in Zülrich und durch den Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) an der Olefmündung in Gemünd mit den Versorgungsbereichen Allgemeinmedizin und Frauenheilkunde erfüllt. Zum 01. Juli 2014 hat es im MVZ einen Wechsel in der ärztlichen Zuständigkeit für den Versorgungsbereich Allgemeinmedizin gegeben.

Das Stammkapital der im Jahre 2002 gegründeten KKM Servicegesellschaft mbH von 25 TEUR ist zu 100 % im Besitz der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH. Gegenstand dieser Gesellschaft ist die Erbringung von Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen. Serviceleistungen in dem Sinne sind Personalgestaltung, Übernahme von Verwaltungsaufgaben, EDV, Einkauf, Speisenversorgung und Gebäudereinigung. Als 100 %ige Tochtergesellschaft der KKM Servicegesellschaft mbH ist mit notariellem Vertrag vom 15. März 2006 mit einem Stammkapital von 25 TEUR die KKM Gebäudedienste GmbH gegründet worden. Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die übrigen Konzernunternehmen.

Im Rahmen von Aufgabenneuorganisationen ist Herr Hermann Gemke in der KKM Servicegesellschaft mbH mit Wirkung 31. Januar 2015 als Geschäftsführer der Gesellschaft abberufen worden. Zum 01. Februar 2015 ist der Leiter des Zentraleinkaufs der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Herr Lothar Jentges, zum weiteren gesamtvertretungsberechtigten Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt worden.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach den im Monat März 2016 durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung veröffentlichten Konjunkturdaten entwickelt sich das bundesdeutsche Bruttoinlandsprodukt nach Steigerungsraten von 1,6 % und 1,7% in den Jahren 2014 und 2015 sowie voraussichtlich auch in den Jahren 2016 und 2017 mit erwarteten Veränderungsraten von +1,5% bzw. +1,6% weiterhin konstant positiv. Der Aufschwung in Deutschland setzt sich nach Einschätzung des Sachverständigenrates infolge weiter wachsender Konsumausgaben, die durch die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt, die andauernde Niedrigzinsphase und den Rückgang der Ölpreise begünstigt werden, weiter fort.

Eine große wirtschafts- und gesellschaftspolitische Herausforderung sieht der Sachverständigenrat insbesondere in der Flüchtlingsmigration und der Bewältigung von Ausgabenentwicklungen für die Gesundheitsversorgung. Kosten steigernde Wirkungen, die aus dem medizin-technischen Fortschritt und infolge der sich wandelnden Demographie aus dem Altersprofil von Gesundheitsausgaben resultierten, seien durch die Hebung von Effizienzpotentialen im System der Gesundheitsversorgung aufzufangen. Ein zentrales Handlungsfeld sieht der Sachverständigenrat dabei im Bereich der Krankenhausversorgung.

Die für den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH maßgeblichen Rahmenbedingungen im Gesundheitssektor lassen sich für 2015 wie folgt beschreiben:

Das Bundesministerium für Gesundheit hat im März 2016 die vorläufigen Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung veröffentlicht. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr um 3,89 % gestiegen. Der Ausgabenzuwachs für die Krankenhausbehandlung war dabei leicht unterdurchschnittlich und betrug im Vergleich zum Vorjahr 3,71%. Die Ausgaben der GKV für den Bereich Krankenhaus sind in diesem Zeitraum absolut um 2,52 Mrd. EUR gestiegen und betrugen mit insgesamt 70,38 Mrd. EUR 33,0% der Gesamtleistungsausgaben. Trotz der Steigerung der Ausgaben für die Krankenhausbehandlung und damit einhergehend der Steigerung der Umsätze der bundesdeutschen Krankenhäuser rechneten nach der im April 2015 veröffentlichten Roland-Berger-Restrukturierungsstudie 2015 nur noch 46 % der bundesdeutschen Krankenhäuser für das Jahr 2015 mit einem Überschuss. Nach der Roland-Berger-Studie steigt der Anteil der Kliniken, deren Liquidität als kritisch einzustufen ist, von 29 % auf 36 % im Jahre 2015.

Eine zur Vorbereitung einer umfassenden Krankenhausreform eingerichtete Bund-Länder-Arbeitsgruppe hatte am 05. Dezember 2014 ein Eckpunktepapier vorgelegt, in dem die Leitlinien einer Strukturreform festgelegt worden waren. Einen Schwerpunkt der Reform sollte die nachhaltige Sicherung des Qualitätsniveaus der medizinischen Versorgung in den Krankenhäusern bilden. Dazu sollte unter anderem Qualität als ergänzendes Kriterium in der Krankenhausplanung der Länder gesetzlich verankert werden. Weitere Verbesserungen sollten mit der Einführung einer qualitätsorientierten Vergütung erreicht werden. Vorgesehen war ein Modell, nachdem Krankenhäuser für außerordentlich gute Qualität mit finanziellen Zuschlägen bedacht werden sollen, während unzureichende Leistungen Abschläge nach sich ziehen. Um den Abbau bestehender Überkapazitäten entweder durch Schließung oder durch Umwidmung von Krankenhäusern in sogenannte nicht akutstationäre Versorgungseinrichtungen zu finanzieren, wollten Bund und Länder einen gemeinsamen Strukturfonds auflegen. Damit sich für Kliniken auch in strukturschwachen ländlichen Regionen die als erforderlich angesehene Versorgung rechnen lässt, sollen besondere Sicherstellungszuschläge für entsprechende

Leistungsangebote gewährt werden. Zur Finanzierung zusätzlichen Personals für die „Pflege am Bett“ hatten Bund und Länder ein Pflegestellenförderprogramm insgesamt 660 Mio. EUR – verteilt über einen Förderzeitraum von 3 Jahren – bereitstellen. Parallel dazu solle eine beim Bundesgesundheitsministerium angesiedelte Expertenkommission bis spätestens 2017 darüber entscheiden, ob der Pflegebedarf in den Kliniken im DRG-System oder über Zusatzentgelte entsprechend abgebildet werden kann oder gegebenenfalls alternative Vorschläge erarbeiten.

Die Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe wurden mit dem Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung (Krankenhausstrukturgesetz – KHSKG), das mit Wirkung zum 01.01.2016 in Kraft getreten ist, vollständig in die Umsetzung gebracht. Im Gesetzgebungsverfahren ist es darüber hinaus gelungen, weitere, zur Verbesserung der Betriebskostendeckung dringend erforderliche Maßnahmen zu erreichen: Entgegen der ursprünglichen Planung, den Versorgungszuschlag mit einem Gesamtvolumen von 500 Mio. EUR abzuschaffen, wurden die Mittel ab dem Jahr 2017 in einen sogenannten Pflegezuschlag umgewandelt. Zudem werden Mehrkosten aus Tarifabschlüssen, die die maßgebliche Budgetveränderungsrate überschreiten, hälftig refinanziert.

Mit den Regelungen des Krankenhausstrukturgesetzes wurde die Finanzierung der Betriebskosten der Krankenhäuser auf eine deutlich verbesserte Grundlage gestellt, gelöst wurde die bestehende Unterfinanzierung jedoch nicht. Ebenfalls nicht gelöst ist die seit Jahren unzureichende Investitionsförderung durch die zuständigen Bundesländer.

Vor diesem Hintergrund haben sich die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser im Jahr 2015 zu einem „Bündnis für gesunde Krankenhäuser – Investieren aus Verantwortung“ zusammengeschlossen. Ziel des Bündnisses ist es, das gesetzlich zur Investitionsförderung der Krankenhäuser verpflichtete Land Nordrhein-Westfalen und die Öffentlichkeit über die Situation in den Krankenhäusern im Hinblick auf die Investitionsfinanzierung aufmerksam zu machen, um die Finanzierungssituation merklich und dauerhaft zu verbessern.

Im Rahmen dieses Bündnisses hat die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) beauftragt, erstmals flächendeckend das „Investitionsbarometer NRW“ zur konkreten Investitionssituation der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser zu erstellen. Die Studie belegt eindrücklich, dass die Krankenhäuser strukturell unterfinanziert sind: 500 Mio. EUR investierte das Land Nordrhein-Westfalen 2014 in die Krankenhäuser. Der jährliche Finanzbedarf liegt bei über 1,5 Mrd. EUR.

Bereits mit Wirkung 22. Juli 2013 ist der Krankenhausplan NRW 2015 in Kraft getreten. Durch den Krankenhausplan NRW 2015 ist die Planung der Teilgebiete abgeschafft worden. Anstelle der Teilgebieteplanung ist im Krankenhausplan NRW 2015 die Vorgabe von Strukturqualitäten getreten. Nur wenn die Krankenhäuser die

vorgegebenen Strukturqualitäten erfüllen und damit die jeweiligen Leistungsangebote zum Versorgungsauftrag gehören, sind sie berechtigt, entsprechende Leistungen zu erbringen und abzurechnen.

Kleinere Krankenhäuser wie das St. Antonius Krankenhaus in Schleiden sind von den vorstehend skizzierten Rahmenbedingungen in doppelter Weise negativ betroffen: Zum einen ist die nicht gegebene Refinanzierung insbesondere von tariflich bedingten Personalmehrkosten zusätzlich belastend, da die auf größere „Mengen“ ausgerichteten DRG-Erlöse bei kleineren Krankenhäusern bereits zu defizitären Situationen führen. Zum anderen sind kleinere Krankenhäuser kaum in der Lage, die Strukturvorgaben des Krankenhausplans NRW für das Jahr 2015 zu erfüllen. Durch die zum 01.01.2016 umgesetzte Integration des Krankenhausbetriebes der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH soll beiden negativen Entwicklungen begegnet werden

Für den **Altenpflegesektor** ist Folgendes auszuführen:

Im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen hat der Geschäftsbereich Statistik des Landesbetriebs Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) im Jahr 2015 eine neue Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Nordrhein-Westfalen erstellt. Zentrales Ergebnis der Berechnung ist langfristig (bis 2060) ein Rückgang der Einwohnerzahl Nordrhein-Westfalens um rd. eine Million Personen. Zugleich steigt die Zahl der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von 20,6% im Jahr 2014 auf 29,4% im Jahr 2040. Für den Kreis Euskirchen stellen sich die Ergebnisse auf regionaler Ebene wie folgt dar: Bei einem leichten Rückgang der Bevölkerungszahl um 2,5% bis zum Jahr 2040 auf dann ca. 183.000 Personen erhöht sich die Zahl der über 65-Jährigen von aktuell 20,3% überproportional auf 33,6% (+65,5%). Absolut gesehen entspricht dies einem Anstieg von 38.000 auf 61.500 Personen im Alter von über 65 Jahren. Aufgrund dieses demografischen Wandels wird die Nachfrage nach Altenpflegeleistungen weiter ansteigen.

Damit unter diesen sich ändernden Bedingungen auch in der Zukunft eine gute Versorgung pflegebedürftiger Menschen sichergestellt werden kann, sind weiterhin erhebliche gesellschaftspolitische Veränderungsprozesse zu bewältigen. Mit der Zielsetzung, die Pflegeversicherung zukunftssicher zu gestalten und die Situation der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen zu verbessern, haben daher sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen verschiedene Gesetze und Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht.

Positive Änderungen für stationäre Altenpflegeeinrichtungen resultierten insbesondere in Folge des Fünften SGB XI-Änderungsgesetzes (5. SGB XI-ÄndG/ Pflegestärkungsgesetz I) mit Wirkung ab dem 01.01.2015. Danach wurde die Anzahl der Betreuungskräfte gemäß § 87b SGB XI im Verhältnis zur Zahl der Bewohner-

innen / Bewohner von 1:24 auf 1:20 verbessert. Zugleich kommt die Betreuung nicht nur den an Demenz erkrankten Pflegebedürftigen, sondern allen Heimbewohnern zugute. Die Finanzierung der Betreuungsleistung erfolgt unmittelbar durch die Pflegekassen.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz II hat die Bundesregierung nach langjährigen Beratungen des Weiteren einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff in die Umsetzung gebracht. Unabhängig davon, ob Pflegebedürftige von körperlichen oder psychischen Einschränkungen betroffen sind, sollen damit erstmals alle Pflegebedürftigen einen gleichberechtigten Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung erhalten. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff mit fünf Pflegegraden (statt bisher dreier Stufen) soll individuellere Einstufungen und damit passgenauere Leistungen in der Pflege ermöglichen. Hierdurch soll insbesondere die Versorgung von Menschen mit Demenz verbessert werden. Inwiefern mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs eine Verbesserung der Gesamtversorgungssituation der pflegebedürftigen Menschen einhergeht, bleibt abzuwarten. Das Jahr 2016 dient der Umsetzung des neuen Begutachtungsverfahrens durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen in der Praxis und der Umstellung auf die fünf Pflegegrade bis zum 01.01.2017. In diesem Zusammenhang sind auch die Personalschlüssel der Einrichtungen zu prüfen und neu zu vereinbaren. Insbesondere hiervon ist abhängig, ob mit der Reform auch zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden und so die Gesamtversorgungssituation im Sinne der Pflegebedürftigen verbessert werden kann. Bis Mitte 2020 soll in einem weiteren Schritt ein wissenschaftlich gesichertes Verfahren zur Personalbemessung entwickelt werden.

Positive Auswirkungen für stationäre Altenpflegeeinrichtungen sind auch infolge des Krankenhausstrukturgesetzes zu erwarten. Danach können Patienten, die nach einem Krankenhausaufenthalt oder einer ambulanten Behandlung weiter versorgt werden müssen, ab dem Jahr 2016 Kurzzeitpflegeleistungen als neue Leistung der Krankenkassen (SGB V) in Anspruch nehmen. Damit wird eine Versorgungslücke für solche Patienten geschlossen, die keinen Anspruch auf Übergangs- / Kurzzeitpflegeleistungen nach der Sozialen Pflegeversicherung (SGB XI) hatten.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung (mit Wirkung zum 08.12.2015 in Kraft getreten) soll der Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung gefördert werden. Dies gilt auch für die Versorgung Sterbender im Pflegeheim, die über Kooperationsverträge mit Haus- und Fachärzten zur medizinischen Versorgung und mit ambulanten Hospiz- und Pflegediensten zusammenarbeiten sollen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat mit dem Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demographiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre

Angehörigen (GEPA NRW) bereits im Oktober 2014 ein Artikelgesetz erlassen, mit dem die rechtlichen Grundlagen des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) und des Alten- und Pflegegesetzes (APG) (bisher Landespflegegesetz NRW) und in der Folge der zugehörigen Durch- und Ausführungsverordnungen neu gefasst wurden. Kernpunkte der Reform sind Maßnahmen zur Vermeidung einer stationären Unterbringung von Pflegebedürftigen durch Schaffung und Stärkung von alternativen Versorgungsformen (Wohnformen mit Pflege- und Unterstützungsangeboten, Betreuung im häuslichen Umfeld, Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen). Mit dem Gesetz verbunden ist zudem eine Neuregelung der Investitionskostenfinanzierung für Altenpflegeeinrichtungen, die aufgrund aktueller BSG-Rechtsprechung erforderlich war.

Für das **Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** und den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** ist vor dem Hintergrund der vorstehend skizzierten Rahmenbedingungen Folgendes festzuhalten:

b) Geschäftsverlauf

Im **Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat die Zahl der stationären Krankenhausfälle (ohne interne Verlegungsfälle) von 18.183 in 2014 auf 18.544 in 2015 zugenommen (+ 361; + 2,0 %). Der Case-Mix-Index, d. h. die Fallschwere ist von 1,006 in 2014 auf 1,031 in 2015 angestiegen (+ 0,025; +2,5 %); durch den Anstieg beim Case-Mix-Index ist die Zahl der Case-Mix-Punkte deutlicher gestiegen als die Fallzahl, nämlich von 18.655 Case-Mix-Punkten in 2013 auf 19.533 Case-Mix-Punkte in 2015 (+ 878; + 4,7 %). Die mit den Kostenträgern in den Entgeltverhandlungen für 2015 vereinbarten Case-Mix-Punkte (18.900 Punkte) konnten damit wiederum deutlich übertroffen werden. Fallzahlanstiege waren für die Fachabteilungen Innere Medizin (+604,5; +9,9%), Chirurgie (+91,5; +3,7%), Unfallchirurgie (+39; +2,0%), Geriatrie (+3,5; +0,5%) und Kinder- und Jugendmedizin (+2,5; +0,1%) zu verzeichnen. Fallzahlrückgänge lagen in den Fachabteilungen HNO-Heilkunde (-155,5; -28,6%) und Orthopädie (-84,5; -5,2%) vor. Die Ergebnisse der übrigen Kliniken bewegen sich in etwa auf Vorjahresniveau. Die sehr positive Leistungsentwicklung im Bereich der Inneren Medizin ist auch vor dem Hintergrund der Erweiterung des Versorgungsauftrages „Kardiologie“ über die Einrichtung eines 24-Stunden-Betriebs am Linksherzkathetermeßplatz zu sehen. Die 24-stündige Bereitschaft am Linksherzkathetermeßplatz ist Anfang April 2015 umgesetzt worden.

Zum Leistungsanstieg trug des Weiteren die Versorgung von Asylbewerbern bei. Im Jahr 2015 wurden mit Leistungsschwerpunkten in den Bereichen Kinder- und Jugendmedizin und Frauenheilkunde / Geburtshilfe insgesamt 291 Personen auf der Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes versorgt.

In der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** wurden insgesamt 4.577 Patienten (DRG-Fallzahl) nach 4.589 im Vorjahr stationär versorgt. Damit wurde die Vorjahresfallzahl nahezu erreicht. Deutlich vermindert hat sich demgegenüber der Case-Mix, d. h. die Zahl der Case-Mix-Punkte, die durch die Versorgung der Patienten insgesamt erreicht wurde. Sie reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 277 Punkte auf 3.831 Punkte. Ausschlaggebend hierfür ist eine Absenkung des Case-Mix-Index (CM-Punkte je Fall) von 0,895 in 2014 auf 0,837 in 2015. Maßgeblich wurde der Rückgang dabei durch zwei Entwicklungen determiniert. Zu einen wirkte sich ein infolge der Umsetzung der Vorgaben der Krankenhausplanung NRW geändertes Leistungsspektrum aus. So wurden z. B. Knie-TEP-Leistungen, die Implantation von Defibrillatoren und aufwendige bauchchirurgische Versorgungen nicht mehr am Krankenhausstandort Schleiden sondern im Krankenhaus Mechernich erbracht. Zum anderen führten personelle Wechsel und vorübergehend bestehende Personalengpässe insbesondere im Bereich der ärztlichen Mitarbeiter temporär zu Leistungseinschränkungen.

In der **Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH** konnte die Inanspruchnahme der Geriatrischen Rehabilitation in 2015 mit durchschnittlich 43,9 belegten Betten gegenüber 43,6 im Vorjahr nochmals leicht gesteigert werden. Die am Standort Zülrich solitär betriebene Kurzzeitpflegeeinrichtung mit insgesamt 13 Plätzen konnte mit durchschnittlich 8,3 Plätzen das Vorjahresniveau (8,7 Plätze) dagegen nicht vollständig erreichen. Die Gesamtbelegung im Barbarahof Mechernich lag bei 64,7 Plätzen (99,5 %) gegenüber 65,0 Plätzen im Vorjahr. Von den darin enthaltenen 22 Pflegeplätzen für Menschen mit geistiger Behinderung waren wie im Vorjahr insgesamt 21,5 Plätze (97,7 %) ausgelastet.

Von den insgesamt 65 betreuten Seniorenwohnungen waren in 2015 durchschnittlich 60,5 Wohnungen (93,1 %) belegt; damit liegt der Auslastungsgrad um 0,7 %-Punkte über dem Vorjahreswert (92,4).

Die Belegung bei den von der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** getragenen Altenpflegeheimen stellte sich in 2015 wie folgt dar: Die Inanspruchnahme des Liebfrauenhofes in Schleiden lag 2015 bei 101,1 Plätzen (Vorjahr 103,0 Plätze) und damit um 1,9 Plätze unterhalb der durchschnittlichen Auslastung des Vorjahres. Das Brabenderstift in Zülrich war bei 61 Soll-Plätzen im Durchschnitt des Jahres 2015 mit 60,8 Plätzen und damit um 0,5 Plätze oberhalb der durchschnittlichen Auslastung 2014 (60,3 Plätze) ausgelastet.

Beide Pflegeheime konnten damit im Jahr 2015 wiederum die den Entgeltkalkulationen zugrunde zu legenden Soll-Auslastungsgrade von 98% erreichen bzw. sogar überschreiten.

Der Geschäftsverlauf der **VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** ist auch im Jahre 2015 weiterhin positiv. Wie bereits in den vergangenen Jahren, konnte auch im Berichtsjahr die Zahl der jährlichen Abrechnungsfälle aller Sozialstation gegenüber dem Vorjahr nochmals um ca. 130 erhöht werden. Dabei

konnten sowohl die SGB XI-Leistungen als auch die Leistungen im SGB-V-Bereich gesteigert werden. Dazu trugen insbesondere die Sozialstationen Zülpich und Schleiden bei. Der Leistungsanstieg in der Sozialstation Schleiden ist u. a. im Zusammenhang des Umzugs der Sozialstation aus ihren ehemaligen Räumlichkeiten in Hellenthal-Blumenthal in das Krankenhaus Schleiden zu sehen. Durch die neue räumliche Lage der Sozialstation können mehr Pflegebedürftige bzw. deren Angehörige erreicht werden. Die Auslastung aller drei Tagespflegeeinrichtungen beträgt im Berichtsjahr 74,1 % (26,0 Plätze) und konnte gegenüber dem Vorjahr um 19,1 %-Punkte oder 6,7 belegte Plätze erhöht werden. Die Inanspruchnahme der Tagespflege im Barbarahof lag bei 99,9 % (Vorjahr: 92,9 %), die im Liebfrauenhof Schleiden bei 41,4 % (Vorjahr: 25,2 %) und im Geriatrischen Zentrum bei 81,7 % (Vorjahr: 46,1 %).

Im von der **AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** getragenen Ambulanten OP-Zentrum Zülpich hat sich die Leistungsentwicklung im Jahre 2015 positiv dargestellt. Die Zahl der im Ambulanten OP-Zentrum in Zülpich operierten Patienten hat sich von 1.300 Operationen im Jahre 2014 auf 1.573 (+21 %) im Jahre 2015 erhöht. Dies ist im Wesentlichen auf Leistungssteigerung der Klinik für Handchirurgie im Kreiskrankenhaus Mechernich und der zusätzlichen Inanspruchnahme des AOPZ durch die Klinik für Plastische-, Wiederherstellungs- und Handchirurgie des St. Antonius Krankenhauses Schleiden zurückzuführen, die dort seit Ende Oktober 2014 Operationen erbringt.

Die Konzernunternehmen **KKM Servicegesellschaft mbH** (Einkauf und Zentrallager) sowie **KKM Gebäudedienste GmbH** (Unterhaltsreinigung) erbringen Leistungen für das Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die übrigen Konzerngesellschaften. Die Leistungserbringung beider Gesellschaften beruht auf Kostenerstattungsvereinbarung mit dem Konzernunternehmen.

c) Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat im Jahre 2015 ein Jahresergebnis von 1.492 TEUR erwirtschaftet (Vorjahr: 1.428 TEUR). Bei dem Jahresergebnis ist ein Zuschuss, den die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH zur Refinanzierung von Kosten in Höhe von 226 TEUR, die im Zusammenhang mit dem Abriss des Schwesternwohnheims stehen, gewährt hat, bereits berücksichtigt. Weiterhin sind in dem Ergebnis Verlustübernahmen für die Tochtergesellschaften (insgesamt 144 TEUR für das von der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH getragene Medizinische Versorgungszentrum am Kreiskrankenhaus Mechernich und für das von der AmbuMed getragene Medizinische Versorgungszentrum in Gemünd) sowie die Mietreduzierung für den Liebfrauenhof in Schleiden mit 96 TEUR enthalten. Das positive Jahresergebnis der Kreiskrankenhaus

Mechernich GmbH ist vorrangig wiederum auf die vorstehend dargestellte positive Leistungsentwicklung im Jahre 2015 zurückzuführen. Den Leistungsentwicklungen standen korrespondierend entsprechende Aufwandserhöhungen gegenüber, so dass sich das Ergebnis insgesamt weiterhin auf Vorjahresniveau darstellt. Im Jahresergebnis der Muttergesellschaft sind Ertragsteuern im Umfang von 150 TEUR (Vj. 17 TEUR) enthalten.

Der für die **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** mit 458 TEUR für das Berichtsjahr geplante Fehlbetrag wurde mit einem Betrag in Höhe von 567 TEUR deutlich überschritten. Maßgeblich hierfür ist der Rückgang der Krankenhausleistungen um 277 Case-Mix-Punkte, der unter Berücksichtigung des Anstiegs des Landesbasisfallwertes von 3.117,36 EUR je Case-Mix-Punkt auf 3.190,81 EUR mit einem Rückgang der Erlöse um 345 TEUR korrespondiert.

Trotz des deutlichen Rückgangs der Erlöse aus Krankenhausleistungen konnte das operative Ergebnis - insbesondere durch Reduzierungen bei den Personal- und Instandhaltungskosten - um 131 TEUR auf einen Fehlbetrag von 520 TEUR im Jahr 2015 verbessert werden. Die Ertragslage 2015 war darüber hinaus durch einen negativen Saldo periodenfremder Aufwendungen und periodenfremder Erträge in Höhe von -41 TEUR (Vorjahr: + 115 TEUR) belastet.

Für die **Geriatrisches Zentrum Züllich GmbH** resultierte im Geschäftsjahr 2015 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 49 TEUR nach einem Vorjahresüberschuss in Höhe von 459 TEUR. Das Vorjahresergebnis war maßgeblich durch Unterstützungsleistungen der Konzernmutter zur Tilgung von Darlehen in Höhe von 500 TEUR beeinflusst. Das Jahresergebnis 2014 ohne vorgenannte Unterstützungsleistung betrug ./. 41 TEUR.

Positive Jahresergebnisse konnten mit dem Betrieb des Altenpflegeheims Barbarahof und in den übrigen Leistungsbereichen (Rehabilitation, Betreutes Altenwohnen, Vermietungen) erreicht werden. Aus dem Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums resultierte im Geschäftsjahr 2015 wiederum ein Jahresfehlbetrag, der wie im Vorjahr mit 75 TEUR durch Zuschüsse der Konzernmutter abgemildert werden konnte. Die Konzernmutter hat im Jahr 2015 zudem eine Unterstützungsleistung in Höhe von 226 TEUR gewährt, mit der die Kostenbelastungen aus dem Abriss des ehemaligen Schwesternwohnheims vollständig refinanziert wurden.

Die Einrichtungen der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** haben im Jahr 2015 einen Jahresüberschuss in Höhe von 122 TEUR im Vergleich zu 286 TEUR im Vorjahr erwirtschaftet. Davon entfällt auf das Brabenderstift in Züllich ein Überschuss von 16 TEUR (Vorjahr: +14 TEUR) und auf die Altenpflegereinrichtungen im und am Schloss Schleiden ein Überschuss von 106 TEUR (Vorjahr +272 TEUR).

Ursächlich für den Überschuss im Liebfrauenhof in Schleiden ist – wie bereits in den Vorjahren – ein positives Ergebnis im Investitionskostenbereich, das insbesondere infolge der Weitergewährung einer Mietreduzierung durch die Kreiskrankenhaus

Mechernich GmbH resultiert. Diese Mietreduzierung, die aufgrund der stabilen Ergebnisentwicklung der Vorjahre im Jahr 2015 gegenüber 2014 von 25% auf 12,5% zurückgeführt wurde, ist in 2015 noch mit einem Entlastungsbetrag von 96 TEUR verbunden.

Die **VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** konnte im Geschäftsjahr 2015 einen Jahresüberschuss von 293 TEUR (Vorjahr 330 TEUR) erwirtschaften. Die Sozialstationen in Mechernich, Zülpich und Weilerswist erzielten wie bereits in den Vorjahren wiederum positive Jahresergebnisse; dabei konnte die Sozialstation in Zülpich den Überschuss nochmals steigern. Die Sozialstation Schleiden schloss dagegen erwartungsgemäß mit einem Jahresfehlbetrag, der oberhalb des Vorjahreswertes lag, ab.

Für die Tagespflegeeinrichtungen resultierte insgesamt ein Jahresüberschuss in Höhe von 19 TEUR. Dabei schlossen die Einrichtungen in Mechernich und Zülpich jeweils mit einem Jahresüberschuss, während für die Tagespflege in Schleiden erwartungsgemäß noch ein Jahresfehlbetrag resultierte.

Für die **AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** resultierte ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 2 TEUR nach einem Vorjahresüberschuss in Höhe von 11 TEUR. Das Ergebnis entfällt - wie im Vorjahr - vollständig auf den Betrieb des AOPZ in Zülpich, da die Verluste des MVZ auch im Jahr 2015 durch die Alleingesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ausgeglichen wurden. Insofern resultiert aus dem Betrieb des MVZ für die AmbuMed weiterhin keine Ergebnisauswirkung.

Für den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** wurde unter Berücksichtigung der vorstehenden Ergebnisse ein Konzerngewinn in Höhe von 1.239 TEUR nach 1.701 TEUR in 2014 erwirtschaftet. Fremden Gesellschaftern wurden im Geschäftsjahr 2015 Gewinnanteile in Höhe von 103 TEUR (Vorjahr: 294 TEUR) zugewiesen.

Die Gesamtleistung des Konzerns konnte in 2015 um 4.234 TEUR (+4,2%) auf 103,9 Mio. EUR gesteigert werden. Davon entfallen 3.390 TEUR (+4,4%) auf den Bereich der stationären und der ambulanten Krankenhausleistungen und 673 TEUR (+3,9%) auf die Bereiche der Altenpflege, der betreuten Seniorenwohnungen und der Geriatrischen Rehabilitation.

Analog zur Entwicklung der Gesamtleistung erhöhten sich die Personalkosten um 4,1% um 2.665 TEUR auf 68.084 TEUR. Damit entsprechen die Personalkosten einem Anteil von 66% der Gesamtleistung. Neben tariflichen Kostensteigerungen wirkten sich hier insbesondere auch leistungsbezogene Erhöhungen der Mitarbeiterzahl aus. In den Krankenhäusern konnten tarifliche Personal-

kostensteigerungen wiederum nicht über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes für Krankenhausleistungen vollständig refinanziert werden.

Maßgeblich für die Entwicklung des Konzerngewinns ist ein gegenüber dem Vorjahr rückläufiger Jahresüberschuss bei der Muttergesellschaft. Dabei ist positiv anzumerken, dass der Liquiditätsgewinn der Muttergesellschaft infolge des Anstiegs erfolgswirksamer Abschreibungsaufwendungen um 372 TEUR höher ausfällt als im Jahr 2014. Insgesamt ist das Konzernergebnis mit Steuern in Höhe von 219 TEUR belastet (+ 174 TEUR; + 380%). Zur Abnahme des Jahresergebnisses trug des Weiteren die Verschlechterung des Finanzergebnisses um 61 TEUR (-6,2%) bei, das zum einen auf sinkende Zinseinnahmen (- 97 TEUR) bei zum anderen gleichzeitig sinkenden Zinsaufwendungen (- 37 TEUR) insbesondere als Folge planmäßiger Darlehenstilgung und der Neuvereinbarung von Zinskonditionen nach dem Auslaufen von Zinsbindungsfristen zurückzuführen ist.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage des **Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat sich durch den Konzerngewinn weiter verbessert. Das Eigenkapital erhöhte sich insgesamt um 1.293 TEUR (+4,3%) auf 31.016 TEUR. Von dem Gesamtanstieg entfällt ein Betrag in Höhe von 1.239 TEUR auf den Konzerngewinn und ein Betrag von 103 TEUR auf Fremden Gesellschaftern zugewiesenen Gewinnanteile. Infolge der vollständigen Übernahme der Gesellschaftsanteile an der Liebfrauenhof Schleiden GmbH mit Wirkung ab dem 01.01.2015 reduziert sich das Konzerneigenkapital zudem in Höhe der zusätzlich übernommenen Gesellschaftsanteile in Höhe von 49 TEUR. Zudem war der Ausgleichsposten fremde Gesellschafter zugunsten des Passivischen Unterschiedsbetrags um 473 TEUR zu reduzieren. Vom Konzerneigenkapital entfällt weiterhin der überwiegende Anteil mit 26.498 TEUR (85,4%) auf die Konzernmutter. Die Konzern-Eigenkapitalquote erhöht sich von 30,6% per 31.12.2014 auf 31,4% zum aktuellen Bilanzstichtag.

Die Konzern-Bilanzsumme erhöhte sich um 1.614 TEUR (+1,7%) auf 98,9 Mio EUR. Auf der Aktivseite steht infolge fortgesetzter Bautätigkeit einer Zunahme des Anlagevermögens um 2.435 TEUR insbesondere die Abnahme des Finanzmittelfonds um 2.519 TEUR auf 8.559 TEUR gegenüber. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag per 31.12.2015 um 1.913 TEUR (+18,9%) und befinden sich damit wieder auf dem Niveau des Jahres 2013.

Auf der Passivseite ist neben dem gestiegenen Eigenkapital (1.294 TEUR) insbesondere die Zunahme der Verbindlichkeiten (+1.334 TEUR) zu nennen, denen im Wesentlichen ein Rückgang der Sonderposten aus Fördermitteln um 1.034 TEUR gegenübersteht. Innerhalb der Verbindlichkeiten sanken die Darlehensverbindlichkeiten um 274 TEUR. Darlehensaufnahmen zur Finanzierung von Baumaßnahmen

am Krankenhausstandort Schleiden in Höhe von 1.757 TEUR standen dabei im Konzern planmäßige Darlehenstilgungen in Höhe von 2.031 TEUR gegenüber. Deutlich angestiegen sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 1.143 TEUR (+38,9%), unter anderem infolge der Zunahme von Verbindlichkeiten aus Bautätigkeiten. Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz erhöhten sich um 685 TEUR (29,8%), teilweise aufgrund der erforderlichen Abgrenzung von Verbindlichkeiten aus Rückzahlungsbeträgen für Mehrleistungen und teilweise infolge des Abbaus des Vorgriffs auf Fördermittel.

Die Rückstellungen stellen sich gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag mit 11.219 TEUR insgesamt nahezu unverändert dar (+ 35 TEUR). Innerhalb der Rückstellungsposition erhöhten sich dabei die Steuerrückstellungen (+204 TEUR) sowie Personalkostenrückstellungen (+274 TEUR), während die sonstigen Rückstellungen, insbesondere für ausstehende Rechnungen und zur Abgrenzung von Abrechnungsrisiken, um 443 TEUR abnahmen.

Der Finanzmittelbestand des Konzerns betrug zum Bilanzstichtag 8.559 TEUR (31.12.2014: 11.078 TEUR). Der Rückgang (- 2.519 TEUR) resultiert insbesondere aus der fortgesetzten Bautätigkeit im Bereich eigenmittel- sowie fremdfinanzierter Baumaßnahmen. Dem Finanzmittelbestand stehen für laufende bzw. beschlossene Baumaßnahmen entsprechende Bau- bzw. krankenhaushausfinanzierungsrechtliche Ausgabeverpflichtungen im Volumen von 1.903 TEUR gegenüber.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden sowohl im Mutterunternehmen wie auch im Konzern wiederum deutliche Mittelzuflüsse aus laufender Geschäftstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit erzielt. Diese wurden eingesetzt, um den Mittelbedarf für die Finanzierung der Investitionen in das Anlagevermögen zu finanzieren.

Die Ertrags- und Ergebnissituation und auch die Vermögens- und Finanzlage des Mutterunternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH als auch des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind nach wie vor als sehr stabil zu bezeichnen. Die Liquidität der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns war zu jeder Zeit ausreichend und sichergestellt.

Investitionen

Im Mutterunternehmen **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** sind im Jahre 2015 folgende Baumaßnahmen fertiggestellt, begonnen, weitergeführt sowie beschlossen worden:

- Die Errichtung einer weiteren Wahlleistungsstation mit insgesamt 18 Betten (10 Einzelzimmer, 4 Zweibettzimmer) für den internistischen Bereich mit einem Kostenvolumen von 1.750 TEUR ist im Wesentlichen im Dezember

2014 abgeschlossen worden; der als Station Elisabeth bezeichnete Bereich ist in den ersten Januartagen 2015 in die Nutzung überführt worden.

- Nach Abschluss der Baumaßnahme „Neugestaltung und Erweiterung der Eingangshalle“ Ende 2014 konnte im Herbst des Jahres 2015 die Maßnahme „Neugestaltung der Außenanlagen Haupteingang“ mit einem Kostenvolumen von 480 TEUR abgeschlossen werden. Voraussetzung hierfür war die Fertigstellung der letzten Teilmaßnahme zum Umbau und zur Erweiterung von 40 Patientenbädern bis Anfang Mai 2015. Für diese Teilmaßnahme ist ein Kostenvolumen von 240 TEUR angefallen.
- Die Bautätigkeiten zu der im Jahre 2013 beschlossenen Errichtung einer neuen Zentralsterilisation für alle Einrichtungen des Unternehmensverbundes Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind im Jahre 2015 planmäßig verlaufen. Die mit einem Kostenvolumen von 4.030 TEUR geplante Baumaßnahme ist im Juni 2015 abgeschlossen worden. Im Juli 2015 erfolgte die Inbetriebnahme zunächst zur Versorgung des Kreiskrankenhaus Mechernich; im August 2015 dann die Tätigkeitsaufnahme für weitere Einrichtungen im Konzernverbund. Die Zentralsterilisation im Krankenhaus Schleiden ist im gleichen Zeitraum außer Betrieb genommen worden.
- In seiner Sitzung am 25. September 2015 hat der Verwaltungsrat der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH beschlossen, die OP-Kapazitäten in einem ersten Bauabschnitt (OP-Neubau) um vier OP-Säle und zwei Nebenräume im 2. Obergeschoss oberhalb der neuen Zentralsterilisation zu erweitern. Die Gesamtkosten des ersten Bauabschnitts werden voraussichtlich 5.750 TEUR inklusive 1 Mio. EUR für Ausstattungen betragen. Der Baubeginn ist für März 2016 und die Fertigstellung für November 2017 vorgesehen. In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls festgelegt, dass für die Innere Notaufnahme im 1. Obergeschoss über der Zentralsterilisation neue Räumlichkeiten mit einem Gesamtkostenvolumen von 527 TEUR geschaffen werden sollen.
- Im März 2015 hatte der Verwaltungsrat der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH auch der Erweiterung der vorhandenen Liegendkrankenfahrt am Krankenhaus Mechernich mit einem Kostenvolumen von 320 TEUR zugestimmt. Die vorhandene Anfahrt entsprach nicht mehr den aktuellen Anforderungen der neuen Rettungswagen, welche in Länge, Breite und Höhe deutlich größer geworden sind. Die Arbeiten wurden im Frühjahr 2016 zum Abschluss gebracht.

Für die **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** sind im Jahr 2014 folgende Baumaßnahmen beschlossen worden:

- Neugestaltung des Erdgeschosses mit einem Gesamtkostenvolumen von 3,28 Mio. €.
- Errichtung einer interdisziplinären Wahlleistungsstation im 3. OG des Krankenhauses mit 11 Betten und einem Kostenvolumen von 930 TEUR.
- Erweiterung der Parkplätze vor dem Krankenhaus von 65 auf 111 über ein Parkdeck sowie die Neugestaltung des ebenerdigen vorhandenen Parkplatzes mit einem Gesamtkostenvolumen von 827 TEUR.

Die beiden letztgenannten Maßnahmen konnten ebenso wie die bereits im Jahr 2014 begonnen Baumaßnahmen „Erneuerung der Brandmeldeanlage“ - mit einem Kostenvolumen von 251 TEUR - und „Erweiterung der Endoskopie“ - mit einem Aufwand von 150 TEUR - im Jahr 2015 abgeschlossen werden. Zur Schaffung baulicher Voraussetzung zum Betrieb der 15 durch das Krankenhausplanungsverfahren 2015 zugesprochenen geriatrischen Betten wurde der internistische Stationsbereich im 1. Obergeschoss zur Einrichtung einer geriatrischen Teilstation mit einem Kostenvolumen in Höhe von 120 TEUR umstrukturiert. Im Rahmen der Erstellung des Parkdecks wurde zudem ein zusätzlicher Mitarbeiterparkplatz (30 TEUR) geschaffen. Die Maßnahme „Neugestaltung des Erdgeschosses“ wird sich unter Berücksichtigung der Umsetzung der Baumaßnahme im laufenden Betrieb des Krankenhauses über einen Zeitraum von mehreren Jahren erstrecken.

Die mit dem Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH kooperierende Logopädiepraxis betreibt ab dem Sommerhalbjahr 2015 auf dem Gelände der **Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH** in Zülrich eine Schule für Logopädie. Hierzu wurde mit Datum vom 24. April 2014 ein langfristiger Mietvertrag mit der Logopädiepraxis abgeschlossen. Die Schulräume wurden in einem bisher nicht genutzten Gebäudeteil des ehemaligen Krankenhausgebäudes an der Kölnstraße eingerichtet. Mit der Inbetriebnahme dieses weiteren Leistungsbereiches ist eine Attraktivitätssteigerung des Gesamtstandortes verbunden. Die von der Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH zu tragenden Baukosten in Höhe von 570 TEUR wurden über ein Darlehen finanziert.

Personal- und Sachkostenbereich

In 2015 wurden konzernweit 1.582 Mitarbeiter in den Dienstarten ärztlicher Dienst, Pflegedienst, medizinisch-technischer Dienst, klinisches Hauspersonal, Wirtschafts- und Versorgungsdienst, technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonderdienst und Personal der Ausbildungsstätten beschäftigt. Davon entfielen 72,8 % auf die medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Dienstarten.

3. Nachtragsbericht

Mit Notarvertrag vom 05. November 2015 wurde der Krankenhausbetrieb des St. Antonius Krankenhauses mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2016 auf die Mehrheitsgesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übertragen. Die Übernahme erfolgte im Rahmen eines „Asset-Deal“, wonach eine Übertragung sämtlicher Aktiva und Passiva durchgeführt wird. Die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH bleibt als Gesellschaftshülle zurück.

Durch das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Aachen wird aktuell konzernweit eine Betriebsprüfung für die Geschäftsjahre 2010-2013 durchgeführt. Im Mittelpunkt steht u. a. die Frage der Gestaltung der Leistungsverrechnung im Konzern. Die Leistungsbeziehungen zwischen den Unternehmen im Unternehmensverbund Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind grundsätzlich auf Kostenerstattung ausgerichtet. Die Finanzverwaltung steht entgegen vorheriger Auffassung vor dem Hintergrund einer im Jahr 2013 geänderten BFH-Rechtsprechung auf dem Standpunkt, dass Gewinnaufschläge auch bei Leistungsbeziehungen im gemeinnützigen Konzern zu berücksichtigen seien. Im Konzernabschluss sind Rückstellungen für erwartete Steuernachzahlungen berücksichtigt.

Der Verwaltungsrat der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse des Verbandes der Diözesen Deutschlands, Köln (KZVK) hat vor dem Hintergrund eines Urteils des Bundesgerichtshofes vom 09. Dezember 2015 in seiner Sitzung am 25.02.2016 beschlossen, sämtliche durch die KZVK in den Jahren 2002 bis 2014 angeforderten Sanierungsgeldzahlungen an die Unternehmen zurückzuzahlen. Für die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH resultiert hieraus ein Rückzahlungsbetrag in Höhe von 756 TEUR, für die Liebfrauenhof Schleiden GmbH in Höhe von 89 TEUR jeweils zuzüglich Zinsen. Die aus der Rückzahlung bei der KZVK resultierende Deckungslücke soll durch die zukünftige Erhebung eines „pauschalen Finanzierungsbeitrages“ geschlossen werden. Hierzu hat der Verwaltungsrat der KZVK angekündigt, im Herbst 2016 entsprechende Beschlüsse zu fassen.

4. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

a) Risikobericht

Die branchenbezogenen Risiken der Krankenhausbranche und des Altenpflege-sektors sind grundlegend in Kapitel 2. a) dargestellt worden.

Über die in der regionalen Planungskonferenz für die Krankenhäuser im Kreis Euskirchen am 19. Februar 2015 erreichte Erweiterung der Gesamtbettenzahl des Krankenhauses Mechernich und des Krankenhauses Schleiden von 518 auf 523 Betten sowie die Zuordnung von 15 geriatrischen Betten in das St. Antonius

Krankenhaus Schleiden sind beide Krankenhausstandorte krankenhaushausplanerisch für die weitere Zukunft als gesichert anzusehen.

Unter Berücksichtigung der weiterhin zunehmenden Leistungsanspruchnahme des Kreiskrankenhauses Mechernich werden für das Krankenhaus Mechernich keine größeren Risiken gesehen.

Für das Krankenhaus Schleiden wird erwartet, dass sich die zum 01.01.2016 umgesetzte Integration in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die damit einhergehende Möglichkeiten der Intensivierung der Zusammenarbeit positiv auswirken wird. Durch die krankenhaushausplanerische Zusammenführung der beiden Krankenhausstandorte innerhalb der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und dem Entstehen eines Gesamtkrankenhauses mit 523 Betten soll zum Einen den Vorgaben des Krankenhausplans NRW 2015 im Bereich der dort abgeleiteten Strukturvorgaben begegnet werden. Zum Anderen wird erwartet, dass durch das Entstehen größerer Einheiten die negativen Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems für kleinere Krankenhausstandorte zumindest teilweise für das Krankenhaus Schleiden aufgehoben werden können und so konkurrenzfähige Strukturen entstehen.

Im Altenpflegesektor bewirken die in Kapitel 2. a) dargestellten gesetzgeberischen Änderungen gesamtwirtschaftlich primär eine stärkere Fokussierung auf ambulante und teilstationäre Leistungsangebote. Dies könnte sich für die VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH positiv auswirken, für die Liebfrauenhof Schleiden GmbH sowie die Geriatriisches Zentrum Zulpich GmbH als Träger von vollstationären Altenpflegeeinrichtungen sind hier eher höhere Risiken zu sehen. Aus der Neuregelung der rechtlichen Grundlagen zur Refinanzierung von Investitionskosten, die durch das ab dem 01. Januar 2015 geltende Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) und die damit verbundene Durchführungsverordnung (APG DVO) vorgegeben ist, resultieren für die Einrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH sowie der Geriatriisches Zentrum Zulpich GmbH aufgrund einer gesetzlich fixierten Übergangsregelung bis zum 31. Dezember 2019 zunächst keine erheblichen Auswirkungen. Für Folgejahre ab dem Jahre 2020 bleibt insgesamt insbesondere vor dem Hintergrund erwarteter rechtlicher Überprüfungen die Zulässigkeit und Angemessenheit der Übergangsregelungen abzuwarten, welche Änderungen sich hinsichtlich der Refinanzierung von Investitionskosten tatsächlich ergeben. Spezielle Risiken können sich durch die weitere Etablierung vorhandener oder neuer Altenpflegeheime ergeben. Für die VIVANT gGmbH besteht trotz der positiven gesetzgeberischen Veränderungen mittel- und langfristig nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Konkurrenzsituation zum Einen durch andere Pflegedienste im Kreis Euskirchen und zum Anderen durch privat beschäftigte Mitarbeiter aus den sogenannten „Billiglohnländern“, die zu einer Reduzierung der Leistungsanspruchnahme im SGB XI-Bereich führen können.

b) Chancen- und Prognosebericht

Die **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** geht auf der Grundlage der Leistungsentwicklung in den ersten Monaten des Jahres 2016 sowie der auf dieser Grundlage zu erwartenden Entgeltvereinbarung für das Jahr 2016 davon aus, dass auch im Jahre 2016 zumindest das im Wirtschaftsplan ausgewiesene positive Ergebnis (832 TEUR) erreicht werden kann. An den Krankenhausstandorten Mechernich und Schleiden wurden per 30.04.2016 insgesamt 8.260 Patienten stationär versorgt. Damit konnte die Vorjahresfallzahl (8.028 Fälle) nochmals um 232 Fälle übertroffen werden. Die Entwicklung an den Krankenhausstandorten war dabei sehr unterschiedlich. Während im Krankenhaus Schleiden die Fallzahlentwicklung noch deutlich hinter dem Vorjahr zurückblieb, stieg die Fallzahl am Krankenhausstandort Mechernich deutlich über den Vorjahreswert.

Für die **übrigen Konzernunternehmen** ist Folgendes festzuhalten:

Die Leistungsinanspruchnahme der von der **Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH** getragenen Einrichtungen hat sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum in einzelnen Leistungsbereichen unterschiedlich entwickelt. In den ersten vier Monaten 2016 konnte in der Geriatrischen Rehabilitation das hohe Vorjahresbelegungsniveau (43,2 Plätze) mit 45,1 nochmals durchschnittlich belegten Plätzen deutlich überschritten werden. In der Kurzzeitpflege stellte sich die Inanspruchnahme mit durchschnittlich 7,7 Plätzen in 2015 gegenüber 7,8 Plätzen in den ersten vier Monaten des Jahres 2014 in ähnlicher Höhe dar. Im Barbarahof lag die Auslastung bei durchschnittlich 64,0 Plätzen (98,5 %) und damit um 1,4 Plätze unter der durchschnittlichen Belegung in 2015. Gemessen an dem den Entgeltvereinbarungen für die Einrichtungen zugrunde liegenden Sollauslastungsgrad von 98 % stellt sich die Belegungssituation in der Geriatrischen Rehabilitation und im Barbarahof aber nach wie vor positiv dar. Von den insgesamt 65 Betreuten Wohnungen waren in den ersten vier Monaten des Jahres 2016 im Durchschnitt 62 Wohnungen 95,4 % vermietet. Dieser Wert liegt damit deutlich über dem Vorjahreswert von 91,7%.

Wie in den Vorjahren werden die aus dem Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums am Kreiskrankenhaus Mechernich resultierenden Verluste bis zu maximal 75 TEUR durch die Mehrheitsgesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übernommen. Den Betrag von 75 TEUR übersteigende Verlustanteile müssen durch die Gesellschaft getragen werden. Der Belegung in den ersten Monaten des Jahres 2016 Rechnung tragend, wird für das Geschäftsjahr 2016 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet (Ansatz im Wirtschaftsplan: + 20 TEUR).

Die wirtschaftliche Entwicklung der von der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** getragenen Altenpflegeheime in Schleiden mit 102 Planplätzen und in Zülrich mit 61 Planplätzen ist maßgeblich von der Belegungsentwicklung in den Einrichtungen abhängig. Diese stellt sich im ersten Quartal des Jahres 2016 weiterhin positiv dar.

Von den vorgehaltenen 163 Gesamtplätzen waren 161,5 (99,0%) ausgelastet. Mit Wirkung zum 01.04.2016 wurden mit den zuständigen Pflegekassen und dem Landschaftsverband Rheinland für die Altenpflegeeinrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH neue Entgelte vereinbart. Die Entgelterhöhungen führen bei einer gegenüber dem Jahr 2015 unveränderten Pflegetagestruktur zu Erlössteigerungen von 2,92 % für den Liebfrauenhof und 2,94 % für das Brabenderstift. Trotz dieser Steigerungen verbleiben im Ergebnis Unterdeckungen im Leistungsbereich der Einrichtungen, insbesondere aufgrund der Aufrechterhaltung des Präsenzkraftkonzepts. Vor diesem Hintergrund hat der Verwaltungsrat der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH beschlossen, die Mietreduzierung in Höhe von 12,5% für die Gebäude des Liebfrauenhofs in Schleiden auch in 2016 fortzuführen.

Für das Jahr 2016 wird bei einer kalkulierten Soll-Auslastung von 98 % (99,96 Plätze im Liebfrauenhof sowie 59,79 Plätze im Brabenderstift) für die Altenpflegeeinrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH unter Berücksichtigung des Überschusses im Investitionskostenbereich insgesamt ein positives Jahresergebnis (38 TEUR) erwartet.

Für die **VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** wird vor dem Hintergrund der zu erwartenden steigenden Nachfrage nach qualifizierten Pflege- und Betreuungsleistungen – insbesondere bedingt durch die Pflegestärkungsgesetze I und II – bei gegebener hoher Leistungsqualität weiterhin ein positiver Rahmen für eine gute Entwicklung sowohl im Bereich der ambulanten Pflege als auch in der Tagespflege gesehen. Dabei wird die Entwicklung der Sozialstationen Zülpich, Mechernich und Weilerswist auch in 2016 positiv bewertet. Hier werden auch für 2016 Überschüsse erwartet. Für die Sozialstation Schleiden wird infolge der Standortverlegung in das St. Antonius Krankenhaus Schleiden eine weitergehende Verbesserung der Leistungsanspruchnahme und damit auch der wirtschaftlichen Situation erwartet. Die Entwicklung der Tagespflegeeinrichtungen an allen drei Standorten ist positiv, so dass für 2016 von einer weiteren Verbesserung der Ergebnissituation auszugehen ist. Vor dem Hintergrund der guten Inanspruchnahme der bereits langjährig etablierten Sozialstationen ist insgesamt davon auszugehen, dass die VIVANT gGmbH auch in 2016 ein positives Jahresergebnis – im Wirtschaftsplan sind 190 TEUR ausgewiesen – erreichen wird.

Die Leistungsanspruchnahme in dem von der **AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** getragenen Ambulanten OP-Zentrum in Zülpich stellt sich per 30.04.2016 leicht unterhalb der Vorjahresdaten dar. Die Zahl der im AOPZ durchgeführten Operationen betrug 542 nach 572 Operationen per 30.04.2015.

Auf der Basis der Wirtschaftsplanung für die AmbuMed ist für 2016 mit einem positiven Jahresergebnis in der Größenordnung von 2 TEUR zu rechnen, das aus dem Betrieb des AOPZ in Zülpich resultiert. In der Ergebnisplanung für das AOPZ wurde allerdings unterstellt, dass sich die Leistungsanspruchnahme im Jahr 2016 auf dem Vorjahresniveau darstellt. Insofern bleibt abzuwarten, ob der per 30.04.2016

resultierende leichte Rückgang bei der Zahl der durchgeführten Operationen im Laufe des Jahres noch kompensiert werden kann. Hinsichtlich etwaiger Verluste des Medizinischen Versorgungszentrums an der Olefmündung in Gemünd wird in der Wirtschaftsplanung unterstellt, dass diese – wie für das Jahr 2015 – weiterhin bis zu einem Betrag von 75 TEUR p. a. von der Alleingesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übernommen werden.

Sowohl für das Mutterunternehmen **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** als auch für den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH werden im Jahre 2016 – trotz der weiterhin defizitären Situation des Krankenhauses Schleiden – positive Ergebnisse erwartet.

Mechernich, den 23. Mai 2016

gez. Hermann Gemke
Geschäftsführer

gez. Manfred Herrmann
Geschäftsführer

Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH für das Geschäftsjahr 2015

Der Gesellschaftsvertrag der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH enthält in der für das Jahr 2015 geltenden Fassung (Notarurkunde vom 15. Juli 2010) in § 2 zum Gegenstand der Gesellschaft folgende Bestimmungen:

§ 2 – Gegenstand der Gesellschaft, Gemeinnützigkeit

- (1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe.


Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die dem Zweck der Gesellschaft dienen. Darüber hinaus darf sie sich an anderen Gesellschaften beteiligen sowie die Betriebsführung von anderen Einrichtungen übernehmen, soweit damit der Zweck nach Absatz 1 erfüllt wird.

Hiermit erklären wir, dass die Betätigung des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Geschäftsjahr 2015 den Bestimmungen des § 2 des Gesellschaftsvertrags entsprochen hat.

Mechernich, den 27. Juli 2016

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH


(Hermann Gemke)
Geschäftsführer


(Manfred Herrmann)
Geschäftsführer

AKTIVSEITE

- A. Anlagevermögen
 - 1. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen
- II. Sachanlagen
 - 1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken
 - 2. technische Anlagen
 - 3. Einrichtungen und Ausstattungen
 - 4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

31.12.2015			
	EUR		
		327.085,00	

A. Anlagevermögen			
1. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen			
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken		35.550.639,00	
2. Technische Anlagen		2.331.208,00	
3. Einrichtungen und Ausstattungen		5.164.568,05	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		438.763,15	
		<u>43.485.178,20</u>	

III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		6.094.080,89	
2. Sonstige Ausleihungen		5.000,00	
		<u>6.099.080,89</u>	

III. Finanzanlagen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen
2. sonstige Ausleihungen

B. Umlaufvermögen

1. **Vorräte**
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
2. unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:	EUR	0'00
	(Vorjahr:	EUR	0'00)
2.	Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:	EUR	0'00
	(Vorjahr:	EUR	0'00)
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:	EUR	276.952,00
	(Vorjahr:	EUR	329.152,00)
4.	Forderungen gegen sonstige Vermögensgegenstände davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:	EUR	218.830,00
	(Vorjahr:	EUR	218.830,00)
		EUR	622.438'96
	(Vorjahr:	EUR	855.691'10)

III. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten

C. Ausgleichsposten nach dem KHG

D. Rechnungsabgrenzungsposten

St. Weinmang-Gesellschaftsgesellschaft	73.603.984,04
	20.725,02

Kreiskrankenhaus Meckernich GmbH, Meckernich

31.12.2014	
EUR	
358.251,00	
3.113.457,00	
1.822.419,00	
4.744.296,05	
3.138.528,76	
2.818.700,81	
6.045.080,89	
5.000,00	
6.050.080,89	

A. Eigenkapital

1.	Gezeichnetes Kapital	100.000,00
2.	Kapitalrücklagen	100.000,00
3.	Gewinnrücklage	100.000,00
4.	Gewinnvortrag	100.000,00
5.	Jahresüberschuss	100.000,00

B. Sonderposten aus

33. Sonderposten aus

7. sonstige Rückstellungen

D. Verbindlichkeiten

Vorjahr:

davon mit einer Res

2. Verbindlichkeiten au

(Vorjahr: _____)

Vorjahr.

davon mit einer Res

davon aus Steuern:

E. Rechnungsabgrenzungsposten

PASSIVSEITE

31.12.2015	31.12.2014
EUR	EUR
665.000,00	665.000,00
3.782.895,79	3.782.895,79
4.304.594,44	4.304.594,44
16.254.251,31	14.826.609,25
1.491.902,62	1.427.642,06
<u>25.498.444,16</u>	<u>25.008.541,54</u>
15.457.276,43	16.641.414,58
537.052,00	556.007,00
<u>1.396,00</u>	<u>2.935,00</u>
15.995.724,43	17.200.356,58
150.000,00	0,00
8.966.506,01	9.272.329,23
<u>9.116.506,01</u>	<u>9.272.329,23</u>
2.650.683,73	1.935.215,83
2.094.986,43	1.274.563,92
472.088,35	489.466,00
77.708,16	444.703,12
1.616.946,87	1.567.635,53

E. Rechnungsabgrenzungsposten

3,560,00	73,263,559,88
3,560,00	73,603,984,04

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015
der
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich

		2015		2014	
		EUR	EUR	EUR	EUR
1.	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	63.137.035,65		59.438.485,72	
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	2.276.247,11		2.027.123,41	
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.417.255,55		2.563.231,91	
4.	Nutzungsentgelte der Ärzte	1.085.947,51		1.093.983,11	
5.	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-7.600,00		3.600,00	
6.	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentl. Hand, soweit nicht unter Nr. 10	2.084.942,38		1.843.202,85	
7.	sonstige betriebliche Erträge	<u>4.727.442,36</u>	75.721.270,56	<u>5.065.455,78</u>	72.035.082,78
8.	Personalaufwand				
a)	Löhne und Gehälter	36.192.642,48		34.555.821,85	
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung EUR 2.867.863,52 (im Vorjahr: EUR 2.739.726,55)	<u>8.902.524,65</u>	45.095.167,13	<u>8.503.304,14</u>	43.059.125,99
9.	Materialaufwand				
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.493.947,85		8.977.449,42	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>10.073.999,18</u>	<u>19.567.947,03</u>	<u>9.085.424,45</u>	<u>18.062.873,87</u>
Zwischenergebnis			11.058.156,40		10.913.082,92
10.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen davon Fördermittel nach dem KHG EUR 2.004.404,13 (im Vorjahr: EUR 1.876.213,30)	2.004.404,13		1.876.213,30	
11.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	<u>3.067.782,68</u>	5.072.186,81	<u>3.012.246,03</u>	4.888.459,33
12.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.143.219,81		2.041.842,77	
13.	Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	167.462,97		189.927,67	
14.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.458.610,55		4.073.189,95	
15.	sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>7.182.811,66</u>	<u>13.952.104,99</u>	<u>7.569.653,18</u>	<u>13.874.613,57</u>
Zwischenergebnis			2.178.238,22		1.926.928,68
16.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen EUR 20.209,91 (im Vorjahr: EUR 21.761,29)	57.067,38		146.537,83	
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	593.330,56		628.537,67	
		<u>-536.263,18</u>		<u>-481.999,84</u>	
18.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.641.975,04		1.444.928,84
19.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	127.884,00		0,00	
20.	sonstige Steuern	<u>22.188,42</u>	<u>150.072,42</u>	<u>17.286,78</u>	<u>17.286,78</u>
21.	Jahresüberschuss		<u>1.491.902,62</u>		<u>1.427.642,06</u>

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Seite 130

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2015

	2015	2014
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	6.838.711,38	6.738.173,44
2. sonstige betriebliche Erträge	3.334.931,57	3.363.591,47
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-702.949,87	-691.407,16
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.367.253,43	-1.486.150,06
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-3.646.917,92	-3.359.830,73
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung davon für Altersversorgung: EUR 254.003,63; Vorjahr: EUR 230.527,37	-963.901,84	-902.113,02
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-666.496,64	-668.774,39
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.395.944,00	-2.073.396,90
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	756,15	7.694,98
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 162,80; Vorjahr: EUR 162,80 davon aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR 0,00; Vorjahr: EUR 4.773,00		
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-453.149,24	-459.944,62
davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: EUR 5.043,00; Vorjahr: EUR 0,00 davon an verbundene Unternehmen: EUR 36.093,42; Vorjahr: EUR 30.127,33		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-22.213,84	467.843,01
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-6.900,00	0,00
10. sonstige Steuern	-19.514,09	-8.754,32
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-48.627,93	459.088,69

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Mechnernich

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Aktiva	31.12.2015		31.12.2014		Passiva	
	€		€		31.12.2015	31.12.2014
A. Umlaufvermögen						
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Sonstige Vermögensgegenstände	50.480,83		57.893,81		27.609,76	27.609,76
II. Guthaben bei Kreditinstituten	930,48		644,31		17.272,28	16.110,17
	51.411,31		58.538,12		1.162,11	1.162,11
					46.044,15	44.882,04
					218,38	436,76
					1.500,00	11.128,17
					1.718,38	11.564,93
					2.012,65	1.453,35
					1.636,13	637,80
					3.648,78	2.091,15
	51.411,31		58.538,12		51.411,31	58.538,12

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Mechernich

**Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2015**

	2015	2014
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	16.737,08	20.962,72
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-10.086,72	-8.583,60
b) Soziale Abgaben	-4.088,72	-9.565,93
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.561,64	-2.813,19
4. Erträge aus Beteiligungen	1.380,49	1.380,49
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.380,49	1.380,49
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-218,38	-218,38
Jahresüberschuss	1.162,11	1.162,11

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Seite 134

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG, Mechernich

**Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2015**

	2015	2014
	€	€
1. Umsatzerlöse	511.159,68	494.618,52
2. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-191.071,00	-192.045,00
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-85.588,19	-117.123,05
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	61,88
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-113.794,52	-124.759,42
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	120.705,97	60.752,93
6. Sonstige Steuern	-17.240,31	-12.403,10
Jahresüberschuss	103.465,66	48.349,83
7. Gutschrift auf Kapitalkonto	-103.465,66	-48.349,83
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

Bilanz zum 31. Dezember 2015

AKTIVSEITE		31.12.2015		31.12.2014		PASSIVSEITE		31.12.2015		31.12.2014	
		EUR		TEUR				EUR		TEUR	
A. ANLAGEVERMÖGEN						A. EIGENKAPITAL					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						I. Gezeichnetes Kapital		30.000,00		30	
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				17		II. Kapitalrücklagen		272.483,22		272	
		16.471,00				III. Gewinnrücklagen		3.063.913,89		3.064	
II. Sachanlagen						IV. Verlustvortrag		-1.965.439,23		-1.430	
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken		4.536.808,35		4.725		V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		-567.434,53		-535	
								833.523,35		1.401	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken		435.752,85		472		B. SONDERPOSTEN AUS ZUWENDUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS		3.133.577,77		2.907	
3. Technische Anlagen		103.983,00		120		1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG					
4. Einrichtungen und Ausstattungen		1.059.684,00		969		2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand		39.583,00		63	
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		2.193.535,78		145		3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter		190.197,00		223	
		8.329.763,98		6.431				3.363.357,77		3.193	
B. UMLAUFVERMÖGEN						C. RÜCKSTELLUNGEN					
I. Vorräte						1. Steuerrückstellungen		3.000,00		3	
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		75.979,30		72		2. Sonstige Rückstellungen		1.002.817,10		988	
2. Unerferte Leistungen		113.272,00		98				1.005.817,10		991	
		189.251,30		170		D. VERBINDLICHKEITEN					
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		2.539.675,37		862	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		1.871.075,37		1.995		- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr					
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht		268.149,00		37		- 120.409,13 EUR (Vorjahr 80 TEUR)					
- davon nach KHEntgG/BPhV						2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		823.026,61		556	
268.149,00 EUR (Vorjahr 37 TEUR)						- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr					
3. Sonstige Vermögensgegenstände		49.947,88		102		3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		0,00		2	
						- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr					
		2.189.172,25		2.134		- 0,00 EUR (Vorjahr 2 TEUR)					
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		1.480.320,14		1.454		4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht		885.872,77		1.022	
C. AUSGLEICHSPOSTEN NACH DEM KHG						- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr					
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung		166.563,42		167		- 885.872,77 EUR (Vorjahr 1.022 TEUR)					
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		4.425,10		9		5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		1.702.843,20		968	
						- davon mit einer Restlaufzeit von einem Jahr					
						- 1.702.843,20 EUR (Vorjahr 968 TEUR)					
						6. Sonstige Verbindlichkeiten		459.991,02		564	
						- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr					
						- 459.991,02 EUR (Vorjahr 564 TEUR)					
						- davon aus Steuern					
						- 154.429,88 EUR (Vorjahr 191 TEUR)					
						E. AUSGLEICHSPOSTEN AUS DARLEHENSFÖRDERUNG		6.411.408,97		3.974	
								761.860,00		823	
								12.375.967,19		10.382	

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2015

	<u>2015</u> EUR	<u>2014</u> TEUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	12.630.913,18	12.985
2. Erlöse aus Wahlleistungen	252.178,25	269
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	323.929,46	365
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	855.063,72	856
5. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	15.479,00	-23
6. Sonstige betriebliche Erträge	1.229.124,58	1.463
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre		
77.289,00 EUR (Vorjahr 0 TEUR)	<u>15.306.688,19</u>	<u>15.915</u>
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	8.467.377,64	- 8.761
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.749.710,19	1.947
- davon für Altersversorgung		
444.937,51 EUR (Vorjahr 569 TEUR)	<u>10.217.087,83</u>	<u>10.708</u>
8. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.401.023,83	1.619
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.620.604,92</u>	<u>1.379</u>
	<u>3.021.628,75</u>	<u>2.998</u>
Zwischenergebnis	2.067.971,61	2.209
9. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	466.962,89	445
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	432.401,03	440
11. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	61.343,00	61

Bilanz zum 31. Dezember 2015

AKTIVSEITE		31.12.2015	31.12.2014
		EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		8.568,00	0
II. Sachanlagen			
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		2.359,00	3
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		18.132,35	16
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		111.797,89	154
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		1.195.272,79	1.104
3. Sonstige Vermögensgegenstände		11.615,07	3
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		1.318.685,75	1.261
		385.938,30	288
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		1.317,36	1
		<u>1.735.000,76</u>	<u>1.569</u>
PASSIVSEITE		31.12.2015	31.12.2014
		EUR	TEUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		100.000,00	100
II. Gewinnrücklagen		1.070,00	1
III. Gewinnvortrag		963.748,17	678
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		121.537,36	286
		<u>1.186.355,53</u>	<u>1.065</u>
B. SONDERPOSTEN AUS ZUWENDUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS		2.359,00	3
C. RÜCKSTELLUNGEN			
Sonstige Rückstellungen		243.465,04	233
D. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr		72.865,57	76
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		5.937,02	12
3. Sonstige Verbindlichkeiten		175.055,18	164
davon mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr		175.055,18 EUR (Vorjahr 164 TEUR)	
davon aus Steuern		24.790,42 EUR (Vorjahr 36 TEUR)	
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit		83,07 EUR (Vorjahr 0 TEUR)	
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		253.857,77	252
		<u>48.963,42</u>	<u>16</u>
		<u>1.735.000,76</u>	<u>1.569</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2015

	<u>2015</u> EUR	<u>2014</u> TEUR
1. Umsatzerlöse	7.441.911,51	7.176
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>445.524,33</u>	<u>370</u>
	7.887.435,84	7.546
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	508.181,28	515
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>848.605,43</u>	<u>885</u>
	1.356.786,71	1.400
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	3.026.277,90	2.770
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	769.644,97	699
- davon für Altersversorgung		
158.000,48 EUR (Vorjahr 141 TEUR)		
	<u>3.795.922,87</u>	<u>3.469</u>
Zwischenergebnis	2.734.726,26	2.677
5. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	234,00	0
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	2.569,00	0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>2.630.808,17</u>	<u>2.409</u>
Zwischenergebnis	101.583,09	268
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20.564,27	19
- davon aus verbundenen Unternehmen		
20.554,25 EUR (Vorjahr 18 TEUR)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	610,00	1
- davon aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen		
610,00 EUR (Vorjahr 1 TEUR)		
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, zugleich Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>121.537,36</u>	<u>286</u>

AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH, Meckernich

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Aktiva	31.12.2015		31.12.2014		Passiva	
	EUR		EUR		31.12.2015	31.12.2014
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00
1. Lizenzen	456,96		685,44		II. Gewinnvortrag	121.600,56
	456,96		685,44		III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-1.910,48
II. Sachanlagen						144.690,08
1. Bauten auf fremden Grundstücken	719.673,57		756.515,66			146.600,56
2. technische Anlagen	17.003,94		24.291,35			
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.154,81		23.480,31			
	758.832,32		804.287,32			
	759.289,28		804.972,76			
B. Umlaufvermögen					B. Rückstellungen	
I. Vorräte					1. sonstige Rückstellungen	
1. Waren	26.893,75		15.550,82			
	26.893,75		15.550,82		C. Verbindlichkeiten	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	198.412,74
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	65.632,76		83.061,73		2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.727,32
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	45.867,65		17.341,93		3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	511.204,00
3. sonstige Vermögensgegenstände	535,44		397,61		4. sonstige Verbindlichkeiten	7.085,68
	112.035,85		100.801,27		davon aus Steuern: EUR 4.619,22; Vorjahr: EUR 4.977,53	
	10.547,11		4.942,29		davon Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00;	
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	149.476,71		121.294,38		Vorjahr: EUR 0,00	
	0,00		23,96			
C. Rechnungsabgrenzungsposten						
	908.765,99		926.291,10			
					908.765,99	926.291,10

AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2015

	2015	2014
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	636.614,80	702.169,47
2. sonstige betriebliche Erträge	76.918,76	44.207,33
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-111.335,29	-105.421,44
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-37.170,55	-36.955,24
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-298.805,50	-300.745,48
b) soziale Abgaben	-47.271,16	-48.376,16
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-51.075,05	-65.138,91
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-150.674,67	-155.222,81
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	88,00	92,53
davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 88,00; Vorjahr: EUR 88,00		
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-19.199,82	-23.524,45
davon an verbundene Unternehmen: EUR 7.724,38; Vorjahr: EUR 5.269,04		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.910,48	11.084,84
9. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-1.910,48	11.084,84

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Seite 142

KKM Servicegesellschaft mbH, Mechnich

**Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2015**

	2015	2014
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	6.818.390,94	6.434.958,43
2. sonstige betriebliche Erträge	5.651,05	875,10
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-6.290.255,14	-5.981.461,64
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-274.606,53	-253.760,00
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-106.976,67	-65.191,11
b) soziale Abgaben	-24.623,94	-13.793,07
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-3.306,23	-914,11
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-101.616,72	-98.793,07
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	316,97
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9.214,44	-9.200,00
davon aus verbundenen Unternehmen EUR 9.200,00 Vorjahr: EUR 9.200,00		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.442,32	13.037,50
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3.578,25	-4.041,79
10. sonstige Steuern	-3.000,00	0,00
11. Jahresüberschuss	6.864,07	8.995,71

Bilanz zum 31. Dezember 2015

Seite 144

KKM Gebäudedienste GmbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2015

	2015	2014
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	1.695.501,35	1.570.751,59
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00	220,08
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-1.133.097,52	-1.066.167,85
b) soziale Abgaben	-252.977,82	-245.815,90
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	-244.467,56	-249.378,75
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	134,38
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-10,93	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	64.947,52	9.743,55
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-21.326,00	-2.996,75
8. sonstige Steuern	-363,53	0,00
9. Jahresüberschuss	43.257,99	6.746,80

Seite 146

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2015

	<u>2015</u> EUR	<u>2014</u> TEUR
1. Umsatzerlöse	3.809.605,53	3.504
2. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	102.334,71	101
3. Sonstige betriebliche Erträge	232.210,59	228
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	191.573,23	183
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>252.714,37</u>	<u>191</u>
	444.287,60	374
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.063.428,79	1.807
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	438.007,63	374
- davon für Altersversorgung		
12.244,95 EUR (Vorjahr 2 TEUR)		
	<u>2.501.436,42</u>	<u>2.181</u>
Zwischenergebnis	1.198.426,81	1.278
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	15.183,56	18
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>908.571,96</u>	<u>945</u>
Zwischenergebnis	274.671,29	315
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21.834,96	17
- davon aus verbundenen Unternehmen		
21.660,92 EUR (Vorjahr 16 TEUR)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	350,00	0
- davon aus der Aufzinsung		
350,00 EUR (Vorjahr 0 TEUR)		
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>296.156,25</u>	<u>332</u>
11. Sonstige Steuern	<u>2.925,77</u>	<u>2</u>
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u><u>293.230,48</u></u>	<u><u>330</u></u>

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015

Bilanz

Aktiva

Passiva

	31.12.2015		31.12.2014	
	EUR		EUR	
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	4.040,00	6.148,00		
II. Sachanlagen Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	42.993,00	43.432,00		
III. Finanzanlagen Anteile an verbundenen Unternehmen	25.564,59 72.597,59	25.564,59 75.144,59		
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen davon aus Lieferungen und Leistungen EUR 214.595,78 (i. Vj. EUR 188.483,27) 2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.275.000,58 29.244,97 1.304.245,55	1.211.054,61 31.195,04 1.242.249,65		
II. Kassenbestand	50,24 1.304.295,79	194,74 1.242.444,39		
	750,00	1.250,00		
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
	1.377.643,38	1.318.838,98		
A. EIGENKAPITAL				
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	511.291,88	511.291,88		
II. Rücklagen der Kommanditisten	611.487,07	611.487,07		
III. Verlustsonderkonten der Kommanditisten	0,00	-22.272,09		
	1.122.778,95	1.100.506,86		
B. RÜCKSTELLUNGEN Sonstige Rückstellungen	44.800,00	43.300,00		
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.306,73	26.248,95		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon gegenüber verbundenen Unternehmen EUR 156.502,59 (i. Vj. EUR 101.663,27)	180.669,90	135.165,56		
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	1.517,18		
4. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern EUR 0,00 (i. Vj. EUR 5.694,88)	6.087,80	12.100,43		
	210.064,43	175.032,12		
	1.377.643,38	1.318.838,98		

Radio Euskirchen GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Euskirchen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015	2014
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	856.127,20	914.897,30
2. Sonstige betriebliche Erträge	15.323,91	19.648,34
3. Materialaufwand	386,98	0,00
4. Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	3.050,85	2.337,50
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	13.775,04	13.548,07
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	737.801,86	758.435,93
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	1.611,25
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.583,13	4.381,25
davon an verbundene Unternehmen EUR 2.536,19 (i.Vj. EUR 2.417,96)		
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	112.853,25	157.454,14
10. Steuern vom Ertrag	15.922,75	23.228,99
11. Sonstige Steuern	261,27	216,00
12. Jahresüberschuss	96.669,23	134.009,15
13. Gutschrift auf Verlustsonderkonten der Kommanditisten	22.272,09	100.506,86
14. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	74.397,14	33.502,29
15. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

Lagebericht 2015
Radio Euskirchen GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Euskirchen

I. Grundlagen des Unternehmens

Bei der Gesellschaft Radio Euskirchen GmbH & Co. KG handelt es sich um eine sogenannte Betriebsgesellschaft im Sinne des Landesrundfunkgesetzes NRW.

Die Betriebsgesellschaft ist eine der beiden Säulen im lokalen Rundfunkmodell NRW. Daneben gibt es als zweite Säule die sogenannte Veranstaltergemeinschaft, ein e.V., der Inhaber der Sendelizenz und verantwortlich für die journalistischen Inhalte ist.

Die Betriebsgesellschaft trägt die Kosten der Veranstaltergemeinschaft, ins-besondere die Personalkosten der Redaktion und erhält im Gegenzug im Rahmen eines tauschähnlichen Vorgangs das Vermarktungsrecht für zweimal 5 Minuten Sendezeit je Stunde.

Mit der Vermarktung der 5-minütigen Werbezeiten hat die Betriebsgesellschaft für das lokale Werbefenster die HSG Hörfunk Service GmbH, Köln, beauftragt. Das 5-minütige nationale Werbefenster wird vom Mantelprogrammzulieferer Radio NRW GmbH über die RMS Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, vermarktet.

Neben der Vermarktung der Werbezeiten ist die Betriebsgesellschaft für die Bereitstellung der Sende- und Übertragungstechnik, das Marketing und allgemeine Verwaltungsaufgaben verantwortlich. Auch für diese Aufgaben hat die Betriebsgesellschaft einen Dienstleistungsvertrag mit der HSG Hörfunk Service GmbH geschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

a. Lage der Gesellschaft

Der Werbemarkt in Deutschland verzeichnet im Jahr 2015 insgesamt ein Wachstum von 3,5%. Die Tageszeitungen weisen ein leichtes Umsatzminus von -0,2% aus. TV-Werbeerlöse steigen zum Vorjahr um 5,4%. Die Internetwerbeumsätze bleiben zum Vorjahr konstant (+0,1%).

Die Gattung Radio erzielte 2015 bei den Bruttowerbeerlösen ein Umsatzwachstum von 2,9%.

Die Betriebsgesellschaft Radio Euskirchen schließt das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 97 ab. Damit wird das Ergebnis des Vorjahres von TEUR 134 unterschritten.

Die Umsatzerlöse sind in Summe um TEUR 59 (6,4 %) auf nun TEUR 856 gesunken. Hiervon entfallen TEUR 627 (plus TEUR 9 bzw. 1,5 % zum Vorjahr) auf die lokalen und regionalen Werbeumsätze und TEUR 232 (TEUR -55 bzw. -19,2% zum Vorjahr) auf die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers Radio NRW GmbH. Hierin enthalten sind die Erlöse aus der Flexibilisierung von Werbezeiten von Radio NRW mit TEUR 21 (Vorjahr TEUR 26).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit TEUR 738 um -2,7 % (TEUR -21) niedriger als im Vorjahr.

Die Gesellschaft hatte für 2015 ein Ergebnis von TEUR 103 geplant. Somit wird das geplante Ergebnis fast erreicht.

Die Reichweite „Hörer gestern Montag bis Freitag“ des Senders lag im März 2015 (E.M.A. I/2015) bei 31,4 % und im Juli 2015 /E.M.A. II/2015) bei 28,0 %. Damit ist der Sender in seinem Verbreitungsgebiet Marktführer vor den öffentlich-rechtlichen Sendern des WDR.

b. Liquidität und Finanzstruktur

Neben dem Kommanditkapital von TEUR 511 bestehen Rücklagen der Kommanditisten in Höhe von TEUR 611.

Damit weist die Gesellschaft zum 31.12.2015 ein Eigenkapital von TEUR 1.123 und eine Eigenkapitalquote von 81,5 % aus.

Die Gesellschaft verfügt über ausreichend liquide Mittel.

c. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Lage der Gesellschaft nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

III. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2016 plant die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 59.

Die lokalen und regionalen Werbeumsätze sind in der Planung mit TEUR 628 enthalten und liegen damit etwas höher. Die Vertriebsprovisionen von Radio NRW sind mit TEUR 207 im Plan enthalten und liegen um TEUR 50 niedriger als in 2015.

Die Einbuchungen der Werbeerlöse im Januar und Februar zeigen, dass die geplanten Umsatzziele erreichbar sind.

IV. Chancen und Risiken

Die Ergebnisse des Senders sind stark abhängig zum einen von den erzielten Werbeerlösen und zum anderen von den Hörer-Reichweiten als Grundlage der Vertriebsprovision von Radio NRW GmbH.

Über die Jahre sind die Werbeerlöse, die direkt für die Sender akquiriert werden, relativ stabil. Umsatzrückgänge bei regionalem Großhandel und im nationalen Geschäft konnten durch höhere lokale Erlöse aufgefangen werden.

Die für die Auszahlung der Vertriebsprovision anzusetzende Hörer-Reichweite aus den E.M.A.-Messungen im März und Juli eines Jahres können schwanken und zu Erlösrisiken führen. Über die Jahre hinweg sind jedoch größere Schwankungen eher die Ausnahme.

Für die Geschäftsjahre 2016 und 2017 sieht die Geschäftsführung keine besonderen Risiken, die die Gesellschaft außerordentlich gefährden.

Euskirchen, 18. März 2016

Geschäftsführung

Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V., Euskirchen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015

Bilanz

AKTIVA	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR	PASSIVA	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
UMLAUFVERMÖGEN			A. RÜCKSTELLUNGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			Sonstige Rückstellungen	3.691,00	4.800,00
Sonstige Vermögensgegenstände	5.289,35	5.445,35			
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	7.571,31	7.792,78	B. VERBINDLICHKEITEN	9.169,66	8.438,13
			Sonstige Verbindlichkeiten		
			- mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr -		
			- davon aus Steuern EUR 8.437,47 (i. V. EUR 7.727,35) -		
			- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit		
			EUR 732,19 (i. V. EUR 710,78) -		
	12.860,66	13.238,13		12.860,66	13.238,13

Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V., Euskirchen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015

Gewinn- und Verlustrechnung

	2015 EUR	2014 EUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	339.728,12	336.806,81
2. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	82.522,46	85.787,66
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	202.918,20	198.851,88
b) Soziale Abgaben	40.364,80	38.717,29
	243.283,00	237.569,17
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.922,66	13.449,98
5. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit = Jahresüberschuss	0,00	0,00

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Schleiden

Bilanz zum 31. Dezember 2015

AKTIVSEITE

PASSIVSEITE

	31.12.2015 €	31.12.2014 €		31.12.2015 €	31.12.2014 €
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	36.000,00	36.000,00
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			II. Gewinnvortrag	169.699,18	147.177,24
			III. Jahresüberschuss	47.983,20	22.521,94
II. Sachanlagen	3,00	3,00		253.682,38	205.699,18
1. Technische Anlagen und Maschinen	34.407,00	0,00	B. Rückstellungen		
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.179,00	15.369,00	1. sonstige Rückstellungen	19.124,00	17.424,00
	42.589,00	15.372,00	C. Verbindlichkeiten		
B. Umlaufvermögen			1. sonstige Verbindlichkeiten	60.093,67	42.763,32
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			- davon aus Steuern € 462,77 (€ 1.477,14)		
1. sonstige Vermögensgegenstände	15.697,78	15.515,03	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 0,00 (€ 61,98)		
II. Wertpapiere					
1. sonstige Wertpapiere	0,00	36.000,00			
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	269.874,67	196.564,65			
	285.572,45	248.079,68			
	4.738,60	2.434,82			
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
	332.900,05	265.886,50			
				332.900,05	265.886,50

**Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang Gesellschaft mit
beschränkter Haftung, Schleiden**

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015

	€	<u>2015</u> €	<u>2014</u> €
1. Umsatzerlöse		116.969,25	102.970,97
2. sonstige betriebliche Erträge		452.959,12	480.291,00
3. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	73.659,16		83.046,45
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>17.910,77</u>		<u>19.705,80</u>
		91.569,93	102.752,25
- davon für Altersversorgung € 0,00 (€ 0,00)			
4. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen		11.228,70	10.012,66
5. sonstige betriebliche Aufwendungen		418.556,94	447.607,85
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		<u>21,40</u>	<u>333,69</u>
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		48.594,20	23.222,90
8. sonstige Steuern		611,00	700,96
9. Jahresüberschuss		<u><u>47.983,20</u></u>	<u><u>22.521,94</u></u>

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Lagebericht für das Jahr 2015

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV) wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild **vogelsang ip** zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert und fortgeführt. Die ursprünglich bis zum 31.12.2008 befristete Laufzeit wurde zunächst um fünf Jahre bis Ende 2013, dann um ein weiteres Jahr bis Ende 2014 und zuletzt um zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2016 verlängert. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil in Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die StädteRegion Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG, Düsseldorf, mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut.

1.1 Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2015

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der SEV im Jahr 2015 war die Projektentwicklung der Kernnutzungen der 1. Entwicklungsstufe.

Die im Jahr 2012 begonnen Umbaumaßnahmen für das neue Forum Vogelsang zum zentralen Besucher- und Bildungszentrum mit den beiden Kernaussstellungen NS-Dokumentation und Nationalparkzentrum verlaufen nicht so zügig wie geplant. Diverse bautechnische Probleme und Insolvenzen von Baufirmen führten zu erheblichen Mehrkosten und einer Verlängerung der Bauzeit. Die Baumaßnahmen incl. der beiden Ausstellungsbereiche sollen bis Mitte 2016 abgeschlossen werden. Die Eröffnung dieses Leitprojektes für die Tourismus-, Bildungs- und Kulturdestination vogelsang ip ist im Sommer 2016 geplant.

Für die als Internationale Begegnungsstätte geplante Jugendherberge konnte sich auch im Jahr 2015 mit dem Deutschen Jugendherbergswerk Landesverband Rheinland (DJH) nicht auf ein Finanzierungskonzept verständigt werden. Ende des Jahres 2015 teilte das DJH dann mit, dass man eine Entwicklung in Vogelsang nicht weiter verfolgen werde. Für ein Jugendgästehaus muss nun ein neuer Betreiber und Investor gesucht werden.

Für das Kernprojekt Nationalparkforstamt hatte sich das Land NRW Ende des Jahres 2013 entgegen bisheriger Absprachen auf die Realisierung eines Neubaus festgelegt. Nachdem eine grundsätzliche Klärung zwischen dem Land NRW und der BImA Ende des Jahres 2014 erfolgte, wurde mit der Klärung von Verfahrensfragen für die Projektierung des Neubaus im Jahr 2015 begonnen. Durch die Absage des DJH haben sich neue Standortkonstellationen ergeben. Geprüft wird vom Umweltministerium, ob das Jugendwaldheim in Kombination mit der Nationalparkverwaltung am Standort der „Redoute“ errichtet werden soll.

Durch den Landesbetrieb Wald und Holz wurde ein Konzept zur Nutzung von ca. 60 ha Vogelsangs als Umweltbildungsflächen entwickelt und mit der SEV abgestimmt. Auf einer Teilfläche von 8,0 ha wird für fünf Jahre in den Scheldebaracken eine zentrale Flüchtlingsunterkunft des Landes NRW eingerichtet.

Mit dem ehemaligen Kameradschaftshaus Nr. 7 hat der DRK Kreisverband Euskirchen bereits das vierte Gebäude am Standort erworben. Als Erweiterung des Rotkreuz Museums soll hier nach Umbauarbeiten und Einrichten einer Werkstattausstellung im Jahr 2016 der Betrieb aufgenommen werden.

Das Interesse privater Investoren hat im Vergleich zu den Vorjahren im Jahr 2015 deutlich zugenommen. Mit den Projekten „Vogelsang 86“ mit dem Hauptmieter „Seelsorge im Nationalpark“ und dem Übernachtungsangebot im „K 13 Das Gästehaus“ konnten zwei ehemalige Kameradschaftshäuser endgültig einer Nutzung zugeführt werden. Für zwei weitere der Ka-

meradschaftshäuser bestehen gute Entwicklungsperspektiven für das Jahr 2016. Auch für die noch ungenutzten Bestandsimmobilien hat eine Reihe privater Investoren ihr Interesse bekundet.

Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen wurde der Bau der neuen ÖPNV-Wendeschleife am Forum Vogelsang im Mai abgeschlossen. Im Laufe der zweiten Jahreshälfte wurden die westlichen Kameradschaftshäuser an die Versorgungsinfrastruktur des Standortes angeschlossen.

Zum Erhalt der historischen Bausubstanz wurde ein Schadenskataster erstellt bzw. fortgeschrieben und erste Sanierungsarbeiten durchgeführt.

Die Pflege, der Unterhalt und die Sicherung aller „öffentlichen“ und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes wurde im Jahr 2015 gemäß den Vereinbarungen mit den Nutzern und Eigentümern mit reduziertem eigenen Personal fortgeführt.

Die Eintragung des nördlichen, etwa 54 ha umfassenden Bereichs der Liegenschaft Vogelsang als Bodendenkmal in die Denkmalliste der Stadt Schleiden wurde Ende 2015 durch die Bezirksregierung Köln zurück genommen.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Trotz der Großbaustelle für das neue Forum Vogelsang und der derzeitigen unattraktiven Besucherführung sind die Besucherzahlen am Standort im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben. Das Besucheraufkommen, welches im Jahr 2011 noch 200.000 betrug, sank im Jahr 2012 mit dem Beginn der Baumaßnahme zunächst auf 172.500 und 2013 nochmals auf 150.000 ab. Nach 165.000 Besuchern im Jahr 2014 nahm das Besucheraufkommen im Jahr 2015 mit ca. 168.500 nochmals leicht zu. Mit Eröffnung des „Forum Vogelsang“ im Sommer 2016 wird für die kommenden Jahre ein stetiger Anstieg der Besucherzahlen auf 300.000 pro Jahr erwartet.

Ungebrochen ist nach wie vor auch im Jahr 2015 die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist durch die überregional beachteten Veranstaltungen im Kulturkino vogelsang ip weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationalen Platz“. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang

heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Bisher wurden in Vogelsang schon mehr als sechzig neue Arbeitsplätze geschaffen.

Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist nach der Zurückhaltung der letzten Jahre im Jahr 2015 eine Belebung zu verzeichnen. Die Bereitschaft von privater Seite, in Vogelsang zu investieren hat deutlich zugenommen. Neben der Erweiterung des Rotkreuz Museums sind mit „Vogelsang 86“ und „K13 Das Gästehaus“ im Jahr 2015 zwei Projekte durch Privatpersonen aus der Region realisiert worden. Weitere Nutzungsideen für Bestandsgebäude durch Private befinden sich in der Entwicklungsphase.

Weiterhin führte allerdings die teilweise sehr negative Berichterstattung in der Presse über die Kostenentwicklung und Bauverzögerungen beim Forum Vogelsang zu Irritationen und Verunsicherung bei potenziellen Nutzern. Umso wichtiger für die weitere Gesamtentwicklung ist es daher, dass das Leitprojekt „Forum Vogelsang“ mit den beiden zentralen Ausstellungen im Jahr 2016 seinen Regelbetrieb aufnimmt.

1.3 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2015 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betrugen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (150.000,00 €), des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurde der im Jahr 2011 aufgenommene Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer fortgeführt. Sämtliche Ausgaben werden durch als Umsatzerlöse ausgewiesene Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich über die Gesamtlaufzeit also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 47.983,20 € (Vorjahr: Jahresüberschuss von 22.521,94 €) ab.

2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

2.1. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten blieben stabil. Bei einer Bilanzsumme von 332.900,05 € (Vorjahr: 265.886,50 €) wird auf der Aktivseite ein langfristiges Vermögen von 42.589,00 € (Vorjahr: 15.372,00 €) und ein kurzfristiges Vermögen von 290.311,05 € (Vorjahr: 250.514,50 €) ausgewiesen. Auf der Passivseite steht dem Eigenkapital von 253.682,38 € (Vorjahr: 205.699,18 €) ein Fremdkapital, bestehend aus sonstigen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten von 79.217,67 € (Vorjahr: 60.187,32 €) gegenüber.

Die Bilanz der Gesellschaft ist somit auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 269.874,67 € (Vorjahr: 196.564,65 €) geprägt, die insbesondere aus Einnahmen aus den Beiträgen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) und der regionalen Gesellschafter sowie Beiträgen der Nutzer zum Geländemanagement entstanden. Auf der Passivseite stehen dem Umlaufvermögen insbesondere das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 253.682,38 € (Vorjahr: 205.699,18 €) gegenüber.

2.2. Ertragslage

Im Jahr 2015 entsteht ein Jahresüberschuss in Höhe von 47.983,20 € gegenüber einem Jahresüberschuss in Höhe von 22.521,94 € im Jahr 2014. Erträgen in Höhe von 569.949,77 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement, Zinsen), stehen Aufwendungen in Höhe von 521.966,57 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus den Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil. Wesentlich für das gute Jahresergebnis sind die geringeren Ausgaben bei den Fremdleistungen.

Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.260,00 € (Vorjahr: 302.260,04 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit 91.569,93 € (Vorjahr 102.752,25 €) im Jahr 2015 für die Personalkosten.

2.3. Finanzlage

Bei einer Bilanzsumme von 332.900,05 € (Vorjahr: 265.886,50 €) beträgt das Eigenkapital 253.682,38 € (Vorjahr: 205.699,18 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 76 % (Vorjahr: 77 %). Weiterhin bestanden am Abschlussstichtag flüssige Mittel von 269.874,67 € (Vorjahr: 196.564,65 €). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich überwiegend um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 24 % (Vorjahr: 23 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH ist bis zum 31.12.2016 befristet. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat angekündigt, aus der Gesellschaft zum Jahresende auszutreten. Die Gesellschafter der SEV beraten zurzeit über verschiedene Szenarien der Standortentwicklung ab dem 01.01.2017. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, bis zum Sommer Einigkeit darüber zu erzielen, in welcher Organisationsform die weitere Standortentwicklung erfolgt und wie mit der bestehenden Gesellschaft weiter verfahren wird.

4. Chancen und Risiken

Mit dem sich im Bau befindlichen Forum Vogelsang zum zentralen Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrum wird das Leitprojekt des Standorts im Sommer 2016 in Betrieb genommen. Die reale Konversion, die vor zehn Jahren mit der Errichtung der Besucherinformation unter Federführung der Standortentwicklungsgesellschaft begann, ist damit gemeinsam mit den schon betriebenen Einrichtungen Kulturkino vogelsang ip, Rotkreuz Museum, Rotkreuz Landesmuseum Nordrhein, Jugend-, Natur- und Umweltbildungshaus „Transit 59“, Rotkreuz-Zentrum Schleiden, Astronomie-Werkstatt, Schwimmbad und Turnhalle, Vogelsang 86 und „K 13 Das Gästehaus“ auf einem guten Weg. Gute Chancen auf eine zeitnahe Umsetzung werden weiterhin für die Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt gesehen. Auch für ein Jugendgästehaus besteht eine realistische Entwicklungsperspektive. Mit der Inbetriebnahme der zentralen Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge hat die „Schelde“ einen unerwarteten baulichen Impuls erhalten, dessen Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung heute noch nicht absehbar sind. Erfreulich ist, dass zwei privat finanzierte, leitbildkonforme Nutzungskonzepte in den sogenannten Kameradschaftshäusern umgesetzt werden konnten und weitere private Investoren Interesse bekunden. Die Infrastruktur des Standortes muss, will man neue Investoren gewinnen, weiter ausgebaut bzw. verbessert werden.

Insgesamt verläuft die Konversion der ca. 100 ha großen „Camp Vogelsang“-Fläche aber langsamer als zu Beginn des Prozesses prognostiziert. Die vergangenen dreizehn Jahre des Konversionsprozesses haben gezeigt, dass die Überführung des geschichtsbeladenen, mitten im Nationalpark Eifel gelegenen Ortes in eine tragfähige zivile Zukunft eine besondere Herausforderung darstellt.

Um das Vertrauen des Marktes in den Standort weiter zu stärken und damit auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren zu festigen, ist es wichtig, dass das Forum Vogelsang mit den beiden zentralen Ausstellungen im Jahr 2016 endlich den Betrieb aufnimmt und dass für die schon lange angekündigten Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt eine klare Umsetzungsperspektive geschaffen wird. Damit würde die programmatische Ausrichtung und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bildungs-, Kultur- und Tourismusdestination Vogelsang IP weiter gestärkt und somit für private Nutzungen interessanter.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst werden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen.

Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer werden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer zum Großteil öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, werden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH und damit der Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ wird zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr und der kommunalen Gesellschafter finanziert. Die Mittel sind von allen Gesellschaftern bis Ende des Jahres 2016 zugesichert worden. Über die Übernahme der Kosten für die Durchführung der Geländemanagementtätigkeiten bestehen Verträge mit den Nutzern und Eigentümern ebenfalls bis Ende 2016. Den Unternehmensbestand gefährdende Risiken sind daher derzeit bis Ende des Jahres 2016 nicht erkennbar.

5. Prognose

Die Gesellschaft ist zurzeit bis zum 31.12.2016 befristet. Zu den Hauptaufgaben der Gesellschaft gehören laut Gesellschaftsvertrag die Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur, die Projektentwicklung der Kernnutzungen, die Vermarktung und das Marketing der außerhalb der Kernnutzungen verbleibenden Flächen von ca. 90 ha, der Betrieb und Unterhalt des Geländes und die Entwicklung eines dauerhaften Geländemanagement-Konzeptes für die Gesamtimmobilie.

Insbesondere die letzten Jahre des Konversionsprozesses haben gezeigt, dass vor allem die Realisierung der Kernprojekte der 1. Entwicklungsstufe nicht so zügig verläuft wie im Jahr 2008 geplant. Der Großteil der Interesse bekundenden privaten Nutzer macht seine Investitionsentscheidung von einem funktionierenden Forum Vogelsang abhängig. Mit der Inbetriebnahme im Sommer 2016 und in der Folge einem stabilen Regelbetrieb wird sich die Nachfrage Privater weiter beleben. Gleichzeitig benötigt der Standort für einen nachhaltigen Bildungs- und Kulturbetrieb dringend die Schaffung weiterer Übernachtungsmöglichkeiten. Auch das Investitionsumfeld muss noch verbessert, d. h. die Infrastruktur in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden.

Innerhalb der bestehenden Laufzeit bis Ende 2016 wird die Gesellschaft nicht alle in der Entwicklung befindlichen Nutzungen und Infrastrukturprojekte umsetzen können und auch nicht für alle Bestandsgebäude eine neue Nutzung finden können. Die Gesellschafter sollten sich darum frühzeitig darüber verständigen, wie und durch wen der Konversionsprozess im Jahr 2017 fortgeführt wird.

Für das kommende Geschäftsjahr werden geringe Überschüsse erwartet.

Schleiden, 12.04.2016

Fischer-Reinbach

Thomas Fischer-Reinbach
Geschäftsführung

BILANZ

Schleiden
vogelsang ip gemeinnützige GmbH

zum

31. Dezember 2015

AKTIVA

PASSIVA

A. Anlagevermögen			Eigenkapital	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	27.300,00
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			II. Verlustvortrag	6.891,62-
			III. Jahresfehlbetrag	9.305,89-
				0,00
B.			B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	34.012.062,29
C.			C. Rückstellungen	21.325.779,17
I. Sachanlagen			1. sonstige Rückstellungen	113.732,56
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			D. Verbindlichkeiten	52.752,-18
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 632.419,35 (EUR 819.662,38)	632.419,35
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau			2. sonstige Verbindlichkeiten - davon aus Steuern EUR 17.492,14 (EUR 12.113,18) - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 2.367,40 (EUR 2.331,40) - davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 6.751.843,60 (EUR 5.454.464,61)	5.454.464,61
B. Umlaufvermögen			E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.875,00
I. Vorräte				
1. fertige Erzeugnisse und Waren				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen				
2. sonstige Vermögensgegenstände				
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks				
C. Rechnungsabgrenzungsposten				

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

vogelsang ip gemeinnützige GmbH
Schleiden

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		432.826,78	375.901,46
2. andere aktivierte Eigenleistungen		150.019,42	21.116,55
3. sonstige betriebliche Erträge		1.629.708,13	1.525.041,50
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	53.575,35		56.618,74
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>450,00</u>	54.025,35	0,00
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.084.715,42		1.022.204,09
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>217.015,19</u>	1.301.730,61	227.149,43
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen		133.172,22	104.304,32
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		730.112,28	501.848,87
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3.174,16	4.468,26
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>5.993,91</u>	<u>14.402,32</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>9.305,88-</u>	<u>0,00</u>
11. Jahresfehlbetrag		<u>9.305,88</u>	<u>0,00</u>

vogelsang ip gemeinnützige GmbH

LAGEBERICHT 31.12.2015

1. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT
2. WIRTSCHAFTSBERICHT INKL. GESCHÄFTSVERLAUF UND VFE-LAGE
 - 2.1. Geschäftsverlauf
 - 2.1.1 Laufender Betrieb
 - 2.1.2 Investitionsprojekte
 - 2.1.3 Geschäftsergebnis
 - 2.2 Vermögenslage
 - 2.3 Finanzlage
 - 2.4 Ertragslage
3. **NACHTRAGSBERICHT**
4. PROGNOSEBERICHT
5. CHANCEN/RISIKOBERICHT
6. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

1. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die vogelsang ip gemeinnützige GmbH (im folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Satzungsgemäßer Gegenstand des Unternehmens ist

- die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
 - die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
 - die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang
- sowie
- die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den oben genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit nach § 3 ihres Gesellschaftsvertrages zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Im Jahr 2015 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- LVR Landschaftsverband Rheinland mit 13.650 EUR | (50 %)
- Kreis Euskirchen mit 7.800 EUR | (28,57%)
- StädteRegion Aachen mit 1.950 EUR | (7,14%)
- Kreis Düren mit 1.300 EUR | (4,76%)
- Kreis Heinsberg mit 650 EUR | (2,38%)
- Stadt Schleiden mit 1.300 EUR | (4,76%)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 650 EUR | (2,38%)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und der Geschäftsführer. Der Vorsitz in der Gesellschafterversammlung und dem Aufsichtsrat wird im jährlichen Wechsel durch Vertreter des LVR und des Kreises Euskirchen wahrgenommen.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT INKL. GESCHÄFTSVERLAUF UND VFE-LAGE

2.1 GESCHÄFTSVERLAUF

2.1.1 LAUFENDER BETRIEB

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der zentralen Besucherinformation von vogelsang ip sowie eine Vielzahl standortbezogener Bildungsaktivitäten durch.

Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Informationszentrums von vogelsang ip mit Counter, Informationszone, Bookshop, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
 - das Angebot eines Netzes von Besucherrundwegen sowie des zentralen Besucherparkplatzes,
 - die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Geländeführungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
 - die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie die Begleitung von Tagungen und Konferenzen
- und
- das Angebot von Wechselausstellungen.

2012 erfolgte der temporäre Umzug des gesamten Betriebes vom Forum Vogelsang in das Kulturkino. Bedingt war dieser Umzug durch die zum gleichen Zeitpunkt beginnenden Sanierungs- und Umbauarbeiten im Bereich des „Forum Vogelsang“, was mit einer kompletten Einzäunung und Sperrung dieses zentralen Geländeteils sowie gravierenden Einschränkungen für den Besucherbetrieb einher ging (Wegfall der zentralen Besucherattraktion am „Adlerhof“, Wegfall der Turmaufstiege, Einschränkungen bei den Geländeführungen, baustellenbedingte Störungen, diversen Provisorien, etc. ...).

Trotz der wesentlich eingeschränkten Nutzungsbedingungen und der damit einhergehenden negativen Mund-zu-Mund-Propaganda unter potenziellen Besuchern konnte die Nachfrage in 2015 auf hohem Niveau gehalten werden, mit

- 168.500 Besucherinnen und Besuchern,

das sind plus 8% zum Vorjahr bzw. minus 16% zum letzten „normalen“ Betriebsjahr 2011 (mit 200.500 Besuchern),
- 1.306 Bildungsformaten mit 25.900 Teilnehmenden,

das sind plus 9% zum Vorjahr bzw. minus 32% zum letzten „normalen“ Betriebsjahr 2011 (mit 2.200 Bildungsformaten mit 38.000 Teilnehmenden),

sowie

- 275 Formaten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen.

Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2015 zudem mehrere Sonderprojekte durchgeführt. Hierzu zählten vor allem diverse Jugendbildungsprojekte (u.a. gefördert durch private Sponsoren / Stifter). Weiterhin war die GmbH zusammen mit dem Kreis Euskirchen Partner im Landeskulturprogramm „Kulturrucksack NRW“ und kulturpädagogischer Träger bei den dortigen Kulturprogrammen.

2.1.2 INVESTITIONSPROJEKTE

Neben dem laufenden Betrieb wurden im Jahr 2015 die aus EU-, Bundes- und Landesmitteln mit einem Fördersatz von jeweils 90% geförderten Maßnahmen

1. Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau (Volumen: 35,1 Mio. EUR zzgl. bis zu 10 Mio. EUR Mehrkosten durch Unvorhergesehenes),
 2. NS-Dokumentation | Ausstellungsprojekt (Volumen: 3 Mio. EUR)
- und
3. Besucherzentrum / SchauFenster Eifel | Ausstattung und Informationswelten (Volumen: 1,2 Mio. EUR)

durchgeführt. Der 10%ige Eigenanteil zum förderfähigen Projektvolumen wurde durch Finanzierungsbeiträge der GmbH-Gesellschafter sichergestellt, Mehrkosten sind wegen der Höchstbetragsregelung durch die GmbH zu finanzieren.

Bereits im Jahre 2014 wurde zu deutlichen Mehrkosten im Projekt Sanierung und Umbau berichtet. Weitere unvorhersehbare Bauzustände, erhebliche Komplikationen im Bauablauf sowie mehrere Firmenkündigungen (u.a. die erforderliche Kündigung der mit den Starkstromarbeiten beauftragten und zwischenzeitlich insolventen Firma Imtech), haben sich negativ auf die Bauzeit ausgewirkt und den finanziellen Mehraufwand auf eine Summe von bis zu 10 Mio. € erhöht. Die Finanzierung wird über von der GmbH aufzunehmende Darlehen sichergestellt.

Die Rohbaumaßnahmen zum Umbauprojekt sind abgeschlossen, der Innenausbau des Forums ist in der Endphase. Die Betriebsfähigkeit des Forums ist für August 2016 avisiert.

Alle drei o.g. Förderprojekte wurden zum Stand 31.12.2015 gegenüber den Fördergebern abgerechnet; positive Prüfbescheide der Bezirksregierung Köln

liegen vor. Die Fördermittel zu den Investitionsprojekten gingen bis Mitte April 2016 vollständig ein.

Der beschriebene, höchst angespannte Projektverlauf führte ganzjährig und zunehmend zu einem ständigen Change- und Krisenmanagement sowie einer außerordentlichen, projektbezogenen Einbindung der Geschäftsführung und verschiedener Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in die Abwicklung der investiven Maßnahmen. Die wachsende zeitliche Belastung war Anlass zu einer ab November 2015 laufenden, interimsmäßigen personellen Verstärkung der Geschäftsführung in Bezug auf das Projekt Sanierung und Umbau.

2.1.3 GESCHÄFTSERGEBNIS

Im Geschäftsergebnis ist ein Verlust in Höhe von 9 TEUR festzustellen.

ÖFFENTLICHE ZWECKERREICHUNG

Im Geschäftsjahr 2015 wurde zusätzlich zum laufenden Betrieb insbesondere durch die Verfolgung der drei o.g. infrastrukturellen Projekte die Basis für eine nachhaltige Erreichung der gemeinnützigen Zwecke der Gesellschaft ausgebaut.

Der öffentliche Zweck wurde vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, die trotz Baustellensituation weiterhin hohe Wirkung und Ausstrahlung als kultur-, bildungs- und wandertouristische Destination im Nationalpark Eifel sowie das Angebot hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

Der lfd. Betrieb im Jahr 2015 kann angesichts der unter 2.1.1 genannten Nachfragewerte trotz der enorm eingeschränkten Besuchersituation durch die Großbaustelle am Forum noch als erfolgreich bewertet werden.

2.2. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch

- Sachanlagen in Höhe von insgesamt 37.878 TEUR (Vorjahr 24.689 TEUR; + 53 %) geprägt, darüber hinaus durch das
 - Umlaufvermögen, hier insbesondere durch Umsatzsteuerforderungen in Höhe von 364 TEUR (Vorjahr 311 TEUR), durch
 - Projektstände (noch nicht abgerechnete Projektförderungen) in Höhe von 426 TEUR (Vorjahr 671 TEUR; - 36 %)
- sowie
- liquide Mittel in Höhe von 2.037 TEUR (Vorjahr 1.842 TEUR, + 11 %)

geprägt. Dem stehen auf der Passivseite insbesondere

- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 34.012 TEUR (Vorjahr 21.326 TEUR; + 59 %),
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus Projektfinanzierung in Höhe von 6.710 TEUR (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“; Vorjahr 5.204 TEUR; + 29 %),
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 632 TEUR (Vorjahr 820 TEUR; - 23 %)
- Rückstellungen in Höhe von 114 TEUR (Vorjahr 53 TEUR; + 115 %)
- Passive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 255 TEUR (Vorjahr: keine)

gegenüber.

Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 27.300 EUR ist in voller Höhe eingezahlt.

2.3 FINANZLAGE

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
 - eines investitionsprojektbezogenen, offenen und jeweils kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens durch einen Gesellschafterkredit des Landschaftsverband Rheinland LVR
- sowie
- eingegangener Fördermittel und Eigenanteile der Gesellschafter zur Projektfinanzierung

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet.

Die seit Oktober 2014 offenkundig gewordenen investiven Projektmehrkosten für Unvorhergesehenes bei Sanierung und Umbau des Forum wurden bei den Aufsichtsratsitzungen und nachfolgenden Gesellschafterversammlungen zur Kenntnis genommen und die Schritte zur Sicherung der Finanzierung eingeleitet.

2.4 ERTRAGSLAGE

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2015 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen.

Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2015 einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich“ von 509.305,88 EUR (Vorjahr 498.764,75 EUR) aus. Der Verlust liegt um 9.305,88 EUR über dem durch den Gesellschaftsvertrag gesetzten Rahmen von maximal 500.000,- EUR, bis wohin dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrages definierten Regelungen ausgeglichen wird.

Die das Ergebnis prägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2015 abgebildet. Folgende wesentlichen Veränderungen sind festzustellen (Werte = gerundet):

1. Umsatzerlöse | 432.827 EUR, d.h. + 15 %
2. Andere aktivierte Eigenleistungen | 150.019 EUR, d.h. + 610 %
3. Sonstige betriebliche Erträge | 1.629.708 EUR, d.h. + 7 %
4. Materialaufwand | 54.025 EUR, d.h. - 5 %
5. Personalaufwand | 1.302.686 EUR, d.h. + 4 %
6. Abschreibungen | 133.172 EUR, d.h. + 28 %
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 730.112 EUR, d.h. + 46 %
8. Zinserträge | 3.174 EUR, d.h. - 29 %

sowie

9. Zinsaufwand | 5.994 EUR, d.h. -58 %

3. NACHTRAGSBERICHT

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 23.02.2016 einer ersten Darlehensaufnahme von 5 Mio. € zugestimmt.

Die Auswirkungen eines nach Bilanzstichtag geschlossenen Vergleichs mit einem Geschäftspartner auf das Jahresergebnis 2015 sind berücksichtigt.

4. PROGNOSEBERICHT

In 2016 wird der Geschäftsbetrieb zunächst durch die Durchführung der Restmaßnahmen im Zusammenhang mit der Realisation des Umbaus des "Forums Vogelsang" sowie kleineren Restmaßnahmen aus den Projekten „NS-Dokumentation“ und „Besucherzentrum / SchauFenster Eifel“ unverändert an Volumen behalten.

Die durch die Maßnahmen am Forum bedingte, bis Spätsommer 2016 andauernde Verlagerung der wesentlichen Aktivitäten der GmbH sowie des Besucherzentrums in das „Kulturkino“ einerseits sowie die anhaltende Baustellensituation rund um das Forum andererseits werden weiterhin zu Einschränkungen im Besucherverhalten führen und bis zur Eröffnung des neuen Forum das Besucherverhalten beeinträchtigen.

Mit Eröffnung des neuen Forum, voraussichtlich Anfang September 2016, ist mit einem ersten Besucheransturm zu rechnen.

Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2016 mit minus 498 TEUR vor Verlustausgleich ein Ergebnis im Rahmen des durch die Satzung definierten Rahmens von „500.000 EUR“ an maximalem Gesellschafterzuschuss. Basis für das Ergebnis sind die Erlöse der Gesellschaft, die sich im Wesentlichen aus folgenden Komponenten zusammensetzen:

- Umsatzerlöse
sowie
- Zuschüsse der Gesellschafter gemäß §19 des Gesellschaftsvertrages.

Die Finanzierung der o.g. Projektmehrkosten von bis zu 10 Mio. EUR wird über Darlehensaufnahmen gesichert. Abschreibung und Finanzierungskosten werden ab 2017 das Ergebnis deutlich verschlechtern; die für den Zeitraum ab 2017 absehbar erforderliche Erhöhung des Gesellschafterverlustausgleichs soll im Herbst 2016 auf Basis der aktualisierten Wirtschaftsplanung in den Gesellschaftergremien beraten werden.

Im Geschäftsjahr 2016 wird der Geschäftsbetrieb von zwei wesentlichen Komponenten geprägt sein:

- 1.) den Abschluss der investiven Maßnahmen und den damit verbundenen, sukzessiven Umzug zurück ins Forum; hierdurch werden grundsätzlich neue betriebliche Randbedingungen eintreten.
- 2.) die mit dem Forum Vogelsang zuwachsenden neuen räumlichen Dimensionen, zusätzlichen Nutzungskomponenten (insbesondere NS-Dokumentation und Nationalparkzentrum, aber auch Besucherzentrum sowie Panoramagastronomie und -terrasse) sowie die insgesamt deutlich aufwändigere Haustechnik.

Durch die insgesamt wesentlich erhöhte, ab Eröffnung deutlich steigende Attraktivität wird bereits für das Jahr 2016 mit einer insgesamt erhöhten Anzahl an Besuchern gerechnet.

5. CHANCEN-/RISIKOBERICHT

Die Wirtschaftsplanung 2016 beinhaltet insofern ein Risiko, als zum einen die genaue Prognose des Besucherverhaltens und der Nachfrage-, Erlös- und Aufwandswerte in diesem „Übergangsjahr“ nicht exakt prognostizierbar sind.

Die Investitionsprojekte rund um das Forum Vogelsang wurden bisher grundsätzlich nur in dem Maße durchgeführt, wie sie durch Projektförderungen oder andere Finanzierungen (Darlehen) gesichert sind. Die entsprechenden Finanzierungsmodalitäten und -instrumente wurden vor Durchführung in den Gremien der Gesellschaft diskutiert und dort beschlossen.

Bei den geförderten Investitionsprojekten können grundsätzlich folgende Risiken auftreten:

1. Verlust von Fördermitteln wegen Ablaufs des Durchführungszeitraums
2. Verlust von Fördermitteln bzw. Rückforderung wegen Nichterreichen des Förderzwecks
3. Rückforderungen von Zuwendungsgebern aus anderen Gründen
4. Nichtfinanzierbarkeit der über das Fördervolumen hinausgehenden Mehrausgaben
5. Wechselseitige Forderungen gegenüber Firmen

Für das Jahr 2016 werden aus vorgenannten Aspekten keine Risiken für den Geschäftsbetrieb erwartet.

Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird eine quartalsweise Zwischenbilanz durchgeführt und der Aufsichtsrat bei jeder Sitzung über wesentliche Entwicklungen und Abweichungen informiert. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können.

Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei werden die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zum Vergleich angelegt.

Schließlich erfolgt bei den Förderprojekten ein kontinuierliches Projektcontrolling mit Berichten an den Aufsichtsrat und die Fördergeber, um die Realisierung innerhalb der bereitgestellten Projektmittel bzw. des Finanzierungsrahmens sicherzustellen. Die bisherigen Prüfungen der Fördergeber sind durchgängig positiv verlaufen.

6. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlage erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Schleiden, 23.08.2016
Albert Moritz | Geschäftsführer

Seite 177

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015
Regionalverkehr Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

	2015 EUR	2014 EUR
1. Umsatzerlöse	62.482.910,46	64.063.272,52
2. Sonstige betriebliche Erträge	19.082.168,57	20.425.262,66
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.474.251,03	6.284.718,91
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	27.601.414,07	26.665.149,09
	<u>33.075.665,10</u>	<u>32.949.868,00</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	27.168.429,23	26.371.834,22
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.463.053,21	5.489.492,46
	<u>32.631.482,44</u>	<u>31.861.326,68</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.154.089,31	7.852.963,48
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.583.823,86	8.166.660,17
7. Betriebsergebnis	1.120.018,32	3.657.716,85
8. Erträge aus Beteiligungen	0,00	3.000,00
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.881,70	21.481,92
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	598.599,14	671.733,90
11. Finanzergebnis	-590.717,44	-647.251,98
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	529.300,88	3.010.464,87
13. Sonstige Steuern	26.225,31	39.938,90
14. Jahresüberschuss	<u>503.075,57</u>	<u>2.970.525,97</u>

Lagebericht und Konzern-Lagebericht 2015

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen war im Jahre 2015 weiterhin dadurch geprägt, dass zum einen die Vorbereitungen auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen fortgesetzt worden sind und zum anderen zunehmend die bisherigen Marktstrukturen einer Veränderung unterzogen werden.

Das sich nähernde Ende der Übergangsfrist der EU-VO(EG) 1370/2007 führt zu verstärkten Aktivitäten sowohl im Ausschreibungsbereich als auch zu Direktvergaben von Personenverkehrsdiensten. Deutschlandweit ist eine Zunahme der Anträge auf eigenwirtschaftliche Erbringung von Personenverkehrsdiensten und vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren zu beobachten.

Die grundsätzliche Wahlfreiheit der ÖPNV-Aufgabenträger zur Gestaltung der Personenverkehrsdienste, indem sie sich zwischen der Finanzierung durch öffentliche Dienstleistungsaufträge oder durch allgemeine Vorschriften entscheiden können, führte ebenso zu juristischen Auseinandersetzungen wie die Frage, ob für eigenwirtschaftliche Verkehre ein Anspruch auf allgemeine Vorschriften zur Co-Finanzierung der Schüler- und Auszubildendenverkehre bestehe. Hierzu sind zwischenzeitlich Entscheidungen ergangen. Demnach steht es wie in der Vergangenheit im Ermessen der Gesellschafter der RVK, wie und auf welche Weise der Ausgleich für die aufgrund gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen erbrachte Leistung durch die RVK erfolgt.

Die RVK sieht daher weiterhin verstärkt die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit zwischen dem RVK-Konzern und ihren Gesellschaftern.

Zu beachten sein wird künftig insbesondere die EU-Verordnung 1370/2007 für den öffentlichen Personennahverkehr und die mit Wirkung zum 01. Januar 2013 erfolgte Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG). Im Hinblick auf die für die künftige Finanzierung des ÖPNV maßgeblichen Vorgaben der EU-VO 1370/2007 hat die RVK in Zusammenarbeit mit ihren Gesellschaftern

Vorbereitungen zur Sicherstellung einer Direktvergabefähigkeit begonnen. Hierzu ist die Änderung des Gesellschaftsvertrages der RVK unter Berücksichtigung der Vorgaben der EU-VO 1370/2007 erfolgt. Allerdings hat der Gesellschafter REVG vor dem Landgericht Köln Klage gegen die Gesellschaftsvertragsänderung erhoben. Die Klage wurde mit Urteil vom 14. April 2016 abgewiesen. Die Klägerin hat Berufung eingelegt.

Zudem wurden Gespräche über künftige öffentliche Dienstleistungsaufträge eingeleitet. Es wird nun zur Sicherstellung von für die Zukunft rechtssicheren Gestaltungen für die Wahrnehmung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der RVK für den Gesellschafter- bzw. Aufgabenträgerkreis ein Vorschlag unter Berücksichtigung der EU-VO (EG) 1370/2007, des neuen PBefG, des ÖPNVG NRW, des TVgG NRW und der aktuellen Rechtsprechung erarbeitet.

Eine Vorabbekanntmachung für einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag des Rhein-Sieg-Kreises an die RVK ist erfolgt. Die Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer haben zu Beschlüssen der Vergabekammer geführt, die die Direktvergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrages an die RVK durch den Rhein-Sieg-Kreis untersagen. Gegen die Beschlüsse der Vergabekammer vom 29. April 2016 sind sofortige Beschwerden beim OLG Düsseldorf eingelegt worden.

Unverändert betreibt die RVK GmbH Linien- und Sonderverkehre nach § 42 bzw. § 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sowie Verkehr nach der Freistellungsverordnung zum PBefG. In erheblichem Umfang werden Leistungen im Auftrag anderer Verkehrsunternehmen – im Wesentlichen Gesellschafter der RVK - erbracht.

Der Linienverkehr auf der Grundlage von § 42 bzw. § 43 PBefG ist in den Tarifrahmen des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) eingebunden. Tarifgestaltung und Ticketangebot innerhalb des aktuellen Tarifrahmens entsprechen jedoch nicht (mehr) den Anforderungen an ein zeitgemäßes und zukunftsorientiertes, also, eines an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung im Verkehrsgebiet der RVK orientierten Systems. Insbesondere die gravierenden demografischen Veränderungen in den eher ländlich strukturierten Bereichen unserer Region, machen ein nahezu ausschließlich nachfrageorientiertes Nahverkehrsangebot notwendig, wenn das Ziel, allen Menschen, ganz gleich in

welcher Lebenssituation oder welchen Alters, einen Zugang zum öffentlichen Verkehrsangebot zu sichern, umsetzbar bleiben soll.

Hierzu sind intelligente Vertriebslösungen, wie z.B. der „Ticket- und bargeldlose Zugang“ seitens der Verkehrsunternehmen ebenso erforderlich wie Öffnungsklauseln im Rechtsrahmen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) und der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen (BO Kraft), die es z.B. ermöglichen „ad hoc-Haltestellen“ einzurichten oder die Anforderungen an das einzusetzende Verkehrsmittel zu flexibilisieren.

Geschäftsverlauf

Die Gesamtfahrleistungen im RVK-Konzern sind im Berichtsjahr 2015 gestiegen und umfassen insgesamt 25,23 Mio. km (Vorjahr 24,84 Mio. km). In den einzelnen Verkehrsarten waren sowohl Zunahmen als auch Rückgänge zu verzeichnen.

Die Entwicklung der Fahrleistungen im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG und der Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen sind die für das Unternehmen bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, da mit diesen Leistungen rd. 94% des gesamten Beschäftigungsvolumens generiert werden. Bei beiden Verkehren ist im Berichtsjahr ein Anstieg zu verzeichnen. Dieser beträgt bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG 1,61% (+167.741 km) und bei den Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen 1,88% (+244.127 km).

Eine Erhöhung hat sich auch bei den AST-Verkehren ergeben. Diese sind um 5,84% (+3.120 km) gestiegen. Auch bei den TaxiBus-Leistungen und dem Verkehr nach der Freistellungsverordnung ist jeweils ein Zugang zu verzeichnen. Dieser beträgt 3,31% (+33.316 km) beim TaxiBus und 6,04% (+4.298 km) bei den freigestellten Verkehren.

Bei den Sonderlinienverkehren nach § 43 PBefG ist ein weiterer Rückgang in Höhe von 0,99 % (-34 km) festzustellen.

Beim Notverkehr ist die Fahrleistung um 94,28 % zurückgegangen (-94.278 km).

Wie in den Jahren zuvor wird die RVK angebotsverträgliche Einschnitte in das Busfahrleistungsangebot anregen, wenn und soweit durch andere, an der Nachfrage orientierte, Verkehrsangebote (Ruf- oder TaxiBus) ein öffentliches Mobilitätsangebot sichergestellt werden kann. Bei entsprechender Berücksichtigung in den Nahverkehrsplänen der Gebietskörperschaften und entsprechender Beschlusslage des Aufgabenträgers wird die RVK diese Angebote umsetzen. Auch die flexiblere Verwendung von verschiedenen Größen der die Strecken bedienenden Fahrzeuge, je nach Nachfrageumfang, ist eine Möglichkeit zur Kostendämpfung. Natürlich können auch Taktverbesserungen oder Anschlusssicherungen an den Schienenverkehr über solche Angebote möglich gemacht werden.

Der Verlauf des Geschäftsjahres 2015 kann zusammenfassend als insgesamt positiv bezeichnet werden.

Vermögenslage

Im Berichtsjahr sind wesentliche Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen lediglich auf der Ebene der Muttergesellschaft und in einem Umfang von ca. 3.843 T€ getätigt worden.

Auf Konzernebene ergibt sich somit ebenfalls ein Investitionsvolumen in Höhe von 3.843 T€. Die Investitionen wurden überwiegend im Bereich Busbeschaffung (3.283 T€) getätigt. Im Berichtsjahr wurde außerdem ein Anteil (10% von 12,5%) des ehemaligen Gesellschafters OVAG erworben. Der Kaufpreis betrug 2.045 T€.

Im Vorjahresvergleich sind die finanziellen Mittel im Konzern um 3.653 T€ gesunken.

Wesentliche Rückstellungen sind im Anhang erläutert.

Die Höhe der Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 7.246 T€ auf 55.825 T€ gesunken. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Minderung um 7.783 T€ auf 55.192 T€.

Unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2015 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung in die Kapitalrücklage geleisteten Zahlungen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des

Konzerns 28,90% (Vorjahr 33,23%). Bei der Muttergesellschaft beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) 29,25 % (Vorjahr 33,26%).

Finanzlage

Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgt grundsätzlich durch die Aufnahme von Bankdarlehen, sowie aus Abschreibungen und Liquiditätsmitteln der Gesellschafter im Rahmen der gesellschaftsvertraglich geregelten Ergebniskonsolidierung.

Bei den in Vorjahren in Anspruch genommenen Finanzierungsdarlehen für die Busbeschaffung und für das Bauvorhaben in Meckenheim ergibt sich nach planmäßigen Tilgungen in Höhe von 2.981 T€ am Ende des Berichtsjahres noch ein Schuldenstand in Höhe von 16.579 T€.

Von der RVK wurde für Zwecke der Zinssicherung ein Zinsbegrenzungsgeschäft (Cap) mit Laufzeit bis 2017 abgeschlossen. Der Abschluss des Zinssicherungsgeschäftes erfolgte in Zusammenhang mit einem Darlehen zur Busbeschaffung des Jahres 2007. Im Berichtsjahr wurden Abwertungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert vorgenommen.

Die voraussichtliche Entwicklung der liquiden Mittel wird monatlich geplant und überwacht. Wesentliche Zielsetzung dieser Planung ist die rechtzeitige Feststellung von unterjährigen zeitlichen Verschiebungen bei Zu- und Abgängen liquider Mittel, bzw. die Sicherstellung der permanenten Zahlungsbereitschaft des Unternehmens.

Die Finanzierung der Muttergesellschaft RVK ist aus heutiger Sicht – auf Grund der unterjährigen laufenden Liquiditätszahlungen der Eigentümer und der gesellschaftsvertraglich getroffenen Regelungen zum Verlustausgleich (auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung, Betriebskostenzuschüsse) – in ausreichendem Umfang gesichert.

Die auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung der Verkehrsleistungen und aller damit zusammenhängenden, durch die RVK erbrachten Dienstleistungen, z. B. Planung, Service, Vertrieb,

Personalbetreuung und Kommunikation, ist nach wie vor eine sachgerechte Grundlage für die Verteilung von Erträgen und Aufwendungen.

Negative Ergebnisse der RVK GmbH werden auf Grund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages bis zur dort festgelegten Höhe von den jeweils betroffenen Gebietskörperschaften als unmittelbare Gesellschafter direkt oder mittelbar über eigene Beteiligungsgesellschaften ausgeglichen.

Im Geschäftsjahr 2015 ergibt sich bei der RVK GmbH auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (=kurzfristig verfügbare Mittel) die folgende Kapitalflussrechnung:

	2015	2014
	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	6.237	6.561
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-3.795	1.825
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-6.630	-2.539
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-4.188	5.847
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	16.845	10.998
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	12.657	16.845

Ertragslage

Das positive handelsrechtliche Jahresergebnis 2015 in Höhe von rd. 503 T€ ist geprägt von den im Geschäftsjahr erhaltenen Betriebskostenzuschüssen für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen im Nahverkehr der Gebietskörperschaften Kreis Euskirchen, Rheinisch-Bergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis. Außerdem erfolgte im Geschäftsjahr 2015 eine Anpassung/Erhöhung der Rückstellung für das Risiko einer Rückzahlungsverpflichtung der RVK an den Verkehrsverbund Rhein-Sieg für die Jahre 2009 bis 2014 in Höhe von insgesamt 86 T€ und die Einstellung/Erhöhung einer Rückzahlungsverpflichtung im Zusammenhang mit der Erstattung von Fahrgeldausfällen für die

unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter (§145 bzw. § 148 SGB IX) für die Jahre 2009 bis 2014 in Höhe von insgesamt 206 T€.

Eine steuerrechtliche Verpflichtung der Gesellschaft ergibt sich aufgrund des positiven handelsrechtlichen Ergebnisses allerdings nicht, da die geleisteten Betriebskostenzuschüsse in Höhe von rd. 10.818 T€ keiner ertragsteuerlichen Berücksichtigung unterliegen und außerhalb der handelsrechtlichen Bilanz (für Zwecke der Besteuerung) abzusetzen sind.

Bei den nachfolgenden Darstellungen wurden Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen eliminiert.

Die Umsatzerlöse sind im RVK-Konzern um insgesamt ca. 1.580 T€ auf 62.483 T€ gesunken, bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Minderung um ca. 1.693 T€ auf 64.511 T€.

In den einzelnen Verkehrsarten ist im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG eine Minderung zu verzeichnen (-2,40%). Bei den Sonderlinienverkehre nach § 43 PBefG ergibt sich eine Steigerung (+9,90%). Beim freigestellten Schülerverkehr ergibt sich ebenfalls eine Steigerung (+44,90 %). Die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen sind im Vorjahresvergleich geringfügig gesunken (-0,20 %).

Bei den Abgeltungen nach SGB IX ist nach Abgrenzung von periodenfremden Erstattungen eine Minderung um 182 T€ (-21,50%) festzustellen.

Die im Berichtsjahr erzielten Einnahmen im Rahmen des § 11a ÖPNVG NRW belaufen sich nach Abgrenzung von periodenfremden Zuflüssen auf insgesamt 1.658 T€ (-0,30%).

Die Betriebsaufwendungen haben sich auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um ca. 386 T€ auf 80.445 T€ vermindert. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Minderung um 494 T€ auf 82.529 T€.

Bei den Personalkosten ergibt sich auf Konzernebene eine Zunahme in Höhe von 770 T€. Bei der Muttergesellschaft ist ein Rückgang um 502 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Eine Betrachtung der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Personen ergibt im Konzern eine Minderung um 7 Personen (RBR +24, RVK -31).

Der Materialaufwand ist auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um 126 T€ gestiegen. Auf der Ebene der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung in Höhe von 1.329 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Konzern um 583 T€ und auf der Ebene der Muttergesellschaft um 622 T€ gesunken.

Bankzinsen (langfristig) wurden im Berichtsjahr in Höhe von 525 T€ aufgewendet.

Den Zinsaufwendungen stehen auf Konzernebene Zins- und Beteiligungserträge in Höhe von 8 T€ gegenüber. Diese Erträge betreffen nur die Muttergesellschaft RVK.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als geordnet bezeichnet werden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Abschluss der gesellschaftsrechtlichen Neuordnung zwischen dem Oberbergischen Kreis, der OVAG, der VBL und der RVK

Die betriebliche Neuorganisation auf oberbergischem Verkehrsgebiet wurde auf der Basis der Beschlüsse von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung von Dezember 2013 im Rahmen eines Übergangs des RVK-Betriebsteils im Oberbergischen Kreis auf die VBL gemäß § 613 a BGB zum 01. Januar 2014 sozialverträglich, d. h. ohne betriebsbedingte Kündigungen, umgesetzt.

Im Anschluss hieran war es erforderlich, auch die gesellschaftsrechtliche Neuordnung vorzunehmen. Hintergrund ist die europarechtliche Notwendigkeit, gegenseitige gesellschaftsrechtliche Beteiligungen

der RVK und der OVAG zu vermeiden. Diese Notwendigkeit besteht sowohl für die OVAG zur Erlangung eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages durch den Oberbergischen Kreis als auch für die RVK zur Erlangung öffentlicher Dienstleistungsaufträge durch ihre Gesellschafter bzw. dahinter stehende Aufgabenträger, aktuell des Rhein-Sieg-Kreises.

Auf diesem Hintergrund hat die Gesellschafterversammlung der RVK in der 104. Sitzung am 24. Juni 2015 beschlossen, den von der Oberbergischen Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG) gehaltenen Geschäftsanteil (12,5%) zu teilen, dem Kauf des neuen Geschäftsanteils (10%) im Nennbetrag von EUR 357.920,00 von der OVAG durch die Gesellschaft selbst zuzustimmen und der Abtretung des neuen Geschäftsanteils (2,5%) im Nennbetrag von EUR 89.480,00 von der OVAG an den Oberbergischen Kreis ebenfalls zuzustimmen. Darüber hinaus hat die Gesellschafterversammlung beschlossen, den bisherigen Geschäftsanteil an der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL) an die OVAG zu verkaufen. Damit ist die Neuorganisation im Oberbergischen Kreis auch gesellschaftsrechtlich abgeschlossen.

Umsetzung von Ergebnissen der Organisationsanalyse

Zum Abbau von durch den Wegfall des Fahrleistungsauftrages im Oberbergischen Kreis entstehenden Remanenz-Kosten und zur Verbesserung der Kostenstruktur der RVK wurde die Einleitung von Restrukturierungsmaßnahmen in der allgemeinen Verwaltung der RVK angestoßen.

Nachdem durch die in dieser Fragestellung renommierte, Unternehmensberatung Prof. Wieselhuber und Partner, München, eine Organisationsanalyse zur Feststellung von Kostensenkungs- und Effizienzpotentialen erstellt worden ist, bei der durch Tätigkeitsstrukturanalysen (TSA) stellenbezogene Profile erstellt, Schnittstellenaufwand überprüft und Organisationsstrukturen analysiert worden sind, wurden als Ergebnis Potentiale festgestellt, die durch Organisationsänderungen gehoben werden könnten. Die Sachkosten wurden auf sinnvolle Einsparmöglichkeiten geprüft und mögliche Einnahmenverbesserungen identifiziert.

Die Geschäftsführung hat hieraus eine Veränderung der Organisationsstruktur erarbeitet.

Hierbei wurden die Zielsetzungen der Zusammenführung von Führungsebenen insbesondere im Bereich Betrieb, der Zuordnung typischer Stabsfunktionen und Entlastung der Linie von Stabs- und Projektfunktionen, der Eingliederung von Betriebs- und Einsatzplanung in den Geschäftsbereich „Produktion“ und IT=Informationstechnik in den Geschäftsbereich „Wirtschaft“, der Verkürzung des EBE-Prozess (EBE=Erhöhtes Beförderungsentgelt „Schwarzfahrer“) und der Verstärkung des Bereiche „Personalentwicklung“ und „Ausbildung“ zur Steigerung der multiplen Verwendbarkeit vorhandener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einer ganzheitlich durchzuführenden Ausbildung neu einzustellenden Fahrpersonals, beachtet.

Der positive, mittelfristige Effekt wird weiterhin mit ca. 695.000,- Euro eingeschätzt.

Die konkrete (einzelfallbezogene) Umsetzung wird aufgrund vertraglicher Bindungen (z.B. im Auftragsunternehmerbereich oder Mietverträgen bei den Sachkosten oder Arbeitsverträgen) schrittweise erfolgen, so dass identifizierte Potentiale nicht gleichzusetzen sind mit sofortigen Einsparungen. Zudem ist darauf aufmerksam zu machen, dass die Potentiale nicht inflationiert sind und tarifvertragliche Veränderungen nicht antizipiert sind.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen wurde unmittelbar 2014 begonnen. Zum Stand 1.4.2016 sind sieben Vollzeitstellen (VZ) konkret abgebaut worden, mit einem Volumen von ca. 330.000,- Euro. Weitere zwei Stellen werden in April und Mai 2016 entfallen. Derzeit läuft eine Organisationsuntersuchung des betriebsnahen Verwaltungsdienstes auf den Niederlassungen.

Bei Verfolgung des Zieles, keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen, rechnet die Geschäftsführung damit, bis zum Jahre 2018 die Potentiale zu heben.

Es ist jedoch darauf aufmerksam zu machen, dass sich weitere gesetzliche, bürokratische oder beauftragte Anforderungen an den Personalbestand nicht abschließend absehen lassen.

Zur Umsetzung der Einsparpotentiale von ca. 500.000,- Euro im Sachkostenbereich sind Arbeitsgruppen gebildet und Prüfaufträge ergangen. Der wesentliche Teil der Einsparung wird im Bereich des Kraftstoffverbrauchs unter konsequenter Fortsetzung der bisherigen Maßnahmen wie „clever lenken,

Kosten senken“, Schulungsmaßnahmen und weitere Umstellung der Fahrzeugflotte auf kraftstoffsparende Antriebsarten gesehen. Letzter Punkt steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Überlegungen zur Erreichung des Zieles Null-Emission in 2030.

Weiter sind Buswartungskosten durch Umstellung der Systematik von Wartungsverträgen und Verjüngung der Busflotte einsparbar. Die sinkenden Personalzahlen werden Senkung von Mietkosten und ggf. Konsequenzen im Fuhrpark erzeugen. Schließlich sind laufende Anpassungen im Bereich Serverkosten und Kommunikationskosten vorgesehen.

Auch in diesem Bereich ist darauf hinzuweisen, dass die Effekte ggf. durch gegenläufige Tendenzen (insbesondere bei Kraftstoffkosten und Kosten der Buswartung) neutralisiert werden.

Weiterhin wird durch die Geschäftsführung eine grundsätzliche Änderung der Rahmenbedingungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung des Fahrpersonals forciert, welche externe Kosten in erheblichem Umfang einsparen soll.

Die vollständige Ergebniswirksamkeit wird ab Geschäftsjahr 2019 erwartet.

Zukunftskonzepte für die Mobilitätsversorgung der ländlichen Region

Die durch die RVK seit 2008 initiierten Zukunftsprojekte, welche sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels in den Städten und Gemeinden unserer Region beschäftigen, wurden auch im Jahr 2015 fortgeführt.

Hierbei handelte es sich sowohl um die auf spezifische kommunale Interessen angelegte Untersuchungsreihe „Mobilitätssicherung und sichere Mobilität älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen (MoSiM)“ als auch um die Untersuchung „Regionale Mobilitätssicherung 2030 (RegioM 2030)“.

Im Sinne der Übertragbarkeit von Einzelmaßnahmen aus RegioM 2030 auf andere Kommunen steht die Palette der Maßnahmensteckbriefe zur Überprüfung der Adaptierbarkeit im Mittelpunkt der weiteren

Projektumsetzung. Die RVK begleitet die weiteren Schritte in ihrem Bedienungsgebiet und auf Anfrage auch darüber hinaus.

Die Untersuchungsreihe „MoSiM“ wurde fortgesetzt. Im Rheinisch-Bergischen Kreis wurden in der Stadt Rösrath in 2015 Maßnahmen aus der in 2014 abgeschlossenen Untersuchung umgesetzt. Weitere Maßnahmen folgen in den Städten Rösrath und Bergisch Gladbach in 2016. In der Stadt Wermelskirchen steht die in 2015 begonnene Untersuchung kurz vor dem Abschluss.

Darüber hinaus beteiligt sich die RVK mit einem eigenen Projektbeitrag an dem gemeinsam vom Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreises ins Leben gerufenen Leader-Wettbewerbs.. Im Projektraum des Bergischen Talsperrenlandes wird ein (Fahrrad-)Busverkehr (Titel: Bergischer Wasserbus) angeboten, der sowohl für Wanderer als auch für Rad- und Mountainbiker die Freizeitwege um die Große Dhünntalsperre und die Talsperren des Wasserquintetts erschließt und somit die Erreichung des jeweiligen Ausgangspunktes garantiert. Das Projekt erhält im zweiten Schritt eine energetische Komponente durch den Einsatz emissionsfreier Fahrzeuge. Es wird eine „blaue Linie“ kreiert, auf deren (Teil-) Streckenverlauf ein Wasserstoffbus die Erschließung unter dem Titel „Mit Wasserstoff ins Wasserland“ sichert. Über den Antrag wird im Rahmen des Leader-Wettbewerbs Ende 2016 entschieden, so dass der Fahrradbus voraussichtlich im Frühjahr 2017 startet.

Umweltschutz und Ressourcenschonung

Durch die ständige Neubewertung von Prozessen und Maßnahmen wird angestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung des Umweltschutzes im Unternehmen zu erzielen. Dies beinhaltet unter anderem, das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen durch geeignete Schulungsmaßnahmen permanent zu fördern.

Konzernweit wurde, in enger Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Umweltbeauftragten sowie externen Beratern, die notwendige Vorsorge getroffen, um Notfälle zu vermeiden. Gleichzeitig haben wir uns verpflichtet transparent und umfassend über die Umweltauswirkungen unserer Tätigkeit zu informieren.

Zur Reduktion von schädlichen Abgasen und zur aktiven Ressourcenschonung achtet das Unternehmen bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen auf geringe Schadstoff- und Lärmemissionen. Alle neu anzuschaffenden Busse müssen jeweils die höchste Umweltnorm, aktuell die Schadstoffklasse Euro 6, einhalten.

Weiterhin hat die RVK ihren Fuhrpark um 7 Kleinbusse erweitert, die auf Linien mit niedriger Fahrgastnachfrage eingesetzt werden und durch das geringere Gewicht erheblich weniger Kraftstoff verbrauchen. Auch dies ist ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz.

Zudem fördert die RVK erneuerbare Energien und alternative Antriebsarten durch praxisnahe Projekte, wie z. B. den Einsatz der ersten beiden Brennstoffzellen-Hybridbusse im regulären Linienverkehr in NRW seit September 2011 und die Inbetriebnahme von Photovoltaikanlagen an den RVK-Standorten Bergheim (Rhein-Erft-Kreis), Euskirchen (Kreis Euskirchen), Meckenheim (Rhein-Sieg-Kreis) und Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) in den Jahren 2011 und 2012. Am Standort in Meckenheim (Rhein-Sieg-Kreis) wurde zudem im Jahre 2013 ein Solarcarport inklusive zwei Elektro-Ladestellen installiert. Dieser Weg der stetigen Verbesserung der Umweltbilanz soll auch in Zukunft konsequent weitergegangen werden.

Projektumsetzung E-PKW

Im Zuge des Förderprojekts „colognE-Mobil“ hat die RVK im Juli 2013 drei E-Pkw (Ford Focus Electric, zwei C-Max Plug-In Hybrid) angeschafft. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und wird mit 50 % durch den Bund bezuschusst.

Bereits seit April 2013 kommt in Hürth ein Ford Transit Connect Electric aus der Phase I des Projekts „colognE-Mobil“ als „Fahrtaxi“ zum Einsatz und ersetzt das bisher eingesetzte Diesel-Fahrzeug. Dieses Fahrzeug wird der RVK durch die Ford Werke GmbH kostenneutral zur Verfügung gestellt. Die Leihvereinbarung galt bis zum 31. Dezember 2014, und wurde bis zum 31. Dezember 2015 verlängert.

Im Oktober 2013 wurden der RVK zwei weitere rein elektrische Fahrzeuge durch die Firma e-Wolf übergeben. Im Dezember 2013 desselben Jahres und im März 2014 folgten zwei weitere E-Nutz-

fahrzeuge. Die Fahrzeuge der Firma e-Wolf hat die RVK im Zuge des Projekts NiVVE (Nutzfahrzeuge im Vergleich – Verbrennungs- vs. Elektromotor) bezogen. Dieses Projekt wird mit einer Förderquote von 50 % durch das Land NRW gefördert und hat eine Laufzeit bis Mitte 2015. Die Fahrzeuge bleiben über das Jahr 2015 hinaus im Einsatz.

Ein weiterer E-PKW wurde der RVK von Ford im April 2015 kostenlos zur Verfügung gestellt.

Ab dem 30. April 2015 hat die RVK den ersten Brennstoffzellen-PKW in ihrem Fuhrpark aufgenommen. Es handelt sich um einen ix 35 der Firma Hyundai mit einer Reichweite von ca. 600 km. Somit verfügt die RVK zurzeit über 10 E-Pkw.

Von diesen wird seit September 2015 ein Plug-In-Hybrid-PKW der Kreisverwaltung des Rheinisch Bergischen Kreises zur Verfügung gestellt und seit November 2015 ein rein elektrischer PKW der Dorfgemeinschaft Thürne e.V. im Kreis Euskirchen. Ziel ist es in beiden Fällen, die alternativen Antriebsformen den Menschen im Verkehrsgebiet der RVK näher zu bringen und Vorbehalte gegen die neuen umweltbewussten Technologien abzubauen.

Zusätzlich zum Erwerb und Einsatz von E-Fahrzeugen ist es auch Ziel der Bemühungen der RVK, den Ausbau der Ladeinfrastruktur voranzutreiben. Zu der bereits auf dem Betriebshof in Meckenheim eingerichteten E-Ladesäule ist im September 2013 eine weitere an der Hauptverwaltung der RVK am Theodor-Heuss-Ring in Köln aufgestellt worden, welche auch der Öffentlichkeit zugänglich ist.

Projektumsetzung Brennstoffzellen-Hybridbusse auf Wasserstoffbasis

Seit September 2011 hat die RVK zwei Brennstoffzellen-Hybridbusse des Typs „Phileas“ von VDL im Linienverkehr im Rhein-Erft-Kreis im Einsatz. Der Einsatz der Fahrzeuge und die innovative Brennstoffzellen-Technologie werden seither kontinuierlich evaluiert und optimiert.

Um den eingeschlagenen Weg des Aufbaus eines nachhaltigen und emissionsfreien ÖPNV konsequent weiterzugehen, wurden im April 2014 zwei weitere Brennstoffzellen-Hybridbusse des Typs A330 FC von

Van Hool beschafft. Die Fahrzeuge wurden am 06. Mai 2014 der Öffentlichkeit in Brühl vorgestellt. Seit Mai 2014 werden diese im Linienverkehr in Brühl und Hürth eingesetzt.

Um die hochgesteckten Umweltziele zu erreichen, wurde das ambitionierte Projekt „Null Emission“ ins Leben gerufen. Dieses sieht vor, ab 2030 ausschließlich Null-Emissions-Fahrzeuge zu beschaffen. Bis zu diesem Zeitpunkt, soll die notwendige Infrastruktur aufgebaut sowie bereits eine signifikante Anzahl an Null-Emissions-Fahrzeugen beschafft werden.

Im Oktober 2014 hat deshalb die RVK, gemeinsam mit anderen Organisationen und Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen, eine Absichtserklärung mitgezeichnet, in welcher die verstärkte Nutzung des Brennstoffzellenantriebs in den Bussen des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen und die namhafte Förderung der Anschaffung von rund einhundert Brennstoffzellenbussen und einem entsprechenden Tankstellenetz bis 2020, gefordert wird.

Damit möchte die RVK in allen Städten und Kreisen ihres Bedienungsgebietes den Einsatz von Brennstoffzellenbussen ermöglichen, womit gleichzeitig die strategische Vision verbunden ist, künftig die bislang getrennten Sektoren Energie und Verkehr zu verknüpfen.

Aktuell ist die RVK der einzige Betreiber von Bussen mit Brennstoffzellenantrieb in Nordrhein-Westfalen und verfügt dadurch über einen nicht hoch genug einzuschätzenden organisatorischen, betrieblichen und technischen Wissensvorsprung.

Aufgrund der im November 2014 verabschiedeten gemeinsamen Erklärung der führenden europäischen Nutzfahrzeughersteller, bis zum Jahr 2020 etwa 1.000 Brennstoffzellenbusse herzustellen und mit Partnern eine flächendeckende Tankstelleninfrastruktur schaffen zu wollen, ist offensichtlich ein entscheidender Durchbruch bei der Nutzung der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie im straßengebundenen Nahverkehr erreicht worden.

Die RVK handelt, soweit irgend möglich, in allen Konzern-Bereichen umweltbewusst und ressourcenschonend. Neben dem Einkauf und Einsatz umweltfreundlicher Fahrzeuge und Kraftstoffe

zählt hierzu u. a. auch die Nutzung von Regen- und Brauchwasser in allen unseren Fahrzeugwaschanlagen sowie die strikte Trennung sämtlicher Abfallarten, sofern diese nicht zu vermeiden sind.

Der schonende und sparsame Umgang mit natürlichen Ressourcen ist ebenfalls Teil der Unternehmensphilosophie. So ist Energieeinsparung in den Betriebs- und Verwaltungsbereichen gelebte Praxis.

Die geschilderten Maßnahmen und Projekte, die Ganzheitlichkeit des Ansatzes, die erfolgreichen bisherigen Bemühungen sowie der Nachweis über deren Nachhaltigkeit haben dazu beigetragen, dass die Konzernunternehmen der RVK im März 2011 die Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001:2009 erhalten haben und die entsprechende Rezertifizierung zur Aufrechterhaltung des Systems und Nachweis der Weiterentwicklung im November 2013 erfolgreich durchgeführt werden konnte. Als Erweiterung des bestehenden Management-Systems und zur gesetzeskonformen Umsetzung der Novelle des Energiedienstleistungsgesetzes führt die RVK zurzeit ein Energiemanagement nach DIN EN ISO 50001:2011 ein und lässt sich Dieses im Herbst 2016 ebenfalls zertifizieren.

Warum gerade die Themen „Kraftstoffverbrauch“, „Suche nach alternativen Treibstoffen“ und Nachhaltigkeit, insbesondere auch aus wirtschaftlicher Sicht von grundlegender Bedeutung für die RVK und ihre kommunalen Eigentümer sind, zeigt alleine die Tatsache, dass der RVK-Konzern am Ende des Berichtsjahres über 299 eigene Omnibusse verfügte, mit denen 51 % der Gesamtfahrleistungen erbracht wurden. Hierfür wurden, trotz einer breit angelegten und intensiv betriebenen Einsparkampagne, ca. 5,9 Millionen Liter Dieselmotorkraftstoff verbraucht. Für die weiteren 49 % der Fahrleistungen wurden durchschnittlich 328 Omnibusse von privaten Omnibusunternehmen eingesetzt, wobei der Anteil der Leistungserbringung durch eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also der so genannte Regieverkehr, strukturell bedingt in den verschiedenen Gebietskörperschaften unseres Bedienungsgebietes sehr unterschiedlich ist.

Auszeichnungen für die RVK durch die KlimaExpo.NRW

Am 25. Juni 2015 wurde die RVK von der KlimaExpo.NRW für ihr Engagement als Schrittmacher und Vorreiter im Klimaschutz ausgezeichnet. In der Begründung hieß es u. a.: „Mit dem Einsatz von vier

Wasserstoffbussen im ÖPNV setzt die RVK emissionsfreie Antriebe ein. In der Unternehmensflotte fahren Elektromobile. Zudem werden die Busse mit Brauchwasser gewaschen, PV-Anlagen auf den Unternehmensdächern erzeugen rund 400 MWh Strom im Jahr.“

Neben der Auszeichnung der RVK als Schrittmacher wurde das Projekt „Nachhaltiger ÖPNV durch Wasserstoffbusse in der Region Köln“ als qualifiziertes Projekt aufgenommen.

Die KlimaExpo.NRW ist eine Initiative der NRW-Landesregierung, die die Umsetzung der Energiewende und das Erreichen der Klimaschutzziele Nordrhein-Westfalens fördert.

Projekt „WLAN im Busverkehr der RVK“ - Erprobungsphase im Rheinisch-Bergischen Kreis und im Rhein-Sieg-Kreis

Im Zuge einer weiter voranschreitenden Digitalisierung und der Tatsache, dass immer mehr Fahrgäste mit WLAN-fähigen Endgeräten (z.B. Laptops, Tablet-PCs, Smartphones) in öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind, beabsichtigt die Geschäftsführung der RVK zur weiteren Qualitätssteigerung des ÖPNV ein „Mobiles Internet via WLAN“ in den Bussen der RVK einzuführen.

Zur Erprobung der Fahrzeugtechnik erfolgte ein Probetrieb von insgesamt sechs Monaten im Zeitraum vom 01.11.2015 bis 30.04.2016 auf der Linie 260 „Remscheid-Wermelskirchen-Leverkusen-Köln“ sowie auf der Linie 800 „Rheinbach-Alfter-Bonn“. Auf beiden Linien wurden zunächst je 2 Regie-Fahrzeuge mit der entsprechenden WLAN-Technik ausgestattet.

Rezertifizierung des Sozial-Managementsystems nach DIN EN ISO 17000

Im Sommer 2015 fand bei RVK und RBR durch die mobifair GmbH, Frankfurt am Main, eine erneute Überprüfung (sog. Re-Zertifizierung) hinsichtlich der Einhaltung von Sozialnormen statt, an deren Ende die Verlängerung der Sozialzertifizierung bis 31. Oktober 2018 stand. Neben der Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen wurden u.a. folgende Bereiche im Rahmen der Zertifizierung untersucht:

- Lohn- und Sozialstandards
- Arbeitsschutz
- Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit
- Betriebssicherheit
- Datenschutz
- Umlauf- und Dienstplanungen
- Einhaltung der Regeln der zuständigen Berufsgenossenschaft
- Mitarbeiterführung
- Sozialkompetenz

Mit der Re-Zertifizierung werden RVK und RBR ausdrücklich die weiterhin bestehenden hohen Ansprüche an die Lohn- und Sozialstandards bestätigt und festgestellt, dass gesetzliche Bestimmungen eingehalten werden und der Konzern der Anwendung von Arbeitsschutz- und Arbeitszeitbestimmungen besondere Bedeutung zukommen lässt sowie deren Einhaltung gewissenhaft und permanent kontrolliert.

Liegenschaft Betriebshof Bergheim/ Sachstand

Die RVK besitzt und betreibt in 50126 Bergheim, Kölner Straße 16, einen Busbetriebshof.

Im Februar 2014 wurde die Geschäftsführung der RVK durch Schreiben des Landrats des Rhein-Erft-Kreises, im Zusammenhang mit der geplanten Aufwertung der Innenstadt, erstmalig über das Interesse der Stadt Bergheim am Betriebsgrundstück der RVK unterrichtet.

Mit Schreiben vom 18. September 2014 teilte die REVG-Geschäftsführung mit, dass der Aufsichtsrat der REVG die Ankaufsbemühungen der Stadt Bergheim bezüglich des Geländes des Betriebshofs der RVK in Bergheim ausdrücklich begrüße. Die RVK-Geschäftsführung wurde darüber hinaus gebeten, die Eignung alternativer Betriebsgrundstücke zu prüfen und die REVG-Geschäftsführung über das Ergebnis zu informieren, wobei diese betonte, dass bei allen Varianten der reibungslose Betriebsablauf gewährleistet sein müsse.

Entsprechend der Bitte der REVG wurden mehrere Grundstücke in Bergheim und Kerpen unter Einbeziehung externen Sachverständigen einer eingehenden Überprüfung unterzogen, wirtschaftlich bewertet und die Ergebnisse der Stadt Bergheim und dem Rhein-Erft-Kreis mitgeteilt.

Da aber die Weiterbeauftragung der RVK durch die REVG / den REK über den 31. Dezember 2018 hinaus fraglich ist, wurde unter dem Blickwinkel eines möglicherweise nur noch bis Ende Dezember 2018 sicherzustellenden Betriebs als Alternative zur Investitionsentscheidung auch die Verkehrsbedienung von der bestehenden Zweigniederlassung auf dem Betriebsgelände der Fa. SOV, Hürth-Hermülheim, aus geprüft und wirtschaftlich bewertet. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Flächen und Räumlichkeiten zusätzlich angemietet werden müssten.

Beide vorstehend beschriebenen Varianten führen zu durch die REVG zu tragende Mehrkosten für die Verkehrsbedienung im Rhein-Erft-Kreis. Diese sind in ihrer Höhe unterschiedlich. Bei einer Investitionsentscheidung zum Herrichten eines neuen Betriebshofs - also im Falle eines Ankaufs eines neuen Grundstücks und Investitionen in Betriebshofanlagen bzw. Gebäude - ergeben sich durch die längerfristigen Gestaltungsmöglichkeiten, die Investitionssicherheit und weniger Leer-Kilometer geringere jährliche Kostensteigerungen.

Mit Schreiben vom 22. Januar 2016 wurde der REVG auch dieses Ergebnis mitgeteilt und um entsprechende Entscheidung der Kostentragung durch die REVG gebeten. Mit Schreiben vom 10.03.2016 teilte die REVG mit, dass sie dem für die Bedienung von Hürth aus vorgelegten Konzept zustimme und die Mehrkosten übernehme.

Bezüglich der Grundstücksveräußerung an die Stadt Bergheim wurde zur Feststellung des Grundstückswertes ein Gutachten beim Gutachterausschuss für Grundstücksbewertungen des Rhein-Erft-kreises in Auftrag gegeben. Nach Vorlage und Einsichtnahme des Bewertungsgutachtens und des Entwurfs des Kaufvertrages soll die finale Beschlussfassung mit Kaufpreisfestlegung auf der Basis des geprüften Gutachtens durch die Gesellschafterversammlung der RVK erfolgen.

Einnahmenaufteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Die Situation der Einnahmenaufteilung im VRS ist immer noch von der Diskussion über die Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 geprägt. Es ist insgesamt eine Verschiebung der Einnahmenströme aus den Ballungsrandzonen und dem ländlich geprägten Raum in die Ballungsräumen einerseits, und andererseits von der Straße auf die Schiene festzustellen, was naturgemäß negative Auswirkungen auf die Erlössituation der Nahverkehrsunternehmen in den Kreisen und kreisangehörigen Städten hat. Das formal erforderliche Schiedsverfahren nach dem zwischen den Verkehrsunternehmen geschlossenen Einnahmeaufteilungsvertrag hat nicht zu einer abschließenden Beschlussfassung über die Einnahmeaufteilung geführt. Eine einstimmige Feststellung des Ergebnisses der Jahresabrechnung 2009, in der Folge des Schiedsgutachtens, ist in der Sitzung des Beirates der Unternehmen im VRS am 13. März 2014 endgültig gescheitert.

Die zwischenzeitlich anhängigen Klageverfahren haben zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch keinen Abschluss gefunden. Versuche, zu einem Vergleich zu kommen, sind bisher zwar unternommen worden, jedoch noch nicht in Vergleichen gemündet. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung ist ein Vergleichsvorschlag vorgelegt und befindet sich in den Gremien der Vergleichsparteien in Abstimmung. Der Vergleich hat für die RVK zur Folge, dass die Abrechnungen der Jahre 2009 bis 2015 auf der Basis der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 anerkannt werden. Infolgedessen verwirklicht sich der Tatbestand, der bei der RVK in Erwartung dieser Abrechnungen zu Rückstellungen geführt hat.

Die RVK ist an keinem dieser Verfahren, weder als Klägerin, noch als Beklagte, beteiligt, da sie der Umsetzung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 zugestimmt hat.

Das Risiko einer Zahlungsverpflichtung der RVK für die Jahre 2009 ff in den „Verbundtopf“ wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 für die Geschäftsjahre 2009 – 2015 in Höhe von jährlich rd. 1,08 Mio. Euro berücksichtigt.

Nach einer, aus Sicht des Berichterstatters, verlässlichen mündlichen Zusage der Vertreter der anspruchsberechtigten Verkehrsunternehmen (prägend sind dies die DB Regio NRW AG und die Kölner Verkehrs-Betriebe AG) entstehen dem RVK-Konzern keine Zinsverpflichtungen aus diesen, nach wie vor von einigen Unternehmen bestrittenen „offenen Forderungen“, da sie ihre Zustimmung zur Ergebnisfeststellung der Verkehrserhebung 2009 gegeben hat.

Tariftreue- und Vergabegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen

Nachdem am 01. Mai 2012 in Kraft getretenen Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW) dürfen Öffentliche Dienstleistungsaufträge im Sinne der Verordnung (EG)1370/2007 künftig nur noch an solche Unternehmen vergeben werden, „die sich bei Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungszeit Änderungen nachzuvollziehen.“

Nachdem zunächst durch die Verordnung zur Feststellung der Repräsentativität von Tarifverträgen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (repräsentative Tarifverträge VO – RepTVVO) festgelegt wurde, dass der repräsentative Tarifvertrag im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs der Spartentarifvertrag Nahverkehrsbetriebe (TV-N) sei, ist zwischenzeitlich auch der TV NWO-ver.di für repräsentativ erklärt worden.

Insoweit die RVK öffentliche Dienstleistungsaufträge durch ihre Eigentümer erhält, ist jedoch davon auszugehen, dass diese öffentlichen Dienstleistungsaufträge – im Rahmen einer Inhouse-Beauftragung – nicht von der Verpflichtung zur Anwendung des TV-N erfasst werden. Dennoch ist die Tendenz zum Abschluss deutlich höherer Tarifabschlüsse – auch aufgrund des Drucks der Gewerkschaften in Richtung TV-N – zu erkennen mit entsprechender Wirkung auf die Kosten.

Eine zwischenzeitlich eingereichte Klage des Arbeitgeberverbandes AGVDE, an welcher die RVK maßgeblich beteiligt ist, ist in erster Instanz zurückgewiesen worden, eine Berufung noch nicht zugelassen. Die Klagen des NWO gegen die Anwendung des Tariftreuegesetzes bzw. der TVVO sind zwischenzeitlich zurückgenommen worden.

Unmittelbare Auswirkungen durch das TVgG im Berichtszeitraum sind nicht eingetreten, da vorhandene Beauftragungen durch die Aufgabenträger und vorhandene Subunternehmerverträgen per se nicht betroffen sind.

Es ist darauf aufmerksam zu machen, dass das TVgG keine Anwendung auf eigenwirtschaftlich erbrachten Verkehr hat – mangels Vergabevorgang. Daher ist eine weite Unterschreitung der tariflichen Bezahlung der Mitarbeiter unter dem Niveau des TV-N oder des RVK-T und des NWO-Tarifes bei Beantragung eigenwirtschaftlicher Verkehre möglich. Dies ist ein Kostenvorteil, der die Zielsetzungen des TVgG unterläuft.

Auswirkungen des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Mit Datum vom 01.05.2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst in Kraft getreten.

Durch die gesetzlichen Neuregelungen zur Geschlechterquote und zu den verbindlichen Zielgrößen soll mittelfristig eine signifikante Verbesserung des Frauenanteils an Führungspositionen der Privatwirtschaft erreicht werden.

Bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind zur Förderung des Anteils weiblicher Führungskräfte sogenannte „Zielgrößen“ festzulegen und zwar für die Führungsebenen und den Aufsichtsrat. Im Bezug auf den Aufsichtsrat eines Unternehmens besteht die Verpflichtung der Gesellschaft zur Festlegung eines Frauenanteils im Aufsichtsrat. Die Festlegung soll durch die Gesellschafterversammlung erfolgen. Im Bezug auf die Führungsebenen der Gesellschaft obliegt diese Aufgabe der Geschäftsführung.

Eine Mindestzielgröße ist jedoch nicht vorgesehen. Die Unternehmen können sich die Zielvorgaben selbst setzen und sich dabei an ihren Unternehmensstrukturen ausrichten.

Im Bezug auf den Aufsichtsrat der RVK gilt, dass die aktuellen Mitglieder des Aufsichtsrates in der Regel bis zum Jahr 2020 bestellt sind. Da die Mitglieder des Aufsichtsrates von den einzelnen Gesellschaftern bestellt bzw. von der Belegschaft gewählt werden, konnte die Gesellschafterversammlung bei einer anstehenden Neubestellung lediglich Empfehlungen an die Gesellschafter bzw. an die Arbeitnehmer aussprechen. Die Gesellschafterversammlung der RVK hat am 14. Dezember 2015 beschlossen: „Für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Regionalverkehr Köln GmbH wird eine Zielgröße für den weiblichen Anteil der Mitglieder von 1 Mitglied festgelegt.“

Im Bezug auf die oberen Führungsebenen wurde festgestellt, dass die Gesellschaft derzeit nur über einen Geschäftsführer verfügt. Bei nur einem einzigen Geschäftsführer erübrigt sich aber die Festlegung einer Zielgröße.

Die Geschäftsführung der RVK ist jedoch gem. § 36 GmbHG verpflichtet, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils festzulegen. Die Geschäftsführung hat hierzu am 29. September 2015 eine Festlegung getroffen. In Anbetracht der nicht zu erwartenden Besetzung von Positionen der zweiten und dritten Führungsebene in der ersten Fristlaufzeit bis zum 30.06.2017 wurde festgestellt, dass keine Schaffung neuer Stellen der zweiten und dritten Führungsebene erfolgen wird, jedoch eine Zielgröße für den Fall von Neubesetzungen festgelegt wird.

Die Geschäftsführung hat eine Zielgröße von 30 % für die zweite und dritte Führungsebene festgelegt.

Frühzeitige Erkennung von Risiken und Chancen (R&C-Management)

Um die für das Unternehmen und den Konzern wesentlichen Risiken und Chancen frühzeitig identifizieren zu können sowie zur Steuerung und Bewältigung der Risiken hat die Konzern-Geschäftsführung ein Früherkennungssystem eingerichtet. Wesentliche Bestandteile dieses Systems sind ein Risikokatalog, der alle wesentlichen Risiken der einzelnen Konzernbereiche umfasst, sowie ein

Maßnahmenkatalog, aus dem für jedes erfasste Risiko die notwendigen Handlungen im Falle eines Risikoeintritts abzuleiten sind.

Die bestehenden Risiken werden monatlich von der Arbeitsgruppe „Risiko- und Chancen-Management“ untersucht und ggf. neu bewertet. Über die Ergebnisse wird der Aufsichtsrat der RVK in regelmäßigen Abständen unterrichtet.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des R&C-Managements, der Vereinbarungen mit Aufgabenträgern bzw. Gesellschaftern über Zuschüsse und auf Grundlage des beschriebenen gesellschaftsvertraglich geregelten Verlustausgleichs durch die Eigentümer des Konzerns, der liquiditätswirksame Zahlungen in das Eigenkapital zum Ausgleich entstandener bzw. zukünftig entstehender Jahresfehlbeträge vorsieht, sind derzeit keine den Bestand des Konzerns gefährdenden Entwicklungen zu verzeichnen.

Vermögenslage, Finanz- und Ertragslage

Für die Jahre 2016 und 2017 werden lt. beschlossenem Wirtschaftsplan positive Betriebsergebnisse in Höhe von ca. 955 T€ bzw. 1.075 T€ erwartet. Wesentliche Veränderungen der Vermögens- und Finanzlage sind weder auf Ebene der Muttergesellschaft noch im Konzern zu erwarten. Die zu erwartende Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dieser Jahre kann aus jetziger Sicht als geordnet bezeichnet werden.

Die geplanten Gesamtfahrleistungen für die Jahre 2016 und 2017 liegen in einer Größenordnung von jeweils rd. 25,9 Mio. Wagenkilometer. Hierin sind die Fahrleistungen gem. § 42 PBefG mit jeweils 12,5 Mio. Wagenkilometern und die Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen mit jeweils 13,3 Mio. Wagenkilometern enthalten.

Arbeitsziele der Geschäftsführung

Die wesentlichen Arbeitsziele der Geschäftsführung des RVK- Konzerns sind:

1. Den Eigentümern bzw. Aufgabenträgern sowie allen sonstigen Auftraggebern des Konzerns unter dem Vorsatz des wirtschaftlich verantwortlichen Handelns eine qualitativ hochwertige, kostengünstige und kommunal gesteuerte Produktpalette zur Verfügung zu stellen, welche den spezifischen Wünschen und Anforderungen der uns Beauftragenden gerecht wird.
2. Die Erbringung von Dienst-und Fahrleistungen, die den Mobilitätsbedürfnissen unserer Fahrgäste gerecht werden sowie den Respekt vor den Wünschen unserer Kundinnen und Kunden, als die zentrale Aufgabenstellung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in deren Bewusstsein zu verankern.
3. Die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns durch die Erbringung einer an der Qualität orientierten Dienstleistungskette für unsere Kunden zu sachgerechten und auskömmlichen Preisen zu sichern.
4. Den Anspruch des nachhaltigen Wirtschaftens und den schonenden Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen als integrale Bestandteile des täglichen Handelns in allen Bereichen des Konzerns umzusetzen.
5. Als kommunales Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und die soziale Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die gesellschaftlichen Prozesse einzubringen.
6. Die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig auf einem angemessenen und marktgerechten Vergütungsniveau zu sichern und die Arbeitsbedingungen im Konzern auch weiterhin fair, partnerschaftlich und sozial zu gestalten.

7. Durch sinnvolle Kooperationen und Vereinbarungen mit Unternehmen und Einrichtungen die vorhandenen Kompetenzen zu bündeln, die Finanz- und Innovationskraft der RVK zu stärken und damit unsere eigenen Zukunftschancen sowie die unserer Partner und Auftragnehmer in der Region zu verbessern.

Um die Zukunftsfähigkeit zu sichern werden u.a. die Inhalte der Projekte: „Überarbeitung der Verbundstruktur und des Tarif- und Vertriebssystems im VRS“, MoSiM, RegioM, Null Emission“ weiter verfolgt und ständig aktualisiert, als wesentliche Teilaspekte zur Verdeutlichung der Innovationsfähigkeit des RVK-Konzerns. Hierzu zählt insbesondere die Weiterentwicklung der Wasserstoff-Technologie. Zur weiteren, intensiveren Nutzung dieser emissionsfreien Zukunftstechnologie wird die Geschäftsführung daher ein Handlungskonzept für die einzelnen Verkehrsgebiete entwickeln und mit den jeweils betroffenen Aufgabenträgern bzw. Auftraggebern abstimmen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich, sofern nicht bereits ausgeführt, erkennbar nicht ergeben.

Köln, 13. Mai 2016

Regionalverkehr Köln GmbH

Eugen Puderbach

Geschäftsführer

RVK-Bilanz zum 31. Dezember 2015

Regionalverkehr Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

Aktiva	31.12.2015		31.12.2014		Passiva
	EUR	EUR	EUR	EUR	
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	552.251,00	588.751,00	817.553,00	854.053,00	3.579.200,00
2. Geleistete Anzahlungen	36.500,00		36.500,00		-357.920,00
II. Sachanlagen					7.885.454,76
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1.435.234,94		1.435.234,94		
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	6.347.639,00		6.528.652,00		710.470,13
3. Fahrzeuge für Personenverkehr	24.696.304,00		27.401.622,00		3.871.759,70
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	21.987,00		10.057,00		14.061.717,07
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung					
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.208.958,00	2.565.876,00			
	112.364,50	34.822.487,44	12.000,00	37.953.441,94	7.122.340,11
III. Finanzanlagen					9.280.688,37
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	227.000,00		227.000,00		
2. Beteiligungen	0,00		50.000,00		696.402,00
3. Sonstige Ausleihungen	12.394,38	239.394,38	13.444,37	290.444,37	8.451.515,00
		35.650.632,82		39.097.939,31	10.650.790,00
B. Umlaufvermögen					9.147.917,00
I. Vorräte					
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		186.151,81		179.424,39	16.578.558,27
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					2.853.542,15
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen					3.067.862,31
2. Forderungen gegen Gesellschafter	2.783.001,84		2.661.613,19		1.318.740,23
- davon aus Lieferungen und Leistungen EUR 2.677.262,92 (i. Vj. EUR 3.350.385,25) -	2.691.307,43		3.350.385,25		358.260,29
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht					1.385.801,73
- aus Lieferungen und Leistungen -					
4. Sonstige Vermögensgegenstände					
	1.121.413,83	6.595.723,10	632.901,77	6.722.916,97	
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten					26.182.057,22
		12.657.122,28		16.844.960,11	
		19.438.697,19		23.747.301,47	
C. Rechnungsabgrenzungsposten					502.792,22
		102.384,26		129.331,56	
		55.192.014,27		62.974.572,34	
					55.192.014,27
					62.974.572,34

Regionalverkehr Köln
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	2015		2014	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		64.510.625,03		66.203.200,84
2. Sonstige betriebliche Erträge		19.117.200,54		20.449.449,00
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.523.260,34		6.332.940,75	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	42.309.120,66	47.832.381,00	40.170.263,68	46.503.204,43
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	16.721.846,50		17.022.184,12	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.413.948,58	20.135.795,08	3.615.865,75	20.638.049,87
- davon für Altersversorgung EUR 138.974,14 (i. Vj. EUR 183.818,24) -				
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		7.153.520,92		7.852.209,36
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		7.407.027,79		8.028.951,50
7. Betriebsergebnis		1.099.100,78		3.630.234,68
8. Erträge aus Beteiligungen		0,00		3.000,00
9. Erträge aus Gewinnabführung		18.662,68		25.600,75
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.881,56		21.168,40	
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	596.418,14		669.699,96	
12. Zinsergebnis		-588.536,58		-648.531,56
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		529.226,88		3.010.303,87
14. Sonstige Steuern		26.151,31		39.777,90
15. Jahresüberschuss		503.075,57		2.970.525,97
16. Gewinnvortrag		3.185.992,64		1.852.208,52
17. Entnahme aus Kapitalrücklage		182.691,49		863.258,15
18. Bilanzgewinn		3.871.759,70		5.685.992,64

Konzernbilanz der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG zum 31. Dezember 2015

A k t i v a :		Anhang	31.12.2015	31.12.2014	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2015	31.12.2014
Anlagevermögen		1			Eigenkapital	6		
Immaterielle Vermögensgegenstände			910.280,00 €	679.093,00 €	Kapitalanteile		12.861.956,49 €	7.849.602,00 €
Sachanlagen			31.138.219,77 €	21.237.466,62 €	Bilanzgewinn		3.901.800,86 €	3.923.875,50 €
Finanzanlagen			4.525.497,68 €	11.051.618,94 €	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		489.795,44 €	411.303,89 €
			36.573.997,45 €	32.968.178,56 €			17.253.552,79 €	12.184.781,39 €
Umlaufvermögen					Empfangene Ertragszuschüsse	7	1.437.809,63 €	1.862.776,33 €
Vorräte					Rückstellungen	8		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			975.116,61 €	613.651,08 €	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.702.407,00 €	3.020.522,00 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2				Steuerrückstellungen		2.035.842,99 €	1.926.170,82 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			5.765.342,74 €	4.109.706,26 €	Sonstige Rückstellungen		4.931.013,00 €	11.657.540,00 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht							10.669.262,99 €	16.604.232,82 €
Forderungen gegen Gesellschafter					Verbindlichkeiten	9		
Sonstige Vermögensgegenstände					Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		8.450.665,66 €	6.246.471,57 €
			137.003,23 €	100.679,03 €	Erhaltene Anzahlungen		- €	799.733,71 €
			125.329,23 €	163.514,08 €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.914.849,70 €	6.376.044,76 €
			2.275.965,90 €	1.565.268,08 €	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		166.700,48 €	560,38 €
			8.303.641,10 €	5.939.167,45 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		4.535,48 €	3.600,61 €
Flüssige Mittel	3				Sonstige Verbindlichkeiten		10.813.870,24 €	14.836.284,51 €
			7.008.607,02 €	20.110.837,97 €			22.350.621,56 €	28.262.695,54 €
Rechnungsabgrenzungsposten	4				Rechnungsabgrenzungsposten	10	1.707.930,35 €	1.022.014,66 €
			90.827,15 €	5.853,63 €				
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	5							
			466.987,99 €	298.812,05 €				
			53.419.177,32 €	59.936.500,74 €			53.419.177,32 €	59.936.500,74 €

Konzern-Gewinn- u. Verlustrechnung der Energie Nordelfel GmbH & Co. KG vom 01.01.-31.12.2015

	Anhang	2015	2014
Umsatzerlöse		80.691.054,98 €	79.345.628,95 €
Stromsteuer		- 5.389.628,32 €	- 5.229.907,86 €
	12	75.301.426,66 €	74.115.721,09 €
Andere aktivierte Eigenleistungen		613.295,98 €	537.044,68 €
Sonstige betriebliche Erträge	13	3.159.240,53 €	3.640.179,37 €
		79.073.963,17 €	78.292.945,14 €
Materialaufwand	14	51.515.929,73 €	55.906.653,73 €
Personalaufwand	15	9.212.109,90 €	7.968.283,68 €
Abschreibungen	16	2.688.964,78 €	2.227.976,21 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17	5.125.995,13 €	5.482.895,16 €
		10.530.963,63 €	6.707.136,36 €
Erträge aus assoziierten Unternehmen		535.060,10 €	40.855,82 €
Finanzergebnis	19	- 563.763,68 €	- 540.332,36 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		10.502.260,05 €	6.207.659,82 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	1.963.077,32 €	1.787.392,88 €
Sonstige Steuern		58.890,32 €	30.895,60 €
Konzernjahresüberschuss		8.480.292,41 €	4.389.371,34 €
Einstellung in die Gewinnrücklagen	21	4.500.000,00 €	- €
		3.980.292,41 €	4.389.371,34 €
auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn / Verlust		- 78.491,55 €	465.495,84 €
Konzerngewinn *		3.901.800,86 €	3.923.875,50 €

* (auf Gesellschafter der Energie Nordelfel GmbH & Co. KG entfallend)

ene-Konzern und ene GmbH & Co. KG

Lagebericht 2015

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
1 Grundlagen des Unternehmens.....	2
1.1 Rechtliche Verhältnisse.....	2
1.2 Ziele und Strategie des Unternehmens	4
2 Wirtschaftsbericht	6
2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	6
2.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen	6
2.3 Geschäftsverlauf 2015 (ene-Konzern)	10
2.4 Geschäftsverlauf 2015 (ene Jahresabschluss)	11
2.5 Lage des Unternehmens	11
2.5.1 Ertragslage (Konzern).....	12
2.5.2 Vermögenslage (Konzern)	14
2.6 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage (ene).....	15
2.7 Leistungsindikatoren	15
2.7.1 Finanzielle Leistungsindikatoren	15
2.7.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren	16
3 Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW	16
4 Nachtragsbericht	18
5 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten	18
6 Prognose, Risiko- und Chancenbericht.....	19
6.1 Prognosebericht (Konzern sowie Beteiligungen der ene)	19
6.2 Risikobericht	23
6.2.1 Branchenspezifische Risiken	23
6.2.2 Ertragsorientierte Risiken.....	25
6.3 Chancenbericht.....	25
7 Gesamtaussage	26
8 Ausblick	27

1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Rechtliche Verhältnisse

Die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall (ene) ist das Mutterunternehmen des ene-Konzerns, welche in 2004 aus der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall (KEV Schleiden GmbH) hervorgegangen ist. Sie ist unter der Nummer HRA 2498 im Handelsregister des Amtsgerichts Düren eingetragen.

Am ene-Konzern waren zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2015 der Kreis Euskirchen und die RWE Deutschland AG, Essen, mit jeweils 33,4 % und seit dem 2. Januar 2015 die Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere), Kall mit 33,2 % an der ene beteiligt. Kreis Euskirchen, RWE Deutschland AG und ere haben ihre Kommanditeinlage in Höhe von je 8.350 € bzw. 8.300 € in bar erbracht. Die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb), Kall, ist als Komplementärin ohne Kapitaleinlage (Stammkapital: 25.000,00 €) an der ene beteiligt.

Das Unternehmen erbringt Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, das Energiecontracting sowie Energielieferungen.

Hierzu gehört ferner das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der KEV Schleiden GmbH, Kall, und der KEV Energie GmbH, Kall, (KEV Energie GmbH) sowie die Verwaltung der Beteiligungen.

Die ene hält an der KEV Schleiden GmbH eine Beteiligung von rd. 95 % und an der KEV Energie GmbH eine 95%ige Beteiligung. Der Kreis Euskirchen und die RWE Deutschland AG sind jeweils mit 2,5 % an beiden vorgenannten Gesellschaften beteiligt. Am 8. Dezember 2003 wurde zwischen der KEV Schleiden GmbH und der ene sowie am 23. August 2011 zwischen der KEV Energie GmbH und der ene ein Gewinnabführungsvertrag für die Zeit von fünf Jahren abgeschlossen. Beide Verträge verlängern sich unverändert jeweils um ein Jahr, falls sie nicht jeweils spätestens sechs Monate vor ihrem Ablauf von einer Vertragspartei gekündigt werden.

Am 10. Dezember 2013 wurden beide Ergebnisabführungsverträge dahingehend geändert, dass im § 2 ein Verweis auf § 302 AktG in seiner jeweils gültigen Fassung enthalten ist.

Der Unternehmensteil Vertrieb der KEV Schleiden GmbH ist im Rahmen einer Abspaltung rückwirkend zum 1. Januar 2012 nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes auf die KEV Energie GmbH übertragen worden. Der entsprechende Abspaltungsvertrag zwischen der KEV Schleiden GmbH und der KEV Energie GmbH ist am 15. August 2012 abgeschlossen worden. Mit der Eintragung der Abspaltung in das Handelsregister des Amtsgerichts Düren am 24. August 2012 ist das gesamte, dem Unternehmensbereich Vertrieb zuzuordnende Vermögen der KEV Schleiden GmbH auf die KEV Energie GmbH im Wege der sog. Sonderrechtsnachfolge übergegangen.

Die BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG (BWP Schleiden KG) wurde am 20. Dezember 2013 gegründet. Die Geschäftsführung der Gesellschaft erfolgt durch die ebenfalls im Dezember 2013 gegründete BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH (BWP Schleiden V-GmbH) als Komplementärin ohne Kapitalanteil. An der BWP Schleiden V-GmbH hält die KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER) 100 %.

Die KEV Energie GmbH hielt einen Anteil von 51% i. H. v. 255 T€ am Gesamtkommanditkapital der BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG von zunächst 500,0 T€. Das gesamte Kommanditkapital wurde im Laufe des Jahres 2014 auf 5.620 T€ aufgestockt und 2014 wurden 9,26 % der Anteile an die eegon - Eifel Energiegenossenschaft eG und in 2015 an die Stadt Schleiden 7,12 % veräußert, so dass sich der Anteil der KEV Energie GmbH auf 42,81 % reduziert hat.

Herr Markus Böhm ist als Geschäftsführer der enb bestellt. Im Rahmen der Geschäftsführungsfunktion der Komplementärin ist er berechtigt, die Gesellschaft alleine zu vertreten.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Kerngeschäfte und die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaften in 2015:

Tab. 1: Kerngeschäfte der Gesellschaften

Konzerngesellschaften	Anteil Mitarbeiter in %	Mitarbeiter 2015	Betriebliches Ergebnis 2015	Gezeichnetes Kapital / Kommandit- kapital	Kerngeschäft
		im Jahresdurch- schnitt			
		T€	T€	T€	
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall	31	47	2.669	2.945	Energiedienstleistungen und gewerbliche Dienstleistungen, Bau und Instandhaltung
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall	57	87	4.688	3.100	Regionale Energieversorgung und Asset Owner
KEV Energie GmbH, Kall	12	19	2.660	300	Versorgung, Vertrieb u. Handel mit Energie und verb. Dienstleistungen
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH, Kall	0	0	135	25	Entwicklung, Planung, Bau von Anlagen zur Energieerzeugung
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG, Mechernich	0	0	378	310	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlage
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG, Schleiden (at equity in den ene-Konzern einbezogen)	0	0	2.364	5.620	Planung, Errichtung u. Betrieb eines Windparks
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH, Schleiden	0	0	0,6	25	Komplementär der BWP Schleiden GmbH & Co KG
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG, Kall (at equity in den Konzern einbezogen)	0	0	119	200	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlagen
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG, Schleiden (at equity in den ene-Konzern einbezogen)	0	0	207	360	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlage

1.2 Ziele und Strategie des Unternehmens

Der Energiesektor befindet sich in Deutschland – insbesondere aufgrund der Energiewende – in einem stetig wandelnden Umfeld. Die politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen verändern sich schneller und umfassender als in den vergangenen Dekaden. Dies nimmt erheblichen Einfluss auf die Markt- und Wettbewerbsstrukturen. Vor diesem Hintergrund ist der ene-Konzern gehalten, die Geschäftsmodelle entlang der Wertschöpfungskette (Energieerzeugung, Netzbetrieb, Vertrieb und Dienstleistungen) ständig zu prüfen und ggf. auf neue Marktgegebenheiten auszurichten. Hierbei verfolgt der ene-Konzern eine ausgewogene und langfristig orientierte Unternehmensstrategie mit dem Ziel, die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens zu sichern. Die Strategie berücksichtigt die Interessen der Kunden, des kommunalen Umfeldes, der Gesellschafter sowie der Mitarbeiter.

Wesentliche Elemente der strategischen Ausrichtung des ene-Konzerns spiegelt das Beteiligungsportfolio der KEV Energie GmbH wider. So wird in der KEVER als Kerngeschäftsfeld die Entwicklung, die Umsetzung und der Betrieb von regenerativen Energieerzeugungsprojekten im regionalen Umfeld fokussiert. Durch die Fertigstellung und die kaufmännische und technische Betriebsführung des Bürgerwindparks Schleiden gelang in 2014 der Einstieg in die regenerative Stromerzeugung durch Windenergie.

Dezentrale Erzeugungskonzepte sowie eine Ausweitung von Energiedienstleistungen sind politisch erwünscht und werden gefördert. Insbesondere die Steigerung der Energieeffizienz in Industrie, Handel und Gewerbe wird durch die jüngsten gesetzlichen Entwicklungen verpflichtend. Ziel ist, am steigenden Bedarf an energieeffizienten und klimafreundlichen Versorgungskonzepten und der resultierenden Nachfrage an spezialisierten Dienstleistungen zu partizipieren.

Ein weiterer wichtiger Themenkomplex im Dienstleistungssegment ist die technische Gebäudeausrüstung. Neben Industrie, Handel und Gewerbe rückt hier zunehmend das kommunale Umfeld in den Vordergrund.

Die strategische Ausrichtung der KEV Schleiden GmbH wird im Wesentlichen durch die Ziele des Energiewirtschaftsgesetzes bestimmt, wodurch eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität sichergestellt werden soll.

Die seit dem 1. Januar 2011 mit der Westnetz GmbH, Dortmund, erfolgreich bestehende vertragliche Aufgabenteilung führt zu Pacht- und Dienstleistungserlösen für das Stromnetz der KEV Schleiden GmbH. Dafür stehen der Westnetz GmbH die Netznutzungserlöse sowie die Erlöse aus Messung und Abrechnung zu. Die gesamte technische und kaufmännische Betriebsführung für das verpachtete Netz erfolgt durch die KEV Schleiden GmbH. Zur Stabilisierung der Pacht- und Dienstleistungserlöse innerhalb des regulatorischen Rahmens verfolgt die KEV Schleiden GmbH eine Optimierungsstrategie in den Bereichen Instandhaltung, Investitionen und Kostenmanagement. Am 17. Dezember 2014 wurde der Netzkaufvertrag mit der RWE Deutschland AG über den Großteil des Stromverteilnetzes der Stadt Bad Münstereifel geschlossen. Das Netz im Stadtgebiet Bad Münstereifel wurde zum 1. Januar 2015 übernommen.

Am 7. Dezember 2015 wurde der Pachtvertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren (2016 bis 2020) mit der Westnetz GmbH, Dortmund, neu abgeschlossen.

Die KEV Schleiden GmbH hat sich in 2015 durch Interessensbekundungen auf Gaskonzessionen in angrenzenden Städten und Gemeinden beworben. Weitere Bewerbungsverfahren

sind in den Folgejahren vorgesehen, um das Unternehmen zum Mehrspartenunternehmen zu entwickeln.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Konjunktur der deutschen Wirtschaft entwickelte sich 2015 insgesamt positiv, wenn auch sektorial betrachtet durchaus unterschiedlich. Während im Bereich produzierendes und verarbeitendes Gewerbe – und hier vor allem in den energieintensiven Industrien – geringere und teilweise negative Änderungsraten zu beobachten waren, ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt 2015 im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 1,7 % gestiegen.

[Quelle: BDEW Energie-Info März 2016; Entwicklung der Energieversorgung 2015]

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2015 mit 43,0 Millionen das neunte Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Das waren 324.000 Personen oder 0,8 % mehr als im Vorjahr. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde, war 2015 im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert (+ 0,1 %). Je Erwerbstätigen ist sie um 0,5 % gegenüber 2014 gestiegen.

2.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Primärenergieverbrauch

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland nahm 2015 verglichen mit dem Vorjahr um 1,1 % zu. Außer bei den Erneuerbaren Energien und beim Erdgas war bei allen Energieträgern ein Verbrauchsrückgang zu verzeichnen. Die Zunahme des Primärenergieverbrauchs ist außer auf die relativ positive konjunkturelle Entwicklung im Wesentlichen auf die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung während der Heizperiode zurückzuführen. Bereinigt um die Witterungseinflüsse sank der Primärenergieverbrauch um etwa 0,4 %. Tendenziell ist der effektive Primärenergieverbrauch seit 1990 rückläufig. Nach dem Krisenjahr 2009 stieg der Verbrauch 2010 zwar sichtbar, erreichte aber noch nicht wieder das Niveau der Jahre 2006 bis 2008. 2013 gab die sehr kühle Witterung zwar einen Verbrauchsschub, die sinkende Tendenz setzte sich jedoch fort.

[Quelle: BDEW Energie-Info März 2016; Entwicklung der Energieversorgung 2015]

Stromerzeugung

2015 wurden in Deutschland brutto 651,8 Mrd. kWh Strom erzeugt. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Stromerzeugung damit um 24,0 Mrd. kWh – das entspricht 3,8 % – zu. Der Zuwachs war allein auf die Erneuerbaren Energien (bis auf die Wasserkraft) zurückzuführen, die konventionellen und nuklearen Energieträger hatten allesamt Rückgänge zu verzeichnen. Die Stromerzeugung der Braunkohlekraftwerke belief sich 2015 auf 155,0 Mrd. kWh. Das entspricht einem Rückgang von 0,5 % im Vergleich zum Vorjahreswert. Der Beitrag der Braunkohlekraftwerke zur Bruttostromerzeugung betrug 23,8 %. Braunkohle war somit auch im vergangenen Jahr der wichtigste Energieträger im deutschen Strommix. Die Steinkohlekraftwerke lieferten 2015 ebenfalls weniger Strom als im vorangegangenen Jahr. Sie produzierten 118,0 Mrd. kWh; das entspricht ebenfalls einem Rückgang von 0,5 % im Vorjahresvergleich. Der Anteil der Steinkohle am Energieträgermix der deutschen Stromversorgung betrug 18,1 %. Die Kernkraftwerke in Deutschland erzeugten im Berichtsjahr 91,8 Mrd. kWh Strom; das entspricht einem Anteil von 14,1 % an der Bruttostromerzeugung. Der Einsatz von Erdgas als Brennstoff in den Kraftwerken der Stromversorgung ging um knapp 2 % zurück; er befindet sich seit 2008 in einem kontinuierlichen Rückgang. In Summe hatte Erdgas 2015 einen Anteil von 9,1 % an der Bruttostromerzeugung Deutschlands. 2015 wurde aus Erneuerbaren Energien 20,5 % mehr Strom erzeugt als im Jahr zuvor. Den größten Zuwachs konnte die Stromerzeugung aus Windenergie verzeichnen. Mit 79,3 Mrd. kWh erzeugten die Windkraftanlagen an Land 23,4 Mrd. kWh mehr Strom als im Vorjahr. Das entspricht einem Anstieg um fast 42 %. Die Offshore-Anlagen lieferten 8,7 Mrd. kWh, das waren 7,3 Mrd. kWh mehr als 2014. Insgesamt war 2015 ein im langjährigen Vergleich überdurchschnittlich starkes Windjahr. Für die Rekordstromerzeugung aus Windenergie war nicht allein der weitere Ausbau verantwortlich, sondern das sehr gute Windangebot maßgeblich. Photovoltaikanlagen lieferten 2015 38,4 Mrd. kWh Strom. Diese Strommenge beinhaltet nicht nur die Einspeisungen in das Netz der allgemeinen Versorgung, sondern auch den Selbstverbrauch – unabhängig davon, ob dieser EEG-vergütet wurde oder nicht. Der Beitrag der Solarenergie zum deutschen Strommix betrug 5,9 %. Die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke war nach dem unterdurchschnittlichen Wasserjahr 2014 auch 2015 rückläufig und sank weiter leicht um 1,4 % auf 19,3 Mrd. kWh. Damit lag der Anteil der Laufwasser- und Speicherkraftwerke am Strommix bei 3,0 %. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 195,9 Mrd. kWh Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen. Der Beitrag der Erneuerbaren zur Deckung des Brutto-Inlandsstromverbrauchs belief sich nach ersten Zahlen 2015 somit auf 32,6 % (2014: 27,4 %). [Quelle: BDEW Energie-Info März 2016; Entwicklung der Energieversorgung 2015].

Stromverbrauch

Der Stromverbrauch aus dem Netz der allgemeinen Versorgung (einschließlich Netzverluste) sowie der vorwiegend EEG-vergüteten Eigenanlagen, die nicht der Industrie zuzurechnen sind, nahm 2015 um 1,4 % auf 527,4 Mrd. kWh zu. Der Stromverbrauch der Industrie (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) betrug 245,5 Mrd. kWh und lag mit einem Plus von 0,5 % leicht über dem Vorjahresniveau. Die stromintensiven Industrien wiesen dabei sehr differenzierte Entwicklungen auf. Der Stromverbrauch des Sektors Gewerbe, Handel, Dienstleistungen wuchs im Vergleich stärker. Er stieg von 138,3 Mrd. kWh um 2,2 % auf 141,4 Mrd. kWh. Ein Grund dafür ist der zusätzliche Energiebedarf im Zuge der Versorgung und Unterbringung von Schutzsuchenden. Ein weiterer Grund war die Witterung, die während der Heizperiode kühler und in den Sommermonaten deutlich wärmer als 2014 war. Hauptsächlich aus letzterem Grund nahm auch der Stromverbrauch der privaten Haushalte von 129,7 Mrd. kWh um 1,8 % auf 132,0 Mrd. kWh zu. Der Rückgang des Stromverbrauchs im Rahmen von Sparmaßnahmen der Verbraucher sowie Effizienzverbesserungen wurde somit gedämpft. Der Verbrauch im Verkehr lag leicht über dem des Vorjahres. Insgesamt stieg der Nettostromverbrauch um 1,3 % auf 530,6 Mrd. kWh. [Quelle: BDEW Energie-Info März 2016; Entwicklung der Energieversorgung 2015].

Entwicklung des Wettbewerbs

Der Wettbewerb im Endkundenmarkt ist weiterhin dynamisch: Die kumulierte Wechselquote der Haushalte betrug im Oktober 2015 bei Strom knapp 40 % und lag damit um gut 3 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Auch im Erdgasmarkt wechseln die Kunden: Hier haben bis Oktober 2015 rund 31 % der Haushalte mit eigenem Vertragsverhältnis den Anbieter gewechselt. Ein Jahr zuvor waren es noch knapp 28 %. Am Terminmarkt der EEX stieg das gehandelte Volumen von Strom im Jahr 2015 weiter auf inzwischen 2.537,0 Mrd. kWh. Das ist ein Zuwachs um 62 % gegenüber dem Vorjahr (2014: 1.570,4 Mrd. kWh). Dabei nahm sowohl das Volumen im Parketthandel (+29 % auf 1.123,3 Mrd. kWh) als auch das Volumen in bilateral geschlossenen Handelsgeschäften, die an der EEX zum Clearing registriert wurden, gegenüber 2014 deutlich zu (+102 % auf 1.413,7 Mrd. kWh). Auch der Stromhandel am Spotmarkt der EPEX SPOT hat weiter zugenommen. Insgesamt wurden 2015 in den Marktgebieten Deutschland/Österreich, Schweiz und Frankreich 436,2 Mrd. kWh gehandelt. Das entspricht einem Zuwachs um 14 % (2014: 381,9 Mrd. kWh). Dabei stieg das Volumen im Day-Ahead-Handel um 12 % auf 393,4 Mrd. kWh und im Intraday-Handel um 40 % auf 42,7 Mrd. kWh. [Quelle: BDEW Energie-Info März 2016; Entwicklung der Energieversorgung 2015].

Preisentwicklung

Die Strompreise im Spotmarkt an der Strombörse sind auch 2015 weiter gesunken und lagen im Mittel bei 31,66 Euro/MWh (Phelix Day Base/Marktgebiete Deutschland/Österreich) gegenüber 32,78 Euro/MWh 2014. Das entspricht einem Rückgang um 3,4 %. Der mittlere Preis des Phelix Day Peak 2015 betrug 35,11 Euro/MWh (2014: 36,82 Euro/MWh) und verlor damit 4,7 %. Preis des Phelix Day Peak 2015 betrug 35,11 Euro/MWh (2014: 36,82 Euro/MWh) und verlor damit 4,7 %. Auch am Strom-Terminmarkt hat sich der rückläufige Trend der vergangenen Jahre 2015 weiter fortgesetzt. Der durchschnittliche Preis 2015 für eine Jahreslieferung Grundlast-Produkt im Folgejahr (Phelix-Base-Year-Future) lag bei 30,96 Euro/MWh gegenüber 35,09 Euro/MWh im Vorjahr und verlor damit weitere 11,8 %. Das Jahresband tagsüber von 8 bis 20 Uhr (Phelix-Peak-Year-Future) wurde am Terminmarkt zum durchschnittlichen Preis von 39,04 Euro/MWh bezahlt und lag damit um 12,1 % niedriger als im Vorjahr (2014: 44,40 Euro/MWh). Der Preis für CO₂-Emissionsberechtigungen haben sich 2015 weiter erholt und lagen im Jahresdurchschnitt 2015 bei 7,68 Euro/t CO₂ und damit um 29 % höher als im Vorjahr (2014: 5,96 Euro/t CO₂). Die Strompreise für Industriekunden sanken 2015 leicht um 0,6 %, vor allem bedingt durch den leichten Rückgang von Steuern, Abgaben und Umlagen. Der Anteil der staatlichen Belastungen am Strompreis für Industriekunden von 50 % im Jahr 2014 ging auf 47 % im Jahr 2015 (ohne Stromsteuer) zurück. Auch die Strompreise für Haushalte sind um 1,6 % gesunken. Wie bei den Industriekunden machte sich auch bei den Haushaltskunden der leichte Rückgang der Steuern, Abgaben und Umlagen bemerkbar. Zudem gingen die Beschaffungskosten der Vertriebe aufgrund rückläufiger Terminmarktpreise zurück, was den Verbrauchern zusätzlich zugute kam. Da aber sowohl Steuern, Abgaben und Umlagen als auch der Versorgeranteil am Strompreis etwa gleichermaßen zurückgingen, bleibt der Anteil der staatlichen Belastungen am Strompreis im Vergleich mit 2014 mit 52 % konstant. Im Jahr 2016 steigt der Anteil von Steuern, Abgaben und Umlagen allerdings wieder an, da neben der EEG-Umlage auch der KWK-Aufschlag, die § 19 StromNEV-Umlage und die Offshore-Haftungsumlage wieder angestiegen sind. Die Aussetzung der Umlage für abschaltbare Lasten im Jahr 2016 macht sich aufgrund ihrer geringen Größenordnung nicht bemerkbar. Die Gaspreise für die Bereiche Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und private Haushalte sanken um 1,8 % bzw. 1,0 %.

[Quelle: BDEW Energie-Info März 2016; Entwicklung der Energieversorgung 2015]

2.3 Geschäftsverlauf 2015 (ene-Konzern)

Die ins Verteilnetz der KEV Schleiden GmbH eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 444 GWh (Vorjahr 389 GWh). Insgesamt lag die Netznutzung bei 326 GWh (Vj. 324 GWh). Aus erneuerbaren Energien wurden 280 GWh (Vj. 208 GWh) in unser Netz eingespeist. Dies entspricht einem Anteil von 63 % an der Gesamteinspeisung.

Für den ene-Konzern als regionaler Energieversorger war auch in 2015 das regionale Umfeld wichtigster Absatzmarkt für Strom und energienahe Dienstleistungen.

Im Geschäfts- und Industriekundensegment (Lieferstellen mit registrierender Leistungsmessung) wurden geänderte Umlagen und Aufschläge und angepasste Netznutzungsentgelte über entsprechende Anpassungsklauseln in den Verträgen im Markt weitergegeben.

Trotz massivem Wettbewerb und hartem Konkurrenzdruck im Markt konnten zahlreiche Schlüsselkunden weiterhin vertraglich gebunden werden. Die jahrelange Erfahrung in diesem Segment ermöglichte es, sehr individuell auf die Kunden zugeschnittene Angebote zu erstellen.

Durch eine insgesamt gute Auftragslage einiger Schlüsselkunden ist die Stromverkaufsmenge bei leistungsgemessenen Geschäfts- und Industriekunden insgesamt gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hierbei konnte die außerhalb des Grundversorgungsgebietes gelieferte Menge auf 36,0 GWh (Vj. 26,6 GWh) gesteigert werden.

Im Jahresverlauf konnten erste Gaslieferverträge im Privat- und Gewerbekundensegment im Rahmen eines Pilotprojektes gewonnen werden. Die Absatzmenge im Berichtsjahr betrug 787 MWh (Vj. 181 MWh). Die Gaserlöse betrugen insgesamt 37,8 T€ (Vj. 8,9 T€). 2015 war für den ene-Konzern ein gutes Jahr. Das prognostizierte Konzernjahresergebnis konnte erreicht werden.

2.4 Geschäftsverlauf 2015 (ene Jahresabschluss)

Die Umsätze im externen Dienstleistungsgeschäft der ene (Anlagenbau, Straßenbeleuchtung, Beratungsleistungen Arbeitsschutz, Planungsleistungen im Bereich technischer Gebäudeausrüstung usw.) wurden in der bewährten vertrieblichen Kooperation mit der KEV Energie GmbH realisiert.

Wichtigste Ertragssäule der ene war unverändert das konzerninterne und konzernexterne Dienstleistungsgeschäft.

Die ene hatte sich mit Gesellschaftsvertrag vom 16. Februar 2010 mit einem 2,1%igen Anteil an der GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (SBG) beteiligt. Komplementärin der SBG ist die GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs-GmbH mit Sitz in Troisdorf, weitere Kommanditisten sind andere kommunale Energieversorgungsunternehmen. Mittelbar ist die ene damit durch den Eintritt der SBG in die von RWE Innogy GmbH gegründete GREEN GECCO GmbH & Co. KG, Essen (GG) und den Erwerb eines Geschäftsanteils an deren Komplementärin (GREEN GECCO Verwaltungs-GmbH) an der GG beteiligt. Durch Eintritt weiterer Energieversorger in die Gesellschaft war die Anteilsquote der ene in 2012 leicht gesunken und liegt seitdem bei rd. 1,7258 %. Das von der ene zur Finanzierung der GREEN GECCO bereitgestellte Kapital per 31. Dezember 2015 beträgt 940 T€ (Vj. 991 T€).

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Interessensausgleich zwischen RWE Generation SE und den weiteren Vertragspartnern (Gesellschaftern GSH Hamm KG) ausgehandelt. Mit Grundlagenvereinbarung vom 3. November 2015 wurde der Stromliefervertrag gegen Leistung einer Abstandszahlung für die Vertragsauflösung aufgehoben und das an die GSH Hamm KG gegebene Darlehen zurückgezahlt. Die Rückstellung für drohende Verluste aus dem Abnahmevertrag war ausreichend dotiert, um auch den Abgeltungsbetrag abzudecken, der überschüssige Restbetrag aus der Rückstellung wurde ertragswirksam aufgelöst. Die Beteiligung an der GSH KG wurde ebenfalls am 3. November 2015 mit Wirkung zum 31. Dezember 2015 veräußert. Insgesamt ergab sich aus dem Interessensausgleich und der Beteiligungsveräußerung ein Ertrag in 2015 in Höhe von insgesamt 1.505 T€.

2015 war für die ene ein gutes Jahr. Das prognostizierte Jahresergebnis konnte erreicht werden.

2.5 Lage des Unternehmens

Neben dem operativen Netzgeschäft der KEV Schleiden GmbH, dem Stromvertriebsgeschäft der KEV Energie GmbH und der Erbringung von Dienstleistungen inner- und außerhalb des

Konzerns durch die ene selber, entwickeln sich die Aktivitäten der KEVER im Bereich der Projektierung von regenerativen Energieerzeugungsanlagen zunehmend zu einem weiteren wirtschaftlichen Standbein des ene-Konzerns.

Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage im abgelaufenen Geschäftsjahr als gut bezeichnet werden.

2.5.1 Ertragslage (Konzern)

Die Umsatzerlöse (ohne Stromsteuer) des Konzerns betrugen im Berichtszeitraum 75.302 T€ (Vj. 74.116 T€). Sie lagen damit im Wesentlichen mengenbedingt rd. 1,6% über denen des Vorjahres. Der Konzernjahresüberschuss erreichte 8.480 T€ (Vj. 4.389 T€). In Höhe von 4.500 T€ erfolgte eine Einstellung in die Gewinnrücklagen. Der Konzernbilanzgewinn 2015 beträgt unter Berücksichtigung der Anteile anderer Gesellschafter 3.902 T€ (Vj. 3.924 T€).

Die Entwicklung der Ertragslage der Konzerngesellschaften stellt sich wie folgt dar:

Tab. 2: Außenumsätze (ohne Stromsteuer) der ene und des Konzerns

in T €	2015	2014	Veränderung
Außenumsätze			
ene	4.481	2.583	1.898
KEV GmbH	18.656	18.146	510
KEV Energie	50.953	51.095	-142
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	316	92	224
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	896	875	21
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co KG	0	1.325	-1.325
Σ Konzern	75.302	74.116	1.186
Betriebliches Ergebnis			
ene	2.669	-3.723	6.392
KEV GmbH	4.688	7.812	-3.124
KEV Energie	2.660	1.086	1.574
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	135	147	-12
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	378	363	15
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co KG	0	1.030	-1.030
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs- GmbH	1	1	0
Σ Konzern	10.531	6.716	3.815

Die Umsatzrendite (Konzernjahresüberschuss / Konzern-Umsatzerlöse ohne Stromsteuer) betrug im Geschäftsjahr 11,26% (Vj. 5,92 %). Die Außenumsätze wurden ausschließlich im Inland erzielt.

Verteilnetz:

Das Netzaufkommen im Verteilnetz des Konzerns (KEV Schleiden GmbH) ist insbesondere durch den weiteren Ausbau der dezentralen Erzeugung (Einspeisung und Rückspeisung in das vorgelagerte Netz) gekennzeichnet. Die ins Verteilnetz der KEV Schleiden GmbH eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 444 GWh (Vj. 389 GWh). Insgesamt lag die Netznutzung bei 326 GWh (Vj. 324 GWh). Aus erneuerbaren Energien wurden 280 GWh (Vj. 208 GWh) in unser Netz eingespeist. Dies entspricht einem Anteil von 63 % an der Gesamteinspeisung.

Im Zusammenhang mit der Verpachtung des Netzes an die Westnetz GmbH, Dortmund, erzielte der Konzern aus Dienstleistungen Erlöse in Höhe von 17.635 T€ (Vj. 17.377 T€).

Der Anteil der Konzessionsabgaben bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen beträgt im Berichtsjahr 2.196 T€ (Vj. 2.163 T€).

Stromvertrieb:

Die Umsatzerlöse des Stromvertriebs des Konzerns (KEV Energie GmbH) ohne Stromsteuer betrugen im Berichtszeitraum 50.635 T€ (Vj. 50.774 T€).

Stromverkauf	2015 GWh	2014 GWh	Abweichung	
			GWh	%
Kunden mit Standardlastprofil (SLP)	113,4	113,5	-0,1	-0,1
Kunden mit temperaturabhängigen Lastprofil (TLP)	20,2	17,5	2,7	15,4
Kunden mit registrierender Leistungsmessung (RLM)	154,1	142,7	11,4	8,0
Summe Stromverkauf	287,7	273,7	14,0	5,1

2.5.2 Vermögenslage (Konzern)

Die Veränderung des Finanzmittelfonds zeigt nachfolgende Tabelle:

Tab. 3: Veränderung des Finanzmittelfonds

in T €	2015	2014	Veränderung
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-8.990	18.636	-27.626
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-6.520	-33.811	27.291
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	2.408	26.752	-24.344
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-13.102	11.577	-24.679
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	20.111	8.534	11.577
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	7.009	20.111	-13.102

Aus laufender Geschäftstätigkeit erzielte der Konzern 2015 einen negativen Cashflow in Höhe von -8.990 T€ (Vj. 18.636 T€). Im Saldo ist der Bestand an liquiden Mitteln von 20.111 T€ auf 7.009 T€ im Wesentlichen durch Ausgleich von Verbindlichkeiten gesunken. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaften im Konzern war zu jedem Zeitpunkt gegeben. Die Beteiligungen die KEV Schleiden GmbH und die KEV Energie GmbH sind in das Liquiditätsmanagement des ene-Konzerns eingebunden.

Die Anlagenzugänge im Konzern resultieren im Wesentlichen aus dem Zugang der Netzanlagen im Stadtgebiet Bad Münstereifel, Investitionen in die Stromversorgungsanlagen und Geschäftsausstattung. Die Anlagenabgänge im Konzern ergeben sich hauptsächlich aus dem Verkauf der Beteiligung Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co KG (GSH Hamm), aus der Demontage von Leitungsnetzanlagen, Teilabgängen der Geschäftsausstattung und des Fuhrparks. Am Bilanzstichtag waren die Sachanlagen zu 67,1 % abgeschrieben. Die Anlagenintensität beträgt 68,5 %. Die Konzern-Bilanzsumme sinkt um 6.517 T€ auf 53.419 T€ im Wesentlichen durch Ausgleich der Forderung von der GSH Hamm. Die Eigenkapitalquote des Konzerns beträgt 32,3 % (Vj. 20,3 %).

2.6 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage (ene)

Insgesamt erreichte die ene mit dem internen und externen Dienstleistungsgeschäft einen Umsatz von 13.944 T€ (Vj. 11.573 T€).

Eine Übersicht der Eckdaten des Einzelabschlusses der ene zeigt nachfolgende Darstellung:

Tab. 4: Eckdaten des Einzelabschlusses

Angaben vor Konsolidierung in T €	2015	2014	Veränderung
Anlagevermögen	4.346	11.232	-6.886
Umlaufvermögen	15.292	14.047	1.245
Eigenkapital (ohne Jahresüberschuss)	2.947	2.947	0
Rückstellungen	3.025	9.929	-6.904
Verbindlichkeiten (einschließlich des zur Ausschüttung vorgesehenen Jahresüberschusses)	13.731	12.405	1.326
Eigenkapitalquote in Prozent	32,3	20,3	12,0
Umsatzerlöse	13.944	11.573	2.371
Jahresüberschuss	3.285	3.412	-127

Die Vermögenslage der ene ist geprägt durch die Beteiligungen an der KEV Schleiden GmbH und der KEV Energie GmbH und die Ertragslage von den Ergebnisabführungsverträgen mit diesen Gesellschaften.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

2.7 Leistungsindikatoren

2.7.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Umsatzerlöse der ene sind von 11.573 T€ auf 13.944 T€ gestiegen. Das Controlling der ene stellt dem Management in einem regelmäßigen Reporting und in Prognoserechnungen sowie in darüber hinausgehenden Analysen ein umfassendes Bild der aktuellen wirtschaftlichen Situation sowie der zukünftigen Entwicklung bereit.

Für die interne Unternehmensteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzerlöse sowie Jahres- bzw. Konzernüberschuss und Cashflow. Die Cashflows sind bereits in dem Abschnitt Finanzlage dargestellt.

Aufgrund der oben geschilderten Entwicklung des Jahres- bzw. Konzernergebnis ist die Bruttoumsatzrendite der ene im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Im Konzern lag die Nettoumsatzrendite bei 5,2 % (Vj. 5,3 %). Die Nettorendite in Bezug auf das eingesetzte Kapital lag in 2015 bei 7,3 % (Vj. 6,6 %).

2.7.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren eruieren wir die Kundenzufriedenheit durch regelmäßige Rückfragen bei unseren Kunden.

Die Kundenzufriedenheit und Qualität unserer Leistungen hängt wesentlich von der Qualifikation unserer Mitarbeiter ab. Damit wir weiterhin qualifizierte Mitarbeiter/innen an unser Unternehmen binden können, haben wir in 2015 die strategischen Personalentwicklungsmaßnahmen, Laufbahnplanungen, Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen fortgeführt, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gleichermaßen zu fördern. Ein Schwerpunkt in 2014 war u.a. die Qualifizierungsmaßnahme „Führung für Teamleiter“, die wir gemeinsam mit einem externen Beratungsunternehmen 2015 erfolgreich fortgeführt haben. Seit dem Jahre 2013 sind wir von der Bertelsmann-Stiftung als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert.

3 Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages, der auf § 108 GO NRW verweist, ist im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen. Der ene-Konzern erfüllt im Kreisgebiet einen öffentlichen Zweck durch den Betrieb des Stromverteilnetzes, die kommunale Versorgung mit Energie, den Betrieb regenerativer Stromerzeugungsanlagen und die Erzeugung erneuerbarer Energien in diesen Anlagen.

Gleiches gilt für die ene selbst, die durch die Erbringung von energienahen Dienstleistungen im kommunalen Umfeld einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge erbringt.

Tätigkeiten

Im Zusammenhang mit der Erstellung des Jahresabschlusses nach Maßgabe des § 6b Abs. 1. EnWG war die ene gemäß § 6 Abs. 3 EnWG zur Kontentrennung verpflichtet. Seit der vollständigen Übertragung der Stromkunden auf die KEV Energie GmbH zum 1. Januar 2014 und der Veräußerung des Sun Parks Herhahn an die SPH in 2013 betreffen die geschäftlichen Aktivitäten der ene ausschließlich „Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“, so dass der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2015 allein diese Tätigkeit reflektiert.

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir konzernweit 153 Mitarbeiter (Vj. 150) inklusive Auszubildende.

Tab. 5: Mitarbeiterentwicklung

	2015	2014	Veränderung
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt			
ene	47	49	-2
KEV GmbH	72	68	4
KEV-Energie GmbH	19	17	2
Konzern	138	134	4
Auszubildende			
ene	0	0	0
KEV GmbH	15	16	-1
Konzern	15	16	-1

Von unseren Mitarbeitern befanden sich im Jahresdurchschnitt 29 (Vj. 31) in einer Teilzeitbeschäftigung, von denen wiederum 7 Mitarbeiter (Vj. 8) in einem Altersteilzeitarbeitsverhältnis standen.

Am Jahresende beschäftigten wir im Konzern 7 Mitarbeiter (Vj. 6) mit einer anerkannten Schwerbehinderung. Zum 31. Dezember 2015 sind 17 Mitarbeiter (Vj. 14) befristet beschäftigt.

Die Fluktuationsquote lag im Berichtsjahr bei 3,0 % (Vj. 0 %).

Bereinigt um die in Altersteilzeit (Freizeitphase) befindlichen Mitarbeiter ergibt sich zum 31. Dezember 2015 ein aktives Arbeitsvermögen von 116,4 Mitarbeiteräquivalente (MÄ) (Vj. 114,6 MÄ).

Es wurden Personalentwicklungs- und Qualifikationsmaßnahmen sowie notwendige Pflichtschulungen und Unterweisungen durchgeführt. Insgesamt nahmen im Berichtsjahr 65 Mitarbeiter/innen an Personalentwicklungs- und Qualifikationsmaßnahmen teil. Sechs Mitarbeiter absolvieren derzeit ein berufsbegleitendes Studium. Das Unternehmen unterstützt durch anteilige Übernahme von Studiengebühren bzw. Kosten für Fachliteratur. Wir nutzen intensiv interne Besprechungen, um über Arbeitsschutz zu informieren und zu motivieren. Im Berichtsjahr wurden die leistungsorientierte Vergütungsstruktur sowie die Systematik der Jahresgespräche unter Einbindung der Mitarbeitervertretung neu eingeführt und angewendet.

4 Nachtragsbericht

Nach dem 31. Dezember 2015 sind keine Ereignisse oder Vorgänge mit wesentlichen Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der ene und des Konzerns eingetreten.

5 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den wesentlichen Finanzinstrumenten des ene-Konzerns zählen neben Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Ausleihungen insbesondere auch Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten sowie mit anderen Gesellschaften innerhalb des ene-Konzerns.

Grundsätzliches Ziel der Gesellschaft ist es, finanzielle Risiken zu vermeiden oder zu verringern. Risiken, die im Rahmen unseres Geschäftes bestehen, begrenzen wir durch konservative Anlageformen mit 100%iger Kapitalgarantie auf Rückzahlung zum Nominalwert.

Ausfall- und Liquiditätsrisiken werden im Rahmen der Finanzplanung kontinuierlich überwacht. Die Überwachung der verbundenen Unternehmen sowie der Beteiligungen erfolgt unter Berücksichtigung der Anforderungen des Unbundling. Der ene-Konzern verfügt für sich selbst und seine Beteiligungen über gute Finanzierungsmöglichkeiten und -modelle. Mit der Budgetplanung für das Folgejahr und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung wird

das Unternehmen erfolgreich gesteuert. Dies zeigt sich bei turnusmäßigen Aktualisierungen und den in diesem Zusammenhang angefertigten Plan-/Ist-Vergleichen sowie Abweichungsanalysen.

Das Versicherungssystem wird grundsätzlich einer jährlichen Überprüfung unterzogen. Insbesondere wurde in 2015 die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organmitglieder überprüft und optimiert. Die Haftpflichtversicherungen der KEVER und der von ihr betriebsgeführten Beteiligungen wurden an die jüngsten Entwicklungen angepasst. Auf Konzernebene erfolgte eine Optimierung der bestehenden Rechtsschutzversicherungen. Die bestehende Warenkreditversicherung (für Forderungsausfälle größerer Stromkunden) wurde an die aktuellen Entwicklungen angepasst.

Derivative Finanzinstrumente kommen im ene-Konzern nicht zum Einsatz.

6 Prognose, Risiko- und Chancenbericht

6.1 Prognosebericht (Konzern sowie Beteiligungen der ene)

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrer Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2016 im laufenden Jahr von 1,6 % Wirtschaftswachstum aus, für das kommende Jahr prognostizieren sie 1,5 %. Getragen wird das moderate Wachstum vor allem vom privaten Konsum. Eine weitere Zunahme der Beschäftigung, spürbare Lohnsteigerungen, teilweise kräftige Rentenerhöhungen, gesunkene Energiepreise, niedrige Inflation sowie günstige Zinsen sorgen hier für Kaufkraftzuwächse bei den privaten Haushalten. Die Investitionstätigkeit nimmt gemäß der Prognose insgesamt nur geringfügig zu. Während die Bautätigkeit im Wohnungsbau aufgrund der guten Arbeitsmarkt-, Einkommens- und Zinssituation sowie einer steigenden Nachfrage nach Wohnraum weiter zunehmen dürfte, fallen die Investitionen der Unternehmen voraussichtlich eher verhalten aus. Unsicherheiten über die weitere Entwicklung der weltweiten Konjunktur sorgen bei den exportorientierten Unternehmen für Zurückhaltung. Dennoch sehen die Wirtschaftsforschungsinstitute in der zweiten Jahreshälfte eine mäßige Belebung der globalen Konjunktur, sodass dann auch die Exporte wieder anziehen werden. Da die Importe aber ebenfalls zulegen, ergibt sich per Saldo kein positiver Wachstumsbeitrag aus dem Außenhandel im laufenden Jahr. Nach einem seit 2011 tendenziell sinkenden Stromverbrauch in Deutschland, stieg dieser 2015 erstmals wieder an. Per Jahresende wurde ein Plus von 1,4 % erzielt. Seit Dezember 2015 ist normalarbeitstäglich bereinigt jedoch wieder ein Rückgang zu verzeichnen. Zu Beginn des Jahres 2016 war der Stromverbrauch im Januar um 2,3 % niedriger als im Vorjahr, im Februar legte er gegenüber dem Vorjahr um 3,0 % zu. Dieser Anstieg ist aber allein auf den zusätzlichen Schalttag in

diesem Jahr zurückzuführen. Bei der normalarbeitstäglichen Bereinigung liegt auch der Februar mit 0,7 % im Minus. Nach ersten vorläufigen Abschätzungen für das 1. Quartal 2016 stagnierte der Stromverbrauch trotz Schalttag gegenüber dem 1. Quartal 2015.

Der Erdgasverbrauch stieg in den ersten beiden Monaten des Jahres 2016 verglichen mit dem Vorjahreszeitraum um gut knapp 6 %. Hauptursachen waren die im Vergleich zum Januar 2015 kühlere Witterung im Januar und der Schalttag im Februar. Positive Impulse der konjunkturellen Entwicklung verstärkten den Verbrauchszuwachs. Bereinigt um Witterungseinflüsse und den Schalttag 2016 nahm der Erdgasverbrauch in den ersten beiden Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um knapp fünf % zu; die Werte liegen aber weiterhin unter dem zehnjährigen Mittel.

(Quelle: BDEW Energie-Info, Konjunktur und Energieverbrauch vom 27.04.2016)

Ein Vergleich der beschriebenen Entwicklung des Stromverbrauches in Deutschland zeigt für das Grundversorgungsgebiet der KEV Energie GmbH einen noch deutlicheren Trend. Der bislang einmalige und rapide Einbruch der Konjunktur in den produzierenden Industrie- und Gewerbesegmenten im Jahr 2009 hatte gravierende Folgen für die Absatzentwicklung. Gemäß veröffentlichten Zahlen des Verteilnetzbetreibers sank der Letztverbraucherabsatz im Grundversorgungsgebiet über alle Kundensegmente innerhalb von 6 Jahren von ca. 412,0 GWh im Jahr 2008 auf ca. 323,4 GWh im Jahr 2014. Für 2015 und 2016 zeichnet sich wieder ein leicht steigender Letztverbraucherabsatz im Grundversorgungsgebiet ab. Die Entwicklung in den vergangenen 6 Jahren bedeutet aber auch gleichzeitig einen Verlust von Verkaufsmengenpotential in Höhe von ca. 22 % bzw. ca. 90 GWh im Kernvertriebsgebiet der KEV Energie GmbH.

Dieser Entwicklung im „heimischen“ Stromgeschäft versuchen wir durch verstärkte Akquise von Strommengen außerhalb des Grundversorgungsgebietes entgegen zu wirken. Durch Neukunden im Geschäfts- und Industriekundensegment können auslaufende und nicht verlängerte Vertragsmengen ausgeglichen werden. Die Stromverkaufsmenge außerhalb des Grundversorgungsgebietes prognostizieren wir für 2016 auf ca. 41 GWh (2015: 40 GWh). Trotz weiter rückläufiger Kundenzahlen und Verkaufsmengen im Privat- und Gewerbekunden-Segment rechnen wir für 2016 mit einem Letztverbraucherabsatz auf Vorjahresniveau.

Die Preise der Grundversorgung konnten über den Jahreswechsel 2015/2016 stabil gehalten werden. Die im Dezember 2015 veröffentlichten Netzentgelte des Verteilnetzbetreibers für das Jahr 2016 wirken sich für das Grundversorgungssegment genauso kostensteigernd aus, wie die Belastung aus den gesetzlichen Umlagen und Aufschlägen. Diese steigen in 2016 im

Saldo um netto 0,601 Ct/kWh. Dem gegenüber stehen jedoch günstigere Strombezugskosten, die preisentlastend wirken.

Wir erwarten im Privat- und Gewerbekundensegment noch zunehmenden Wettbewerb, der zu weiteren Kundenverlusten führen wird. Aufgrund der weiterhin günstigen Strombeschaffungspreise haben andere Marktteilnehmer gute Chancen, den Preisspread zwischen aktuellen Marktpreisen und Portfoliopreisen der Grundversorger in der Kundenakquise im Bestandskundenmarkt der Grundversorger auszunutzen. Durch attraktive Vertragsregelungen, verstärkte Reakquisebemühungen, Erschließung neuer Märkte und Kostenoptimierungen versuchen wir, den beschriebenen Entwicklungen entgegen zu steuern. Mit dem neuen Produkt „eifelgrün“ sollen mit der Region verbundene Kunden langfristig an die KEV Energie GmbH gebunden und zusätzliche Absatzpotentiale im gesamten Eifelraum erschlossen werden.

Mit der Novellierung des Energiedienstleistungsgesetzes im Frühjahr 2015 wurden alle großen Unternehmen – so auch die ene – zur Durchführung eines Energieaudits verpflichtet. Da sich die ene als moderner Energiedienstleister und Vorreiter in der Region im Bereich der Energieeffizienz versteht, wurde anstelle des gesetzlich vorgeschriebenen Energieaudits nach DIN EN 16247 das umfassende Energiemanagementsystem (EnMS) nach DIN EN ISO 50001 gewählt. Mit der Einführung wurde im Sommer 2015 begonnen. Die Zertifizierung steht im Herbst 2016 an und wird alle zwei Jahre wiederholt. Das Energiemanagementsystem stellt sicher, dass definierte Unternehmensziele im Bereich des Energieeinsatzes systematisch erreicht werden und in jeder Phase steuerbar sind. Zudem trägt das EnMS wesentlich dazu bei, die Aufbau- und Ablauforganisation im Unternehmen entsprechend den Anforderungen von Markt, Kunden, Gesellschaft und Staat zu entwickeln und zu verbessern.

Neben den Zielen zur Verbesserungen der wirtschaftlichen Leistung und effizientem Energieeinsatz, steht vor allem die Nachhaltigkeit - definiert durch die Reduzierung des CO² Ausstoßes - in der Unternehmenspolitik des EnMS festgeschrieben.

Da die ene Geschäftskunden in der Region bei der Durchführung der Energieaudits sowie der Energieeffizienzmaßnahmen begleitet, begünstigt das eigene EnMS zudem die Vertriebsaktivitäten und dient als ein gut geeignetes Beispiel für die Veranschaulichung der Mehrwerte und des Nutzens von Energieaudits.

E-Mobilität ist ein Trend in die Zukunft. Die ene baut ihr Netz aus E-Tankstellen und E-Bikes-Ladestationen in der Region kontinuierlich aus. Darüber hinaus treibt die ene auch die Dorf-auto-Initiative Eifel mobil voran, um nachhaltige und bürgernahe E-Carsharing-Projekte auch in ländlichen Regionen dauerhaft zu etablieren.

Nach ersten Erfolgen in der Gewinnung von Neukunden im Jahr 2015 soll das Gasvertriebsgeschäft in 2016 weiter ausgebaut werden.

Gemäß § 36 Abs. 2 Satz 2 EnWG bestimmt der Netzbetreiber (hier: Westnetz) alle drei Jahre für die nächsten drei Kalenderjahre den Grundversorger. Bei der Festlegung des Netzgebietes der allgemeinen Versorgung im Sinne des § 36 Abs. 2 Satz 1 EnWG wird dabei vom jeweiligen Konzessionsgebiet ausgegangen. Grundversorger ist jeweils das Energieversorgungsunternehmen, das die meisten Haushaltskunden in einem Netzgebiet der allgemeinen Versorgung beliefert. Durch die Neuvergabe der Stromkonzessionen in den Kommunen Bad Münstereifel und Mechernich in den Jahren 2012 und 2013 sowie der Zusammenfassung von historisch bestehenden Teilkonzessionsgebieten (KEV Schleiden GmbH und RWE Deutschland AG), erfolgte in beiden Kommunen eine Änderung des Grundversorgerstatus zum 1. Januar 2016. Die KEV Energie GmbH übernimmt ab dem 1. Januar 2016 die Grundversorgung für das gesamte Stadtgebiet Mechernich. Die RWE Vertrieb AG / RWE International SE ist ab 1. Januar 2016 Grundversorger im kompletten Stadtgebiet Bad Münstereifel.

Bei den Beteiligungsergebnissen SPK, SPH, NER werden für 2016 Erträge auf Basis der zum Zeitpunkt der jeweiligen Investitionsentscheidung vorliegenden Business-Cases der Projektgesellschaften erwartet. Mit dem Bürgerwindpark Schleiden konnte in 2014 ein Leuchtturmprojekt in der Region fertig gestellt werden. Die KEV Energie GmbH hält aktuell eine Beteiligung an der BWP Schleiden KG in Höhe von 2.406 T€ bzw. 42,81 %. In den kommenden Jahren werden stabile Erträge aus diesem Beteiligungsengagement erwartet. Es ist beabsichtigt Ende 2016 / Anfang 2017 Kommanditanteile an interessierte Bürger im Stadtgebiet Schleiden und an weitere lokale institutionelle Akteure zu veräußern.

Die Umsatzerlöse der ene im internen Dienstleistungsgeschäft werden sich aufgrund einer aufgabenorientierten Konzernumstrukturierung mittels Transfers von Personal der ene zur KEV Schleiden GmbH vermindern. Damit einhergehend reduziert sich der Personalaufwand der ene.

Es besteht weiterhin Investitionsbedarf in die Netze der KEV.

Mit Inkrafttreten des IT-Sicherheitsgesetzes vom 17.07.2015 kommen neue Herausforderungen auf Unternehmen zu, die Betreiber von kritischen Infrastrukturen (u.a. Stromnetze) sind. Sie werden gesetzlich verpflichtet ein Mindestniveau an IT-Sicherheit einzuhalten. Hierzu hat die Bundesnetzagentur einen IT-Sicherheitskatalog gemäß §11 Absatz 1a EnWG veröffentlicht. Verpflichtend ist nun, dass bis zum 31.01.2018 ein Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) gemäß DIN ISO/IEC 27001 im Unternehmen implementiert und zertifiziert wird. Der ene-Konzern hat hierzu Anfang 2016 mit Unterstützung eines externen Dienstleisters ein Projekt aufgesetzt. Projektziel ist die Umsetzung des IT-Sicherheitskataloges im ene-Konzern bis Ende 2016. Eine Zertifizierung ist für das 1. Quartal 2017 angestrebt.

6.2 Risikobericht

Das Risikomanagementsystem ist konzernumfassend in die Aufbau- und Ablauforganisation integriert und gewährleistet so weitgehend die Vermeidung und Begrenzung bestehender Risiken. In diesem Rahmen werden potenzielle Risiken identifiziert, dokumentiert und nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Die Risiken werden kategorisiert, fortlaufend überwacht und quartalsweise hinsichtlich Risikosituation und –ausprägung analysiert. Einzelbezogene Meldungen aktualisieren das Risikoportfolio regelmäßig. Die vorhandenen Steuerungs- und Kontrollsysteme werden durch den Prozess zur Risikosteuerung ergänzt.

Der ene-Konzern unternimmt alle Anstrengungen, um die Auswirkungen der in diesem Rahmen identifizierten Risiken zu minimieren.

Der steigenden Komplexität Rechnung tragend wird in 2016 ein Umstieg auf andere Softwarelösungen begonnen, unter Berücksichtigung der Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG).

6.2.1 Branchenspezifische Risiken

Branchenspezifische Risiken betreffen neben der ene selber die beiden Tochtergesellschaften KEV Schleiden GmbH und KEV Energie GmbH.

Neben den allgemeinen energiepolitischen Rahmenbedingungen ergeben sich für die KEV Schleiden GmbH mögliche Risikopotenziale insbesondere aus Änderungen im regulatorischen Umfeld. Hier gilt es, solche Änderungen frühzeitig zu identifizieren und die Unternehmensstrategie den neuen Gegebenheiten anzupassen. Betriebsrisiken begegnet die KEV Schleiden GmbH durch ihr risikoorientiertes Management.

Auf den liberalisierten Energiemärkten ergeben sich für die KEV Energie GmbH neben Preis- und Mengenrisiken auch Ausfallrisiken bei Marktpartnern. Tägliche Bedarfsaktualisierungen im Stromeinkauf begrenzen diese Risiken. Die Wertung der Marktpartner hinsichtlich ihrer Bonität und Eigenkapitalausstattung werden in die Risikobewertung einbezogen. Während der laufenden Geschäftsbeziehung werden die Kunden der KEV Energie GmbH durch ein automatisiertes Mahnverfahren überwacht.

Auf der Strombeschaffungsseite ergeben sich aus der Diskussion über die Änderung des Marktdesigns (z.B. Kapazitätenmarkt, Quotenmodell, CO₂-Ziele usw.) sowie auf europäischer Ebene das Backloading – Thema ggf. weitere Risikopotentiale.

Die Beschaffungsstrategie der KEV Energie GmbH ist eine deckungsbeitragsorientierte Beschaffung. Für die größeren Kunden im Geschäfts- und Industriekundensegment wird im Regelfall eine back-to-back Beschaffung am Terminmarkt durchgeführt. Die Beschaffung für die Privat-, Gewerbe- und Raumheizungskunden erfolgt im Rahmen eines Portfoliomanagements, bei dem Teilmengen zu vorher definierten Termin- und Preiskorridoren gekauft werden. Diese sind in einem Beschaffungshandbuch definiert.

Der BGH hat am 28. Oktober 2015 ein lang erwartetes Urteil zu Preisanpassungsklauseln bei Energielieferverträgen im Privat- und Gewerbekundensegment verkündet. Danach führt der BGH die bereits bekannte T-3 Rechtsprechung bezüglich der Verwirkung aus den Urteilen zu Sonderkundenverträgen fort. Da EVU's allerdings in Grundversorgungsverhältnissen an ihre Kunden gebunden sind, die Lieferverhältnisse teils von erheblicher Dauer und für EVU's nicht ordentlich kündbar sind, besteht eine grundsätzliche Befugnis zur (Bezugs-) Kostenweitergabe. Die (Bezugs-)Kostenweitergabe ist stets zulässig, soweit sie der Billigkeit nach § 315 BGB entspricht. Es können nicht nur lieferseitige Bezugskosten weitergegeben werden, sondern auch staatlich, hoheitlich bedingte Preissteigerungen und interne Kosten. Es können Steigerungen und Senkungen innerhalb eines Jahres zunächst miteinander saldiert werden. Gegen dieses BGH-Urteil wurde zwischenzeitlich von Verbraucherschutzseite (Bund der Energieverbraucher e.V.) Verfassungsbeschwerde eingelegt. Wann das Bundesverfassungsgericht sich dazu äußern wird, ist derzeit nicht absehbar. Hinsichtlich des Risikos haben wir in Form einer Rückstellung Vorsorge getroffen.

Um die täglichen Anforderungen an die Geschäftsprozesse im ene-Konzern rentabel zu gewährleisten, ist es notwendig, die benötigten Kommunikations- und Informationstechnologien risikominimiert zu nutzen. Bedeutende Risiken in der IT sind dabei etwaige Softwaredefekte, Hardwareausfälle, Bedienungsfehler, Wartungsdefizite oder Einflüsse höherer Gewalt. Um diesen Risiken entgegenzuwirken, wird im ene-Konzern in modernste Kommunikations- und Informationstechnologien investiert. Ebenso werden tägliche Wartungen an den Systemen vorgenommen und Erfahrungen aus Störungen unverzüglich zur Verbesserung der IT-Systeme verarbeitet. Mitarbeiter der ene werden regelmäßig bei Anpassungen von Softwareprodukten geschult.

Weitere mögliche Risiken verbergen sich bei IT-Dienstleistern, die durch fehlerhafte Programmierungen, nicht fristgerechte Anpassungen von gesetzlichen Regularien oder benötigten Erweiterungen eine Erhöhung von Ressourcenaufwendungen personeller und finanzieller Art notwendig machen. Durch enge Zusammenarbeit mit unseren Dienstleistungspartnern und genauer Ausarbeitung der benötigten Anforderungen in Form von Lastenheften können fehlerhafte Programmierungen minimiert werden. Des Weiteren wird durch intensive Testphasen vor Abnahme des Produktes oder der Erweiterung gewährleistet, dass die eingesetzten Applikationen möglichst fehlerfrei arbeiten. Notwendige Anpassungen an gesetzliche oder behördliche Regularien werden nach Bekanntgabe sofort in Auftrag gegeben und fristgemäß umgesetzt.

6.2.2 Ertragsorientierte Risiken

Erkennbaren Risiken wird - soweit handelsrechtlich zulässig - durch eine angemessene Dotierung von Rückstellungen Rechnung getragen.

Der Wettbewerb um Kunden in allen Kundengruppen hält weiter an. Dem Kundenkauf mittels Bonusmodellen stehen die Kunden unverändert positiv gegenüber. Durch den Markteintritt neuer Marktteilnehmer, insbesondere durch deren Kundengewinnungsaktionen, besteht ein Risiko hinsichtlich des Bestandes des Kundenportfolios.

6.3 Chancenbericht

Die systematische und dauerhafte Verbesserung von Arbeitsabläufen und Prozessen stellt für die KEV Schleiden GmbH ein wichtiges Ziel dar. Hier eröffnen sich Möglichkeiten zur Hebung von Effizienzen und zur Steigerung der Ergebnisse. Hinzu kommen die Teilnahme an Konzessionsverfahren und Kooperationsmodellen.

Die starke Position der KEV Energie GmbH im Grundversorgungsgebiet bietet Chancen, über die klassische Rolle als reiner Energielieferant, im Verbund mit der ene verstärkt Ener-

gieberater und Energiedienstleister zu sein. Neben den bisher bereits vermarkteten Dienstleistungen, bietet der Themenkomplex Energieeffizienz noch weitere Wachstumspotentiale, die es zu erschließen gilt. Aber auch die EU-Energieeffizienzrichtlinie, die aktuell ihre Umsetzung in nationales Recht durch die Neufassung des Energiedienstleistungsgesetzes findet, bietet neue Ertragspotentiale. Alle großen Unternehmen werden zu regelmäßigen Energieaudits verpflichtet, die von Fachleuten durchgeführt werden müssen. Die energie-Unternehmensgruppe verfügt über entsprechend qualifizierte personelle Ressourcen.

Die aktive Mitgestaltung der Energiewende, welche wir mit unserer Beteiligungsgesellschaft KEVER, insbesondere beim Bau von Windenergieanlagen in der Region vorantreiben wollen, stellt einen wesentlichen Eckpfeiler unserer Strategie dar. Nachdem das BMWi im Februar 2016 ein aktualisiertes Eckpunktepapier zur EEG-Novelle 2016 veröffentlicht hat, stellt sich die Chancenlage durch die aktuell bestehende Planungsunsicherheit etwas verschlechtert dar. Wir gehen jedoch davon aus, dass es künftig trotzdem möglich sein wird, Windenergieanlagen in der Eifel-Region unter wirtschaftlichen Bedingungen bauen und betreiben zu können.

Als Chance sehen wir die zukünftigen Entwicklungen der Strompreise in Deutschland und die daraus erwachsenden Möglichkeiten, den mit den von uns entwickelten Projekten erzeugten Strom auch außerhalb des EEG zu Marktpreisen verkaufen zu können. Hier bietet sich speziell im Privat- und Gewerbekundensegment die Vermarktung von attraktiven Produkten – z.B. Umsetzung von Bürgerstrommodellen in Kooperation mit regionalen regenerativen Erzeugungsanlagen – an. Mit der Region verbundene Kunden können so langfristig gebunden werden. Wir sehen hier auch gute Chancen, als reiner Dienstleister für energiewirtschaftliche Prozesse (Portfoliobewirtschaftung, Marketing- und Vertriebsleistungen, Kundenwechselmanagement, Call- und Billingleistungen usw.) für Projektgesellschaften (z.B. Bürgerwindparks) zu agieren.

7 Gesamtaussage

Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand bestehen für 2016 keine die Substanz gefährdenden Risiken.

8 Ausblick

Bei der ene wird ein Umsatzrückgang von rd. 30 % prognostiziert, jedoch ein Ergebnis auf Vorjahresniveau. Der Umsatzrückgang wird durch geringeren Materialaufwand und geringeren Personalaufwand, der durch den Transfer von Mitarbeitern von der ene in die KEV Schleiden GmbH bedingt ist und aufgrund gestiegener Gewinnabführungen der Tochtergesellschaften kompensiert.

Auf Konzernebene wird für 2016 mit Umsatzerlösen geringfügig unter dem Niveau von 2015 gerechnet; der Umsatzrückgang der ene im Dienstleistungsgeschäft wird insbesondere durch zusätzliche Umsätze der KEVER aus dem Projektierungsgeschäft nahezu kompensiert werden. Auf Konzernebene wird ein Ergebnis leicht unter dem Vorjahresniveau erwartet.

Kall, 31. März 2016

(Markus Böhm, Geschäftsführer)

Bilanz der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG zum 31. Dezember 2015

A k t i v a :	Anhang	31.12.2015	31.12.2014	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2015	31.12.2014
Anlagevermögen				Eigenkapital	6		
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	14.543,00 €	25.929,00 €	Kapitalanteile		2.944.900,00 €	2.944.900,00 €
Sachanlagen		421.769,00 €	432.287,00 €	Variables Kapitalkonto		2.387,00 €	2.387,00 €
Finanzanlagen		3.909.479,28 €	10.773.885,24 €	Jahresüberschuss		3.284.564,12 €	3.411.521,01 €
		4.345.791,28 €	11.232.101,24 €			6.231.851,12 €	6.358.808,01 €
Umlaufvermögen							
Vorräte				Rückstellungen	8		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		784.446,07 €	613.651,08 €	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		471.662,00 €	333.000,00 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2			Steuerrückstellungen		1.948.833,99 €	1.233.635,82 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		531.859,37 €	528.516,43 €	Sonstige Rückstellungen		604.807,00 €	8.362.670,00 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		8.598.203,86 €	3.820.612,40 €			3.025.302,99 €	9.929.305,82 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		51.748,56 €	33.580,37 €	Verbindlichkeiten	9		
Forderungen gegen Gesellschafter		102.812,74 €	14.394,49 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		8.450.665,66 €	4.206.471,57 €
Sonstige Vermögensgegenstände		1.125.063,99 €	707.257,52 €	Erhaltene Anzahlungen		- €	799.733,71 €
		10.409.688,52 €	5.104.361,21 €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.804.225,00 €	989.207,03 €
Flüssige Mittel	3	4.097.693,87 €	8.329.147,74 €	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		- €	1,55 €
Rechnungsabgrenzungsposten	4	66.021,74 €	1.847,00 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		1.249,50 €	150,00 €
				Sonstige Verbindlichkeiten		190.347,21 €	2.997.430,58 €
						10.446.487,37 €	8.992.994,44 €

Gewinn- und Verlustrechnung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG vom 01.01. - 31.12.2015

	Anhang	2015	2014
Umsatzerlöse		13.943.802,97 €	11.573.143,14 €
Andere aktivierte Eigenleistungen		3.783,96 €	129,60 €
Sonstige betriebliche Erträge	13	2.021.581,54 €	85.395,31 €
		<u>15.969.168,47 €</u>	<u>11.658.668,05 €</u>
Materialaufwand	14	6.308.331,39 €	9.205.334,63 €
Personalaufwand	15	3.228.770,71 €	3.167.909,54 €
Abschreibungen	16	75.566,37 €	95.892,38 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17	3.687.297,64 €	2.912.782,97 €
		<u>2.669.202,36 €</u>	<u>- 3.723.251,47 €</u>
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	18	2.701.668,55 €	8.802.126,13 €
Finanzergebnis	19	- 162.838,29 €	- 73.065,99 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>5.208.032,62 €</u>	<u>5.005.808,67 €</u>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	1.898.321,23 €	1.593.581,64 €
Sonstige Steuern		<u>25.147,27 €</u>	<u>706,02 €</u>
Jahresüberschuss		<u><u>3.284.564,12 €</u></u>	<u><u>3.411.521,01 €</u></u>

Bilanz der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH per 31.12.2015

A k t i v a :		Anhang	31.12.2015	31.12.2014	P a s s i v a :		Anhang	31.12.2015	31.12.2014
Umlaufvermögen					Eigenkapital				
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1		9,39 €	28,58 €	Gezeichnetes Kapital		3	25.000,00 €	25.000,00 €
Flüssige Mittel	2		29.687,34 €	29.549,94 €	Jahresüberschuss			1.430,75 €	1.008,24 €
								26.430,75 €	26.008,24 €
					Rückstellungen		4		
					Steuerrückstellungen			455,00 €	188,00 €
					Sonstige Rückstellungen			2.500,00 €	2.600,00 €
								2.955,00 €	2.788,00 €
					Verbindlichkeiten		5		
					Sonstige Verbindlichkeiten			310,98 €	782,28 €
								29.696,73 €	29.578,52 €

Gewinn- und Verlustrechnung
der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	Anhang	2015	2014
Sonstige betriebliche Erträge	7	4.713,80 €	4.500,24 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8	3.016,05 €	3.341,49 €
Finanzergebnis		- €	35,68 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.697,75 €	1.194,43 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9	267,00 €	186,19 €
Jahresüberschuss		1.430,75 €	1.008,24 €

[illegible]

Gewinn- und Verlustrechnung der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH vom 01.01. - 31.12.2015

	Anhang	2015	2014
Umsatzerlöse	12	21.161.492,83 €	19.993.308,14 €
Aktivierte Eigenleistungen	13	609.512,02 €	536.915,08 €
Sonstige betriebliche Erträge	14	1.001.627,17 €	3.404.233,94 €
		22.772.632,02 €	23.934.457,16 €
Materialaufwand	15	5.368.922,67 €	5.281.259,97 €
Personalaufwand	16	4.831.562,91 €	3.740.184,87 €
Abschreibungen	17	2.169.963,55 €	1.609.711,71 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	18	5.714.644,30 €	5.490.999,97 €
		4.687.538,59 €	7.812.300,64 €
Finanzergebnis	19	- 166.775,59 €	- 117.077,66 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		4.520.763,00 €	7.695.222,98 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	- 3.321,78 €	- 4.345,03 €
Sonstige Steuern		21.361,38 €	18.189,47 €
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn		2.723,40 €	7.681.378,54 €
Jahresüberschuss		4.500.000,00 €	- €
Einstellung in die Gewinnrücklage		4.500.000,00 €	- €
Bilanzgewinn		- €	- €

Bilanz der KEV Energie GmbH zum 31. Dezember 2015

A k t i v a :		Anhang	31.12.2015	31.12.2014	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2015	31.12.2014
Anlagevermögen		1			Eigenkapital	4		
Immaterielle Vermögensgegenstände			32.106,00 €	5.153,00 €	Gezeichnetes Kapital		300.000,00 €	300.000,00 €
Sachanlagen			439.173,62 €	480.907,62 €	Kapitalrücklage		157.114,50 €	157.114,50 €
Finanzanlagen			2.754.872,22 €	2.955.715,94 €			457.114,50 €	457.114,50 €
			3.226.151,84 €	3.441.776,56 €				
Umlaufvermögen		2			Rückstellungen	5		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		51.814,00 €	28.000,00 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			4.491.098,58 €	3.146.472,68 €	Sonstige Rückstellungen		612.352,00 €	619.820,00 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen			164.925,04 €	92.746,45 €			664.166,00 €	647.820,00 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			27.691,60 €	8.133,30 €				
Forderungen gegen Gesellschafter			13.471,67 €	45.146,07 €				
Sonstige Vermögensgegenstände			141.798,68 €	3.836,38 €	Verbindlichkeiten	6		
			4.838.985,57 €	3.296.334,88 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		- €	2.040.000,00 €
					Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		852.091,92 €	4.967.405,69 €
					Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		97.920,16 €	2.672.261,47 €
					Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		166.700,48 €	558,83 €
Flüssige Mittel		3	890.110,85 €	8.099.672,96 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		4.097.166,16 €	911,83 €
					Sonstige Verbindlichkeiten		2.620.089,04 €	4.051.712,08 €
							7.833.967,76 €	13.732.849,90 €
							8.955.248,26 €	14.837.784,40 €

Gewinn- und Verlustrechnung der KEV Energie GmbH vom 01.01. - 31.12.2015

	Anhang	2015	2014
Umsatzerlöse		56.639.470,81 €	56.618.603,97 €
Stromsteuer		- 5.389.628,32 €	- 5.229.907,86 €
	8	51.249.842,49 €	51.388.696,11 €
Sonstige betriebliche Erträge	9	118.210,27 €	168.159,63 €
		51.368.052,76 €	51.556.855,74 €
Materialaufwand	10	44.411.489,60 €	46.390.419,15 €
Personalaufwand	11	1.151.776,28 €	1.060.189,27 €
Abschreibungen	12	39.774,24 €	47.322,21 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13	3.104.907,35 €	2.972.369,28 €
		2.660.105,29 €	1.086.555,83 €
Finanzergebnis	14	51.221,53 €	46.191,87 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		2.711.326,82 €	1.132.747,70 €
Sonstige Steuern		12.381,67 €	12.000,11 €
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn		2.698.945,15 €	1.120.747,59 €
Jahresüberschuss		- €	- €



**Bilanz der
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH
zum 31. Dezember 2015**

A k t i v a :		Anhang	31.12.2015	31.12.2014	P a s s i v a :		Anhang	31.12.2015	31.12.2014
Anlagevermögen		1			Eigenkapital		5		
Sachanlagen			1.349,00 €	921,00 €	Gezeichnetes Kapital			25.000,00 €	25.000,00 €
Finanzanlagen			25.000,00 €	25.000,00 €	Gewinnvortrag			154.520,35 €	47.103,62 €
			26.349,00 €	25.921,00 €	Jahresüberschuss			101.058,04 €	107.416,73 €
Umlaufvermögen								280.578,39 €	179.520,35 €
Vorräte		2			Rückstellungen		6		
Unfertige Erzeugnisse			190.670,54 €	- €	Steuerrückstellungen			57.834,00 €	31.618,00 €
					Sonstige Rückstellungen			5.200,00 €	4.600,00 €
								63.034,00 €	36.218,00 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		3			Verbindlichkeiten		7		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			89.375,44 €	154,26 €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			49.042,78 €	178.243,28 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen			19.992,00 €	44.682,15 €	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen			189.231,77 €	1.063.823,56 €
Forderungen gegen Gesellschafter			15.398,50 €	- €	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern			- €	79.709,07 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			39.984,00 €	75.237,24 €	Sonstige Verbindlichkeiten			24.862,21 €	118.133,12 €
Sonstige Vermögensgegenstände			25.704,58 €	123.231,11 €				263.136,76 €	1.439.909,03 €
			190.454,52 €	243.304,76 €					
Flüssige Mittel		4							
			199.275,09 €	1.386.421,62 €					
			606.749,15 €	1.655.647,38 €				606.749,15 €	1.655.647,38 €



**Gewinn- und Verlustrechnung der
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft GmbH
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2015**

	Anhang	2015	2014
Umsatzerlöse	8	358.245,09 €	1.382.770,62 €
Sonstige betriebliche Erträge	9	70.189,10 €	50.906,81 €
		<u>428.434,19 €</u>	<u>1.433.677,43 €</u>
Materialaufwand	10	41.191,46 €	1.135.848,08 €
Abschreibungen		126,62 €	105,97 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11	<u>251.770,07 €</u>	<u>150.760,00 €</u>
		135.346,04 €	146.963,38 €
Finanzergebnis	12	- €	139,08 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>135.346,04 €</u>	<u>147.102,46 €</u>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		34.288,00 €	39.685,73 €
Jahresüberschuss		<u>101.058,04 €</u>	<u>107.416,73 €</u>



A k t i v a :	Anhang	31.12.2015	31.12.2014
Anlagevermögen			
Sachanlagen	1	6.290.496,00 €	6.694.030,00 €
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		24.075,52 €	11.728,96 €
Forderungen gegen Gesellschafter		197.101,73 €	98.706,40 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		- €	100.525,34 €
Sonstige Vermögensgegenstände		12.267,86 €	11.855,82 €
Flüssige Mittel	3		
		233.445,11 €	222.816,52 €
		630.365,27 €	477.652,78 €
P a s s i v a :	Anhang	31.12.2015	31.12.2014
Eigenkapital	4		
Kapitalanteile		296.700,37 €	250.832,52 €
Jahresüberschuss		59.128,79 €	45.867,85 €
		355.829,16 €	296.700,37 €
Rückstellungen	5		
Steuerrückstellungen		28.981,00 €	10.813,00 €
Sonstige Rückstellungen		50.800,00 €	44.400,00 €
		79.781,00 €	55.213,00 €
Verbindlichkeiten	6		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.767,74 €	- €
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		6.713.272,08 €	7.004.224,93 €
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		- €	38.289,60 €
Sonstige Verbindlichkeiten		3.656,40 €	71,40 €
		6.718.696,22 €	7.042.585,93 €
		7.154.306,38 €	7.394.499,30 €



**Gewinn- und Verlustrechnung der
Sunpark Kalenberg GmbH & Co. KG
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2015**

	Anhang	2015	2014
Umsatzerlöse	7	895.802,85 €	874.891,29 €
Sonstige betriebliche Erträge	8	5.394,59 €	4.178,67 €
Materialaufwand	9	18.294,09 €	19.107,87 €
Abschreibungen		403.534,00 €	403.534,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen		101.169,83 €	92.950,89 €
		<u>378.199,52 €</u>	<u>363.477,20 €</u>
Finanzergebnis	10	- 285.371,33 €	- 296.121,40 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>92.828,19 €</u>	<u>67.355,80 €</u>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		33.699,40 €	21.487,95 €
Jahresüberschuss		<u>59.128,79 €</u>	<u>45.867,85 €</u>



A k t i v a :	Anhang	31.12.2015	31.12.2014
Anlagevermögen			
Sachanlagen	1	1.450.917,00 €	1.540.665,00 €
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		42.990,82 €	3.194,37 €
Forderungen gegen Gesellschafter		- €	60,55 €
Sonstige Vermögensgegenstände		3.375,81 €	4.727,09 €
		46.366,63 €	7.982,01 €
Flüssige Mittel	3	197.453,62 €	167.939,32 €
P a s s i v a :	Anhang	31.12.2015	31.12.2014
Eigenkapital	4		
Kapitalanteile		200.000,00 €	200.000,00 €
Rücklagen		6.107,82 €	6.107,82 €
Jahresüberschuss		65.534,73 €	34.553,41 €
		271.642,55 €	240.661,23 €
Rückstellungen	5		
Steuerrückstellungen		18.755,00 €	4.855,00 €
Sonstige Rückstellungen		16.500,00 €	14.900,00 €
		35.255,00 €	19.755,00 €
Verbindlichkeiten	6		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		48,79 €	- €
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		1.382.711,88 €	1.456.098,70 €
Sonstige Verbindlichkeiten		5.079,03 €	71,40 €
		1.387.839,70 €	1.456.170,10 €
		1.694.737,25 €	1.716.586,33 €

**Gewinn- und Verlustrechnung der
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2015**

	Anhang	2015	2014
Umsatzerlöse	7	266.336,16 €	219.785,09 €
Sonstige betriebliche Erträge		3.109,36 €	402,35 €
Materialaufwand	8	6.994,46 €	3.280,72 €
Abschreibungen		89.748,00 €	89.748,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen		53.314,70 €	46.770,05 €
		<u>119.388,36 €</u>	<u>80.388,67 €</u>
Finanzergebnis	9	- 39.953,63 €	- 40.980,26 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>79.434,73 €</u>	<u>39.408,41 €</u>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>13.900,00 €</u>	<u>4.855,00 €</u>
Jahresüberschuss		<u>65.534,73 €</u>	<u>34.553,41 €</u>



**Bilanz der
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG
zum 31. Dezember 2015**

A k t i v a :		Anhang	31.12.2015	31.12.2014	P a s s i v a :		Anhang	31.12.2015	31.12.2014
Anlagevermögen					Eigenkapital		4		
Sachanlagen		1	3.212.453,00 €	3.394.290,00 €	Kapitalanteile			360.000,00 €	325.440,29 €
					Jahresüberschuss			93.900,54 €	96.652,41 €
								453.900,54 €	422.092,70 €
Umlaufvermögen					Rückstellungen		5		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		2			Steuerrückstellungen			18.400,00 €	11.800,00 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			13.982,88 €	5.212,13 €	Sonstige Rückstellungen			25.900,00 €	22.700,00 €
Forderungen gegen Gesellschafter			- €	88,90 €				44.300,00 €	34.500,00 €
Sonstige Vermögensgegenstände			9.821,95 €	6.833,35 €	Verbindlichkeiten		6		
			23.804,83 €	12.134,38 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			3.122.059,74 €	3.256.146,08 €
					Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			1.804,81 €	- €
					Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern			22.913,34 €	31.858,14 €
Flüssige Mittel		3	420.499,36 €	338.247,54 €	Sonstige Verbindlichkeiten			11.778,76 €	75,00 €
								3.158.556,65 €	3.288.079,22 €
								3.656.757,19 €	3.744.671,92 €



**Gewinn- und Verlustrechnung der
Sunpark Herhahn GmbH & Co. KG
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	Anhang	2015	2014
Umsatzerlöse	7	480.340,60 €	466.221,15 €
Sonstige betriebliche Erträge		1.859,02 €	604,35 €
Materialaufwand	8	16.608,25 €	10.969,64 €
Abschreibungen		181.837,00 €	181.837,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen		77.222,35 €	70.109,55 €
Finanzergebnis	9	206.532,02 €	203.909,31 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		- 94.252,72 €	- 95.456,90 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		112.279,30 €	108.452,41 €
Jahresüberschuss		18.378,76 €	11.800,00 €
		93.900,54 €	96.652,41 €

A k t i v a :	Anhang	31.12.2015	31.12.2014	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2015	31.12.2014
Anlagevermögen				Eigenkapital	4		
Sachanlagen	1	29.615.747,00 €	31.378.623,21 €	Kapitalanteile		5.620.000,00 €	5.613.143,59 €
				Rücklagen		789.850,50 €	- €
Umlaufvermögen				Jahresüberschuss		1.206.989,43 €	796.706,91 €
Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände	2					7.616.839,93 €	6.409.850,50 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		944.086,71 €	669.557,63 €	Rückstellungen	5		
Forderungen gegen Gesellschafter		166.700,48 €	1.007,96 €	Steuerrückstellungen		151.466,00 €	136.818,00 €
Sonstige Vermögensgegenstände		38.732,98 €	689.730,28 €	Sonstige Rückstellungen		39.429,13 €	34.516,73 €
		1.149.520,17 €	1.360.295,87 €			190.895,13 €	171.334,73 €
Flüssige Mittel	3	4.811.219,77 €	4.536.552,32 €	Verbindlichkeiten	6		
				Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		26.225.447,00 €	26.225.447,00 €
				Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.402.535,02 €	4.463.082,54 €
				Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		41.246,88 €	5.720,93 €
				Sonstige Verbindlichkeiten		99.522,98 €	35,70 €
						27.768.751,88 €	30.694.286,17 €
		35.576.486,94 €	37.275.471,40 €				37.275.471,40 €



**Gewinn- und Verlustrechnung der
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

	Anhang	2015	2014
Umsatzerlöse	7	4.835.952,29 €	1.384.510,84 €
Sonstige betriebliche Erträge	8	486.429,81 €	- €
Materialaufwand	9	206.163,44 €	101.560,44 €
Abschreibungen	10	1.975.942,45 €	71.409,94 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11	775.806,32 €	181.064,63 €
		<u>2.364.469,89 €</u>	<u>1.030.475,83 €</u>
Finanzergebnis	12	- 853.015,46 €	- 96.950,92 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>1.511.454,43 €</u>	<u>933.524,91 €</u>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>304.465,00 €</u>	<u>136.818,00 €</u>
Jahresüberschuss		<u>1.206.989,43 €</u>	<u>796.706,91 €</u>

**Bilanz der
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH
zum 31. Dezember 2015**

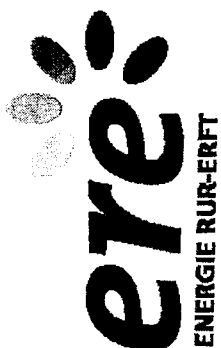
A k t i v a :	Anhang	31.12.2015	31.12.2014	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2015	31.12.2014
Umlaufvermögen				Eigenkapital	3		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1			Gezeichnetes Kapital		25.000,00 €	25.000,00 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		17.579,07 €	5.720,93 €	Gewinnvortrag		705,57 €	212,82 €
				Jahresüberschuss		481,36 €	492,75 €
						26.186,93 €	25.705,57 €
Sonstige Vermögensgegenstände		12,97 €	13,44 €	Rückstellungen	4		
		17.592,04 €	5.734,37 €	Steuerrückstellungen		194,00 €	104,00 €
				Sonstige Rückstellungen		1.300,00 €	1.200,00 €
Flüssige Mittel	2	25.487,39 €	27.703,45 €			1.494,00 €	1.304,00 €
				Verbindlichkeiten	5		
				Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		15.398,50 €	6.392,55 €
				Sonstige Verbindlichkeiten		- €	35,70 €
						15.398,50 €	6.428,25 €
		43.079,43 €	33.437,82 €			43.079,43 €	33.437,82 €



**Gewinn- und Verlustrechnung der
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2015**

	Anhang	2015	2014
Sonstige betriebliche Erträge	6	14.772,33 €	14.730,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7	14.200,50 €	14.122,09 €
Finanzergebnis	8	571,83 €	607,91 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		571,83 €	657,34 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		90,47 €	164,59 €
Jahresüberschuss		481,36 €	492,75 €

Seite 256



**Gewinn- und Verlustrechnung der
 Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG**
für das Rumpfgeschäftsjahr vom 2. Januar bis 31. Dezember 2015

	Anhang	02.01.2015 - 31.12.2015
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7	70.895,34 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		- 70.895,34 €
Erträge aus Beteiligungen	8	1.090.475,28 €
Jahresüberschuss		1.019.579,94 €

Seite 258



**Gewinn- und Verlustrechnung der
 Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH**
für das Rumpfgeschäftsjahr vom 18. Dezember bis 31. Dezember 2014

	Anhang	18.12. - 31.12.2014
Sonstige betriebliche Erträge	6	3.000,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7	1.543,70 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.456,30 €
Jahresüberschuss		1.456,30 €

Seite 260



**Gewinn- und Verlustrechnung der
Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH**
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	Anhang	01.01. - 31.12.2015	18.12. - 31.12.2014
Sonstige betriebliche Erträge	6	4.500,00 €	3.000,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7	3.036,56 €	1.543,70 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.463,44 €	1.456,30 €
Jahresüberschuss		1.463,44 €	1.456,30 €

Bilanz der Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Handelsbilanz zum 31.12.2015

Aktiva		Geschäftsjahr 2015	Vorjahr 2014
		EUR	EUR
A	Anlagevermögen		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
1.	entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutz- und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	33.117,00	39.175,00
		33.117,00	39.175,00
II.	Sachanlagen		
1.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.173,00	14.009,00
		8.173,00	14.009,00
		41.290,00	53.184,00
B	Umlaufvermögen		
I.	Vorräte		
1.	fertige Erzeugnisse und Waren	7.468,21	17.032,51
		7.468,21	17.032,51
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.898,83	6.772,71
2.	sonstige Vermögensgegenstände	1.755,17	5.787,17
		4.654,00	12.559,88
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		
1.	Kasse	2.790,59	1.270,12
2.	Guthaben bei Kreditinstituten	78.575,46	59.202,42
		81.366,05	60.472,54
		93.488,26	90.064,93
C	Rechnungsabgrenzungsposten	847,10	1.241,07
	Summe Aktiva	135.625,36	144.490,00

Bilanz der Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Handelsbilanz zum 31.12.2015

Passiva		Geschäftsjahr 2015	Vorjahr 2014
		EUR	EUR
A Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital			
1. Stammkapital	26.400,00	26.400,00	26.400,00
		26.400,00	26.400,00
II. Kapitalrücklage		2.180.583,00	1.741.383,00
III. Bilanzgewinn / Bilanzverlust		-2.121.574,31	-1.678.654,16
		85.408,69	89.128,84
B Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	203,85		559,68
2. sonstige Rückstellungen	16.995,00		14.212,50
		17.198,85	14.772,18
C Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		35,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 0,00 (VJ EUR 35,00)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.705,84		25.760,82
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 11.705,84 (VJ EUR 25.760,82)			
3. sonstige Verbindlichkeiten	18.736,15		13.033,16
davon aus Steuern EUR 3.821,28 (VJ EUR 3.503,28)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 190,46 (VJ EUR 190,46)			
davon mit Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 18.736,15 (VJ EUR 13.033,16)			
		30.441,99	38.828,98
D Rechnungsabgrenzungsposten		2.575,83	1.760,00
Summe Passiva		135.625,36	144.490,00

Gewinn- und Verlustrechnung der Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

		Geschäftsjahr 2015	Vorjahr 2014
		EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		217.974,80	234.458,74
2. sonstige betriebliche Erträge		15.973,64	10.897,30
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-29.836,36	-29.836,36	-22.144,32
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-287.316,05		-298.499,92
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersver- sorgung und für Unterstützung	-64.504,81		-68.514,57
		-351.820,86	-367.014,49
5. Abschreibungen			
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-16.103,12		-12.325,95
<i>Abschreibungen auf Sachanlagen, davon So- fortabschreibung GWG EUR 2.016,67 (VJ EUR 200,95)</i>			
		-16.103,12	-12.325,95
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		-279.064,15	-263.115,79
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		49,90	258,85
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-442.826,15	-418.985,66
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	0,59
10. sonstige Steuern		-94,00	-17,76
11. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		-442.920,15	-419.002,83
12. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-1.678.654,16	-1.259.651,33
13. Bilanzgewinn / Bilanzverlust		-2.121.574,31	-1.678.654,16

Nordeifel Tourismus GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

- I. Grundlagen des Unternehmens
 - 1. **Geschäftsmodell des Unternehmens**
 - 2. **Ziele und Strategien**
 - 3. **Forschung und Entwicklung**
 - II. Wirtschaftsbericht
 - 1. **Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**
 - 2. **Geschäftsverlauf**
 - 3. **Lage**
 - a) **Ertragslage**
 - b) **Finanzlage**
 - c) **Vermögenslage**
 - 4. **Finanzielle Leistungsindikatoren**
 - III. Nachtragsbericht
 - IV. Prognosebericht
 - V. Chancen- und Risikobericht
 - 1. **Risikobericht**
 - 2. **Chancenbericht**
 - 3. **Gesamtaussage**
 - VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten
 - VII. Bericht über Zweigniederlassungen
-

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat die Aufgabe, die touristischen Potenziale zu profilieren und die Stärken der Teilregion Nordeifel in und um den Nationalpark Eifel weiter auszubauen. Es wird weiterhin das Ziel verfolgt, auch die Kommunen Bad Münstereifel und Dahlem für eine Beteiligung zu gewinnen. Weitere Gespräche mit Verantwortlichen der Stadt Bad Münstereifel und der Gemeinde Dahlem haben im Jahresverlauf 2015 stattgefunden.

Die Nordeifel Tourismus GmbH fungiert als Touristische Arbeitsgemeinschaft (TAG) im Zusammenspiel mit der eifelweit agierenden Regionalagentur Eifel Tourismus GmbH mit Sitz in Prüm und bildet mit den benachbarten Organisationen Rureifel Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V. als Marketingverbund die Erlebnisregion Nationalpark Eifel.

2. Ziele und Strategien

Im Sinne der Tourismusstrategie Eifel und zur Erreichung der im Gesellschaftervertrag verankerten Ziele nimmt die Nordeifel Tourismus GmbH als Tourismus-Service-Center (TSC) der Stufe III folgende Aufgaben für die Gesellschafter und die Region Nordeifel wahr:

Produktentwicklung, gesamtes Außenmarketing, Binnenmarketing, Vertrieb, Gästeinformation / Reservierung, Beratung bei der touristischen Infrastrukturkonzeption in Kooperation mit Funktionalpartnern*, Deskline 3.0 - Pflege des Datenbanksystems, PR-Koordination für touristisch relevante Themen, Veranstaltungen und Infrastruktureinrichtungen und das Marketing für touristische Großveranstaltungen der Gesellschafter, Beratung der Leistungsträger sowie betriebliches Qualitätsmanagement, Betrieb des Nationalpark-Tors Gemünd.

3. Forschung und Entwicklung

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat im Jahr 2015 keine eigenen Forschungstätigkeiten durchgeführt. Mit Ausnahme von Gästebefragungen durch die Nordeifel Tourismus GmbH werden eifelbezogene Marktforschungstätigkeiten durch die Eifel Tourismus GmbH, NRW Tourismus e.V. und das Nationalparkforstamt Eifel veranlasst.

Ein in 2015 vom Kreis Euskirchen in Auftrag gegebenes Gutachten unterstreicht die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus für die Region. 1,2 Mio. Übernachtungsgäste in sämtlichen Unterkunfts-kategorien sowie 7,4 Mio. Tagesausflügler tragen zu einem Jahresbruttoumsatz in Höhe von 262,5 Mio. € bei. Im Vergleich zum Gutachten aus dem Jahr 2012 sind deutliche Steigerungen erkennbar.

*** Funktionalpartner sind: Nationalparkforstamt Eifel, Naturparke Nordeifel und Rheinland, Kreis Euskirchen (Wirtschaftsförderung, ÖPNV und Fahrradfreundlicher Kreis)**

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Tourismus in Nordrhein-Westfalen entwickelt sich weiterhin positiv. Dieser Eindruck wird untermauert durch die Statistik, die NRW-Tourismus e.V. für das Jahr 2015 vorgelegt hat. Nordrhein-Westfalen verzeichnet im Vergleich zum Jahr 2014 sowohl Zuwächse bei den Gästeankünften (+ 2,3 %) als auch bei den Übernachtungen (+ 1,6 %). Für die Eifel und die Region Aachen steht einem leichten Plus bei den Gästeankünften von 0,8 % ein Rückgang bei den Übernachtungszahlen um -1,6 % entgegen.

Die Zahlen im Kreis Euskirchen entsprechen dem eifelweiten Trend. Das heißt, dass ausgehend von einem hohen Niveau ein leichter Anstieg bei den Gästeankünften um 0,7 % auf 293.627 und ein leichter Rückgang bei den Übernachtungen um -1,8 % auf 871.982 zu verzeichnen ist. Die Aufenthaltsdauer wird dadurch nicht beeinflusst und beträgt nach wie vor 3 Tage. Bei ausländischen Gästen ist sowohl im Bereich der Ankünfte (+ 1,1 %) als auch bei den Übernachtungen (+ 7 %) ein Anstieg im Vergleich zum Jahr 2014 festzustellen.

Für den Gesellschafterraum der Nordeifel Tourismus GmbH ist im Jahr 2015 ein Rückgang bei den Ankünften um -2,3 % und bei den Übernachtungen um -6,2 % zu verzeichnen. Die deutlichsten Veränderungen bei den Übernachtungen sind in Blankenheim (-12,1 %) und in Hellenthal (-25,6 %) zu verzeichnen. Beide Gemeinden hatten im Vorjahr ein deutliches Plus in Höhe von 21 % bzw. 12 %, das bei dem bestehenden Angebot und ohne neue Kapazitäten zwangsläufig zu Rückgängen im Folgejahr führen kann. Ursächlich für den Rückgang in Blankenheim sind rückläufige Zahlen im Bereich Camping. Für Hellenthal liegt eine Ursache darin begründet, dass Flüchtlinge in der DJH-Jugendherberge untergebracht sind. Dieser Personenkreis wird in der amtlichen Tourismusstatistik nicht erfasst. Da ansonsten keine größeren Betriebe in der Region geschlossen waren oder Kapazitäten aufgrund von Renovierungen weggefallen sind, können weitere strukturelle Ursachen nicht näher identifiziert werden.

Mit Blick auf die amtliche Übernachtungsstatistik sei darauf hingewiesen, dass diese die touristische Entwicklung nur lückenhaft abbilden kann, da Übernachtungen in Betrieben unter 10 Betten, die in der Eifel die Basis im Übernachtungssegment bilden, nicht erfasst werden. Die Bedeutung dieser Betriebe wird eindrucksvoll im Gutachten Wirtschaftsfaktor Tourismus dargestellt.

Entwicklung der Übernachtungszahlen im Vergleich der Jahre 2014 und 2015 in NRW, im Kreis Euskirchen und in der Nordeifel:

	Gäste		Übernachtungen		Aufenthaltsdauer
	Anzahl	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	
Nordrhein-Westfalen	21.713.040	+2,3	48.687.999	+1,6	2,2
Kreis Euskirchen	293.627	+0,7	871.982	-1,8	3,0
Teilregion Nordeifel Tourismus	205.542	-2,3	618.139	-6,2	3,0

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik des Landes NRW, Februar 2016

2. Geschäftsverlauf 2015

Unternehmensziele und -strategie wurden im Jahresverlauf mit folgenden Maßnahmen verwirklicht:

- Als konzeptionelle Grundlage wurde in einem mehrstufigen Prozess und unter Beteiligung der Gesellschafter und aller wesentlichen Tourismusakteure in der Nordeifel das Tourismus- und Marketingkonzept 2015-2020 erarbeitet, das in der 20. Gesellschafterversammlung im Herbst 2015 beschlossen worden ist.
- Umsetzung des Marketingplans 2015 gemäß den Vorgaben im Marketingkonzept 2010 – 2015 und 2015 - 2020 mit Maßnahmen wie Herstellung von Printprodukten, Anzeigenschaltungen, Direktmarketing, Onlinemarketing, Projektbeteiligungen, Pressearbeit, Prospektauslage und Messen / Präsentationen
- Eigene Gremienarbeit: Gesellschafterversammlung (2 x pro Jahr), Verkehrsamtsleiter-Beirat (5 x pro Jahr), Marketingausschuss (2 x pro Jahr), AG Kulturelle Höhepunkte (2 x pro Jahr)
- Mitarbeit in folgenden Arbeitskreisen: Q-Team Eifel, Angebotsgruppe Eifelsteig, Routenteam Römerkanal-Wanderweg, AG TAG Nationalpark-Region, AG Tourismus Römerkanal-Wanderweg, Routenteam Erft-Radweg, Routenteam Eifel-Höhen-Route, AG Wasserburgen-Route, AG Nationalpark-Tore, AG Nationalpark-Gastgeber, ÖPNV-Produktentwicklungsforum Nationalpark Eifel, Arbeitskreis-Sitzungen Nordeifel der Eifel Tourismus GmbH, sonstigen Gremien der Eifel Tourismus GmbH, Redaktionskonferenz Weiss-Verlag, Ausbilderarbeitskreis Berufskolleg Köln, Expertenteam Deskline 3.0, Prüfungsausschuss der IHK Köln
- fortlaufende Optimierung der Homepage www.nordeifel-tourismus.de mit Arbeiten wie Textredaktion, Bild- und Videoauswahl und Suchmaschinenoptimierung.
- Teaminterner Workshop „Kreatives Schreiben“ im Sommer 2015
- Zusammenarbeit mit 152 Gastgebern in Deskline 3.0
- Umsetzung des LEADER-Förderprojektes „Sternenpark Nationalpark“ mit Bausteinen wie Sensibilisierung von Gastgebern & Partnern, Produktentwicklung und Vermarktung.
- Betrieb der Homepages www.nordeifel-tourismus.de, www.roemerkanal-wanderweg.de, www.eifel-hoehen-route.de, www.die-wasserburgen-route.de, www.radundwanderbahnhoefe-nordeifel.de, www.sternenpark-nationalpark-eifel.de, www.erlebnis-region.de
- Vollständige Neukonzeption des Gästejournals Nordeifel 2016
- Veröffentlichung der Printprodukte „Gästejournal Nordeifel“, Pocketguide „Nordeifel Höhepunkte“, Flyerkarte „Aktiv-Pauschalen“ 2016, Pocketguide Fahrradtouren, Flyer „GästeCard“, Flyer „Nordeifel frühlingshaft“, „Nordeifel sommerlich“, „Nordeifel herbstlich“ und „Nordeifel winterlich“, Flyer Sternenpark Nationalpark Eifel“, Flyer „Auf einen Blick“, Flyer Beratungstage 2016

- Produktion des Sommerprogramms „Familienspaß 2015“ mit Sehenswürdigkeiten, Freizeiteinrichtungen und weiteren Dienstleistern
- Unterstützung bei der Produktion der Wanderkarte „Nationalpark Eifel“ des Eifelvereins
- Entwicklung neuer Produkte: „Wandern auf alten Pfaden“, „Eifelsteig auf Römisch“, „Sternenpark Nationalpark Eifel“ und „Drei-Flüsse-Tour“
- Präsentation bei folgenden Veranstaltungen: Deutscher Wandertag Paderborn, Innenstadteinsätze Köln, Essen, Venlo und Bonn, Radaktiv Düsseldorf, Wanderopening Monschau-Höfen, Narzissenfest Hellenthal, Euskirchener Burgenfahrt, Kräutertag Nettersheim, Country Homes in Mechernich, Gewerbeschau in Kall, Eröffnung Seeparkgelände Zulpich, Eifeler Crossduathlon Schleiden, Ultraleichtflugtage Weilerswist, Stadtfest Mechernich, Bezirkswandertag Blankenheim
- Durchführung von sechs Beratungstagen für touristische Betriebe in Zusammenarbeit mit dem Startercenter NRW Kreis Euskirchen
- 38 DTV-Klassifizierungen und 4 Zertifizierungen „Wanderbares Deutschland“
- Mitarbeit in der Kommission des Deutschen Tourismusverbandes (DTV) für die Überarbeitung der neuen Kriterien zur Klassifizierung von Ferienwohnungen und Privatzimmern
- 2 Schulungstermine für die Counterkräfte aller Tourist-Informationen: Produktschulung in Kall und Touristiker-Tag in Hellenthal
- Durchführung des ersten touristischen Netzwerk-Treffens in der Nordeifel im LVR-Industriemuseum Euskirchen unter dem Motto „NetWorking Nordeifel“ sowie Vorbereitung der zweiten Veranstaltung im Februar 2016 im Kloster Steinfeld
- Teilnahme am NRW-Tourismustag 2015
- Teilnahme an der ITB Berlin 2015
- Koordination und Durchführung des Aktionstages in der Nordeifel „Zu Gast in der eigenen Heimat“ am 29. März 2015 mit 20 beteiligten Einrichtungen sowie Vorbereitung der Veranstaltungsreihe für 2016
- Koordination des Veranstaltungsformates „Nordeifel – Kultur bei Nacht“ im Herbst 2015 mit sieben Partnern sowie Vorbereitung der Veranstaltungsreihe mit Erstellung eines Förderantrags beim Zweckverband Region Aachen für die Auflage in 2016
- Drei Pressekonferenzen: ITB Berlin 2015, Veranstaltung „Zu Gast in der eigenen Heimat“ und Sternenpark Nationalpark Eifel
- Pressemitteilungen zu folgenden Themen: Veröffentlichung der Flyerkarte „Aktiv-Pauschalen“, Veröffentlichung Pocketguide „Nordeifel Höhepunkte“, „GästeTicket und GästeCard“, vier jahreszeitliche Veranstaltungskalender, Veranstaltung „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Familienprogramm Sommer 2015“, Beratungstage 2015, Kultur bei Nacht, Beratungstage 2016, Sternenpark Nationalpark Eifel, Pocketguide Fahrradtouren, NetWorking Nordeifel, Wanderopening, Tourismus- und Marketingkonzept 2015 – 2020, Gutachten Wirtschaftsfaktor Tourismus

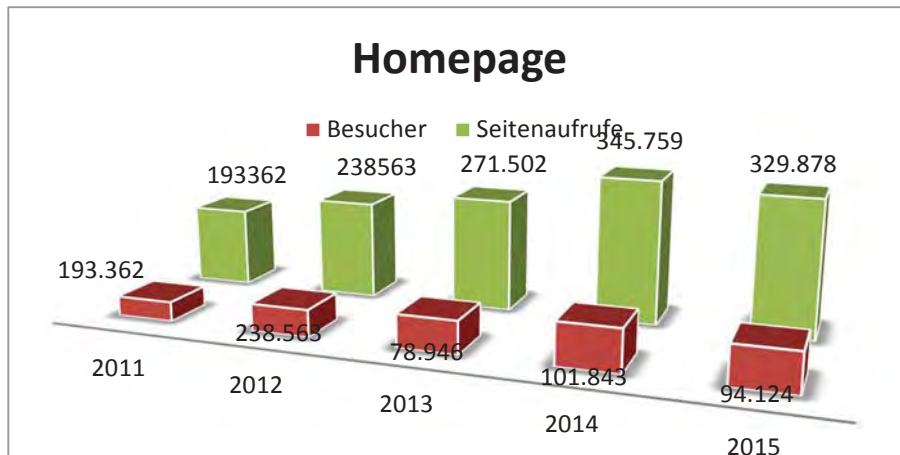
- Vorbereitung des Projektantrags „Wanderwelt der Zukunft – Eifelspuren & Eifelschleifen“ => erfolgreiche Prämierung durch das NRW-Wirtschaftsministerium im November 2015, Unterstützung bei der Formulierung des Förderantrags an die Bezirksregierung Köln
- Beratungen mit den Projektverantwortlichen des GästeTickets Erlebnisregion Nationalpark Eifel mit dem Ergebnis der Einführung der GästeCard zum 01.01.2016. Zusätzliche Informationsveranstaltungen für Gastgeber und Ausflugsziele. ÖPNV-Schulung für Gastgeber.
- Fachliche und inhaltliche Unterstützung bei beiden LEADER-Antragsstellungen Eifel und Zülpicher Börde.
- Vorbereitung des LEADER-Projektes „Nachfolge im Beherbergungsgewerbe“
- Mitarbeit beim Framework-Prozess der Eifel Tourismus GmbH mit dem Ziel eines Relaunchs von www.eifel.info unter Berücksichtigung einer ansprechenden Darstellung der Teilregionen
- Gespräche mit folgenden Unternehmen bezüglich Kooperation / Sponsoring: Regionalverkehr Köln, Kreissparkasse Euskirchen, Nordeifel Werkstätten, Kloster Steinfeld, Gemünder Brauerei, Thermen & Badewelt Euskirchen
- Jahresgespräche mit den Gesellschaftern Weilerswist, Blankenheim, Hellenthal, Nettersheim, Mechernich, Zülpich und Schleiden.
- Präsentation im Wirtschaftsförderungsausschuss der Gemeinde Dahlem bezüglich eines Gesellschafterbeitritts
- Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern in Bad Münstereifel bezüglich eines Gesellschafterbeitritts
- Präsentation des Tourismus- und Marketingkonzeptes 2015-2020 im Fachausschuss der Stadt Mechernich
- Anbieterwechsel für den Verleih von Pedelecs zu Fahrradferienland
- Mitarbeit am Prozess „Radkonzept Eifel“ der Eifel Tourismus GmbH
- Mitarbeit bei der Umsetzung des Förderprojektes „Crossing Nature“ der Kreise Düren und Euskirchen (aktuell: „freifahrt Eifel“)
- Vorbereitung des Wanderopenings 2016 in Vogelsang IP
- Vorbereitung eines Wettbewerbsbeitrags für den Naturpark-Wettbewerb 2016-2018
- Mitarbeit an der Bewerbung der Eifel Tourismus GmbH für den Wettbewerb „Modellregion für den Kulturtourismus im ländlichen Raum“
- Energieaudit in der Geschäftsstelle Kall und der Außenstelle in Gemünd

- Vorbereitung des Projektes Eifel-Trekking, Nordeifel Tourismus GmbH fungiert ab April 2016 als Buchungsstelle
- Initiierung einer Attraktivitätssteigerung des Nationalpark-Tors Gemünd mit Einrichtung der Sternenecke und der Installation einer Ranger-Stele in Kooperation mit der Nationalparkverwaltung

Statistische Erhebungen

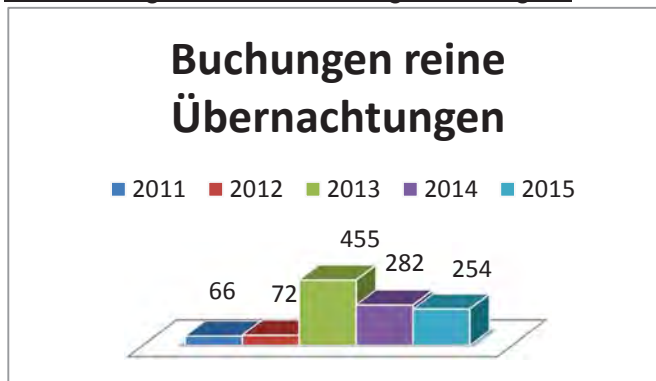
Entwicklung der Besucherzahlen auf der Homepage www.nordeifel-tourismus.de bis zum 31.12.2015 im Vergleich zu den Jahren 2011, 2012, 2013, 2014 und 2015 nach Besuchern und Seitenaufrufen:

Besucher und Seitenaufrufe:



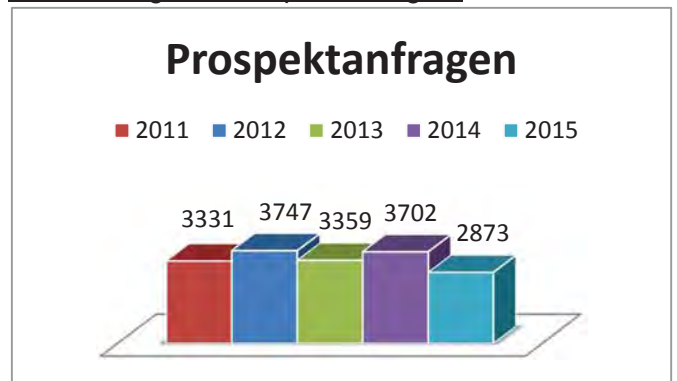
Eigene Erhebungen, Januar 2016

Entwicklung der Übernachtungsbuchungen:



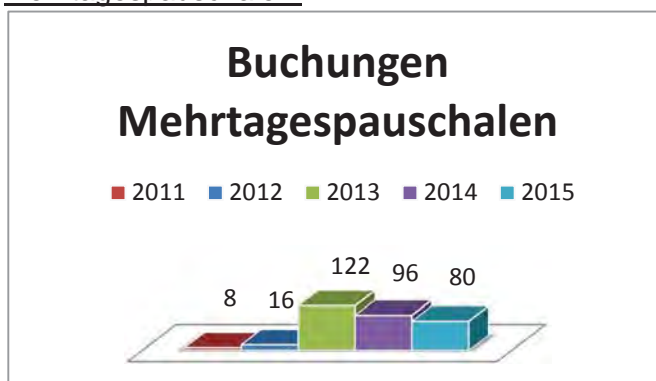
Eigene Erhebungen, Januar 2016

Entwicklung der Prospektanfragen:



Eigene Erhebungen, Januar 2016

Entwicklung der Buchungen von Mehrtagespauschalen:



Eigene Erhebungen, Januar 2016

Besucher des Nationalpark-Tors in Schleiden-Gemünd im Jahresvergleich 2013, 2014 und 2015

Monat	2013	2014	2015
Januar	1.194	1.630	1.031
Februar	1.228	1.618	1.389
März	2.131	2.718	2.174
April	4.563	3.668	3.285
Mai	4.006	3.895	4.543
Juni	3.643	4.176	3.840
Juli	5.083	4.501	4.187
August	5.363	6.546	5.222
September	3.917	4.667	3.537
Oktober	4.037	3.906	4.068
November	1.861	2.547	1.667
Dezember	1.639	1.259	1.527
Gesamt	38.665	41.131	36.470

Informations- und Reservierungssystem Deskline 3.0:

Deskline-Umsätze in 2012, 2013, 2014 und 2015 eifelweit und bei der Nordeifel Tourismus GmbH

		TOTAL			
		2012	2013	2014	2015
GESAMT		1.379.417	1.727.510	1.774.732	1.929.640
Accommodation Websites	Gesamt	30.029	68.288	107.106	142.613
GESAMT Portale		112.464	261.538	332.261	437.402
GESAMT Sonstige Vertriebswege		4.238	3.895	7.246	8.501
GESAMT TIs (ohne ET)		464.807	456.564	504.202	544.160
Eifel Tourismus GmbH	Gesamt*	767.879	937.615	824.003	796.964
	Expert Client	675.072	840.161	727.634	699.609
	Internet	92.816	97.455	96.367	96.456
Nordeifel Tourismus GmbH	Gesamt	105.211	125.238	108.329	71.520
	Expert Client	92.045	117.415	93.865	60.452
	Internet	13.164	7.822	14.464	11.069

Expert-Client: Buchungen der NeT an den Standorten in Kall und Gemünd und der Gemeinde Hellenthal in der TI Hellenthal

Internet: Direktbuchungen auf den Homepages der NeT und der Gesellschafter

Quelle: Eifel Tourismus GmbH, Februar 2016

Erläuterungen zu den Statistiken:

Die statistischen Erhebungen verdeutlichen, dass nach wie vor große Interesse von Gästen besteht, sich mittels Homepage und Broschüren der Nordeifel Tourismus GmbH sowie im Nationalpark-Tor in Gemünd über das touristische Angebot der Nordeifel zu informieren. Die Rückgänge bei der Homepagenutzung erklären sich damit, dass die Homepage nach dem Relaunch im Herbst 2014 von Google als neue Homepage bewertet worden ist und sich im Ranking entsprechend wieder „hocharbeiten“ musste. Aktuell hat die Homepage ihren alten Status, d.h. wie vor dem Relaunch erreicht. Für das Jahr 2016 ist mit deutlich steigenden Zugriffszahlen zu rechnen.

Zusätzliche Prospektanfragen könnten von der Geschäftsstelle in Kall aus bearbeitet werden, wenn alle Gesellschafter sämtliche Prospektanfragen nach Kall weiterleiten würden.

Im Buchungsgeschäft sind ebenfalls Rückgänge zu verzeichnen. Das hängt mit dem fortwährenden Trend zusammen, dass Gäste online bzw. direkt beim Gastgeber buchen. Leistungsträger vermarkten ihre Objekte zusehends stärker eigenständig auf unterschiedlichen Plattformen, so dass die Vermittlungstätigkeit der Tourismusorganisationen an Bedeutung verlieren wird. Eine weitere wichtige Ursache für den deutlichen Rückgang der Buchungen ist, wie bereits beschrieben, mit dem Relaunch von www.nordeifel-tourismus.de zu begründen. Für 2016 prognostiziert die Geschäftsführung wieder steigende Buchungszahlen. Dieser Trend lässt sich nach den ersten drei Monaten 2016 bereits ablesen.

Weitere Entwicklungen

Seit dem Jahr 2011 bieten die Nordeifel Tourismus GmbH und das STARTERCENTER NRW Kreis Euskirchen touristischen Betrieben erfolgreich die Beratungstage an. Ein Anlass für dieses Angebot sind auch die Entwicklungen, dass zahlreiche touristische Übernachtungsbetriebe in den nächsten Jahren aufhören und ihren Betrieb einstellen. Zudem überlegen zahlreiche Haus- und Wohnungseigentümer, ihre bislang privat genutzten Immobilien, zukünftig an Gäste zu vermieten. Im Rahmen beider Entwicklungen – Betriebsnachfolge und Existenzgründung – ergeben sich zahlreiche Fragen und ein großer Beratungsbedarf auf dem Weg in die Selbständigkeit.

Seit Anfang 2014 werden aufgrund der hohen Nachfrage sechs Beratungstage pro Jahr angeboten. Das Konzept wurde seit Anfang 2015 erweitert um die Zielgruppe der bereits aktiven Leistungsträger, die sich im Bereich Zielgruppenorientierung, Vermarktung, aber auch Qualität beraten lassen können, um ihre Betriebe zu optimieren. Es sei angemerkt, dass neben den Beratungstagen in dem Zeitraum weitere individuelle Termine mit touristischen Leistungsträgern stattgefunden haben.

Jahr	Anzahl der Beratungstermine	Tatsächliche Betriebsgründungen
2011	17	7
2012	23	11
2013	24	13
2014	27	15
2015	33	14
Gesamt	124	60

Eigene Erhebungen, Januar 2016

Vertrieb

Die Anzahl der **Vertriebsstellen**, in denen das Prospektmaterial der Nordeifel Tourismus GmbH angeboten wird, hat sich bis Dezember 2015 auf **160 Stellen** ausgeweitet. Inbegriffen sind neben den Tourist-Informationen, Sehenswürdigkeiten und Freizeiteinrichtungen in der Region auch zahlreiche Stellen in den Quellmärkten der Gäste. Beispiele sind die Kundencenter der ASEAG Aachen, Dürener Kreisbahn und RVK, der Sängershof in Meckenheim, die Schlösser Brühl, aber auch die beiden Globetrotter-Stores in Köln und Bonn. Neu hinzugekommen sind die Thermen & Badewelt Euskirchen und die Anlaufstellen der Nordeifel Werkstätten.

Im Bereich der Kundenbindung ist noch die Entwicklung der **Newsletterabonnenten** über **2.800** im Dezember 2015 erwähnenswert. Auch die Anzahl der **Facebook-Fans** wächst stetig auf derzeit über **1000**.

Die Geschäftsführung beurteilt den Geschäftsverlauf insgesamt als positiv.

3. Lage

Berichterstattung gemäß § 108, Abs. 2, Nr.2 GO NRW

Gemäß § 108, Abs. 2, Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden.

Gegenstand der Nordeifel Tourismus GmbH ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung für den Kreis Euskirchen und seine kommunalen Gesellschafter. Bislang fehlen noch die Kommunen Bad Münstereifel und Dahlem.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben (sowohl bei Entwicklung wie bei Service) anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Der Nordeifel Tourismus GmbH obliegen insbesondere die Aufgaben einer Touristischen Arbeitsgemeinschaft, so dass es sich bei der touristischen interkommunalen Vermarktung um eine originäre kommunale Aufgabe handelt. Der vom Gesetzgeber geforderte öffentliche Zweck wird erfüllt.

a) Ertragslage

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt überwiegend durch die beteiligten Kommunen Blankenheim, Euskirchen, Hellenthal, Kall, Nettersheim, Mechernich, Schleiden, Zülpich, Weilerswist und dem Kreis Euskirchen. Der Anteil der Finanzierung an den gesamten Erträgen betrug 2015 66,83 % (Vorjahr 64,02 %).

Die Zuschüsse der Gesellschafter werden in das Eigenkapital eingestellt. Im Geschäftsjahr zahlten die Gesellschafter 439.200 € ein (Vorjahr 417.150 €).

Ziel der Nordeifel Tourismus GmbH ist es, die Erträge – soweit möglich – kontinuierlich zu steigern und neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

Die Umsatzerlöse (ohne Gesellschafterfinanzierung) betragen 2015 217.974,80 € (Vorjahr 234.458,74 €).

Der geringfügige Rückgang der Umsatzerlöse erklärt sich aus weniger verkauften Pauschalen und Zimmerreservierungen in 2015.

	2014	Wirtschaftsplan 2015	2015
Umsatzerlöse	234.458,74 €	211.750,00 €	217.974,80 €
Sonstige betriebliche Erträge inkl. Zinsen	11.156,15 €	800,00 €	16.023,54 €
Betriebsleistung	245.614,89 €	212.550,00 €	233.998,34 €

Die Betriebsleistung konnte gegenüber dem Wirtschaftsplan 2015 erhöht werden.

Wesentliche Erlöse kamen aus Anzeigen, Buchungen über Deskline 3.0, dem Verkauf von Arrangements, durch Verkäufe im NLP-Shop sowie den Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen ist ein Zuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen zur Projektförderung „Nordeifel – Kultur bei Nacht“ enthalten. Dieser Zuschuss wurde zum einen den betrieblichen Partnern zur Verfügung gestellt, zum anderen für das Marketing der Nordeifel Tourismus GmbH genutzt.

Diesen Erlösen stand folgender Aufwand gegenüber:

	2014	Wirtschaftsplan 2015	2015
Personalaufwand	367.014,49 €	371.400,00 €	351.820,86 €
Abschreibungen	12.325,95 €	19.000,00 €	16.103,12 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	285.260,11 €	261.350,00 €	308.900,51 €
Aufwendungen für Betriebsleistung	664.600,55 €	651.750,00 €	676.824,49 €
Betriebsergebnis	-418.985,66 €	-439.200,00 €	-442.826,15 €
Steuern vom Einkommen + sonstige Steuern	-17,17 €	0,00 €	-94,00 €
Jahresfehlbetrag	-419.002,83 €	-439.200,00 €	-442.920,15 €

Die Personalaufwendungen sind um 19.579,14 € niedriger als im Wirtschaftsplan, resultierend aus dem Nichtannehmen einer geplanten Midijobstelle befristet bis 30.06.2015.

Die Abschreibungen sind um 2.896,88 € niedriger als im Wirtschaftsplan.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Wirtschaftsplan um 47.550,51 € höher ausgefallen.

Dazu beigetragen haben im Wesentlichen das in 2015 erstellte Marketingkonzept, die Auszahlungen des Förderprojektes „Kultur bei Nacht“ an die einzelnen Projektteilnehmer, Mietkosten für die Verleihung der Pedelecs im NLP-Tor und die Abwicklung des Gästetickets. Weiterhin haben sich im Jahr 2015 die Kosten für die Reinigung des NLP-Tores, EDV-Einrichtungskosten sowie die Kosten für die Buchführung erhöht.

Insgesamt beträgt das Betriebsergebnis -442.920,15 € (Wirtschaftsplan -439.200 €).

b) Finanzlage

Der Zahlungsmittelbestand hat sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahrs von 60.472,54 € auf 81.366,05 € erhöht.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31.12.2015 2.898,83 € (Vorjahr 6.772,71 €).

Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Die flüssigen Mittel betragen mit 81.366,05 € rund 60 % der Bilanzsumme.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) zeigt auch im Jahr 2015 keine gravierenden Änderungen.

Im Anlagevermögen stehen den Zugängen von 4.209,12 € laufende Abschreibungen in Höhe von 16.103,12 € gegenüber. Abgänge fanden in 2015 nicht statt, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag noch 41.290,00 € beträgt.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ist mit 62,5 % gut.

Die Lage des Unternehmens ist abhängig von den kommunalen Gesellschafterzuschüssen sowie vom operativen Geschäft.

Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage des Unternehmens als für die Geschäftstätigkeit angemessen bezeichnet werden.

D) Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzrendite und Cash-Flow. Der Cash-Flow beträgt im Jahr 2015 TEUR -414 (Vorjahr TEUR -398).

Die Umsatzrendite beträgt im Geschäftsjahr 2015 -203,20 % (Vorjahr -178,71 %).

Zum Ausgleich des negativen Cash-Flow erfolgt eine Finanzierung aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter.

III. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ergeben.

IV. Prognosebericht

Der im Herbst 2015 beschlossene Wirtschaftsplan für das laufende Jahr 2016 weist für das laufende Wirtschaftsjahr einen prognostizierten Verlust in Höhe von 447.500 €, auf. Dieser wird laut Gesellschafterbeschluss vom Herbst 2015 durch die kommunalen Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlage bis zum Deckelungsbetrag in Höhe von 20.000 € finanziert. Die Restsumme wird durch den Gesellschafter Kreis Euskirchen finanziert. Hierzu liegt ein Kreistagsbeschluss vom 16. Dezember 2015 vor.

Ziel der Geschäftsführung ist es, die definierten Aufgaben im Rahmen des durch den Gesellschaftervertrag festgelegten Deckelungsbetrages zu erfüllen. Gleichmaßen sollen die initiierten Marketing- und Vertriebsaktivitäten zur weiteren Steigerung der Umsatzerlöse beitragen. Das Jahr 2016 wird geprägt von zahlreichen Projekten, wie z.B. der „Wanderwelt der Zukunft“ und weiteren Projekteinreichungen zum EU-Förderprogramm LEADER in den Gebieten Eifel und Zülpicher Börde. Zudem ist die Nordeifel Tourismus GmbH intensiv in das Radkonzept Eifel eingebunden und bei positivem Jurybescheid auch Projektpartner des Naturparks Nordeifel im Rahmen des Wettbewerbs „Naturpark des Jahres 2016-2018.“

Als konzeptionelle Grundlage dient das im Herbst 2015 verabschiedete Tourismus- und Marketingkonzept 2015-2020, das Handlungsempfehlungen enthält, die von der Geschäftsstelle in Form von konkreten Maßnahmen operationalisiert werden und mit Zeitschiene und Budget hinterlegt werden.

Im Bereich des Marketings sind zahlreiche Außenpräsentationen sowohl in aber auch außerhalb der Region in den Quellmärkten vorgesehen. Durch die im Marketingplan definierten Maßnahmen sind positive Effekte in Bezug auf den Bekanntheitsgrad der NeT und ihrer Produkte zu erwarten. Weiterhin wird die permanent optimierte Homepage der Nordeifel Tourismus GmbH für weitere spürbare Effekte sorgen. Einen weiteren Aufschwung im Marketing wird durch die GästeCard Erlebnisregion Nationalpark Eifel erwartet.

Wichtige Basis für die Steigerung der Gäste- und Übernachtungszahlen ist die Kooperation innerhalb der Erlebnisregion Nationalpark Eifel mit den Partnern Rureifel-Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V., mit dem NRW Tourismus e.V., der Eifel Tourismus GmbH und nicht zuletzt die Zusammenarbeit mit den touristischen Akteuren in der Region.

Bezüglich der Gastronomie- und Übernachtungsbetriebe bestehen nach wie vor berechtigte Sorgen dahingehend, dass zahlreiche Betriebe, darunter auch strategisch bedeutsame Schlüsselbetriebe, vor der Problemstellung der Nachfolgeregelung stehen und/oder aus anderen Gründen eine Betriebsaufgabe droht. Ebenso problematisch sind die mitunter enormen Investitionsstaus in gewerblichen Betrieben. Diese Situation trifft die Nordeifel Tourismus GmbH in besonderem Maße, da sie ohne funktionierende Leistungsträger in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird, z.B. in der Produktentwicklung und in der Gesamtvermarktung für die Region. Die privaten Leistungsträger bilden die wichtigste Basis für die Aufgabenerfüllung der NeT und tragen in erheblichem Maße zur Wertschöpfung im Wirtschaftsfaktor Tourismus bei. Angestrebt wird daher eine Qualitätsoffensive zur Stärkung und zum Erhalt der Betriebe. Konkret soll dies auch mit dem Aufbau der Tourismusakademie Nordeifel über das LEADER-Programm gelingen. Geplant ist ein modulartig aufgebautes Schulungsprogramm. Dieser Schritt verdeutlicht die perspektivische Funktionsverlagerung der Nordeifel Tourismus GmbH mehr und mehr in Richtung Qualifizierung und Beratung.

Um das Wanderwegenetz und die touristischen Akteure für die Zukunft fit zu machen, wird das Projekt „Wanderwelt der Zukunft“ durch den Kreis Euskirchen umgesetzt. Die Projektstelle wird in der Geschäftsstelle der Nordeifel Tourismus GmbH eingerichtet, um Synergieeffekte ausnutzen zu können.

Weiteres Entwicklungspotenzial sieht die Geschäftsführung in dem Gesellschafterbeitritt der Stadt Bad Münstereifel, der beschlossen ist und möglichst zum 01. Juni 2016 erfolgen soll.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt zum überwiegenden Teil (ca. 67 %) aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter, die teilweise als finanzschwache Kommunen durch Haushaltssicherungskonzepte eingeschränkt sind.

Durch die am 08.09.2015 vom Finanzamt Aachen angeordnete steuerliche Außenprüfung mit dem Prüfungsinhalt der Dauerverlusttätigkeit der Nordeifel Tourismus GmbH könnten auf die Gesellschafter zusätzliche finanzielle Aufwendungen zukommen. Das Prüfverfahren dauert derzeit noch an. Sobald neue Erkenntnisse vorliegen, werden die Gesellschafter umgehend informiert.

Seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Jahr 2009 ist die Nordeifel Tourismus GmbH dauerdefizitär. Verluste wurden stets über Gesellschaftereinlagen aus Mitteln der kommunalen Haushalte ausgeglichen. Die Finanzierung könnte somit auch gegen das EU-Beihilfeverbot im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV verstoßen. Nach Abschluss des o.g. Steuerprüfverfahrens ist zu klären, ob die Tatbestandsmerkmale durch Betrauungsakt oder EU-Notifizierung der Beihilfen bei der Europäischen Kommission behoben werden können. Mögliche Rückforderungsansprüche könnten zu bestandsgefährdenden Risiken führen.

Im siebten Jahr der Geschäftstätigkeit der Nordeifel Tourismus sind die Umsatzerlöse auf dem Vergleich zu 2014 leicht zurückgegangen. Bemühungen zum Erhalt bzw. zur Steigerung werden fortgesetzt.

Die Gesellschafterversammlung der Nordeifel Tourismus GmbH muss sich bewusst sein, dass die im Fünfjahresplan des Wirtschaftsplanes festgesetzten Gesellschafterzuschüsse zukünftig nicht mehr ausreichen werden. Nach einer ersten Beratung zu dem Thema in der 20. Gesellschafterversammlung im Herbst 2015 wird sich das Gremium in 2016 erneut mit der zukünftigen Finanzierung der Gesellschaft befassen.

Gravierende Kosteneinsparungen sind nicht möglich, ohne dass die Gesellschaft Gefahr läuft, ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können. Unabhängig von einer Kostensteigerung des laufenden Betriebs werden sich durch den Beitritt der Stadt Bad Münstereifel automatisch finanzielle Mehraufwände in diversen Positionen (Porto, Reisekosten, Gebühren für Deskline-Lizenzen, Bürobedarf, sonstige betriebliche Aufwendungen und Marketing) des Wirtschaftsplans ergeben. Bei einem Gesellschafterbeitritt der Gemeinde Dahlem würde sich dies nochmals verstärken.

Zugleich sind Anpassungen bei der Gehaltsstruktur der Belegschaft notwendig.

2. Chancenbericht

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat einen erfolgreichen Umsetzungsprozess hin zum Tourismus-Service-Center (TSC) absolviert. Auch die Betriebsübernahme des Nationalpark-Tors Gemünd ist dabei als erfolgreicher Schritt zu betrachten. Größere Flexibilität (insbesondere bezüglich personeller Ressourcen) würde sich ergeben, wenn weitere Tourist-Informationen durch die NeT geführt würden. In diesem Zusammenhang wird auf Gespräche mit einer weiteren Kommune hingewiesen. Allerdings würden auch die Verantwortungsbereiche gleichermaßen zunehmen und die Managementressourcen in der Geschäftsstelle neu definiert werden müssen. Die Kooperation mit den übrigen Tourist-Informationen im Gesellschafterraum funktioniert gut und sollte weiter intensiviert werden.

Die drei schwerpunktmäßig verfolgten Produktleitlinien aus dem im Jahre 2010 verabschiedeten Marketingkonzept wurden überprüft, für weiterhin zukunftsfähig bewertet und nehmen somit im Konzept für die Periode 2015-2020 wieder eine entscheidende Rolle ein.

Auch mit der Umsetzung des Projektes „Wanderwelt der Zukunft“ erhofft sich die NeT, die Region beim wichtigsten Thema der Eifel – Wandern -, noch besser am Markt platzieren zu können und Wettbewerbsvorteile zu erlangen.

Im Bereich Radfahren wird derzeit ein eifelweites Radkonzept erarbeitet. Ziel ist es, das Thema weiter in den Quellmärkten auszubauen und die Eifel als fahrradfreundliche Destination mit einem Angebot für unterschiedliche Zielgruppen zu etablieren.

Mit der Schaffung nachhaltiger Tourismusinstrumente, z.B. der Einführung der GästeCard ab 2016, sollen weitere Anreize geschaffen und der Wirtschaftsfaktor Tourismus gestärkt werden.

Neu geschaffene Veranstaltungskonzepte wie „Zu Gast in der eigenen Heimat“ und „Nordeifel – Kultur bei Nacht“ bereichern das kulturelle Angebot und werden sich im dritten Durchführungsjahr 2016 weiter etablieren.

Zur Stärkung des Binnenmarketings und zum Austausch der touristischen Leistungsträger wurde unter dem Motto „NeTWorking Nordeifel“ im Februar 2016 ein regionales Netzwerk-Treffen wiederholt, das fortan als regelmäßige Veranstaltung vorgesehen und weiterentwickelt wird.

Mit den Projekten „Vogelsang IP“, „Thermen & Badewelt Euskirchen“, dem „Gartenschaupark Zülpich“, den touristisch Inwert gesetzten römischen Relikten“, dem Zugpferd Nationalpark Eifel und dem Thema „Nachterlebnis in der Sterneregion Nationalpark Eifel“ werden weitere neue Angebote geschaffen, so dass die Aussichten als positiv bewertet werden können.

Weiteres Entwicklungspotenzial liegt im Gesellschafterbeitritt der Stadt Bad Münstereifel zum 01. Juni 2016.

3. Gesamtaussage

Der Nordeifel Tourismus GmbH ist es in den ersten sieben Jahren ihrer Existenz gelungen, sich gut aufzustellen und den Bekanntheitsgrad der Tourismus- und Erlebnisregion Nordeifel zu erhöhen. Sie bietet aktuell eine Vielzahl starker Produkte und Angebote in den Produktleitlinien Aktiv, Kulturelle Höhepunkte und Familienspaß. Diese sollten weiterentwickelt und ansprechend wie ideenreich vermarktet werden. Zugleich sollte es ein Ziel der Arbeit in den nächsten Jahren sein, die in dem Konzept dargestellten Chancenfelder „Nachhaltigkeit“ und „Qualifizierung & Beratung“ sukzessive mit innovativen Projekten und Angeboten zu bespielen. Dabei muss der Schaffung eines klaren Profils (nach innen wie nach außen) sowie einer eindeutigen Positionierung zu den genannten Kernthemen weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden. Immer stärker wird die Nordeifel Tourismus GmbH zudem eine beratende Funktion übernehmen, beispielsweise hinsichtlich der Qualifizierung der regionalen Akteure. Sie sollte sich ihrer neuen Rolle und den damit verbundenen Aufgaben und Herausforderungen stellen und diese aktiv im Sinne der Netzwerkbildung und gemeinsamen Profilierung und Vermarktung der Nordeifel nutzen. Der nach innen gerichtete Leitbildprozess könnte auf diesem Weg ein Schlüssel zum Erfolg sein.

Akteure zu motivieren und zu gewinnen wird daher die Kernaufgabe der Nordeifel Tourismus GmbH sein. Eine Tourismusorganisation ist in zahlreichen Belangen von Entscheidungen Dritter abhängig. Sie wird daher immer nur so erfolgreich arbeiten können, wie auch die Leistungsträger (Betriebe aus Gastronomie und Hotellerie sowie weitere touristische Partner) sich qualitativ weiterentwickeln und für eine Zusammenarbeit mit der NeT gewonnen werden können. Gleiches gilt für die Entwicklung der touristischen Infrastruktur, die entsprechend der Gästewünsche stetig angepasst und optimiert werden muss.

Voraussetzung zur Erfüllung sämtlicher Aufgabenbereiche ist eine hohe Kooperationsbereitschaft, das Überwinden von „Kirchturmdenken“ und eine uneingeschränkte, vertrauensvolle Unterstützung durch die Gesellschafter und Sponsoren.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Darüber hinaus erfolgt die Finanzierung durch Gesellschafterzuschüsse.

Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

VII. Bericht über die Zweigniederlassungen

Seit dem 01.01.2013 betreibt die Nordeifel Tourismus GmbH das Nationalpark-Tor in Gemünd. Die Betriebsführung erfolgt per Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden. Dieser Entwicklungsschritt bedeutete zusätzlichen Kompetenzaufbau im Counterbereich.

Die Tourist-Information im Nationalpark-Tor erhielt im Oktober 2013 die sog. i-Marke, ein Qualitäts- und Servicesiegel, das der Deutsche Tourismus Verband nach einem umfangreichen unangekündigten Qualitätscheck an touristische Informationsstellen vergibt. Bemerkenswert ist das hervorragende Ergebnis der Zertifizierung mit 108 von 120 möglichen Punkten. Damit liegt das Nationalpark-Tor sowohl über dem Bundes- als auch über dem Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Mit dem Personalwechsel der Nationalpark-Tor-Leiterin von Kall nach Gemünd wanderten auch die Aufgabenbereiche Pauschalarrangementabwicklung, Familienspaß und teilweise Betriebsberatung mit nach Gemünd.

Die Umsatzerlöse im Nationalpark-Tor wurden gemäß Wirtschaftsplan auf 169.500 € prognostiziert, im Ergebnis wurden 148.784,31€ erreicht.

Kall, den 29. März 2016

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Iris Poth', with a stylized, cursive script.

Iris Poth
Geschäftsführerin

BILANZ zum 31. Dezember 2014

Rheinisches Studieninstitut Studieninstitut, 50996 Köln

AKTIVA		31.12.2014	31.12.2013	PASSIVA	
		Euro	Euro		
A. Anlagevermögen				A. Kapital	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				1. Anfangskapital	1.022.699,74
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				2. Jahresertrag	233.095,81
					575.589,98
II. Sachanlagen				B. Rückstellungen	
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		72.594,00	87.872,00	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	670.773,00
				2. sonstige Rückstellungen	192.522,67
					853.295,67
B. Umlaufvermögen				C. Verbindlichkeiten	
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	295.250,10
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		290.318,42	80.953,00	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: Euro 295.250,10	
2. sonstige Vermögensgegenstände		0,00	176,78	(Euro 48.730,82)	
		290.318,42	81.129,78	2. sonstige Verbindlichkeiten	43.757,57
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		1.312.951,24	1.081.347,00	- davon aus Steuern Euro 6.124,01 (Euro 4.439,15)	
				- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 0,00 (Euro 4.101,11)	
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: Euro 43.757,57	
				(Euro 141.658,49)	
		1.675.853,66	1.850.348,78		1.675.853,66
					1.850.348,78

Anlage 2 Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	<u>2.552.202,54</u>	<u>2.660.178,70</u>
2. Gesamtleistung	2.552.202,54	2.660.178,70
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,00	23.345,00
b) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>5.704,28</u> 5.704,28	<u>1.335,30</u> 24.680,30
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	64.190,90	69.960,20
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.475.051,77</u> 1.539.242,67	<u>1.591.860,93</u> 1.661.821,13
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	313.417,44	249.448,51
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>92.967,84</u> 406.385,28	<u>78.853,59</u> 328.302,10
- davon für Altersversorgung Euro 32.104,62 (Euro 26.617,06)		
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	29.733,48	64.406,45
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen		
aa) Raumkosten	503.741,03	485.658,31
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	31.642,92	34.388,49
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	15.425,07	21.030,46
ad) Werbe- und Reisekosten	73.510,62	80.048,80
ae) verschiedene betriebliche Kosten	196.961,46	202.652,55
b) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>1.050,00</u> 822.331,10	<u>36.290,94</u> 860.069,55
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>6.689,90</u>	<u>15.706,29</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	233.095,81-	214.033,94-
10. Jahresfehlbetrag	<u>233.095,81</u>	<u>214.033,94</u>

Bilanz zum 31.12.2015

Seite 286

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		0,00	866.410,00
2. sonstige betriebliche Erträge		49.490,82	48.236,91
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für unerschlossene Grundstücke	0,00		-979.420,77
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>0,00</u>	0,00	-13.924,33
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-5.400,00		-5.400,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-1.641,04</u>	-7.041,04	-1.627,56
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-207,00	-251,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		-59.858,10	-55.636,62
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	64,16
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon aus Aufzinsung EUR -87,41		-455.381,40	-444.280,83
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-472.996,72	-585.830,04
10. sonstige Steuern		-26.196,66	-25.721,77
11. Erträge aus Verlustübernahme - davon aus Abzinsung EUR -463,26		1.284.583,91	1.153.221,66
12. Jahresüberschuss		785.390,53	541.669,85
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-795.390,53	-1.337.060,38
14. Bilanzverlust		<u>-10.000,00</u>	<u>-795.390,53</u>

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015



1. Überblick über den Geschäftsverlauf

1.1. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der 2009 gegründeten LEP-AöR ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen

- die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen,
- die Grundstücke zur Baureife entwickeln,
- die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern,
- alle hiermit zusammenhängenden oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z.B. Finanzierung, Erschließung, Tausch, Verpachtung, Vermietung, Bestellung von Erbbaurechten, Regionalmarketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der Infrastruktur, Beratung ansiedlungswilliger Unternehmen).

Am 25.06.2009 haben das Land Nordrhein-Westfalen, die Trägerkommunen und die LEP-AöR die „Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen / Weilerswist“ (nachfolgend Vereinbarung NRW genannt) abgeschlossen.

Nach § 5 der Vereinbarung NRW begleitet ein Projektbeirat, bestehend aus Vertretern der Trägerkommunen und des Landes NRW, das Vorhaben. Nach § 4 Abs. 3 der Vereinbarung NRW übernimmt das Land zur Absicherung der Darlehen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 60 % der Projektkosten, maximal 25 Millionen Euro zugunsten der LEP-AöR.

1.2. Rahmenbedingungen

1.2.1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Rechte und Pflichten der LEP-AöR und ihrer Organe ergeben sich aus

- der Unternehmenssatzung vom 28.04.2009 (geändert am 26.08.2011),
- der Vereinbarung NRW,
- den §§ 27 und 28 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG), § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und die gemäß Abs. 11 anzuwendenden §§ 14 Abs. 1, 31, 74, 75 Abs. 1, 77, 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils aaO.
- der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung — KUV)
- dem dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB), das gemäß § 114a Abs. 10 der GO NRW und § 20 Abs. 2 der KUV anzuwenden ist.

1.2.2. Eigentumsverhältnisse

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2015 waren ca. 119 ha der LEP-Fläche im Eigentum der LEP-AöR. Im Berichtszeitraum wurden in der Gemarkung Großbüllesheim ein 1,21 ha großes Grundstück und ein 2,43 ha entsprechender Miteigentumsanteil an einem Grundstück in der Gemarkung Wüschheim erworben. Zusammen mit den ca. 23 ha im Eigentum der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist stehenden Flächen können damit ca. 146 ha für Ansiedlungen zur Verfügung gestellt werden. Alle Grundstücke werden weiterhin als Ackerland bewirtschaftet.

1.3. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Grunderwerb

Seit 2014 wird versucht, zunächst die Flächen der LEP-AöR im Zentrum des Gebietes zu arrondieren. Grundsätzlich mitwirkungsbereite Eigentümer fordern allerdings Ersatzland statt der Entschädigung in Geld. Geeignete Ersatzlandflächen außerhalb des LEP-Gebietes konnten auch im Jahre 2015 nicht erworben werden. Offensichtlich aus Gründen der stark gesunkenen Renditen für übliche Geldanlagen ist eine erheblich gestiegene Nachfrage nach Grundstücken, insbesondere auch landwirtschaftlich genutzten Flächen in der Umgebung festzustellen. So wurde in mehreren Fällen (in einem Fall für 36 ha) das Erwerbsangebot der LEP-AöR überboten. Zwar sind die von der LEP-AöR angebotenen Kaufpreise auch weiterhin ausreichend, Ersatzland in gleicher Größe zu beschaffen. In der Vergangenheit konnten die Eigentümer jedoch regelmäßig Flächen in der doppelten Größe der abgegebenen Fläche erwerben. Die verbliebenen Eigentümer fordern aus ihrer Sicht noch bessere Tauschverhältnisse (dreifache Fläche). Wir erwarten künftig eine erschwerte Verhandlungslage.

Im Jahr 2015 wurde im südlichen Bereich ein ca. 1,21 ha großes Grundstück in der Gemarkung Großbüllesheim und im nördlichen Bereich der ca. 2,43 ha entsprechende Miteigentumsanteil an einem Grundstück in der Gemarkung Wüschheim erworben.

Der Eigentümer eines ca. 6,80 ha großen Grundstücks im südlichen Bereich hat sich inzwischen grundsätzlich bereit erklärt, sein Grundstück gegen eine Fläche der LEP-AöR im nördlichen Bereich zu tauschen. Den Vertragsabschluss erwarten wir im Laufe des Jahres 2016.

Bodenordnung

Der Rat der Stadt Euskirchen hat in seiner Sitzung am 28.05.2013 die Durchführung einer Umlegung angeordnet. Die im Umlegungsgebiet betroffenen Fremdeigentümer wurden sowohl von der LEP-AöR als auch von der Stadt Euskirchen angeschrieben und über das Verfahren grundsätzlich informiert. Ferner wurden entsprechend den Vorgaben des Umlegungsverfahrens mit den betroffenen Eigentümern von der Stadt Euskirchen Gespräche zu Mitwirkungsbereitschaft bei einer Umlegung und die Bereitschaft zu einem freihändigen Erwerb geführt.

Seit Mitte 2014 werden mit 4 Eigentümern, die im südlichen Teil der LEP-Fläche insgesamt ca. 19,7 ha Fläche besitzen, Gespräche im Zusammenhang mit der Anordnung der Baulandumlegung unter Beteiligung der LEP-AöR geführt. Alle Eigentümer erklärten, sich nicht grundsätzlich gegen eine großflächige Industrieansiedlung sperren zu wollen. Die LEP-AöR hat deshalb allen Beteiligten verschiedene Kauf- und Tauschangebote unterbreitet. Mit einem der betroffenen Eigentümer steht eine Einigung zu einem Tausch mit einem Grundstück der LEP-AöR im nördlichen Gebiet in Aussicht. Diese Entwicklung lässt erwarten, die aufwendige und langwierige Umlegung noch abwenden zu können.

Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans

Die aktuellen Festlegungen des Landesentwicklungsplans erschweren die Vermarktung einer großflächigen Industrieansiedlung erheblich. In ihrer Stellungnahme vom 02.04.2014 zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans hat die LEP-AöR vorgeschlagen, soweit auf Flächenmindestgrößen nicht ganz verzichtet werden kann, diese als Orientierungsgröße zu formulieren; derartige Werte sollten in Zukunft flexibel gehandhabt werden können. Auch die mit der Vermarktung der Fläche federführend beauftragte NRW.INVEST hatte aufgrund ihrer Erfahrungen in ihrer Stellungnahme dringend eine Anpassung der Vorschriften des LEP an die zu erwartenden Nachfrageverhältnisse vorgeschlagen.

Die Landesregierung ist in ihren Beschlüssen vom 28.04. und 23.06.2015 diesen Anregungen zur Erleichterung der Vermarktung der Fläche leider nicht gefolgt.

Am 23.09.2015 hat die Staatskanzlei den fortgeschriebenen Entwurf zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes bekanntgemacht und Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 15.01.2016 gegeben.

Die vom Verwaltungsrat entsprechend dem Vorschlag des Vorstandes in seiner Sitzung am 03.12.2015 beschlossene Stellungnahme, der der Projektbeirat am gleichen Tage zustimmte, wurde der Staatskanzlei fristgerecht vorgelegt.

Am 11.01.2016 fand in der Staatskanzlei unter Teilnahme von NRW.INVEST sowie des Vorstandes der LEP-AöR ein Erörterungsgespräch statt. Als Ergebnis des Gespräches hat der Vorstand der LEP-AöR in seinem Anschreiben vom 14.01.2016 zur Übermittlung der Stellungnahme der LEP-AöR weitere Anregungen (z. B. Mindestarbeitsplatzanzahl, Arbeitsplatzdichte, Gleichwertigkeit des Vorhabenverbundes und arbeitsplatzintensive Unternehmen, vorzugsweise solche industrieller Prägung oder produktionsnah) vorgetragen.

Da der neue Landesentwicklungsplan die Entwicklungen bis zum Jahr 2030 berücksichtigen soll, also deutlich über den zeitlichen Rahmen des Auftrages der LEP-AöR hinaus, werden die Erfolgsaussichten unserer Ansiedlungsbemühungen wesentlich von einer Berücksichtigung unserer Anregungen im neuen Landesentwicklungsplan abhängen.
Die Entscheidung des Landtages wird noch in dieser Legislaturperiode (bis 2017) erwartet.

Vermarktung

Trotz zahlreicher Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene hat NRW.INVEST auch in 2015 keinen Vermarktungserfolg hinsichtlich der LEP-Fläche „PrimeSite Rhine Region“ erreichen können. In den Sitzungen des Verwaltungsrates und des Projektbeirates am 11.05. und 03.12.2015 wurde beschlossen, in Abstimmung mit NRW.INVEST neue Vermarktungsstrategien anzugehen.

Unter Beteiligung der LEP-AöR hat NRW.INVEST Projektentwickler, die größere Vorhaben bereits realisiert haben, zu Austauschgesprächen hinsichtlich der Möglichkeiten der Vermarktungsoptimierung und konkreter Unterstützung eingeladen. Ergebnis war, dass mit 2 Kontaktpartnern vertiefende Gespräche in 2016 angestrebt werden.

Seit Mitte 2015 finden auf Initiative der Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen Arbeitsgespräche zwischen NRW.INVEST, AGIT (Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer), IRR (Innovationsregion Rheinisches Revier), Kreis Euskirchen, LEP-AöR und jeweils hinzu geladenen Dritten zur Zusammenarbeit bei der Vermarktung statt. Die AGIT hat ihre konkrete Unterstützung zugesagt. Die IRR hat in einem Ideenwettbewerb mit 75 eingereichten Anträgen einen entsprechenden Projektantrag des Kreises Euskirchen als eines von 10 Starterprojekten (Projekte mit Entwicklungsschwerpunkt wirtschaftlicher Entwicklungsfelder) eingestuft. Mit Vertretern der RWTH Aachen, Lehrstuhl für Produktionsmanagement, wird im Rahmen des Themas „Proaktive Fabrikplanung“ nach besonders innovativen Vermarktungskonzepten gesucht.

Der Landrat und die Bürgermeister von Euskirchen und Weilerswist haben sich in einem gemeinsamen Anschreiben an Unternehmensverbände aus den Bereichen Industrie, Pharma, Chemie, Ernährung und Logistik gewandt, um über diese Multiplikatoren interessierte Unternehmen auf die hiesige LEP-Fläche hinzuweisen.

Neuerdings wird auf den im Eingangsbereich des IPAS aufstehenden Hinweistafeln die LEP-Fläche beworben.

Vorbereitende Untersuchungen zur Entwicklung des Gebietes

Die bodenarchäologischen Erkundungen und die Arbeiten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes wurden im Laufe des Jahres 2015 beendet.

Eine abschließende Dokumentation der bodenarchäologischen Befunde liegt im Entwurf vor. Der LVR wird in 2016 und ggfs. in 2017 einige vertiefende flächige Grabungen vornehmen.

Aufstellung von Bebauungsplänen

Die Bauleitplanung ist zwischen den Kommunen Weilerswist und Euskirchen in den Jahren 2012 und 2013 terminlich und inhaltlich abgestimmt worden. Das Verfahren zur Erstellung der Bebauungspläne soll vor dem Hintergrund des möglichen Umlegungsverfahrens weitergeführt werden. Die Stadt Euskirchen hat die Anpassung Ihrer Bauleitplanung entsprechend der Hinweise der Landesplanung vorbereitet. Außerdem wurden Gutachten für Immissionsschutzbelange (Lärm und Geruch) beauftragt.

Allerdings wurden keine weiteren Schritte hinsichtlich der Planfassung, der textlichen Festsetzungen, der Begründung und des Ausgleichs vorgenommen. Dies soll erst konkretisiert und beraten werden, wenn die Ergebnisse der Gespräche mit den o.g. Akteuren der Vermarktung abgeschlossen sind und der Landesentwicklungsplan in endgültiger Fassung vorliegt. So kann sichergestellt werden, dass erste Anforderungen des Marktes in das Planwerk einfließen können, und dass der Bebauungsplan die Landesplanung korrekt berücksichtigt.

Sonstige Entwicklungen

Verwaltungsrat und Projektbeirat tagten am 11.05.2015 und am 03.12.2015.

Der Jahresabschluss 2014 mit dem Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat am 11.05.2015 einstimmig festgestellt, dem Vorstand Entlastung für das Jahr 2014 erteilt und über die Verwendung des Jahresüberschusses entschieden (Verrechnung mit dem Verlustvortrag).

In seiner Sitzung am 11.05.2015 hat der Projektbeirat Herrn Joachim Neuser zu seinem Vorsitzenden gewählt. Seit dem 01.02.2015 vertritt Herr Neuser das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen im Projektbeirat. Herr Neuser ist zugleich Stimmführer für das Land.

Am 25.06.2015 fand nach zwei Jahren wieder der Wechsel im Vorsitz des Verwaltungsrates und des Vorstandes der LEP-AöR statt. Ab diesem Tag übernahmen Herr Dr. Friedl den Vorsitz im Verwaltungsrat und Herr Forstner den Vorsitz im Vorstand der LEP-AöR für zwei Jahre.

In seiner Sitzung am 03.12.2015 hat der Verwaltungsrat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2016 und die Fortschreibung des Zeit- und Maßnahmenplanes sowie der Kosten- und Finanzierungsübersicht beschlossen.

Im Jahre 2015 fanden 8 Sitzungen des Vorstandes statt.

Darüber hinaus wurde im Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2015 – entsprechend § 14 Abs. 2 KUV – eine Forderung gegen die Trägerkommunen bilanziert, da die Eigenkapitalausstattung der LEP-AöR durch einen Verlustvortrag gefährdet wird. Für die – nach Berücksichtigung der Verlustübernahme durch das Land NRW – verbliebenen Verluste der Jahre bis einschließlich 2015 wurde eine Forderung in Höhe von insgesamt EUR 985.531 erfolgswirksam aktiviert.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.1. Darstellung der Vermögenslage

Das Bilanzvermögen zum 31.12.2015 besteht im Wesentlichen aus dem Wert der erworbenen Grundstücke (14.276.495 Euro)

Das Stammkapital in Höhe von 10.000 Euro (§ 3 der Unternehmenssatzung) ist eingezahlt.

2.2. Darstellung der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

Gegenüber dem vom Verwaltungsrat am 10.12.2014 beschlossenen Wirtschaftsplan für 2015 ergaben sich folgende wesentliche Veränderungen:

	Wirtschaftsplan in €	Ergebnis in €	Differenz in €
Erträge (außer aus Verlustübernahme)	47.000	49.491	2.491
Zinsaufwand	-663.000	-455.382	-207.618
Sachaufwand	-143.900	-86.055	-57.845
Ergebnis vor Verlustübernahme	-767.900	-499.193	-268.707
Erträge aus Verlustübernahme	0	1.284.584	1.284.584
Ergebnis nach Verlustübernahme	-767.900	785.391	1.553.290
Einnahmen aus Krediten	7.833.900	1.008.631	- 6.825.269
Grunderwerb inkl. Nebenkosten	-7.068.000	-553.019	-6.514.981

Die dargestellten Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan erklären sich wie folgt:

Erträge

Die 2015 erzielten Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Bilanzierung der Verpflichtungserklärung des Landes zur anteiligen Verlustübernahme, des Verlustausgleichs der Trägerkommunen nach § 14 Abs. 2 KUV und der Pachten für die bereits erworbenen landwirtschaftlich genutzten Grundstücke.

Zinsaufwand

Die erhebliche Zinsersparnis ist auf die im Vergleich zur Planung wesentliche geringere Kreditaufnahme zurück zu führen. Durch die Aufnahme sehr zinsgünstiger kurzfristiger Liquiditätskredite wurden weitere Einsparungen erzielt. Der durchschnittliche Jahreszins für die Liquiditätskredite betrug ca. 0,2 %.

Sachaufwand

Die Grundsteuern sind geringer, weil Grundbesitz im geplanten Umfang nicht erworben werden konnte. Die Aufwendungen für Dienstleister waren geringer, weil weniger Leistungen nachgefragt werden mussten und die Aufwendungen fast ausschließlich dem Grunderwerb zuzurechnen waren.

Jahresergebnis

Der Jahresüberschuss des Jahres 2015 in Höhe von 785.391 Euro führt unter Berücksichtigung des Verlustvortrages der Vorjahre in Höhe von 795.391 Euro zu einem Bilanzverlust zum 31.12.2015 in Höhe von 10.000 Euro.

Der verbleibende Bilanzverlust 2015 ist gemäß der Vereinbarung NRW auf neue Rechnung vorzutragen.

Einnahmen aus Krediten / Grunderwerbsaufwand

Im Wirtschaftsplan waren ausreichende Mittel vorgesehen, um alle noch zu erwerbenden Grundstücke zu kaufen. Da dies wegen der fehlenden Veräußerungsbereitschaft der Eigentümer in erheblichem Maß nicht möglich war, reduzierten sich die Einnahmen aus Kreditaufnahmen und die Ausgaben für den Grunderwerb entsprechend.

Der Grunderwerbsaufwand betrifft den Ankauf einer Fläche bzw. Flächenanteilen von ca. 3,64 ha und weitere Grunderwerbsnebenkosten.

Zur weiteren Erläuterung wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

2.3. Darstellung der Finanzlage

Aufgrund der Beschlüsse des Verwaltungsrates und des Projektbeirates vom 07.07.2011 wurde ein Kredit in Höhe von 12 Millionen Euro (Auszahlungsbetrag) zu einem Festzinssatz von 3,05 % jährlich aufgenommen. Die Zinsfestschreibung erfolgte gemäß den Beschlüssen bis zum 30.06.2020. Der Kredit ist zu 60 % landesverbürgt. Für die Landesbürgschaft ist ein jährliches Entgelt in Höhe von 0,5 % des jeweils verbürgten Kreditbetrages zu zahlen. Am 31.12.2015 valutierte dieser am 30.06.2020 gesamt fällige Kredit mit 13.654.101 Euro.

Mit der Kreditaufnahme ist für die bisher erworbenen Vermögenswerte das Zinsänderungsrisiko bis zum Ende der voraussichtlichen Projektlaufzeit (30.06.2020) ausgeschlossen.

Weiterer Finanzbedarf wird zunächst durch erheblich günstigere Liquiditätskredite (Kassenkredite) und dann durch weitere Tranchen eines zu 60 % vom Land verbürgten Bankkredites gedeckt. Der Kreditrahmen für Liquiditätskredite gemäß den Beschlüssen vom 07.07.2011 (13,0 Mio. Euro) war am 31.12.2015 mit 3,1 Mio. Euro in Anspruch genommen.

Aufgrund der Trägerhaftung gemäß §§ 27 Abs. 1 und 28 Abs. 3 GkG in Verbindung mit § 114a Abs. 5 GO NRW ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der LEP-AöR jederzeit gegeben.

3. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung des Gebietes hängt im Wesentlichen davon ab, in welchem Umfang der Landesgesetzgeber bereit sein wird, die landesplanerischen Vorgaben im Landesentwicklungsplan so zu formulieren, dass die Vermarktung der Fläche erleichtert wird und in welchem Umfang die Eigentümer zur Mitwirkung bei der Bodenordnung bereit sind. Dabei wird sich zeigen, wie ernsthaft die Bereitschaft zum Tausch mit landwirtschaftlichen Flächen statt der Zuweisung gewerblich nutzbarer Flächen sein wird.

Vorrangig ist weiterhin, die Arrondierung der Flächen zu verfolgen.

Das Verfahren zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans, der die künftigen verbindlichen landesplanerischen Vorgaben für die Nutzung der PrimeSite enthalten wird, befindet sich seit Oktober 2015 im zweiten Fortschreibungsentwurf und wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 2017 abgeschlossen werden.

4. Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

In der fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht, die vom Verwaltungsrat und vom Projektbeirat am 03.12.2015 gebilligt wurde, ist ein Betrag zur Risikoabdeckung (Zinssteigerungsrisiko, Schadensersatzpflichten aus Bodenuntersuchungen, ungewisse Aufwände bei der Aufstellung der Bebauungspläne etc.) in Höhe von 737.000 Euro einkalkuliert.

Die Attraktivität als Standort für eine industrielle Großansiedlung wurde durch mehrere Projektentwickler im Rahmen von Workshops bei NRW.INVEST im Jahre 2015 bestätigt, die Rahmenbedingungen des Landesentwicklungsplanes aber erneut als große Hürde angesehen.

Das Risiko, dass möglicherweise der Grunderwerb und die Vermarktung der Fläche in einem vertretbaren Zeitraum nicht oder nicht vollständig gelingen, ist in der Vereinbarung NRW berücksichtigt. Sie enthält deshalb Regelungen zur Risikominimierung wie z.B.

- einstimmige Beschlüsse oder Beschlüsse mit 80 %- Mehrheit im Projektbeirat,
- begrenzte Laufzeit, danach Vermarktungsmöglichkeit als überregionales Gewerbegebiet,
- Landesbürgerschaft,
- Rückabwicklungsbestimmungen usw..

Für den Fall, dass innerhalb der vereinbarten Laufzeit kein geeigneter Investor gefunden wird und die Laufzeit nicht verlängert wird, ist eine Umwandlung der Zweckbestimmung der Fläche in ein überregionales Gewerbegebiet in § 1 Abs. 2 der Vereinbarung NRW vereinbart. Für diesen Fall regelt die Vereinbarung NRW Kündigungsmöglichkeiten (§ 9) und die Rückabwicklung (§ 10 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 und 4).

Im Einzelnen wird auf den Inhalt der Vereinbarung NRW verwiesen.

Das Neuaufstellungsverfahren bietet dem Land NRW die Möglichkeit, sich abzeichnenden Vermarktungsproblemen mit Planausweisungen zu begegnen, die die Argumente der Stellungnahmen der LEP-AöR vom 02.04.2014 und 14.01.2016 berücksichtigen.

Das Land NRW hat sich durch eine schriftliche Erklärung vom 07.01.2015 verpflichtet, rückwirkend ab Gründung der LEP-AöR 60 % des im Jahresabschluss der LEP-AöR ausgewiesenen Jahresfehlbetrages vor Berücksichtigung des Ertrages aus dieser Ausgleichsforderung nach Verrechnung mit Gewinnvorträgen auszugleichen. Für die Jahre 2009 bis einschließlich 2015 ergab sich für das Land NRW eine Verlustübernahme in Höhe von EUR 1.452.274,43 (abgezinst), welche im Rahmen der Jahresabschlüsse ab 2014 ertragswirksam berücksichtigt wurde. Die Fälligkeit der Forderung wurde entsprechend der vorgenannten Verpflichtungserklärung bis zum Ende der Projektlaufzeit hinaus geschoben.

Im Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2015 wurde – entsprechend § 14 Abs. 2 KUV – eine Forderung gegen die Trägerkommunen bilanziert, da die Eigenkapitalausstattung der LEP-AöR durch einen Verlustvortrag gefährdet wird. Zukünftige Verluste sind in entsprechender Weise durch die Trägerkommunen auszugleichen.

In 2014 wurde einem privaten Grundstückseigentümer von der LEP-AöR und der Gemeinde Weilerswist ein notarielles Angebot zum Abschluss eines Grundstückskaufvertrages unterbreitet (befristet bis 31.12.2029). Hieraus ergibt sich eine finanzielle Verpflichtung von 866.000 Euro zuzüglich in Zukunft darauf entfallender Anschaffungsnebenkosten. Durch Vereinbarung zwischen der LEP-AöR, der Gemeinde Weilerswist und dem Land NRW vom 24.03.2014 ist geregelt, dass die Gemeinde Weilerswist nur auf Anforderung der LEP-AöR in die Kaufverpflichtung eintritt, und dass das Land NRW - im Rahmen seiner Bürgerschaftserklärung - einen 60 % igen Anteil trägt, sofern es überhaupt zu einem Zahlungseintritt der LEP-AöR kommt. Die Beteiligten gehen von einer guten Vermarktbarkeit des Grundstücks aus und erwarten einen mindestens die Aufwände deckenden Verkaufserlös.

Sofern die Gemeinde Weilerswist Eigentum am Grundstück erlangt, wird sie der LEP-AöR den Kaufpreis und die Anschaffungsnebenkosten sowie hälftig darüber hinaus gehende Weiterverkaufserlöse erstatten.

5. Sonstige Angaben

5.1. Risikomanagement und Finanzinstrumente

Die Gesamtfinanzierung des Projektes ist durch den am 01.07./07.07.2011 erfolgten Abschluss des Darlehensvertrages mit der NRW.BANK im Gesamtvolumen von 43,4 Mio. Euro gesichert.

Der Wirtschaftsminister hat mit der Bürgschaftserklärung vom 28.09.2011 die in der Vereinbarung NRW zugesagte Bürgschaft des Landes übernommen.

Durch die erste Tranche des am 30.06.2020 gesamt fälligen Darlehens sind Investitionen von 12 Mio. Euro einschließlich der darauf entfallenden Zinslasten durch eine Festzinsvereinbarung gegen Zinserhöhungen gesichert.

Wann die nächste Tranche des Investitionsdarlehens abgerufen wird, ist nach Lage des Kapitalmarktes zu entscheiden.

Darüber hinaus ist die ständige Zahlungsfähigkeit der LEP-AöR durch Liquiditätskredite sichergestellt.

5.2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Am 14.01.2016 wurde die Stellungnahme der LEP-AöR zum fortgeschriebenen Entwurf des Landesentwicklungsplanes entsprechend den Beschlüssen des Verwaltungsrates und des Projektbeirates vom 03.12.2015 mit der Ergänzung gemäß der Erörterung am 11.01.2016 der Staatskanzlei des Landes übergeben.

Euskirchen, den 30.05.2016

Der Vorstand

gez. Josef Forstner
Vorstandsvorsitzender

gez. Johannes Adams
Vorstandsmitglied

gez. Oliver Knaup
Vorstandsmitglied

Bilanz zum 31. Dezember 2015

A K T I V A		€	Vorjahr €	P A S S I V A	€	Vorjahr €
A. ANLAGEVERMÖGEN				A. EIGENKAPITAL		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Stammkapital	300.000,00	300.000,00
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten						
II. Sachanlagen			10.169,33	II. Gewinnrücklagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	675.939,44	17.260,22		1. zweckgebundene Investitionsrücklage	221.712,67	221.712,67
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.270.120,32			2. allgemeine Rücklage	4.199.376,24	3.093.351,48
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	12.138.417,43	14.084.477,19				
B. UMLAUFVERMÖGEN				III. Bilanzgewinn	241.681,20	1.106.024,76
I. Vorräte						
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		42.445,49	42.445,49		4.962.770,11	4.721.088,91
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.499,26			1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	11.737.788,00	9.828.076,00
2. Forderungen gegen Trägerkommunen	7.253.858,00			2. sonstige Rückstellungen	486.601,73	352.674,01
3. sonstige Vermögensgegenstände	11.961,46	7.269.318,72				
III. Guthaben bei Kreditinstituten				C. VERBINDLICHKEITEN		
				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.900.000,00	0,00
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 2.900.000,00 (€ 0,00)		
				2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.898.013,86	295.267,82
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.898.013,86 (€ 295.267,82)		
				3. sonstige Verbindlichkeiten	69.375,05	55.818,64
				- davon aus Steuern € 55.412,12 (€ 54.556,51)		
				- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 11.956,10 (€ 0,00)		
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 69.375,05 (€ 55.818,64)		
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				D. Rechnungsabgrenzungsposten		
					379.228,43	123.905,80
					22.433.777,18	15.376.831,18

**Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts
Aachen**

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015**

	€	€	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse		9.304.858,98	9.476.769,76
2. sonstige betriebliche Erträge		126.223,39	63.442,62
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	286.792,29		296.928,40
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.160.196,88</u>	1.446.989,17	1.166.033,91
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.107.166,61		3.855.527,33
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>2.947.308,26</u>	7.054.474,87	2.081.672,71
davon für Altersversorgung	€ 2.176.977,48 (€ 1.445.288,01)		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		332.571,91	355.262,51
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		1.258.017,49	1.307.787,32
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		908.122,64	630.196,52
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>4.360,41</u>	<u>0,00</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		242.791,16	1.107.196,72
10. sonstige Steuern		1.109,96	1.171,96
11. Jahresüberschuss		241.681,20	1.106.024,76
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		1.106.024,76	1.450.678,41
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen in die allgemeine Rücklage		1.106.024,76	1.450.678,41
14. Bilanzgewinn		<u>241.681,20</u>	<u>1.106.024,76</u>

Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2015

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland CVUA Rheinland - Anstalt des öffentlichen Rechts -

1. Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein Westfalen sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

Vorläufiger Sitz der Anstalt ist der Standort Aachen mit den weiteren Standorten in Bonn und Leverkusen.

1.1. Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel werden aufgrund des öffentlich-rechtlichen Vertrages weiterhin im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

1.2. Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandmitglied.

- Vorstandsvorsitzender: Dr. Gerhard Löhr
- Vorstandsmitglied: Dagmar Pauly-Mundegar

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

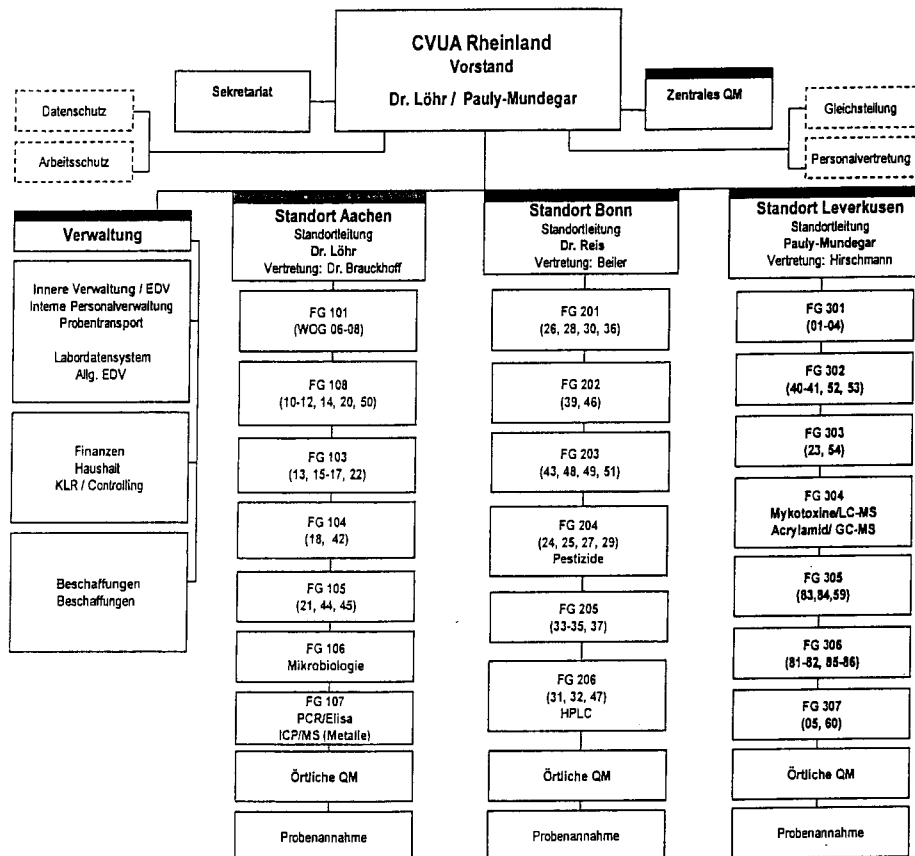
Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.

Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Die Organisation im Berichtsjahr ist dem nachfolgenden Organigramm zu entnehmen.



2. Wirtschaftsbericht

2.1. Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- Euro, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- Euro eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- Euro.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

2.2. Geschäftsverlauf

2.2.1. Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VK. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

Im Berichtsjahr schieden 8 Mitarbeiter aus. Ein technischer Mitarbeiter ist wegen Erreichen der Altersgrenze ausgeschieden, der Leiter der Sachgruppe Personal und eine technische Mitarbeiterin haben sich beruflich verändert. Vier technische Mitarbeiterinnen und eine Verwaltungskraft haben von ihrem persönlichen Rückkehrrecht zur Stadt Aachen Gebrauch gemacht. Die Verwaltungsleitung und die Stelle einer technischen Mitarbeiterin im Bereich der Mikrobiologie wurden sofort wieder besetzt. Über weitere Nachbesetzungen wird erst nach dem Umzug nach Hürth entschieden. Die im vergangenen Jahr zunächst befristet eingestellten Sachverständigen wurden zwischenzeitlich in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen.

2.2.2. Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2015 wurden insgesamt 17.145 (Vorjahr: 17.474) amtliche Proben untersucht.

2.2.3. Neubau des gemeinsamen Standorts in Hürth

2015 wurden die Arbeiten am Neubau intensiv fortgeführt. Für die noch ausstehenden Gewerke (Schlosser, Trockenbau, Systemtrennwände, Bodenbeläge, Maler, Außenanlagen, Labor- und Büromöbel) wurden die Zuschläge erteilt. Am 26. Juni konnte das Richtfest gefeiert werden. Am Ende des Jahres waren die Rohbau- Dach- und Fassadenarbeiten weitgehend abgeschlossen. Der Innenausbau (TGA-Gewerke, Aufzüge und Estrich) verlief planmä-

ßig. Durch Koordinationsprobleme verzögerte sich der Einbau der Gipskartonarbeiten deutlich.

Weiterhin wurde das Gewerk Labortechnik vergeben und im Zuge beschränkter Ausschreibungen die Einrichtungen der Büros, der Coffeepoints und der Bibliothek vergeben.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2015, der vom Verwaltungsrat am 3. Dezember 2014 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 20.084 T€ im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 11.375 T€, wobei 425 T€ für allgemeine Investitionen und 10.950 T€ für die Baukosten, einschließlich der Nebenkosten vorgesehen waren. Ausgewiesen war ein Gewinn von 307 T€.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Überschuss von 242 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betrugen gemäß der vom Verwaltungsrat am 3. Dezember 2014 beschlossenen Entgeltordnung 9.304 T€ (Vj.: 9.465 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 107 T€ (Vj.: 58 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 19 T€ (Vj.: 6 T€) vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 7.054 T€ (Vj.: 5.937 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug ca. 70 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.150 T€ berücksichtigt.

In Bezug auf die Erhöhung der Personalkosten wird darauf hingewiesen, dass im Berichtsjahr die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilfeverpflichtungen i.H.v. 1.915 T€ erfasst wurden gegenüber 1.204 T€ im Vorjahr. Ergebnismäßig kompensiert wurde dieser Aufwand im Berichtsjahr i.H.v. 906 T€ (Vorjahr 620 T€) durch die Aufzinsung der Forderungen nach VLVG gegen die Trägerkommunen als ehemaliger Dienstherren der übergeleiteten Beamten der Anstalt. Von dem Wahlrecht einer abweichenden Bewertung der Pensionsverpflichtungen gemäß Artikel 75 Abs. 7 EGHGB n.F. i.V.m. § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB n.F. wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht; hieraus entstand ein Mehraufwand i.H.v. 280 T€.

Große Aufwandsposten bleiben die Mieten mit 505 T€ (Vj.: 505 T€) und die Betriebskosten mit 360 T€ (Vj.: 330 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 145 T€ (Vj.: 158 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 36 T€ (Vj.: 36 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen 89 T€ (Vj.: 92 T€), für Versicherungen in Höhe von 18 T€ (Vj.: 17 T€) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 21 T€ (Vj.: 25 T€).

Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 333 T€ (Vj.: 355 T€).

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2015 fällt der Jahresüberschuss um 65 T€ geringer aus. Während die Personalaufwendungen gegenüber dem Wirtschaftsplanansatz (-706 T€) insbesondere aufgrund der hohen Zuführung zu den Pensionsverpflichtungen durch das niedrige gesamtwirtschaftliche Zinsniveau im Ist überschritten wurden, konnten im Bereich der Zinsen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie Abschreibungen Einsparungen von +573 T€ erzielt werden.

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2014	31.12.2015
Bilanzsumme	15.376.831,18 €	22.433.777,18 €
Anlagevermögen	3.702.377,15 €	14.101.737,41 €
Vorratsvermögen	42.445,49 €	42.445,49 €
Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €
Eigenkapital	4.721.088,91 €	4.962.770,11 €
Eigenkapitalquote	30,7%	22,1%
Rückstellungen	10.180.750,01 €	12.224.389,73 €
Liquide Mittel	5.212.409,33	969.239,93
Verbindlichkeiten	351.086,46€	4.867.388,91 €
davon mittel- bis langfristige Bankschulden	0,00 €	0,00 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	2,5	4,5

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 15.377 T€ auf 22.434 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus den aktivierten Baukosten für den Neubau des Laborgebäudes in Hürth in den Anlagen im Bau. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten.

Im Geschäftsjahr wurden 266 T€ in neue Laborgeräte und 10.447 T€ in den Neubau an Baukosten, einschl. Nebenkosten investiert.

Von den rd. 3.000 Wirtschaftsgütern (ohne GWG) sind rund 91 % bereits abgeschrieben. Die Investitionsquote (Verh. Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 3.227 %, der Wert des Anlagevermögens hat damit zugenommen.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 12.224 T€ (Vj.: 10.181 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 11.738 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 7.254 T€ (Vorjahr 6.348 T€).

2.4. Gewinnverwendung

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 241.681,20 € erwirtschaftet. Es wird vorgeschlagen den Jahresüberschuss gemäß § 3 Absatz 2 der Finanzsatzung der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2015 eingetreten sind, liegen nicht vor.

4. Prognosebericht

4.1. Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

4.1.1 Schwerpunktbildung NRW

Im 1. Halbjahr 2015 hat die Vorstandskonferenz der CVUÄ der AG „Schwerpunktbildung“ unter Federführung des MKULNV ihr Konzept zur Umsetzung der Schwerpunktbildung vorgelegt.

Danach gliedert sich die Schwerpunktbildung in zwei Bereiche:

„Kompetenzzentren“ (jeweils ein oder zwei CVUÄ für ganz NRW) untersuchen und beurteilen abschließend die zugewiesenen Warenobergruppen. Sie sind Ansprechpartner für die jeweilige Lebensmittelüberwachung.

„Schwerpunktlabore“ bearbeiten landesweit bestimmte Analyt-/Matrixkombinationen (ggf. auch im Unterauftrag) für die anderen CVUÄ in NRW. Die Beurteilung beschränkt sich auf die untersuchten Parameter.

Für das CVUA Rheinland ergibt sich dann folgende Aufgabenverteilung:

1) Die Warenobergruppen Milch, Milcherzeugnisse und Käse, Fleisch, Fleischerzeugnisse und Wurstwaren, Feine Backwaren, Feinkosterzeugnisse, Speiseeis und Fertiggerichte werden nicht in die Schwerpunktbildung einbezogen.

- 2) Das CVUA Rheinland wird zusammen mit dem CVUA-MEL Kompetenzzentrum für die Warenobergruppen Wein, Weinerzeugnisse, Weinähnliche Getränke und Spirituosen,
- 3) alleiniges Kompetenzzentrum für die Warenobergruppen Schokolade, Kakao, Kaffee und Gewürze und Würzmittel,
- 4) zusammen mit dem CVUA Westfalen Kompetenzzentrum für die Kosmetischen Mittel,
- 5) Schwerpunktlabor für Mykotoxine, wobei die einzelnen Warenobergruppen zwischen dem CVUA Westfalen und dem CVUA Rheinland aufgeteilt sind,
- 6) Schwerpunktlabor für die organischen Kontaminanten MCPD, MCPD-Ester, Glycidol und Glycidol-Ester.

Die Zusage des CVUA Rheinland die Schwerpunktbildung umzusetzen, erfolgte unter dem Vorbehalt des jährlich durch den Verwaltungsrat zu beschließenden Wirtschaftsplans und der damit verbundenen Ressourcen.

Das Ministerium hat im November 2015 zugestimmt, dass mit der Umsetzung der Schwerpunktbildung in NRW am 1. Januar 2017 begonnen wird. In 2016 sind jedoch bereits bilaterale Vereinbarungen zwischen den CVUÄ vorab möglich.

Eine Voraussetzung für die Umsetzung der Schwerpunktbildung ist eine einheitliche* Probenplanung. Das Land hat dazu eine spezielle Software der Fa. Balvi erworben, die aber noch auf die nordrhein-westfälischen Anforderungen angepasst werden muss. Weiterhin muss die Ausbildung und insbesondere die Durchführung der Staatsprüfung für Lebensmittelchemiker neu geregelt werden.

Die CVUÄ müssen außerdem den Probentransport einvernehmlich regeln. Hier entstehen für das CVUA Rheinland neue Kosten.

4.1.2. Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkkS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Für Februar 2016 war das 2. Zwischenaudit durch die DAkkS angekündigt. Eine Verschiebung bis nach dem Einzug in das neue Laborgebäude war nicht möglich. Nach dem Bezug ist ein weiteres Audit erforderlich.

4.1.3. Neubau

Aufgrund von Verzögerungen im Trockenbau kam es zu einem Verzug von 10 Wochen, gleichzeitig wurden für zusätzliche Leistungen Mehrkosten angemeldet. Der Verwaltungsrat wurde in der Sitzung im Dezember 2015 über Mehrkosten informiert. Zur Erreichung von

Kostensicherheit wurden mit drei Firmen vorgezogene Abrechnungen (Pauschalen) vereinbart. Der Einzug ins neue Gebäude wird aber noch im 1. Halbjahr 2016 erfolgen.

Im technischen Bereich wird durch eine regelmäßige Überwachung eine Risikominimierung gewährleistet.

4.2 Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2016, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 15. Dezember 2015 verabschiedet wurde, weist einen Verlust von rd. 373 T€ aus. Es wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 18.051 T€ im Vermögensplan beschlossen, dabei wurde ein Investitionsvolumen von 8.891 T€ bestimmt.

5. Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Aachen, den 11. April 2016

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
- Der Vorstand -

gez. Dr. Gerhard Löhr

gez. Dagmar Pauly-Mundegar

Bilanz zum 31. Dezember 2014

A K T I V A	Stand	Vergleich
	31.12.2014 EUR	1. 4. 2014 EUR
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
- Sonstige Vermögensgegenstände	672.280,00	0,00
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (01.04.2014: EUR 0,00)		
II. Guthaben bei Kreditinstituten	96.281,11	23.000,00
P A S S I V A		
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
Ausstehende Einlagen	0,00	-2.000,00
II. Jahresüberschuss	20.000,00	0,00
	45.000,00	23.000,00
B. Rückstellungen	2.380,00	0,00
- Sonstige Rückstellungen		
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	76.527,57	0,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 76.527,57 (01.04.2014: EUR 0,00)		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	66.445,82	0,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 66.445,82 (01.04.2014: EUR 0,00)		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	578.207,72	0,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 578.207,72 (01.04.2014: EUR 0,00)		
davon aus Steuern: EUR 4.466,16 (01.04.2014: EUR 0,00)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00 (01.04.2014: EUR 0,00)		
	721.181,11	0,00
	768.561,11	23.000,00

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 2014**

	EUR	2014 EUR
1. Umsatzerlöse		70.000,00
2. Sonstige betriebliche Erträge		228.525,22
3. Materialaufwand		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-86.450,51
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-107.489,38	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 2.848,30	-42.243,29	-149.732,67
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-42.342,04
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		20.000,00
7. Jahresüberschuss		20.000,00

Lagebericht zum 31. Dezember 2014**der IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH, Jülich****1. Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft und zukünftige Chancen und Risiken**

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten, um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2014 **25.000,00 €**.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird durch das Innovationsprojekt „IRR Strukturentwicklung“ (Laufzeit: Juni 2014 – Oktober 2015) finanziert. Die in diesem Projekt anfallenden Kosten werden zu 80% durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW (MWEIMH) sowie den europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen. Die übrigen 20% werden aus Zuschüssen der Gesellschafter sowie einem Sponsoring der RWE Power AG bestritten. Somit ist das durch die IRR GmbH durchgeführte Projekt grundsätzlich vollumfänglich refinanziert.

Zusätzlich zum oben erwähnten Innovationsprojekt „IRR Strukturentwicklung“ organisiert die IRR GmbH das Projekt „Bildungscloud“. Dieses Projekt ist eine reine Fremdleistung, die keine weiteren Aufwände innerhalb der IRR GmbH auslöst. 80 % der Kosten tragen das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (MAIS) sowie der europäische Sozialfonds (ESF). Die übrigen 20% tragen 13 der 14 Gesellschafter. Somit ist auch dieses Projekt grundsätzlich vollumfänglich refinanziert.

Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die beiden o.g. Projekte (Geschäftsbereiche) in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt auszuweisenden Teilbudgets dargestellt.

Im Geschäftsjahr 2014 konnte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 70.000,00 € erzielen. Die 2014 erfolgswirksam verbuchten Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 228.525,22 €.

Insgesamt ergab sich für das Jahr 2014 ein Jahresüberschuss in Höhe von 20.000,00 €.

Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 5,9%. Die Liquidität 2. Grades beträgt 106,2%.

In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch dünn.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die zu berichten wäre.

2. Prognosebericht

Im Oktober 2015 läuft das Projekt „IRR Strukturentwicklung“ aus. Zur Grundfinanzierung der Geschäftstätigkeit der IRR GmbH muss ab November 2015 (bis vrs. mindestens Ende 2017) ein Nachfolgeprojekt anschließen.

Für dieses Nachfolgeprojekt wird wiederum eine Förderquote von 80% (MWEIMH/EFRE) angestrebt. Die Gesellschafter leisten laut Gesellschaftsvertrag für diesen Geschäftsbereich einen jährlichen Zuschuss, der den notwendigen Eigenanteil zum Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die nicht-förderfähigen Ausgaben (maximal 25.000 Euro) deckt.

Das Projekt „Bildungscloud“ läuft im Dezember 2015 ebenfalls aus.

Im Rahmen des Aufrufs Regio.NRW hat die IRR GmbH die Projektskizze „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion“ eingereicht. Die Jury hat die Projektskizze befürwortet, so dass die Bezirksregierung Köln die IRR GmbH aufgefordert hat, nunmehr einen förmlichen Antrag auf Projektfinanzierung zu stellen.

3. Risikobericht

Derzeit werden fast alle Aufwendungen der Geschäftstätigkeit der IRR GmbH vollumfänglich über das Projekt „IRR Strukturentwicklung“ mit 80% öffentlicher Förderung bedacht. Entsprechend der Zusage des Landes NRW kann auch für die am 1.11.2015 beginnende neue Förderphase die Förderung der IRR GmbH bis einschließlich 2018 in Höhe von 500.000 EUR p.a. mit einem Fördersatz von 80% erfolgen, sofern die Gesamtfinanzierung gesichert ist. Die Förderung beinhaltet eine Gemeinkostenpauschale auf die Personalausgaben, mit der nicht unmittelbar abzurechnende Ausgaben finanziert werden können. Der Förderantrag und die Bereitstellung des Eigenanteils (125.000 EUR p.a. – das sind 20% - an der Projektfinanzierung sowie nicht förderfähige Ausgaben bis zu einer Höhe von insgesamt 25.000 EUR p.a.) müssen von den Gesellschaftern im Laufe des Oktober 2015 beschlossen werden.

Der steuerrechtliche Status des Beitrages der RWE Power AG (70.000 EUR p.a.) wird derzeit vom zuständigen Finanzamt Jülich geprüft. Nach einem Schriftwechsel zwischen Finanzamt, Steuerberater der IRR GmbH und Geschäftsführung ist jetzt nach einer aktuellen Information des Steuerberaters der IRR GmbH davon auszugehen, dass die bisherige Vorsteuerabzugsberechtigung entfällt. Damit würden Steuer- Rückzahlungen an das Finanzamt fällig. Nach einem zu erwartenden Bescheid des Finanzamtes ist über den Einsatz des RWE-Beitrages zu entscheiden.

Da die Garantieerklärung des Landes zur Finanzierung der IRR GmbH bis einschließlich 2018 besteht, ist derzeit davon auszugehen, dass die notwendige Förderung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier danach nur noch über konkrete Projekte erfolgen kann, auf die sich die Gesellschaft zu verständigen hat.

Die Gesellschaft ist also gehalten, neben dem Nachfolgeprojekt ab November 2015 weitere (im besten Falle nicht geförderte) Projekte/Aufträge zu generieren. In diesem Sinne hat die IRR GmbH im Rahmen des Aufrufs Regio.NRW zwei Projektskizzen eingereicht. Mit einer dieser beiden Projektskizzen, „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion“, konnte die IRR vor der Jury bestehen. Im Rahmen der nun anstehenden Qualifizierungsphase wird auch hier über die Förderquote des Projektes verhandelt.

Es wäre wünschenswert, dass die IRR GmbH neben dem geförderten auch einen nicht-geförderten Bereich ausweist. Da die GmbH Aufgaben der Daseinsvorsorge im Sinne einer zukunftsorientierten Wirtschaftsentwicklung für ihre Gesellschafter zu übernehmen hat, wäre eine Beauftragungen der Gesellschafter an die IRR GmbH denkbar.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Vielmehr sollen Projekte finanziert werden, deren Kosten zu einem Großteil öffentlich gefördert werden. Öffentliche Förderung erfolgt jedoch (fast) immer nach dem Ausgabenerstattungsprinzip. Das heißt, dass die Gesellschaft alle entstehenden Kosten zunächst vorfinanzieren muss, um anschließend eine Förderung der entstanden Kosten zu beantragen.

Kommt es zu Verzögerungen beim Abruf dieser Fördermittel, können der Gesellschaft zwischenzeitlich Liquiditätsprobleme entstehen. Aufgrund von Personalwechseln und –engpässen beim Zuwendungsgeber sind solche Liquiditätsprobleme im laufenden Jahr bereits mehrfach aufgetreten und konnten nur durch die Aufnahme eines Dispositionskredites gedeckt werden. Auch für die Zukunft sind solche Liquiditätsengpässe aufgrund der oben beschriebenen dünnen Kapitaldecke der Gesellschaft grundsätzlich nicht auszuschließen. Diese dünne Kapitaldecke resultiert nicht zuletzt daraus, dass der Aufsichtsrat der IRR GmbH im Juni 2014 beschlossen hat, die Zuschüsse der Gesellschafter zum Projekt „IRR Strukturentwicklung“ anteilig um die Einnahmen aus dem RWE Sponsoringvertrag zu reduzieren. Des Weiteren wurden den Gesellschaftern Zuschüsse zu den nicht-förderfähigen Kosten erlassen.

Jülich, den 28.9.2015


Joachim Diehl (Geschäftsführer)

[illegible]

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015**

		2015	Vergleich 2014
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		70.000,00	70.000,00
2. Sonstige betriebliche Erträge		614.781,37	228.525,22
3. Materialaufwand			
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-277.786,84</u>	-277.786,84	-86.450,51 -(86.450,51)
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-213.985,79		-107.489,38
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 4.493,17 (Vj: EUR 2.848,30)	<u>-86.708,22</u>		-42.243,29
		-300.694,01	-(149.732,67)
5. Abschreibungen auf Sachanlagen		-206,70	0,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-89.155,57	-42.342,04
7. Ordentliches Betriebsergebnis (Zwischensumme aus Z. 1 bis 6)		<u>16.938,25</u>	<u>20.000,00</u>
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-53,65	0,00
9. Finanzergebnis (Zwischensumme aus Z. 8 bis 8)		<u>-53,65</u>	<u>0,00</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>16.884,60</u>	<u>20.000,00</u>
11. Jahresüberschuss		<u>16.884,60</u>	<u>20.000,00</u>

Lagebericht zum 31. Dezember 2015

der IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH, Jülich

1. Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft und zukünftige Chancen und Risiken

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten, um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2015 **25.000,00 €**.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird im Wege der Durchführung öffentlich geförderter Innovationsprojekte finanziert.

Mit einer Laufzeit bis zum Oktober 2015 wurde das Projekt „IRR Strukturentwicklung“ durchgeführt. Die in diesem Projekt anfallenden Kosten wurden – soweit sie förderfähig waren – zu 80% durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW (MWEIMH) sowie den europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen. Die übrigen 20% wurden aus Zuschüssen der Gesellschafter sowie einem Sponsoring der RWE Power AG bestritten.

Zusätzlich zum Projekt „IRR Strukturentwicklung“ organisierte die IRR GmbH mit einer Laufzeit bis Dezember 2015 das Projekt „Bildungscloud für Berufskollegs in der IRR“. Dieses Projekt wurde als eine reine Fremdleistung abgewickelt, die keine weiteren, wesentlichen Aufwände innerhalb der IRR GmbH auslöste. 80 % der Kosten trugen das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (MAIS) sowie der europäische Sozialfonds (ESF). Die übrigen 20% trugen 13 der 14 Gesellschafter.

Zum November 2015 wurde der IRR GmbH ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn für ein neues EFRE Projekt – „Präventive Transformation“ – gewährt. Die in diesem Projekt anfallenden Kosten werden – soweit sie förderfähig sind – wiederum mit einer Förderquote von 80% durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und

Handwerk des Landes NRW (MWEIMH) sowie dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen. Mittelabrufe können jedoch erst Mitte 2016 erfolgen. Die übrigen 20% der Kosten werden aus Zuschüssen der Gesellschafter bestritten.

Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter diese Ausgaben bis zu max. 25.000 Euro decken. Somit sind die durch die IRR GmbH durchgeführten Projekte grundsätzlich vollumfänglich refinanziert.

Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt auszuweisenden Teilbudgets dargestellt.

Im Geschäftsjahr 2015 konnte die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 70.000,00 € erzielen. Die 2015 erfolgswirksam verbuchten Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 595.539,41 €. Insgesamt ergab sich für das Jahr 2014 ein Jahresüberschuss in Höhe von 20.000,00 €, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 30 %.

In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch dünn.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres hat die IRR GmbH zum 18. Januar 2016 ein weiteres EFRE Projekt begonnen: „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion“. Darüber hinaus traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die zu berichten wäre.

2. Prognosebericht

Im Oktober 2015 ist das Projekt „IRR Strukturentwicklung“ ausgelaufen. Zur Grundfinanzierung der Geschäftstätigkeit der IRR GmbH ist ab November 2015 nahtlos der Maßnahmenbeginn für das Nachfolgeprojekt „Präventive Transformation“ gewährt worden.

Für dieses Nachfolgeprojekt ist wiederum eine Förderquote von 80% (MWEIMH/EFRE) bewilligt. Die Gesellschafter leisten laut Gesellschaftsvertrag für diesen Geschäftsbereich einen jährlichen Zuschuss, der den notwendigen Eigenanteil zum Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die nicht-förderfähigen Ausgaben (maximal 25.000 Euro) deckt. Das Projekt „Bildungscloud“ ist im Dezember 2015 ebenfalls ausgelaufen.

Im Rahmen des Aufrufs Regio.NRW hat die IRR GmbH die Projektskizze „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion“ eingereicht und zum 18.1.2016 einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn bewilligt bekommen.

3. Risikobericht

In den Jahren 2015/16 wurden/werden fast alle Aufwendungen der Geschäftstätigkeit der IRR GmbH vollumfänglich über das Projekt „IRR Strukturentwicklung“ (bis Oktober 2015), das Projekt „Präventive Transformation“ (ab November 2015) sowie das Projekt „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion“ (ab 18.1.2016) mit jeweils 80% öffentlicher Förderung bedacht. Entsprechend der Zusage des Landes NRW kann für die am 1.11.2015 beginnende neue Förderphase die Förderung der IRR GmbH bis einschließlich 2018 in Höhe von 500.000 EUR p.a. für das Projekt „Präventive Transformation“ bzw. rund 95.000 EUR p.a. für das Projekt „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion“ gerechnet werden, sofern die Gesamtfinanzierung (Stellung der Eigenanteile) gesichert ist.

Die Förderanträge und die Bereitstellung der Eigenanteile (125.000 EUR p.a. für das Projekt „Präventive Transformation“ sowie nicht förderfähige Ausgaben bis zu einer Höhe von insgesamt 25.000 EUR p.a. und rund 24.000 EUR p.a. für das Projekt „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion“ – das sind jeweils 20% an der Projektfinanzierung) sind von den Gesellschaftern beschlossen worden.

Die Förderung in der neuen Förderphase beinhaltet eine Gemeinkostenpauschale auf die Personalausgaben, mit der nicht unmittelbar abzurechnende Ausgaben finanziert werden können. Bleiben in den Förderanträgen vorgesehene Planstellen unbesetzt, entfällt die entsprechende Gemeinkostenpauschale.

Zum jetzigen Zeitpunkt fehlen noch valide Erfahrungswerte darüber, wie sich diese neue Fördersystematik auswirken wird. Hinzuweisen ist darauf, dass bereits im Geschäftsjahr 2015 die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten leicht höher ausgefallen sind, als dies durch eine Regelung im Gesellschaftsvertrag durch die Gesellschafter abgesichert war (bis max. 25.000 EUR).

Der steuerrechtliche Status des Sponsorings der RWE Power AG (70.000 EUR p.a.) wurde vom zuständigen Finanzamt Jülich geprüft. Nach einem Schriftwechsel zwischen Finanzamt, Steuerberater der IRR GmbH und Geschäftsführung entfällt die bisherige Vorsteuerabzugsberechtigung. Damit werden Steuer- Rückzahlungen an das Finanzamt fällig, für die bereits Rückstellungen vorgenommen wurden.

Der Sponsoring-Vertrag mit RWE-Power wurde aufgelöst. Für das Jahr 2016 hat die RWE Power eine Spende in Höhe von 70.000 Euro gewährt und dies auch für die Jahre 2017 und 2018 in Aussicht gestellt.

Darüber hinaus geht die IRR Geschäftsführung davon aus, dass die IRR GmbH ertragsteuerlich die Steuerbefreiungsvoraussetzungen einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 18 KStG erfüllt. Diese Auffassung ist vom BMF-Schreiben vom 4.1.1996 abgedeckt. In den Körperschaftsteuerrichtlinien wird unter Hinweis H 26 auf das BMF-Schreiben vom 4.1.1996 hingewiesen. Ein entsprechender Antrag auf Befreiung von der Körperschaftssteuer wurde gestellt, die Prüfung des Finanzamtes Jülich dauert jedoch noch an.

Da die Garantieerklärung des Landes zur Finanzierung der IRR GmbH bis einschließlich 2018 besteht, ist derzeit davon auszugehen, dass die notwendige Förderung für den Strukturwandel im Rheinischen Revier danach nur noch über konkrete Projekte erfolgen kann, auf die sich die Gesellschaft zu verständigen hat.

Die Gesellschaft ist also gehalten, weitere (im besten Falle nicht geförderte) Projekte/Aufträge zu generieren. Es wäre wünschenswert, dass die IRR GmbH neben dem geförderten auch einen nicht-geförderten Bereich ausweist. Da die GmbH Aufgaben der Daseinsvorsorge im Sinne einer zukunftsorientierten Wirtschaftsentwicklung für ihre

Gesellschafter zu übernehmen hat, wäre eine Beauftragungen der Gesellschafter an die IRR GmbH denkbar.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Vielmehr sollen Projekte finanziert werden, deren Kosten zu einem Großteil öffentlich gefördert werden. Öffentliche Förderung erfolgt jedoch (fast) immer nach dem Ausgabenerstattungsprinzip. Das heißt, dass die Gesellschaft alle entstehenden Kosten zunächst vorfinanzieren muss, um anschließend eine Förderung der entstanden Kosten zu beantragen.

Kommt es zu Verzögerungen beim Abruf dieser Fördermittel, können der Gesellschaft zwischenzeitlich Liquiditätsprobleme entstehen. Aufgrund von Personalwechseln und – engpässen beim Zuwendungsgeber sind solche Liquiditätsprobleme im laufenden Jahr bereits mehrfach aufgetreten und konnten nur durch die Aufnahme eines Dispositionskredites gedeckt werden. Auch für die Zukunft sind solche Liquiditätsengpässe aufgrund der oben beschriebenen dünnen Kapitaldecke der Gesellschaft grundsätzlich nicht auszuschließen.

Jülich, den 7.7.2016

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Joachim Diehl', written over a dotted line.

Joachim Diehl (Geschäftsführer)

Teil D – Auswertungen und Übersichten

1. Auswertung der Jahresabschlüsse

Zu den wesentlichen Beteiligungen sind gem. § 52 GemHVO Strukturbilanzen und aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnungen beigelegt. Auf Auswertungen wurde bei Gesellschaften, die überwiegend außerhalb des Kreisgebietes tätig sind, generell verzichtet, weiterhin in den Fällen, wo diese keine Aussagekraft besitzen. Letzteres gilt insb. bei reinen Service- oder Projektgesellschaften, Gesellschaften mit geringer Geschäftstätigkeit oder geringem Beteiligungsanteil des Kreises. Bei Gesellschaften im Rumpfgeschäftsjahr wird ebenfalls auf die Auswertungen verzichtet.

Bei der RVK GmbH sowie bei der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG wurde die Auswertung auf Konzernebene vorgenommen.

Gesellschaft	ab Seite
1. AGIT	320
2. EuGeBau 2014	322
3. VRS GmbH	324
4. Kreiskrankenhaus Mechernich	
• KKM Konzern	326
• KKM GmbH	328
• Geriatisches Zentrum Züllich GmbH	330
• Liebfrauenhof Schleiden GmbH	332
• AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH	334
• VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	336
• St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	338
5. RVK GmbH – Konzern	340
6. Energie Nordeifel GmbH & Co. KG – Konzern	342
7. Vogelsang ip gGmbH	344
8. Nordeifel Tourismus GmbH	346

Hinweise:

1. Rundungsdifferenzen

Durch automatische Rundungen, insb. bei der Umrechnung auf T€, können die hier zusammengestellten Werte geringfügig von den Angaben der Original-Jahresabschlüsse abweichen.

2. Spalten „Veränderung Berichtsjahr zum Vorjahr“

Die Veränderungen des Geschäftsjahres zum Vorjahr sind jeweils als absolute Werte in T€ sowie im prozentualen Verhältnis zum Vorjahreswert dargestellt. Geringfügige Veränderungen bis zu 1 T€ bzw. bis zu 1 % werden aus Übersichtlichkeitsgründen nicht angezeigt.

3. Strukturbilanzen

Als langfristig werden Positionen mit einer Restlaufzeit ab einem Jahr angesehen. Die Prozentangaben beim Berichtsjahr und bei den Vorjahren stellen den jeweiligen Anteil der Position an der Bilanzsumme dar.

4. Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnungen

Soweit der Kreis eine Ausschüttung erhalten (+) bzw. Ausgleichszahlungen (-) geleistet hat, ist dies separat dargestellt (s. hierzu auch Teil D.2). Wesentliche Positionen wurden untergliedert.

Strukturbilanz
Gesellschaft

2015

AGIT GmbH

	2015		2014		2013		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	28	0,4%	9	0,1%	0	0,0%	+19	+216,4%
Sachanlagen	5.378	85,4%	6.153	82,9%	7.035	80,7%	-775	-12,6%
Finanzanlagen	49	0,8%	49	0,7%	49	0,6%		
Summe Anlagevermögen	5.456	86,6%	6.211	83,6%	7.085	81,3%	-756	-12,2%
B Umlaufvermögen								
davon langfristig	0		0		0			
Vorräte	0		0		0			
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	2	0,0%	155	2,1%	201	2,3%	-153	-99,0%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	613	9,7%	723	9,7%	1.157	13,3%	-110	-15,2%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	227	3,6%	338	4,6%	273	3,1%	-111	-32,8%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	842	13,4%	1.216	16,4%	1.630	18,7%	-374	-30,8%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	6.298	100,0%	7.427	100,0%	8.715	100,0%	-1.130	-15,2%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	3.253	51,7%	3.253	43,8%	3.253	37,3%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.092	-33,2%	-2.093	-28,2%	-2.103	-24,1%	+2	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-229	-3,6%	2	0,0%	10	0,1%	-230	-14971,1%
Summe Eigenkapital	933	14,8%	1.161	15,6%	1.160	13,3%	-229	-19,7%
B Langfristiges Fremdkapital	4.273	67,9%	5.104	68,7%	4.951	56,8%	-831	-16,3%
Langfristige Sonderposten	1.610	25,6%	2.256	30,4%	2.901	33,3%	-646	-28,6%
Langfristige Rückstellungen	3	0,0%	3	0,0%	3	0,0%		
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	2.142	34,0%	2.326	31,3%	1.529	17,5%	-184	-7,9%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	112	1,8%	112	1,5%	112	1,3%		
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	406	6,5%	406	5,5%	406	4,7%		
C Kurzfristiges Fremdkapital	1.092	17,3%	1.162	15,6%	2.604	29,9%	-70	-6,0%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	102	1,6%	90	1,2%	172	2,0%	+13	+13,9%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	584	9,3%	578	7,8%	1.982	22,7%	+6	+1,1%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	277	4,4%	243	3,3%	331	3,8%	+34	+14,1%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	12	0,2%	27	0,4%	28	0,3%	-16	-56,7%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	116	1,8%	224	3,0%	92	1,1%	-108	-48,1%
Summe Fremdkapital	5.365	85,2%	6.266	84,4%	7.555	86,7%	-901	-14,4%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	6.298	100,0%	7.427	100,0%	8.715	100,0%	-1.130	-15,2%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2015
AGIT GmbH

	2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1 Umsatzerlöse *1	3.341	3.535	3.697	-193	-5,5%
2 Bestandsveränderungen	0	0	0		
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4 Sonstige betriebliche Erträge (ohne 11.)	57	59	80	-2	-3,6%
5 Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	3.398	3.593	3.777	-195	-5,4%
6 Materialaufwand	0	0	0		
7 Personalaufwand	1.541	1.623	1.664	-82	-5,1%
8 Abschreibungen	914	900	902	+13	+1,5%
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen, davon:	2.698	3.081	3.147	-384	-12,5%
Raum- und Grundstücksaufwendungen	1.982	2.368	2.371	-386	-16,3%
Verwaltungs- und Werbeaufwendungen, Fremdarbeiten	498	535	544	-36	-6,8%
sonstige Aufwendungen	218	179	231	+39	+21,8%
Zwischensumme betriebl. Aufwand	5.152	5.605	5.713	-453	-8,1%
10 Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-1.754	-2.011	-1.935	+258	-12,8%
11 Betriebskostenzuschüsse *2	1.090	1.707	1.549	-616	-36,1%
12 Erträge aus Auflösung von Sonderposten	646	647	650	-1	-0,1%
Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	1.737	2.354	2.199	-617	-26,2%
13 Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	-17	342	264	-360	-105,0%
14 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15 Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	-	-91,7%
17 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18 Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	94	113	148	-19	-17,1%
Zwischensumme Finanzergebnis	-94	-113	-148	+19	-16,8%
21 Ergebnis der gewöhnlichen	-111	230	116	-341	-148,3%
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24 Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26 Sonstige Steuern	118	228	106	-110	-48,3%
27 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-229	2	10	-230	-14971,1%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse					
Mieten, Mietneben- u. sonst. Vorhaltekosten	3.294	3.575	3.310	-281	-7,8%
Projekte, Veranstalt., Kostenerstattungen	229	165	583	+64	+38,7%
Erlöskorrektur Innenumsätze	-182	-205	-195	+23	-11,3%
zu *2 Aufgliederung der Betriebskostenzuschüsse					
Landes-/Bundeshaushalt, Projektzuschüsse	201	650	308	-449	-69,0%
Zuschüsse der Gesellschafter	889	1.057	1.241	-168	-15,9%
davon Kreis Euskirchen	51	56	87	-5	-9,0%

Hinweis: zu *2: Werden hier - im Gegensatz zum Jahresabschluss - als Betriebskostenzuschüsse separat ausgewiesen.

Strukturbilanz
Gesellschaft

2014
Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH

	2014		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	43	0,1%	36	0,1%	39	0,1%	+7	+20,6%
Sachanlagen	49.246	90,4%	47.414	89,5%	46.028	87,0%	+1.831	+3,9%
Finanzanlagen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%		
Summe Anlagevermögen	49.289	90,4%	47.450	89,6%	46.067	87,1%	+1.839	+3,9%
B Umlaufvermögen								
<u>davon langfristig</u>	<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>			
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	2.384	4,4%	3.475	6,6%	2.942	5,6%	-1.092	-31,4%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	550	1,0%	339	0,6%	477	0,9%	+210	+62,1%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	2.273	4,2%	1.705	3,2%	3.433	6,5%	+568	+33,3%
Summe Umlaufvermögen	5.206	9,6%	5.520	10,4%	6.852	12,9%	-314	-5,7%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	54.495	100,0%	52.970	100,0%	52.919	100,0%	+1.525	+2,9%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	2.608	4,8%	2.608	4,9%	2.608	4,9%		
Gewinnrücklagen	11.221	20,6%	11.129	21,0%	10.954	20,7%	+93	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	549	1,0%	406	0,8%	496	0,9%	+143	+35,3%
Summe Eigenkapital	14.378	26,4%	14.142	26,7%	14.058	26,6%	+236	+1,7%
B Langfristiges Fremdkapital	34.785	63,8%	33.203	62,7%	33.332	63,0%	+1.582	+4,8%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	51	0,1%	51	0,1%	59	0,1%		
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	34.734	63,7%	33.152	62,6%	33.272	62,9%	+1.582	+4,8%
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	5.332	9,8%	5.625	10,6%	5.529	10,4%	-293	-5,2%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	173	0,3%	130	0,2%	69	0,1%	+43	+33,5%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	1.662	3,0%	1.529	2,9%	1.573	3,0%	+132	+8,6%
Verbindlichkeiten aus Vermietung, Betreuungstätigkeit, Lieferungen und Leistungen	887	1,6%	655	1,2%	1.380	2,6%	+232	+35,5%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	2.611	4,8%	3.311	6,3%	2.507	4,7%	-700	-21,2%
Summe Fremdkapital	40.117	73,6%	38.828	73,3%	38.861	73,4%	+1.289	+3,3%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	54.495	100,0%	52.970	100,0%	52.919	100,0%	+1.525	+2,9%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft
2014
Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH

		2014	2013	2012	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	9.710	8.090	7.688	+1.619	+20,0%
2	Bestandsveränderungen	-1.091	528	256	-1.619	-306,5%
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	1		
4	Sonstige betriebliche Erträge	118	159	135	-41	-25,7%
	davon: Erträge aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Bauinstandhaltung	0	0	0		
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	8.738	8.778	8.080	-41	-0,5%
6a	Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	3.566	3.837	3.693	-270	-7,0%
6b	Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	410	663	169	-253	-38,1%
7	Personalaufwand	1.167	1.247	1.178	-81	-6,5%
8	Abschreibungen	1.332	1.151	1.003	+181	+15,7%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	368	415	343	-46	-11,1%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>6.844</u>	<u>7.312</u>	<u>6.387</u>	<u>-469</u>	<u>-6,4%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	1.894	1.466	1.693	+428	+29,2%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	1.894	1.466	1.693	+428	+29,2%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	+	+2,4%
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16	23	26	-7	-29,7%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	915	927	908	-12	-1,2%
20	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>-899</u>	<u>-903</u>	<u>-882</u>	<u>+5</u>	<u>-0,5%</u>
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	995	562	811	+433	+77,0%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	167	-64	149	+231	-359,3%
26	Sonstige Steuern	219	219	164	+	+0,1%
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	609	408	497	+201	+49,3%

Verlustausgleich/Ausschüttung Kreis EU (Brutto)	130	130	130		
Verlustausgleich/Ausschüttung an Kreis EU (netto)	109	109	109		

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse

aus der Hausbewirtschaftung	7.896	7.702	7.202	+194	+2,5%
aus dem Verkauf von Grundstücken	1.649	187	271	+1.462	+782,6%
aus Betreuungstätigkeit	164	202	215	-37	-18,5%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2015
Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

	2015		2014		2013		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	1.069	1,7%	970	1,3%	883	1,5%	+99	+10,2%
Sachanlagen	799	1,2%	818	1,1%	940	1,6%	-20	-2,4%
Finanzanlagen	1.481	2,3%	1.307	1,7%	1.116	1,9%	+174	+13,3%
Summe Anlagevermögen	3.349	5,2%	3.096	4,0%	2.938	5,0%	+253	+8,2%
B Umlaufvermögen								
<u>davon langfristig</u>	<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>		<u>±</u>	
Vorräte	10	0,0%	9	0,0%	9	0,0%		
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.428	2,2%	1.095	1,4%	1.054	1,8%	+333	+30,4%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	59.653	92,6%	72.695	94,4%	54.401	92,9%	-13.042	-17,9%
aktiver Unterschied aus Vermögensverrechnung	0		90	0,1%	187	0,3%	-90	-100,0%
Summe Umlaufvermögen	61.090	94,8%	73.889	96,0%	55.651	95,0%	-12.798	-17,3%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	64.439	100,0%	76.984	100,0%	58.589	100,0%	-12.545	-16,3%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	240	0,4%	240	0,3%	240	0,4%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		0		0			
Summe Eigenkapital	240	0,4%	240	0,3%	240	0,4%	±	
B Langfristiges Fremdkapital	3.285	5,1%	3.182	4,1%	3.026	5,2%	+103	+3,2%
Langfristige Sonderposten	704	1,1%	693	0,9%	726	1,2%	+11	+1,6%
Langfristige Rückstellungen	2.581	4,0%	2.489	3,2%	2.300	3,9%	+92	+3,7%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	60.914	94,5%	73.562	95,6%	55.323	94,4%	-12.648	-17,2%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	311	0,5%	377	0,5%	356	0,6%	-67	-17,6%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	647	1,0%	917	1,2%	1.159	2,0%	-270	-29,5%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	59.956	93,0%	72.267	93,9%	53.807	91,8%	-12.311	-17,0%
Summe Fremdkapital	64.199	99,6%	76.744	99,7%	58.349	99,6%	-12.545	-16,3%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	64.439	100,0%	76.984	100,0%	58.589	100,0%	-12.545	-16,3%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2015

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

Position	2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1 Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse)	0	0	0		
2 Erstattungen	6.138	4.868	4.343	+1.270	+26,1%
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4 Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	820	783	1.230	+37	+4,7%
5 Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	6.958	5.651	5.574	+1.307	+23,1%
6 Materialaufwand	7.075	4.730	4.977	+2.345	+49,6%
7 Personalaufwand	4.865	4.704	4.284	+161	+3,4%
8 Abschreibungen	691	603	468	+87	+14,5%
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.691	1.654	1.896	+36	+2,2%
<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>14.321</u>	<u>11.691</u>	<u>11.625</u>	<u>+2.630</u>	<u>+22,5%</u>
10 Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-7.363	-6.040	-6.051	-1.323	+21,9%
11 Betriebskostenzuschüsse *1	7.594	6.257	6.219	+1.337	+21,4%
12 Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>7.594</u>	<u>6.257</u>	<u>6.219</u>	<u>+1.337</u>	<u>+21,4%</u>
13 Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	231	217	168	+14	+6,6%
14 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15 Erträge aus anderen Wertpapieren	43	44	44	-1	-1,7%
16 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1		
17 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	12	8	14	+5	
18 Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	184	218	154	-34	-15,6%
<u>20 Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>-153</u>	<u>-182</u>	<u>-123</u>	<u>+29</u>	<u>-15,7%</u>
21 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	78	35	44	+43	+122,3%
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24 Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	78	0	0	+78	
26 Sonstige Steuern	0	0	0		
27 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	0	35	44	-35	+100,0%
<u>* 1 Aufgliederung der Betriebskostenzuschüsse</u>					
Sonderzuschüsse zur Projektförderung	4.592	3.304	3.329	+1.288	+39,0%
Zweckverband VRS	2.505	2.395	2.310	+110	+4,6%
Mitglieder des Zweckverbandes VRS (u.a. Kreis EU)	300	300	300		
davon: Kreis EU	23	23	23		

	2015		2014		2013		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	532	0,5%	624	0,6%	563	0,7%	-92	-14,7%
Sachanlagen	69.297	70,1%	66.770	68,7%	59.649	71,6%	+2.526	+3,8%
Finanzanlagen	19	0,0%	19	0,0%	34	0,0%		
Summe Anlagevermögen	69.848	70,6%	67.413	69,3%	60.246	72,3%	+2.434	+3,6%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	2.461	2,5%	2.389	2,5%	2.228	2,7%	+72	+3,0%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	14.345	14,5%	12.718	13,1%	12.852	15,4%	+1.626	+12,8%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	8.559	8,7%	11.078	11,4%	4.525	5,4%	-2.518	-22,7%
Ausgleichsposten nach dem KHG	3.657	3,7%	3.657	3,8%	3.490	4,2%		
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	29.021	29,4%	29.841	30,7%	23.095	27,7%	-820	-2,7%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	98.869	100,0%	97.255	100,0%	83.341	100,0%	+1.614	+1,7%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	665	0,7%	665	0,7%	665	0,8%		
Kapitalrücklage	3.783	3,8%	3.783	3,9%	3.783	4,5%		
Gewinnrücklagen	4.305	4,4%	4.305	4,4%	4.305	5,2%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	17.919	18,1%	16.218	16,7%	13.561	16,3%	+1.701	+10,5%
Unterschiedsbetrag/Ausgleichsposten	3.105	3,1%	3.050	3,1%	1.269	1,5%	+54	+1,8%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.239	1,3%	1.701	1,7%	2.657	3,2%	-461	-27,1%
Summe Eigenkapital	31.016	31,4%	29.722	30,6%	26.240	31,5%	+1.294	+4,4%
B Langfristiges Fremdkapital	44.043	44,5%	45.868	47,2%	40.219	48,3%	-1.825	-4,0%
Langfristige Sonderposten	19.361	19,6%	20.395	21,0%	18.174	21,8%	-1.034	-5,1%
Langfristige Rückstellungen	119	0,1%	119	0,1%	238	0,3%		
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	23.735	24,0%	24.510	25,2%	21.110	25,3%	-775	-3,2%
Langfr. Verb. ggü. Beteiligungen, verb. Unternehmen sowie Gesellschafter nach Krankenhausfinanzierungsrecht	186	0,2%	186	0,2%	104	0,1%		
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	641	0,6%	658	0,7%	593	0,7%	-17	-2,6%
C Kurzfristiges Fremdkapital	23.811	24,1%	21.665	22,3%	16.882	20,3%	+2.146	+9,9%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	11.100	11,2%	11.065	11,4%	9.570	11,5%	+35	
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	2.533	2,6%	2.032	2,1%	1.723	2,1%	+501	+24,7%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.079	4,1%	2.936	3,0%	2.982	3,6%	+1.143	+38,9%
Kurzfr. Verb. ggü. Beteiligungen, verb. Unternehmen sowie Gesellschafter nach Krankenhausfinanzierungsrecht	2.795	2,8%	2.111	2,2%	627	0,8%	+684	+32,4%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	3.304	3,3%	3.521	3,6%	1.980	2,4%	-217	-6,2%
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	762	0,8%	823.203	846,4%	0		-822.441	
Summe Fremdkapital	67.853	68,6%	67.532	69,4%	57.101	68,5%	+321	0,5%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	98.869	100,0%	97.255	100,0%	83.341	100,0%	+1.614	1,7%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft
2015
Kreiskrankenhaus Meckernich - Konzernabschluss

	2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erlöse Altenpflege und Rehabilitation	18.090	17.417	16.507	+673	+3,9%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	75.768	72.424	57.191	+3.344	+4,6%
Erlöse aus Wahlleistungen	2.528	2.296	1.987	+233	+10,1%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	2.741	2.928	2.549	-187	-6,4%
Nutzungsentgelte der Ärzte	1.941	1.950	1.100	-9	
Bestandsveränderungen	8	-19	-35	+27	-141,3%
Sonstige Umsatzerlöse	635	698	689	-63	-9,0%
Sonstige betriebliche Erträge	5.563	6.050	3.734	-487	-8,0%
Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	107.275	103.744	83.722	+3.531	+3,4%
Materialaufwand	24.112	23.099	19.724	+1.013	+4,4%
Personalaufwand	68.084	65.419	51.523	+2.665	+4,1%
Abschreibungen	5.882	5.518	4.664	+364	+6,6%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.026	11.772	8.472	+254	+2,2%
<u>Zwischensumme Aufwand</u>	<u>110.104</u>	<u>105.808</u>	<u>84.383</u>	<u>+4.296</u>	<u>+4,1%</u>
Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	-2.830	-2.064	-661	-765	+37,1%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	2.187	1.944	1.753	+243	+12,5%
Saldo aus Auflösung Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	3.233	3.129	2.619	+104	+3,3%
Betriebsergebnis (mit Zuschüssen und SoPo)	2.591	3.009	3.712	-418	-13,9%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	40	138	288	-98	-70,7%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.069	1.107	1.064	-37	-3,4%
Finanzergebnis	-1.029	-969	-775	-60	+6,2%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.562	2.040	2.937	-479	-23,5%
Außerordentliche Erträge	0	0	0		
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	166	13	46	+153	+1160,5%
Sonstige Steuern	54	32	0	+21	+65,0%
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	1.343	1.995	2.891	-652	-32,7%

bei Konzernabschluss:

auf andere Gesellschafter entfallenden Gewinn/Verlust	-103	-294	-234	+191	-64,9%
Konzerngewinn	1.239	1.701	2.657	-461	-27,1%

	2015		2014		2013		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	327	0,4%	358	0,5%	425	0,6%	-31	-8,7%
Sachanlagen	43.485	59,1%	42.819	58,4%	41.977	61,2%	+666	+1,6%
Finanzanlagen	6.099	8,3%	6.050	8,3%	5.617	8,2%	+49	
Summe Anlagevermögen	49.911	67,8%	49.227	67,2%	48.018	70,0%	+684	+1,4%
B Umlaufvermögen								
davon langfristig	1.075	1,5%	1.075	1,5%	1.300	1,9%		
Vorräte	1.841	2,5%	1.891	2,6%	1.896	2,8%	-50	-2,7%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	2.094	2,8%	1.372	1,9%	641	0,9%	+722	+52,6%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	10.354	14,1%	8.561	11,7%	10.638	15,5%	+1.792	+20,9%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	5.914	8,0%	8.722	11,9%	3.958	5,8%	-2.808	-32,2%
Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490	4,7%	3.490	4,8%	3.490	5,1%		
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	23.693	32,2%	24.037	32,8%	20.623	30,0%	-344	-1,4%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	73.604	100,0%	73.264	100,0%	68.641	100,0%	+340	
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	665	0,9%	665	0,9%	665	1,0%		
Kapitalrücklage	3.783	5,1%	3.783	5,2%	3.783	5,5%		
Gewinnrücklagen	4.305	5,8%	4.305	5,9%	4.305	6,3%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	16.254	22,1%	14.827	20,2%	13.360	19,5%	+1.428	+9,6%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.492	2,0%	1.428	1,9%	1.467	2,1%	+64	+4,5%
Summe Eigenkapital	26.498	36,0%	25.007	34,1%	23.579	34,4%	+1.492	+6,0%
B Langfristiges Fremdkapital	30.620	41,6%	32.933	45,0%	30.833	44,9%	-2.313	-7,0%
Langfristige Sonderposten	15.996	21,7%	17.200	23,5%	18.171	26,5%	-1.205	-7,0%
Langfristige Rückstellungen	307	0,4%	0		0		+307	
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	13.677	18,6%	15.075	20,6%	12.069	17,6%	-1.398	-9,3%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
186	0,3%	186	0,3%	104	0,2%			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	641	0,9%	658	0,9%	593	0,9%	-17	-2,6%
C Kurzfristiges Fremdkapital	16.485	22,4%	15.324	20,9%	14.230	20,7%	+1.161	+7,6%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	8.810	12,0%	9.272	12,7%	8.731	12,7%	-462	-5,0%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	1.400	1,9%	994	1,4%	820	1,2%	+406	+40,8%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.651	3,6%	1.935	2,6%	2.421	3,5%	+715	+37,0%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	78	0,1%	445	0,6%	72	0,1%	-367	-82,5%
1.909	2,6%	1.089	1,5%	627	0,9%	+820	+75,3%	
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.638	2,2%	1.589	2,2%	1.559	2,3%	+49	+3,1%
Summe Fremdkapital	47.106	64,0%	48.257	65,9%	45.062	65,6%	-1.151	-2,4%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	73.604	100,0%	73.264	100,0%	68.641	100,0%	+340	

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2015

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH

	2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	63.137	59.438	57.191	+3.699	+6,2%
Erlöse aus Wahlleistungen	2.276	2.027	1.987	+249	+12,3%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	2.417	2.563	2.549	-146	-5,7%
Nutzungsentgelte der Ärzte	1.086	1.094	1.100	-8	
Bestandsveränderungen	-8	4	-35	-11	-311,1%
Sonstige betriebliche Erträge	4.727	5.065	4.322	-338	-6,7%
Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	73.636	70.192	67.115	+3.444	+4,9%
Materialaufwand	19.568	18.063	17.731	+1.505	+8,3%
Personalaufwand	45.095	43.059	40.980	+2.036	+4,7%
Abschreibungen	4.459	4.073	3.909	+385	+9,5%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.183	7.570	6.975	-387	-5,1%
<u>Zwischensumme Aufwand</u>	<u>76.305</u>	<u>72.765</u>	<u>69.594</u>	<u>+3.540</u>	<u>+4,9%</u>
Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	-2.668	-2.573	-2.480	-95	+3,7%
Saldo aus Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	2.762	2.657	2.619	+105	+3,9%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	2.085	1.843	1.648	+242	+13,1%
<u>Zw.summe Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>4.846</u>	<u>4.500</u>	<u>4.268</u>	<u>+347</u>	<u>+7,7%</u>
Betriebsergebnis (mit Zuschüssen und SoPo)	2.178	1.927	1.788	+251	+13,0%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	57	147	306	-89	-61,1%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	593	629	597	-35	-5,6%
Ergebnis assoziierte Unternehmen	0	0	0		
Finanzergebnis	-536	-482	-291	-54	+11,3%
Ergebnis der gewöhnlichen	1.642	1.445	1.497	+197	+13,6%
Außerordentliche Erträge	0	0	0		
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	128	0	13	+128	
Sonstige Steuern	22	17	18	+5	+28,4%
Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	1.492	1.428	1.467	+64	+4,5%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2015
Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH

	2015		2014		2013		Veränderung	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%		
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	170	0,9%	234	1,3%	122	0,7%	-65	-0,3%
Sachanlagen	16.651	93,0%	16.661	90,4%	16.731	91,5%	-11	-0,1%
Finanzanlagen	14	0,1%	14	0,1%	14	0,1%		
Summe Anlagevermögen	16.834	94,0%	16.909	91,7%	16.867	92,3%	-75	-0,4%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>		-	
Vorräte	40	0,2%	41	0,2%	37	0,2%	-1	-2,7%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		286	1,5%	0		-286	
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	904	5,0%	1.077	5,8%	1.263	6,9%	-174	-16,1%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	127	0,7%	125	0,7%	114	0,6%	+2	+1,3%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.070	6,0%	1.529	8,3%	1.414	7,7%	-459	-30,0%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	17.905	100,0%	18.439	100,0%	18.280	100,0%	-534	-2,9%
Passiva	TEUR		TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital		0,0%						
Gezeichnetes Kapital	5.704	31,9%	5.704	30,9%	5.704	31,2%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	939	5,2%	480	2,6%	-248	-1,4%	+459	+95,6%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-49	-0,3%	459	2,5%	729	4,0%	-508	-110,6%
Summe Eigenkapital	6.595	36,8%	6.643	36,0%	6.184	33,8%	-49	-0,7%
B Langfristiges Fremdkapital	7.638	42,7%	8.454	45,8%	8.256	45,2%	-815	-9,6%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	7.638	42,7%	8.454	45,8%	8.628	47,2%	-815	-9,6%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		-372	-2,0%		
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0	0,0%		
C Kurzfristiges Fremdkapital	3.672	20,5%	3.342	18,1%	3.841	21,0%	+330	+9,9%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	397	2,2%	310	1,7%	352	1,9%	+87	+28,1%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	815	4,6%	768	4,2%	742	4,1%	+47	+6,1%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	194	1,1%	243	1,3%	180	1,0%	-49	-20,1%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	2.039	11,4%	1.635	8,9%	2.335	12,8%	+404	+24,7%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	227	1,3%	386	2,1%	231	1,3%	-159	-41,3%
Summe Fremdkapital	11.310	63,2%	11.796	64,0%	12.096	66,2%	-486	-4,1%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	17.905	100,0%	18.439	100,0%	18.280	100,0%	-534	-2,9%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2015
Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH

		2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Zuschüsse) *1	6.839	6.738	6.480	+101	+1,5%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo) *2	3.335	3.364	3.421	-29	
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	10.174	10.102	9.901	+72	
6	Materialaufwand, davon:	2.070	2.178	2.151	-107	-4,9%
6a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	703	691	724	+12	+1,7%
6b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.367	1.486	1.427	-119	-8,0%
7	Personalaufwand	4.611	4.262	3.976	+349	+8,2%
8	Abschreibungen	666	669	627	-2	
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.396	2.073	1.943	+323	+15,6%
	davon u. a. Mieten	899	874	886	+25	+2,9%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>9.743</u>	<u>9.182</u>	<u>8.697</u>	<u>+562</u>	<u>+6,1%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	430	920	1.204	-490	-53,2%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
13	Betriebsergebnis (mit Zuschüssen)	430	920	1.204	-490	-53,2%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	8	16	-7	-90,2%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	453	460	484	-7	-1,5%
20	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>-452</u>	<u>-452</u>	<u>-468</u>		+0,0%
21	Ergebnis der gewöhnlichen	-22	468	736	-490	-104,7%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7	0	0	+7	
26	Sonstige Steuern	20	9	8	+11	+122,9%
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-49	459	729	-508	-110,6%

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse						
	Altenpflege	3.449	3.279	3.077	+170	+5,2%
	Altenpflgewohnungen	619	658	641	-39	-5,9%
	Geriatrische Rehabilitation	2.740	2.754	2.716	-14	-0,5%
	Erstattungen	30	47	46	-17	-36,2%
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Erträge						
	Kostenerstattungen Brabenderstift	930	917	891	+13	+1,4%
	Erlöse aus Vermietung	753	711	690	+42	+5,9%
	Erträge aus Med. Versorgungszentrum	980	858	774	+122	+14,2%
	Erträge aus Essenslieferungen	28	30	32	-2	-6,7%
	Erträge aus Darlehensverzicht	0	500	750	-500	
	Unterstützungsleistung KKM	226	0	0	0	0
	Erträge aus der Auflösung von SoPo	0	0	0		
	Sonstige	418	348	284	+70	+20,2%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2015
Liebfrauenhof Schleiden GmbH

	2015		2014		2013		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	9	0,00493833	0		0			
Sachanlagen	2	0,1%	3	0,2%	3	0,2%	0	-15,3%
Finanzanlagen	0	0	0		0			
Summe Anlagevermögen	11	0	3	0	3	0	8	292,2%
B Umlaufvermögen								
<u>davon langfristig</u>	<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>			
Vorräte	18	1,0%	16	1,0%	16	1,2%	+2	+10,7%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	1.195	68,9%	1.104	70,3%	971	72,4%	+92	+8,3%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	125	7,2%	158	10,1%	118	8,8%	-34	-21,2%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	386	22,2%	288	18,4%	233	17,3%	+98	+34,0%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.724	99,4%	1.566	99,8%	1.338	99,8%	+158	10,1%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	1.735	100,0%	1.569	100,0%	1.341	100,0%	+166	10,6%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	100	5,8%	100	6,4%	100	7,5%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	1	0,1%	1	0,1%	1	0,1%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	964	55,5%	678	43,2%	496	37,0%	+286	+42,2%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	122	7,0%	286	18,2%	182	13,6%	-165	-57,5%
Summe Eigenkapital	1.186	68,4%	1.065	67,9%	779	58,1%	+122	11,4%
B Langfristiges Fremdkapital	12	0,7%	11	0,7%	11	0,8%		+2,5%
Langfristige Sonderposten	2	0,1%	3	0,2%	3	0,2%		-9,0%
Langfristige Rückstellungen	9	0,5%	9	0,5%	8	0,6%		+6,0%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	537	31,0%	493	31,4%	551	41,1%	+44	+8,9%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	234	13,5%	225	14,3%	256	19,1%	+10	+4,4%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	73	4,2%	76	4,9%	103	7,6%	-4	-4,6%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	6	0,3%	12	0,8%	16	1,2%	-6	-51,6%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	224	12,9%	180	11,5%	178	13,2%	+44	+24,5%
Summe Fremdkapital	549	31,6%	504	32,1%	562	41,9%	+44	8,8%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	1.735	100,0%	1.569	100,0%	1.341	100,0%	+166	10,6%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2015

Liebfrauenhof Schleiden GmbH

		2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	7.442	7.176	6.925	+266	+3,7%
2	Bestandsveränderungen					
3	Andere aktivierte Eigenleistungen					
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	446	370	263	+75	+20,3%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	7.887	7.546	7.188	+342	+4,5%
6	Materialaufwand	1.357	1.399	1.361	-43	-3,0%
7	Personalaufwand	3.796	3.469	3.286	+327	+9,4%
8	Abschreibungen	3	1	1	+2	
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen *2	2.631	2.409	2.372	+222	+9,2%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>7.786</u>	<u>7.278</u>	<u>7.020</u>	<u>+508</u>	<u>+7,0%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	101	268	168	-166	-62,2%
11	Betriebskostenzuschüsse					
	davon aus dem Kreishaushalt					
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
13	Aufwendungen aus der Zuführung zu SoPo / Verbindlichkeiten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
14	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	102	268	168	-166	-62,1%
15	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
16	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
17	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21	19	14	+2	+10,3%
18	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
19	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
20	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	1	0	
21	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>20</u>	<u>18</u>	<u>13</u>	<u>+2</u>	<u>+9,9%</u>
22	Ergebnis der gewöhnlichen	122	286	182	-165	-57,5%
23	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
24	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
25	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
26	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
27	Sonstige Steuern	0	0	0		
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	122	286	182	-165	-57,5%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse (Erträge aus stationärer Pflege und Betreuung)						
	Altenpflegeheim Liebfrauenhof	4.691	4.556	4.426	+135	+3,0%
	Altenpflegeheim Brabenderstift	2.751	2.619	2.499	+131	+5,0%
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen						
	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	2.233	2.107	2.091	+127	0,1
	Mieten, Pacht, Leasing	0	0	0		

	2015		2014		2013		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
					TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	0	0,1%	1	0,1%	10	1,0%		-33,3%
Sachanlagen	759	83,5%	804	86,8%	860	83,1%	-45	-5,7%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	759	83,6%	805	86,9%	870	84,0%	-46	-5,7%
B Umlaufvermögen								
<u>davon langfristig</u>	<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>			
Vorräte	27	3,0%	16	1,7%	19	1,8%	+11	+72,9%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	46	5,0%	17	1,9%	21	2,0%	+29	+164,5%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	66	7,3%	83	9,0%	114	11,0%	-17	-20,7%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	11	1,2%	5	0,5%	12	1,1%	+6	+113,4%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	149	16,4%	121	13,1%	165	16,0%	+28	+23,2%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	909	100,0%	926	100,0%	1.035	100,0%	-18	-1,9%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	25	2,8%	25	2,7%	25	2,4%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	122	13,4%	111	11,9%	-186	-18,0%	+11	+10,0%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2	-0,2%	11	1,2%	296	28,6%	-13	-117,2%
Summe Eigenkapital	145	15,9%	147	15,8%	136	13,1%	-2	-1,3%
B Langfristiges Fremdkapital	0		205	22,1%	390	37,7%	-205	-100,0%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		205	22,1%	390	37,7%	-205	-100,0%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0	0,0%	0			-100,0%
C Kurzfristiges Fremdkapital	764	84,1%	575	62,0%	510	49,2%	+190	+33,0%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	46	5,0%	36	3,9%	37	3,6%	+10	+26,9%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	198	21,8%	185	19,9%	185	17,8%	+14	+7,4%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2	0,2%	7	0,7%	4	0,3%	-5	-74,2%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	511	56,3%	340	36,7%	275	26,5%	+172	+50,6%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	7	0,8%	8	0,8%	10	1,0%		-7,5%
Summe Fremdkapital	764	84,1%	780	84,2%	900	86,9%	-16	-2,0%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	909	100,0%	926	100,0%	1.035	100,0%	-18	-1,9%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft
2015
AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

		2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (Mieten OP-Säle)	637	702	777	-66	-9,3%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	77	44	331	+33	+74,0%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	714	746	1.108	-33	-4,4%
6	Materialaufwand	149	142	168	+6	+4,3%
7	Personalaufwand	346	349	352	-3	
8	Abschreibungen	51	65	106	-14	-21,6%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	151	155	150	-5	-2,9%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>696</u>	<u>712</u>	<u>776</u>	<u>-16</u>	<u>-2,2%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	17	35	332	-17	-50,2%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	17	35	332	-17	-50,2%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0		
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19	24	35	-4	-18,4%
20	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>-19</u>	<u>-23</u>	<u>-35</u>	<u>4</u>	<u>-18,4%</u>
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2	11	296	-13	-117,2%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	0	0	0		
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-2	11	296	-13	-117,2%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2015
VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

	2015		2014		2013		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	10	0,5%	13	0,8%	6	0,4%	-3	-25,0%
Sachanlagen	43	2,0%	52	2,9%	60	3,9%	-9	-16,6%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	53	2,4%	65	3,7%	66	4,3%	-12	-18,3%
B Umlaufvermögen								
davon langfristig	0		0		0			
Vorräte	0		0		0			
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	1.327	60,5%	1.001	56,3%	862	55,6%	+326	+32,6%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	469	21,4%	494	27,8%	478	30,8%	-25	-5,0%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	344	15,7%	218	12,2%	145	9,3%	+126	+58,1%
Ausgleichsposten nach dem KHG	0		0		0			
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	2.140	97,6%	1.713	96,3%	1.485	95,7%	+428	+25,0%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	2.194	100,0%	1.778	100,0%	1.551	100,0%	+416	+23,4%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	25	1,1%	25	1,4%	25	1,6%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	1	0,0%	1	0,0%	1	0,0%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.345	61,3%	1.015	57,1%	810	52,2%	+330	+32,5%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	293	13,4%	330	18,6%	205	13,2%	-37	-11,2%
Summe Eigenkapital	1.664	75,9%	1.371	77,1%	1.041	67,1%	+293	+21,4%
B Langfristiges Fremdkapital	5	0,2%	13	0,7%	32	2,0%	-8	-58,8%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	5	0,2%	13	0,7%	32	2,0%	-8	-58,8%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	524	23,9%	394	22,2%	479	30,9%	+130	+33,0%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	327	14,9%	274	15,4%	348	22,4%	+54	+19,7%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	26	1,2%	16	0,9%	50	3,3%	+10	+66,0%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	90	4,1%	34	1,9%	33	2,1%	+56	+162,4%
nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	81	3,7%	71	4,0%	48	3,1%	+10	+14,0%
Summe Fremdkapital	530	24,1%	407	22,9%	511	32,9%	+122	+30,1%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	2.194	100,0%	1.778	100,0%	1.551	100,0%	+416	+23,4%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2015
VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

		2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Zuschüsse) *1	3.810	3.504	3.102	+306	+8,7%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	232	228	127	+5	+2,0%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	4.042	3.731	3.229	+310	+8,3%
6	Materialaufwand, davon:	444	374	320	+70	+18,8%
6a	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	192	183	167	+9	+4,9%
6b	Aufwendungen für bezogene Leistungen	253	191	153	+61	+32,0%
7	Personalaufwand	2.501	2.180	1.973	+321	+14,7%
8	Abschreibungen	15	18	19	-2	-13,7%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen *2	909	945	829	-36	-3,8%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	3.869	3.517	3.141	+353	+10,0%
10	Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	172	215	88	-43	-19,8%
11	Betriebskostenzuschüsse	102	101	105	+1	+1,1%
	davon aus dem Kreishaushalt	102	101	105	+1	+1,1%
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	102	101	105	+1	+1,1%
13	Betriebsergebnis (mit Zuschüssen)	275	316	193	-41	-13,1%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22	17	15	+5	+32,0%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1		+20,7%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	21	16	14	+5	+32,2%
21	Ergebnis der gewöhnlichen	296	332	207	-36	-10,9%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	3	2	1		+26,8%
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	293	330	205	-37	-11,2%

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse						
	Erträge aus ambulanten Pflegeleistungen nach SGB XI			1.488		
	Erträge aus ambulanten Pflegeleistungen nach SGB V			1.274		
	Sonstige Pflegeleistungen (Mobiler Mittagstisch)			68		
	Erträge aus teilstationärer Pflege/Tagespflege					
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen						
	Verwaltungsbedarf	0	0	103		
	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	0	0	286		
	Instandhaltung und Instandsetzung	0	0	71		
	Abgaben, Versicherungen	0	0	34		
	Mieten, Pacht, Leasing	0	0	14		
	Forderungsverluste	0	0	6		
	Sonstige Aufwendungen	0	0	186		

Anmerkungen/Erläuterungen

Durch automatische Rundungen kann es zu kleineren Differenzen in den Ergebnissen kommen.

*1 Abkürzung für Kennzahlenbildung

Strukturbilanz
Gesellschaft

2015

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

	2015		2013		2012		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	16	0,1%	17	0,2%	26	0,2%		-5,5%
Sachanlagen	8.330	67,3%	6.430	61,9%	6.904	63,7%	+1.900	+29,5%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	8.346	67,4%	6.448	62,1%	6.930	64,0%	1.899	29,4%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>	
Vorräte	189	1,5%	170	1,6%	304	2,8%	+19	+11,4%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		8	0,1%		
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	2.194	17,7%	2.143	20,6%	2.228	20,6%	+51	+2,4%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	1.480	12,0%	1.454	14,0%	1.195	11,0%	+26	+1,8%
Ausgleichsposten nach dem KHG	167	1,3%	167	1,6%	167	1,5%		
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	4.030	32,6%	3.933	37,9%	3.903	36,0%	97	2,5%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	12.376	100,0%	10.381	100,0%	10.833	100,0%	1.995	19,2%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	30	0,2%	30	0,3%	30	0,3%		
Kapitalrücklage	272	2,2%	272	2,6%	272	2,5%		
Gewinnrücklagen	3.064	24,8%	3.064	29,5%	3.064	28,3%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.965	-15,9%	-1.430	-13,8%	-260	-2,4%	-535	+37,4%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-567	-4,6%	-535	-5,2%	-73	-0,7%	-32	+6,1%
Summe Eigenkapital	834	6,7%	1.401	13,5%	3.033	28,0%	-567	-40,5%
B Langfristiges Fremdkapital	5.847	47,2%	4.045	39,0%	4.397	40,6%	1.803	44,6%
Langfristige Sonderposten	3.363	27,2%	3.192	30,7%	3.250	30,0%	+171	+5,4%
Langfristige Rückstellungen	65	0,5%	70	0,7%	206	1,9%	-5	-7,4%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	2.419	19,5%	783	7,5%	941	8,7%	+1.637	+209,1%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%		+1100,0%
C Kurzfristiges Fremdkapital	5.695	46,0%	4.935	47,5%	3.402	31,4%	+760	+15,4%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	941	7,6%	921	8,9%	635	5,9%	+20	+2,2%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	120	1,0%	80	0,8%	77	0,7%	+41	+51,3%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	823	6,7%	556	5,4%	306	2,8%	+267	+48,0%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	1.703	13,8%	970	9,3%	122	1,1%	+733	+75,5%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	886	7,2%	1.022	9,8%	941	8,7%	-136	-13,3%
Summe Fremdkapital	11.542	93,3%	8.980	86,5%	7.800	72,0%	2.563	28,5%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	12.376	100,0%	10.381	100,0%	10.833	100,0%	1.995	19,2%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2015

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

	2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	12.631	12.985	13.020	-354	-2,7%
Erlöse aus Wahlleistungen	252	269	321	-16	-6,1%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	324	365	364	-41	-11,2%
Nutzungsentgelte der Ärzte	855	856	956	-1	
Bestandsveränderungen	15	-23	-103	+38	-168,2%
Sonstige betriebliche Erträge	1.229	1.463	1.185	-234	-16,0%
Gesamtleistung	15.307	15.915	15.742	-608	-3,8%
Materialaufwand	3.022	2.998	3.780	+24	
Personalaufwand	10.217	10.708	10.644	-491	-4,6%
Abschreibungen	685	692	713	-7	-1,0%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.357	2.477	2.120	-121	-4,9%
<u>Zwischensumme Aufwand</u>	<u>16.280</u>	<u>16.875</u>	<u>17.258</u>	<u>-595</u>	<u>-3,5%</u>
Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-974	-960	-1.516	-13	+1,4%
Saldo aus Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	471	472	466		
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	0	0	0		
<u>Zw.summe Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>471</u>	<u>472</u>	<u>466</u>		
Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen und SoPo)	-503	-488	-1.050	-14	+2,9%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	4	7	-1	-29,1%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	56	41	45	+16	+38,5%
Ergebnis assoziierte Unternehmen	0	0	0		
Finanzergebnis	-53	-37	-38	-17	+45,9%
Ergebnis der gewöhnlichen	-556	-525	-1.088	-31	+5,9%
Außerordentliche Erträge	0	0	0		
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12	10	9	+1	+13,0%
Sonstige Steuern	0	0	0		
Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-567	-535	-1.097	-32	+6,1%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2015
Regionalverkehr Köln GmbH - Konzern

	2015		2014		2013		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	589	1,1%	854	1,4%	1.037	1,6%	-265	-31,1%
Sachanlagen	34.825	62,4%	37.956	60,2%	46.013	71,1%	-3.132	-8,3%
Finanzanlagen	12	0,0%	63	0,1%	63	0,1%	-51	-80,5%
Summe Anlagevermögen	35.426	63,5%	38.874	61,6%	47.113	72,8%	-3.448	-8,9%
B Umlaufvermögen								
<u>davon langfristig</u>	<u>876</u>	<u>1,6%</u>	<u>876</u>	<u>1,4%</u>	<u>876</u>	<u>1,4%</u>	<u>+0</u>	<u>-</u>
Vorräte	186	0,3%	179	0,3%	350	0,5%	+7	+3,7%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	2.691	4,8%	3.428	5,4%	2.969	4,6%	-737	-21,5%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	4.025	7,2%	3.441	5,5%	3.114	4,8%	+584	+17,7%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	13.497	24,2%	17.150	27,2%	11.104	17,2%	-3.653	-21,3%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		45	0,1%		
Summe Umlaufvermögen	20.399	36,5%	24.198	38,4%	17.582	27,2%	-3.799	-15,7%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	55.825	100,0%	63.072	100,0%	64.694	100,0%	-7.246	-11,5%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	3.221	5,8%	3.579	5,7%	3.579	5,5%	-358	-10,9%
Kapitalrücklage	6.255	11,2%	7.883	12,5%	8.099	12,5%	-1.627	-20,6%
Gewinnrücklagen	711	1,3%	711	1,1%	711	1,1%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.889	7,0%	5.703	9,0%	3.269	5,1%	-1.814	-31,8%
Summe Eigenkapital	14.076	25,2%	17.876	28,3%	15.658	24,2%	-3.799	-21,3%
B Langfristiges Fremdkapital	21.996	39,4%	27.146	43,0%	29.712	45,9%	-5.150	-19,9%
Langfristige Sonderposten	7.122	12,8%	9.281	14,7%	9.423	14,6%	-2.158	-23,3%
Langfristige Rückstellungen	1.308	2,3%	1.286	2,0%	697	1,1%	+21	+1,7%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	13.566	24,3%	16.579	26,3%	19.592	30,3%	-3.013	-18,2%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0%	0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	19.753	35,4%	18.050	28,6%	19.324	29,9%	+1.703	+9,4%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	9.968	17,9%	8.236	13,1%	8.874	13,7%	+1.732	+21,7%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	3.013	5,4%	2.981	4,7%	3.310	5,1%	+31	+1,9%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.076	5,5%	2.856	4,5%	3.068	4,7%	+220	+7,7%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	1.781	3,2%	1.319	2,1%	596	0,9%	+462	+35,9%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.915	3,4%	2.658	4,2%	3.477	5,4%	-743	-27,9%
Summe Fremdkapital	41.749	74,8%	45.196	71,7%	49.036	75,8%	-3.447	-7,6%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	55.825	100,0%	63.072	100,0%	64.694	100,0%	-7.246	-11,5%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft
2015
Regionalverkehr Köln GmbH - Konzern

		2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	62.483	64.063	66.551	-1.580	-2,5%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	16.868	17.860	17.051	-992	-5,6%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	79.351	81.923	83.601	-2.572	-3,1%
6	Materialaufwand, davon:	33.076	32.950	35.460	+126	
6a	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.474	6.285	8.173	-810	-12,9%
6b	Aufwendungen für bezogene Leistungen	27.601	26.665	27.287	+936	+3,5%
7	Personalaufwand	32.631	31.861	33.544	+770	+2,4%
8	Abschreibungen	7.154	7.853	7.735	-699	-8,9%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.584	8.167	7.962	-583	-7,1%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	80.445	80.831	84.701	-386	-,5%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-1.094	1.092	-1.100	-2.186	-200,2%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	2.214	2.565	2.348	-352	-13,7%
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	2.214	2.565	2.348	-352	-13,7%
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	1.120	3.658	1.248	-2.538	-69,4%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	3	3	-3	-100,0%
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	21	17	-14	-63,3%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	599	672	661	-73	-10,9%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-591	-647	-641	+57	-8,7%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	529	3.010	607	-2.481	-82,4%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	26	40	34	-14	-34,3%
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	503	2.971	573	-2.467	-83,1%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse (u.a.)						
	Linienverkehr nach § 42 PBefG lfd. Jahr	21.221	21.741	19.810	-519	-2,4%
	Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen	38.705	38.800	42.797	-95	
	Sonderlinienverkehr nach § 43 PBefG	19	23	19	-4	-17,5%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2015

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG - Konzern

	2015		2014		2013		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	910	1,7%	679	1,1%	773	1,5%	+231	+34,0%
Sachanlagen	31.138	58,3%	21.237	35,4%	21.945	44,0%	+9.901	+46,6%
Finanzanlagen	4.525	8,5%	11.052	18,4%	7.971	16,0%	-6.526	-59,1%
Summe Anlagevermögen	36.574	68,5%	32.968	55,0%	30.688	61,5%	+3.606	+10,9%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>38</i>	<i>0,1%</i>	<i>38</i>	<i>0,1%</i>	<i>67</i>	<i>0,1%</i>	-	-
Vorräte	975	1,8%	614	1,0%	526	1,1%	+361	+58,9%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	262	0,5%	264	0,4%	61	0,1%	-2	
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	8.132	15,2%	5.681	9,5%	10.025	20,1%	+2.451	+43,2%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	7.009	13,1%	20.111	33,6%	8.534	17,1%	-13.102	-65,2%
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	467	0,9%	299	0,5%	31	0,1%	+168	+56,3%
Summe Umlaufvermögen	16.845	31,5%	26.968	45,0%	19.179	38,5%	-10.123	-37,5%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	53.419	100,0%	59.937	100,0%	49.867	100,0%	-6.517	-10,9%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	12.862	24,1%	7.850	13,1%	7.849	15,7%	+5.012	+63,9%
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.902	7,3%	3.924	6,5%	3.464	6,9%	-22	
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	490	0,9%	411	0,7%	578	1,2%	+78	+19,1%
Summe Eigenkapital	17.254	32,3%	12.185	20,3%	11.891	23,8%	+5.069	41,6%
B Langfristiges Fremdkapital	17.905	33,5%	21.568	36,0%	18.563	37,2%	-3.663	-17,1%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	3.702	6,9%	10.768	18,0%	7.245	14,5%	-7.065	-65,6%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	7.786	14,6%	4.029	6,7%	4.206	8,4%	+3.758	
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	6.416	12,0%	6.771	11,3%	7.112	14,3%	-355	-5,2%
C Kurzfristiges Fremdkapital	18.261	34,2%	26.184	43,7%	19.412	38,9%	-7.923	-30,3%
Kurzfristige Sonderposten	1.438	2,7%	1.863	3,1%	2.777	5,6%	-425	-22,8%
Kurzfristige Rückstellungen	6.967	13,0%	5.837	9,7%	4.493	9,0%	+1.130	+19,4%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	664	1,2%	2.218	3,7%	170	0,3%	-1.553	-70,1%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.915	5,5%	6.376	10,6%	4.900	9,8%	-3.461	-54,3%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	171	0,3%	4	0,0%	2	0,0%	+167	+4.015,3%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	6.106	11,4%	9.887	16,5%	7.070	14,2%	-3.781	-38,2%
Summe Fremdkapital	36.166	67,7%	47.752	79,7%	37.975	76,2%	-11.586	-24,3%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	53.419	100,0%	59.937	100,0%	49.867	100,0%	-6.517	-10,9%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2015
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG - Konzern

		2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	75.301	74.116	72.149	1.186	+ 1,6%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	613	537	20	76	+ 14,2%
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	3.159	3.640	1.265	-481	-13,2%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	79.074	78.293	73.434	781	+ 1,0%
6	Materialaufwand, <u>davon:</u>	51.516	55.907	51.446	-4.391	-7,9%
	<i>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</i>	<i>31.320</i>	<i>37.711</i>	<i>32.937</i>	<i>-6.391</i>	<i>-16,9%</i>
	<i>Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>	<i>20.196</i>	<i>18.196</i>	<i>18.509</i>	<i>2.000</i>	<i>+ 11,0%</i>
7	Personalaufwand	9.212	7.968	7.812	1.244	+ 15,6%
8	Abschreibungen	2.689	2.228	2.216	461	+ 20,7%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.126	5.483	5.624	-357	-6,5%
	<i>davon: Konzessionsabgaben</i>	<i>2.196</i>	<i>2.163</i>	<i>2.329</i>	<i>34</i>	<i>+ 1,6%</i>
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>68.543</u>	<u>71.586</u>	<u>67.098</u>	<u>-3.043</u>	<u>-4,3%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	10.531	6.707	6.335	3.824	+ 57,0%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	10.531	6.707	6.335	3.824	+ 57,0%
14	Erträge aus Beteiligungen	672	262	0	410	+ 156,3%
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	393	408	420	-15	-3,7%
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	29	21	-21	-73,8%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen aus Verlustübernahme	251	425	487	-174	-40,9%
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	850	774	860	76	+ 9,9%
20	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>-29</u>	<u>-499</u>	<u>-905</u>	<u>471</u>	<u>-94,3%</u>
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.502	6.208	5.430	4.295	+ 69,2%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.963	1.787	1.928	176	+ 9,8%
26	Sonstige Steuern	59	31	41	28	+ 90,6%
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	8.480	4.389	3.461	4.091	+ 93,2%
28	Einstellung in Gewinnrücklagen	4.500	0	0		
29		3.980	4.389	3.461		
30	auf andere Gesellschafter entfallender Verlust	78	465	-3	-387	-83,1%
31	Konzernergebnis	3.902	3.924	3.464	-22	-0,6%
	Ausschüttung an Kreis Euskirchen (Brutto)	1.097	1.706	1.732	-609	-35,7%
	<u>zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse</u>					
	Tarifkunden	10.613	11.565	12.387	-952	-8,2%
	Sondervertragskunden	21.962	21.599	20.019	363	1,7%
	Sonstige Sonderverträge	16.128	15.863	15.828	265	+ 1,7%
	Wärmespeicheranlagen	1.932	1.747	2.335	185	+ 10,6%
	Erlöse Netzverpachtung	17.635	17.377	17.845	259	1,5%
	Übernahme § 3 II EEG		0	0		
	Vereinnahmte Baukostenzuschüsse	550	636	633	-86	-13,6%
	Übrige	6.481	5.329	3.102	1.152	+ 21,6%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2015

Vogelsang ip gGmbH

	2015		2014		2013		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	28	0,1%	17	0,1%	28	0,2%	10	+60,3%
Sachanlagen	37.879	90,7%	24.689	89,2%	14.532	87,4%	13.190	+53,4%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	37.906	90,7%	24.706	89,3%	14.560	87,5%	13.200	+53,4%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>		-	
Vorräte	21	0,1%	18	0,1%	17	0,1%	4	+19,6%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.812	4,3%	1.109	4,0%	1.210	7,3%	703	+63,4%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	2.037	4,9%	1.842	6,7%	844	5,1%	195	+10,6%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	3.870	9,3%	2.969	10,7%	2.071	12,5%	902	+30,4%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	41.777	100,0%	27.675	100,0%	16.631	100,0%	14.102	51,0%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	27	0,1%	27	0,1%	27	0,2%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-7	0,0%	-7	0,0%	-7	0,0%		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-9	0,0%	0		0		-9	
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	0		0		0			
Summe Eigenkapital	11	0,0%	20	0,1%	20	0,1%	-9	-45,6%
B Langfristiges Fremdkapital	34.012	81,4%	21.326	77,1%	11.754	70,7%	12.686	+59,5%
Langfristige Sonderposten	34.012	81,4%	21.326	77,1%	11.754	70,7%	12.686	+59,5%
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	7.753	18,6%	6.329	22,9%	4.857	29,2%	1.425	+22,5%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	114	0,3%	53	0,2%	58	0,4%	61	+115,6%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	632	1,5%	820	3,0%	240	1,4%	-187	-22,8%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	7.007	16,8%	5.456	19,7%	4.559	27,4%	1.551	+28,4%
Summe Fremdkapital	41.766	100,0%	27.655	99,9%	16.611	99,9%	14.111	51,0%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	41.777	100,0%	27.675	100,0%	16.631	100,0%	14.102	51,0%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft
2015
Vogelsang ip gGmbH

		2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	433	376	412	57	+15,1%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	150	21	0	129	+610,4%
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	1.130	1.030	1.193	100	+9,7%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	1.713	1.427	1.605	285	+20,0%
6	Materialaufwand, <u>davon:</u>	54	57	40	-3	-4,6%
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	54	57	40	-3	-5,4%
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	0	
7	Personalaufwand	1.302	1.250	1.256	52	+4,2%
8	Abschreibungen	133	104	110	29	+27,7%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	730	501	697	229	+45,6%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>2.219</u>	<u>1.912</u>	<u>2.103</u>	<u>307</u>	<u>+16,1%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-506	-485	-498	-21	+4,4%
11	Betriebskostenzuschüsse	500	495	498	5	+1,0%
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>500</u>	<u>495</u>	<u>498</u>	<u>5</u>	<u>+1,0%</u>
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	-6	10	0	-16	-165,3%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	4	9	-1	-29,0%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6	14	9	-8	-58,4%
20	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>-3</u>	<u>-10</u>	<u>0</u>	<u>7</u>	<u>-71,6%</u>
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-9	0	0	-9	
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	0	0	0		
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-9	0	0	-9	

Strukturbilanz
Gesellschaft

2015
Nordeifel Tourismus GmbH (NeT)

	2015		2014		2013		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	33	24,4%	39	27,1%	15	11,8%	-6	-15,5%
Sachanlagen	8	6,0%	14	9,7%	22	16,9%	-6	-41,7%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	41	30,4%	53	36,8%	38	28,7%	-12	-22,4%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	7	5,5%	17	11,8%	6	4,5%	-10	-56,2%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	6	4,1%	14	9,6%	18	13,9%	-8	-60,1%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	81	60,0%	60	41,9%	69	52,9%	+21	+34,6%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	94	69,6%	91	63,2%	93	71,3%	+3	+3,3%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	136	100,0%	144	100,0%	131	100,0%	-9	-6,1%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	26	19,5%	26	18,3%	26	20,2%		
Kapitalrücklage	2.181	1607,8%	1.741	1205,2%	1.324	1011,0%	+439	+25,2%
Gewinnrücklagen								
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.122	-1564,3%	-1.679	-1161,8%	-1.260	-961,7%	-443	+26,4%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		0		0			
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	0		0		0			
Summe Eigenkapital	85	63,0%	89	61,7%	91	69,5%	-4	-4,2%
B Langfristiges Fremdkapital	0	0,4%	0		0			
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0	0,4%	0		0			
Langfristige	0		0		0			S
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	50	36,7%	55	38,3%	40	30,5%	-6	-10,2%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	17	12,3%	15	10,2%	8	6,1%	+2	+13,1%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0	0,0%	0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12	8,6%	26	17,8%	23	17,3%	-14	-54,6%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive	21	15,7%	15	10,2%	9	7,2%	+7	+44,1%
Summe Fremdkapital	50	37,0%	55	38,3%	40	30,5%	-5	-9,3%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	136	100,0%	144	100,0%	131	100,0%	-9	-6,1%

Anmerkungen/Erläuterungen

Durch automatische Rundungen kann es zu kleineren Differenzen in den Ergebnissen kommen.

* 1 langfristig: Restlaufzeit ab einem Jahr

* 2 im Verhältnis zur Bilanzsumme

* 3 im Verhältnis zum Vorjahresbestand

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2015
Nordeifel Tourismus GmbH (NeT)

		2015	2014	2013	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position				TEUR	%
1	Umsatzerlöse	218	234	236	-16	-7,0%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	16	11	1	5	+46,6%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	234	245	236	-11	-4,6%
6	Materialaufwand, <u>davon:</u>	30	22	13	8	+34,7%
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	30	22	13	8	+34,7%
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0		
7	Personalaufwand	352	367	359	-15	-4,1%
8	Abschreibungen	16	12	13	4	+30,6%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	279	263	265	16	+6,1%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>677</u>	<u>665</u>	<u>650</u>	<u>12</u>	<u>+1,8%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Zuwendungen)	-443	-419	-414	-24	+5,6%
11	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
12	Betriebsergebnis (mit Zuwendungen)	-443	-419	-414	-24	+5,6%
13	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
14	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
15	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1	-0	-80,7%
16	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
17	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0		
18	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0		
19	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>1</u>	-0	-80,7%
20	Ergebnis der gewöhnlichen	-443	-419	-413	-24	+5,7%
21	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
22	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
23	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
24	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	-0	
25	Sonstige Steuern	0	0	0	-0	+429,3%
26	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-443	-419	-413	-24	+5,7%

D.2 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis

Beteiligung	Produkt im Haushalt Kreis EU	Anteil %	Finanz- beziehung zu...	Abführung/Zuschuss netto im Haushaltsjahr						
				2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016*3
		%		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. RWE AG	111 14	0,02%	Kreis	276	276	158	158	79	79	0
2. VKA GmbH (JA Stand 30.06.)	111 14	0,85%	Kreis	-1	-1	-1	-2	-2	-2	-2
3. AGIT mbH	571 04	3,93%	Kreis	-68	-70	-102	-87	-56	-57	-39
4. TAE GmbH	571 01	52,00%	Kreis	-39	-29	-22	0	-28	-44	-43
5. ZV VRS *1	547 01		Kreis	-15	-15	-15	-15	-15	-15	-15
6. EuGeBau mbH	111 14	41,37%	Kreis	109	109	109	109	109	109	0
7. KKM - Konzern *2										
8. Radio EU GmbH & Co. KG	111 14	25,00%	Kreis	13	13	26	25	40	30	22
9. SEV mbH	571 04	11,88%	Kreis	-81	-81	-81	-81	-81	-81	-41
10. Vogelsang ip	571 04	30,00%	Kreis	-144	-139	-147	-143	-143	-138	-132
11. Ene - Konzern										
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG -ene	547 02	50,00%	Kreis	1.300	1.256	1.120	1.063	883	687	958
12. Energie Rur-Erft	547 02	29,00%	Kreis							385
13. Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. H	547 02	75,00%	Kreis							41
14. RVK - Konzern *4	547 02	12,50%	Kreis	-2.832	-5.028	-4.801	-5.359	-5.915	-4.796	-2.973
15. NeT GmbH	571 04	68,15%	Kreis	-167	-167	-163	-240	-247	-260	-195
16. LEP-AöR	571 04	30,00%	Kreis						-328	32
17. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln	111 33	6,45%	Kreis	-51	-53	-32	-55	-50	-56	-26
18. CVUA	122 04	5,83%	Kreis		-292	-303	-316	-329	-339	-264
19. ZV Region Aachen	571 04	20,00%	Kreis				-114	-127	-135	-179
20. IRR GmbH	571 04	8,00%	Kreis					-10	-9	-13
Saldo Kreis EU				-1.700	-4.221	-4.254	-5.057	-5.892	-5.355	-2.484

Hinweise:

*1 Zuschüsse werden durch den ZV VRS erhoben und an die VRS GmbH weitergeleitet.

*2 Seit 1992 kein Verlustausgleich an die KKM.

*3 Nettobetrag aus den entspr. Konten des Kreishaushalts, Stand 01.09.2016

*4 Zuschuss einschl. Verlustübernahme Taxibus.

D.3 Personalbestand der Beteiligungen

Geschäftsjahr	2013	2014	2015	Bemerkungen
1. RWE AG	66.341	61.715	59.350	lt. Geschäftsbericht, umgerechnet in Vollzeitstellen
2. VKA GmbH (JA Stand 30.06.14)	2	2	3	
3. AGIT mbH	30	30	24	durchschn. Arbeitnehmer, ohne GF
4. TAE GmbH	3	2	2	Stand 31.12. ohne GF
5. ZV VRS	1	0	*1)	
VRS GmbH	71	74	78	
6. EuGebau mbH	70 (59)	69 (58)	*1)	(davon Teilzeitkräfte/Azubis)
7. KKM - Konzern	1.371	1.569	1.582	durchschn. Mitarbeiter
KKM GmbH	930	908	907	durchschn. Mitarbeiter
KKM Servicegesellschaft mbH	7	8	11	durchschn. Mitarbeiter
KKM Gebäudedienste GmbH	74 (73/1)	113 (113/0)	113 (113/0)	(davon: gewerbliche Arbeitnehmer/Angestellte)
AmbuMed GmbH	7	6	6	
St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	213	215	203	
Geriatrisches Zentrum Zulpich GmbH (GZZ)	134	127	141	
Liebfrauenhof Schleiden GmbH	135	141	136	
VIVANT gGmbH	55	111	113	
Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG	0	0	0	
8. Radio EU GmbH & Co. KG	0	0	0	kein eigenes Personal
9. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH	10	5	5	
10. Vogelsang ip	38	35	39	
11. Energie-Nordeifel - Konzern	149 (30/12)	135 (31/16)	138 (29/15)	Mitarbeiter zum 31.12. (davon Teilzeitkräfte/Azubis)
KEV GmbH	84	85	87	
KEV Energie GmbH	17	20	19	
12. RVK - Konzern	858	789	782	
davon: RVK GmbH	562	471	440	
13. Nordeifel Tourismus GmbH	12	11	11	
14. LEP-AöR	1	1	1	
15. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung	11	11	*1)	
16. CVUA	97	97	95	
17. IRR GmbH		4	5	Die Gesellschaft wurde zum 01.04.2014 gegründet.

Grundlage: Angaben aus dem Anhang, ohne Geschäftsführer

*1) Der Jahresabschluss lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor.

D.4 Leistungen und Kennzahlen der wesentlichen Beteiligungen

Geschäftsjahr	Einheit	2013	2014	2015	Bemerkungen
1. KKM					
Planbetten / -plätze (Soll)	Anz.	413	413	413	
davon vollstationäre Betten	Anz.	403	403	403	
davon Tagesklinik Geriatrie	Anz.	10	10	10	
DRG Fallpauschalen	Anz.	17.910	18.545	18.949	inkl. Jahresüberliegerfälle und Asylbewerber
Casemixpunkte	Punkte	18.312	18.655	19.533	Bewertungsrelationspunkte (BWR), inkl. Asylbewerber
Casemixindex	Punkte/DRG	1,022	1,006	1,031	BWR je DRG-Fallpauschale
Auslastung	%	83,78	83,86	84,40	bezogen auf vollstationäre Betten
durchschn. Verweildauer	Tage	6,60	6,38	6,30	bezogen auf vollstationäre Betten
2. GZZ					
a) Geriatriische Reha	Anz.	40	40	40	Bettenzahl
davon Einbettzimmer	Anz.	12	12	12	
Auslastung	%	107,8	109,0	109,8	
b) Kurzzeitpflege im GZZ	Anz.	13	13	13	Platzzahl
Auslastung	%	67,7	66,9	63,8	
c) Betreutes Seniorenwohnen	Anz.	66	66	65	durchschnittlicher Wohnungsbestand
Auslastung	%	92,4	94,5	93,1	
d) Dauer-/Kurzzeitpflege im	Anz.	65	65	65	Platzzahl
Auslastung	%	99,5	100,0	99,5	
3. Liebfrauenhof Schleiden					
Bettenzahl (Ist)		163,0	163,0	163,0	
davon Liebfrauenhof	Anz.	102,0	102,0	102,0	
davon Brabendersstift	Anz.	61,0	61,0	61,0	
Nutzungsgrad gesamt	%	99,90	100,20	99,30	nach Betten gewichteter Durchschnitt
davon Liebfrauenhof	%	101,20	100,90	99,10	
davon Brabendersstift	%	97,90	98,90	99,70	
4. VIVANT					
Abrechnungsfälle SGB V	Anz.	310	340	345	durchschn. Zahl pro Monat
Abrechnungsfälle SGB XI	Anz.	260	249	255	durchschn. Zahl pro Monat
5. AmbuMed GmbH					
ambulante Operationen	Anz.	1.345	1.300	1.573	
davon durch KKM	Anz.	906	788	838	
6. St. Antonius Krankenhaus Schleiden					
Planbetten / -plätze (Soll)	Anz.	105	105	105	
davon vollstationäre Betten	Anz.	105	105	105	
davon teilstationäre Plätze	Anz.	0	0	0	
DRG Fallpauschalen	Anz.	4.564	4.589	4.577	inkl. Jahresüberliegerfälle
Casemixpunkte	Punkte	4.159	4.109	3.831	
Casemixindex	Punkte/DRG	0,911	0,895	0,837	
Auslastung	%	76,54	77,61	74,40	bezogen auf vollstationäre Betten
durchschn. Verweildauer	Tage	6,18	6,16	5,92	bezogen auf vollstationäre Betten
7. Energie-Nordeifel - Konzern					
Eingespeiste Strommenge	GWh	387	389	444	bezogen auf das Verteilnetz des Konzerns (Fremdbezug)
davon Lieferung ÜNB (RWE)	GWh	200	181	165	ÜNB=Übertragungsnetzbetreiber
Lieferung ÜNB in %	%	51,7	46,3	37,1	
davon dezentrale Einspeisung gem. EEG und KWKG	GWh	187	208	280	
dezentrale Einspeisung gem. EEG und KWKG in %	%	48,3	53,5	62,9	
Netznutzung	GWh	334	324	326	Abweichung zu eingespeister Menge resultiert aus Verlustenergie, Mehr- und Mindermengen, Rückspeisung an ÜNB
davon Endkundenbelieferung Händler KEV	GWh	260	244	248	Im Verteilnetz des Konzerns
davon Endkundenbelieferung übrige Händler	GWh	74	80	78	
8. EuGeBau mbH					
Wohnungseinheiten (WE)	Anz.	1.327	1.353		Der Jahresabschluss für 2015 lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor.
Wohn- und Nutzfläche	m²	89.801	90.443		
Leerstand am 31.12.	Anz.	25	34		Wohnungseinheiten
9. Nordeifel Tourismus GmbH					
Gästekünfte	Anz.	195.045	210.454	205.542	
Übernachtungen	Anz.	601.444	656.992	618.139	
durchschnittl. Aufenthaltsdauer	Tage	3,0	3,0	3,0	
Prospektanfragen	Anz.	3.359	3.702	2.873	
Buchungsgeschäft	Anz.	455	282	254	
Unterkunftsangebote	Anz.	150	166	152	
Homepagebesucher	Anz.	78.946	101.843	94.124	
Seitenaufrufe Homepage	Anz.	290.453	345.759	329.878	

Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 01.09.2016

1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen

1.1 Beschlüsse des Kreistages vom 20.04.2016

- Der Kreistag hat dem Antrag der UWV-Fraktion (A 101/2015) zugestimmt und folgende Umbesetzung in der Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Region Aachen** beschlossen: bisheriges Mitglied: Andreas Bühl (UWV) - neues Mitglied: Franz Troschke (UWV).
- Der Kreistag hat dem gemeinsamen Antrag der CDU- und SPD-Fraktion (A 103/2016) zugestimmt und eine erneute aufgabenkritische Untersuchung der Schnittstellen zwischen **BZE, TAE** und der Stabsstelle Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen beschlossen.
- Der Kreistag hat dem Antrag der SPD-Fraktion (A 109/2016) zugestimmt und die Umbesetzung in der Gesellschafterversammlung der **Nordeifel Tourismus GmbH** wie folgt beschlossen: ordentliches Mitglied bisher: Thilo Waasem (SPD), stellvertretendes Mitglied bisher: Gerhard Stentrup (SPD) – ordentliches Mitglied neu: Gerhard Stentrup (SPD), stellvertretendes Mitglied neu: Thilo Waasem (SPD).
- Der Kreistag hat die Veräußerung eines Gesellschafteranteils an der **Nordeifel Tourismus GmbH** in Höhe von 1.200 € (zum Nennwert) an die Stadt Bad Münstereifel beschlossen (V 201/2016).
- Der Kreistag hat beschlossen, an Stelle des Allgemeinen Vertreters des Landrates, Herrn Manfred Poth, Herrn Wolfgang Andres (Pressesprecher) als Vertreter in die Mitgliederversammlung des Vereins „**Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.**“ zu entsenden (V 206/2016).

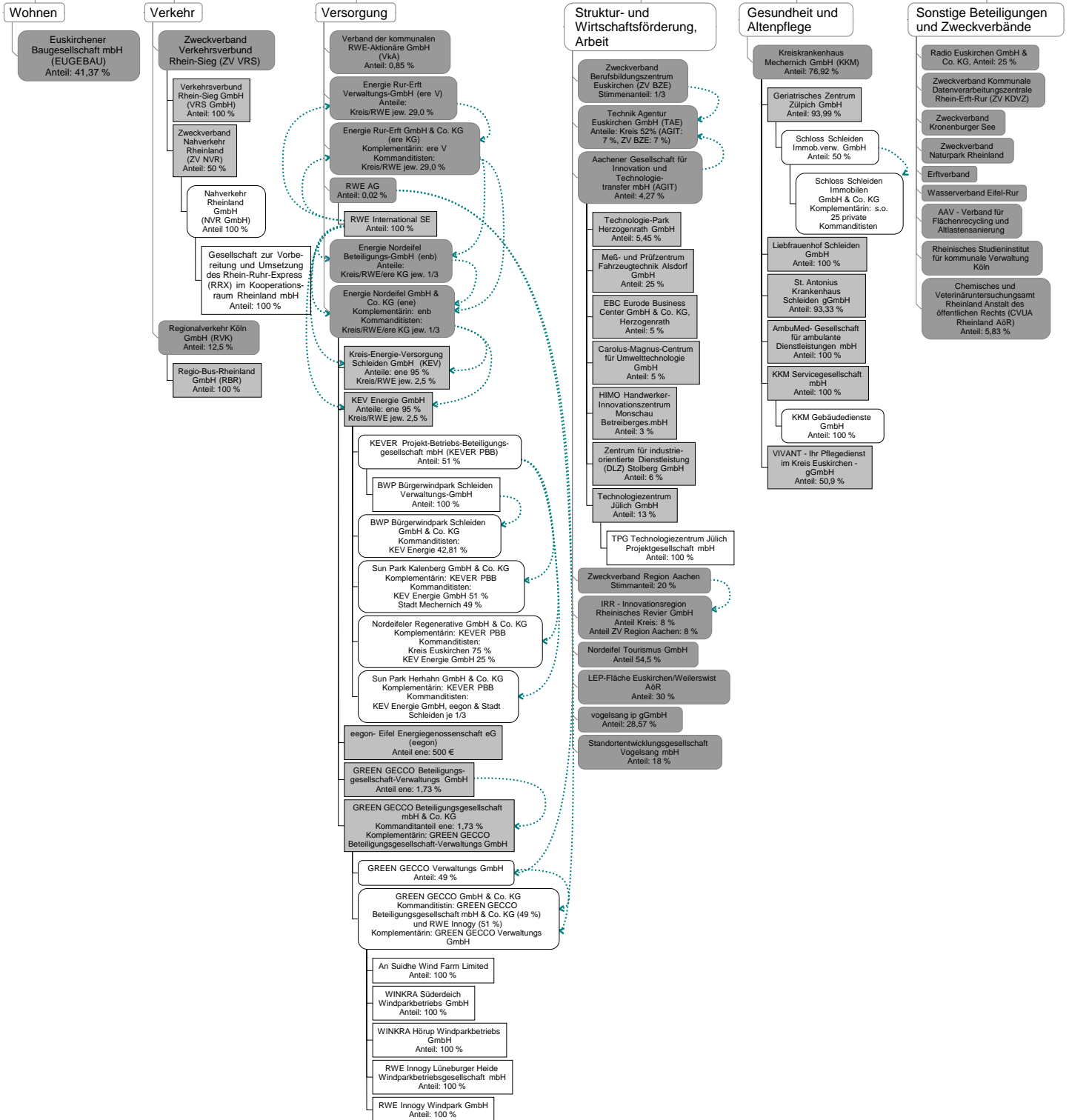
1.2 Beschlüsse des Kreistages vom 06.07.2016

- Die Kreistagsfraktionen CDU und SDP haben zum Thema Berufliche Bildung und Wissenstransfer in Einrichtungen des Kreises Euskirchen eine erneute aufgabenkritische Untersuchung der Schnittstellen zwischen **BZE, TAE** und der Stabsstelle Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen beantragt (A 103/2016). Zu diesem Zweck wurde eine politische Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich gemeinsam mit der Verwaltung mit einer möglichen Verteilung der TAE-Aufgaben auf BZE und Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises befassen soll.
- Der Kreistag hat der Beteiligung der **Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ENE)** an der „**Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG**“ [**Arbeitstitel**] als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 1.500.000 € zugestimmt. In einer ersten Beteiligungsstufe soll sich die ENE an der „Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“ als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von 49.000 € (49 %) beteiligen. Das Eigenkapital der „Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“ soll vor Baubeginn auf bis zu 11,0 Mio. € erhöht werden. Die ENE soll hierbei ihre Kommanditeinlage auf bis zu 1.500.000 € erhöhen. Die prozentuale Beteiligung wird sich im Zuge der Kapitalerhöhung durch den Beitritt der weiteren Kommanditisten zur „Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“ reduzieren. Ebenso hat der Kreistag der Beteiligung der ENE an der persönlich haftenden Gesellschafterin der „Windpark Obere Kyll GmbH & Co. KG“, der „**Windpark Obere Kyll Verwaltungs GmbH**“ [**Arbeitstitel**], mit einem Stammkapital von bis zu 25.000 € (bis zu 100 %) zugestimmt. Darüber hinaus hat der Kreistag den Entwurf des geänderten **§ 7 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages der ENE** zustimmend zur Kenntnis genommen und die Vertreter des Kreises in den Gesellschafterversammlungen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und der Energie Rur Erft GmbH & Co. KG zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt (V 210/2016).
- Der Kreistag hat die Vertreter des Kreises in den entsprechenden Gremien ermächtigt, der Unterzeichnung des „Vergleichsvertrages VRS“ zuzustimmen (D 24/2016). Betroffene Gremien sind zum einen der Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung der **Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)** und zum anderen der Beirat der Verkehrsunternehmen im **Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS)**, sofern sich eine Notwendigkeit zur Unterzeichnung des Vertrages ergibt.
- Der Kreistag hat dem Beschluss der Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Naturpark Rheinland** zur Änderung der Verbandssatzung vom 08.12.2015 zugestimmt (V 214/2016).

2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht

Die aktuellen Beteiligungen des Kreises Euskirchen sind in der nachfolgenden Übersicht abgebildet.

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 01.09.2016



Teil F – Mitgliedschaft in Zweckverbänden

Ein Zweckverband ist – im Gegensatz zu einer Beteiligung an einer Gesellschaft in privater Rechtsform – eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Zu ihm können sich Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen interkommunaler Kooperation zusammenschließen. Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes sind im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NW geregelt. Mit der Gründung des Zweckverbandes gehen die ihm zur Erledigung gestellten Aufgaben von der Gemeinde auf den Zweckverband über. Mit der Reform der Kommunalverfassung 2007 hat der Gesetzgeber in § 4 Abs. 1 GkG NW klargestellt, dass Zweckverbände auch mehrere Aufgaben wahrnehmen können. Der Zweckverband hat als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Befugnis, im eigenen Namen hoheitlich zu handeln. Hierfür steht ihm die Dienstherreneigenschaft zu.

Darüber hinaus existieren besondere durch Gesetz installierte Zweckverbände wie z.B. Erftverband und Wasserverband Eifel-Rur.

Für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden besteht keine Berichtspflicht im Rahmen dieses Berichtes. Es handelt sich hier aber ebenfalls um verselbständigte Bereiche, die Aufgaben des Kreises wahrnehmen und denen aus Sicht des Kreises Euskirchen eine ähnliche Bedeutung wie den Beteiligungen zukommt.

1. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)

Berufsbildungszentrum Euskirchen
In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Internet: <http://www.bze-euskirchen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Zweckverbands ist die Unterhaltung und der Betrieb eines Berufsbildungszentrums. Das Berufsbildungszentrum führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- a) überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks,
- b) berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene,
- c) Maßnahmen zur beruflichen Umschulung,
- d) Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung,
- e) sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbands sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer zu Aachen (IHK) und die Handwerkskammer Aachen (HWK).

C) Stammkapital und Anteile

Das Stammkapital beträgt 825.225,10 € und entfällt zu gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband ist gemeinnützig i.S.d. Abgabenordnung. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall ihres Ausscheidens.

Der Finanzbedarf wird vorrangig durch spezielle Entgelte für die durchgeführten Bildungsmaßnahmen gedeckt. Soweit diese nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel, auf die IHK und die HWK jeweils ein Sechstel entfallen.

Am 16.12.2015 hat der Kreistag einer Umlageerhebung des Zweckverbandes bis zu einem Gesamtbeitrag von 100 T€ p.a. (Anteil des Kreises Euskirchen: max. 67 T€ p.a.) zugestimmt. Die Leistung einer höheren Verbandsumlage bedarf einer erneuten Beratung und Beschlussfassung (V 168/2015).

E) Zusammensetzung der Organe

Organe

- a) Verbandsversammlung (12 Mitglieder, davon je 4 Kreis Euskirchen/IHK/HWK)
- b) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. AV Manfred Poth		LR Günter Rosenke	
2. Ute Stolz	(CDU)	Dirk Jahr	(CDU)
3. Karsten Stickeler	(CDU)	Dominik Schmitz	(CDU)
4. Heinrich Hettmer	(SPD)	Emmanuel Kunz	(SPD)

b) Verbandsvorsteher

Jochen Kupp

F) Jahresabschluss (s. nächste Seiten)

BILANZ zum 31. Dezember 2015

Berufsbildungszentrum Euskirchen Berufsbildung, Euskirchen

AKTIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		8.664,00	9.144,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.711.285,30		1.734.369,30
2. technische Anlagen und Maschinen	339.040,00		382.396,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>233.006,52</u>	2.283.331,82	243.802,52
III. Finanzanlagen			
1. Beteiligungen		1.789,52	1.789,52
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. fertige Erzeugnisse und Waren		101.436,50	90.740,32
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	319.071,40		288.777,57
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.683,10		5.062,24
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>14.140,37</u>	335.894,87	61.790,39
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		1.723,80	593,79
Übertrag		2.732.840,51	2.818.465,65

BILANZ zum 31. Dezember 2015

Berufsbildungszentrum Euskirchen Berufsbildung, Euskirchen

AKTIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag		2.732.840,51	2.818.465,65
C. Rechnungsabgrenzungsposten		901,52	0,00
		<hr/>	<hr/>
		2.733.742,03	2.818.465,65
		<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

BILANZ zum 31. Dezember 2015

Berufsbildungszentrum Euskirchen Berufsbildung, Euskirchen

PASSIVA

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		825.225,10	825.225,10
II. Kapitalrücklage		1.154.575,45	1.446.820,24
III. Jahresüberschuss		117.140,36	292.244,79-
B. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		109.187,00	265.934,71
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	425.184,17		505.547,30
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 425.184,17 (EUR 505.547,30)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	67.206,32		38.821,81
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 67.206,32 (EUR 38.821,81)			
3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>33.049,26</u>	525.439,75	23.705,91
- davon aus Steuern EUR 28.644,70 (EUR 17.620,80)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 1.474,69 (EUR 668,72)			
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 33.049,26 (EUR 23.705,91)			
D. Rechnungsabgrenzungsposten		2.174,37	4.655,37
		<hr/>	<hr/>
		2.733.742,03	2.818.465,65
		<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

Berufsbildungszentrum Euskirchen Berufsbildung, Euskirchen

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		2.774.975,39	2.660.958,53
2. andere aktivierte Eigenleistungen		<u>27.177,07</u>	<u>0,00</u>
3. Gesamtleistung		2.802.152,46	2.660.958,53
4. sonstige betriebliche Erträge			
a) ordentliche betriebliche Erträge			
aa) Grundstückserträge	144.129,98		124.927,87
ab) sonstige ordentliche Erträge	17.088,09		12.281,13
b) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlage- vermögens und aus Zuschrei- bungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	8.100,00		0,00
c) Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	0,00		1.150,00
d) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	6.665,74		7.637,00
e) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>42.655,27</u>	218.639,08	30.166,10
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		140.176,51	140.210,22
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.552.853,02		1.716.711,88
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>487.650,60</u>	2.040.503,62	518.091,74
- davon für Altersversorgung EUR 124.172,33 (EUR 125.705,96)			
Übertrag		<u>840.111,41</u>	<u>462.106,79</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

Berufsbildungszentrum Euskirchen Berufsbildung, Euskirchen

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag		840.111,41	462.106,79
7. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		198.955,98	207.669,85
8. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen			
aa) Raumkosten	172.565,99		163.820,99
ab) Grundstücksaufwendungen	19.758,21		22.313,61
ac) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	38.849,74		38.403,32
ad) Reparaturen und Instandhaltungen	41.433,73		19.999,99
ae) Fahrzeugkosten	5.967,77		3.697,89
af) Werbe- und Reisekosten	27.366,69		13.465,67
ag) Kosten der Warenabgabe	69.385,00		84.209,50
ah) verschiedene betriebliche Kosten	127.088,21		166.621,55
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	5.985,00		6.896,08
c) Verluste aus Wertminderungen oder aus dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens und Einstellungen in die Wertberichtigung zu Forderungen	4.549,77		17.468,27
d) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>3.022,60</u>	515.972,71	318,60
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	2,90
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		7.447,95	8.670,23
Übertrag		117.734,77	291.445,86-

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

Berufsbildungszentrum Euskirchen Berufsbildung, Euskirchen

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Übertrag		117.734,77	291.445,86-
- davon Zinsaufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen EUR 413,85 (EUR 2.516,35)			
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		117.734,77	291.445,86-
12. sonstige Steuern		594,41	798,93
		<hr/>	<hr/>
13. Jahresüberschuss		117.140,36	292.244,79-
		<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

Lagebericht

Gemäß §25 Eigenbetriebsverordnung über die Entwicklung des Berufsbildungszentrums Euskirchen BZE im Wirtschaftsjahr 2015.

1. Grundlagen des Unternehmens

a) Geschäftsmodell des Unternehmens

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts in Form eines Zweckverbandes. Die Mitglieder des Zweckverbandes sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, ein Berufsbildungszentrum zu betreiben und zu unterhalten sowie die persönlichen und sächlichen Voraussetzungen für einen den Anforderungen der Praxis entsprechenden Berufsbildungsbetrieb zu schaffen. Das BZE ist durch die CERTQUA GmbH zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2008 und hat die Träger- und Maßnahmenzulassung nach der „Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung“ AZAV.

Organe sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Seit Geltung der Verbandssatzung (in der Fassung vom 12.08.2014) erledigt der Verbandsvorsteher die Betriebsleitung allein.

b) Ziele und Strategien

Der Zweckverband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des §52 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung. Der Verband ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Das BZE führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- überbetriebliche Unterweisungen von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks
- berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene
- Maßnahmen zur beruflichen Umschulung
- Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung
- sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen

Der überwiegende Teil der Bildungsmaßnahmen im BZE wird unter Inanspruchnahme unterschiedlicher öffentlicher Fördergelder und Zuschüsse des Landes oder der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Des Weiteren bewirbt sich das BZE regelmäßig an ausgewählten Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters, die über das Regionale Einkaufszentrum NRW öffentlich ausgeschrieben werden.

Etwa 20% der erzielten Umsatzerlöse entfallen auf die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Industrie. Hier werden die anfallenden Kosten direkt durch die Ausbildungsbetriebe getragen und sind aus diesem Grund durch das BZE in einem gewissen Rahmen verhandelbar.

Die Entgeltsätze pro Teilnehmer zur Durchführung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Handwerk sind hingegen festgelegt und werden je nach Kurs durch unterschiedliche Förderbeträge des Bundes und des Landes aufgestockt.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen hat im Bereich der gewerblich-technischen (überbetrieblichen) Ausbildung ein Alleinstellungsmerkmal in einigen Berufsfeldern im Kreis Euskirchen. Die privatwirtschaftlichen Mitbewerber verfügen über keine entsprechenden Werkstätten in den im Berufsbildungszentrum Euskirchen angebotenen Berufsfeldern.

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen bietet in seinen Werkstätten berufsbildende Maßnahmen in folgenden Gewerken an:

- Metall
- Maler und Lackierer
- Holz
- Kraftfahrzeugtechnik
- Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik
- Schweißen
- Elektrik und Elektronik

Je nach konjunktureller Lage schwankt in diesen Berufen die Zahl der Auszubildenden (im Handwerk ist die Anzahl der Ausbildungsverträge im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben). Aufgrund der sehr guten Beschäftigungslage steigt aber der Bedarf an Fachkräften deutlich an.

Insgesamt ist aufgrund des demografischen Wandels davon auszugehen, dass die Anzahl der Ausbildungsverträge im gewerblich-technischen Bereich in den kommenden Jahren leicht sinken werden. Daher werden die Erträge im Bereich der überbetrieblichen Unterweisung – insbesondere im Bereich Handwerk – auch entsprechend sinken.

Dem oben dargestellten Sachverhalt folgend werden auch Asylsuchende für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt interessant. Im Jahre 2016 wird es hier einen Ausbildungs- und Qualifizierungsbedarf geben. An den entsprechenden Ausschreibungen haben wir uns – bzw. werden wir uns beteiligen. Es wird auch angestrebt, Integrationskursträger zu werden (die Beantragung ist bereits erfolgt – der erste Antrag wurde aber abgelehnt).

b) Geschäftsverlauf

Das Jahr 2015 war das erste Jahr nach dem Wechsel der Führungsspitze der Verbandsleitung. Wir haben das Jahr genutzt, um uns organisatorisch neu aufzustellen. Laut Planung wollen wir unsere Wirtschaftszahlen konsolidieren und das Berufsbildungszentrum stark für die Zukunft machen. Dies ist uns im abgelaufenen Jahr sehr gut gelungen und wir konnten ein sehr erfreuliches Ergebnis – das beste Ergebnis der letzten 15 Jahre - erzielen.

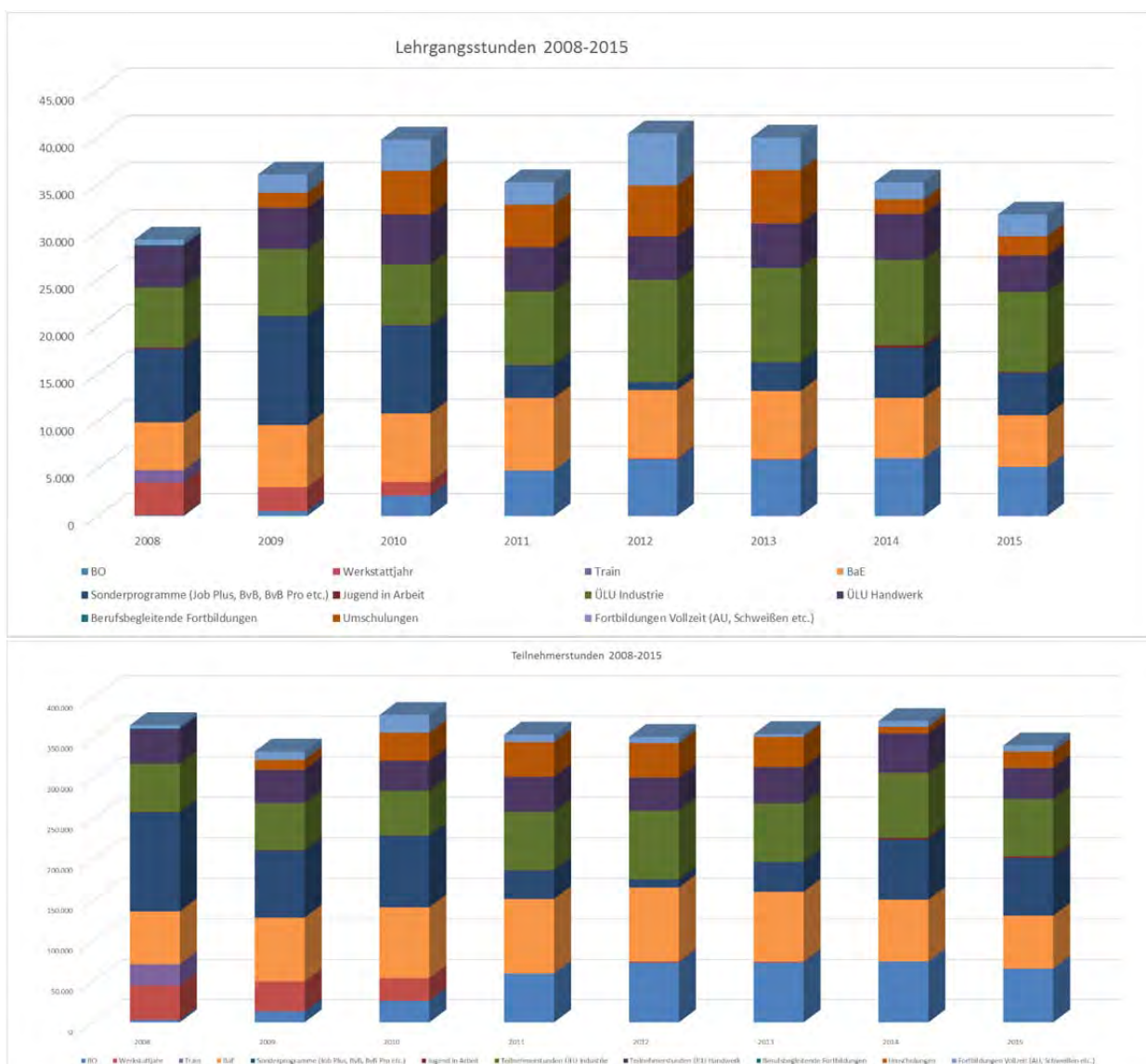
Im Berichtsjahr 2015 sind die Erträge aus dem Lehrgangsbetrieb gegenüber dem Vorjahr (+ 113,9 T€ / + 4,36 %) gestiegen. Insbesondere lag dies an der neuen Maßnahme Produktionsschule (BZE-Name → Jobzeit Pro). Alle anderen Maßnahmen waren (insgesamt recht konstant)

Bezeichnung	2011	2012	2013	2014	2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	837,3	707,9	757,7	704,6	630,8
Überbetriebliche Ausbildung - Industrie	478,6	514,7	501,7	550,0	591,4
Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk	306,4	300,8	320,4	377,0	332,9
Fortbildungsmaßnahmen	126,4	92,6	124,5	137,1	72,3
Umschulung	226,0	196,7	161,7	87,0	246,8
Berufsvorbereitende Bildungsangebote	537,3	590,6	581,9	798,7	900,7
a) BO - Berufsorientierung	409,8	538,7	400,9	374,2	432,6
b) BvB - Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme			97,4	316,5	276,9
c) Jugend in Arbeit	14,2	13,4	11,9	21,0	28,9
d) Start klar				61,7	
d) HandFest!			0,0	0,0	0,0
e) Arbeitsgelegenheiten (AGH)			0,0	0,0	0,0
f) SBG II	113,3	32,2	67,6	19,8	0,0
g) Werkstatt	0,0	6,3	4,1	0,0	0,0
h) Vermittlungsprovisionen				5,5	32,0
i) Produktionsschule Jobzeit pro				0,0	119,1
k) neue Kurse mit Asylbewerbern					5,2
Sonstiges	151,4	0,1	3,0	6,6	6,0
Umsatzerlöse	2663,4	2403,4	2450,9	2661,0	2774,9
aktivierte Eigenleistung	12,0	83,4	0,0	0,0	27,2
Sonstige betriebliche Erträge	172,1	222,1	223,2	176,2	218,7
Gesamtumsatz	2847,5	2708,9	2674,1	2837,2	3020,8

Die sonstigen betrieblichen Erträge und die aktivierten Eigenleistungen stiegen insgesamt um 69,7 T€ (+ 39,6%), sodass die Gesamterlöse insgesamt um 183,6 T€ (+ 6,5%) gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen sind. Wesentliche Posten bei den Steigerungen der sonstigen betrieblichen Erträge waren aktivierte Eigenleistungen in Höhe 27,2 T€ (2014 = 0 T€) und Spenden in Höhe von 16,3 T€ (2014 = 0 T€)

Lehrgangsstunden / Teilnehmerstunden

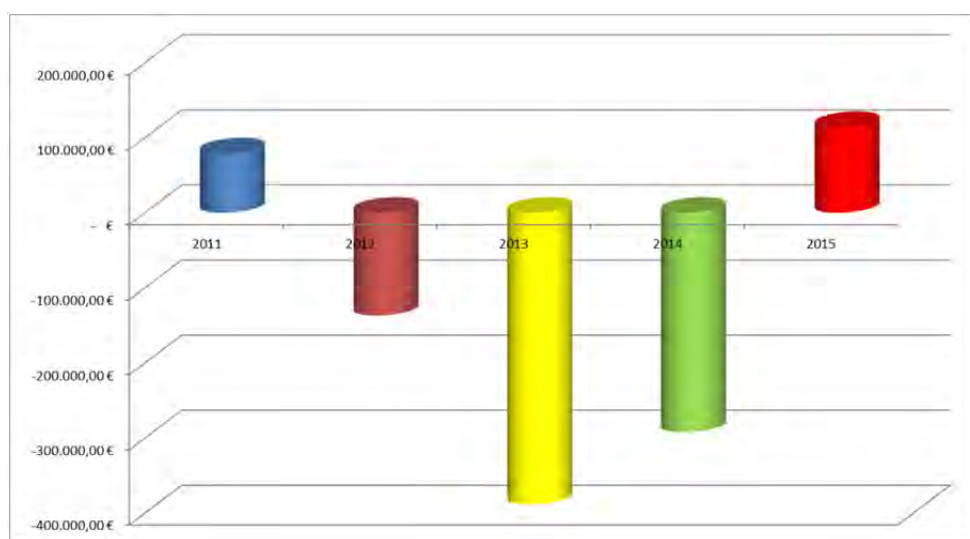
In der Abbildung 1 „Lehrgangsstunden“ sind die tatsächlichen Lehrgangsstunden aufgeführt die im Berufsberatungszentrum absolviert wurden. In der Abbildung 2 „Teilnehmerstunden“ sind die Lehrgangsstunden mit der Anzahl der Teilnehmer multipliziert. Für 2015 bedeutet dies, dass wir ca. 3.400 Lehrgangsstunden – und ca. 30.000 Teilnehmerstunden weniger als im Vorjahr durchgeführt haben. Die Statistik hat aber nur eine geringe Aussagekraft auf die Ertragslage, da es z.B. sein kann, dass Maßnahmen mit erhöhtem Betreuungsaufwand (und daraus resultierend weniger Stundenanzahl) besser vergütet werden. Insgesamt sind die Lehrgangsstunden aufgrund des demografischen Wandels leicht rückläufig.



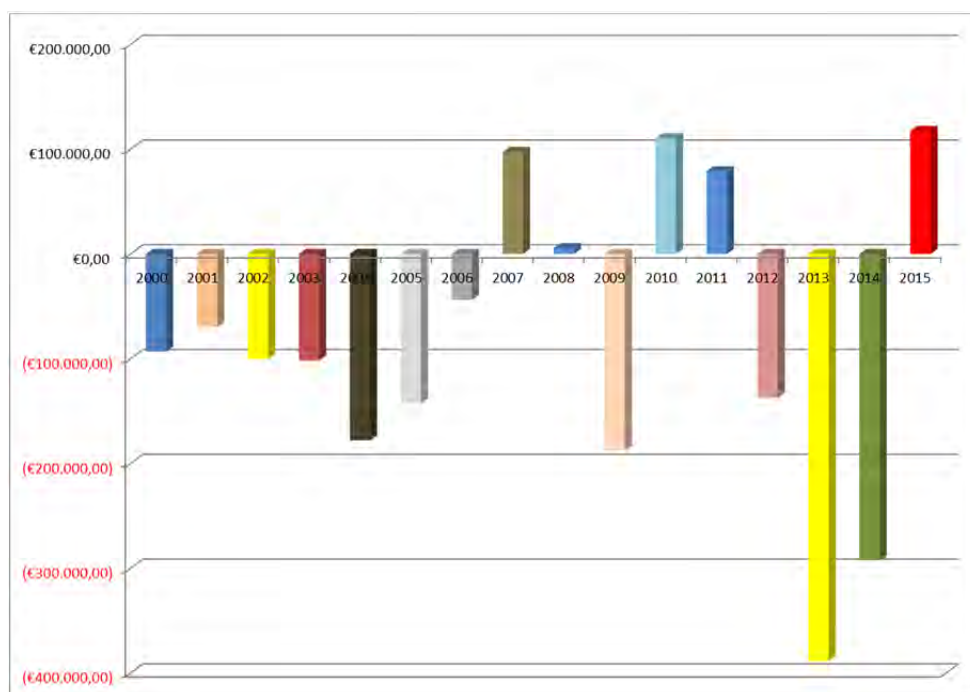
c) Ertragslage

Nach den deutlichen Verlusten in den vergangenen drei Jahren, konnten wir im Jahr 2015 einen Gewinn in Höhe von 117.140,36 € erwirtschaften. Folgende Entwicklung der Jahresüberschüsse / Fehlbeträge zeigt sich in den letzten 5 Jahren:

	2011	2012	2013	2014	2015
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	+79,0	-137,0	-388,4	-292,2	+117,1



Jahresergebnisse seit 2000



Diese Diagramme zeigen, dass das erzielte Ergebnis das beste Ergebnis seit dem Jahre 2000 ist. Wir konnten die im Wirtschaftsplan gesteckten Ziele (prognostizierter Jahresfehlbetrag 197,0 T€) um mehr als 300 T€ übertreffen. Das Jahresergebnis wäre noch um ca. 20 T€ gesteigert worden, wenn wir nicht erstmals Rückstellungen für Überstunden gebildet hätten.

Folgende Faktoren haben das Jahresergebnis positiv beeinflusst:

- Trotz Einstellung einer Bilanzbuchhalterin (Buchhaltung war bislang extern vergeben) konnten die Personalkosten um ca. 194 T€ gesenkt werden.
- Die Ausschreibung zur Maßnahme Produktionsschule wurde gewonnen und wir haben in diesem Bereich einen zusätzlichen Umsatz in Höhe von 119 T€ erwirtschaftet.
- Wir konnten Spenden in Höhe von ca. 40 T€ generieren, wovon allerdings lediglich 27 T€ (incl. ca. 10 T€ Sachspende) für das Jahr 2015 relevant waren, da die anderen Spenden erst 2016 ausgezahlt werden konnten.
- Durch den Umbau für den Integration Point konnten wir 27 T€ Eigenleistungen aktivieren.
- Die ersten Sprachkurse für Flüchtlinge (5,2 T€) wurden ab Dezember 2015 durchgeführt.

Der generierte Gesamtumsatz lag um 186,5 T€ über dem prognostizierten Umsatz. Ferner liegen die Gesamtaufwendungen um 127 T€ unter den prognostizierten Aufwendungen.

Bezeichnung	2013	2014	2015	Abweichung 2014-2015	
	TEUR	TEUR	TEUR	absolut	relativ
Materialverbrauch	169,5	140,2	140,2	0,0	0,00%
Personalaufwand					
a) Löhne, Gehälter, Rückstellungen ATZ	1655,0	1716,7	1552,9	-163,8	-9,90%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen AV	485,6	518,1	487,7	-30,4	-6,26%
Abschreibungen	210,4	207,7	199,0	-8,7	-4,13%
Sonstige betriebliche Aufwendungen					
a) Raumkosten	171,6	163,8	172,6	8,8	5,13%
b) Grundstücksaufwendungen	21,1	22,3	19,8	-2,5	-11,85%
c) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	38,0	38,4	38,4	0,0	0,00%
d) Reparaturen und Instandhaltungen	22,3	20,0	41,4	21,4	95,96%
e) Fahrzeugkosten	5,5	3,7	6,0	2,3	41,82%
f) Werbe- und Reiskosten	13,3	13,5	27,4	13,9	104,51%
g) fremdes Ausbildungspersonal	59,2	84,2	69,4	-14,8	-25,00%
h) verschiedene betriebliche Kosten	201,4	166,6	127,1	-39,5	-19,61%
Sonstige Aufwendungen / Zinsen / Forderungsverluste / Verluste aus Abgang des AV	8,6	33,4	21,0	24,8	288,37%
Aufwendungen	3061,5	3128,6	2902,9	-225,7	-7,37%
sonstige Steuern	1,2	0,8	0,6	-0,4	-33,33%
Gesamtaufwendungen	3062,7	3129,4	2903,5	-225,9	-7,38%

Die Auslastung war insgesamt als „gut“ zu bezeichnen. Insbesondere in der Berufsorientierung (BO) und den Berufsvorbereitenden Maßnahmen (BvB). Potential liegt sicherlich noch in den überbetrieblichen Ausbildungen Industrie (ÜLU Industrie) und den Umschulungen. Hier sind verstärkte Werbemaßnahmen geplant.

Auch im Jahr 2016 ist bis Ende des ersten Quartals eine gute Auslastung in allen Bereichen zu verzeichnen.

d) Finanzlage (Kapitalstruktur, Investitionen, Liquidität)

Kapitalstruktur

Das Stammkapital des Zweckverbandes beträgt 825.225,10 €. Dieses entfällt zu je gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall des Ausscheidens.

Der Vorjahresverlust in Höhe von 292,2 T€ € wurden mit der Kapitalrücklage verrechnet, die zum Stichtag mit 1.154,6 T€ ausgewiesen ist. Der Gewinn wird der Kapitalrücklage hinzugeführt.

Unter Berücksichtigung des für 2015 ausgewiesenen Jahresgewinnes ergibt sich ein Eigenkapital in Höhe von 2.096,98 T€, was einer Eigenkapitalquote von 76,7% entspricht (2014 – 1.979,81 T€ = 70,2%). Dementsprechend konnte wir den Abwärtstrend der letzten Jahre stoppen und wieder Eigenkapital aufbauen.

Das Fremdkapital ist insgesamt als kurz- bis mittelfristig anzusehen und aus den laufenden Erträgen zu tilgen. Unterstellt man die Abschreibungen als nicht zahlungswirksam abgeflossenen Aufwand, so ergibt sich bei deren Hinzurechnung zum Jahresfehlbetrag im Berichts- und Vorjahr ein positiver Cash-Flow, der zur Tilgung der Verbindlichkeiten und für Reinvestitionen eingesetzt werden kann. Notwendigerweise wurden daher in den letzten Jahren durch die Ausweitung der Bankkreditlinien in 2013 und 2014 Verluste des Geschäftsbetriebs finanziert. Mit der Rückzahlung der Bankverbindlichkeiten und einer gleichzeitigen Schaffung von Reinvestitionsrücklagen wurde begonnen.

Wesentliche Verbindlichkeiten sind die Altersteilzeitrückstellung mit 26,8 T€ und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 425,2 T€. Insgesamt beläuft sich das Fremdkapital auf 636,8 T€ (VJ: 838,7 T€).

Der Finanzbedarf soll durch Entgelte, die für die Durchführung von Bildungsmaßnahmen erhoben werden, unter Berücksichtigung des Kostenverursachungsprinzips gedeckt werden. Soweit die erzielten Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs und eventueller Fehlbeträge nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel und auf die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen jeweils ein Sechstel entfallen.

Zum Abschlussstichtag weist die Bilanz des BZE eine Bilanzsumme in Höhe von 2.733,7 T€ (2014 – 2.818,5 T€) aus.

Investitionen

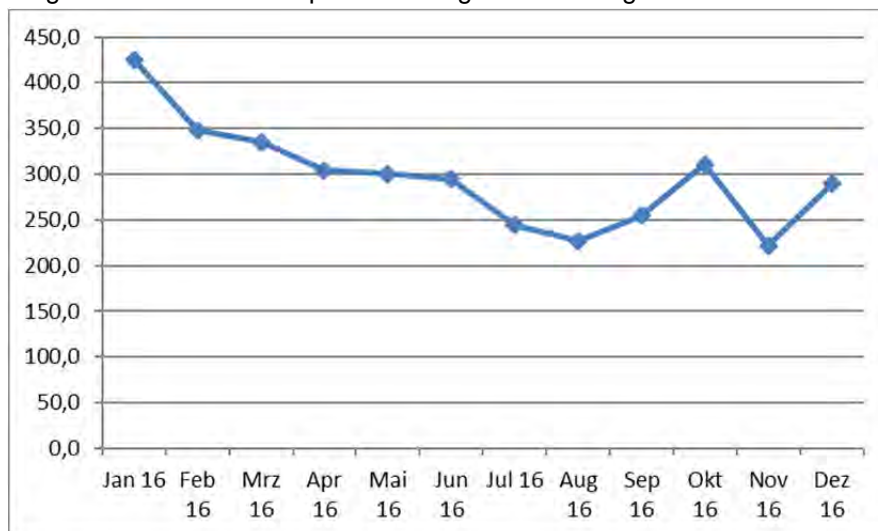
In 2015 wurden insgesamt 121,2 T€ investiert. Investitionen in die Gebäude wurden in Höhe von 66 T€ aktiviert. In die EDV wurde 4,0 T€ investiert. Für die Büro- und Werkstattausrüstung wurden insgesamt 48,2 T€ aktiviert und für die technischen Anlagen und Maschinen 3 T€.

Den Investitionen stehen Abschreibungen in Höhe 199,0 T€ (Vorjahr 207,7 T€) gegenüber.

Für die kommenden Jahre sind weitere Investitionen geplant. Ein detaillierter Investitionsplan der kommenden 2 Geschäftsjahre ist in den Wirtschaftsplan 2016 integriert.

Liquidität

Die Liquidität des BZE ist nicht zufriedenstellend, denn die Kreditlinie des Kontokorrentkredites beträgt 700 T€ Zum Bilanzstichtag war der Kontokorrentkredit zu ca. 60% ausgereizt. Laut unserer Liquiditätsplanung aus dem Wirtschaftsplan 2016 ergeben sich folgende Daten:



Liquiditätsplanung 2016

	2016	Jan 16	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	Mai 16	Jun 16	Jul 16	Aug 16	Sep 16	Okt 16	Nov 16	Dez 16
Anfangsbestand Kasse/Kontokorrent	-600,0	-425,0	-347,8	-335,0	-304,1	-300,4	-294,7	-244,5	-227,0	-254,3	-310,6	-221,3	-289,4
betriebliche Einzahlungen													
aus Umsatz Dez 15 bis Nov 16	2687,3	285,1	222,1	214,3	218,8	230,2	177,7	207,2	182,5	156,1	250,4	266,5	276,4
Verbandsumlage	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
aus sonstigen Erträgen	207,0	23,3	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7
Saldo betriebliche Einzahlungen	2894,3	308,4	238,8	231,0	235,5	246,9	294,4	223,9	199,2	172,8	267,1	283,2	293,1
betriebliche Auszahlungen													
für Materialaufwand	113,7	9,4	9,4	9,5	9,0	8,9	8,8	8,6	8,6	9,1	14,2	9,2	9,0
für bezogene Fremdleistungen	279,0	33,1	21,0	21,1	21,1	21,1	35,1	21,1	21,1	21,1	21,1	21,1	21,1
für Instandsetzung / Reparaturen	54,8	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6	4,6
für Auszubildende / Lohn (in Maßnahmen)	165,0	12,6	12,6	12,7	12,7	12,7	12,7	12,7	12,7	12,7	12,7	21,9	16,6
für Personalaufwand	2010,1	152,9	152,9	154,3	154,3	154,3	154,3	154,3	154,3	154,3	154,3	267,4	202,2
für KFZ Steuern / Versicherungen / KFZ-Kosten	51,7	3,9	3,9	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	6,9	5,2
für Werbe- / Reisekosten	23,0	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	3,1	2,3
für sonstige betriebliche Aufwendungen	128,3	7,4	12,4	12,4	11,4	17,9	14,9	8,4	8,4	8,4	8,9	8,9	8,4
Saldo betriebliche Zahlungen	2825,6	225,7	218,6	220,3	218,8	225,2	236,1	215,4	215,4	215,9	221,5	343,1	269,4
Einzahlungen aus Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
stg. Neutrale Einzahlungen	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
stg. Neutrale Auszahlungen	9,9	0,0	2,0	0,0	2,0	0,0	2,0	0,0	0,0	2,0	0,0	1,9	0,0
Saldo neutrale Zahlungen	5,1	0,0	-2,0	0,0	-2,0	0,0	13,0	0,0	0,0	-2,0	0,0	-1,9	0,0
Einzahlungen aus Abgängen des AV	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das AV	159,2	5,0	5,0	9,2	10,0	15,0	20,0	60,0	10,0	10,0	5,0	5,0	5,0
Saldo Zahlungen Investitionsbereich	-159,2	-5,0	-5,0	-9,2	-10,0	-15,0	-20,0	-60,0	-10,0	-10,0	-5,0	-5,0	-5,0
Darlehensaufnahmen	150,0	0,0	0,0	30,0	0,0	0,0	0,0	70,0	0,0	0,0	50,0	0,0	0,0
Kapitaldienst	11,5	0,5	0,5	0,5	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,3	1,3	1,3	1,3
Saldo Zahlungen Finanzierungsbereich	138,5	-0,5	-0,5	29,5	-1,0	-1,0	-1,0	69,0	-1,0	-1,3	48,8	-1,3	-1,3
Einlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Entnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Einlagen/Entnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Endbestand Kasse/Kontokorrent	-546,9	-347,8	-335,0	-304,1	-300,4	-294,7	-244,5	-227,0	-254,3	-310,6	-221,3	-289,4	-271,9

(angepasste Darstellung aus dem Wirtschaftsplan 2016)

Die ersten 3 Monate in 2016 zeigen eine deutlich verbesserte Liquidität des Berufsbildungszentrums (im Vergleich zum Vorjahr). Zum 1. Mai liegt der Kassenbestand / Kontokorrentkredit bei -326,8 T€. Diese Verbesserung ist bedingt durch höhere Erträge aus den Maßnahmen.

e) Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist geprägt von den langfristig gebundenen Werten in Höhe von 2.293,7 T€ (= 83,91% der Bilanzsumme). Die ursprünglichen Anschaffungskosten von Grundstücken und Gebäuden (umfassend saniert in 1999 und 2012) mit einem Buchwert in Höhe von 1.711,3 T€ belaufen sich auf 4.808,8 T€. Die ursprünglichen Anschaffungskosten der technischen Anlagen und Maschinen, die mit einem Buchwert von 339,0 T€ ausgewiesen sind, belaufen sich auf 1.891,7 T€. Die ursprünglichen Anschaffungskosten der anderen Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung, die mit einem Buchwert von 233,0 T€ ausgewiesen sind, belaufen sich auf 2.112,1 T€.

Im kurzfristigen Bereich sind als wesentliche Posten die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 319,0 T€ (Vorjahr 288,8 T€) zu nennen, z.B. gegenüber der Handwerkskammer Aachen für die Durchführung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk. In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Forderungen an die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Altersteilzeitvereinbarungen in Höhe von 14 T€ (Vorjahr 61,7 T€) enthalten.

f) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

finanzielle Leistungsindikatoren

Aufgrund der Gesellschaftsform und des gemeinnützigen Zwecks der Gesellschaft spielen die finanziellen Leistungsindikatoren eine sekundäre Rolle. Die Eigenkapitalrentabilität stellt sich wie folgt dar:

	2012	2013	2014	2015
Eigenkapitalrentabilität	-5,1 %	-16,0 %	-14,7 %	5,6 %

nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das BZE ermittelt die Zufriedenheit seiner Kunden (Lehrgangsteilnehmer) in den unterschiedlichen Bildungsmaßnahmen jeweils nach Kursende anhand eines Fragebogens. Die gesammelten Daten werden anhand der QM-Richtlinien ausgewertet und zur Sicherung und Verbesserung der Qualität verwendet.

Es zeigt sich, dass 60% aller Teilnehmer die Kurse mit „sehr gut“ bewerten und der Anteil der „schlechten“ Bewertungen bei nur 1% liegt.

Jahr	Kunden	sehr gut	gut	mittel	schlecht	sehr schlecht
2008	639	32,34%	52,68%	13,68%	1,10%	0,25%
2009	982	34,10%	50,50%	14,35%	1,12%	0,40%
2010	960	36,99%	48,78%	12,58%	1,48%	0,16%
2011	1343	44,06%	45,63%	8,91%	1,23%	0,17%
2012	1273	48,16%	43,80%	7,04%	0,75%	0,25%
2013	1703	53,09%	39,17%	6,97%	0,55%	0,28%
2014	1285	57,65%	37,28%	4,57%	0,45%	0,06%
2015	1273	60,00%	35,31%	3,63%	0,92%	0,14%

Zahl d. Lehrgänge	Teilnehmer	Gewerk	sehr gut	gut	mittel	schlecht	sehr schlecht	
3	47	AU	178	72	9			
17	52	BaE	135	175		26	9	
9	74	BvB	186	165		36	1	
16	113	Elektro Handwerk	623	157	12			
21	200	Elektro Industrie	892	428	62	9		
		Umschulung EBT						
		Elektro PVB-Handwerk						
1	8	Firmenschulung	37	18				
		Handfest						
5	34	Maler	111	99	28	1		
12	111	Metall Handwerk	579	179	16	1		
22	207	Metall Industrie	775	599	77	1	2	
		Metall PVB-Handwerk						
		Umschulung Metall						
2	27	Umschulung MA	103	73	13			
18	215	KFZ	880	610	29			
9	94	SHK	435	204	18			
4	16	Schweißen	80	31	1			
8	75	Tischler	206	262	51	6		
Summe	1273		5220	3072	316	80	12	8700
Ergebnis			60,00%	35,31%	3,63%	0,92%	0,14%	

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

4. Prognose, Risiko- und Chancenbericht

Prognose

Die Gesamtentwicklung des BZE im Jahr 2015 war sehr erfreulich und lag deutlich über den Erwartungen im entsprechenden Wirtschaftsplan. Der prognostizierte Jahresfehlbetrag 197 T€ wurde in einen Gewinn in Höhe von 117,1 T€ gewandelt.

Seit dem 1. November 2014 leitet Herr Jochen Kupp als hauptamtlicher Verbandsvorsteher die Geschäfte des Zweckverbandes. Seine Stellvertretung obliegt Herrn Marcus Schmelzer.

Der Restrukturierungsprozess des Berufsbildungszentrums wurde in 2015 begonnen und die Personalsituation wurde optimiert. Einige Mitarbeiter sind in den Ruhestand gegangen. Deren Stellen wurden zum Teil nicht neu besetzt und durch interne Umstrukturierungen aufgefangen. Im Bereich Berufsorientierung konnten fehlende Personalressourcen durch Honorarkräfte aufgefangen werden, so dass kein personeller Engpass entstand.

Wir erwarten Rückgänge im Bereich der Berufsorientierung und im Bereich der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE). Im BaE-Programm wurde die Ausschreibung nur noch im Bereich der kooperativen BaE (d.h. Ausbildung in Betrieben) durchgeführt. Unsere jahrelangen Erfahrungen liegen in der integrativen Form, bei der die Ausbildung hier im Berufsbildungszentrum in unseren Werkstätten erfolgt. Für die kooperative Form haben wir uns nicht an der Ausschreibung beteiligt.

An folgenden Ausschreibungen haben wir uns bis zum Berichtszeitpunkt beteiligt, bzw. arbeiten wir derzeit:

- Potentialanalysen für Schuljahr 2016/17 – 2018/19 (ca. 2000 in Kooperation mit dem Bildungsträger BRW)
- Projektauftrag Produktionsschule 01.09.2016 – 31.08.2018 (40 Teilnehmerplätze)
- Förderzentrum für Flüchtlinge ab 1. Juli 2016 (26 Teilnehmerplätze)
- Perspektiven für junge Flüchtlinge ab 1. Juli 2016 (20 Teilnehmerplätze)
- KompAS – Integrationskurs mit praktischen Ansatz – ab 1. September (150 Teilnehmerplätze)
- Berufsorientierung für Flüchtlinge – jeweils in 12er Gruppen über 2 Jahre

Bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes waren diese Maßnahme teilweise noch nicht bekannt, daher haben wir hier pauschale Einschätzungen getroffen.

Bezeichnung	IST	Plan	Plan	Abweichung	
	2014,0	2015	2016	2015-2016	
	TEUR	TEUR	TEUR	absolut	relativ
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	714,3	589,1	550,0	-39,1	-6,6%
Überbetriebliche Ausbildung - Industrie	550,0	559,5	572,0	12,5	2,2%
Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk	377,0	320,5	348,4	27,9	8,7%
Fortbildungsmaßnahmen	129,7	106,7	98,8	-7,9	-7,4%
Umschulung	89,5	198,1	100,0	-98,1	-49,5%
Berufsvorbereitende Bildungsangebote	800,5	761,5	1018,1	256,7	33,7%
a) BvB - Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	316,5	301,8	266,0	-35,8	-11,9%
b) Produktionsschule jobzeit pro	0,0	0,0	378,0	378,0	0,0%
c) Jugend in Arbeit	21,3	29,7	36,6	6,9	23,2%
d) BO - Berufsorientierung KAOA - BoP	374,2	394,4	230,0	-164,4	-41,7%
e) Vermittlungsprovisionen	5,5	0,0	15,0	15,0	0,0%
f) Praxiskurse		9,0	10,0	1,0	11,1%
g) externe Umschüler		26,6	13,5	-13,1	-49,2%
h) Neue Kurse mit Flüchtlingen/Asylbewerbern		0,0	65,0	65,0	0,0%
i) Ausbildungsbörse	4,2		4,0	4,0	0,0%
j) startklar	61,7	0,0	0,0	0,0	0,0%
k) handfest	17,1			0,0	0,0%
1. Umsatzerlöse	2661,0	2535,4	2687,3	152,0	6,0%
2. andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	65,0	20,0	-45,0	-69,2%
Gesamtleistung	2661,0	2600,4	2707,3	107,0	4,1%

Zu den einzelnen Maßnahmen gelten die nachstehenden Erläuterungen aus dem Wirtschaftsplan 2015.

Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen

Zur Zielgruppe gehören junge Menschen ohne berufliche Erstausbildung, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben. Dazu zählen Lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte junge Menschen, die wegen der in ihrer Person liegenden Gründe auch mit ausbildungsfördernden Leistungen nicht in einem Betrieb bestehen können sowie Auszubildende deren Ausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst wurde.

Die Erträge der Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen sind seit mehreren Jahren rückläufig. 2014 wurde dieses Ausbildungsprogramm erneut von der Agentur für Arbeit ausgeschrieben. Für das Jahr 2015 wurde die Option für diese Maßnahme gezogen. Seit 2014 wurden keine Plätze mehr seitens des Jobcenters Euskirchen eingekauft.

Zum aktuellen Zeitpunkt sind lediglich 4 von 12 Teilnehmerplätzen in der BaE 2015 belegt. Hier werden jedoch bis Sommer 2016 alle 12 Plätze bezahlt. Die vergütete Mindestteilnehmerplatzzahl in der BaE 2014 beträgt 80%, wobei derzeit sogar 11 von 12 Plätzen belegt und somit finanziert sind. Auch in der BaE 2013 sind 11 von 12 Plätzen durch die Agentur und 1 von 3 Plätzen durch das Jobcenter genutzt. Somit sind auch dort mehr als die Mindestteilnehmerplätze bezahlt. In der BaE 2012 befinden sich noch 8 von 12 Agentur-Kunden und 1 von 3 Jobcenter-Kunden, wobei diese bei positivem Verlauf ihrer Gesellenprüfung im Winter 2015/2016 ausscheiden. Aufgrund der derzeit unbelegten Plätze ist damit zu rechnen, dass hier 2016 mit weniger Teilnehmerplätzen neu ausgeschrieben wird.

Hinweis: die integrative Form der BaE wurde Seitens der Arbeitsagentur nicht mehr ausgeschrieben, daher wird diese Maßnahme in den nächsten 2,5 Jahren voraussichtlich auslaufen.

Überbetriebliche Ausbildung – Industrie

Die Ausbildungszahlen in der Industrie sind in unserer Region – nach vielen rückläufigen Jahren – für 2016 recht konstant. Aufgrund von Neuakquisition und Schaffung von neuen Kursen (insbesondere Prüfungsvorbereitungskursen) gehen wir von leichten Umsatzsteigerungen in diesem Bereich aus.

Überbetriebliche Ausbildung – Handwerk

Auch im Handwerksbereich hat sich die Zahl der neu abgeschlossenen Berufsausbildungsverträge im Vergleich zu den Vorjahren leicht erhöht. Daher gehen wir auch von leicht steigenden Umsätzen in diesem Bereich aus. Zusätzlich wird in enger Absprache mit der Kreishandwerkerschaft und den entsprechenden Innungen versucht, zusätzliche ÜBL-Kurse anzubieten, die bislang nicht oder nur zum Teil wahrgenommen wurden.

Auch im Handwerksbereich möchten wir zukünftig weitere Kurse anbieten (insbesondere Prüfungsvorbereitungskurse) um höhere Umsätze zu erzielen.

Umschulung

Aufgrund der sehr positiven Arbeitsmarktzahlen sind die Umsatzerwartungen im Bereich der Umschulung stark rückläufig. Sowohl Jobcenter als auch die Agentur für Arbeit entsenden uns derzeit sehr wenige neue Teilnehmer. Auch Werbemaßnahmen in örtlichen Zeitschriften bringen nicht den erhofften Erfolg.

Derzeit laufen folgende Umschulungen:

- 11 Maschinen- und Anlagenführer (bis Januar 2016)*
- 4 Maschinen- und Anlagenführer (ganzjährig 2016)*
- 1 Industriemechaniker (ganzjährig 2016)*
- 2 Elektroniker für Betriebstechnik (ganzjährig 2016)*

Für 2016 haben wir zwei neue Umschulungsmaßnahmen zertifizieren lassen:

Fachkraft für Metalltechnik

Fachkraft Möbel-, Küchen-, Umzugsservice

Diese eher niederschwelligen Umschulungsangebote entsprechen dem aktuellen Kundenkreis des Jobcenters und der Agentur für Arbeit. Geplanter Start ist März 2016.

Wir schätzen, dass wir ca. 4 – 5 neue Umschüler im Jahre 2016 werben können.

Hinweis: Die Umschulungsangebote haben sich recht positiv entwickelt, so dass ab März 2016 Umschulungen mit 10 Teilnehmern beginnen konnten.

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen werden immer wichtiger für das BZE. Der Umsatzanteil der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen beträgt mittlerweile über 35%. Unter der Bezeichnung fassen wir im weitesten Sinne untenstehende Maßnahmen und Projekte zusammen:

a) BvB – Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Die BVB richtet sich an junge Menschen bis 25 Jahre, die aufgrund multipler sozialer Hemmnisse nicht über die nötige Ausbildungsreife verfügen. Sie werden hier unterstützt, gefördert, sozialpädagogisch begleitet und mittels geschulter Ausbilder und Anleiter fit für den Ausbildungsstart gemacht.

Die BVB läuft aktuell im dritten Jahr im BZE, da 2015 die Option für zwei Jahre seitens der Agentur für Arbeit gezogen wurde. Bislang können wir bereits auf sehr gute Vermittlungserfolge blicken.

Von den insgesamt 51 Teilnehmerplätzen (davon 6 Reha-Plätze) sind derzeit 37 belegt. Die Zielgruppe wird auch in den nächsten Jahren ähnlich stark besetzt erwartet, da es bei den ständig steigenden Anforderungen in der Berufsausbildung immer wieder junge Menschen mit Unterstützungsbedarf geben wird. Die Mindestteilnehmerplatzzahl von 36 Teilnehmern wird durchgängig finanziert.

b) Produktionsschule jobzeit pro

Die Produktionsschule ist ein Angebot für noch nicht ausbildungsreife Jugendliche, welches berufliche Qualifizierung mit praktischer, produktiver Arbeit verbindet.

Im Jahr 2015 wurden seitens der Agentur für Arbeit 20 Plätze und seitens des Jobcenters 30 Plätze für die Produktionsschule jobzeit pro für ein Jahr ausgeschrieben, die von ESF Fördermitteln kofinanziert werden. Das Projekt startete im September mit lediglich 11 Teilnehmern. Aktuell befinden sich 24 Teilnehmer (16 Jobcenter, 8 Agentur) in der Produktionsschule.

Hier lässt sich ein positiver Trend erkennen, da die Teilnehmerakquise von allen Seiten forciert wird, so dass davon auszugehen ist, dass zukünftig mehr als die Mindestteilnehmerzahlen von 10 (Agentur für Arbeit) und 15 (Jobcenter) Plätzen bezahlt werden. Im Sommer 2016 geht die Produktionsschule erneut in die Ausschreibung, wobei wir fest davon ausgehen, dass das BZE den Zuschlag erneut erhalten wird.

Hinweis: Wir haben uns im April am Projektaufruf für 40 Teilnehmerplätze für die kommenden beiden Jahre beteiligt.

c) Jugend in Arbeit

Jugend in Arbeit richtet sich an arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene, die auf der Suche nach sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind und Unterstützung beim Abbau von verschiedenen Vermittlungshemmnissen benötigen.

Die Zuweisung erfolgt in großen Teilen durch das Jobcenter Euskirchen, aber auch durch die Agentur für Arbeit. Die Zuweisungszahlen entwickeln sich positiv.

Seit Oktober 2015 haben sich die Abrechnungsmodalitäten dahingehend verändert, dass nicht mehr nach erfolgten Beratungsschritten vergütet wird, sondern eine monatliche Pauschale für eine Beraterstelle ausgezahlt wird.

Insgesamt ist die Entwicklung des Projekts aufgrund steigender Zuweisungs- und Vermittlungszahlen positiv zu betrachten.

d) Berufsorientierung KAoA – BOP

Die Berufsorientierung richtet sich in der Regel an Schüler der 8. Klassen. Resultierend aus der Wahrnehmung der Ausbildungsbetriebe, dass junge Auszubildende oft mit falschen Vorstellungen in eine Berufsausbildung starten und es somit zur Demotivation, schlechten Leistungen, Überforderung und Ausbildungsabbruch kommt, wurde eine Vorbereitung entwickelt, die im Programm der Berufsorientierung mündet.

Derzeit wird im Rahmen von KAoA-BOP eine eintägige Potentialanalyse vorgeschaltet, wo Stärken und Schwächen der Jugendlichen losgelöst vom Schulalltag beleuchtet werden. Zusätzlich werden dreitägige Berufsfelderkundungen sog. Werkstatttage angesetzt, um den zukünftigen Auszubildenden Berufsfelder näher zu bringen.

Insgesamt sind hier für das BZE Umsatzrückgänge zu erwarten, da im 1. Halbjahr 2016 voraussichtlich keine Maßnahme durchgeführt wird. Hier sind wir natürlich vor allem abhängig von den Schülerzahlen, denn auch hier ist der demographische Wandel sehr gut zu spüren. Neuerdings werden Teile des Programms ausgeschrieben. Wir werden uns an den Ausschreibungen beteiligen und versuchen ständig, dass Programm zu verbessern und effizienter zu gestalten.

f) Praxiskurse

Innerhalb der Praxiskurse wird Schülern und Schülerinnen ab Jahrgangsstufe 9 die Möglichkeit gegeben, ihre praktischen Erfahrungen in einem Berufsfeld bzw. ihre fachlichen und sozialen Kompetenzen mit Bezug auf Anforderungen in mehreren Ausbildungsberufen zu vertiefen. Sie ähneln Qualifizierungsbausteinen im Bereich der Berufsvorbereitung und orientieren sich an Anforderungen des ersten Ausbildungsjahres.

Auch im nächsten Jahr werden wir Praxiskurse anbieten und ggfs. auch neue Kurse schaffen und dadurch neue Umsätze generieren. Hier sind wir natürlich vor allem abhängig von den Schülerzahlen, denn auch hier ist der demographische Wandel sehr gut zu spüren. Problematisch ist zusätzlich, dass der Abrechnungsaufwand für die Praxiskurse extrem hoch ist und in keinem Verhältnis zum Ertrag steht.

h) Neue Kurse mit Flüchtlingen / Asylbewerbern

Angedacht ist hier zum einen eine modulare Qualifizierung von Flüchtlingen als sogenannte Anpassungsqualifizierung und zum anderen eine Berufsvorbereitung für ungelernte jugendliche Flüchtlinge.

Die Besonderheit der Flüchtlingssituation in Deutschland einhergehend mit dem zunehmenden Fachkräftemangel bietet hier die Möglichkeit ein neues Geschäftsfeld zu bedienen. Unter den Flüchtlingen befinden sich durchaus Fachkräfte, die aber den deutschen Anforderungen an das erlernte Berufsfeld nicht standhalten können. Genannt sei hier bspw. der syrische Elektriker, der u.U. von SmartHome und ähnlichen Technologien weit entfernt ist.

Vorgeschaltet werden soll eine mehrwöchige Potentialanalyse im kognitiven, theoretischen und fachpraktischen Bereich. Im Anschluss ergibt sich, welcher der zwei Wege eingeschlagen werden soll: Anpassungsqualifizierung an das deutsche System im jeweiligen Fachbereich oder Berufsvorbereitung mit begleitetem Übergang in das deutsche Ausbildungssystem. Unter Rückgriff auf erfahrene Ausbildungsmeister werden auch Sozialpädagogen eingesetzt, die neben Krisenintervention auch unterstützend wirken bei Alltagsproblemen (Behördengänge, Wohnung, Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Sprache, Kultur, Finanzen). Um den Übergang in

Ausbildung/Beschäftigung zu gewährleisten und den Verbleib im Betrieb zu sichern, bedarf es zusätzlich des Einsatzes sog. Jobcoaches.

Hinweis: Derzeit werden einige Maßnahmen für Flüchtlinge / Asylbewerber ausgeschrieben, an denen wir uns beteiligt haben, bzw. an denen wir uns noch beteiligen werden. Wir sehen hier ein großes Umsatzpotential für die kommenden drei Jahre.

Folgende Jahresabschlüsse werden für die nächsten Jahre prognostiziert:

Bezeichnung	Plan 2016 TEUR	Plan 2017 TEUR	Plan 2018 TEUR	Plan 2019 TEUR	Plan 2020 TEUR
1. Umsatzerlöse	2687,3	2794,8	2906,6	3022,8	3143,8
2. andere aktivierte Eigenleistungen	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Gesamtleistung	2707,3	2814,8	2926,6	3042,8	3163,8
3. Sonst. Betr. Erlöse gesamt	307,0	319,3	332,1	345,3	359,1
Erfolgsplan Gesamterträge	3014,3	3017,8	3137,7	3262,4	3392,1
4. Materialaufwand	113,7	116,0	118,3	120,7	123,1
5. Bezogene Fremdleistungen	279,0	273,4	276,2	284,4	293,0
6. Instandsetzung / Reparaturen	54,8	55,9	56,5	58,1	59,9
7. Auszubildene Lohn	165,0	168,3	171,7	175,1	178,6
Rohrertrag	2094,8	2201,2	2304,0	2404,5	2509,2
Sonst. Betr. Erlöse gesamt	307,0	203,0	211,1	219,6	228,3
Betrieblicher Rohrertrag	2401,8	2404,2	2515,1	2624,1	2737,6
8. Personalaufwand	2010,1	2060,4	2122,2	2185,8	2251,4
9. betriebliche Steuern	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
10. Versicherungen / Beiträge	39,5	40,5	40,9	41,7	42,1
11. KFZ Kosten	11,7	12,0	12,1	12,4	12,5
12. Werbe-/ Reisekosten	23,0	23,6	23,8	24,3	24,5
13. Abschreibungen	204,3	209,4	211,5	215,7	217,8
14. sonstige betriebliche Aufwendungen	130,3	133,6	137,6	137,6	141,7
Betriebsergebnis	-17,6	-75,7	-33,4	6,1	47,0
15. Zinsaufwand	12,7	13,0	13,4	13,4	13,8
16. sonstige Steuern	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
17. sonstiger neutraler Aufwand	9,9	11,0	11,5	12,0	12,5
18. sonstiger neutraler Ertrag	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
19. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-25,7	-85,2	-43,8	-4,8	35,2

Im prognostizierten Jahresergebnis 2016 ist eine Verbandsumlage in Höhe von 100 TEUR enthalten. In den weiteren mittelfristigen Erfolgsplanungen (ab 2017) ist diese Umlage nicht enthalten. Die Verbandsumlage würde dann voraussichtlich entsprechend des prognostizierten Fehlbetrages (bis max. 100 TEUR) gebildet.

Risikobericht

Die Risiken für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BZE und damit für seine zukünftige Entwicklung, sind in erster Linie in einem Rückgang der Teilnehmerzahlen zu sehen, welcher aufgrund der demografischen Entwicklung und in Folge konjunktureller Schwankungen eintreten könnte. Das BZE versucht diesen Entwicklungen durch neue Programme und Seminare entgegenzutreten. Ferner werden die Kontakte mit den Unternehmen und Teilnehmern intensiviert. So wollen wir die Unternehmen an das BZE binden.

Die Ausschreibungsseiten der Bundesagentur für Arbeit werden regelmäßig dahingehend untersucht, welche Maßnahmen im Wettbewerb neu vergeben werden sollen. Bei der Erstellung entsprechender Angebote wird in erster Linie darauf geachtet, dass die ausgeschriebenen Platzzahlen verwirklicht werden können und die vorhandene Infrastruktur der Geforderten entspricht. Werden weniger Plätze ausgeschrieben, müssen alternative Angebote am Markt platziert werden, um vorhandene Ressourcen und Kapazitäten zu erhalten. Hierzu sind dann verstärkte Akquisitionen mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter oder potentiellen Kunden notwendig.

Als wirkungsvolles Instrument der Risikoüberwachung dient die tägliche Kontrolle der Liquidität. Auch die Analyse der durchgeführten Maßnahmen erfolgt zeitnah. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden vierteljährlich über Soll-Ist-Vergleiche (anhand Vergleichsrechnungen mit dem Wirtschaftsplan) informiert.

Die Kapitalstruktur ist sicherlich als Risiko für unser Berufsbildungszentrum anzusehen. Die hohen Verluste der Jahre 2012 - 2014 wurden nicht von den Mitgliedern ausgeglichen, sondern durch die Gewinnrücklagen verrechnet. Dadurch hat sich die Liquidität verschlechtert. Es besteht ein Kontokorrentkredit in Höhe von 700 T€ der zum Ende des Wirtschaftsjahres zu ca. 60% ausgelastet war. Durch den relativ geringen Zinssatz für den Kontokorrentkredit (1,75%) ist der Kapaldienst für den Kredit relativ gering. Falls sich die Zinssituation wieder ändert, könnte dies weitreichende Folgen für das Berufsbildungszentrum haben. Ferner ist ein Kapitalbedarf für Reinvestitionen notwendig, damit wir das Berufsbildungszentrum auf einem technischen guten Stand halten können.

Für das Jahr 2016 sind die Voraussetzungen für eine Verbandsumlage in Höhe von 100 T€ zur Liquiditätssicherung von den drei Trägern geschaffen worden.

Chancenbericht

Das BZE ist eng mit der Region verknüpft und genießt einen sehr guten Ruf über die Grenzen des Kreises Euskirchen hinaus. Engagierte und hochmotivierte Mitarbeiter sind unser größtes Kapital. Wir sind mit allen Akteuren des Bildungsgeschäftes und der Wirtschaft eng und aktiv verknüpft.

Der zentrale Standort des BZE mit der sehr guten eigenen Infrastruktur ist ein wichtiger Garant für den langfristigen Erhalt – und auch die kostendeckende Arbeit - des Berufsbildungszentrums.

Ab Dezember 2015 haben im BZE umfangreiche Umbaumaßnahmen stattgefunden um aus drei großen Seminarräumen – die nur zu max. 5% genutzt wurden – 9 Büroräume für den Integration Point Euskirchen zu schaffen. Die Umbaumaßnahme wurden Ende Februar mit der Eröffnung des Integration Points beendet. Seit diesem Zeitpunkt sind die Räume an den Jobcenter / Arbeitsagentur für mindestens 3 Jahre vermietet. Neben den Mieteinnahmen (ca. 22 T€) erwarten wir auch Synergieeffekte für unsere Maßnahmen durch die Nähe zum Integration Point.

Euskirchen, den 10. Mai 2016

Jochen Kupp
- Verbandsvorsteher -

2. Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur

Bonnstr. 16-18
50226 Frechen

Internet: <http://www.kdvz-frechen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband ist Träger der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur und ist Dienstleister für seine Verbandsmitglieder in allen Belangen technikunterstützter Informationsverarbeitung. Dem Zweckverband obliegen insbesondere folgende Aufgaben, um eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung beim Einsatz der Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern zu erreichen, als dies für jedes Verbandsmitglied alleine möglich ist:

1. Bereitstellung von Anwendungen und Unterstützung bei deren Nutzung auf allen vereinbarten Rechnebenen,
2. Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung örtlicher TUI-Entwicklungspläne,
3. Planung, Beschaffung, Vermittlung, Installation und Administration von IT-Komponenten,
4. Unterstützung bei der Problembehebung und künftigen Problemvermeidung durch die Nutzung von IT-Komponenten vor Ort,
5. Bereitstellung von Rechner- und Netzkapazitäten zur Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit, die termingerechte Durchführung von Produktionen und die Sicherstellung des Schutzes gespeicherter Daten vor Missbrauch und Zerstörung,
6. Schulung von Bediensteten der Verbandsmitglieder in der Handhabung eingesetzter Software-Produkte,
7. Prüfung der Programme im Bereich der Haushaltswirtschaft vor ihrer Anwendung gem. § 103 Abs. 1 Nr. 4 GO NRW.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder sind die Kreise Düren, Euskirchen und der Rhein-Erft-Kreis sowie 34 kreisangehörige Städte und Gemeinden. Der Zweckverband erwartet lt. Satzung, dass die übrigen kommunalen Gebietskörperschaften der Kreise Düren, Erftkreis und Euskirchen beitreten.

Zum 31.12.2012 wurde die Mitgliedschaft im Zweckverband durch den Kreis Düren, die Städte Düren und Euskirchen sowie durch die Gemeinde Blankenheim gekündigt. Zur Frage der Rechtswirksamkeit der Kündigungen war ein Rechtsstreit anhängig. Gemäß Urteil des VG Köln vom 03.04.2014 sind die v.g. Verbandsmitglieder zum 01.01.2013 wirksam aus dem Zweckverband ausgeschieden. Hiergegen hat die kdVz Berufung vor dem OVG Münster eingelegt; welche mit Urteil vom 27.10.2015 zurück gewiesen wurde. Die Revision wurde nicht zugelassen. Für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung incl. Ausgleichszahlungen für den durch das Ausscheiden entstandenen Personalüberhang in der kdVz wurde die Bezirksregierung eingeschaltet. Die Angelegenheit ist zum 01.09.2016 noch nicht entschieden.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Unter Beachtung des § 18 Abs. 3 GKG NRW finden die Vorschriften über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Eigenbetriebe (EigVO NRW) sinngemäß Anwendung.

Soweit seine sonstigen Erträge nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken, erhebt der Zweckverband von seinen Mitgliedern eine Umlage nach § 19 GKG. Die Höhe der Umlage richtet sich zum einen nach dem nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Aufwand und zum anderen nach der Inanspruchnahme der Produkte und Leistungen durch die Verbandsmitglieder.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (je Verbandsmitglied ein Vertreter mit einer Stimme)
- b) Verwaltungsrat (Verbandsvorsteher, dessen zwei Stellvertreter sowie je fünf Hauptverwaltungsbeamte/leitende Bedienstete aus den Gebieten des Rhein-Erft-Kreises und der Kreise Düren und Euskirchen)
- c) Verbandsvorsteher

Daneben besteht ein Rechnungsprüfungsausschuss. Der Zweckverband beruft einen Geschäftsführer.

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Karsten Stickeler	(CDU)	Emmanuel Kunz	(SPD)

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis Euskirchen wird im Verwaltungsrat durch Herrn Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I, (stellvertretender Verbandsvorsteher) vertreten.

c) Verbandsvorsteher

Heinrich Stommel (Bürgermeister Stadt Jülich)	bis 20.10.2015
Dr. Patrick Lehmann (Allgemeiner Vertreter und Kämmerer, Stadt Frechen)	ab 18.12.2015
Stellvertreter:	
Dr. Patrick Lehmann (Allgemeiner Vertreter und Kämmerer, Stadt Frechen)	bis 17.12.2015
Axel Buch (Bürgermeister, Gemeinde Hürtgenwald)	ab 18.12.2015
Johannes Adams (Geschäftsbereichsleiter I, Kreis Euskirchen)	

Geschäftsführer: Karl Heinz Wergen

nachrichtlich:

Mit Wirkung zum 03.06.2016 wurde Herr Christian Müller zum stellvertretenden Geschäftsführer bestellt.

F) Jahresabschluss

Der Jahresabschluss 2014 des Zweckverbandes Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur ist ab Seite 379 dargestellt.

Der Jahresabschluss für das Jahr 2015 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVA		31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR		31.12.2014 EUR	31.12.2013 EUR	PASSIVA
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				Jahresüberschuss	0,00	0,00	
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				B. Rückstellungen			
II. Sachanlagen				1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	15.122.292,00	14.408.900,00	
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		2.703.544,46	2.772.627,04	2. sonstige Rückstellungen	<u>3.837.576,37</u>	<u>2.943.784,03</u>	
2. technische Anlagen und Maschinen		<u>326.045,68</u>	<u>408.234,63</u>		18.959.868,37	17.352.684,03	
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		<u>304.798,05</u>	<u>314.315,56</u>	C. Verbindlichkeiten			
III. Finanzanlagen		3.334.988,19	3.495.177,23	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.671.819,11	1.837.820,38	
Wertpapiere des Anlagevermögens				2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	169.253,94	292.566,98	
		9.181.154,22	8.364.581,22	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	605.215,10	528.943,13	
				4. sonstige Verbindlichkeiten	<u>58.806,62</u>	<u>107.748,46</u>	
					2.505.094,77	2.767.078,95	
B. Umlaufvermögen							
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		37.798,57	67.308,62				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		5.653.034,26	4.863.654,00				
3. sonstige Vermögensgegenstände		<u>2.244,70</u>	<u>2.993,30</u>				
		5.693.077,53	4.933.955,92				
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		1.016.769,57	1.006.849,40				
C. Rechnungsabgrenzungsposten							
		229.180,09	188.615,28				
		<u>21.464.963,14</u>	<u>20.119.762,98</u>		21.464.963,14	20.119.762,98	

Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur, Frechen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014

	01.01.2014 - 31.12.2014 EUR	01.01.2013 - 31.12.2013 EUR
1. Umsatzerlöse	13.377.751,70	13.528.488,98
2. sonstige betriebliche Erträge	735.415,78	400.850,29
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	630.408,74	324.443,34
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	286.274,51	849.947,24
	<u>916.683,25</u>	<u>1.174.390,58</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	4.360.106,89	4.404.081,46
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.282.480,21	2.343.290,98
	<u>6.642.587,10</u>	<u>6.747.372,44</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	955.916,97	834.336,75
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	5.570.988,98	5.091.437,89
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20.179,83	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>45.701,01</u>	<u>80.781,61</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.470,00	1.020,00
10. sonstige Steuern	1.470,00	1.020,00
	<u> </u>	<u> </u>
11. Jahresüberschuss	0,00	0,00
	<u> </u>	<u> </u>

Kommunale Datenverarbeitungszentrale
Rhein-Erft-Rur

**LAGEBERICHT
2014**





KDVZ-PORTRAIT

Gründung

20.04.1966
BGB-Gesellschaft „Kommunale elektronische
Datenverarbeitungsanlage im Landkreis Köln“

01.07.1978
Zweckverband „Kommunale
Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur“

Sitz

50226 Frechen
Bonnstraße 16-18

Rechtsform

Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale
Gemeinschaftsarbeit (GkG)

Organe

Verbandsversammlung
Alexander Büttner (Vorsitzender)

Verwaltungsrat

Verbandsvorsteher: Heinrich Stommel
Bürgermeister Stadt Jülich

1. stv. Verbandsvorsteher: Dr. Patrick Lehmann
1. Beigeordneter der Stadt Frechen

2. stv. Verbandsvorsteher: Johannes Adams
Geschäftsbereichsleiter I Kreis Euskirchen

Geschäftsführer:
Karl Heinz Wergen

Aufgaben

Die kdvz Rhein-Erft-Rur ist als kommunaler Zweckverband IT-Dienstleister für 37 Kommunalverwaltungen in den Kreisen Düren, Euskirchen und Rhein-Erft-Kreis. Die Bereitstellung von Fachanwendungen sowie eines hochperformanten und ausfallsicheren Netzes gehören ebenso zu ihrem Kerngeschäft wie der Betrieb eines professionellen Rechenzentrums. Die Evaluation neuer Technologien, Consultingleistungen und ein umfassender IT-Support bilden zusätzliche Tätigkeitsschwerpunkte. Der Zweckverband bedient neben den Verbandsmitgliedern auch weitere Kunden mit Leistungen aus seinem Produktportfolio.

**1. GESCHÄFTSVERLAUF**

Der Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2014 stellt sich im Vergleich mit den Werten des Vorjahres wie folgt dar:

	Gewinn- und Verlustrechnung		Abweichung
	2014	2013	
	T €	T €	T €
Umsatzerlöse	13.377,8	13.528,5	-150,7
darin Kostenweiterbelastungen	-565,8	-268,4	-297,4
bereinigte Umsatzerlöse	12.812,0	13.260,1	-448,1
Neutrale Erträge	735,4	400,9	334,5
Personal- und Versorgungsaufwendungen	-6.642,6	-6.747,4	104,8
Abschreibungen	-955,9	-834,3	-121,6
Übrige Aufwendungen	-6.487,7	-6.265,8	-221,8
davon Kostenweiterbelastungen	565,8	268,4	297,4
bereinigte übrige Aufwendungen	-5.921,9	-5.997,4	75,6
Finanzergebnis	-25,5	-80,8	55,3
Ergebnis vor Steuern	1,5	1,0	0,5
Steuern	-1,5	-1,0	-0,5
	0,0	0,0	0,0

INVESTITIONEN

Der Verband hat im Wirtschaftsjahr 2014 Investitionen in Höhe von 675,1 T€ getätigt, welche sich wie folgt in den Anlageklassen wiederfinden:

DV-Software	509,0 T€
Betriebsgebäude	38,4 T€
Maschinen und technische Anlagen	6,6 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	121,1 T€
	675,1 T€

Gemäß der obigen Darstellung lag das Investitionsvolumen im Wirtschaftsjahr 2014 unter dem freien Cash Flow, welcher sich wie folgt ermittelt:

ordentliches Jahresergebnis	1,5 T€
ordentliche Abschreibungen	955,9 T€
Veränderungen der langfristigen Rückstellungen	713,4 T€
Cash Flow	1.670,8 T€



KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die kdvz Rhein-Erft-Rur hat im Wirtschaftsjahr 2014 einen Kapitalfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.667,7 T€ erzielt. Hieraus wurden Investitionen sowie die Tilgungen für Investitionskredite vorgenommen, die einzelnen Zahlungsströme des Wirtschaftsjahres sind in den nachfolgenden Rechnungen dargestellt:

Mittelveränderung aus der lfd. Geschäftstätigkeit

Jahresergebnis	0,0 T€
Abschreibungen	955,9 T€
Zunahme der Rückstellungen	1.607,2 T€
Anlagenabgänge	0,2 T€
Zunahme der Vorräte und sonstigen Aktiva	-799,7 T€
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten und sonstigen Passiva	-95,9 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	<u>1.667,7 T€</u>

Mittelveränderung aus der Investitionstätigkeit

Investitionen	-675,1 T€
Zugang Wertpapiere des Anlagevermögens (Pensionsfonds)	-816,6 T€
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	<u>-1.491,7 T€</u>

Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit

Darlehensaufnahmen	0,0 T€
Darlehensstilgungen	-166,0 T€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-166,0 T€</u>

Veränderung des Finanzmittelbestandes

Finanzmittel zum 01.01.2014	1.006,8 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	1.667,7 T€
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-1.491,7 T€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-166,0 T€
Finanzmittel zum 31.12.2014	<u>1.016,8 T€</u>



Planabweichungsanalyse auf Basis des Jahresabschlusses 2014

	Ergebnis	Plan	Abweichung
1. Umsatzerlöse (ohne Ergebnis der Kostenabrechnung)	13.836.955,90 €	12.870.115,00 €	966.840,90 €
2. Gesamtleistung	13.836.955,90 €	12.870.115,00 €	966.840,90 €
3. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	- €	- €	- €
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	735.415,78 €	- €	735.415,78 €
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	630.408,74 €	192.720,00 €	437.688,74 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	286.274,51 €	407.740,00 €	121.465,49 €
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.360.106,89 €	4.060.860,00 €	299.246,89 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.282.480,21 €	1.988.570,00 €	293.910,21 €
	6.642.587,10 €	6.049.430,00 €	593.157,10 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	955.916,97 €	1.379.069,00 €	423.152,03 €
7. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen			
aa) Raumkosten	300.371,91 €	290.110,00 €	10.261,91 €
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	66.664,82 €	68.680,00 €	2.015,18 €
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	93.246,15 €	134.120,00 €	40.873,85 €
ad) Fahrzeugkosten	16.189,49 €	15.770,00 €	419,49 €
ae) Werbe- und Reisekosten	22.103,88 €	37.160,00 €	15.056,12 €
afa) Pflege/Miete Software und Hardware	2.719.608,13 €	2.533.577,00 €	186.031,13 €
afb) Datenübermittlung	331.475,36 €	311.430,00 €	20.045,36 €
afc) Consulting und Beratung	331.506,50 €	595.120,00 €	263.613,50 €
afd) Porto u. Beförderungsentgelte	457.797,24 €	563.610,00 €	105.812,76 €
ag) verschiedene betriebliche Kosten	252.325,97 €	195.370,00 €	56.955,97 €
ah) Rückstellungen aus lfd. Verfahren	969.573,91 €	- €	969.573,91 €
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	10.125,62 €	- €	- €
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- €	- €	- €
	5.570.988,98 €	4.744.947,00 €	826.041,98 €
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20.179,83 €	70,00 €	20.109,83 €
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	- €	- €	- €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	45.701,01 €	96.279,00 €	50.577,99 €
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	460.674,20 €	- €	460.674,20 €
12. sonstige Steuern	- 1.470,00 €	-	- 1.470,00 €
13. Erträge aus satzungsmäßigen Finanzbedarfsumlagen für Vorjahre	- €	- €	- €
14.1 Jahreszwischenenergebnis	459.204,20 €	- €	459.204,20 €
14.2 Ergebnis der Kostenabrechnung für 2014	- 459.204,20 €		
14.3 Jahresüberschuss	- €		



Finanzstruktur

	2014 in T€	2013 in T€	Veränderung
Rückstellungen	18.959,9	17.352,7	1.607,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.671,8	1.837,8	-166,0
Übrige Verbindlichkeiten (davon gegenüber Verbandsmitgliedern)	833,3 (605,2)	929,3 (528,9)	-96,0 (76,3)
Summe	21.465,0	20.119,8	1.345,2

Vermögensstruktur

	2014 in T€	2013 in T€	Veränderung
Immaterielle Anlagen	2.009,8	2.130,6	-120,8
Sachanlagen	3.335,0	3.495,2	-160,2
Finanzanlagen	9.181,2	8.364,6	816,6
Anlagevermögen	14.526,0	13.990,4	535,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (davon gegen Verbandsmitglieder)	5.693,0 (5.653,0)	4.934,0 (4.863,7)	759,0 (789,3)
Flüssige Mittel	1.016,8	1.006,8	10,0
Abgrenzungsposten	229,2	188,6	40,6
Summe	21.465,0	20.119,8	1.345,2



2. SCHWERPUNKTTHEMEN AUS DEN GESCHÄFTS- UND FACHBEREICHEN

2.1 IT-Anwendungen

Von herausgehobener Bedeutung für die kdvz war die Abwicklung der Wahlen im abgelaufenen Jahr – und dies in dreifacher Hinsicht: Zum einen, weil das Wahlsystem eine hochkomplexe technische Infrastruktur bedingt, zum anderen aufgrund der besonderen öffentlichen Wahrnehmung und zum dritten, weil die kdvz über ihr Verbandsgebiet hinaus auch umfängliche Dienstleistungen für die Datenzentralen KDZ Westfalen-Süd und civitec erbringt. Insofern ist es eine Bestätigung für die Arbeit der kdvz, dass für die insgesamt 94 Wahlkunden die Europa- und Kommunalwahlen 2014 erfolgreich abgewickelt werden konnten. Im Rahmen dessen wurden im Mai bei allen 94 Verwaltungen die Europa-, Kreis- und Ratswahlen durchgeführt und bei 41 Kommunen zum selben Zeitpunkt die Bürgermeisterwahlen. Zusätzlich fanden parallel bei 15 Städten und Gemeinden noch Integrations- und bei zweien Seniorenbeiratswahlen statt; unterjährig haben zudem noch drei Verwaltungen ihre Bürgermeister gewählt. Erstmals kam bei den o. g. Wahlen die neue Parteienkomponente zur Online-Erfassung der Kandidaten durch die Parteien zum Einsatz und stieß bei den Kommunen und den Parteien auf große Akzeptanz. Das Modul ermöglicht letzteren, über eine Online-Komponente sämtliche Kandidaten zu erfassen und die benötigten Dokumente automatisiert zu generieren. Die erfassten Daten konnten dem Wahlamt anschließend digital zur Verfügung gestellt werden. Für die im September 2015 anstehenden Bürgermeisterwahlen laufen derzeit bereits die Vorarbeiten.

Die Lösungen rund um das Thema Dokumentenmanagement (DMS) haben sich im vergangenen Jahr zu einem echten ‚Renner‘ entwickelt. Zwei Kommunen sind mit der Einführung der elektronischen Steuerakte ganz neu in die Thematik eingestiegen, vier haben den elektronischen Aktenplan in ihrem Hause implementiert. Ferner wurden Umsetzungen zur Vollstreckungsakte, zur Personalakte sowie zur Steuerakte durchgeführt. Folgende DMS-Projekte wurden bis dato realisiert:

- Elektronische Steuerakte: 12 Verwaltungen
- Elektronische Bauakten: 3 Verwaltungen
- Elektronische Personalakte: 6 Verwaltungen
- Elektronische Rettungsbelegakte: 1 Verwaltung
- Rechnungseingangsworkflow: 1 Verwaltung
- Vollstreckungsakte: 1 Verwaltung
- Aktenplan: 5 Verwaltungen
- Hundeakte: 1 Verwaltung
- Friedhofsakte: 1 Verwaltung

Hausintern wurden zudem Workflows für den Posteingang und die Erstellung von Ausgangsrechnungen in Eigenentwicklung erstellt; zudem wurde ein erster Teilprozess „Bedarfsmeldung“ im Rahmen



von Beschaffungsvorgängen konzipiert und in einen Workflow gegossen. Für 2015 ist die Umsetzung weiterer Fachakten inkl. Anbindung an die unterschiedlichen Fachverfahren geplant. Der nach wie vor hohe Bedarf an DMS-Lösungen dokumentiert die zentrale Bedeutung, die die elektronische Dokumentenführung im Hinblick auf die Modernisierung kommunaler Prozesse besitzt.

Für das Finanzwesen war im abgelaufenen Jahr insbesondere der vom Softwarelieferanten INFOMA urspr. bereits für das Jahr 2013 angekündigte Verfahrenswechsel auf newsystem Version 7 von Bedeutung. Hierzu galt es vorab, das technische Umfeld auf die neue Basistechnologie Dynamics NAV 2013 der Fa. Microsoft und eine sog. „3-Tier-Technologie“ auszurichten. Als Pilotkommune hatte sich die Gemeinde Hellenthal zur Verfügung gestellt, bei der im Juni 2014 als eine der ersten vier Installationen deutschlandweit das System produktiv gesetzt wurde. Durch permanente Tests und direkte Fehlerbehebung durch den Softwarelieferanten und die kdvz konnte ein weitestgehend störungsfreier Betrieb und eine zufrieden stellende Verfahrensnutzung erreicht werden. Aufgrund dieses positiven Auftakts waren auch die Gemeinde Merzenich und die Stadt Linnich bereit, noch im Jahr 2014 den Verfahrensumstieg zu vollziehen; seit Dezember setzen beide die neue Softwarelösung produktiv ein. Mit den weiteren Verwaltungen ist die Projektierung für die Verfahrensumstellung von Mitte Februar bis Mitte Juni 2015 aufgesetzt. Nach Abschluss werden somit für rund 600 Nutzer die technischen und fachlichen Voraussetzungen (Schulungen / Customizing etc.) geschaffen und mehr als 20 Umstellungsprojekte realisiert worden sein.

Im Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der kdvz Rhein-Erft-Rur und civitec in Siegburg wurde u. a. vereinbart, dass die kdvz die INFOMA-Kunden im Verbandsgebiet des civitec zukünftig betreuen wird. Vorbereitend dazu wurden die Datenbestände der Stadt Niederkassel zur kdvz übertragen und in einem Testumfeld bereitgestellt. Es ist beabsichtigt, dass die Stadt Niederkassel noch im ersten Quartal 2015 in die Produktivumgebung der kdvz integriert wird; ferner ist verabredet, dass die kdvz Rhein-Erft-Rur in 2015 alle interessierten civitec-Kunden beim Umstieg auf die neue INFOMA-Verfahrensversion unterstützt und, sofern gewünscht, das Hosting für diese Applikationen übernimmt.

Einen bedeutenden Versionswechsel gab es in 2014 auch im Einwohnerwesen. Der Umstieg auf die Version 8.0 der Software OK.EWO bedingt völlig neue technische Strukturen. Die Innovationen der Version 8.0 liegen u. a. in einer gemeinsamen Plattform für die noch stärkere Integration aller Produkte des Softwareherstellers, einer neuen Benutzeroberfläche sowie einem Plus an Komfort für Administratoren und Sachbearbeiter. Neben der Implementierung der neuen Komponenten auf der Serverseite erfolgte auch eine



Konvertierung der Benutzerverwaltung, der Protokollierung und der Jobsteuerung.

Trotz anfänglicher technischer Probleme seitens des Hostingdienstleisters regio IT GmbH während der Installation von OK.EWO 8.0 konnten die zwingenden gesetzlichen Terminvorgaben eingehalten werden. Die Probleme, die bis dato noch nicht vollständig ausgeräumt werden konnten, sind der komplexen Struktur und Kommunikation in der Software geschuldet. Das heutige Meldewesen ist nicht mehr nur einfacher Datenspeicher, sondern Datendrehscheibe für das gesamte Bundesgebiet und alle involvierten Behörden. Diese vielfältigen Kommunikationsbeziehungen macht die Software in hohem Maße abhängig von technischen Drittsystemen (Bundesdruckerei, Telesec, Zertifikatsspeicher, Intermediäre, Internetverbindungen usw.).

Mit Beginn der neuen Legislaturperiode wurde in acht Kommunen der papierlose kommunale Sitzungsdienst (das sogenannte RICH-Modul) produktiv eingeführt, weitere sieben Verwaltungen befinden sich im Testbetrieb und planen den produktiven Einsatz im Laufe des Jahres 2015. Insgesamt nutzen derzeit 31 Verwaltungen im Kundenkreis der kdvz den papierlosen Sitzungsdienst in unterschiedlichen Ausbaustufen, über 800 Benutzer-Lizenzen für RICH sind derzeit im Einsatz.

Im Rahmen der Kooperation mit der GKD Paderborn wurde die Einrichtung des Sitzungsdienstes SD.NET für die Städte Paderborn, Bad Driburg und Willebadessen und für das beteiligte Rechenzentrum abgeschlossen. Zwei weitere Städte im Verbandsgebiet der GKD Paderborn haben Interesse, in diesem Jahr ihren bisherigen Sitzungsdienst auf SD.NET umzustellen. Außerdem ist geplant, den First-Level-Support der Städte Beverungen und Salzkotten von der Herstellerfirma zu übernehmen und die Verwaltungen in das technische Umfeld der GKD Paderborn zu integrieren.

Durch Umstellungen im technischen Betrieb kann im Bereich Content-Management-System (CMS) / Internetpräsentationen das Hosting der Internetseiten mittlerweile deutlich sicherer und auf einem jeweils aktuellen Stand gewährleistet werden. Um zukünftig größere Update- und Entwicklungsprozesse besser unterstützen zu können, wurde ein entsprechendes Testumfeld inkl. aller im Produkktivsystem vorhandener Applikations- und Webserver neu aufgebaut. Parallel wurde, nach vorheriger Testphase, die neue webbasierte Administrationsoberfläche „Infosite6“ für Redakteure im CMS in den produktiven Betrieb überführt. Die neue grafische Benutzeroberfläche verfügt neben einer modernen Optik über zahlreiche neue Funktionen, die das Arbeiten mit dem Content-Management-System gegenüber dem Vorgänger deutlich angenehmer und effizienter gestalten. Von der neuen Bedienoberfläche profitieren alle CMS-Kunden. Das neue Produkt „Homepage für Schulen / Kitas“ – erstmals im Jahr 2013 vorgestellt – wurde gut angenommen. Basis des neuen



Produktes ist das Open-Source CMS „Joomla“, ein Hosting über NetCologne kann Teil eines Angebotes sein. Die bis dato angebotenen Dienstleistungen wurden dabei noch um die Aspekte „regelmäßige Sicherheitsupdates“ und „Datensicherung“ erweitert. Erfolgreich umgesetzte Projekte im Jahre 2014 waren u.a. die Webseite der neuen Gesamtschule der Stadt Hürth und die Webseite der neuen Primus-Schule der Gemeinde Titz. Die Gemeinden Vettweiß, Weilerswist und Nörvenich sowie die Städte Erftstadt und Zülpich wurden im Rahmen ihrer gemeinsamen Bewerbung für das durch die EU geförderte Projekt „LEADER“ durch die kdvz mit der Implementierung einer projektbezogenen Webseite unterstützt. Eine weitere, Joomla-basierte Webseite mit dem inhaltlichen Schwerpunkt „Klimaschutz“ wurde für die Stadt Hürth realisiert.

Für das laufende Jahr ist vorgesehen, die Dienstleistungen rund um die Themenkomplexe Web-Design, CMS und Social Media weiter auszubauen.

Die kdvz betreut zurzeit ca. 14.500 Abrechnungsfälle im Bereich der Personalabrechnung. Dabei sind permanent die aktuellen Veränderungen u.a. in den Bereichen der Sozialversicherung, der Lohnsteuer und der Sondertarifverträge aufzunehmen, zusammen mit dem Softwarelieferanten anzupassen und die Kunden in der Handhabung der jeweiligen Anpassung zu unterstützen. Die Verfahrensbetreuung der Abrechnungs- und Managementmodule konnte ab Mitte des Jahres 2014 um eine Person ergänzt und die Dienstleistungen somit wieder kontinuierlich ausgebaut werden. Für das Jahr 2015 sind vom Softwarelieferanten umfangreiche technische Neuerungen angekündigt, die, sobald Details bekannt sind, den Verfahrensnutzern vorgestellt und bei Interesse zur Verfügung gestellt werden.

Die Erfassung von Ordnungswidrigkeiten über Smartphones/iPhones mithilfe der Software „WiNOWiG mobil“ wurde für zwei neue Kunden eingerichtet, so dass das Modul mittlerweile von 22 Verwaltungen eingesetzt wird. Eine weitere ist derzeit in Vorüberlegungen zum Einsatz von WiNOWiG mobil. Darüber hinaus wurde in 2014 auch für die Kreispolizeibehörde des Kreises Euskirchen die Anbindung an die Kreisverwaltung über die in NRW für die Polizei beschaffte Software OWI-Pol geschaffen. Beide Kreis-Bußgeldstellen (Rhein-Erft-Kreis und Kreis Euskirchen) erhalten auf diesem Wege jetzt auch Daten anderer Polizeibehörden (z. B. aus Köln). Für 2015 ist geplant, die Verfahrensbetreuung von WiNOWiG im Rahmen der Kooperation zum civitec nach Siegburg zu verlagern.

Im Standesamtswesen ermöglichte ein größeres Update im November 2014, dass nunmehr auch die Mitteilungen nach xPersonenstand zu den Ausländerämtern elektronisch verschickt werden können. Im gleichen Monat erfolgte die Neuausstellung von Signaturkarten, ohne technische Verzögerungen und ohne lange Wartezeiten für die



Antragsteller. Insgesamt wurden 77 Einzelsignaturkarten und drei Massensignaturkarten ausgestellt.

2.2 Projekte

Die Projekte für 2014 wurden mit den Verbandsmitgliedern abgestimmt und in wesentlichen Inhalten wie folgt realisiert:

Einsatz eines Bürgerservice-Portals

Gemeinsam mit den Mitgliedsverwaltungen hat die kdvz Rhein-Erft-Rur im Jahr 2014 eine Produktentscheidung zugunsten des Bürgerservice-Portals der „Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern“ (AKDB) als Basis für eGovernment-Dienstleistungen der Kommunen getroffen. Die Lösung der AKDB ist in Bayern bereits bei 270 Kreisen, Städten und Gemeinden erfolgreich im Einsatz. Zu den Basisfunktionen des Portals zählen Servicedienste im Einwohnerbereich (z. B. Antrag auf Aufenthaltsbescheinigung, Antrag auf Meldebestätigung, Antrag auf Statusabfrage Ausweispapiere etc.) und im Personenstandswesen (Beantragung von Geburts-/Heirats-/Sterbe-/Lebenspartnerschaftsurkunden). Ergänzt werden diese Dienste um die Authentifizierung über die eID-Funktion des neuen Personalausweises, die Anbindung einer Bezahlungsfunktion sowie eines Programms für die Terminreservierung bei den örtlichen Dienststellen. Geplant ist, diese Services sukzessive um weitere Funktionen zu ergänzen. Für die kdvz waren und sind entsprechend umfangreiche Vorarbeiten zu leisten, etwa die Schaffung vertraglicher und technischer Voraussetzungen für einen Test- und Produktionsbetrieb, das Einholen notwendiger Zertifizierungen für den Einsatz der eID-Funktionen sowie die Vorbereitung der technischen Anbindung an ein Trustcenter. Nachdem das Testumfeld nunmehr aufbereitet ist, sind die Funktionalitäten eingehend durch die interessierten Kommunen zu testen. Auf dieser Basis soll noch im ersten Halbjahr 2015 die Produktivsetzung bei den ersten Verbandsmitgliedern erfolgen.

Prozessaufnahme und -optimierung

In einem Gemeinschaftsprojekt der Städte Bergheim und Frechen sowie der kdvz Rhein-Erft-Rur wurden im Jahr 2014 Geschäftsprozesse des Bürgerservices aufgenommen, analysiert, dokumentiert und auf die Unterstützung durch sog. „eServicedienste“ hin untersucht. Die Zielsetzungen des Projektes lagen in der Eröffnung unterschiedlicher Handlungsebenen zur

- Optimierung und Standardisierung von Geschäftsprozessen der Bürgerservicebüros
- Entwicklung übertragbarer, interkommunal nutzbarer eServicedienste
- Einführung von Basiskomponenten und eines Frameworks für transaktionsfähiges eGovernment auf der Grundlage von nPA/eID, De-Mail und E-Payment für den Zweckverband



- Initiierung eines interkommunalen Innovations- und Entwicklungsverbundes für transaktionsfähiges eGovernment unter dem Dach der kdvz Rhein-Erft-Rur

Die hierbei erprobte Vorgehensweise und die Projektergebnisse fanden die volle Akzeptanz innerhalb der Pilotverwaltungen, sind auf andere Geschäftsbereiche übertragbar und können von anderen interessierten Verwaltungen als Basisinformationen genutzt werden. Das Modellierungsmodell kann, unterstützt von den beiden Pilotverwaltungen, über die kdvz auch anderen Verwaltungen angeboten werden.

Parallel hierzu hat die kdvz Rhein-Erft-Rur mit interessierten Mitgliedskommunen eine Produktauswahl hinsichtlich Lösungen zur Prozessmodellierung vorgenommen. Mit Zustimmung der Mitglieder des Koordinierungskreises werden die künftigen Prozessmodellierungen im Zweckverband mit der Software „ADONIS“ der Fa. BOC unterstützt. Diese ist inzwischen bei der kdvz installiert und steht den Verbandsmitgliedern zur Verfügung.

Umstellung der INFOMA-Module auf „Navision 2013“

Die ursprünglich geplante Umstellung der Finanzanwendung auf Navision 2013 konnte in 2013 nicht umgesetzt werden, da der Softwarehersteller die neue Version nicht zeitgerecht zur Verfügung stellen konnte. Demzufolge war die Projektierung anzupassen und in das Folgejahr bzw. das laufende Jahr zu verlegen. Näheres dazu unter II.1.

Bereitstellung von De-Mail-Diensten

Mit der Einrichtung eines Portalzugangs verfügt nunmehr jede Mitgliedsverwaltung über eine De-Mail-Adressierung und könnte hierüber auch die entsprechenden Dienste abwickeln. Die Durchdringung der De-Mail-Dienste ist aktuell aber noch so gering, dass sich umfassendere Lösungen, wie sie von den Anbietern offeriert werden, momentan nicht wirtschaftlich darstellen lassen. Die kdvz Rhein-Erft-Rur wird daher die weitergehenden Bedarfe / Verwaltungsangebote sowie den Nutzungsgrad der Funktionen beobachten und auf eventuelle Bedarfsänderungen reagieren.

ePayment-Bezahlfunktionen

Die Funktion des elektronischen Bezahlens ist Bestandteil des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung (eGovernment-Gesetz). Ein wesentliches Element dabei ist die Erleichterung bei der Erbringung von elektronischen Nachweisen und der elektronischen Bezahlung in Verwaltungsverfahren. Die kdvz Rhein-Erft-Rur unterstützt die Absicht des KDN-Zweckverbandes, sich für das Land NRW der Entwicklergemeinschaft Bund/Land anzuschließen, die für diverse elektronische Bezahlfunktionen das Produkt „ePayBL“ entwickelt hat. Über das Bürgerservice-Portal, welches künftig im Zweckver-



band eingesetzt wird, ist die Anbindung des Bezahlsystems ePayBL bereits realisiert. Daneben werden der Einsatz der bereits verfügbaren Bezahlmöglichkeiten des Giroverbandes (giropay, SEPA-Lastschriften, Kreditkartenzahlungen) unterstützt und die Optionen der Zahlungssysteme „PayPal“ geprüft.

2.3 IT-Betrieb

Bedingt durch die stetig steigenden Anforderungen an die Datensicherung, sowohl quantitativ als auch qualitativ, wurde das bei der kdvz eingesetzte Datensicherungssystem um neue Funktionalitäten ergänzt. Um dem drastisch ansteigenden Datenvolumen Rechnung tragen zu können ist zudem geplant, noch in diesem Jahr das Datensicherungssystem zu erweitern.

Da im Einwohnerwesen seit dem vergangenen Jahr eine neue Softwareversion im Einsatz ist, die gravierende Veränderungen gegenüber den vorherigen Versionsständen mit sich brachte, mussten im Bereich der automatischen Jobsteuerung umfangreiche Installationen und Anpassungen durchgeführt werden.

Die Zertifizierung eines sicheren und performanten Rechenzentrumsbetriebes ist für die kdvz Rhein-Erft-Rur ein wichtiger Qualitätsfaktor. Nach 2010 und 2012 bescheinigte der TÜV Saarland der kdvz Rhein-Erft-Rur im vergangenen Jahr erneut einen qualitativ hochwertigen IT-Betrieb. Die Re-Zertifizierung "TÜV geprüftes Rechenzentrum – hochverfügbar Stufe 2" ist das Ergebnis einer neuerlich erfolgreichen Sicherheitsüberprüfung in Anlehnung an BSI-Grundschutz und ISO 27002. Die Zertifizierung nach IDW951 für externe Dienstleister der Mitgliedsverwaltungen unterlag ebenfalls der jährlichen Nachprüfung.

2.4 Netze

Das Wide Area Network (WAN) der kdvz Rhein-Erft-Rur als eine zentrale Infrastrukturkomponente hat sich im vergangenen Jahr wiederum als ausfallsicheres und hochverfügbares Netz gezeigt. Kurzzeitige Unterbrechungen der Primäranbindungen wurden durch automatische Umschaltungen im Millisekundenbereich auf den Backup-Weg unbemerkt vom Kunden aufgefangen. Die Verfügbarkeit des Verbandsnetzes lag bei nahezu 100%. Erstmals wurde darüber hinaus eine Richtfunkstrecke zwischen der kdvz und einem Verbandsmitglied realisiert, die Übertragungsrate beträgt 100 Mb/s. Geplant ist, weitere Richtfunk-Verbindungen zu etablieren, sofern geografisch machbar und wirtschaftlich sinnvoll.

Das Internet bleibt als weltweites Informations- und Kommunikationsmedium für die Kunden der kdvz Rhein-Erft-Rur unverzichtbar. Gleichzeitig ist das Internet aber immer noch das sicherheitskritischste Netz, auf dessen Gefahrenabwehr ein Arbeitsschwerpunkt



liegt. Der Gesamt-Datenverkehr ist gegenüber 2013 wiederum deutlich angestiegen und liegt nun bei ca. 47 TerraByte. Eine Herausforderung liegt in der Abwehr neuartiger Spam-Attacken, die des Öfteren Anpassungen an den zentralen Sicherheitssystemen notwendig machten. Ein gänztliches Verhindern solcher „Angriffswellen“ ist zwar nicht möglich, dennoch gewährleistet der Einsatz jeweils aktuellster zentraler Proxy-, Virenschanner- und Spam-Abwehr-Systeme mit deutlich erhöhtem Funktionsumfang den Schutz der internen Systeme. Im Durchschnitt lag die eMail-Aktivität (von außen nach innen) bei ca. 1,5 Mio. Mails im Monat, allein davon werden bereits in der ersten Abwehrstufe ca. 40-50% abgewiesen.

Die Anbindung an das DOI-Netz (Deutschland-Online Infrastruktur) ist und bleibt unverzichtbar für die Verbandsmitglieder der kdvz; sei es zur verschlüsselten eMail-Kommunikation mit dem Land NRW und anderen an DOI angebundenen Stellen oder zur Nutzung von Anwendungen, die über dieses Netz zur Verfügung gestellt werden. Im abgelaufenen Jahr wurde ein Datenvolumen von ca. 375 Giga-byte über das DOI-Netz transportiert.

Neben der Internetnutzung „von Innen nach Außen“ steht der Internetzugang aber auch für Zugriffe von Außen zur Verfügung. Nicht nur die zahlreichen DMZ-Applikationen (DMZ = Demilitarized Zone), auch die Nutzung von VPN-Verbindungen (Heimarbeitsplätze, kleinere Außenstellen) hat gegenüber dem Vorjahr erneut zugenommen. Darüber hinaus gehört die Einbindung von Smartphones und Tablet-PCs zum Tagesgeschäft. In diesem Kontext hat die kdvz die Produktauswahl für ein sog. Mobile-Device-Management (MDM) getroffen, um die dienstlich eingesetzten mobilen Endgeräte zentral verwalten zu können. Eine wesentliche Anforderung an die Software bestand darin, dass Administratoren eine zentrale und einheitliche Benutzeroberfläche für eine schnelle, einfache und übersichtliche Verwaltung erhalten, über welche auch entsprechende Sicherheitsrichtlinien umgesetzt werden können. Nachdem interessierte Kommunen die Lösung ausgiebig testen konnten, ist beabsichtigt, das Thema MDM als Dienstleistung des Zweckverbands zu etablieren und beispielweise eine mobile App für das Dokumentenmanagementsystem d.3 über die MDM-Lösung bereitzustellen.

Auch in 2014 wurden in zahlreichen Verwaltungsgebäuden W(ireless)-LAN-Komponenten installiert. Mittels WLAN-fähiger Geräte (Laptop, Smartphone, Tablet etc.) haben Nutzer dort die Möglichkeit, auf das lokale Netzwerk und/oder das Internet zuzugreifen. Da der Netzwerkzugang bzw. die Authentisierung höchsten Sicherheitsstandards genügen müssen, stellt die kdvz den Kunden zentrale Authentisierungs- und Benutzerverwaltungs-Systeme zur Verfügung. Aktuell sind bei 22 Kunden insgesamt 115 WLAN-Access-Points installiert.



Die Vorteile einer IP-basierten Telefonanlage haben im vergangenen Jahr weitere Kommunen überzeugt. Mittlerweile setzen neun Verbandsmitglieder das System Swyx an über 650 Arbeitsplätzen ein. Mit Erfolg wurden bei allen Swyx-Bestandskunden Upgrades auf die aktuelle Version durchgeführt, daneben standen die Kundenberatung und Angebotsaufbereitung im Vordergrund. Auch bei externen Kunden konnte die kdvz in Bezug auf Swyx unterstützend tätig werden und ihr Fachwissen unter Beweis stellen.

2.5 IT-Services

Der Trend, die umfassenden technischen Dienstleistungen der kdvz Rhein-Erft-Rur in Anspruch zu nehmen, hielt auch im vergangenen Jahr unvermindert an. Immer mehr Verwaltungen setzen dabei auf die zentrale Bereitstellung kommunaler Fachanwendungen. Bevor im eigenen Haus dedizierte Infrastrukturen mit dem dazugehörigen IT-Know-how aufgebaut werden, bedient man sich des zentralen IT-Dienstleisters. Die kdvz stellt demzufolge für ihre Kunden in steigender Anzahl kommunale Fachanwendungen zentral als Service („Software as a Service“ – SaaS) bereit. Aktuell nutzen ca. 3.500 Benutzer zentral bereitgestellte Anwendungen des Zweckverbandes.

Die Nachfrage nach Virtualisierungstechnologien und -produkten ist ebenfalls ungebrochen. Die entsprechende Infrastruktur der kdvz ist auf einem permanent hohen Leistungsniveau zu halten und immer wieder zu aktualisieren. Aufgrund der permanent steigenden Systemanforderungen bzw. des Serverwachstums wird die Virtualisierungs-Infrastruktur im laufenden Jahr 2015 wieder aktualisiert werden. In diesem Projekt wird zeitgleich eine Erweiterung der Virtualisierungsressourcen vorgenommen, um auch den Anforderungen im darauffolgenden Jahr gewachsen zu sein.

Waren es im Jahr 2013 noch ca. 430 Server im Rechenzentrum der kdvz, so ist die Anzahl im Jahr 2014 auf ca. 500 Server angestiegen – eine Entwicklung, die sich bereits die letzten Jahre fortsetzt. Für 2015 wird ein Serverwachstum um 50 bis 100 Servern erwartet.

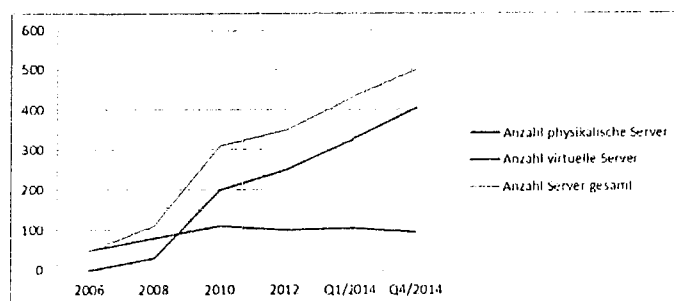


Abb. 1: Entwicklung Serveranzahl (physikalisch / virtuell)



Die steigende Komplexität von IT-Infrastrukturen hinsichtlich Hard- und Software, Sicherheit, Verfügbarkeit sowie Personaleinsatz forciert nach wie vor das Interesse im Zweckverband nach Unterstützung bei der Re-Zentralisierung von IT-Einrichtungen. Durch die gemeinschaftliche und zentralisierte Bereitstellung von Ressourcen kann hier eine wirtschaftliche Lösung geschaffen, die Komplexität zurück ins Rechenzentrum verlagert werden. Die kdvz unterstützt die Kunden bei der Analyse des eigenen Umfelds, der Konzeption, der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sowie der Umsetzung. In 2014 wurden insgesamt vier Zentralisierungsprojekte erfolgreich umgesetzt, Anfang 2015 ein weiteres. Darüber hinaus wurden diverse Außenstellen, Heimarbeitsplätze etc. auf das Modell „IT aus der Steckdose“ umgestellt. Insbesondere bereits zentralisierte Verwaltungen steigern den Nutzungsgrad aufgrund der bislang gesammelten Erfahrungen, was die Zufriedenheit nochmals deutlich hervorhebt. Über 1.200 Benutzer erhalten bereits heute ihren kompletten Arbeitsplatz (Desktop inkl. Anwendungen) zentral über die kdvz. Im weiteren Verlauf des Jahres werden weitere Kommunen ihre IT-Infrastrukturen zum Zweckverband verlagern. Auch immer mehr Arbeitsplätze von Feuerwehren, Kitas und Schulen werden entsprechend über die kdvz bereitgestellt.

Neben dem gegenwärtigen Trend zur Re-Zentralisierung sind die Dienstleistungen beim Kunden vor Ort unverzichtbar für eine funktionierende Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern. Hierzu zählt beispielsweise die Unterstützung der Kommunen bei der Aktualisierung ihres IT-Umfeldes. Im Jahr 2014 wurden zahlreiche Virtualisierungslösungen, Speichersysteme und Datensicherungs-/Back-up-Konzepte bei den Kunden realisiert. Hinzu kommen diverse Supportleistungen wie Mietscheinablösungen, Hard- und Softwareaustausch, Migrationen, Hilfestellung bei unterschiedlichsten Problemen rund um den Arbeitsplatz usw.; unter anderem unterstützte die kdvz weitere Mitgliedsverwaltungen bei der Migration ihrer GroupWare-Lösung von Novell GroupWise nach MS Exchange. Das zentrale Hosting der Exchange-Systeme nutzten zum Jahresende 21 Verbandsmitglieder mit über ca. 2.700 Postfächern. Serviceverträge über die Nutzung des zentralen Virenschutzes existieren mit 26 Mitgliedsverwaltungen für insgesamt über 2.000 Clients, die von der kdvz bereitgestellte Lösung zur Softwareverteilung bedient derzeit ca. 1.650 Arbeitsplätze.

Der Betrieb kommunaler Fachanwendungen bedingt entsprechend leistungsstarke Infrastrukturen, auf denen die Applikationen laufen. Auch hier ist eine permanente Modernisierung und Erweiterung unumgänglich. Im Vorfeld der Kommunal- und Europawahlen 2014 konnte den über 90 Verwaltungen ein performantes und hochverfügbares System für die Wahlanwendung zur Verfügung gestellt werden. Für alle Kommunen wurde im Vorfeld der Wahl die Aufbereitung der Ergebnisdaten auf die deutlich kompakteren HTML5-Inhalte



umgestellt, so dass die Inhalte auch optimiert auf mobilen Endgeräten dargestellt werden können. Gleichmaßen wurden die Wahlergebnisse der vergangenen Jahre sukzessive auf das neue Format umgestellt. Im laufenden Jahr steht in Vorbereitung der Bürgermeister- und Landratswahlen eine herstellerseitig vorgegebene Modernisierung des verwendeten Anwendungsservers sowie der Programmiersprache an. Hinzu kommt die Bereitstellung der erforderlichen technischen Infrastruktur für die Durchführung der Wahlen. Ähnliches gilt für das Finanzverfahren. Die neue Softwaregeneration des Produktes newsystem hat sich grundlegend geändert, was gravierende Anpassungen der technischen Infrastruktur notwendig machte. Im Jahr 2014 konnten erste Kunden auf das neue System migriert werden. Auch im Jahr 2014 gab es eine große Nachfrage im Bereich des Dokumentenmanagements zu verzeichnen. Entsprechend galt es, die vorhandene Infrastruktur auszubauen; für weitere Kunden wurden entsprechende DMS-Systeme implementiert. Im Zuge des Einsatzes eines Bürgerservice-Portals hat die kdvz im letzten Jahr die Planungen für die Test- und Produktivinstallationen zur Bereitstellung von Onlineservices der Pilotkommunen mit dem Softwarehersteller abgestimmt und Vorbereitungen zur Installation getroffen.

2.6 Weitere Themen

Ein Aufgabenschwerpunkt des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) der kdvz liegt in der Prüfung finanzwirksamer Verfahren. In Erfüllung des Auftrages der Verbandsmitglieder hält das RPA seinen Zertifizierungskatalog jeweils auf dem aktuellen Stand. Eine zusätzliche Bedeutung erhalten die Zertifizierungen durch den Einsatz von NKF bei den Mitgliedskommunen: In den Fällen, in denen externe Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung der Bilanzen beauftragt sind, wird von diesen u. a. eine Bescheinigung über die fachliche Richtigkeit der eingesetzten Software gefordert. Dieser Anforderung wird mit der Zertifizierung durch das kdvz-eigene Rechnungsprüfungsamt entsprochen. Insgesamt sechs finanzwirksame Fachverfahren wurden im letzten Jahr vor ihrem Ersteinsatz geprüft bzw. hinsichtlich ihrer Weiterentwicklung überwacht und entsprechend zertifiziert. Im Rahmen der begleitenden Vergabeproofung hat das RPA im vergangenen Jahr 131 Prüfungen mit einem Gesamtauftragswert von ca. 2 Mio. € vorgenommen. Unter Berücksichtigung des risikoorientierten Prüfungsansatzes erfolgten zusätzlich Prüfungen in den Bereichen „Frankierung der Postausgänge“ sowie „Einsatz von Tankkarten“, jeweils ohne Beanstandungen.

Die Themen IT-Sicherheit und Datenschutz sind wieder verstärkt ins Bewusstsein gerückt. Die kdvz hat sich hier in der Vergangenheit ein breites Know-how aufgebaut und bietet ihren Mitgliedskommunen entsprechende Unterstützungsleistungen an; zehn Verwaltungen werden beim Aufbau und Betrieb eines notwendigen Informati-



onssicherheitsmanagements durch die kdvz begleitet, für drei Kommunen stellt die kdvz den behördlichen Datenschutzbeauftragten.

Im Rahmen des Risikomanagements fanden in 2014 zum 31.05. und zum 30.11. die vorgeschriebenen turnusmäßigen Bewertungen statt. Darüber hinaus wurden erstmals auf Basis eines abgestimmten Kriterienkatalogs erste Risikobewertungen auf Produktebene vorgenommen und in die Risikobetrachtung eingebunden. Ferner konnte das Produkt „Risikomanagement“ erfolgreich vermarktet werden; eine Kommune sowie ein Stadtwerkebetrieb werden die kdvz-Lösung für die Risikobetrachtung in ihren Häusern nutzen. Es ist beabsichtigt, weitere Interessenten für dieses Produkt zu gewinnen.

3. NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Mitarbeiterzahl 91. Bei der Berechnung wurden die Ausbildungskräfte nicht berücksichtigt. Die Altersstruktur des Personalkörpers ergab zum Stichtag 31.12.2014 folgendes Bild:

	unter 30	30 - 50	51 - 60	älter als 60
höherer Dienst		1	2	2
gehobener Dienst	8	24	32	9
mittlerer Dienst	1	6	5	2
einfacher Dienst			1	

Folgende Dienstvereinbarungen hatten zum Stichtag 31.12.2014 Gültigkeit:

- Dienstvereinbarung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit
- Dienstvereinbarung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement nach längeren Erkrankungszeiten
- Dienstvereinbarung zur Einführung leistungsorientierter Entgelte und Vereinbarung eines betrieblichen Systems nach § 18 Abs. 6 Satz 1 TVöD (LOB)

4. CHANCEN UND RISIKEN / GESAMTSITUATION

Der Zweckverband kdvz Rhein-Erft-Rur blickt auf ein insgesamt erfolgreiches Jahr 2014 zurück. Die Angebotspalette an IT-Services wurde auf einem konstant hohen Niveau nachgefragt, die für die kdvz stets mit höchster Priorität und Sensibilität versehenen (Europa- und Kommunal-) Wahlen konnten erfolgreich abgewickelt werden und mit der Auswahl eines Bürger-Service-Portals sowie der



Umsetzung weiterer Zentralisierungsprojekte hat der Zweckverband die Weichen gestellt, um die aktuellen und zukünftigen Anforderungen an einen kommunalen IT-Dienstleister bedienen zu können.

Weiter offen ist hingegen die rechtliche Auseinandersetzung zwischen der kdvz Rhein-Erft-Rur und den vier austrittswilligen Kommunen, die zum 31.12.2012 die Kündigung ihrer Mitgliedschaft aus dem Zweckverband ausgesprochen hatten. Folgende gerichtliche Verfahren sind derzeit anhängig:

- vier Klagen der kdvz ./.. austrittswillige Verbandsmitglieder Stadt Düren, Kreis Düren, Stadt Euskirchen, Gemeinde Blankenheim auf Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigungen
- Klage der kdvz ./.. Land NRW, vertreten durch die Bezirksregierung Köln, auf Genehmigung der Verbandsumlage 2013
- Klage der kdvz ./.. Land NRW, vertreten durch die Bezirksregierung Köln, auf Genehmigung der Verbandsumlage 2014
- drei Klagen der austrittswilligen Verbandsmitglieder Gemeinde Blankenheim, Stadt Euskirchen, Kreis Düren ./.. kdvz gegen die vorläufige Festsetzung der Verbandsumlage 2013

In den „Leitverfahren“ kdvz ./.. Land NRW wurden am 03.04.2014 und am 03.09.2014 vom Verwaltungsgericht Köln die Urteile verkündet. Die Klagen wurden abgewiesen, die Berufung zugelassen. Am 22.05.2014 wurde beim Verwaltungsgericht Köln Berufung gegen das erste Urteil eingelegt. Im Berufungsverfahren vor dem Obergerverwaltungsgericht (OVG) Münster liegt zwischenzeitlich der Antrag der Bezirksregierung Köln vor, die Berufung zurückzuweisen. Darüber hinaus hat das OVG im Zuge der weiteren anhängigen Verfahren die Anträge auf Bestimmung des zuständigen Gerichts gemäß § 53 VwGO abgelehnt. Daraufhin erklärte sich das Verwaltungsgericht Köln für örtlich unzuständig und verwies die Rechtssachen an das zuständige Verwaltungsgericht Aachen. Ob es in diesem Jahr zu einem rechtskräftigen Urteil im Leitverfahren kommen wird, ist derzeit unklar. Die momentane Situation ist aus Sicht des Zweckverbandes der Entwicklung einer Zukunftsperspektive sicherlich nicht förderlich, jedoch behindert sie andererseits nicht, dem satzungsgemäßen Auftrag auch weiterhin nachzukommen. Da die übrigen Verbandsmitglieder ihre Umlageanteile in voller Höhe geleistet haben, hat die derzeitige Rechtsunsicherheit nach wie vor keine Auswirkungen auf die Liquidität des Verbandes.

Aus verbandsstrategischer Sicht ist bemerkenswert, dass die Mitglieder in 2014 eine erneute Initiative gestartet haben mit dem Ziel, über die Intensivierung von Kooperationsbeziehungen die Zukunftsperspektive der kdvz mittel- bis langfristig zu sichern. Zum Zwecke der Entwicklung und Installierung weiterer Felder der Zusammenarbeit hat sich eine Arbeitsgruppe unter Leitung des 1. stellv. Ver-



bandsvorstehers etabliert und zur Aufgabe gemacht, die Wirtschaftlichkeit der kdvz zu bewerten und die strategische Ausrichtung des Zweckverbandes zu unterstützen. Ein Ergebnistransfer an die Gremien des Zweckverbandes soll bis zum 30.06.2015 erfolgt sein.

Dies flankiert die Unternehmensstrategie der kdvz, produktbezogen auf Kooperationen zu setzen, wenn Partner Leistungen wirtschaftlicher bzw. qualitativ hochwertiger erbringen können als die kdvz. Auf der anderen Seite verbucht der Verband in seinen Kernkompetenzfeldern ebenfalls Erfolge als Dienstleister für andere kommunale Rechenzentren, beispielsweise beim Sitzungsmanagement oder den Wahlen.

Dessen ungeachtet steht für die kdvz Rhein-Erft-Rur zunächst immer die Versorgung der Mitgliedskommunen des Zweckverbandes im Fokus. In diesem Sinne wurden auch in 2014 umfangreiche Dienstleistungen für die verbandsangehörigen Kommunen erbracht – von der Bereitstellung einer zukunftsorientierten technologischen Infrastruktur über ein breit gefächertes Angebot an kommunalen Fachanwendungen bis hin zu individuellen IT-Services. Diesen Weg gilt es auch in Zukunft weiter zu beschreiten.

5. VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG NACH DEM SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

keine

Frechen, den 15.09.2015

Stommel
Verbandsvorsteher

Im Auftrag

Wergen
Geschäftsführer

3. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)

Glockengasse 37-39
50667 Köln

Internet: <http://www.vrsinfo.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband VRS erfüllt Aufgaben nach § 5 Abs. 1 ÖPNVG NW (Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NW) und sonstigen Vorschriften. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Verbundtarifs sowie Marktforschung und Erstellung von Marketingkonzepten. Die VRS GmbH nimmt für den ZV VRS die diesem obliegenden Aufgaben wahr. In Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen übernimmt sie zudem Aufgaben als Dienstleister für diese. Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind an dieser Stelle beide Institutionen dargestellt.

Mit der am 01.01.2008 in Kraft getretenen Änderung des ÖPNVG NW ist die Aufgabe der konzeptionellen Planung und Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf den neu gegründeten Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) übertragen worden, dessen Mitglieder der ZV VRS und der Aachener Verkehrsverbund sind.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„Ist die Mitgliedschaft zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich und/oder kann ggf. die Mitgliedschaft entfallen?

Ja, da es sich um einen Pflichtverband nach § 5 ÖPNVG NW handelt. Die Mitgliedschaft kann nicht entfallen.

Können die vom Zweckverband wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Der Zweckverband bedient sich für die operative Aufgabenerfüllung der VRS GmbH. Die regelmäßige Prüfung der Wirtschafts- und Finanzplanung der GmbH wird in den Gremien der GmbH, in denen der Kreis Euskirchen vertreten ist, beraten und beschlossen. Bisher ergaben sich keine Ansatzpunkte für eine Forderung nach Wegfall oder Reduktion von Aufgaben.

Kann die Aufgabe in anderer Form (besser) wahrgenommen werden?

Nein, da die Organisationsform vorgeschrieben ist.

Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an den Zweckverband absehbar?

Im Rahmen des künftigen ÖPNV-Wettbewerbes werden sich neue Aufgaben für die VRS GmbH ergeben, deren Umfang jedoch noch nicht abgeschätzt werden kann

Abschlussbewertung:

Die Mitgliedschaft im Zweckverband ist durch das ÖPNVG NRW vorgeschrieben. Zur Aufgabenerledigung bedient sich der Zweckverband der VRS GmbH, deren Alleingesellschafter er ist, und bei deren regelmäßigen Prüfungen sich keine Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung und ihrer Wirtschaftlichkeit gezeigt haben.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Der Kreis Euskirchen ist Mitglied im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, weiterhin die Stadt Bonn, der Rhein-Erft-Kreis, die Stadt Köln, die Stadt Leverkusen, die Stadt Monheim am Rhein, der Oberbergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Rheinisch-Bergische Kreis. Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung.

Der Zweckverband VRS wiederum ist Alleingesellschafter der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 240.000 €.

Der Zweckverband VRS ist neben dem Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) Verbandsmitglied im Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).

Der ZV Nahverkehr Rheinland ist wiederum Alleingesellschafter der Nahverkehr Rheinland GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 100.000 €. Die Nahverkehr Rheinland GmbH hat am 18.12.2013 als Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital von 25.000 € die Gesellschaft zur Vorbereitung und Umsetzung des Rhein-Ruhr-Express (RXX) im Kooperationsraum Rheinland mbH gegründet.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Durch den Zweckverband VRS wird eine jährliche Verbandsumlage erhoben, näheres s. Teil D.2.

E) Zusammensetzung der Organe

1. ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg

a) Verbandsversammlung

b) Verbandsvorsteher

2. Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

a) Gesellschafterversammlung (wird durch ZV VRS besetzt)

b) Aufsichtsrat

c) Beirat (Vertreter der Verkehrsunternehmen, die verbundrelevante Verkehre erbringen)

d) Geschäftsführung

3. ZV Nahverkehr Rheinland

a) Verbandsversammlung

b) Vergabeausschuss

c) Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge

d) Hauptausschuss

e) Verbandsvorsteher

4. Nahverkehr Rheinland GmbH

a) Gesellschafterversammlung (wird durch den ZV NVR besetzt)

b) Aufsichtsrat

c) Geschäftsführung

1a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV VRS

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke

2. Bernd Kolvenbach*¹ (CDU)

*¹ gleichzeitig 1. Vorsitzender der Verbandsversammlung

Stellvertreter (gebundene Vertretung)

Achim Blindert (GBL IV)²

Hans Schmitz (SPD)

1b) Verbandsvorsteher des ZV VRS

Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreises)

Stellvertreter: Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (Rheinisch-Bergischer Kreise)

2a) Gesellschafterversammlung der VRS GmbH: Besetzung durch ZV VRS

Vorsitzender: Bernd Kolvenbach (CDU)

2b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der VRS GmbH

Mitglied

Hans Schmitz

Bernd Kolvenbach

(SPD)

(CDU)

Stellvertreter

Achim Blindert

(GBL IV)²

geborenes Mitglied (Vorsitzender der Verbandsversammlung ZV VRS)

2c) Vertreter des Kreises im Beirat der VRS-GmbH

Der Kreis wird im Beirat in seiner Funktion als Verkehrsunternehmen (BgA) durch Herrn Achim Blindert (GBL IV)² vertreten.

2d) Geschäftsführung der VRS-GmbH

Dr. Norbert Reinkober

Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag

3a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV NVR

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke

2. Bernd Kolvenbach (CDU)

Stellvertreter (gebundene Vertretung)

Achim Blindert (GBL IV)²

Hans Schmitz (SPD)

3b) Vergabeausschuss

Mitglieder

1. Achim Blindert

2. Hans Schmitz

(GBL IV)²

(SPD)

Stellvertreter (gebundene Vertretung)

Bernd Kolvenbach

(CDU)

3c) Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge

Mitglieder

1. Achim Blindert

2. Hans Schmitz

(GBL IV)²

(SPD)

Stellvertreter (gebundene Vertretung)

Bernd Kolvenbach

(CDU)

3d) Hauptausschuss des ZV NVR

Mitglied

Bernd Kolvenbach, Vorsitzender (CDU)

Stellvertreter (gebundene Vertretung)

Hans Schmitz (SPD)

3e) Verbandsvorsteher des ZV NVR

Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (Rheinisch Bergischer Kreis)

1. Stellvertreter: Oberbürgermeister Marcel Philipp (Stadt Aachen)

2. Stellvertreter: Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreis) - ab 27.01.2015

3. Stellvertreter: Landrat Wolfgang Spelthahn (Kreis Düren) - ab 27.01.2015

4a) Gesellschafterversammlung der NVR GmbH: Besetzung durch ZV NVR

Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (Rheinisch Bergischer Kreis)

4b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der NVR GmbH

Mitglied

Der Kreis Euskirchen ist im Aufsichtsrat nicht durch ein ordentliches Mitglied vertreten

Stellvertreter

Achim Blindert

Bernd Kolvenbach

Hans Schmitz

(GBL IV)²

(CDU)

(SPD)

4c) Geschäftsführung der NVR GmbH

Dr. Norbert Reinkober

Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag

Heiko Sedlaczek

nachrichtlich:

² Zum 01.05.2016 erfolgte eine Neuorganisation der Geschäftsbereiche. Der bisherige GB IV wurde ohne weitere Veränderungen zum GB V.

F) Jahresabschluss

Die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 des Zweckverbandes sind ab Seite 404 bzw. 414 und der Jahresabschluss der GmbH ab Seite 423 dargestellt.

Der Jahresabschluss 2015 des Zweckverbandes lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Bilanz

des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg

zum 31.12.2013

Aktiva	31.12.2013	31.12.2012
1. Anlagevermögen		
1.1 Finanzanlagen		
1.1.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	240.000,00 €	240.000,00 €
1.1.2 Beteiligungen	276.087,22 €	276.087,22 €
2. Umlaufvermögen		
2.1 Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände		
2.1.1 Forderungen aus Transferleistungen	0,00 €	994.625,75 €
2.2 Liquide Mittel	207.758,01 €	2.684.401,00 €
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	0,00 €
	<u>723.845,23 €</u>	<u>4.195.113,97 €</u>

Passiva		31.12.2013	31.12.2012
1. Eigenkapital			
1.1 Allgemeine Rücklage		641.598,62 €	641.598,62 €
1.2 Ausgleichsrücklage		91.877,23 €	116.447,64 €
1.3 Jahresfehlbetrag		-21.630,62 €	-24.570,41 €
2. Sonderposten		0,00 €	0,00 €
3. Rückstellungen			
3.1 Sonstige Rückstellungen		12.000,00 €	6.000,00 €
4. Verbindlichkeiten			
4.1 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		0,00 €	3.455.638,12 €
5. Passive Rechnungsabgrenzung		0,00 €	0,00 €
		<u>723.845,23 €</u>	<u>4.195.113,97 €</u>

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, Köln

Ergebnisrechnung

		Ergebnis 2012	Fortgeschriebener Ansatz 2013	Ist-Ergebnis 2013	Vergleich Ansatz/Ist
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2	Zuwendungen und allg. Umlagen	0,00 €	5.300.000,00 €	13.154.084,37 €	7.854.084,37 €
3	sonstige Transfererträge	300.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7	sonstige ordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8	aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
9	Bestandsveränderungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10	Ordentliche Erträge	300.000,00 €	5.600.000,00 €	13.454.084,37 €	7.854.084,37 €
11	Personalaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12	Versorgungsaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13	Aufwendungen f. Sach- u. Dienstleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14	Bilanzielle Abschreibungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
15	Transferaufwendungen	300.000,00 €	5.600.000,00 €	13.454.084,37 €	7.854.084,37 €
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.592,44 €	33.000,00 €	21.630,62 €	-11.369,38 €
17	Ordentliche Aufwendungen	324.592,44 €	5.633.000,00 €	13.475.714,99 €	7.842.714,99 €
18	Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit (10-17)	-24.592,44 €	-33.000,00 €	-21.630,62 €	11.369,38 €
19	Finanzerträge	22,03 €	1.000,00 €	0,00 €	-1.000,00 €
20	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
21	Finanzergebnis (19-20)	22,03 €	1.000,00 €	0,00 €	-1.000,00 €
22	Ordentliches Ergebnis (18+21)	-24.570,41 €	-32.000,00 €	-21.630,62 €	10.369,38 €
23	Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
24	Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
25	Außerordentliches Ergebnis (23-24)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
26	Jahresergebnis (22+25)	-24.570,41 €	-32.000,00 €	-21.630,62 €	10.369,38 €

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, Köln

Finanzrechnung

	Ergebnis 2012	Fortgeschriebener Ansatz 2013	Ist-Ergebnis 2013	Vergleich Ansatz/Ist
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2 Zuwendungen und allg. Umlagen	3.455.638,12 €	5.300.000,00 €	10.693.072,00 €	5.393.072,00 €
3 sonstige Transfereinzahlungen	300.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
4 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5 privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7 sonstige Einzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	340,47 €	1.000,00 €	0,00 €	-1.000,00 €
9 Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.755.978,59 €	5.601.000,00 €	10.993.072,00 €	5.392.072,00 €
10 Personalauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
11 Versorgungsauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12 Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13 Zinsen u. sonstige Finanzauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14 Transferauszahlungen	1.384.625,75 €	5.600.000,00 €	13.454.084,37 €	7.854.084,37 €
15 Sonstige Auszahlungen	30.592,44 €	33.000,00 €	15.630,62 €	-17.369,38 €
16 Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.415.218,19 €	5.633.000,00 €	13.469.714,99 €	7.836.714,99 €
17 Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (9-16)	2.340.760,40 €	-32.000,00 €	-2.476.642,99 €	-2.444.642,99 €
18 Zuwendungen f. Investitionsmaßnahmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
19 Veräußerung v. Sachanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
20 Veräußerung von Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
21 Beiträge u. ähnl. Entgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
22 sonstige Investitionseinzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
23 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
24 Erwerb v. Grundstücken u. Gebäuden	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
25 Baumaßnahmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
26 Erwerb v. beweglichem Anlagevermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
27 Erwerb von Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
28 aktivierbare Zuwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
29 sonstige Investitionsauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
30 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
31 Saldo aus Investitionstätigkeit (23-30)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
32 Finanzüberschuss/-fehlbetrag (17+31)	2.340.760,40 €	-32.000,00 €	-2.476.642,99 €	-2.444.642,99 €

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, Köln

	Ergebnis 2012	Fortgeschriebener Ansatz 2013	Ist-Ergebnis 2013	Vergleich Ansatz/Ist
33	Aufnahme von Krediten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
34	Tilgung von Krediten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
35	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (33-34)	0,00 €	0,00 €	0,00 €
36	Änd. d. Bestandes a. eig. Finanzmitteln	2.340.760,40 €	-2.476.642,99 €	-2.444.642,99 €
37	Anfangsbestand Finanzmittel	343.640,60 €	2.684.401,00 €	0,00 €
38	Liquide Mittel (36+37)	2.684.401,00 €	207.758,01 €	-2.444.642,99 €

Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg zum 31.12.2013

Lagebericht gemäß § 48 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW

Aufgabe des Zweckverbandes

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) wurde von den Städten Köln, Bonn, Leverkusen und Monheim am Rhein und dem Rhein-Erft-Kreis, dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis und dem Kreis Euskirchen gegründet, um Aufgaben nach dem ÖPNVG NRW wahrzunehmen. Der ZV VRS ist wiederum einer der beiden Trägerzweckverbände des Zweckverbandes Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2013 wurden vom ZV VRS vier Versammlungen abgehalten.

Der Zweckverband VRS finanzierte sich 2013 aus dem Bestand der liquiden Mittel. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 wurde von der Versammlung mit einem Ergebnis von – 32 TEUR (Vj. – 32 TEUR), welches aus der Ausgleichsrücklage gedeckt wird, beschlossen. Zur Finanzierung der Kosten des Zweckverbandes als alleiniger Gesellschafter der VRS GmbH hat der Zweckverband eine Umlage nach einem in der Satzung festgelegten Schlüssel erhoben. Die Umlage für das Jahr 2013 wurde mit TEUR 300 (Vj. TEUR 300) festgelegt.

Darstellung der Lage

Wesentliche Vermögensgegenstände des Zweckverbandes sind die Anteile an der VRS GmbH und die Beteiligung am Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).

Zum 31.12.2013 belief sich der Bestand an liquiden Mitteln des ZV VRS auf 207.758,01 €. Diese im Vergleich zum Vorjahr (2.684.401,00 €) außergewöhnlich starke Reduzierung ist darauf zurückzuführen, dass die zweite Rate der Zuwendung des Landes NRW zur Förderung des MobilPass-Tickets in Höhe von 2.461.012,37 € im Jahr 2012 eingegangen ist und erst im Jahr 2013 ausgezahlt wurde.

In 2013 wurden rd. 13,1 Mio. EUR (Vj. 0 EUR) der in 2012 und 2013 vom Land NRW erhaltenen Zuwendungen zur Förderung des Verkaufs des MobilPass-Tickets im Verkehrsverbund Rhein-Sieg ausgekehrt.

Die vom Zweckverband VRS von seinen Mitgliedsgebietskörperschaften erhobene Umlage (TEUR 300) wurde zur Mitfinanzierung der Kosten an die VRS GmbH weitergeleitet. Nach Auslagenersatz, Verdienstaustausfallentschädigungen und Geschäftsaufwendungen weist der Zweckverband einen Jahresfehlbetrag von 21.630,62 € aus.

Prognose

Es ist beabsichtigt, den ZV VRS ab dem Haushaltsjahr 2014 aus Zuwendungsmitteln des Landes nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW und erwirtschafteten Zinserträgen zu finanzieren. Auf eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage wird dann verzichtet.

**Verbandsvorsteher des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg
(Angaben gem. § 95 Absatz 2 der Gemeindeordnung NRW)**

Stellvertretender Verbandsvorsteher Günter Rosenke (vom 01.01.2013 bis zum 13.11.2014)
Landrat des Kreises Euskirchen

Funktionen

Zweckverband Nahverkehr Rheinland		Stellv. Verbandsvorsteher
RVK GmbH	Aufsichtsrat	Vorsitzender
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	Vorstand	Mitglied
Kreissparkasse Euskirchen	Verwaltungsrat	Mitglied
Provinzial Rheinland AG	Aufsichtsrat	Mitglied
GVV Kommunalversicherung VVaG	Beirat	Mitglied
Landkreistag NRW	Vorstand	Mitglied
Verbandswasserwerk GmbH	Aufsichtsrat	Berater
Euskirchener gemeinn. Baugesellschaft mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Energie Nordifel GmbH & Co. KG	Aufsichtsrat	Mitglied
RWE AG	Kommunalbeirat Eifel-Rur	Vorsitzender
RWE AG	Regionalbeirat Mitte	Mitglied
Rheinische Energie AG	Beirat	Mitglied
Zweckverband Region Aachen	Vorstand	Mitglied
AGIT mbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied

Verbandsvorsteher Sebastian Schuster
Landrät des Rhein-Sieg-Kreises (seit dem 14.11.2014)

Funktionen

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg	Verbandsversammlung	Mitglied
Zweckverband Nahverkehr Rheinland		stellv. Verbandsvorsteher
	Verbandsversammlung	Mitglied
Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied qua Amt als Verbandsvorsteher
Kreisholding Rhein-Sieg-GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft	Regionalbeirat Mitte	Mitglied
Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
rhenag AG	Verwaltungsbeirat	Mitglied
Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (RSAG)	Aufsichtsrat	Mitglied, Vorsitzender
RSAG Anstalt des Öffentlichen Rechts	Verwaltungsrat	Mitglied, Vorsitzender
Abfallzweckverband REK, Rheinische Entsorgungs-Kooperation		Verbandsvorsteher
BRS Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg mbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
	Verwaltungsrat	Mitglied
Stadtwerke Bonn Beteiligungs-GmbH	Konsortialausschuss	Mitglied
RheinEnergie AG	Beirat	Mitglied
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
Flugplatzgesellschaft Hangelar GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied, Vorsitzender
Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für den Rhein-Sieg-Kreis mbH	Aufsichtsrat	Mitglied, Vorsitzender
Gemeinsame Einrichtung nach § 44b SGB II (Jobcenter Rhein-Sieg)	Trägerversammlung	Mitglied
Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	Verbandsversammlung	Mitglied, stellv. Vorsitzender

Kreissparkasse Köln	Verwaltungsrat	beratendes Mitglied
	Hauptausschuss	beratendes Mitglied
	Bilanzprüfungsausschuss	beratendes Mitglied
	Risikoausschuss	beratendes Mitglied
Stiftung Kreissparkasse – Für uns Pänz	Kuratorium	Mitglied, Vorsitzender
Kreissparkassenstiftung für den Rhein-Sieg-Kreis	Kuratorium	Mitglied, Vorsitzender
Städte- und Gemeindestiftung der Kreissparkasse Köln im Rhein-Sieg-Kreis	Kuratorium	Mitglied, Vorsitzender
Hochbegabten-Stiftung der Kreissparkasse Köln	Kuratorium	Mitglied
Bildungs-Stiftung der Kreissparkasse Köln	Kuratorium	Mitglied
Landkreistag Nordrhein-Westfalen	Vorstand	Mitglied
Region Köln/Bonn e.V.	Vorstand	Mitglied
	Mitgliederversammlung	Mitglied
Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	Institutsausschuss	Mitglied
	Gesellschaftenversammlung	Mitglied
Stiftung „Abtei Heisterbach“	Kuratorium	Mitglied
Engelbert-Humperdinck-Stiftung	Kuratorium	Mitglied
Internationaler Club La Redoute e.V.	Beirat	Mitglied
Bürgerstiftung Königswinter für Jugend, Sport und Kultur	Vorstand	Mitglied
Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V.	Kreisvorstand	Vorsitzender

Aufgestellt:
Im Auftrag

Maßbau

Bestätigt:
Köln, den 20.05.2015

Schuster
Verbandsvorsteher

Bilanz**des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg****zum 31.12.2014**

Aktiva	31.12.2014	31.12.2013
1. Anlagevermögen		
1.1 Finanzanlagen		
1.1.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	240.000,00 €	240.000,00 €
1.1.2 Beteiligungen	276.087,22 €	276.087,22 €
2. Umlaufvermögen		
2.1 Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände		
2.1.1 Forderungen aus Transferleistungen	0,00 €	0,00 €
2.2 Liquide Mittel	220.617,29 €	207.758,01 €
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	0,00 €
	<u>736.704,51 €</u>	<u>723.845,23 €</u>

Passiva	31.12.2014	31.12.2013
1. Eigenkapital		
1.1 Allgemeine Rücklage	641.598,62 €	641.598,62 €
1.2 Ausgleichsrücklage	70.246,61 €	91.877,23 €
1.3 Jahresfehlbetrag	0,00 €	-21.630,62 €
2. Sonderposten	0,00 €	0,00 €
3. Rückstellungen		
3.1 Sonstige Rückstellungen	12.000,00 €	12.000,00 €
4. Verbindlichkeiten		
4.1 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	12.859,28 €	0,00 €
5. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	0,00 €
	<u>736.704,51 €</u>	<u>723.845,23 €</u>

Ergebnisrechnung

	Ergebnis 2013	Fortgeschriebener Ansatz 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ansatz/Ist
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2 Zuwendungen und allg. Umlagen	13.154.084,37 €	6.533.000,00 €	8.377.466,10 €	1.844.466,10 €
3 sonstige Transfererträge	300.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
4 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5 privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7 sonstige ordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8 aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
9 Bestandsveränderungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10 Ordentliche Erträge	13.454.084,37 €	6.833.000,00 €	8.677.466,10 €	1.844.466,10 €
11 Personalaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12 Versorgungsaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13 Aufwendungen f. Sach- u. Dienstleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14 Bilanzielle Abschreibungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
15 Transferaufwendungen	13.454.084,37 €	6.800.000,00 €	8.657.325,38 €	1.857.325,38 €
16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.630,62 €	34.000,00 €	20.140,72 €	-13.859,28 €
17 Ordentliche Aufwendungen	13.475.714,99 €	6.834.000,00 €	8.677.466,10 €	1.843.466,10 €
18 Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit (10-17)	-21.630,62 €	-1.000,00 €	0,00 €	1.000,00 €
19 Finanzerträge	0,00 €	1.000,00 €	0,00 €	-1.000,00 €
20 Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
21 Finanzergebnis (19-20)	0,00 €	1.000,00 €	0,00 €	-1.000,00 €
22 Ordentliches Ergebnis (18+21)	-21.630,62 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
23 Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
24 Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
25 Außerordentliches Ergebnis (23-24)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
26 Jahresergebnis (22+25)	-21.630,62 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Finanzrechnung

	Ergebnis 2013	Fortgeschriebener Ansatz 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ansatz/Ist
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2 Zuwendungen und allg. Umlagen	10.693.072,00 €	6.533.000,00 €	8.390.325,38 €	1.857.325,38 €
3 sonstige Transfereinzahlungen	300.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
4 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5 privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7 sonstige Einzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00 €	1.000,00 €	0,00 €	-1.000,00 €
9 Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	10.993.072,00 €	6.834.000,00 €	8.690.325,38 €	1.856.325,38 €
10 Personalauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
11 Versorgungsauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12 Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13 Zinsen u. sonstige Finanzauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14 Transferauszahlungen	13.454.084,37 €	6.800.000,00 €	8.657.325,38 €	1.857.325,38 €
15 Sonstige Auszahlungen	15.630,62 €	34.000,00 €	20.140,72 €	-13.859,28 €
16 Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13.469.714,99 €	6.834.000,00 €	8.677.466,10 €	1.843.466,10 €
17 Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (9-16)	-2.476.642,99 €	0,00 €	12.859,28 €	12.859,28 €
18 Zuwendungen f. Investitionsmaßnahmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
19 Veräußerung v. Sachanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
20 Veräußerung von Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
21 Beiträge u. ähnl. Entgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
22 sonstige Investitionseinzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
23 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
24 Erwerb v. Grundstücken u. Gebäuden	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
25 Baumaßnahmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
26 Erwerb v. beweglichem Anlagevermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
27 Erwerb von Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
28 aktivierbare Zuwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
29 sonstige Investitionsauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
30 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
31 Saldo aus Investitionstätigkeit (23-30)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
32 Finanzüberschuss/-fehlbetrag (17+31)	-2.476.642,99 €	0,00 €	12.859,28 €	12.859,28 €

		Ergebnis 2013	Fortgeschriebener Ansatz 2014	Ist-Ergebnis 2014	Vergleich Ansatz/Ist
33	Aufnahme von Krediten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
34	Tilgung von Krediten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
35	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (33-34)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
36	Änd. d. Bestandes a. eig. Finanzmitteln	-2.476.642,99 €	0,00 €	12.859,28 €	12.859,28 €
37	Anfangsbestand Finanzmittel	2.684.401,00 €	207.758,01 €	207.758,01 €	0,00 €
38	Liquide Mittel (36+37)	207.758,01 €	207.758,01 €	220.617,29 €	12.859,28 €

Lagebericht gemäß § 48 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW

Aufgabe des Zweckverbandes

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) wurde von den Städten Köln, Bonn, Leverkusen und Monheim am Rhein und dem Rhein-Erfurt-Kreis, dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis und dem Kreis Euskirchen gegründet, um Aufgaben nach dem ÖPNVG NRW wahrzunehmen. Der ZV VRS ist wiederum einer der beiden Trägerzweckverbände des Zweckverbandes Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2014 wurden vom ZV VRS sechs Versammlungen abgehalten.

Der Zweckverband VRS finanzierte sich 2014 aus einer Zuwendung des Zweckverbandes Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland aus Mitteln nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW und Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets. Zur Finanzierung der Kosten des Zweckverbandes als alleinigem Gesellschafter der VRS GmbH hat der Zweckverband eine Umlage nach einem in der Satzung festgelegten Schlüssel erhoben. Die Umlage für das Jahr 2014 wurde mit TEUR 300 (Vj. TEUR 300) festgelegt.

Darstellung der Lage

Wesentliche Vermögensgegenstände des Zweckverbandes sind die Anteile an der VRS GmbH und die Beteiligung am Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).

Zum 31.12.2014 belief sich der Bestand an liquiden Mitteln des ZV VRS auf 220.617,29 €.

In 2014 wurden rd. 8,4 Mio. EUR (Vj. 13,1 Mio. EUR) der in 2014 vom Land NRW erhaltenen Zuwendungen zur Förderung des Verkaufs des MobilPass-Tickets im Verkehrsverbund Rhein-Sieg ausgekehrt.

Prognose

Es ist beabsichtigt, den ZV VRS ab dem Haushaltsjahr 2015 aus Zuwendungsmitteln des Landes nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW und erwirtschafteten Zinserträgen zu finanzieren.

**Verbandsvorsteher des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg
(Angaben gem. § 95 Absatz 2 der Gemeindeordnung NRW)**

Stellvertretender Verbandsvorsteher Günter Rosenke (vom 01.01.2014 bis zum 13.11.2014)
Landrat des Kreises Euskirchen (siehe Seite 13)

Funktionen

Zweckverband Nahverkehr Rheinland			Stellv. Verbandsvorsteher
RVK GmbH	Aufsichtsrat		Vorsitzender
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	Vorstand		Mitglied
Kreissparkasse Euskirchen	Verwaltungsrat		Mitglied
Provinzial Rheinland AG	Aufsichtsrat		Mitglied
GVV Kommunalversicherung VVaG	Beirat		Mitglied
Landkreistag NRW	Vorstand		Mitglied
Verbandswasserwerk GmbH	Aufsichtsrat		Berater
Euskirchener gemeinn. Baugesellschaft mbH	Aufsichtsrat		Mitglied
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	Aufsichtsrat		Mitglied
RWE AG	Kommunalbeirat Eifel-Rur		Vorsitzender
RWE AG	Regionalbeirat Mitte		Mitglied
Rheinische Energie AG	Beirat		Mitglied
Zweckverband Region Aachen	Vorstand		Mitglied
AGIT mbH	Aufsichtsrat		Mitglied
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	Verwaltungsrat		Mitglied

Verbandsvorsteher Sebastian Schuster
Landrat des Rhein-Sieg-Kreises (seit dem 14.11.2014)

Funktionen

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg	Verbandsversammlung	Mitglied
Zweckverband Nahverkehr Rheinland	Verbandsversammlung	stellv. Verbandsvorsteher
Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
Kreisholding Rhein-Sieg-GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied qua Amt als Verbandsvorsteher
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft	Regionalbeirat Mitte	Mitglied
Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH	Aufsichtsrat	Mitglied
rhenag AG	Verwaltungsbeirat	Mitglied
Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (RSAG)	Aufsichtsrat	Mitglied, Vorsitzender
RSAG Anstalt des Öffentlichen Rechts	Verwaltungsrat	Mitglied, Vorsitzender
Abfallzweckverband REK, Rheinische Entsorgungs-Kooperation		Verbandsvorsteher
BRS Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg mbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
Stadtwerke Bonn Beteiligungs-GmbH	Verwaltungsrat	Mitglied
RheinEnergie AG	Konsortialausschuss	Mitglied
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises GmbH	Beirat	Mitglied
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
Flugplatzgesellschaft Hangelar GmbH	Gesellschafterversammlung	Mitglied
Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für den Rhein-Sieg-Kreis mbH	Aufsichtsrat	Mitglied, Vorsitzender
Gemeinsame Einrichtung nach § 44b SGB II (Jobcenter Rhein-Sieg)	Aufsichtsrat	Mitglied, Vorsitzender
Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	Trägerversammlung	Mitglied, Vorsitzender
	Verbandsversammlung	Mitglied, stellv. Vorsitzender

Kreissparkasse Köln	Verwaltungsrat	beratendes Mitglied
	Hauptausschuss	beratendes Mitglied
	Bilanzprüfungsausschuss	beratendes Mitglied
	Risikoausschuss	beratendes Mitglied
Stiftung Kreissparkasse – Für uns Pänz	Kuratorium	Mitglied, Vorsitzender
Kreissparkassenstiftung für den Rhein-Sieg-Kreis	Kuratorium	Mitglied, Vorsitzender
Städte- und Gemeindestiftung der Kreissparkasse Köln im Rhein-Sieg-Kreis	Kuratorium	Mitglied, Vorsitzender
Hochbegabten-Stiftung der Kreissparkasse Köln	Kuratorium	Mitglied
Bildungs-Stiftung der Kreissparkasse Köln	Kuratorium	Mitglied
Landkreistag Nordrhein-Westfalen	Vorstand	Mitglied
Region Köln/Bonn e.V.	Vorstand	Mitglied
	Mitgliederversammlung	Mitglied
Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	Institutsausschuss	Mitglied
	Gesellschafterversammlung	Mitglied
„Stiftung „Abtel Heisterbach“	Kuratorium	Mitglied
Engelbert-Humperdinck-Stiftung	Kuratorium	Mitglied
Internationaler Club La Redoute e.V.	Beirat	Mitglied
Bürgerstiftung Königswinter für Jugend, Sport und Kultur	Vorstand	Mitglied
Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V.	Kreisvorstand	Vorsitzender

Aufgestellt:
Im Auftrag

Maßbau

Bestätigt:
Köln, den 28.10.2015

Schuster
Verbandsvorsteher

Bilanz zum 31. Dezember 2015

AKTIVA	Anhang Tz.	Stand		Anhang Tz.	Stand	
		EUR	31.12.2015		EUR	31.12.2014
Anlagevermögen						
(3)						
Immaterielle Vermögensgegenstände						
Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		671.115,00	631,4			
Geleistete Anzahlungen		397.986,80	338,6			
			1.069.101,80			
Sachanlagen						
Bauten auf fremden Grundstücken		71.588,00	95,7			
Geschäftsausstattung		727.030,00	722,6			
Geleistete Anzahlungen		0,00	0,0			
			798.618,00			
(4)						
Finanzanlagen						
Beteiligungen		22.500,00	22,5			
Wertpapiere		1.458.920,64	1.481.420,64			
			3.349.140,44			
Umlaufvermögen						
(9)						
Vorräte						
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		5.000,00	5,0			
Waren		4.776,11	3,8			
			9.776,11			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
(6)						
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		385.760,48	544,7			
Sonstige Vermögensgegenstände		865.244,75	349,4			
			1.251.005,23			
			894,1			
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten						
			59.652.719,28			
			60.913.500,62			
Rechnungsabgrenzungsposten						
			176.799,69			
			200,5			
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung						
			0,00			
			64.439.440,75			
PASSIVA						
Eigenkapital						
Gezeichnetes Kapital		240.000,00	240,0			
Jahresüberschuss		0,00	0,0			
			240.000,00			
Sonderposten mit Rücklagenanteil						
	(7)		704.443,82			
Rückstellungen						
(8)						
Rückstellungen für Pensionen		2.532.744,00	2.414,1			
Steuerrückstellungen		34.947,00	4,40			
Sonstige Rückstellungen		323.886,00	447,7			
			2.891.577,00			
Verbindlichkeiten						
(9)						
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen						
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 646.978,63 EUR		646.978,63	917,3			
(Vorjahr 917,2 TEUR)						
Sonstige Verbindlichkeiten						
- davon aus Steuern 87.846,39 EUR		59.954.712,20	72.266,0			
(Vorjahr 85,3 TEUR)						
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 6.760,07 EUR						
(Vorjahr 8,0 TEUR)						
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 59.954.712,20 EUR						
(Vorjahr 72.266 TEUR)						
Rechnungsabgrenzungsposten						
			1.729,10			
			1,4			
64.439.440,75						
76.984,3						

	Anhang Tz.	2015 EUR	2014 EUR
Zuschüsse		7.593.934,48	6.256.594,83
Erstattungen		6.138.161,09	4.867.839,85
Sonstige betriebliche Erträge		820.170,04	783.092,38
Sachaufwand		<u>7.075.038,06</u>	<u>4.729.541,91</u>
Rohergebnis	(10)	7.477.227,55	7.177.985,15
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	(11)	3.836.261,72	3.663.958,92
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		1.028.680,81	1.039.736,09
- davon für Altersversorgung: 188.232,47 EUR (Vorjahr: 118,6 TEUR)			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegestände des Anlagevermögens und Sachanlagen		690.821,23	603.424,63
Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.690.511,53	1.654.197,10
Erträge aus anderen Wertpapieren		42.862,81	43.584,35
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	0,00
Abschreibungen auf Finanzanlagen		12.284,29	7.666,96
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>183.620,52</u>	<u>217.543,88</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		77.910,26	35.041,92
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		77.910,26	35.041,92
Sonstige Steuern		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
Jahresüberschuss		<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0,00</u></u>

1 Geschäftstätigkeit und öffentliche Zwecksetzung

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH befindet sich zu 100% in kommunalem Eigentum. Einziger Anteilseigner ist der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Zweckverbandssatzung bzw. Gesellschaftsvertrag die Erbringung von Dienstleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Gesellschaft nimmt für ihren alleinigen Eigentümer den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) die diesem obliegenden Aufgaben wahr und sie nimmt – in Abstimmung mit den Verbundverkehrsunternehmen – als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes bestimmte Aufgaben wahr. Dazu gehören insbesondere die jährliche Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, die Abstimmung und Erstellung des Verbundfahrplans sowie die Aufteilung der Tarifierlöse auf die Verkehrsunternehmen nach bestehenden Einnahmeverteilungsregelungen.

Im Wirtschaftsjahr 2015 wurde auf die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung geachtet und der Zweck erreicht (§ 108 Abs. 2 GO NW).

2 Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

2.1 Vermögenslage

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weist zum 31. Dezember 2015 eine Bilanzsumme von 64,439 Mio. Euro aus (Vorjahr: 76,984 Mio. Euro). Die Reduzierung der Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau des Kassenbestandes im Umfang von 13,042 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr (72,695 Mio. Euro) entfallen auf die Bilanzposition Kassenbestände/Guthaben bei Kreditinstituten im Berichtsjahr 59,653 Mio. Euro. Dem steht ein Abbau der sonstigen Verbindlichkeiten (Vorjahr: 72,266 Mio. Euro) auf 59,955 Mio. Euro gegenüber. Hierbei handelt es sich vor allem um vereinnahmte Entgelte aus weiterzuleitenden Beförderungsentgelten aus dem Verbundausgleich der Einnahmeverteilung des VRS- und des NRW-Tarifs. Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere des Anlagevermögens dienen der Rückdeckung der Verpflichtungen aus Pensionszusagen. Das Wertpapiervermögen hat sich von 1,285 Mio. Euro auf 1,459 Mio. Euro erhöht.

2.2 Finanzlage

Nach Verrechnung der liquiden Mittel mit den abzuführenden Entgelten aus der Einnahmeverteilung des VRS- und des NRW-Tarifs standen der Gesellschaft ausreichende liquide Mittel zur Verfügung, um den kurzfristigen Finanzbedarf zu decken. Dies setzt allerdings stets voraus, dass die im Wesentlichen seitens des Landes, des ZV NVR und des ZV VRS zu zahlenden Zuschüsse an die Gesellschaft fristgerecht erfolgen.

2.3 Ertragslage

Die Verbundgesellschaft hat sich gemäß ihrem Gesellschaftsvertrag aus Zuwendungen, Erträgen aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und freiwilligen Leistungen ihres Gesellschafters zu finanzieren. Die Betriebsleistung – Zuschüsse, Erstattungen und die sonstigen betrieblichen Erträge – weist für das Geschäftsjahr 2015 ein Gesamtvolumen von 14,545 Mio. Euro auf. Im Vergleich zum Vorjahr (11,907 Mio. Euro) ist dies ein Anstieg von 2,638 Mio. Euro bzw. 22,2 %.

Der Sachaufwand lag mit 7,075 Mio. Euro (Vorjahr: 4,730 Mio. Euro) um 2,346 Mio. Euro bzw. 49,6 % über dem Vorjahreswert. Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 161.000 Euro bzw. 3,4% erhöht. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die Anpassung des TVöD zum 1. März 2015 in Höhe von 2,4 %.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Berichtsjahr 1,690 Mio. Euro (Vorjahr: 1,654 Mio. Euro) und lagen damit geringfügig um 36.000 Euro bzw. 2,2 % über dem Vorjahreswert.

Die im Geschäftsjahr 2015 nicht verbrauchten Finanzmittel werden gemäß der mittelfristigen Finanzplanung 2016 bis 2018 in den Folgejahren zur Deckung höherer Sach- und Personalaufwendungen eingesetzt.

3 **Nachtragsbericht**

Das Landgericht Köln hat im Klageverfahren Rhein-Sieg Verkehrsgesellschaft (RSVG) gegen die Verkehrsverbund Rhein-Sieg in Sachen Einnahmenaufteilung am 17. Dezember 2015 den Streitparteien entsprechende Hinweisbeschlüsse übermittelt. Das Gericht ist zu der vorläufigen Einschätzung gelangt, dass die Klage wenig Aussicht auf Erfolg hat. Vor diesem Hintergrund haben sich die Konfliktparteien Mitte Februar darauf verständigt, einen Vergleich zu schließen. In diesen Vergleich sollen alle streitenden und nicht streitenden Verkehrsunternehmen im Verkehrsverbund Rhein-Sieg einbezogen werden. Da das Landgericht Köln für den 12. Mai 2016 einen weiteren Verhandlungstermin in dieser Auseinandersetzung angesetzt hat, ist es Ziel aller Konfliktparteien, eine Einigung möglichst vor diesem Termin zu erzielen.

Weitere Ereignisse von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Stichtag nicht ereignet.

4 **Chancen- und Risikobericht**

Im Rechtsstreit zwischen der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft mbH und der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (Az. 88 O 81/14) hat das Landgericht Köln am 17.12.2015 den Streitparteien entsprechende Hinweisbeschlüsse zugeleitet. Im Ergebnis kommt die Kammer im Rahmen ihrer vorläufigen Bewertung zu dem Ergebnis, dass die Klage der RSVG wenig Aussicht auf Erfolg hat. Ebenso verhält es sich im Verfahren der Stadtverkehr Martin Becker GmbH u.a. gegen die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (Az. 88 O 82/14). Das Gericht weist auch hier daraufhin, dass die Klage wenig Aussicht auf Erfolg hat. Dies betrifft sowohl die Zulässigkeit als auch die Begründetheit. In Anbetracht dieser eindeutigen Hinweisbeschlüsse sollten die Streitparteien erwägen, einen Prozessvergleich zur Beendigung des Rechtsstreites in Betracht zu ziehen.

Die Unternehmensabteilungen führen für ihren Verantwortungsbereich regelmäßig Risikoinventuren durch. In einem Risikoreporting werden mögliche Risiken erfasst, bewertet und falls erforderlich entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Da die Verbundgesellschaft nicht operativ am Marktgeschehen teilnimmt, ist sie keinen Kosten- und Umsatzrisiken im Hinblick auf die Entwicklung an den Beschaffungs- und Absatzmärkten unterworfen.

5 Prognosebericht

Im Jahr 2016 bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die VRS GmbH nahezu unverändert.

Im Jahr 2016 erhält die Gesellschaft seitens des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland Zuwendungen in Höhe von insgesamt 3.462.000 Euro, diese setzen sich zusammen aus einem Zuschuss zur Abdeckung allgemeiner Ausgaben nach § 11 ÖPNVG NRW in Höhe von 1.550.000 Euro und einem Zuschuss in Höhe von 1.912.000 Euro zur Abdeckung der Kosten, die für die Fortentwicklung und Vermarktung des Verbundtarifes anfallen. Beide Zuwendungsbescheide liegen vor. Ebenso verhält es sich mit den Zuwendungsbescheiden zur Finanzierung der Leistungen des KompetenzCenter Marketing einschließlich der Kommunikationsmaßnahmen „Busse und Bahnen“ mit Förderbeträgen in Höhe von 1.500.000 Euro bzw. 1.231.000 Euro. Der Gesellschafter Zweckverband VRS und die im Beirat vertretenen Verkehrsunternehmen leisten wie im Vorjahr mit jeweils 300.000 Euro ihren Finanzierungsbeitrag. Die Umlagegenehmigung der Bezirksregierung Köln für das Haushaltsjahr 2016 wurde beantragt und liegt seit 28. Januar 2016 vor. Die Versammlung des ZV VRS hatte die dazu erforderliche Haushaltssatzung bereits am 10. Dezember 2015 einstimmig beschlossen.

Der im Unternehmen zur Anwendung kommende Tarifvertrag TVöD endet zum 29. Februar 2016. Die Tarifvertragsparteien verhandeln z.Zt. über die Fortführung des Tarifvertrages. Hierzu hat die Gewerkschaft Verdi eine Forderung von + 6 % für eine Laufzeit von 12 Monate gestellt. In den Planansätzen für den Wirtschaftsplan 2016 wurde eine Personalkostensteigerung von + 3 % berücksichtigt. In Abhängigkeit vom Tarifabschluss ist gegebenenfalls ein Nachtragshaushalt einzubringen, falls es nicht gelingt, eventuelle deutliche Personalkostenmehrungen durch Kürzungen bei anderen Wirtschaftsplanpositionen zu kompensieren.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass mit den zur Verfügung stehenden Zuwendungen, den Erstattungen und den sonstigen betrieblichen Erträgen ein ausgeglichenes Wirtschaftsergebnis für 2016 erzielt werden kann, soweit der Tarifabschluss nicht zu einer deutlichen über der für das laufende Geschäftsjahr unterstellten Personalkostensteigerung führt.

Köln, 4. April 2016

4. Zweckverband Kronenburger See

Geschäftsführung: Gemeinde Dahlem

Internet: <http://www.dahlem.de/KronenburgerSee>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Verbandes ist die Unterhaltung einer Stauanlage und eines Wassersammelbeckens zur Aufstauung der Kyll oberhalb Kronenburgerhütte. Weiterhin dient der Verband der Tourismusförderung am Kronenburger See.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes Kronenburger See sind die Gemeinde Dahlem, die Verbandsgemeinde Obere Kyll, der Kreis Euskirchen und der Landkreis Vulkaneifel.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband hat kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband deckt seinen Finanzbedarf durch die Erhebung von Umlagen von seinen Mitgliedern im Verhältnis der Beteiligung der Mitglieder in der Verbandsversammlung (Anteil Kreis Euskirchen: 1/9 bzw. 11,11 %)

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (9 Sitze, davon Gemeinde Dahlem 5, Landkreis Vulkaneifel 2, Verbandsgemeinde Obere Kyll und Kreis Euskirchen je 1 Sitz)
- b) Vorstandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Stefanie Seidler	(SPD)	Johannes Mertens	(CDU)

b) Vorstandsvorsteher

Jan Lembach (Bürgermeister Gemeinde Dahlem)

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

5. Zweckverband Naturpark Rheinland

Willy-Brandt-Platz 1
50126 Bergheim

Internet: <http://www.naturpark-rheinland.de/info/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Verband hat die Aufgabe, im Rahmen seiner Maßnahmeplanung das Verbandsgebiet unter Wahrung der Belange von Natur und Landschaft sowie der biologischen Vielfalt für die Erholung der Bevölkerung auszubauen und zu pflegen, den umwelt- und sozialverträglichen Tourismus zu fördern und auf eine nachhaltige Regionalentwicklung hinzuwirken. Ihm obliegen insbesondere:

- a) die Betreuung des Naturparks nach § 44 Abs. 1 des Landschaftsgesetzes NRW
- b) die Erstellung und Fortschreibung des Maßnahmeplanes im Sinne des § 44 Abs. 2 des Landschaftsgesetzes NRW
- c) die Erholungsplanung für das gesamte Verbandsgebiet - mit Ausnahme der Planung der innerörtlichen Grün- und Erholungsanlagen - auf der Grundlage des Maßnahmeplanes
- d) die Koordinierung der Planung von Erholungsanlagen durch Gemeinden und sonstige Dritte im Interesse einer einheitlichen Naturpark- und Erholungsplanung im Verbandsgebiet
- e) die Maßnahmen- und Ausführungsplanung sowie die Errichtung der Erholungsanlagen, die der Verband im Einzelfall auf Dritte übertragen kann. Die Bauleitplanung der Gemeinden bleibt unberührt.
- f) die Unterhaltung und der Betrieb der Tageserholungsanlagen, die der Verband auf Dritte übertragen kann
- g) die Beratung und Betreuung für nicht zum Verbandsgebiet gehörende Erholungsanlagen aufgrund von besonderen Vereinbarungen
- h) Maßnahmen, die der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird
- i) die Förderung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind der Rhein-Erft-Kreis, der Kreis Euskirchen, der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Bonn, die Stadt Köln und die RWE Power AG.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird gedeckt aus Zuwendungen, Spenden, sonstigen Einnahmen und Umlagen der kommunalen Mitglieder. Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Die Umlage wird von den Mitgliedern nach einem prozentualen Schlüssel auf der Basis der eingebrachten Flächen und der Bevölkerungszahl erhoben. Die RWE AG ist von der Umlage freigestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 18 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Verbandsausschuss (je Mitglied 1 Vertreter mit gleichem Stimmrecht)
- c) Planungsausschüsse Nord und Süd (Je ein Vertreter/Verbandsmitglied sowie die Bürgermeister der jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden)
- d) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglieder</u>			<u>Stellvertreter</u>	
1. AV Manfred Poth			Achim Blindert	(GBL IV) *
2. Rita Gerdemann		(CDU)	Karsten Stickeler	(CDU)
3. Stefan Schmitz	bis 20.10.2015	(SPD)	Heinrich Hettmer	(SPD)
Michael Höllmann	ab 21.10.2015	(SPD)		

b) Vertreter des Kreises im Verbandsausschuss

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher)
2. Rita Gerdemann (CDU)

Stellvertreter

Stefan Schmitz bis 20.10.2015 (SPD)
Michael Höllmann ab 21.10.2015 (SPD)

c) Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Nord

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher)
2. Leo Wolter (CDU)

Stellvertreter

Heinrich Hettmer (SPD)

Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Süd

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher)
2. Heinrich Hettmer (SPD)

Stellvertreter

Karsten Stickeler (CDU)

nachrichtlich:

Zum 01.05.2016 erfolgte eine Neuorganisation der Geschäftsbereiche. Der bisherige GB IV wurde ohne weitere Veränderungen zum GB V.

d) Verbandsvorsteher

Landrat Michael Kreuzberg, Rhein-Erft-Kreis
Stellvertreter: LR Günter Rosenke

Geschäftsführer: Harald Sauer

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

6. Zweckverband Region Aachen

Dennewartstraße 25 - 27
52068 Aachen

Internet: <http://www.regionaachen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs- und Wissensregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg. Der Landschaftsverband Rheinland gehört dem Zweckverband als beratendes Mitglied an.

Der Zweckverband Region Aachen ist am Stammkapital (25.000 €) der Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH) mit 2.000 € (8 %) beteiligt. Nähere Angaben hierzu sind Teil B Nr. 17 „Innovationsregion Rheinisches Revier“ zu entnehmen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt von den ihm angehörenden Gebietskörperschaften eine Umlage, soweit seine Erträge die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage ist nach der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder zu bemessen, wobei bei der Bemessung der städteregionalen Umlage die Einwohnerzahl der Stadt Aachen nicht zu berücksichtigen ist. Maßgeblich ist die von IT NRW amtlich festgestellte Einwohnerzahl nach dem Stand des 30.06 des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das die Haushaltssatzung beschlossen wird.

Die vorstehende Regelung gilt nicht für den Landschaftsverband Rheinland. Dieser zahlt an den Zweckverband einen Beitrag gemäß gesonderter Vereinbarung.

In seiner Sitzung am 20.03.2013 hat der Kreistag die sofortige Auszahlung einer Abschlagszahlung in Höhe von 50.000 € beschlossen, um nach Geschäftsaufnahme am 01.01.2013 dessen Liquidität sicher zu stellen (D 6/2013).

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 61 Mitglieder, davon 12 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Präsident des Zweckverbandes
- c) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. LR Günter Rosenke		AV Manfred Poth	
2. Urban-Josef Jülich	(CDU)	Karsten Stickeler	(CDU)
3. Bernd Kolvenbach	(CDU)	Josef Reidt	(CDU)
4. Franz-Josef Nießen	(CDU)	Clas Kohlheyer	(CDU)
5. Hans-Erhard Schneider	(CDU)	Dominik Schmitz	(CDU)
6. Hans Peter Wasems	(CDU)	Frank Weimbs	(CDU)
7. Stefan Schmitz (bis 20.10.2015)	(SPD)	Stefanie Seidler	(SPD)
Michael Höllmann (ab 21.10.2015)	(SPD)		
8. Hans Schmitz (bis 20.10.2015)	(SPD)	Emmanuel Kunz (bis 20.10.2015)	(SPD)
Emmanuel Kunz (ab 21.10.2015)	(SPD)	Hans Schmitz (ab 21.10.2015)	(SPD)
9. Wolfgang Heller	(SPD)	Dr. Peter Schweikert-Wehner	(SPD)
10. Hans Reiff	(FDP)	Bernd Lübke	(Fraktionslos)
11. Angela Kalnins	(B90/Grüne)	Nathalie Konias	(B90/Grüne)
12. Andreas Bühl	(UWV)	Michael Mondorf	(BüFo)

nachrichtlich:

Seit 20.04.2016 vertritt Franz Troschke an Stelle von Andreas Bühl den Kreis Euskirchen in der Verbandsversammlung.

b) Präsidentin des Zweckverbandes

Regierungspräsidentin Gisela Walsken

c) Verbandsvorsteher

Landrat Wolfgang Spelthahn, Kreis Düren

Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke
Oberbürgermeister Marcel Philipp, Stadt Aachen
Städteregionsrat Helmut Etschenberg, StädteRegion Aachen
Landrat Stephan Pusch, Kreis Heinsberg

Geschäftsführer: Ulrich Schirowski bis 30.06.2015
Prof. Dr. Christiane Vaeßen ab 01.07.2015

F) Jahresabschluss

Die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 des Zweckverbandes sind ab Seite 433 bzw. ab Seite 444 dargestellt.

Der Jahresabschluss 2015 des Zweckverbandes lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Bilanz zum 31.12.2013

Ergänzung Rubrik	Bezeichnung	Saldo bis Datum	Vorjahreszahlen	Ergänzung Rubrik	Bezeichnung	Saldo bis Datum	Vorjahreszahlen
	AKTIVA	0,00	0,00		PASSIVA	0,00	0,00
	1. Anlagevermögen	0,00	0,00		1. Eigenkapital	0,00	0,00
	1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	1.104,12	0,00		1.1 Allgemeine Rücklage	0,00	0,00
	1.2 Sachanlagen	0,00	0,00		1.2 Sonderrücklage	0,00	0,00
	1.2.1 Unbebaute Grundstücke u. gr.st	0,00	0,00		1.3 Ausgleichsrücklage	0,00	0,00
	1.2.1.1 Grünflächen	0,00	0,00		1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-50.958,93	0,00
	1.2.1.2 Ackerland	0,00	0,00		Summe Eigenkapital	0,00	0,00
	1.2.1.3 Wald, Forsten	0,00	0,00		2. Sonderposten	0,00	0,00
	1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	0,00	0,00		2.1 für Zuwendungen	0,00	0,00
	Summe unbebaute Grundstücke	0,00	0,00		2.2 für Beiträge	0,00	0,00
	1.2.2 Bebaute Grundstücke u. grundst	0,00	0,00		2.3 für den Gebührenausschlag	0,00	0,00
	1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtung	0,00	0,00		2.4 Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
	1.2.2.2 Schulen	0,00	0,00		Summe Sonderposten	0,00	0,00
	1.2.2.3 Wohnbauten	0,00	0,00		3. Rückstellungen	0,00	0,00
	1.2.2.4 Sonst. Dienst-, Gesch.- u.a. B	0,00	0,00		3.1 Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
	Summe Bebaute Grundstücke u. grundst	0,00	0,00		3.2 Rückstellungen für Deponien und	0,00	0,00
	1.2.3 Infrastrukturvermögen	0,00	0,00		3.3 Instandhaltungsrückstellungen	0,00	0,00
	1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastr	0,00	0,00		3.4 Sonstige Rückstellungen	0,00	0,00
	1.2.3.2 Brücken und Tunnel	0,00	0,00		Summe Rückstellungen	0,00	0,00
	1.2.3.3 Gleisanl. m. Streckenausl. u.S	0,00	0,00		4. Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasser	0,00	0,00		4.1 Anleihen	0,00	0,00
	1.2.3.5 Straßennetz m. Wegen, Plätze	0,00	0,00		4.2 Verbindlichkeiten a. Krediten f. Inv	0,00	0,00
	1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastru	0,00	0,00		4.2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
	Summe Infrastrukturvermögen	0,00	0,00		4.2.2 von Beteiligungen	0,00	0,00
	1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und	0,00	0,00		4.2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00
	1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenk	0,00	0,00		4.2.4 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00
	1.2.6 Maschinen und techn. Anlagen,	0,00	0,00		4.2.5 vom privaten Kreditmarkt	0,00	0,00
	1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstatt	2.385,18	0,00		Summe Verbindlichk. a. Krediten f. In	0,00	0,00
	1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlage	0,00	0,00		4.3 Verbindl. a. Krediten z. Liquiditäts	-600.000,00	0,00
	Summe Sachanlagen	0,00	0,00		4.4 Verbindl. a. Vorg., die Kreditaufn. gl	0,00	0,00
	1.3 Finanzanlagen	0,00	0,00		4.5 Verbindl. aus Lieferung und Leistu	-220.065,91	0,00
	1.3.1 Anteile an verbundenen Unterne	0,00	0,00		4.6 Verbindl. aus Transferleistungen	0,00	0,00
	1.3.2 Beteiligungen	0,00	0,00		4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	1.3.3 Sondervermögen	0,00	0,00		Summe Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermö	0,00	0,00		5. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	-50.000,00
	Summe Finanzanlage	0,00	0,00		SUMME PASSIVA	-871.024,84	-50.000,00
	1.3.5 Ausleihungen	0,00	0,00			0,00	0,00
	1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00				
	1.3.5.2 an Beteiligungen	0,00	0,00				
	1.3.5.3 an Sondervermögen	0,00	0,00				
	1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00				
	Summe Ausleihungen	0,00	0,00				
	Summe Anlagevermögen	0,00	0,00				
	2. Umlaufvermögen	0,00	0,00				
	2.1 Vorräte	0,00	0,00				
	2.1.1 Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe, W	0,00	0,00				
	2.1.2 Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00				
	2.2 Forderungen u. sonst. Vermögens	0,00	0,00				
	2.2.1 Öff.rechtl. Ford. u. Ford. aus Tra	0,00	0,00				
	2.2.1.1 Gebühren	0,00	0,00				
	2.2.1.2 Beiträge	0,00	0,00				

Seite 434

Gesamtergebnisrechnung 2013

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrieben Ansatz des Haushaltsjahres	IST-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ansatz/Ist		
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0		
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	2.470.495	2.014.886	-455.609		
	410100 Zuweisungen für lfd. Zwecke	0	447.295	446.512	-783		
	410101 Verbandsumlage	0	720.696	720.696	0		
	410300 Zuschüsse von EU,vom Land, von Gemeinden	0	1.302.504	847.678	-454.826		
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0		
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0		
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0		
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0		
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0		
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0		
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0		
10	= Ordentliche Erträge	0	2.470.495	2.014.886	-455.609		
11	- Personalaufwendungen	0	-1.680.946	-1.354.234	326.712		
	500100 Vergütungen der Angestellten	0	-824.096	-626.680	197.417		
	500200 Beiträge zu Versorgungskassen	0	-91.566	-73.443	18.123		
	500300 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	0	-366.265	-289.059	77.206		
	500400 Aufwendungen für sonstige Beschäftigte	0	-154.842	-169.426	-14.584		
	500500 Steuer	0	-244.177	-195.627	48.550		
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0		
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	0	-8.000	0	8.000		
	520100 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	-8.000	0	8.000		
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0	0	-204	-204		
	570100 AfA immaterielle Vermögensgegenstände des AV	0	0	-164	-164		
	570200 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	0	-40	-40		
15	- Transferaufwendungen	0	-30.000	-30.000	0		
	530200 Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden	0	-30.000	-30.000	0		
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	-749.549	-577.343	172.206		
	540101 Aus- und Fortbildungen	0	-7.850	-2.596	5.254		
	540102 Reisekosten	0	-52.250	-40.406	11.844		
	540201 Mieten	0	-88.876	-92.295	-3.419		
	540202 Leasing	0	-5.000	-6.827	-1.827		
	540203 EDV/Netzwerk	0	-26.305	-40.576	-14.271		
	540204 Aufwendungen für Gremien	0	-12.000	-2.320	9.680		
	540301 Büromaterial	0	-14.680	-3.745	10.935		
	540302 Zeitungen und Fachliteratur	0	-500	-1.467	-967		
	540303 Eigene Veranstaltungen, PR	0	-102.836	-122.838	-20.002		
	540304 Telekommunikationsleistungen	0	-23.700	-15.747	7.953		
	540305 Porto	0	-13.200	-5.231	7.969		
	540306 Öffentlichkeitsarbeit	0	-172.337	-92.105	80.232		
	540308 Anschaffungen des Anlagevermögens	0	-21.240	-1.771	19.469		
	540309 Geringwertige Wirtschaftsgüter	0	-4.500	-3.520	980		
	540310 Sonstige Aufwendungen	0	-45.575	-9.261	36.314		
	540311 Geldverkehrskosten	0	0	-254	-254		
	540401 Versicherungsbeiträge	0	0	-9.333	-9.333		

Gesamtergebnisrechnung 2013

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrieben Ansatz des Haushaltsjahres	IST-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ansatz/Ist		
	540402 Beiträge an Vereine	0	-103.000	-103.867	-867		
	540403 Beiträge i.R. von Projektförderungen	0	-55.700	-23.186	32.514		
17	= Ordentliche Aufwendungen	0	-2.468.495	-1.961.781	506.714		
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	0	2.000	53.105	51.105		
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0		
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	-2.000	-2.146	-146		
	550100 Zinsaufwendungen	0	-2.000	-2.146	-146		
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	-2.000	-2.146	-146		
22	= Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit (18 u. 21)	0	0	50.959	50.959		
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0		
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0		
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0		
26	= Ergebnis (22 und 25)	0	0	50.959	50.959		
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0		
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0		
29	= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	0	0	50.959	50.959		

Gesamtfinanzrechnung 2013

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrieben Ansatz des Haushaltsjahres	IST-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ansatz/Ist		
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0		
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	50.000	2.470.495	1.657.172	-813.323		
	610100 Einzahlungen für lfd. Zwecke	0	447.295	374.580	-72.715		
	610101 Einzahlungen Verbandsumlage	50.000	720.696	654.861	-65.835		
	610300 Einzahlungen allg. Umlagen vom Land, von Gemeinden	0	1.302.504	627.732	-674.773		
03	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0		
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0		
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0		
06	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0	0	0	0		
07	+ Sonstige Einzahlungen	0	0	0	0		
08	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0		
09	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	50.000	2.470.495	1.657.172	-813.323		
10	- Personalauszahlungen	0	-1.680.946	-1.325.689	355.257		
	700100 Vergütung der Angestellten	0	-824.096	-626.680	197.417		
	700200 Beiträge zu Versorgungskassen	0	-91.566	-73.443	18.123		
	700300 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	0	-366.265	-289.059	77.206		
	700400 Auszahlungen für sonstige Beschäftigte	0	-154.842	-156.099	-1.257		
	700500 Pauschalierte Lohnsteuer	0	-244.177	-180.409	63.768		
11	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0		
12	- Ausz. für Sach- und Dienstleistungen	0	-8.000	0	8.000		
	720100 Auszahlungen sonstige Sach- und Dienstleistungen	0	-8.000	0	8.000		
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0	-2.000	-1.893	107		
	750100 Zahlungen für Zinsen	0	-2.000	-1.893	107		
14	- Transferzahlungen	0	-30.000	0	30.000		
	730200 Auszahlungen allgemeine Zuweisungen an Gemeinden	0	-30.000	0	30.000		
15	- Sonstige Auszahlungen	0	-749.549	-416.075	333.474		
	740101 Aus- und Fortbildungen	0	-7.850	-1.646	6.204		
	740102 Reisekosten	0	-52.250	-36.036	16.214		
	740201 Mieten	0	-88.876	-91.842	-2.966		
	740202 Leasing	0	-5.000	-6.827	-1.827		
	740203 EDV/Netzwerk	0	-38.305	-33.852	4.453		
	740204 Auszahlungen für Gremien	0	0	-2.320	-2.320		
	740301 Büromaterial	0	-14.680	-3.213	11.467		
	740302 Zeitungen und Fachliteratur	0	-500	-1.467	-967		
	740303 Eigene Veranstaltungen, PR	0	-102.836	-120.446	-17.610		
	740304 Telekommunikationsleistungen	0	-23.700	-14.472	9.228		
	740305 Porto	0	-13.200	-5.231	7.969		
	740306 Öffentlichkeitsarbeit	0	-172.337	-72.448	99.889		
	740308 Anschaffungen des Anlagevermögens	0	-21.240	-1.771	19.469		
	740309 Geringwertige Wirtschaftsgüter	0	-4.500	-3.520	980		
	740310 Sonstige Auszahlungen	0	-45.575	-5.965	39.610		
	740311 Geldverkehrskosten	0	0	-254	-254		
	740401 Versicherungsbeiträge	0	0	-5.741	-5.741		
	740402 Beiträge an Vereine	0	-103.000	-800	102.200		
	740403 Beiträge i.R. von Projektförderungen	0	-55.700	-8.226	47.474		

Gesamtfinanzrechnung 2013

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrieben Ansatz des Haushaltsjahres	IST-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ansatz/Ist		
16	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0	-2.470.495	-1.743.657	726.838		
17	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (9 und 16)	50.000	0	-86.485	-86.485		
18	+ Zuwendungen für Invest.maßnahmen	0	0	0	0		
19	+ Einzahlg. a.d. Veräußerg. v. Sachanlagen	0	0	0	0		
20	+ Einzahlg. a.d. Veräußerg. v. Finanzanl.	0	0	0	0		
21	+ Einzahlg. a. Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0		
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0		
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0		
24	- Auszahlg. f.d. Erwerb von Grdst. und Gebäuden	0	0	0	0		
25	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0	0	0	0		
26	- Auszahlg. f.d. Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	0	0	-2.425	-2.425		
27	- Auszahlg. f.d. Erwerb v. Finanzanlagen	0	0	0	0		
28	- Auszahlg. v. aktivierbaren Zuwendungen	0	0	0	0		
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	-1.268	-1.268		
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	-3.693	-3.693		
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (23 und 30)	0	0	-3.693	-3.693		
32	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (17 und 31)	50.000	0	-90.178	-90.179		
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0	0	0	0		
	690100 Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	0	0	800.000	800.000		
34	+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0	0	800.000	800.000		
35	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0	0	0	0		
36	- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0	0	-200.000	-200.000		
	790100 Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0	0	-200.000	-200.000		
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	600.000	600.000		
38	= Änd. d. Best. an eig. Finanzmitteln (32 und 37)	50.000	0	509.822	509.821		
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0	0	50.000	50.000		
40	+ Bestand an fremden Mitteln	0	0	0	0		
41	= Liquide Mittel	50.000	0	559.822	559.821		

Lagebericht 2013

Das Haushaltsjahr 2013 stellte das erste operative Geschäftsjahr des neu gegründeten Zweckverbandes Region Aachen dar. Er hat –nach seiner formalen Gründung im Dezember 2012 – damit die Rechtsnachfolge des REGIO Aachen e.V. übernommen sowie die Bereiche Arbeitspolitik und Regionalentwicklung aus der AGIT integriert.

Mitglieder des Zweckverbandes sind die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg, die Städteregion Aachen sowie die Stadt Aachen und mit beratender Stimme der Landschaftsverband Rheinland.

Entsprechend der Satzung organisiert der Zweckverband die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region.

Er hat die **Aufgabe**, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW) sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Präsident des Zweckverbandes und der Verbandsvorsteher.

- a) Die **Verbandsversammlung** hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder - 12 Mitglieder je Gebietskörperschaft zuzüglich eines Vertreters des Landschaftsverbands Rheinland als beratendes Mitglied. Als Vorsitzenden wählte die Verbandsversammlung Josef Stiel, SPD Fraktion. Die Zweckverbandsversammlung beschließt grundsätzlich über alle wesentlichen Angelegenheiten des Verbandes.

Zur fachlichen Beratung hat der Zweckverband als beratende Gremien vier Fachausschüsse:

Ausschuss für:

(eu)regionale Wirtschaft- und Strukturentwicklung

Vorsitz: Ralf Nolten, CDU Fraktion

(eu)regionale Arbeit, Fachkräftesicherung, Bildungs- und Wissensregion

Vorsitz: Norbert Plum, SPD Fraktion

(eu)regionalen Tourismus und Kultur

Vorsitz: Dr. Margarethe Schmeer, CDU Fraktion

(eu)regionale Gesundheit

Vorsitz: Dr. Hanno Kehren, CDU Fraktion

- b) **Präsidentin** des Zweckverbandes ist die Kölner Regierungspräsidentin Gisela Walsken. Die Zweckverbandspräsidentin vertritt vorrangig die Interessen der Aachener Region in den Gremien der EUREGIO Maas-Rhein.
- c) **Verbandsvorsteher** des Zweckverbandes Region Aachen ist der Dürener Landrat Wolfgang Spelthahn. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte des Zweckverbandes und vertritt diesen gerichtlich und außergerichtlich. Er wird hierbei durch eine Geschäftsstelle unterstützt.

Die Geschäftsstelle

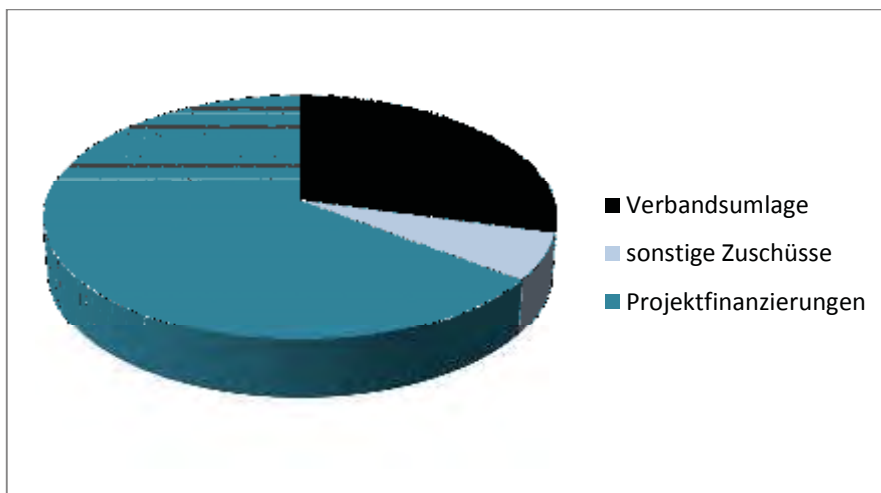
Die laufenden Geschäfte werden durch die Geschäftsstelle des Zweckverbandes umgesetzt. Geschäftsführer ist Ulrich Schirowski, stellvertretende Geschäftsführer sind Manfred Bausch und Artur Hansen. Die Geschäftsstelle gliedert sich in vier Arbeitsbereiche:

1. Wirtschaft, Strukturentwicklung, Gesundheit
Leitung: Ulrich Schirowski
2. Arbeit, Fachkräfte und Bildung
Leitung: Elke Breidenbach
3. Kultur, Tourismus und Haushalt
Leitung: Manfred Bausch

4. Grenzfunktion Leitung: Artur Hansen

Finanzierung

Das Haushaltsvolumen des Zweckverbandes Region Aachen beträgt 2.470.495 €. Die Finanzierung erfolgt als Grundfinanzierung durch die Umlage der Verbandsmitglieder (720.696 € = 29,2 %), projektorientierte Fördermittel (1.599.799 € = 64,8 %) sowie Zuschüsse des LVR, des Landes NRW sowie der Übertragung von Gesellschafterbeiträgen an die AGIT (insg. 150.000 € = 6%).



Die Verbandsumlage deckt damit lediglich die Kosten der engsten Kernaufgaben. Der hohe Anteil an Projektfinanzierungen stellt für den Zweckverband einerseits ein stetiges Liquiditätsproblem dar, da der Mittelrückfluss durch die Fördermittelgeber i.d.R. zeitlich erst deutlich versetzt nach den tatsächlichen Ausgaben erfolgt (Kostenerstattungsprinzip). Hinsichtlich der Projektfinanzierungen wird es mit dem Anlaufen der neuen EU-Förderphase (Mitte 2015) nachhaltige Veränderungen geben, deren Auswirkungen auf den Zweckverband zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehbar sind. Für die Haushaltsjahre 2014/2015 wird von einer weitest gehenden Kontinuität der Umlage ausgegangen. Die Erfahrungen im ersten Jahr des Zweckverbandes haben aber zusätzlich gezeigt, dass der hohe Projektanteil, durch den auch die Inhalte von Kernaufgaben re-finanziert werden müssen, eine strategische Ausrichtung und zukunftsorientierte Arbeit sehr erschwert, wenn nicht sogar unmöglich macht. Spätestens mit Auslaufen der aktuellen Förderprojekte im Jahr 2015 ist für die Jahre 2016 eine Neudefinition der Finanzierung des Zweckverbandes unerlässlich.

Rechnungswesen/Buchhaltung

Die ursprüngliche Planung sah vor, dass seitens der Gebietskörperschaften die Buchhaltung übernommen werden sollte. Im Laufe des Jahres 2013 zeigte sich, dass dies in dieser Form nicht möglich war. Zwar wurden durch die Zweckverbandsversammlung im Laufe des Jahres 2013 zusätzliche Mittel für diesen Bereich zur Verfügung gestellt. Allein jedoch die Implementierung sowie

die Lizenzen für die erforderliche Software haben diesen Betrag zu einem erheblichen Teil aufgebraucht, so dass für die dringend notwendige zusätzliche personelle Unterstützung keine Mittel mehr zur Verfügung standen. Die Umstellung aus der Einnahmen/Ausgaben- Überschuss-Rechnung des REGIO e.V. in das NKF wurde deshalb mit eigenen Kräften im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten geleistet. Die Erfahrungen zeigen, dass dies mittelfristig nicht tragbar ist. Es ist deshalb beabsichtigt, die Buchhaltung ab dem HH 2015 an ein externes Steuerberatungs-Büro zu übergeben, um die Ordnungsmäßigkeit der Buchhaltung vollumfänglich sicherstellen zu können.

Persönliche Angaben der Zweckverbandsversammlungsmitglieder					
Name, Vorname	Beruf	Mitgliedschaften			
		Ausschuss für (eu)regionale Wirtschaft u. Strukturent- wicklung	Ausschuss für (eu)regionale Arbeit und Fachkräfte- sicherung Arbeit	Ausschuss für (eu)regionale Kultur u. Tourismus	Ausschuss für (eu)regionale Gesundheit
Baal, Harald					X
Beckers, Friedrich		X	X		
Berger, Dr. Heiner		X		X	
Crumbach-Trommler, Ruth				X	X
Derichs, Ralf		X			
Dohmen, Hans-Wilhelm		X			
Eßer, Herbert				X	
Esser, Johannes			X		
Etschenberg, Helmut					
Fink, Jans-Jürgen		X			
Gilson, Alexander		X	X		
Griepentrog, Ulla					X
Harst, Doris			X		
Hettmer, Heinz				X	
Hockel, Dieter				X	
Horbach, Herbert		X	X		
Jansen, Franz-Michael		X			
Jansen, Helmut			X	X	
Jülich, Urban-Josef		X			
Jüngling, Liane			X		
Kalnis, Angela		X			
Kehren, Dr. Hanno			X		X
Kolvenbach, Bernd					X
Leonards-Schippers, Dr. Christiane				X	
Linden, Boris		X			
Lübben, Lars			X		
Lüngen, Ilse			X		X
Meurer, Maria					X
Müller, Andreas			X		
Nolten, Dr. Ralf		X			
Paffen, Wilhelm					
Paßmann, Bernd				X	
Peill, Dr. Patricia			X		
Peters, Martin			X		
Pfeil, Dr. Werner		X			
Philipp, Marcel		X	X	X	X
Plum, Norbert			X		
Pöhler, Raoul		X			
Pusch, Stephan					
Rademachers, Andreas					X
Rauw, Peter			X		
Reiff, Hans		X			
Reuß, Sibylle				X	
Rolfink, Katharina				X	X
Rosenke, Günter					
Schavier, Karl			X		
Scheidt, Hilde				X	
Schmeer, Dr. Margarete				X	
Schmitz, Josef Johann					
Schmitz, Hans		X			
Schreinemacher, Walter Leo				X	
Schruff, Hansbert					
Spelthahn, Wolfgang					
Stiel, Josef					X
Stolz, Ute			X		
Thönnissen, Ulla			X		X
Troschke, Ulla					
Veithen, Valentin		X			
von Morandell, Ingrid		X			
Walsken, Gisela					
Weber, Günter		X		X	
Wolf, Dieter				X	

Bilanz zum 31.12.2014

Ergänzung Rubrik	Bezeichnung	Saldo bis Datum	Vorjahreszahlen	Ergänzung Rubrik	Bezeichnung	Saldo bis Datum	Vorjahreszahlen
	AKTIVA	0,00	0,00		PASSIVA	0,00	0,00
	1. Anlagevermögen	0,00	0,00		1. Eigenkapital	0,00	0,00
	1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	800,54	1.104,12		1.1 Allgemeine Rücklage	-33.972,62	0,00
	1.2 Sachanlagen	0,00	0,00		1.2 Sonderrücklage	0,00	0,00
	1.2.1 Unbebaute Grundstücke u. gr.st	0,00	0,00		1.3 Ausgleichsrücklage	-16.986,31	0,00
	1.2.1.1 Grünflächen	0,00	0,00		1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-28.521,47	-50.958,94
	1.2.1.2 Ackerland	0,00	0,00		Summe Eigenkapital	0,00	0,00
	1.2.1.3 Wald, Forsten	0,00	0,00		2. Sonderposten	0,00	0,00
	1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	0,00	0,00		2.1 für Zuwendungen	0,00	0,00
	Summe unbebaute Grundstücke	0,00	0,00		2.2 für Beiträge	0,00	0,00
	1.2.2 Bebaute Grundstücke u. grundst	0,00	0,00		2.3 für den Gebührenausschlag	0,00	0,00
	1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtung	0,00	0,00		2.4 Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
	1.2.2.2 Schulen	0,00	0,00		Summe Sonderposten	0,00	0,00
	1.2.2.3 Wohnbauten	0,00	0,00		3. Rückstellungen	0,00	0,00
	1.2.2.4 Sonst. Dienst-, Gesch.- u.a. B	0,00	0,00		3.1 Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
	Summe Bebaute Grundstücke u. grundst	0,00	0,00		3.2 Rückstellungen für Deponien und	0,00	0,00
	1.2.3 Infrastrukturvermögen	0,00	0,00		3.3 Instandhaltungsrückstellungen	0,00	0,00
	1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastr	0,00	0,00		3.4 Sonstige Rückstellungen	0,00	0,00
	1.2.3.2 Brücken und Tunnel	0,00	0,00		Summe Rückstellungen	0,00	0,00
	1.2.3.3 Gleisanl. m. Streckenausr. u.S	0,00	0,00		4. Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasser	0,00	0,00		4.1 Anleihen	0,00	0,00
	1.2.3.5 Straßennetz m. Wegen, Plätze	0,00	0,00		4.2 Verbindlichkeiten a. Krediten f. Inv	0,00	0,00
	1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastru	0,00	0,00		4.2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
	Summe Infrastrukturvermögen	0,00	0,00		4.2.2 von Beteiligungen	0,00	0,00
	1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und	0,00	0,00		4.2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00
	1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenk	0,00	0,00		4.2.4 vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00
	1.2.6 Maschinen und techn. Anlagen,	0,00	0,00		4.2.5 vom privaten Kreditmarkt	0,00	0,00
	1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstatt	3.194,48	2.385,18		Summe Verbindlichk. a. Krediten f. In	0,00	0,00
	1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlage	0,00	0,00		4.3 Verbindl. a. Krediten z. Liquiditäts	-510.000,00	-600.000,00
	Summe Sachanlagen	0,00	0,00		4.4 Verbindl. a. Vorg., die Kreditaufn. gl	0,00	0,00
	1.3 Finanzanlagen	0,00	0,00		4.5 Verbindl. aus Lieferung und Leistu	-135.569,13	-220.065,90
	1.3.1 Anteile an verbundenen Unterne	0,00	0,00		4.6 Verbindl. aus Transferleistungen	0,00	0,00
	1.3.2 Beteiligungen	2.000,00	0,00		4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	1.3.3 Sondervermögen	0,00	0,00		Summe Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermö	0,00	0,00		5. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
	Summe Finanzanlage	0,00	0,00		SUMME PASSIVA	-725.049,53	-871.024,84
	1.3.5 Ausleihungen	0,00	0,00			0,00	0,00
	1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00				
	1.3.5.2 an Beteiligungen	0,00	0,00				
	1.3.5.3 an Sondervermögen	0,00	0,00				
	1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00				
	Summe Ausleihungen	0,00	0,00				
	Summe Anlagevermögen	0,00	0,00				
	2. Umlaufvermögen	0,00	0,00				
	2.1 Vorräte	0,00	0,00				
	2.1.1 Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe, W	0,00	0,00				
	2.1.2 Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00				
	2.2 Forderungen u. sonst. Vermögens	0,00	0,00				
	2.2.1 Öff.rechtl. Ford. u. Ford. aus Tra	0,00	0,00				
	2.2.1.1 Gebühren	0,00	0,00				
	2.2.1.2 Beiträge	0,00	0,00				

Bilanz zum 31.12.2014

Ergänzun Rubrik	Bezeichnung	Saldo bis Datum	Vorjahreszahlen	Ergänzun Rubrik	Bezeichnung	Saldo bis Datum	Vorjahreszahlen
	2.2.1.3 Steuern	0,00	0,00				
	2.2.1.4 Forderungen aus Transferleist	566.722,04	307.713,86				
	2.2.1.5 Sonstige öff. rechtl. Forderung	0,00	0,00				
	Summe Öff.rechtl. Ford. u. Ford. aus	0,00	0,00				
	2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	0,00	0,00				
	2.2.2.1 gegenüber dem privaten Berei	0,00	0,00				
	2.2.2.2 gegenüber dem öffentlichen B	0,00	0,00				
	2.2.2.3 gegen verbundene Unternehm	0,00	0,00				
	2.2.2.4 gegen Beteiligungen	0,00	0,00				
	2.2.2.5 gegen Sondervermögen	0,00	0,00				
	Summe Privatrechtliche Forderungen	0,00	0,00				
	2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstän	0,00	0,00				
	Summe Forderungen u. sonst. Vermö	0,00	0,00				
	2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögen	0,00	0,00				
	2.4 Liquide Mittel	152.332,47	559.821,68				
	Summe Umlaufvermögen	0,00	0,00				
	3. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00				
	4. Abgrenzungsposten für latente Ste	0,00	0,00				
	5. Nicht durch Eigenkapital gedeckter	0,00	0,00				
	SUMME AKTIVA	725.049,53	871.024,84				

Gesamtergebnisrechnung 2014

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrieben Ansatz des Haushaltsjahres	IST-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ansatz/Ist		
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0		
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.014.886	2.311.430	2.056.044	-255.385		
	410100 Zuweisungen für lfd. Zwecke	446.512	498.800	423.309	-75.491		
	410101 Verbandsumlage	720.696	790.466	786.285	-4.181		
	410300 Zuschüsse von EU,vom Land, von Gemeinden	847.678	1.022.164	846.450	-175.713		
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0		
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0		
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0		
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0		
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0		
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0		
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0		
10	= Ordentliche Erträge	2.014.886	2.311.430	2.056.044	-255.385		
11	- Personalaufwendungen	-1.354.234	-1.642.500	-1.460.321	182.179		
	500100 Vergütungen der Angestellten	-626.680	-807.775	-706.696	101.079		
	500200 Beiträge zu Versorgungskassen	-73.443	-89.753	-86.442	3.310		
	500300 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	-289.059	-359.011	-328.184	30.828		
	500400 Aufwendungen für sonstige Beschäftigte	-169.426	-146.620	-133.963	12.657		
	500500 Steuer	-195.627	-239.341	-205.036	34.305		
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0		
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	0	-10.000	0	10.000		
	520100 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	-10.000	0	10.000		
14	- Bilanzielle Abschreibungen	-204	0	-935	-935		
	570100 AfA immaterielle Vermögensgegenstände des AV	-164	0	-304	-304		
	570200 AfA auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	-40	0	-631	-631		
15	- Transferaufwendungen	-30.000	-30.000	-22.500	7.500		
	530200 Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden	-30.000	-30.000	-22.500	7.500		
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	-577.343	-625.930	-540.353	85.577		
	540101 Aus- und Fortbildungen	-2.596	-7.000	-4.538	2.462		
	540102 Reisekosten	-40.406	-53.650	-38.187	15.463		
	540201 Mieten	-92.295	-90.700	-92.726	-2.026		
	540202 Leasing	-6.827	-5.300	-11.920	-6.620		
	540203 EDV/Netzwerk	-40.576	-22.900	-71.863	-48.963		
	540204 Aufwendungen für Gremien	-2.320	-24.000	-5.727	18.273		
	540205 Gewerbeflächenmonitoring	0	-30.000	0	30.000		
	540206 Steuerberatung/Lohnbuchhaltung	0	-8.000	-4.217	3.783		
	540301 Büromaterial	-3.745	-11.050	-5.308	5.742		
	540302 Zeitungen und Fachliteratur	-1.467	-1.500	-1.540	-40		
	540303 Eigene Veranstaltungen, PR	-122.838	-108.900	-72.051	36.849		
	540304 Telekommunikationsleistungen	-15.747	-17.230	-16.343	887		
	540305 Porto	-5.231	-9.000	-3.254	5.746		
	540306 Öffentlichkeitsarbeit	-92.105	-69.500	-58.652	10.848		
	540308 Anschaffungen des Anlagevermögens	-1.771	-7.400	0	7.400		
	540309 Geringwertige Wirtschaftsgüter	-3.520	-3.500	-2.631	869		
	540310 Sonstige Aufwendungen	-9.261	-15.600	-12.979	2.621		

Gesamtergebnisrechnung 2014

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrieben Ansatz des Haushaltsjahres	IST-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ansatz/Ist		
	540311 Geldverkehrskosten	-254	-300	-233	67		
	540401 Versicherungsbeiträge	-9.333	-7.400	-8.048	-648		
	540402 Beiträge an Vereine	-103.867	-105.000	-113.868	-8.868		
	540403 Beiträge i.R. von Projektförderungen	-23.186	-28.000	-16.267	11.733		
17	= Ordentliche Aufwendungen	-1.961.781	-2.308.430	-2.024.109	284.322		
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	53.105	3.000	31.936	28.936		
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0		
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-2.146	-3.000	-3.414	-414		
	550100 Zinsaufwendungen	-2.146	-3.000	-3.414	-414		
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	-2.146	-3.000	-3.414	-414		
22	= Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit (18 u. 21)	50.959	0	28.521	28.522		
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0		
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0		
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0		
26	= Ergebnis (22 und 25)	50.959	0	28.521	28.522		
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0		
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0		
29	= Ergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	50.959	0	28.521	28.522		

Gesamtfinanzrechnung 2014

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrieben Ansatz des Haushaltsjahres	IST-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ansatz/Ist		
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0		
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.657.172	2.311.430	1.828.360	-483.069		
	610100 Einzahlungen für lfd. Zwecke	374.580	498.800	430.182	-68.618		
	610101 Einzahlungen Verbandsumlage	654.861	790.466	798.250	7.784		
	610300 Einzahlungen allg. Umlagen vom Land, von Gemeinden	627.732	1.022.164	599.928	-422.235		
03	+ Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0		
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0		
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0		
06	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0	0	0	0		
07	+ Sonstige Einzahlungen	0	0	0	0		
08	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0		
09	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.657.172	2.311.430	1.828.360	-483.069		
10	- Personalauszahlungen	-1.325.689	-1.642.500	-1.477.243	165.257		
	700100 Vergütung der Angestellten	-626.680	-807.775	-711.879	95.896		
	700200 Beiträge zu Versorgungskassen	-73.443	-89.753	-86.442	3.310		
	700300 Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	-289.059	-359.011	-328.184	30.828		
	700400 Auszahlungen für sonstige Beschäftigte	-156.099	-146.620	-147.289	-669		
	700500 Pauschalierte Lohnsteuer	-180.409	-239.341	-203.449	35.892		
11	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0		
12	- Ausz. für Sach- und Dienstleistungen	0	-10.000	0	10.000		
	720100 Auszahlungen sonstige Sach- und Dienstleistungen	0	-10.000	0	10.000		
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-1.893	-3.000	-3.667	-667		
	750100 Zahlungen für Zinsen	-1.893	-3.000	-3.667	-667		
14	- Transferzahlungen	0	-30.000	-30.000	0		
	730200 Auszahlungen allgemeine Zuweisungen an Gemeinden	0	-30.000	-30.000	0		
15	- Sonstige Auszahlungen	-416.075	-625.930	-631.499	-5.569		
	740101 Aus- und Fortbildungen	-1.646	-7.000	-5.488	1.512		
	740102 Reisekosten	-36.036	-53.650	-42.446	11.204		
	740201 Mieten	-91.842	-90.700	-93.179	-2.479		
	740202 Leasing	-6.827	-5.300	-10.718	-5.418		
	740203 EDV/Netzwerk	-33.852	-22.900	-70.506	-47.606		
	740204 Auszahlungen für Gremien	-2.320	-24.000	-5.607	18.393		
	740205 Auszahlungen für Gewerbeflächenmonitoring	0	-30.000	0	30.000		
	740206 Auszahlungen für Steuerberatung/Lohnbuchhaltung	0	-8.000	-3.909	4.091		
	740301 Büromaterial	-3.213	-11.050	-5.841	5.209		
	740302 Zeitungen und Fachliteratur	-1.467	-1.500	-1.540	-40		
	740303 Eigene Veranstaltungen, PR	-120.446	-108.900	-74.205	34.695		
	740304 Telekommunikationsleistungen	-14.472	-17.230	-16.650	580		
	740305 Porto	-5.231	-9.000	-3.223	5.777		
	740306 Öffentlichkeitsarbeit	-72.448	-69.500	-73.799	-4.299		
	740308 Anschaffungen des Anlagevermögens	-1.771	-7.400	0	7.400		
	740309 Geringwertige Wirtschaftsgüter	-3.520	-3.500	-2.631	869		
	740310 Sonstige Auszahlungen	-5.965	-15.600	-14.092	1.508		
	740311 Geldverkehrskosten	-254	-300	-233	67		

Gesamtfinanzrechnung 2014

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschrieben Ansatz des Haushaltsjahres	IST-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ansatz/Ist		
	740401 Versicherungsbeiträge	-5.741	-7.400	-11.640	-4.240		
	740402 Beiträge an Vereine	-800	-105.000	-167.901	-62.901		
	740403 Beiträge i.R. von Projektförderungen	-8.226	-28.000	-27.892	108		
16	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.743.657	-2.311.430	-2.142.409	169.021		
17	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (9 und 16)	-86.485	0	-314.049	-314.048		
18	+ Zuwendungen für Invest.maßnahmen	0	0	0	0		
19	+ Einzahlg. a.d. Veräußerg. v. Sachanlagen	0	0	0	0		
20	+ Einzahlg. a.d. Veräußerg. v. Finanzanl.	0	0	0	0		
21	+ Einzahlg. a. Beiträgen u.ä. Entgelten	0	0	0	0		
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0		
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0		
24	- Auszahlg. f.d. Erwerb von Grdst. und Gebäuden	0	0	0	0		
25	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0	0	0	0		
26	- Auszahlg. f.d. Erwerb v. bewegl. Anlagevermögen	-2.425	0	-1.441	-1.441		
27	- Auszahlg. f.d. Erwerb v. Finanzanlagen	0	0	-2.000	-2.000		
28	- Auszahlg. v. aktivierbaren Zuwendungen	0	0	0	0		
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	-1.268	0	0	0		
30	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-3.693	0	-3.441	-3.441		
31	= Saldo aus Investitionstätigkeit (23 und 30)	-3.693	0	-3.441	-3.441		
32	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (17 und 31)	-90.178	0	-317.489	-317.489		
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	0	0	0	0		
	690100 Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	800.000	0	110.000	110.000		
34	+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	800.000	0	110.000	110.000		
35	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	0	0	0	0		
36	- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	-200.000	0	-200.000	-200.000		
	790100 Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	-200.000	0	-200.000	-200.000		
37	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	600.000	0	-90.000	-90.000		
38	= Änd. d. Best. an eig. Finanzmitteln (32 und 37)	509.822	0	-407.489	-407.489		
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	50.000	0	559.822	559.821		
40	+ Bestand an fremden Mitteln	0	0	0	0		
41	= Liquide Mittel	559.822	0	152.332	152.333		

Lagebericht 2014

1. Allgemeines

Das Haushaltsjahr 2014 stellt das zweite operative Geschäftsjahr der Region Aachen - Zweckverband dar. Er hat –nach seiner formalen Gründung im Dezember 2012 – damit die Rechtsnachfolge des REGIO Aachen e.V. übernommen sowie die Bereiche Arbeitspolitik und Regionalentwicklung aus der AGIT mbH integriert.

Mitglieder des Region Aachen - Zweckverband sind die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg, die StädteRegion Aachen sowie die Stadt Aachen und mit beratender Stimme der Landschaftsverband Rheinland.

Entsprechend der Satzung organisiert der Region Aachen -Zweckverband die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region.

Er hat die **Aufgabe**, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW) sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe des Region Aachen Zweckverband sind die Verbandsversammlung, die Präsidentin/der Präsident des Zweckverbandes und die Verbandsvorhersteherin/der Verbandsvorsteher.

- a) Die **Verbandsversammlung** hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertreterinnen und Vertretern der Verbandsmitglieder - 12 Mitglieder je Gebietskörperschaft zuzüglich einer Vertreterin/eines Vertreters des Landschaftsverbands Rheinland als beratendes Mitglied. Als Vorsitzenden wählte die Verbandsversammlung Josef Stiel, SPD Fraktion. Die Zweckverbandsversammlung beschließt grundsätzlich über alle wesentlichen Angelegenheiten des Verbandes.

Zur fachlichen Beratung hat der Region Aachen - Zweckverband als beratende Gremien vier Fachausschüsse:

Ausschuss für:

(eu)regionale Wirtschaft, Strukturentwicklung und Tourismus

Vorsitz: Dr. Ralf Nolten, CDU Fraktion

(eu)regionale Arbeit und Fachkräftesicherung

Vorsitz: Ilse Längen, SPD Fraktion

(eu)regionale Kultur, Bildungs- und Wissensregion

Vorsitz: Dr. Margarethe Schmeer, CDU Fraktion

(eu)regionale Gesundheit

Vorsitz: Dr. Hanno Kehren, CDU Fraktion

- b) **Präsidentin** des Region Aachen - Zweckverband ist die Kölner Regierungspräsidentin Gisela Walsken. Die Zweckverbandspräsidentin vertritt vorrangig die Interessen der Aachener Region in den Gremien der EUREGIO Maas-Rhein.
- c) **Verbandsvorsteher** des Region Aachen - Zweckverband ist der Dürener Landrat Wolfgang Spelthahn. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte des Zweckverbandes und vertritt diesen gerichtlich und außergerichtlich. Er wird hierbei durch eine Geschäftsstelle unterstützt.

Die Geschäftsstelle

Die laufenden Geschäfte werden durch die Geschäftsstelle des Region Aachen - Zweckverband umgesetzt. Geschäftsführer ist Ulrich Schirowski, stellvertretende Geschäftsführer sind Manfred Bausch und Artur Hansen. Die Geschäftsstelle gliedert sich in vier Arbeitsbereiche:

1. Wirtschaft, Strukturentwicklung, Gesundheit
Leitung: Ulrich Schirowski
2. Arbeit, Fachkräfte und Bildung
Leitung: Manfred Bausch
3. Kultur, Tourismus und Haushalt
Leitung: Manfred Bausch
4. Grenzübergangspunkt
Leitung: Artur Hansen

Erläuterungen zur Haushaltsrealisierung

Es haben sich verschiedene Verschiebungen in der tatsächlichen Umsetzung des Haushaltes im Vergleich zum Haushaltsansatz ergeben, die im Ergebnis jedoch nicht zu einer Erhöhung des Finanzbedarfs geführt haben. Nachfolgend sind zu den verschiedenen Produktbereichen die wichtigsten Abweichungen erläutert.

0101 allgemeine Verwaltung

- 410100 Der Abruf der erhöhten Umlage des Kreises Düren in Höhe von 4.181,45 Euro wurde irrtümlicherweise unter 410100 verbucht.
- 410101 Vgl. vorherige Ausführung unter 410100. Die Verbandsumlage wurde somit vollständig realisiert.
- 500100 Ein produktscharfe Verbuchung der Personalkosten auf die einzelnen Produkte war auf der Grundlage der von der Lohnbuchhaltung übermittelten Daten nicht möglich. Deshalb wurden alle Personalkosten zentral im Produkt 0101 verbucht.
- 540201,
540203 und
540304 Die Mietkosten/Mietnebenkosten, Kosten für EDV und Telekommunikation konnten im Jahr 2014 ebenfalls nicht auf die Produkte aufgeteilt werden und wurden zentral im Produkt 0101 verbucht.
- 540306 Zusätzliche Kosten für Werbematerial und die Teilnahme an Messen. Die Kosten werden vollständig über den positiven Saldo des Sachkontos 540303 und 540204 gedeckt.
- 540402 Die Mitgliedschaft in der IRR GmbH war bei der Aufstellung des Haushaltes nicht eingeplant.
- 540403 Wird gedeckt aus 540303.

0403 Kultur und Tourismus

- 410300 Es konnten weniger Projektförderungen als geplant erreicht werden
- 540403 17.000 Euro wurden für Projekte nicht realisiert, da keine entsprechenden Projektförderungen bewilligt wurden. Die vorgesehenen Aufwendungen wurden zum Teil als Deckungsmittel für die Positionen 540303 und 540306 eingesetzt.

0702 Gesundheitsregion Aachen

- 410300 Die finanzielle Unterstützung durch das Land NRW wurde 2014 auf einen anderen Träger übertragen

1503 Task Force Grenzgänger

- 410300 Im Jahresabschluss 2013 wurde festgehalten: „Bedingt durch Störungen im Programmablauf des INTERREG Programms der EUREGIO Maas-Rhein war die Abrechnung von Projekten ausgesetzt. Die Abrechnungen werden zu einem späteren Zeitpunkt erstellt und eingereicht.“ Die Mittelabrufe wurden im Jahre 2014 bei der Verwaltungsbehörde des Programms eingereicht.

1508 SAG&AN

410300 Das Projekt wurde Anfang 2014 abgeschlossen - Fördermitteleingang der Abschlussrechnung in Höhe 22.956 Euro.

1509 Regionalbudget

Die Projektumsetzung wurde im Laufe des Jahres 2014 vorzeitig eingestellt

1510 Fachkräfteinitiative

Das geplante Projekt wurde nicht realisiert.

1511 Weiterbildung und Qualifizierung

In dieses Produkt wurden die Aufgaben des Produktes 1505 Liguaccluster/Bildung ab dem Jahr 2014 integriert, da es sich hierbei um ein INTERREG-gefördertes Projekt handelte, welches im Jahr 2013 endete.

2. Jahresergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresergebnis in Höhe von 26.838 Euro ab.

2.1. Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung

2.1.1. Ergebnislage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Jahresergebnisses auf:

Ergebnisart	Ist 2013 in €	Plan 2014 in €	Ist 2014 in €	Abweichung Plan/Ist 2014
Ordentliche Erträge	2.014.886	2.311.430	2.056.044	-255.385
Ordentliche Aufwendungen	1.961.781	2.308.430	2.025.792	282.638
Ordentliches Ergebnis	53.105	3.000	30.252	27.253
Finanzergebnis	-2.146	-3.000	-3.414	-414
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	50.959	0	26.838	26.838
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Jahresergebnis	50.959	0	26.838	26.838

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung neue Schulden entstehen.

Das ordentliche Ergebnis schließt mit einem Ergebnis von 30.252 Euro ab.

Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Finanzergebnis in Höhe von -3.414 Euro in das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ein, das sich in Höhe von 26.838 Euro darstellt. Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit veränderte sich somit um 26.838 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2014.

Jahresergebnis

Neben dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit fließt das außerordentliche Ergebnis, welches im Jahr 2014 mit 0,00 Euro abschließt, in das Jahresergebnis ein.

Das Jahresergebnis beträgt 26.838 Euro. Das Ergebnis änderte sich somit um 26.838 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2014.

2.1.2. Ertragslage

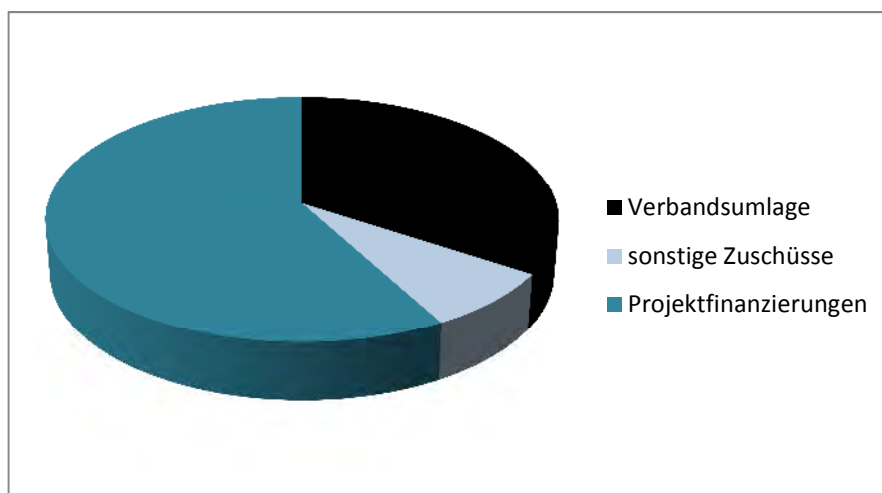
Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge sowie die Abweichung zu den Planwerten 2014:

Ertragsart	Ist 2013 in €	Plan 2014 in €	Ist 2014 in €	Abweichung Plan/Ist 2014
Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.014.886	2.311.430	2.056.044	-255.385
Sonstige Transfererträge	0	0	0	0
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
Privatrechtliche Leistungserträge	0	0	0	0
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0
Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0	0
Ordentliche Erträge	2.014.886	2.311.430	2.056.044	-255.385
Finanzerträge	0	0	0	0
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Summe	2.014.886	2.311.430	2.056.044	-255.385

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Gesamterträge um 41.158 Euro gestiegen. Gegenüber dem Planansatz 2014 ist eine Abweichung von -255.385 festzustellen. Die Abweichung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Produkte 1509 und 1510 nur teilweise bzw. gar nicht durchgeführt wurden. Dies war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht vorherzusehen.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Das Haushaltsvolumen des Region Aachen - Zweckverband beträgt 2.311.430 Euro. Die Finanzierung erfolgt als Grundfinanzierung durch die Umlage der Verbandsmitglieder (790.466 Euro = 34,2 %), projektorientierte Fördermittel (1.340.964 € = 58,0 %) sowie Zuschüsse des LVR, des Landes NRW, der Übertragung von Gesellschafterbeiträgen an die AGIT mbH und des Dienstleistungsauftrages „Regionales Gewerbeflächenmonitoring“ und „Gewerbeflächen-Informationssystem“ (insg. 180.000 € = 7,8%).



Die Verbandsumlage deckt damit lediglich die Kosten der engsten Kernaufgaben der allgemeinen Verwaltung. Der hohe Anteil an Projektfinanzierungen stellt für den Region Aachen - Zweckverband ein stetiges Liquiditätsproblem dar, da der Mittelrückfluss durch die Fördermittelgeber i.d.R. zeitlich erst deutlich versetzt nach den tatsächlichen Ausgaben erfolgt (Kostenerstattungsprinzip).

2.1.3. Aufwandslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aufwendungen sowie die Abweichung zu den Planwerten 2014:

Aufwandsart	Ist 2013 in €	Plan 2014 in €	Ist 2014 in €	Abweichung Plan/Ist 2014
Personalaufwendungen	1.354.234	1.642.500	1.460.321	182.179
Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	10.000	0	10.000
Bilanzielle Abschreibungen	204	0	3.163	-3.163
Transferaufwendungen	30.000	30.000	22.500	7.500
Sonstige ordentliche Aufwendungen	577.343	625.930	539.808	86.122
Ordentliche Aufwendungen	1.961.781	2.308.430	2.025.792	282.638
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	2.146	3.000	3.414	-414
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
Summe	1.963.927	2.311.430	2.029.206	282.224

Gegenüber dem Planansatz 2014 ist eine Abweichung von 282.224 Euro festzustellen. Wie unter 2.1.2. Ertragslage dargestellt, wurden die Produkte 1509 und 1510 nur teilweise bzw. gar nicht durchgeführt. Da es sich bei diesen beiden Produkten um Landesprojekte handelt, die nach dem Kostenerstattungsprinzip abgerechnet werden, wurden hier ebenfalls geringere bzw. keine Aufwendungen verzeichnet.

2.2. Finanzhaushalt und Finanzrechnung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen:

	Ist 2013 in €	Plan 2014 in €	Ist 2014 in €	Abweichung Plan/Ist 2014
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.657.172	2.311.430	1.828.360	-483.069
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.743.657	2.311.430	2.141.864	169.566
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-86.485	0	-313.504	-313.504
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.693	0	3.985	-3.985
Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.693	0	-3.985	-3.985
Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	-90.178	0	-317.489	-317.489
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	800.000	0	110.000	110.000
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	200.000	0	200.000	200.000
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	600.000	0	90.000	90.000
Änderung Bestand eigener Finanzmittel	509.822	0	-407.489	-407.489

Die Bilanzposition „Liquide Mittel“ verringert sich im Vergleich zum Vorjahr um 407.489 Euro. Der Wert der liquiden Mittel zum 31.12.2014 beträgt 152.332 Euro.

3. Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögens- und Schuldensituation zum Stichtag wieder (vgl. Bilanz zum 31.12.2014).

Gegenüber dem Vorjahr sinkt die Gesamtbilanzsumme um rd. 100.000 Euro auf 723.366,02 Euro.

4. Kennzahlen

Mit Einführung des NKF wurde vom Ministerium für Inneres und Kommunales ein Kennzahlenset entwickelt.

Die Analyse der Kennzahlen des Region Aachen – Zweckverband wird dabei nur solche Kennzahlen näher erläutern, die für die Darstellung der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation von größerer Bedeutung sind. Die Kennzahlen sind in Anlage 1 erläutert und entsprechend dem NKF-Kennzahlenset NRW ermittelt worden.

4.1. Kennzahlen und Analyse der Vermögens- und Schuldenlage

Bezeichnung	Kennzahlenwert 2013 in %	Kennzahlenwert 2014 in %
Eigenkapitalquote 1	5,85	10,75

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz.

4.2. Kennzahlen und Analyse der Finanzlage

Bezeichnung	Kennzahlenwert 2013 in %	Kennzahlenwert 2014 in %
Liquidität 1. Grades	68,27	23,60
Liquidität 2. Grades	105,79	111,38

Die Liquidität 1. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel gedeckt werden können. Der Region Aachen – Zweckverband war am Bilanzstichtag 2014 in der Lage ihre kurzfristigen Zahlungsverbindlichkeiten zu rd. 24% nachzukommen.

Die Liquidität 2. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Der Region Aachen – Zweckverband war am Bilanzstichtag 2014 in der Lage ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten vollständig zu decken.

4.3. Kennzahlen und Analyse der Ertragslage

Bezeichnung	Kennzahlenwert 2013 in %	Kennzahlenwert 2014 in %
Allgemeine Umlagequote	35,77	38,24
Zuwendungsquote	64,23	61,76
Personalintensität	69,03	72,09
Aufwandsdeckungsgrad	102,71	101,49

Die allgemeine Umlagequote gibt an, welchen Anteil die Verbandsumlage an den ordentlichen Erträgen hat.

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Region Aachen - Zweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Die Personalintensität zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

5. Entwicklung des Region Aachen – Zweckverband

Gemäß § 48 GemHVO sind im Lagebericht die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Region Aachen – Zweckverband darzustellen.

Die Haushaltsstruktur des Region Aachen – Zweckverband basiert auf zwei wesentlichen Einnahmequellen: die Verbandsumlage sowie Projektfinanzierungen. Die Zuwendungsquote lag auch in 2014 erneut bei über 60%. Ziel muss es sein, langfristig die Kernaufgaben sowie die zentralen inhaltlichen Aufgabenfelder nicht über Projekte sondern über eine verlässliche Grundfinanzierung zu sichern. Dies bedeutet mittelfristig, dass die Zuwendungsquote auf max. 40 gesenkt werden muss. Sowohl in den Gründungsverhandlungen als auch in den Vorberichten für den Haushalt 2013 und den Doppelhaushalt 2014/2015 wurde davon ausgegangen, dass durch das Neuanlaufen der EU-Förderphase eine gute Möglichkeit zur Sicherung der Projektfinanzierung geschaffen wird. Insbesondere die Erfahrungen aus dem Ziel 2 EFRE RegioCall haben jedoch gezeigt, dass aufgrund der wettbewerblichen Verfahren eine Planung von Finanzierungen hier nahezu unmöglich und unsicher ist. Die Erfahrungen der Anlaufphase des Region Aachen - Zweckverband haben zusätzlich gezeigt, dass der hohe Projektanteil, durch den auch die Inhalte von Kernaufgaben re-finanziert werden müssen, eine strategische Ausrichtung und zukunftsorientierte Arbeit sehr erschwert, wenn nicht sogar unmöglich macht. Dies macht noch mehr deutlich, dass die Abhängigkeit des Region Aachen Zweckverband von Fördermitteln ein erhebliches Risiko darstellt. Positiv für die Entwicklung des Region Aachen – Zweckverbands ist, dass der in 2014 eingeleitete Wechsel der Geschäftsführung in einem transparenten und friktionsfreien Verfahren auf der Basis eines regionalen Konsens erfolgte und somit die Grundlage für eine nahtlose Weiterarbeit im Jahr 2015 gelegt wurde.

Der Lagebericht hat nach den Vorschriften der GemHVO auch auf die Umstände einzugehen, die sich nach Abschluss des betreffenden Haushaltsjahres ergeben haben, die aber zum Zeitpunkt der Auf- und Feststellung des Jahresabschlusses bekannt und für die weitere Entwicklung von Bedeutung sind. In diesem Sinne wird im Folgenden auf die aktuelle Entwicklung und Perspektiven des Region Aachen – Zweckverband eingegangen.

Spätestens mit Auslaufen der aktuellen Förderprojekte im Jahr 2015 ist für die Jahre ab 2016 eine Neudefinition der Finanzierung des Zweckverbands unerlässlich. Diese muss einhergehen mit einer inhaltlichen Weiterentwicklung des Aufgabenportfolios des Region Aachen - Zweckverband. Hierzu hat die Zweckverbandsversammlung im Dezember 2015 eine Arbeitsgruppe aus den Fraktionsvorsitzenden, der Vorsitzenden der Versammlungsversammlung,

den Hauptverwaltungsbeamten sowie der Geschäftsführung installiert. Die hier entwickelten inhaltlichen Vorschläge sind nunmehr in einen interfraktionellen Antrag gemündet, den es jetzt in den politischen Gremien zu diskutieren gilt. Die notwendige Erhöhung der Umlage ab dem Jahr 2016 muss deshalb als Investition in die Zukunft einen zu stärkenden regionalen Zweckverband gesehen werden, die gemeinsam mit der AGIT mbH als zweiter regionaler Klammer die Aachener Region zu einer der führenden Regionen in Deutschland entwickelt und dazu die vorhandenen Kompetenzen nach innen und außen stärken und sichtbar machen kann.

Gerade durch das Anlaufen der neuen Förderphase der europäischen Strukturfonds und des INTERREG Programms der EUREGIO Maas-Rhein ergeben sich hier vielfältige Chancen und Möglichkeiten, die es strategisch für die Region zu nutzen gilt. Schwerpunkte liegen hier auf den Feldern ‚Bildungs- und Wissensregion‘, ‚Sicherung von Fachkräften‘, ‚Erlebnisregion mit hoher Lebensqualität‘ sowie auf die bessere Entwicklung als ‚Europäischer Region‘. Weitere Themen müssen stärker in den Fokus der regionalen Abstimmung und Entwicklung genommen werden. Der nachhaltigen Entwicklung der Region und besonders der regionalen Wirtschaft kann gerade durch die beim Region Aachen - Zweckverband, als regionalem Partner angesiedelten KlimaExpo NRW ein neuer Schub verliehen werden. Ziel ist die enge Einbindung der regionalen Wirtschaft in die Umweltwirtschaftsstrategie des Landes NRW. Ein weiteres Beispiel ist die bessere Abstimmung in Bereichen der Landesplanung sowie der Siedlungs- und Flächenplanung (Schwerpunkt Datenabgleich).

Die Übernahme des Vorsitzes in der EURGIO Maas-Rhein im April 2016 stellt eine gute Möglichkeit dar, gerade die grenzüberschreitenden Vorteile der Aachener Region besser zu nutzen und konsequent am Abbau bestehender Hindernisse zu arbeiten. Schwerpunkte der Präsidentschaft werden insbesondere die Themen Bildung und Arbeitsmarkt sein. Dazu kommen aber auch Themen und Projekte, die den Kontakt der Bürger und Bürgerinnen über die Grenzen hinweg verbessern und intensivieren.

Die Zusammenarbeit und engere Kooperation mit den anderen Regionalmanagements in NRW hat sich bewährt und muss intensiviert werden. Nur in enger Kooperation mit den anderen strukturpolitischen Regionen kann die Profilierung der Aachener Region wirklich gelingen. Die Schaffung der Metropolregion Rheinland einerseits und die Stärkung des metropolitanen Kooperationsraums Euregio Maas-Rhein stellen dabei weitere wichtige Elemente dar.

Intern wird insbesondere im Jahr 2015 verstärkt der Prozess der Prozessoptimierung der Geschäftsstelle fortentwickelt werden. Hierdurch können die Aufgaben effektiver und effizienter erfüllt und das inhaltliche Portfolio geschärft und besser kommuniziert werden. Zu diesem Prozess gehört auch die externe Vergabe der Buchhaltung. Die ursprüngliche Planung sah vor, dass seitens der Gebietskörperschaften die Buchhaltung übernommen werden sollte. Im Laufe des Jahres 2013 zeigte sich, dass dies in dieser Form nicht möglich war. Zwar wurden durch die Zweckverbandsversammlung im Laufe des Jahres 2013 zusätzliche Mittel für diesen Bereich zur Verfügung gestellt. Allein jedoch die Implementierung sowie die Lizenzen für die erforderliche Software haben diesen Betrag zu einem erheblichen Teil aufgebraucht, so dass für die dringend notwendige zusätzliche personelle Unterstützung keine Mittel mehr zur Verfügung standen. Die Umstellung aus der Einnahmen/Ausgaben- Überschuss-Rechnung des REGIO e.V. in das NKF wurde deshalb mit eigenen Kräften im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten geleistet. Die Erfahrungen zeigen, dass dies mittelfristig nicht tragbar ist. Die Buchhaltung wird deshalb ab dem Haushalt 2015 an ein externes Steuerberatungsbüro

übergeben, um die Ordnungsmäßigkeit der Buchhaltung vollumfänglich sicherstellen zu können und den Freiraum für die Verbesserung des internen Controllings zu schaffen.

Der hohe Anteil an Projektfinanzierungen stellt für den Region Aachen - Zweckverband ein stetiges Liquiditätsproblem dar, da der Mittelrückfluss durch die Fördermittelgeber i.d.R. zeitlich erst deutlich versetzt nach den tatsächlichen Ausgaben erfolgt (Kostenerstattungsprinzip). In jährlichen Spitzen hat sich gezeigt, dass der bisherige Rahmen für die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung nicht ausreicht und im maximalen Rahmen auf 1.000.000 € erhöht werden muss.

Definitionen der Kennzahlen

Kennzahlen zur Vermögenslage

$$\text{Eigenkapitalquote 1} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Bilanzsumme}} * 100$$

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Bilanz.

Kennzahlen zur Finanzlage

$$\text{Liquidität 1. Grades} = \frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} * 100$$

Die Liquidität 1. Grades gibt stichtagsbezogen Auskunft über die „kurzfristige Liquidität“. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel gedeckt werden können.

$$\text{Liquidität 2. Grades} = \frac{\text{liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} * 100$$

Die Liquidität 2. Grades gibt stichtagsbezogen Auskunft über die „kurzfristige Liquidität“. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

Kennzahlen zur Ertragslage

$$\text{Allgemeine Umlagequote} = \frac{\text{Erträge aus Verbandsumlage}}{\text{Ordentliche Erträge}} * 100$$

Die allgemeine Umlagequote gibt an, welchen Anteil die Verbandsumlage an den ordentlichen Erträgen hat.

$$\text{Zuwendungsquote} = \frac{\text{Erträge aus Zuwendungen}}{\text{Ordentliche Erträge}} * 100$$

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Region Aachen – Zweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

$$\text{Personalintensität} = \frac{\text{Personalaufwendungen}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} * 100$$

Die Personalintensität zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Die Kennzahl dient dazu die Frage zu beantworten, welcher Teil der Aufwendungen üblicherweise für Personal aufgewendet wird.

$$\text{Aufwandsdeckungsgrad} = \frac{\text{Ordentliche Erträge}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} * 100$$

Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

**Tabelle der örtlich festgelegten Nutzungsdauern
der Vermögensgegenstände bei der Region Aachen – Zweckverband
(Abschreibungstabelle)**

Nr. d. NKF- Rahmentabelle	Bezeichnung	Ortsübliche Nutzungsdauer Region Aachen - Zweckverband	NKF- Rahmentabelle
3.07	Lautsprecheranlagen/Beschallungsanlagen/Mikrofonanlagen	10	5-15
3.23	Telekommunikationseinrichtungen	12	10-15
4.00	Küchengeräte (Spülmaschinen, Kühl- und Gefrierschränke, Mikrowellen)	13	5-20
5.00	Audiovisuelle Geräte (Fernseher, Audio, Video, Kamera, Verstärker, Lautsprecher)	5	3-20
5.00	Beamer	5	5-10
5.00	Büromöbel	13	10-20
5.00	Computer und Zubehör (Rechner, Laptops, Bildschirme, Drucker, Handgeräte usw.)	3	3-5
5.00	Jalousien	8	3-20
5.00	Kaffeemaschine	5	3-20
5.00	Moderatorenkoffer	8	3-20
5.00	Software	5	5-10

Persönliche Angaben der Zweckverbandsversammlungsmitglieder					
Name, Vorname	Beruf	Mitgliedschaften			
		Ausschuss für (eu)regionale Wirtschaft, Strukturentwicklung und Tourismus	Ausschuss für (eu)regionale Arbeit und Fachkräfte- sicherung	Ausschuss für (eu)regionale Kultur, Bildungs- und Wissensregion	Ausschuss für (eu)regionale Gesundheit
Blum, Peter				X	
Bozkir, Sandra					X
Brammertz, Uschi			X		
Derichs, Ralf		X			
Endrigkeit, Uwe			X		
Etschenberg, Helmut					
Gilson, Alexander		X	X		
Harst, Doris			X		
Hartmann, Thomas			X		
Heller, Wolfgang		X			
Hilsenbeck, Hans-Josef				X	
Hintzen, Michael					X
Jansen, Franz-Michael		X			
Jülich, Urban-Josef		X			
Kalnis, Angela		X			
Kehren, Dr. Hanno		X			X
Keller, Maria		X			
Kolvenbach, Bernd			X		X
Lang, Lisa			X		
Lenders, Alexander		X			
Leonards-Schippers, Dr. Christiane				X	
Linsen von Thenen, Renate			X	X	
Löhr, Uwe		X			X
Lübben, Lars			X		X
Lüngen, Ilse			X		X
Meurer, Maria				X	
Neulen, Leonhard			X		X
Nießen, Franz-Josef		X			
Nobis, Jost				X	
Nolten, Dr. Ralf		X			
Paßmann, Bernd					
Peters, Martin		X			
Pfeil, Dr. Werner		X			
Philipp, Marcel					
Plum, Norbert			X		
Pöhler, Raoul		X			
Pusch, Stephan					
Reiff, Hans					
Reuß, Sibylle				X	
Reyans, Norbert					X
Rolfink, Katharina			X		X
Rosenke, Günter					
Schavier, Karl		X			
Scheidt, Hilde				X	
Schlüter, Volker				X	
Schmeer, Dr. Margarete				X	
Schmitt-Ott, Markus		X	X		
Schmitz, Josef Johann				X	
Schmitz, Hans			X		
Schmitz, Stefan				X	
Schneider, Hans-Erhard			X		X
Schöller, Dr. Maria			X		
Spelthahn, Wolfgang					
Spenrath, Jürgen					
Stelten, Anna			X		X
Thönnissen, Ulla		X			
Troschke, Franz			X		
Vergossen, Heinz-Theo			X		
von Morandell, Ingrid		X			
Voß, Bruno					X
Walsken, Gisela					
Wasems, Hans-Peter				X	

7. Erftverband

Am Erftverband 6
50126 Bergheim

Internet: <http://www.erftverband.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Erftverband nimmt die folgenden Aufgaben wahr:

1. Die Erforschung und Beobachtung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Braunkohlenabbau:
 - Regelung des Grundwasserstands
 - Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Wasser
 - Ausgleich nachteiliger ökologischer Veränderungen
2. Die Unterhaltung oberirdischer Gewässer einschließlich Hochwasserschutz:
 - Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand
 - Vermeidung nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers
3. Die Abwasserbehandlung und Klärschlammabeseitigung sowie Sanierung, Instandhaltung und Betrieb von Kanalnetzen

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Der Erftverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Einzugsgebiet der Erft und angrenzende Gebiete. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder. Aus der Systematik des § 6 des Erftverbandgesetzes (ErftVG) ergeben sich sechs Mitgliedergruppen:

- Braunkohlenbergwerk
- Elektrizitätswirtschaft
- kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden
- Kreise
- Unternehmen, sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung
- gewerbliche Unternehmen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Erftverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (insg. 102 Delegierte, davon 1 Kreis Euskirchen)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder)
- c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Delegiertenversammlung

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Hans Schmitz	(SPD)	Urban-Josef Jülich	(CDU)

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist durch Herrn Andreas Schulte (SPD) im Verbandsrat vertreten.

c) Vorstand

Bauassessor Dipl.-Ing. Norbert Engelhardt
Ständiger Vertreter des Vorstands: Dr. Bernd Bucher

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER)

Eisenbahnstraße 5
52353 Düren

Internet: <http://www.wver.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Zu den gesetzlichen Aufgaben des WVER gehören nach der Vorgabe des Eifel-RurVG:

- der Hochwasserschutz und die Verstetigung des Wasserflusses,
- die Bereitstellung von Wasser für die Trinkwassergewinnung und von Betriebswasser sowie die Ausnutzung der Wasserkraft,
- die Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken,
- die Beseitigung von Abwässern aus Gewerbe und Privatbereich,
- die Herstellung von naturnahen Verhältnissen an den Gewässern sowie die Sicherung eines guten Zustandes der Gewässer.

Grundlage des verbandlichen Handelns ist dabei die Idee des „Flussgebietsmanagements“, bei der alle wasserwirtschaftlichen Aufgaben in einer Hand gebündelt sind. Diese Vorstellung ist auch eine Leitidee der neuen EU- Wasserrahmenrichtlinie, die sich zum Ziel gesetzt hat, europaweit einen „guten Zustand“ der Gewässer zu erreichen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben betreibt der WVER ein miteinander verbundenes Talsperrensystem sowie leistungsfähige Kläranlagen und kümmert sich um den Erhalt von Fließgewässern.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Das Verbandsgebiet des WVER umfasst das in Nordrhein-Westfalen gelegene oberirdische Einzugsgebiet der Rur. Es erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung von Heinsberg bis Hellenthal, von West nach Ost von Aachen bis Düren. Der WVER ist als sondergesetzlicher Verband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind:

- die Kommunen im Verbandsgebiet
- die Kreise im Verbandsgebiet
- Abwasser ableitende gewerbliche Betriebe im Verbandsgebiet
- die Trinkwasserversorger im Verbandsgebiet

C) Stammkapital und Anteile

Der WVER besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. bis zu 101 stimmberechtigte Delegierte)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder, von der Delegiertenversammlung gewählt)
- c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in der Verbandsversammlung durch Herrn Johannes Esser (CDU) vertreten.

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist in diesem Gremium nicht vertreten.

c) Vorstand

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Firk
Ständiger Vertreter des Vorstands: Dipl.-Ing. Robert Steegmans

F) Jahresabschluss

Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

9. AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung

Werksstraße 15
45527 Hattingen

Internet: <http://www.aav-nrw.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der AAV ist ein sondergesetzlicher Verband und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Verband erfüllt Aufgaben nach dem Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz (AAV-Gesetz), dem Landesabfallgesetz, dem Landesbodenschutzgesetzes und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Das AAV-Gesetz sieht vor, dass der Verband im folgenden Fall zur Gefahrenabwehr tätig werden kann:

- Maßnahmen zur Sanierungsuntersuchung, -planung und Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen nach den Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG).

Wie bereits in der Vergangenheit liegt die Besonderheit darin, dass der Verband nicht nur finanzielle Mittel bereitstellt (bis zu 80 % der Sanierungskosten bei Maßnahmen zur Gefahrenabwehr), sondern auch altlastenspezifisches Know-How, das er bei seinen bisher durchgeführten Projekten gesammelt hat. Die technische und finanzielle Umsetzung der Projekte (Planung, Ausschreibung, Vergabe und Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen) erfolgt in der Regel durch den AAV als Maßnahmenträger und Auftraggeber, jedoch grundsätzlich im Zusammenwirken mit den Kommunen, die die Projekte beim AAV anmelden. Projektmanagement und -controlling werden stets in enger Kooperation und Abstimmung mit den kommunalen Partnern durchgeführt. In der Regel werden hierzu öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen, in denen die Aufgaben und Zuständigkeiten aller Beteiligten geregelt sind.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Als AAV- Mitglieder sind im Gesetz aufgeführt:

- Freiwillige Mitglieder: alle natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts sowie deren Zusammenschlüsse, die sich zu freiwilligen Beiträgen gegenüber dem Verband schriftlich verpflichtet haben.
- Kreise und die kreisfreie Städte,
- das Land Nordrhein-Westfalen.

Natürliche und juristische Personen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Mitglieder nach oben genannten Kriterien sind, können die Aufnahme in den Verband beantragen. Eine Aufnahmepflicht besteht jedoch nicht. Näheres ist in der Satzung geregelt.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband erhält zur Erfüllung seiner Aufgaben

- Beiträge: Sie betragen pro Einwohner des jeweiligen Mitglied 0,06 Euro
- Zweckgebundene Mittel: Sie sind einer zwischen dem Umweltministerium und der NRW-Wirtschaft abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung festgelegt sind

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (Zahl der Delegierten richtet sich nach Stimmenanteilen. Je volle 25.000 Euro des in der Kooperationsvereinbarung garantierten und festgelegten Mitgliedsbeitrages bzw. der Mittel des Landes ergeben eine Stimme)
- b) Vorstand (10 Mitglieder)
- c) Geschäftsführung

a) und b) Vertreter des Kreises in Vorstand und Delegiertenversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in diesen Organen nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Dr. Robert Arnz

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen Bedeutung des Verbandes für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Der Jahresbericht 2015 ist im Internet abrufbar.